



BIOGRAPHISCHES LEXIKON ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK 1871 – 1945

2 SOZIALPOLITIKER IN DER WEIMARER REPUBLIK UND IM NATIONALSOZIALISMUS 1919 – 1945



BIOGRAPHISCHES LEXIKON
ZUR GESCHICHTE DER
DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK
1871 BIS 1945

BIOGRAPHISCHES LEXIKON
ZUR GESCHICHTE DER
DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK
1871 BIS 1945

herausgegeben von
Eckhard Hansen und Florian Tennstedt

Band 2

SOZIALPOLITIKER IN
DER WEIMARER REPUBLIK UND IM
NATIONALSOZIALISMUS
1919 BIS 1945

bearbeitet von

Eckhard Hansen, Christina Kühnemund,
Christine Schoenmakers und Florian Tennstedt
unter Mitarbeit von Karin Christl

Kassel 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.de> abrufbar

ISBN print: 978-3-7376-0474-1
ISBN online: 978-3-7376-0475-8
DOI: <http://dx.medra.org/10.19211/KUP9783737604758>
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-404754>

© 2018, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

INHALT

Vorwort	VII
Einleitung	IX
Anmerkungen zu den Biographien	XXIII
Übersicht: Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-45	XXXI
Übersicht: Abteilungszugehörigkeit der Ministerialbeamten des Reichsarbeitsministeriums	XXXV
Übersicht: Sozialgesetze und beteiligte Sozialpolitiker 1919-33	XXXVI
Abkürzungsverzeichnis I (Allgemeines und Parteien)	XLI
Abkürzungsverzeichnis II (Gesetze)	XLV
Abkürzungsverzeichnis III (Literatur)	XLVIII
Hilfsquellen	LI
Biographien	1
Glossar	233
Personen und Tätigkeitsbereiche	239
Gesamtregister Band 1 und 2	245

Vorwort

Mit dem zweiten Teil des „Biographischen Lexikons zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ (kurz: Biolex) werden die im ersten Band vorgelegten Kurzbiographien deutscher Sozialpolitiker des Kaiserreichs durch die Biographien aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus komplettiert, so dass für den Zeitraum 1871 bis 1945 nunmehr knapp über 500 Lebensläufe ausgewählter Experten der Sozialpolitik vorliegen. Die Vorrecherchen für den zweiten Projektteil wurden 2011 durchgeführt, die eigentliche Materialsammlung erfolgte im Rahmen des bewilligten DFG-Projektes (E. H.) von Januar 2012 bis Dezember 2014. Die Materialrecherche erwies sich als erheblich aufwändiger als im ersten Projektteil, da bundesweit wie auch international umfassend Archivmaterialien ermittelt und ausgewertet werden mussten, die Arbeiten verzögerten sich zudem durch einen unvorhersehbaren Ausfall des Projektleiters 2013/14. Die quellenkritische Auswertung der Dokumente, die Bearbeitung oftmals widersprüchlicher gedruckter Quellen, umfangreiche Ergänzungsrecherchen sowie die abschließende Materialaufbereitung konnten Ende 2017 abgeschlossen werden.

Wir danken den vielen überregionalen, regionalen wie kommunalen Archiven, kommunalen Ämtern, kirchlichen wie privaten Einrichtungen, Suchdiensten und Einzelpersonen, die das Projekt mit Auskünften unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt erneut Gisela Rust-Schmöle und Heidi Winter, die bei der Projektkoordination und der Textgestaltung behilflich waren. Der Fachbereich Humanwissenschaften der Universität Kassel sowie die Kasseler Arbeitsstelle der Mainzer Akademie „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ haben das Projekt in organisatorischer Hinsicht dauerhaft unterstützt. Dafür danken wir allen Beteiligten, namentlich dem Leiter der Kasseler Arbeitsstelle Professor Dr. Wolfgang Ayaß.

Der hier vorliegende Band ist unserem Freund und Förderer Stephan Leibfried (1944-2018) gewidmet, der das „Biographische Lexikon“ mit auf den Weg gebracht hat.

Kassel, 3. April 2018

E. H. / F. T.

Einleitung

Der vorliegende zweite Band des Biographischen Lexikons zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik (kurz: Biolex) umfasst die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus, zwei Epochen, die 1933 durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in vielfacher Hinsicht eine deutliche Zäsur erfuhren. Die Biographien maßgeblicher Sozialpolitiker dieser beiden Zeitabschnitte der deutschen Geschichte werden dennoch hier in einem Band vereint. Angesichts der Kontinuität der Struktur des sozialen Sicherungssystems, zu einem großen Teil ungebrochener sozialpolitischer Karriereverläufe maßgeblicher Fachleute sowie des fast vollständigen Fehlens nationalsozialistischer Experten in der Sozialpolitik wurde auf eine Trennung dieses biographischen Lexikons in einzelne Bände oder auch Buchabschnitte zugunsten einer alphabetischen Darstellung verzichtet. Gleichwohl soll mit diesem Lexikon an die Sozialpolitiker erinnert werden, deren Engagement und deren Karriere 1933 abgebrochen wurde und die – verfolgt bis hin zur Ermordung – für eine humane Sozialpolitik standen.

Das Lexikon umfasst sozialpolitische Funktionsträger der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die in Gesetzgebung, Verwaltung, Verbänden und Vereinen wie auch der Wissenschaft die Ausgestaltung des Sozialstaates geprägt haben. Im Fokus stehen dabei die Wirkungsfelder Sozialversicherung, Wohlfahrtspflege, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ergänzend auch die des Gesundheitswesens und des Wohnungs- und Siedlungswesens sowie der Versorgung. Wie bereits im Band I des biographischen Lexikons wurde eine besondere Aufmerksamkeit auf die Ministerialbürokratie gerichtet, deren Wirken und Einfluss jenseits repräsentativer historischer Leitfiguren weitgehend unbekannt geblieben sind.

Die Auswahl der für das Lexikon relevanten Personen erfolgte wie im Band I entlang der Beteiligung an der sozialen Gesetzgebung sowie anhand von Funktion und Dauer deren Wirkens innerhalb sozialpolitischer Institutionen vornehmlich auf Reichsebene.¹

Die sozialrechtliche Rahmung

Weimarer Republik

Die Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung legten die sozialpolitische Gesetzgebungskompetenz umfassend in die Hände des Reiches, das von Anbeginn mit großen sozialpolitischen Herausforderungen konfrontiert war.² Angesichts der Mas-

¹ Vgl. ergänzend die Einleitung zu Bd. I.

² Zu den sozialrechtlichen Entwicklungslinien vgl.: Deutsche Sozialpolitik 1918-1928. Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministeriums, Berlin 1929; Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949; Christoph Sachße/Florian Tennstedt, Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929. Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland Bd. 2,

sennotstände zu Beginn der Weimarer Republik kam zunächst der rechtlichen Regelung der Fürsorge und der Versorgung eine besondere Bedeutung zu. Unmittelbar nach Kriegsende wurde die Versorgung und soziale Fürsorge (Gesundheits- und Arbeitsfürsorge) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zum drängendsten wie auch zum umfangreichsten sozialpolitischen Aufgabengebiet, das 1920 durch ein Reichsversorgungsgesetz geregelt wurde, aber unzulänglich blieb. Viele sozialpolitische Karrieren – nicht zuletzt im Fürsorgebereich und der Arbeitsverwaltung – begannen in diesem Kontext. Einen wesentlichen Beitrag zur Absicherung alter und neuer Notstände leistete die öffentliche Fürsorge. Die (politisch) diskriminierende Armenpflege wurde beseitigt und 1924 ein umfassendes Fürsorgerecht geschaffen, das den Kommunen neben ihrer Kernaufgabe, also der Unterstützung Hilfsbedürftiger im Rahmen der allgemeinen Fürsorge, auch die Durchführung von Sonderfürsorgemaßnahmen („gehobene Fürsorge“) für inflationsgeschädigte Sozial- und Kleinrentner³, die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Schwerbeschädigte, hilfsbedürftige Minderjährige sowie die Wochenfürsorge übertrug.

Langjährige Forderungen nach einem Jugendsozialrecht mündeten in die Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes von 1922, das über den Aufbau von Jugendämtern auf die Einrichtung einer einheitlichen lokalen Jugendfürsorgebürokratie zielte.⁴ Schließlich ist im Kontext fürsorgerechtlicher Gestaltungen die Gesundheitsfürsorge zu nennen, die weniger Reichsangelegenheit, sondern vorrangig den Ländern vorbehalten war.

Zum in der Weimarer Republik umfassend ausgebauten Fürsorgeregime gehörte von Anbeginn ferner die zunächst ebenfalls von den Kommunen durchgeführte Erwerbslosenfürsorge, die sukzessive in eine breitere, vom Reich vorangetriebene, die Arbeitsvermittlung betonende Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsnachweisgesetzgebung 1922) eingebettet wurde und schließlich in das 1927 verabschiedete „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ mündete. Dieser Versuch, das Risiko der Arbeitslosigkeit durch eine öffentlich-rechtliche Versicherung des Reiches aufzufangen, war eine ambitionierte sozialpolitische Innovation der Weimarer Republik, die

Stuttgart u.a. 1988; dies., *Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland* Bd. 3, Stuttgart u.a. 1992; Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, 2. überarb. Aufl., München 1991; Johannes Frerich/Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland* Bd. 1: *Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches*, München/Wien 1993; Florian Tennstedt, *Geschichte des Sozialrechts*, in: Bernd Baron von Maydell/Franz Ruland (Hrsg.), *Sozialrechtshandbuch*, 3. Aufl., Baden-Baden 2003, S. 24-80; Michael Stolleis, *Geschichte des Sozialrechts in Deutschland*, Stuttgart 2003; Manfred G. Schmidt, *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, 3. überarb. u. erw. Ausg., Wiesbaden 2005; Eckart Reidegeld, *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Bd. II: Sozialpolitik in Demokratie und Diktatur 1919-1945*, Wiesbaden 2006.

³ Zeitgenössische Begriffe für inflationsgeschädigte Rentner der Invaliden- und Angestelltenversicherung sowie „Kapital“rentner, deren alterssichernde Vermögen durch die Inflation entwertet waren. Die Relevanz der Fürsorgeunterstützung wird dadurch unterstrichen, dass die Versichertenrenten nicht bedarfsdeckend konzipiert waren, sondern eine Kompensation des (Teil-)Verlustes der Arbeitskraft bewirken sollten, diese Zielrichtung jedoch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und mangelnder Erwerbsmöglichkeiten für alte Menschen verfehlten (vgl. Gerd Göckenjan/Eckhard Hansen, *Der lange Weg zum Ruhestand. Zur Sozialpolitik für das Alter zwischen 1889 und 1945*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 1993, H. 12, S. 725-755).

⁴ Vgl. Christoph Sachße, *Die Erziehung und ihr Recht*, Weinheim 2018, S. 45-59.

bis 1933 auftretenden Massennotstände konnten damit jedoch allenfalls bedingt abgefedert werden. Die kommunale Fürsorge blieb ein wesentliches Auffangbecken, zunächst durch die zwar überwiegend vom Reich finanzierte, aber kommunal durchgeführte Krisenfürsorge für Dauerarbeitslose, schließlich aber in der Weltwirtschaftskrise durch die Masse der aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen, die wieder der als unwürdig empfundenen einfachen Fürsorge anheimfielen.

Ein sozialrechtlicher Regelungsbereich von hoher Bedeutung war das Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern. Im demokratischen Weimarer Staat wurden die Gewerkschaften zu anerkannten Vertretungen der Arbeitnehmer, 1918 wurde ein Tarifvertragsrecht etabliert, die Mitbestimmung über das Betriebsrätegesetz von 1920 eingeführt, das Schlichtungswesen 1923 gesetzlich geregelt und erstmalig 1926/27 eine Arbeitsgerichtsbarkeit aufgebaut. Mit der gesetzlichen Regelung des kollektiven Arbeitsrechts wurde weitgehend Neuland betreten.

Fortschritte im Arbeitsschutz wurden insbesondere über Arbeitszeitverordnungen (Verwirklichung des Achtstundentages 1918/19) sowie 1927 über den Schutz von Frauen vor und nach der Niederkunft erreicht. In den einzelnen Gewerbebereichen erfolgten Fortschreibungen des Betriebsschutzes.

Die Sozialversicherung war zu Beginn der Weimarer Republik weitgehend ausgebaut, sie wurde beibehalten und entwickelte sich zu einem komplexen, durch viele Abänderungen gekennzeichneten System. In der Krankenversicherung erfolgte eine kontinuierliche Erweiterung des Versichertenkreises (einzelne Berufsgruppen, Familienangehörige), 1927 wurde eine Krankenversicherung für Seeleute gesetzlich verankert. Die Unfallversicherung umfasste einen stetig wachsenden Personenkreis, der Versicherungsschutz wurde ausgedehnt (Arbeitswege), ab 1925 deckte die Unfallversicherung auch gewerbliche Berufskrankheiten ab, durch Verordnung von 1929 wurde die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten erweitert.

Trotz Inflation und Massennotständen konnte die Invalidenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter) durch Veränderung der Finanzierungsgrundlagen (Umstellung auf das Umlageverfahren) erhalten bleiben, wenngleich die Renten ein niedriges Niveau hatten, blieb der Rechtsanspruch bestehen. Parallel dazu erfolgte der Wiederaufbau der Angestelltenversicherung, die 1922 novelliert, 1924 neu gefasst und auf neue Berufsgruppen (selbständige Tätigkeiten) ausgedehnt wurde. Schließlich gelang 1923 erstmals auf reichsrechtlicher Ebene die Absicherung der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus auf den Gebieten der Kranken-, Pensions-, Invaliden- und Angestelltenversicherung unter dem Dach der „Reichsknappschaftsversicherung“, die 1926 die Reichsknappschaft als Träger erhielt.

Zu einem bedeutsamen sozialpolitischen Wirkungsfeld entwickelte sich das Wohnungs- und Siedlungswesen. Der Wohnungsnot nach dem Krieg wurde mit einer Mieterschutz- und Reichsmietengesetzgebung begegnet, zudem wurden Maßnahmen zur Wohnungsbauförderung und Wohnungszwangsbewirtschaftung ergriffen. Zugleich zielte die Förderung des Siedlungswesens auf die Schaffung landwirtschaftlicher wie städtischer Siedlungen bzw. „Heimstätten“, durch die Wohnraum und zugleich über Land- oder Gartenbewirtschaftung Subsistenzmöglichkeiten geschaffen werden sollten.

Ab 1929 wurden vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise auf drastische Weise Sozial- wie Versicherungsleistungen durch Notverordnungspolitik zurückgefahren und in die Tarifautonomie eingegriffen. Die dadurch verursachten sozialen Verwerfungen waren erheblich, das soziale Sicherungssystem war nur noch bedingt in der Lage, die 1932 gezählten 2 Millionen Wohlfahrtserwerbslosen, 1,5 Millionen Krisen-

fürsorgeunterstützten und ca. 1 Million Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung aufzufangen. Insgesamt blieb die Infrastruktur des Sozialen Sicherungssystems jedoch intakt.

Nationalsozialismus

Die Institutionen des Sozialstaates blieben nach 1933 bestehen, die Ausgestaltung der Leistungen stand fortan jedoch unter anderen Vorzeichen. Leitorientierung wurde die Rassen- und Bevölkerungspolitik, in den Fokus sozialpolitischer Reformen geriet die „Volksgesundheit“, die „Stärkung des Volkskörpers“⁵ und damit die „Wehrfähigkeit des Deutschen Volkes“. Die Sozialpolitik pervertierte bis hin zur Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung missliebiger Bevölkerungsgruppen, die in letzter Konsequenz jenseits normenstaatlicher Regelungen stattfand. Die soziale Selbstverwaltung und das kollektive Arbeitsrecht wurden unter der Parole der „Überwindung des Klassenkampfes“ durch das „Führerprinzip“ ersetzt, die Gewerkschaften zerschlagen, Arbeitgeber und Staat in ihren Befugnissen gestärkt. Jüdische und politisch links stehende Beamte, Angestellte und Ärzte erhielten Berufsverbote, Frauen wurden systematisch aus dem gehobenen Arbeitsmarkt verdrängt. Der Bereich der Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung mutierte als Teil der Kriegswirtschaftsplanung zur „Arbeitseinsatzplanung“. Das vorliegende Lexikon beschränkt sich weitgehend auf die Biographien, die auf den Entwicklungspfaden der tradierten Sozialpolitik identifizierbar sind.

Grundlegende Veränderungen im Arbeitsrecht fanden 1934 über das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ statt. Die Aufgaben der vormaligen Tarifparteien und Schlichter übernahmen eingesetzte „Treuhandler der Arbeit“. Anstelle von Betriebsräten fungierten nunmehr NS-konforme, entmachtete „Vertrauensräte“, Arbeitgeber galten fortan als „Betriebsführer“, die in ihrer gestärkten Position allenfalls durch die Treuhänder und eine soziale Ehrengerichtbarkeit eingeschränkt waren. Parallel dazu erfolgte eine Neuregelung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben.

Folgenreich war 1934 die gesetzliche Regelung zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens, mit der die organisatorischen Grundlagen für eine staatliche Gesundheitsverwaltung gelegt wurden, die sich zentral Fragen der „Volksgesundheit“ und der „Erb- und Rassenpflege“ widmete.⁶

Die Sozialversicherung firmierte nach dem sogenannten Aufbaugesetz ab 1934 als „Reichsversicherung“, deren Struktur den tradierten Versicherungszweigen entsprach, Vorstellungen innerhalb der NSDAP zu einem radikalen Umbau durch Vereinheitlichung der Sozialversicherung wurden nicht verwirklicht. Durch das Gesetz wurden die Kranken-, Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Unfallversicherung neu verzahnt und organisatorisch gestrafft. Durch ein Gesetz zur „Erhaltung der Leistungsfähigkeit“ wurden Ende 1933 und schließlich 1937 („Ausbaugesetz“) die Finanzierungsgrundlagen der Rentenversicherung abgesichert bzw. neu geregelt (Rückkehr zum Kapitaldeckungsverfahren). Die Rentenversicherung wie auch die Krankenversicherung erfuhren neue Erweiterungen des Versichertenkreises sowie Leistungsverbesserungen, über die im Wesentlichen die während der Weltwirtschaftskrise vorgenommenen Einschränkungen zurückgenommen wurden. Die Rentenversicherung umfasste als neue

⁵ Zur NS-Gesundheitspolitik vgl. Winfried Süß, *Der „Volkskörper“ im Krieg*, München 2006.

⁶ Vgl. Alfons Labisch/Florian Tennstedt, *Der Weg zum "Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens" vom 3. Juli 1934. Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland. Schriftenreihe der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf*, Düsseldorf 1985.

Berufsgruppe 1938 die selbständigen Handwerker. Ab 1938 wurde die deutsche Sozialversicherung auf die „angeschlossenen“ und die im Krieg eroberten und „eingegliederten“ Gebiete ausgedehnt.

Im Fürsorgebereich wurden jüdische Mitbürger aus der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen, unter Einbeziehung der Polizei wurde verstärkt und zunehmend repressiver gegen mutmaßliche „Arbeitscheue“ und „Asoziale“ als „Gemeinschaftsfremde“ vorgegangen. Sozialrechtliche Neuregelungen beschränkten sich auf kleinere Verbesserungen im Bereich der gehobenen Fürsorge, 1941 wurden die Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge erstmals am Bedarf orientiert.⁷

Im Arbeitsschutz regelte 1938 ein „Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen“ den Kinder- und Jugendschutz neu, für einzelne Zweige des Handwerks und der Industrie wurden Arbeitszeiten geregelt und Bestimmungen zum Schutz gegen Unfall und Gesundheitsgefahren erlassen.

In der Wohnungspolitik wurden Schutzbestimmungen für Mieter verschärft, darüber hinaus blieben praktische Erfolge aus. Die NS-Wohnungspolitik beschränkte sich letztlich auf programmatische Überlegungen und Visionen, die wesentlich von der Deutschen Arbeitsfront ausgingen.⁸

Die institutionelle Rahmung

Parallel sowie ergänzend stellten die Institutionen der Sozialpolitik eine Grundlage für die Personenauswahl dar. Dazu gehörte in erster Linie das Reichsarbeitsministerium, das über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik bis weit in die NS-Zeit hinein den Mittelpunkt der Sozialpolitik bildete. Darüber hinaus wurden leitende Personen aufgenommen, die in parlamentarischen Organisationen, Reichs- und Landesministerien, Gewerkschaften, Organisationen der Arbeitgeber, in Vereinen und Verbänden der Bereiche Wohlfahrt, Sozialpolitik, Sozialversicherung und Kommunalpolitik oder als Ärzte und Wissenschaftler tätig waren. Ab 1933 wurden nur die Funktionäre aus NS-Organisationen berücksichtigt, die im Rahmen der tradierten Sozialpolitik agierten.

*Das Reichsarbeitsministerium*⁹

Bereits mit der Reichsgründung 1871 wurde angeregt, die Bearbeitung der „sozialen Frage“ einem Reichsamt zuzuweisen, gedacht war dabei u. a. an ein Reichsarbeits-

⁷ Vgl. Wolfgang Ayaß, *Asoziale im Nationalsozialismus*, Stuttgart 1995; ders., „Gemeinschaftsfremde“. Quellen zur Verfolgung von „Asozialen“ 1933-1945. Materialien aus dem Bundesarchiv H. 5, Koblenz 1998; Eckhard Hansen/Michael Heisig/Stephan Leibfried, *Geteilte Erde? Bedarfsprinzip und Existenzminimum unter dem NS Regime: Zu Aufstieg und Fall der Regelsätze in der Fürsorge*, in: Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Faschismus*, Bielefeld 1986, S. 163-198.

⁸ Vgl. Tilman Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Basel u. a. 1995.

⁹ Zur Geschichte des Reichsarbeitsministeriums vgl.: Georg Hartrodt, *Das Reichsarbeitsministerium, seine Entstehung, sein Aufgabenkreis und seine Organisation*, Berlin 1926; *Deutsche Sozialpolitik 1918-1928. Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministeriums*, Berlin 1929; Franz Seldte, *Sozialpolitik im Dritten Reich 1933-1938*, München/Berlin 1939; Martin Zschucke, *Das Reichsarbeitsministerium*, Berlin 1940; *Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs Bd. 36: Reichsarbeitsministerium, Bestand R 41*, bearbeitet von Ute Simon, S. VII-XXXVI; Ulrike Schulz, *Das Reichsarbeitsministerium 1919-1945*, in: Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus*, Göttingen 2017.

amt. Im Hinblick auf die Gesetzgebung wurde schließlich 1880 von Bismarck eine eigene Abteilung im Reichsamt des Innern eingerichtet. Als die sozialpolitischen Aufgaben an Breite und Tiefe zunahmen, konkretisierten sich nach der Jahrhundertwende die Vorstellungen über ein „Reichsarbeitsamt“ als einer Reichsmittelbehörde analog zum Reichsgesundheitsamt bzw. zum Reichsversicherungsamt. Bedingt durch den 1. Weltkrieg wurden die Anforderungen an die Sozialpolitik schließlich so umfangreich, dass 1917 die wirtschafts- und sozialpolitischen Sachgebiete des Reichsamtes des Innern auf ein „Reichswirtschaftsamt“ übertragen wurden, einer Zentralbehörde des Reiches, deren Zuständigkeit sich auf wesentliche Aspekte der Sozialpolitik erstreckte: Sozialversicherung, Wohlfahrtspflege, Arbeiterschutz und Wohnungsfürsorge. Nur ein Jahr später folgte durch Kaiserlichen Erlass vom 4.10.1918 die Errichtung eines dem Reichskanzler unterstellten „Reichsarbeitsamtes“ und damit die endgültige Trennung von Sozial- und Wirtschaftsressort. Mit der Gründung der Weimarer Republik erhielt das Reichsarbeitsamt als eine der obersten Reichsbehörden am 21.3.1919 die Bezeichnung „Reichsarbeitsministerium“.

Die Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums umfasste nicht die gesamte Sozialpolitik, abgesehen von der beim Innenressort zunächst verbleibenden Gesundheits- und Jugendfürsorge, war dessen Aufgabenbereich jedoch so umfangreich, dass die Sozialpolitik fortan vorrangig mit dem Namen des Ministeriums verbunden war. Die Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums bearbeiteten ab 1919 die Fragen der Sozialversicherung, des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, der sozialen Fürsorge, des Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Das Ministerium erfuhr in der Weimarer und in der NS-Zeit zahlreiche Änderungen seiner Organisation und Anpassungen seiner Aufgaben, jenseits der Abteilungsgestaltung blieb dessen Ressortverantwortung insgesamt allerdings bis 1939 im Wesentlichen erhalten (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“, Abb. 1-4).

Zum Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums gehörte zudem eine Vielzahl nachgeordneter Behörden sowie seiner Aufsicht unterstehenden Selbstverwaltungsorgane (Stand: 1931), die eigene Sachkompetenz in den sozialpolitischen Gestaltungsprozess auf der Reichsebene einbrachten und weitgehend über die Durchführung der Gesetze bestimmten. Hier sind zu nennen: das schon im Kaiserreich gegründete Reichsversicherungsamt sowie die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, hinzu kamen das nach 1919 eingerichtete Reichsversicherungsgericht und das Reichsarbeitsgericht (1927), ferner das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, das 1927 durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung abgelöst wurde (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“, Abb. 7). In den Geschäftsbereich des Ministeriums einbezogen war unterhalb der Reichsebene ein komplexes, hierarchisch aufgebautes Organisationsgeflecht der Reichsversorgung (Haupt- bzw. Versorgungsämter, Versorgungsstellen und versorgungszärztliche Einrichtungen, stationäre Einrichtungen), der Sozialversicherung (Landes-, Oberversicherungs- und Versicherungsämter, Landesversicherungsanstalten, Versicherungsträger der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Reichsknappschaftsverein/Reichsknappschaft), der Wohlfahrtspflege (Landes- bzw. Bezirksfürsorgestellen), arbeitsrechtlicher Institutionen (Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte, Schlichter, Schlichtungsausschüsse), der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Landesarbeitsämter, Arbeitsämter) sowie des Wohnungs- und Siedlungswesens (Landes- und Gemeindebehörden, Unternehmen mit Reichsbe-

teilung).¹⁰ Nach 1933 wirkten auf der Reichsebene als nachgeordnete Behörden die Reichstreuhand der Arbeit, ferner wurden die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstellt.¹¹

Zu Erweiterungen des Aufgabenkreises des Reichsarbeitsministeriums kam es 1934 und 1938. Bereits 1932 war das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt im Rahmen des „Preußenschlages“ aufgelöst und dessen Zuständigkeiten dem preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zugeordnet worden, im Rahmen der Vereinigung gleichartiger Aufgabenbereiche im Reich und in Preußen erfolgte 1934 die Übertragung der preußischen Aufgaben auf dem Gebiet der Sozialpolitik an die jeweils zuständigen Fachabteilungen des Reichsarbeitsministeriums, das nunmehr unter der Bezeichnung „Reichs- und Preußisches Arbeitsministerium“ firmierte.¹² Ende 1938 wurde die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung – bis dahin eine unter der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums stehende Selbstverwaltungskörperschaft – mit seinen Abteilungen in das Reichsarbeitsministerium integriert, um so die hoheitlichen Aufgaben der Arbeitseinsatzlenkung (als Teil der Kriegswirtschaftsplanung) unter die unmittelbare Kontrolle des Ministeriums zu bringen.

Dieser Ausbau des Reichsarbeitsministeriums folgte einer staatspolitischen Logik, als eine bewusst verfolgte Politik der Stärkung des Ministeriums kann er nicht verstanden werden. Ein erheblicher Teil der Aufgabenbereiche des Reichsarbeitsministeriums wurde im Gegenteil zunehmend auf andere staatliche Institutionen verlagert bzw. im Rahmen der zunehmenden Verquickung von Staats- und Parteikompetenzen durch NS-Größen und Parteieinrichtungen übernommen oder in Frage gestellt (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“, Abb. 5 und 6). Aus dem Verantwortungsbereich der Wohlfahrtspflege erhielt das Reichsministerium des Innern 1936 die Zuständigkeit für die Angelegenheiten der allgemeinen Fürsorge, die „gehobene“ Fürsorge für Klein- und Sozialrentner wie für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene verblieb im Reichsarbeitsministerium. Mit Kriegsbeginn erfolgte die Unterstellung der Reichsversorgungsverwaltung und damit zweier Unterabteilungen¹³ des Reichsarbeitsministeriums unter das Oberkommando der Wehrmacht, die Zuständigkeit für ehemalige Soldaten der alten Wehrmacht und deren Hinterbliebene wurde allerdings 1943 wieder rückverlagert.

Gravierend waren die Zuständigkeitsverluste des Ministeriums im Bereich des Wohnungs- und Siedlungswesens. Nach der Ernennung des NSDAP-Reichsorganisationsleiters und Leiters der Deutschen Arbeitsfront *Robert Ley*¹⁴ zum „Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau“ wurden ab 1940 sukzessive Sachgebiete verlagert und Personal des Reichsarbeitsministeriums an diesen abgeordnet. Durch einen Führererlass wurde *Ley* schließlich 1942 „Reichswohnungskommissar“ und als solcher oberste Reichs- und preußische Landesbehörde, die die wesentlichen Aufgaben sowie das Personal aus dem Reichsarbeitsministerium übernahm. Letzterem verblieb lediglich die vormalige Unterabteilung „Städtebau und Baupolizei“.

Informeller, jedoch fachlich wesentlich umfangreicher war der Kompetenzverlust, den das Reichsarbeitsministerium im Rahmen der Reorganisation der Arbeits-

¹⁰ Vgl. Handbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1931, S. 213.

¹¹ Vgl. Martin Zschucke 1940, a.a.O.

¹² 1938 entfiel in der Amtsbezeichnung der Hinweis auf die übernommenen preußischen Zuständigkeiten.

¹³ Abt. I b „Versorgungsärztliche Angelegenheiten“ und Abt. II c „Reichsversorgung“.

¹⁴ Kursiv gesetzte Namen verweisen auf im Band aufgenommene Kurzbiographien.

einsatzverwaltung erfuhr. Im März 1942 wurde Fritz Sauckel, NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen, zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt. Unter seiner Leitung entstand eine Sonderbehörde zur (Zwangs-)Rekrutierung von ausländischen Zivilarbeitern. Fachlich wurden ihm zunächst die Hauptabteilungen III und V (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“, Abb. 5) zur Verfügung gestellt, innerhalb eines Jahres reorganisierte er den Arbeitsbereich. Geschaffen wurde eine neue Hauptabteilung VI „Europaamt für den Arbeitseinsatz“, deren sechs Unterabteilungen den Arbeitseinsatz in den eroberten und besetzten Gebieten Europas steuerten und verantwortlich zeichneten für den Arbeitseinsatz von Frauen und Jugendlichen, den zwischenstaatlichen Arbeitseinsatz sowie für den ärztlichen Dienst der Arbeitseinsatz- und Treuhänderverwaltung (1944). Sauckels Zuständigkeit umfasste ferner eine eigene Unterabteilung für Personal- und Verwaltungsangelegenheiten. 1944 gründete er eine neue Hauptabteilung IX als „Reichsinspektion des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, die vor allem mit ehemaligen, erfahrenen Leitern von Landesarbeitsämtern besetzt wurde (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“, Abb. 6) und deren Aufgabe darin bestand, die Leistungen der Dienststellen der Arbeitseinsatzverwaltung auf ein „Höchstmaß“ zu steigern.

Wie bereits bei der Verlagerung von Zuständigkeiten der Reichsversorgungsverwaltung an die Wehrmacht sowie anfangs bei der Herauslösung von Kompetenzen im Wohnungs- und Siedlungswesen, blieb das Reichsarbeitsministerium auch im Hinblick auf die Arbeitseinsatzverwaltung lediglich Anstellungsträger, fachlich waren ihm die Kompetenzen jedoch aus der Hand genommen. Formell konnten sich die betroffenen Ministerialbeamten des Reichsarbeitsministeriums weiterhin als Reichsbeamte wähen, de facto unterstanden sie in der Person Sauckels einem hochrangigen NS-Parteifunktionär und arbeiteten diesem zu.

Fachlich verblieben dem Reichsarbeitsministerium die beiden ehemaligen Unterabteilungen „Arbeitsschutz“, „Städtebau und Baupolizei“ sowie eingeschränkte Zuständigkeiten in den Bereichen Fürsorge und Versorgung (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“, Abb. 6). Aus der Verwaltungsabteilung war Verwaltungs- und ärztliches Personal vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz sowie vom Oberkommando der Wehrmacht vereinnahmt worden. Lediglich die Abteilung II „Reichsversicherung“ blieb bestehen, wenngleich nicht unangetastet: Deren Ministerialbeamte waren nicht unwesentlich damit beschäftigt, das tradierte System der Sozialversicherung gegen unterschiedliche NS-Pläne zu verteidigen, die soziale Absicherung durch „Versorgungswerke“ neu zu gestalten, über die Rechtsansprüche auf Leistungen beseitigt worden wären.

Das weitere institutionelle Umfeld

Während der Weimarer Republik gehörte, abgesehen von Ermächtigungs- und Notverordnungszeiten während der Inflation und der Weltwirtschaftskrise, zur täglichen Arbeit des Reichsarbeitsministeriums die Interaktion mit dem Reichstag und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat¹⁵ sowie mit deren sozialpolitisch einschlägigen Parlamentsausschüssen. Der für sozialpolitische Gesetze dauerhaft eingerichtete Ausschuss im Reichstag war der „Ausschuss für soziale Angelegenheiten“, sozialpo-

¹⁵ Vgl.: Joachim Lilla, *Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1933/34*, Düsseldorf 2012; Harry Hauschild, *Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat*, Bd. 1: 1920-1926, Berlin 1926, Bd. 2: 1927-1932, Berlin 1933.

litische Gesetzesentwürfe von grundlegender Bedeutung waren zudem von dessen Pendant, dem „Sozialpolitischen Ausschuss“ des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu begutachten. Darüber hinaus existierten Ausschüsse zum Wohnungswesen, zur Bevölkerungspolitik, zu Kriegsbeschädigtenfragen sowie mit Einzelaspekten befasste Sonderausschüsse. Einbezogen in die Gesetzesarbeit wurden auch Experten aus dem Reichsfinanz- sowie dem Reichsjustizministerium.

Das Reichsministerium des Innern war federführend in der Kinder- und Jugendfürsorge sowie der Gesundheitsfürsorge tätig. Im Hinblick auf die Gesundheitsfürsorge entwickelte das Ministerium zunächst nur wenige Initiativen, im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung waren hier vielmehr die Länder gefordert. Zum Geschäftsbereich des Reichsinnenministeriums gehörten als nachgeordnete Behörden das Bundesamt für Heimatwesen, das Reichsgesundheitsamt und der Reichsgesundheitsrat. In der NS-Zeit wurde auch das Reichsministerium des Innern durch die Zusammenlegung mit dem Preußischen Ministerium des Innern aufgewertet. Ihm unterstand das 1934 weitgehend verstaatlichte öffentliche Gesundheitswesen¹⁶, die vom Reichsarbeitsministerium übernommene Zuständigkeit für das Fürsorgewesen (Allgemeine Fürsorge, Wandererfürsorge und freie Wohlfahrtspflege) komplettierte ab 1935 die Kompetenzen. Vor dem Hintergrund, dass „Gesundheit“ zum neuen Zentralwert der Sozialpolitik wurde und zugleich insgesamt eine Gewichtsverschiebung hin zur Fürsorge stattfand¹⁷, erfuhr das Ministerium eine Ausweitung und Stärkung seines Einflussbereiches. Mit dem weitgehend von Preußen übernommenen Polizeiapparat und den staatlichen Gesundheitsämtern verfügte das Ministerium über einen Unterbau, der die praktische Umsetzung der Rassen- und Bevölkerungspolitik ermöglichte.

Länder wie Preußen, Bayern und Sachsen etablierten in der Weimarer Zeit eigene Wohlfahrts- bzw. Fürsorgeministerien und nahmen, insbesondere vor Inkrafttreten reichseinheitlicher Rahmengesetze, Einfluss auf die Fürsorgegestaltung in ihren Territorien. Zu beachten ist hier das neue preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, das über eigene, auf die Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Jugendfürsorge und allgemeine Wohlfahrtspflege bezogene Abteilungen verfügte¹⁸, das bayerische Staatsministerium für soziale Fürsorge sowie das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in Sachsen.¹⁹

Das Verbandswesen wurde in der Weimarer Republik verfassungsrechtlich anerkannt und die in Verbänden gebündelte Fachkompetenz über Geschäftsordnungen von Reichsregierung und Reichsministerien politisch eingebunden – es kam zur „volle(n) Entfaltung eines differenzierten Systems organisierter Interessen“.²⁰ Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen nutzten die neue Gemengelage, aus ihren Reihen kamen Minister, Staatssekretäre und zahlreiche Parlamentarier.²¹ Mit der Etablierung des

¹⁶ Vgl. dazu insgesamt: Alfons Labisch/Florian Tennstedt, Gesundheitsamt oder Amt für Volksgesundheit? Zur Entwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes seit 1933, in: Norbert Frei (Hrsg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 1991, S. 35-66; Alfons Labisch/Florian Tennstedt 1985 a.a.O.

¹⁷ Vgl. Christoph Sachße/Florian Tennstedt 1992 a.a.O., S. 53, 82.

¹⁸ Vgl. Heinrich Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen 1919-1923, Berlin 1924.

¹⁹ Vgl.: 10 Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen, Dresden 1929.

²⁰ Ralf Kleinfeld, Die historische Entwicklung der Interessenverbände in Deutschland, in: Thomas v. Winter/Ulrich Willems (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden 2007, S. 51-83, hier: S. 63, 68 f.

²¹ Vgl. Heinrich Potthoff, Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987.

Subsidiaritätsprinzips im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (1922) und in der Reichsfürsorgepflichtverordnung (1924) erfuhr die Freie Wohlfahrtspflege eine deutliche Aufwertung, die Fundamente für die duale Struktur des deutschen Wohlfahrtsstaates waren damit gelegt.²² Neben den Spitzenverbänden der „privaten“ Wohltätigkeit (Innere Mission, Caritasverband, Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden, Fünfter bzw. Paritätischer Wohlfahrtsverband) nahm auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge Einfluss auf die Gestaltung von Sozialpolitik und sozialer Gesetzgebung.²³ Wie dieser waren auch Fach- und Beratungsorganisationen wie die Gesellschaft für Soziale Reform und der Verein für Sozialpolitik bereits im Kaiserreich aktiv und wirkten auf die politische und Fachöffentlichkeit ein.

Weitere Interessenverbände haben die Weimarer Sozialpolitik mitgeprägt: Für den Bereich der Sozialversicherung die Verbände der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, auf den Gesundheitsbereich bezogen Verbände der Ärzteschaft wie auch für den Fürsorgesektor insgesamt die Kommunalverbände (insbesondere der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag, in der NS-Zeit wurden sie zum Deutschen Gemeindetag vereinigt).

Durch die Einführung des kollektiven Arbeitsrechtes sowie vor dem Hintergrund der erheblichen Erweiterung sozialrechtlicher Materien stieg die Anzahl der sich mit solchen Fragen beschäftigenden universitären Lehrstühle und Institute beträchtlich, hier tätige, führende Arbeitsrechtler nahmen Einfluss auf die Gesetzgebung. Gleiches gilt für in Wissenschaft wie Praxis führende Vertreter der Ärzteschaft, die die Entwicklung des Gesundheitswesens mitprägten.

Als neue Institutionen griffen ab 1933 die Deutsche Arbeitsfront²⁴ sowie die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt²⁵ als Konkurrenten der tradierten Organisationen des sozialen Sicherungssystems in die Sozialpolitik ein und reklamierten eigene Zuständigkeiten in den Bereichen der Fürsorge-, Gesundheits-, Wohnungs- und Sozialversicherungspolitik.²⁶

Auswahl und Auswahlkriterien

Von 231 einbezogenen Sozialpolitikern wurden – aufgeschlüsselt nach Tätigkeitsbereichen²⁷ – in den vorliegenden Band aufgenommen:

²² Vgl. Christoph Sachße/Florian Tennstedt 1988 a.a.O., S. 152-172.

²³ Vgl. Forum für Sozialreformen – 125 Jahre Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2005; Karl-Ludwig Krug von Nidda, Wilhelm Polligkeit. Wegbereiter einer neuzeitlichen Fürsorge, Köln 1961.

²⁴ Vgl. insbes.: Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977; Marie-Luise Recker, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985, S. 128-154; Karl Heinz Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im "Dritten Reich", München u.a. 1993.

²⁵ Vgl. Herwart Vorländer, Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988; Eckhard Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im "Sozialismus der Tat" des Dritten Reiches, Augsburg 1991.

²⁶ Vgl.: Karl Heinz Roth 1985 a.a.O.; Tilman Harlander 1995 a.a.O.; Winfried Süß, Der Volkskörper im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939-1945, München 2003.

²⁷ Vgl. dazu die tabellarische Auflistung am Ende des Bandes.

- 29 Parlamentarier, davon 21 des Reichstages²⁸ sowie 8 aus dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat
- 68 Ministerialbeamte einschließlich der Minister und Staatssekretäre aus dem Tätigkeitsbereich des Reichsarbeitsministeriums
- 13 leitende Beamte aus den dem Reichsarbeitsministerium nachgeordneten Reichsbehörden bzw. angegliederten Stellen (Reichsversicherungsamt, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichsarbeitsgericht, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen)
- 10 Ministerialbeamte aus dem Reichsministerium des Innern, dessen nachgeordnete Behörden (Bundesamt für das Heimatwesen, Reichsgesundheitsamt) sowie aus dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsjustizministerium
- 13 Ministerialbeamte aus den einschlägigen, sozialpolitisch ausgerichteten Landesministerien in Preußen, Bayern und Sachsen einschließlich der jeweilig relevanten Minister
- 11 führende Funktionäre aus den Gewerkschaften (9)²⁹ und Arbeitgeberorganisationen (2)
- 15 Kommunalpolitiker aus Kommunalverbänden, nicht zuletzt auch aus dem Wirkungsfeld des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
- 15 leitende Funktionäre aus den Spitzen- bzw. Hauptverbänden der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften sowie der Reichsknappschaft
- 26 Personen aus dem Bereich der Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Innere Mission, Partitätischer Wohlfahrtsverband, Rote Hilfe, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden)
- 8 Personen aus sozialpolitischen Verbänden (Gesellschaft für Sozialreform, Verein für Sozialpolitik) und reichsweiten Ärzteorganisationen (Hartmannbund, Reichsärztekammer)
- 15 ausgewiesene Wissenschaftler aus den Bereichen Arbeitsrecht, Nationalökonomie und Medizin (Gesundheitsfürsorge/Hygiene)
- 8 leitende NS-Funktionäre aus den NS-Massenorganisationen der Deutschen Arbeitsfront und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.

Aus der sozialrechtlichen sowie der institutionellen Rahmung entwickelte Kriterien für die Aufnahme sozialpolitisch relevanter Personen stellen sich für die einzelnen Personengruppen wie folgt dar:

- 1) Kriterien für die Aufnahme von Parlamentariern des Reichstages und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates:
 - a) Vorsitz in einem der sozialpolitischen Ausschüsse über mindestens vier Jahre oder Vorsitz in einem sozialpolitischen Sonderausschuss bzw. identifizierbares Hervortreten in einem zentralen sozialpolitischen Regelungsbereich (Berichterstattung, Anzahl der Redebeiträge, Antragseinbringungen)³⁰ und/oder

²⁸ Weitere Mitglieder des Reichstages bzw. von Landtagen, die nach anderen Kriterien in das Lexikon aufgenommen wurden, finden sich unter den nachfolgenden Rubriken.

²⁹ Die Zahl der ins Biolex aufgenommenen Gewerkschaftsfunktionäre liegt höher, da sich viele Gewerkschafter unter anderen Rubriken wiederfinden, insbesondere unter den Parlamentariern.

³⁰ Grundlage für die Auswahl der Reichstagsmitglieder sind die online gestellten Berichte der einschlägigen Reichstagsausschüsse (<http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>), ergän-

- b) eine mindestens achtjährige Ausschusstätigkeit bzw. ein einschlägig sozialpolitisch definierbarer Werdegang.
- 2) Kriterien für die Aufnahme von höheren Beamten der Ministerialbürokratie:
- a) Beteiligung als Vertreter bzw. Kommissar der Reichsregierung, als Vertreter bzw. Kommissar der Reichs- und Länderministerien/des Reichsrats (Bevollmächtigte zum Reichsrat) an mindestens einem der in diesem Band berücksichtigten Sozialgesetze und/oder
 - b) eine mindestens achtjährige leitende Tätigkeit als Referent in einem Sachgebiet, das eine zentrale Rolle in der sozialpolitischen Reichsgesetzgebung erkennbar werden lässt³¹
 - c) langjährige leitende und gestaltende Funktion in einer den Reichsministerien nachgeordneten Reichsbehörde.
- 3) Kriterien für die Aufnahme von Vertretern aus Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und sozialpolitisch ausgerichteten Verbänden und Vereinen:
Langjährige leitende/vorrangig sozialpolitisch ausgerichtete Funktion in einer der Weimarer Dachgewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen; langjährige leitende Funktion als Präsident, Geschäftsführer oder Vorstandsvorsitzender in sozialpolitischen Spitzenverbänden der Krankenkassen, der Reichsknappschaft, der Berufsgenossenschaften, der Wohlfahrtsverbände (auch programmatisch gestaltend), der Ärzte sowie in sozialpolitischen Vereinen und Gesellschaften.
- 4) Kriterien für die Aufnahme von Vertretern aus dem kommunalpolitischen Umfeld:
Langjährige Tätigkeit in den sozialpolitischen Abteilungen der kommunalen Spitzenorganisationen oder kontinuierliche, herausragende Wirksamkeit im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- 5) Kriterien für die Aufnahme von Wissenschaftlern:
Langjährige Inhaber universitärer Lehrstühle und/oder wegweisendes wissenschaftliches Wirken im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts, der Nationalökonomie bzw. der Medizin.
- 6) Kriterien für die Aufnahme von NS-Funktionären:
Langjährige, prägende Wirksamkeit innerhalb der Bahnen der tradierten Sozialpolitik.

zend hinzugezogen wurden archivalisch überlieferte, handschriftlich und stenographisch verfasste Sitzungsprotokolle, deren Informationsgehalt geringer ist (BArch Berlin R 101/1542-1570). Inhaltlich fundierter auswertbar (Wortführerschaften) waren die transkribierten Sitzungsprotokolle des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates (BArch, R 401/516-534).

³¹ Lücken bei der Zuordnung der Ministerialbeamten zu jeweiligen Sozialgesetzen ergaben sich für den Zeitraum der Ermächtigungs-/Notverordnungsgesetze während der Inflationszeit und der Weltwirtschaftskrise. Teilweise konnte hier zurückgegriffen werden auf Ergebnisse früherer Untersuchungen der Autoren. Zuordnungsprobleme traten aufgrund der diffusen und in Dokumenten schlecht überlieferten Rechtsetzungsverfahren der NS-Zeit auf, begrenzt konnte diesem Defizit begegnet werden durch eine Auswertung des vom Institut für Zeitgeschichte rekonstruierten Bestandes der NS-Parteikanzlei, in dem vereinzelt Mitteilungen an die NS-Zentrale über die jeweils verantwortlichen Ministerialbeamten enthalten sind (Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, Teil I u. II, 6 Bde., hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München u. a. 1983/1992). Vor diesem Hintergrund wurden in der NS-Zeit tätige Ministerialbeamte verstärkt qua Amt aufgenommen.

Wie im Band I des Biorex wurden die formalen Aufnahmekriterien durch „Setzungen“ ergänzt, um Personen zu berücksichtigen, die über das verwendete Suchraster nicht erfasst worden wären, die jedoch durch ihr praktisches wie schriftstellerisches Wirken zu einem Bekanntheitsgrad gelangt sind, der es rechtfertigt, sie in den vorliegenden Band aufzunehmen.³² Darunter befinden sich die sozialdemokratischen Ärzte *Benno Chajes* und *Ignaz Zadek sen.*, der Jurist *Philipp Stein* und der Gewerkschafter und Bürgermeister *Friedrich Kleeis* als Chronist und „Dokumentar“ der Sozialpolitik. Berücksichtigt wurde die Rolle von *Henriette Fürth* in der kommunalen Sozialpolitik sowie der Einfluss von *Heinrich Pesch* auf die katholische Soziallehre. Den (marginalen) Einfluss der NS-Parteizentrale auf das Reichsarbeitsministerium dokumentieren die Biographien von *Peter Martin* und *Hans Küppers*, die Ministerialbeamten *Max Timm*, *Hubert Hildebrandt* und *Walter Stothfang* repräsentieren karriertypisch zwar nicht durchgehend die tradierten Linien der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wurden in das Biorex aber aufgenommen, weil ihre Biographien auf besondere Weise für die Transformation der Arbeitsverwaltung in die Kriegswirtschaftsplanung stehen.

Aufbau der biographischen Informationen

Die Kurzbiographien enthalten Eckdaten, die vorliegende Forschungsarbeiten ergänzen und zukünftige erleichtern sollen. Manche der bisher vorliegenden Darstellungen erweisen sich als wenig zuverlässig, recht gut erforscht sind bislang vor allem die Biographien der Parlamentarier. Der Aufbau der Kurzbiographien orientiert sich im Wesentlichen am Biorex Band I. Im vorliegenden Band II wurden einige Präzisierungen, Veränderungen und Erweiterungen bei der Präsentation der Informationen vorgenommen. In der Auflistung der persönlichen Daten im ersten Absatz der Biographien wurde – soweit feststellbar – der Beruf des Vaters zum Zeitpunkt der Geburt der betreffenden Person angegeben, um die soziale Herkunft präziser ableiten zu können.³³ Die Darstellung der Werdegänge enthält lediglich Kurzangaben zu Militär- und Kriegsdienstzeiten, um eine nicht adäquate Gewichtung der Biographien durch die ausdifferenzierte Darstellung von Dienstgraden, Formationszugehörigkeiten, Einsatzbereichen, Frontdiensten usw. im 1. Weltkrieg zu vermeiden. Die Angaben zur Berufskarriere enthalten bei Ministerialbeamten verkürzte Informationen zu den wesentlichen Inhalten der jeweiligen, in Überlieferungen detailliert wiedergegebenen Referatszuständigkeit, bei Abteilungsleitern³⁴ wurde der in Geschäftsverteilungsplänen genannte Name der Abteilung wiedergegeben.³⁵

³² Darunter finden sich auch Grenzfälle der historischen Einordnung, also Personen, deren Wirken in die Zeit nach 1919 hineinragte, die aber auch in Band I des Biorex hätten aufgenommen werden können. Beide Bände des Biorex beinhalten solche Grenzfälle und sind insofern als ein Gesamtwerk zu nutzen.

³³ Auf die Angabe von akademischen Titeln wurde bei den Vätern verzichtet.

³⁴ Die in den Geschäftsverteilungsplänen enthaltene Bezeichnung „Abteilungsdirigent“ wurde in den Biographien nicht verwendet, da es sich nicht um eine Amtsbezeichnung, sondern um eine im Reichsarbeitsministerium verwendete Funktionsbeschreibung handelte. 1927 wurde als Rangstufe zwischen dem Ministerialrat und dem Ministerialdirektor die Amtsbezeichnung „Ministerialdirigent“ eingeführt.

³⁵ Auf eine Wiedergabe der sich im Betrachtungszeitraum häufig ändernden Abteilungsnummern wurde verzichtet. Eine sachliche Zuordnung von Referenten und Unterabtei-

Im Anschluss an die biographische Kurzdarstellung erfolgen Angaben zum politischen Engagement, diese enthalten analog zum Band I Informationen zu Parteimitgliedschaften, Parteifunktionen sowie Angaben zu Zeiten parlamentarischer Betätigungen im Deutschen Reichstag, in Landtagen sowie auf kommunaler Ebene in Provinzialversammlungen und Stadt- bzw. Gemeindevertretungen. Die Mitgliedschaft in Parteien von Personen, die parlamentarisch nicht in Erscheinung getreten sind, findet sich unter der Rubrik *Ehrenämter und Mitgliedschaften*, die insbesondere Mitgliedschaften und Aufstiegsverläufe in der NSDAP und in NS-Organisationen umfasst. Soweit vorhanden und feststellbar³⁶, folgen diesen Informationen Angaben zu nach 1945 durchgeführten Entnazifizierungsverfahren³⁷. Darüber hinaus werden Ehrenämter in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen aufgeführt.

Unter *Auszeichnungen* werden Ehrungen unterschiedlicher Art, insbesondere Orden erfasst, die eine Zeitspanne vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland umfassen. Aufgeführt sind an dieser Stelle auch die Auszeichnungen des 1. und 2. Weltkrieges sowie Ehrungen, die in der zivilen Variante die Wertschätzung für Verdienste an der „Heimatfront“ sowie in der Kriegsverwaltung ausdrückten. Die Anlässe für die Auszeichnungen und damit verbundene „Würdigungen“ im Einzelnen nachzuzeichnen, sahen wir nicht als unsere Aufgabe an.

Die Rubrik *sozialpolitische Aktivitäten* beginnt in der Regel mit einer kurzen Darstellung der für die Aufnahme in das Lexikon bedeutsamen Leistungen bzw. Funktionen, die Informationen zu Beteiligungen an konkreten sozialpolitischen Gesetzen und Verordnungen beinhalten kann. Daran anschließend werden einschlägig sozialpolitische Aktivitäten, Funktionen und Mitgliedschaften aufgelistet, die zugleich Hinweise auf internationale Vernetzungen beinhalten, soweit diese nicht bereits in den biographischen Informationen aufgezeigt sind. Im Detail waren diese Angaben schwieriger zu ermitteln als im Band I, da entsprechende Quellenarbeit häufig fehlte und im Rahmen dieses Projektes nur begrenzt zu leisten war.

Angaben zu den *Veröffentlichungen* enthalten nur die wesentlichen, sozialpolitisch relevanten Publikationen der jeweiligen Person, in der Regel Monographien, Gesetzeskommentare oder größere Beiträge in Schriftenreihen. Die zum Teil sehr umfangreichen Zeitschriftenveröffentlichungen wurden nicht berücksichtigt.

Quellenangaben umfassen biographische Monographien, Hinweise auf Kurzbiographien in Nachschlagewerken, auf überregionale Archive, Angaben zu Stadt- und Kommunalarchiven, Standesämter u. a. Abschließend folgt der Hinweis auf ein Porträtbild, das sich in Printmedien oder Archiven befinden kann, Fotos aus dem Bildarchiv des Bundesarchives sind online einsehbar.

lungsleitern zu den jeweiligen Hauptabteilungen ist über die Abbildungen 1-6 zur organisatorischen Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums möglich (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-1945“).

³⁶ Entscheidend für das Auffinden der Entnazifizierungsunterlagen in den meisten Regional- und Landesarchiven ist die Kenntnis über den Wohnort des Betroffenen zum Zeitpunkt der Entnazifizierung, was die Recherche angesichts der Wohnsitzverlagerungen in den Nachkriegswirren erheblich erschwert.

³⁷ Höhere Staatsbeamte ab dem Rang eines Ministerialrates, also u. a. auch die Ministerialbeamten des Reichsarbeitsministeriums, wurden nach 1945 unabhängig von einer Mitgliedschaft in der NSDAP in den „automatischen Arrest“ genommen und durchliefen ein Entnazifizierungsverfahren.

Anmerkungen zu den Biographien

Es kann nicht Aufgabe dieses Lexikons sein, das erhobene Datenmaterial umfassend analytisch zu durchdringen. Gleichwohl sollen an dieser Stelle einige orientierende Erläuterungen zu den Biographien Aufschluss geben über Brüche, Kontinuitäten sowie Kompetenzverluste und -verlagerungen im Betrachtungszeitraum.

Erwartungsgemäß spiegeln sich in den 231 in das Lexikon aufgenommenen Biographien die Folgen der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ab 1933 wider: 8 Sozialpolitiker wurden ermordet, hingerichtet, begingen Suizid oder verstarben nach Verfolgung und Gefangenschaft an Entkräftung³⁸, 2 Sozialpolitiker überlebten die Internierung im Konzentrationslager³⁹, 20 Sozialpolitiker emigrierten, zeitweise gerieten einige zudem in NS-Haft⁴⁰. Hinzu kommen 30 Personen, die nach 1933 ihre Wirkungsfelder in der Sozialpolitik verloren. Von diesen standen 7 unter erheblichem Verfolgungsdruck⁴¹ (wiederholte Verhaftungen, teilweise unter der 1944 erfolgten „Aktion Gewitter“⁴²), die verbleibenden 24 Sozialpolitiker wurden aus ihren (Ehren-)Ämtern und Funktionen entlassen, fanden andere Betätigungsfelder oder traten in den (Zwangs-)Ruhestand.⁴³

Von diesen insgesamt 60 Sozialpolitikern waren 26 jüdischer Herkunft und oftmals zugleich sozialdemokratisch engagiert oder orientiert. 32 Sozialpolitiker wurden verfolgt und ausgegrenzt aufgrund ihrer parlamentarischen, gewerkschaftlichen, verbandlichen bzw. wissenschaftlichen Aktivitäten, darunter befanden sich 17 Mitglieder der SPD, 10 des Zentrums, 3 der KPD und 2 der DDP.

Aufgeschlüsselt nach Haupttätigkeitsbereichen ergibt sich für die ermordeten, verfolgten bzw. ausgegrenzten Politiker folgendes Bild: 23 Politiker waren Parlamentarier, davon 18 Reichstagsabgeordnete⁴⁴, 3 Mitglieder des Preußischen bzw. Bayerischen Landtages sowie 2 Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. 14 Politiker kamen vorwiegend aus dem Bereich der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege und Kommunalorganisationen. 11 Politiker kamen aus der Ministerialbürokratie, davon 6 aus dem Reichsarbeitsministerium, 4 Beamte standen im preußischen, einer im sächsischen Dienst. Der Rest verteilt sich auf die Bereiche Wissenschaft (7), Spitzenverbände der Krankenkassen/Sozialversicherungsexperten (3) und Gewerkschaften (2).

³⁸ Fritz Elsas; Georg Flatow; Otto Gerig; Gertrud Hanna; Richard Joachim; Hans Maier; Siegfried Rädcl; Hugo Sinzheimer.

³⁹ Leo Baeck; Dorothea Hirschfeld.

⁴⁰ Martha Arendsee; Siegfried Aufhäuser; Götz Briefs; Johannes Caspary; Benno Chajes; Marie Juchacz; Franz Memelsdorff; Franz Meyer-Brodnitz; Max Michel; Friedrich Ollendorff; Lothar Richter; Jacob Segall; Helene Simon; Fritz Tarnow; Fritz Victor; Hedwig Wachenheim; Oscar Weigert; Siddy Wronsky; Frieda Wunderlich; Friedrich Wittelshöfer.

⁴¹ Wilhelm Ahrens; Alwin Brandes; Fritz Elsas; Thomas Esser; Jacob Schlör; Rudolf Schwarzer; Franz Spliedt.

⁴² Verhaftungsaktion (auch Aktion „Gitter“ genannt) nach dem Attentat auf Hitler am 20.7.1944.

⁴³ Gustav Bauer; Christian Eckert; Margarete Ehlert; Johannes Feig; Henriette Fürth; Adolf Gottstein; Hermann Heimerich; Heinrich Hirtsiefer; Erwin Jacobi; August Karsten; Friedrich Kleeis; Leo Langstein; Theodor Leipart; Hugo Lindemann; Marie-Elisabeth Lüders; Agnes Möhrke; Heinrich Oswald; Alexander Schneider-Kewenig; Louise Schröder; Adam Stegerwald; Rudolf Ströhlinger; Christine Teusch; Helene Weber; Rudolf Wissel.

⁴⁴ Davon waren 3 bereits vor 1933 aus dem Reichstag ausgeschieden.

Über die genannten 60 Sozialpolitiker hinaus gab es weitere Personen, die in der einen oder anderen Form Nachteile erlitten und/oder mit nationalsozialistischen Funktionären in Konflikte gerieten, dabei aber ihre Karrieren fortsetzen oder relativ unbehelligt in den Ruhestand treten konnten. Hier beginnt eine viele Facetten beinhaltende Grauzone der Konformität, der Anbiederung, der Schnittmengen mit politischen oder ideologischen NS-Positionen, die in vertieften Einzelbiographien weiter auszuloten wäre.

Faktisch ausgeschaltet wurden vor allem Sozialpolitiker aus den Parlamenten, der Verlust von sozialpolitischer Expertise in anderen Bereichen hielt sich in Grenzen. Zu einem breit angelegten Ersatz von Weimarer Funktionseliten durch NS-Funktionäre kam es auf reichszentraler Ebene nicht⁴⁵, da die Nationalsozialisten 1933 weder über eine ausdifferenzierte sozialpolitische Programmatik noch über eigene sozialpolitische Experten verfügten.⁴⁶ Vor diesem Hintergrund erklärt sich das hohe Maß personeller Kontinuitäten insbesondere im Reichsarbeitsministerium sowie in dessen nachgeordneten Behörden, aber auch in den (gleichgeschalteten) Spitzenverbänden der Krankenversicherung sowie der in der Fürsorge aktiven Kommunen (Deutscher Gemeindetag). Ebenso behielten zahlreiche Arbeitsrechtswissenschaftler ihre Positionen, ferner ließ sich auch die Leitungsebene der konfessionellen Wohlfahrtsverbände nicht ohne weiteres absetzen.

Die Ministerialbürokratie im Reichsarbeitsministerium

Beim Aufbau des Reichsarbeitsministeriums wurden zahlreiche Beamte aus dem Reichswirtschaftsamt, dem Demobilmachungsamt, dem Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge wie auch der Kriegsministerien übernommen⁴⁷, vielfach aber neu eingestellt. In „idealtypischen“ Karriereverläufen wurden befähigte Juristen⁴⁸ aus dem Landes- bzw. Provinzialdienst zum Dienst im Reichsarbeitsministerium beurlaubt und bei Bewährung nach einiger Zeit dauerhaft übernommen. Diese Ministerialbeamten kamen überwiegend aus den Geburtsjahrgängen 1875 bis 1890, hatten als Referenten und Assistenten Erfahrungen im Justiz- und Verwaltungsdienst gesammelt und waren zumeist Teilnehmer des Ersten Weltkrieges. In der Anfangsphase des Reichsarbeitsministeriums waren regelrechte „Blitzkarrieren“ möglich, bei einer frühen leitenden Tätigkeit konnte z. B. die Karrierestufe des Oberregierungsrates übersprungen werden.

Über den gesamten Betrachtungszeitraum wurde das Reichsarbeitsministerium durch eine weitsichtige, auf Kontinuität ausgelegte Personalpolitik und eine hohe

⁴⁵ Auf Orts- und Landesebene wurden dagegen innerhalb der Krankenkassenverwaltung bzw. Arbeitsamtsverwaltung zunächst zahlreiche („rote“) Verwaltungsbeamte entlassen und an deren Stelle NSDAP-Mitglieder eingestellt. Unklar ist, in welchem Umfang es zur Wiedereinstellung von entlassenen Kräften kam, um die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen aufrechtzuerhalten (Hans Mommsen, *Beamtenum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, S. 58; Stephan Leibfried/Florian Tennstedt, *Berufsverbote und Sozialpolitik 1933*, Bremen 1979, S. 138).

⁴⁶ Vgl. Michael Stolleis 2003 a.a.O., S. 180.

⁴⁷ Vgl. *Deutsche Sozialpolitik 1918-1928. Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministeriums*, Berlin 1929, S. 20 f.

⁴⁸ Ministerialbeamte mit juristischer Ausbildung überwogen bei weitem, je nach Fachzuständigkeit wurden studierte Fachkräfte mit ökonomischer, sozialwissenschaftlicher, ingenieurwissenschaftlicher oder auch ärztlicher Vorbildung verarbeitet.

Personalstabilität geprägt. Dies ist insbesondere auf eine Leitungsebene des Ministeriums zurückzuführen, die selbst eine Konstante bildete, langfristig planen und größere Personalfluktuationen verhindern konnte. In der Weimarer Republik standen dafür der von 1919-32 amtierende Staatssekretär *Hermann Geib* sowie *Heinrich Brauns*, 1920-28 Reichsarbeitsminister. Über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus garantierte *Friedrich Syrup* als Leiter der für die Arbeitsvermittlung und ab 1927 auch für die Arbeitslosenversicherung eingerichteten Reichsämtler, ab 1939 dann als Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums, eine beständige Personalentwicklung in seinem Zuständigkeitsbereich. In der NS-Zeit traten *Johannes Krohn*, 1933-39 Staatssekretär, sowie *Franz Seldte*, 1933-45 Reichsarbeitsminister, für die Verteidigung des Fachbeamtentums gegenüber der NSDAP-Parteizentrale ein.⁴⁹

Kam der Ministerialbürokratie im Reichsarbeitsministerium im parlamentarischen System der Weimarer Republik bereits eine Schlüsselposition bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik zu, wuchs deren Bedeutung in der Zeit der nicht an parlamentarische Verfahren gebundenen Notstandsgesetzgebung während der Weltwirtschaftskrise 1929-33 weiter an. Im Nationalsozialismus ging durch das „Ermächtigungsgesetz“⁵⁰ von 1933 de facto die Gesetzgebungskompetenz vom Reichstag auf die Reichsregierung über. In der Folgezeit waren darüber hinaus am Rechtssetzungsverfahren unterschiedliche „normgebende Akteure“⁵¹ beteiligt, darunter nicht zuletzt die einzelnen Minister, die im Rahmen von Blankettermächtigungen grobe politische Zielvorgaben weitgehend frei umsetzen konnten, sofern Hitler sich nicht selbst einschaltete.⁵² Unter solchen Voraussetzungen kam der Ministerialbürokratie des Reichsarbeitsministeriums eine besondere Bedeutung zu, da Reichsarbeitsminister *Franz Seldte* über keine fachliche Autorität in seinem Ministerium verfügte.⁵³ Es ist davon auszugehen, dass es die Staatssekretäre und leitenden Ministerialbeamten waren, die die Arbeit und Ausrichtung des Reichsarbeitsministeriums sowie die inhaltliche Abstimmung über Gesetzesvorhaben mit Regierungs- und Parteistellen maßgeblich prägten.

Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten verursachte Personalverluste gefährdeten die kontinuierliche Arbeit des Reichsarbeitsministeriums nicht. Von 37 im Ministerium 1932 nachweislich tätig gewesen, in das Biorex aufgenommenen leitenden Ministerialbeamten schieden 1933 9 Beamte aus unterschiedlichen Gründen aus.

⁴⁹ Zur Rolle *Seldtes* vgl. auch Ulrike Schulz 2017 a.a.O.

⁵⁰ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24.3.1933.

⁵¹ Hitler selbst, der Beauftragte für den Vierjahresplan, nach Kriegsbeginn ferner der Ministerrat für die Reichsverteidigung als auch das sogenannte Dreierkollegium (die Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und die Wirtschaft sowie der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), vgl. Bernd Mertens, *Rechtsetzung im Nationalsozialismus*, Tübingen 2009, S. 11-35.

⁵² Nach Mertens erfolgte durch die Blankettgesetzgebung „eine weitere Verlagerung der Legislativgewalt auf die Ebene der einzelnen Ministerialressorts.“ (Ebenda, S. 30).

⁵³ Ministerialdirektor *Werner Mansfeld* legte 1949 im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens dar, dass *Seldte* ihm „fast niemals Anweisungen gegeben“ habe, und wenn dies doch geschah, habe er (*Mansfeld*) „diese nur selten befolgt, weil *Seldte* weder fähig war, soziale Probleme zu beurteilen, noch sich in den ganzen Jahren seiner Ministertätigkeit jemals eingehender um die Arbeit des ihm anvertrauten Ministeriums gekümmert“ habe (Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02 Nr. 2198, Schreiben *W. Mansfeld* an die Entnazifizierungs-Kommission beim Magistrat von Groß-Berlin v. 29.7.1949).

Zu Opfern des NS-Rassismus wurden 5 Beamte mit jüdischem Familienhintergrund. *Johannes Feig*, Ministerialrat und Mitgestalter des kollektiven Arbeitsrechts, wurde 1934 entlassen, er verstarb zwei Jahre später. Ministerialrat *Friedrich Joachim*, SPD-Aktivist und an der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1926 wesentlich beteiligt, wurde entlassen und engagierte sich fortan in der jüdischen Wohlfahrtspflege, 1942 wurde er in Auschwitz ermordet. Ebenfalls entlassen wurde die im Bereich der Wohlfahrtspflege ausgewiesene Ministerialrätin *Dorothea Hirschfeld*. 1942 nach Theresienstadt deportiert, überlebte sie und wurde nach 1945 Referentin in der SBZ. *Lothar Richter*, ein im Fürsorge- wie im Versicherungskontext herausragend ausgewiesener Oberregierungsrat, emigrierte und wurde Universitätsprofessor in Kanada. Ministerialdirektor *Oskar Weigert*, der wesentlich das deutsche Arbeitslosenversicherungsrecht mitgestaltete, wurde nach seiner Emigration Berater der türkischen Regierung und später hochrangiger Ministerialbeamter im US-amerikanischen Arbeitsministerium.

Weibliche Beamte der Reichsverwaltung wurden generell versetzt bzw. entlassen. Die Ministerialrätin *Julia Dünner* wurde unter Beibehaltung ihres Dienstranges und ihrer Einkünfte an ein regionales Versorgungsamt, die Oberregierungsrätin *Else Lüders* kurz vor dem Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt.⁵⁴

In den Ruhestand versetzt wurde auch der Staatssekretär des Ministeriums *Andreas Grieser*, der allerdings die Altersgrenze erreicht hatte und dessen Auswechslung als politischer Beamter im Zuge der Neubesetzung der Leitung eines Ministeriums ohnehin ein normaler Vorgang war.⁵⁵ *Grieser* schied nach üblichem Verfahren aus und erlitt weder Nachteile noch war er Verfolgungen ausgesetzt. Im Alter von 52 Jahren wurde zudem *Friedrich Sitzler* in den Ruhestand versetzt, der im Rang eines Ministerialdirektors noch 1933 als Divisionschef zum Internationalen Arbeitsamt in Genf ging, dessen Stellung nach dem Austritt Deutschlands aus der International Labour Organisation im selben Jahr aber obsolet wurde.⁵⁶

Unter den 1933 im Amt verbliebenen Ministerialbeamten befinden sich zwei Beamte, die nach dem NS-Rassenverständnis als „Halbjuden“ galten: Ministerialrat *Heinrich Goldschmidt*, seit 1919 im Reichsarbeitsministerium tätig, wurde bis zum Ende des NS-Regimes im Amt belassen. *Bernhard Lehfeldt*, wie *Goldschmidt* als „halbjüdisch“ eingestuft und ebenfalls langgedienter Beamter des Reichsarbeitsministeriums, war ein erfahrener Sozialrechtsexperte im Bereich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung. Er verstarb 1941 im Amt.

⁵⁴ Nach gleichem Muster wurde in nachgeordneten reichszentralen Behörden verfahren: *Margarete Ehlert*, Direktorin in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wurde in den Ruhestand versetzt, *Käthe Gaebel*, vor 1933 Oberregierungsrätin in der Reichsanstalt, wurde im Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg weiterbeschäftigt. Weibliche Beamte wurden 1933 konsequenter aus dem Reichsdienst entfernt als Beamte mit jüdischem Familienhintergrund. Das Gesellschaftsbild der neuen Machthaber akzeptierte Frauen in Leitungspositionen allenfalls noch auf dezentraler Ebene, wenn sichergestellt war, dass deren Wirken sich ausschließlich auf Frauen und Kinder bezog.

⁵⁵ Sein Nachfolger *Johannes Krohn* war wie *Grieser* ein erfahrener, langgedienter Ministerialbeamter des Reichsarbeitsministeriums. Er hatte das Vertrauen des neuen Reichsarbeitsministers *Franz Seldte*, kam aber nicht aus den Reihen der Nationalsozialisten.

⁵⁶ *Sitzler* galt zwar als gewerkschaftsnah, seine Publikationen zur Sozialpolitik waren bis 1945 aber von NS-Propagandatönen durchsetzt. Vorrangig wegen ihrer Amtsverluste wurden *Sitzler* und *Grieser* nach 1945 zu Identifikationsfiguren der bundesrepublikanischen Sozialpolitik stilisiert.

Das Reichsarbeitsministerium verfolgte personalpolitisch eine Linie, die auf die Beibehaltung der Fachkompetenz der Ministerialbeamten setzte⁵⁷, dem Drängen der NSDAP-Zentrale auf eine „Reinigung“ des Ministeriums „von nicht-arischen und jüdisch-versippten Beamten“⁵⁸ wurde beharrlich widerstanden.⁵⁹

Die im Biorex aufgenommenen Ministerialbeamten, die zwischen 1933 und 1945 im Reichsarbeitsministerium tätig waren, lassen sich nicht einheitlich charakterisieren. Darunter befanden sich couragierte Führungskräfte, die teilweise konsequent einen Eintritt in die NSDAP verweigerten und keinen Konflikt mit NS-Spitzenfunktionären wie dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront *Robert Ley*, dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel oder dem Reichsgesundheitsführer *Leonardo Conti* scheuten. Insbesondere die sozialversicherungsrechtliche Abteilung des Reichsarbeitsministeriums widersetzte sich erfolgreich den Plänen der Deutschen Arbeitsfront, das Versicherungs- durch ein Versorgungssystem zu ersetzen. Zu nennen sind in diesem Kontext die der Zentrumsparterie nahestehenden Ministerialbeamten *Maximilian Sauerborn* und *Josef Eckert*, aber auch der langjährige Leiter der Abteilung, *Gerhard Zschimmer*. In Konflikte mit hochrangigen NS-Funktionären gerieten Beamte wie *Wilhelm Kimmich*, der ab 1939 eine leitende Funktion in der arbeitsrechtlichen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums bekleidete, und nicht zuletzt Spitzenbeamte aus dem Bereich der Arbeitsvermittlung und des Arbeitseinsatzes wie *Alexander Wende*, *Kurt Kaphahn* und *Anton Kerschensteiner*, die u. a. in ihrer zeitweiligen Funktion als Landesarbeitsamtspräsidenten übergreifenden Gauleitern die Stirn boten. Im Wohnungs- und Siedlungswesen waren es insbesondere *Karl Durst* und *Ernst Knoll*, die Kompetenzkonflikte mit dem Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau *Robert Ley* ausfochten.

Die angesprochenen Konflikte standen in der Logik des polykratischen Herrschaftssystems, also der vielfältigen Kompetenzauseinandersetzungen innerhalb des Nationalsozialismus, stilisiert wurden sie in Entnazifizierungsverfahren nach 1945 dann zum „aktiven Widerstand“ gegen das Regime. Konfliktlinien dieser Art lassen sich nicht aus der Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in der NSDAP rekonstruieren. Die Ministerialbeamten des Reichsarbeitsministeriums waren Teil einer deutschen Beamtenschaft, die sich auch nach 1933 überwiegend als unpolitisches Staatsdie-

⁵⁷ Das galt auch für Beamte nachgeordneter Behörden, so etwa für *Hermann Dersch*, der seine Karriere im Reichsarbeitsministerium begonnen hatte und Direktor im Reichsversicherungsamt wurde. Als „Mischling zweiten Grades“ verlor er 1937 die ihm 1931 übertragene Professur für Arbeitsrecht und Sozialversicherung an der Universität Berlin, behielt aber seinen Direktorenposten im Reichsversicherungsamt.

⁵⁸ Als „jüdisch-versippt“ galt Ministerialrat *Werner Stephan*, Referent für Arbeitsbeschaffung und für internationale sozialpolitische Beziehungen im Reichsarbeitsministerium. Sein Werdegang ist ungeklärt, möglicherweise wurde er 1944 im Rahmen einer „Säuberung“ der Ministerien nach dem Attentat auf Hitler entlassen, da seine Ehefrau einen jüdischen Familienhintergrund hatte.

⁵⁹ Zitiert in Ulrike Schulz 2017 a.a.O., S. 68. Zur Personalpolitik des Reichsarbeitsministeriums vgl.: ebenda, S. 68 ff.; Hans Mommsen a.a.O., 1966, S. 47. Ein bezeichnendes Licht auf das personalpolitische Dilemma der NSDAP im sozialpolitischen Kontext ist der Fall des Ministerialdirektors *Werner Mansfeld*, ab 1933 Ministerialdirektor und Leiter der arbeitsrechtlichen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums. Seit 1933 Mitglied der NSDAP, galt er in der Partei aufgrund seiner deutschnationalen Prägung als „ausgesprochen glückliche Besetzung“ (Matthias Frese, Betriebspolitik im „Dritten Reich“, Paderborn 1991, S. 100). Nachdem sich 1935 herausstellte, dass ein Großelternteil von ihm jüdisch war, wurde er von Hitler „arisiert“ (Entnazifizierungsakten *Mansfeld*).

nerium verstand.⁶⁰ Noch 1938 waren von den Ministerialbeamten im Reichsarbeitsministerium lediglich fünf NSDAP-Parteimitglieder. Diese Tatsache wurde zwar von der NSDAP-Parteizentrale heftig kritisiert⁶¹, den weitgehend national und konservativ eingestellten Beamten war zunächst jedoch der Zugang zur NSDAP durch die Mitgliedsaufnahmesperre nach 1933 nicht möglich. Erst nachdem diese gelockert wurde, sah das Bild anders aus: Von 40 im Biolex berücksichtigten Beamten waren zwischen 1940-45 21 Parteimitglieder⁶², drei Beamte stellten einen Antrag, ihnen wurde jedoch die Aufnahme in die NSDAP verwehrt. Bei drei weiteren Beamten konnte eine Mitgliedschaft nicht eindeutig geklärt werden, 13 stellten keinen Antrag auf Aufnahme.⁶³ Letztere verblieben im Amt, wurden bei Beförderungen aber benachteiligt.

Die Motive für einen Eintritt in die NSDAP waren unterschiedlich. Eine teilweise Übereinstimmung mit politischen Positionen des Nationalsozialismus kann vorausgesetzt werden, eine Rolle spielten aber auch karrierestrategische Gründe sowie die Hoffnung, als NSDAP-Mitglied eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Spitzenfunktionären der NSDAP und der Wehrmacht (im Versorgungsbereich) zu erlangen. Wenig glaubhaft dagegen sind Aussagen führender Ministerialbeamter nach 1945, sich dem politischen Druck der NSDAP gebeugt zu haben.⁶⁴

Parteinahe Beamte wie der Staatssekretär *Hans Engel* wurden auf die Linie des Reichsarbeitsministeriums „einsozialisiert“, der Ministerialdirektor *Werner Mansfeld* scheiterte mit seinem Bestreben, im Kompetenzbereich des Ministeriums eine Versöhnung von Partei und Staat herbeizuführen⁶⁵ und wechselte 1942 in die Wirtschaft.

⁶⁰ Vgl. Hans Mommsen 1966 a.a.O., S. 20.

⁶¹ Vgl. ebenda, S. 82; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1981 (9. Aufl.), S. 305.

⁶² Den leitenden Ministerialbeamten dürfte ein Parteieintritt nahegelegt worden sein. Bereits Mitte 1937 wurden der Gauleitung Berlin 18 Beamte vom Reichsarbeitsminister *Seldte* zur Aufnahme in die NSDAP vorgeschlagen, den darauf folgenden tatsächlichen Beitritten nach zu urteilen aber offenbar ohne eine vorherige Absprache mit den Genannten (vgl. Landesarchiv Berlin, A Rep. 244-01 Nr. 11, Schreiben der NSDAP Gauleitung an den stellvertretenden Gauleiter Görlitzer v. 15.6.1937).

⁶³ Darunter drei mit jüdischem Familienhintergrund, deren Aufnahme ohnehin nicht zur Diskussion stand.

⁶⁴ Insbesondere Wilhelm Börger („brutaler Parteifunktionär“, „rabiater“, „fanatischer“ Nationalsozialist), ab 1938 Ministerialdirektor der Verwaltungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums, wird in Entnazifizierungsunterlagen unterstellt, Ministerialbeamte in die Partei gedrängt zu haben (vgl. Entnazifizierungsakten *Fritz Paetzold* und *Alexander Wende*, zu *Paetzold* auch: Martin Münzel, Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945-1960, in: *Alexander Nützenadel* 2017 a.a.O., S. 494-550, hier: S. 522). Solcher Entlastungsrhetorik steht die Aussage entgegen, „dass im Reichsarbeitsministerium der Druck nicht so stark war, dass alle Beamten der Partei beitreten mussten“ (Entnazifizierungsakte *Kurt Classen*). *Josef Eckert* merkte an, Wilhelm Börger „wagte sich an die älteren Ministerialbeamten nicht so sehr heran“, diese waren nach dessen Auffassung „doch nicht zu ändern und deshalb für die Partei nicht mehr von großem Wert“ (*Josef Eckert*, *Schuldig oder Entlastet?*, München 1948 [2. Aufl.], S. 196). Bei Neueinstellungen hatte allerdings spätestens 1938 die Parteimitgliedschaft ein größeres Gewicht (vgl. *Ulrike Schulz* 2017 a.a.O., S. 67 ff.).

⁶⁵ Vgl. *Martin Becker*, *Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis während der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2005, S. 455-463. Der ehemalige Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium *Albert Beimes* erläuterte, *Mansfeld* sei im Ministerium unhaltbar geworden, da er „allen alles versprach mit der festen Absicht, nichts

Selbst *Peter Martin*, nach 1933 Vertrauensmann der NSDAP im Reichsarbeitsministerium, wurde eher durch Sachzwänge vereinnahmt als dass er dort die Parteilinie durchsetzen konnte. Gestützt durch die NSDAP machte der einer jüngeren Folgegeneration zuzurechnende Ministerialbeamte *Max Timm* Karriere, dieser leitete ab 1942 die Hauptabteilung „Europaamt für den Arbeitseinsatz“ des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz *Fritz Sauckel*.⁶⁶

Aufschlussreich ist der Verbleib der ins Biolex aufgenommenen Ministerialbeamten des Reichsarbeitsministeriums nach 1945. Von den 40 berücksichtigten Beamten waren vier vor 1945 verstorben, drei bereits pensioniert, das Schicksal eines Beamten nach 1945 ist ungeklärt. Die meisten der damit verbleibenden 32 Beamten gerieten als hohe Reichsbeamte in den sog. automatischen Arrest. Sieben kamen in russischer Internierung ums Leben, sieben wechselten nach der Internierung in andere Berufe. Fünf wurden – in der Regel bereits während ihrer Internierung durch die Westmächte – für die Zivilverwaltung der alliierten Besatzungsbehörden rekrutiert, 13 setzten ihre Karrieren in Landesministerien und Landessozialverwaltungen fort. Insgesamt acht der altgedienten Ministerialbeamten wurden ab 1949/50 in das neu geschaffene Bundesarbeitsministerium übernommen.⁶⁷

Allgemeine Charakterisierungen des deutschen Beamtentums und der Ministerialbürokratie im Nationalsozialismus greifen im Hinblick auf das Agieren der Mitglieder des Reichsarbeitsministeriums zu kurz. *Max Webers* Beschreibung des zwar kritisch reflektierenden und beratenden, in letzter Konsequenz aber immer hierarchiekonform auftretenden Beamten⁶⁸ mag noch für die Weimarer Zeit zutreffen, spiegelt aber nicht die Eigenmächtigkeiten der Ministerialbeamten gegenüber NS-Eliten sowie auch dem eigenen Minister *Franz Seldte* wider. *Franz Neumanns* Urteil über die Ministerialbürokratie als „geschlossene Kaste“ von effizienzorientierten Technokraten, die die eigene Karriere in den Mittelpunkt ihres Handelns rücken und „die sich um politische und soziale Werte wenig scheren“⁶⁹, passt nicht zum renitenten, auch persönliche Nachteile einkalkulierenden Verhalten eines Teils der Ministerialbürokratie gegenüber Funktionseliten des Nationalsozialismus. Zutreffend ist aber, dass im Reichsarbeitsministerium ein funktionales Staatsdienerntum wirkte, das sowohl NS-konform auftreten wie auch Positionen und Ambitionen leitender NS-Funktionäre grundlegend widersprechen konnte⁷⁰, im Endeffekt aber das soziale Sicherungssystem als Teil der staatlichen Ordnung bis in die Endphase

zu halten oder nur so viel zu tun, als er ohne seine Stellung zu gefährden tun konnte“ (Entnazifizierungsakte *Wilhelm Kimmich*).

⁶⁶ Gleiches gilt für die weiteren Begleitpersonen *Sauckels*, die Ministerialräte *Walter Stothfang* und *Hubert Hildebrandt*.

⁶⁷ Die Ermittlung der biographischen Daten der Ministerialbeamten erwies sich als schwierig, da die nach 1945 an das Bundesministerium für Arbeit geleiteten Personalakten des ehemaligen Reichsarbeitsministeriums bis auf geringe Ausnahmen vernichtet worden sind. Zu einem umfassenderen Bild der Karrieren ehemaliger Mitarbeiter des Reichsarbeitsministeriums nach 1945 vgl. *Martin Münzel* 2017 a.a.O.

⁶⁸ Vgl. *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriss der verstehenden Soziologie, Frankfurt/M. 2005, S. 1058 u. 1062.

⁶⁹ *Neumann* 1984 a.a.O., S. 431 ff.

⁷⁰ Vgl. *Rüdiger Hachtmann*, *Reichsarbeitsministerium und Deutsche Arbeitsfront*, in: *Nützenadel* a.a.O., 2017, S. 137-173.

XXX

des Regimes aufrechterhielt⁷¹ und damit erheblich zur Stabilität des Regimes beitrug⁷².

⁷¹ Selbst die arbeitsrechtliche Absicherung der „Volkssturmsoldaten“ wurde Ende 1944 noch einer Regelung unterworfen (vgl. Akten der Parteikanzlei der NSDAP, Teil 1, Reg. 103 11085).

⁷² Zur Einschätzung zur Rolle des Beamtentums im Nationalsozialismus insgesamt vgl. Hans Mommsen 1966 a.a.O., S. 121 ff.

Übersicht:
Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums
1919-45

Abb. 1

Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums 1919

Hauptabteilungen mit Unterabteilungen gem. Geschäftsverteilungsplan v. 1.7.1919

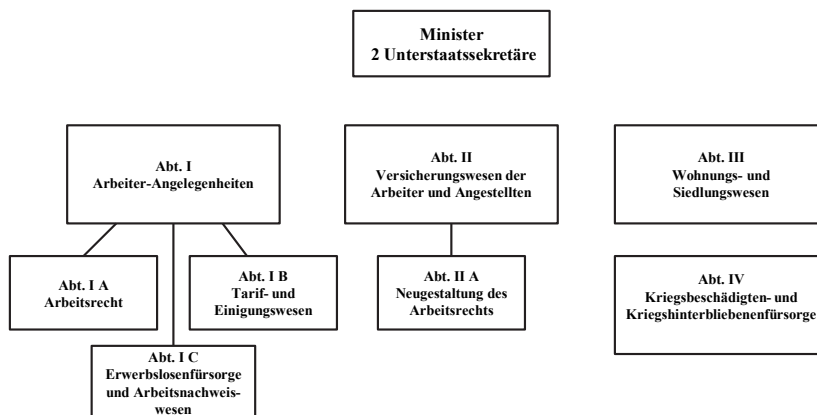


Abb. 2

Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums 1921

Hauptabteilungen (ohne Unterabteilungen) gem. Geschäftsverteilungsplan v. 1.6.1921

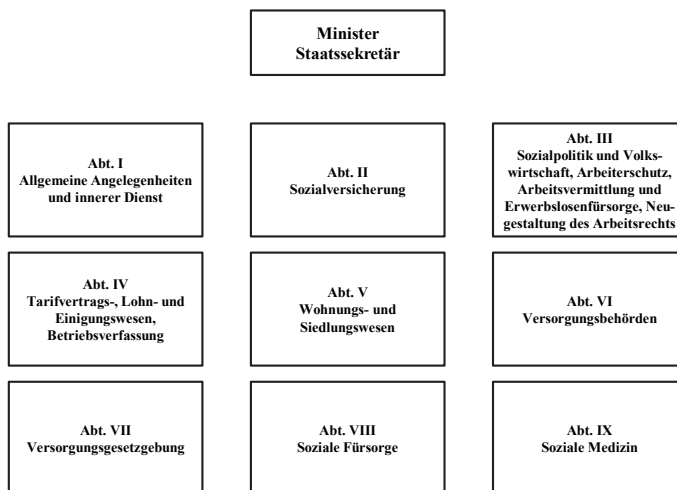


Abb. 3

Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums 1924 und 1930

Hauptabteilungen (ohne Unterabteilungen) gem. Geschäftsverteilungsplan v. 1.12.1924
und vom 1.3.1930 (Änderungen 1930 kursiv)

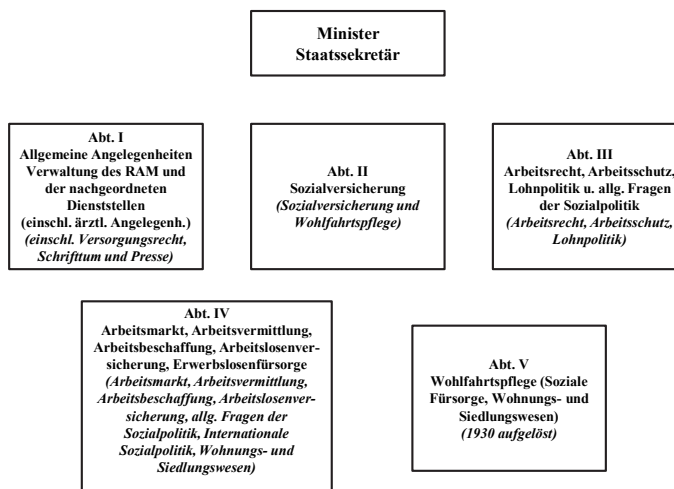


Abb. 4

Abteilungen des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums 1935

Hauptabteilungen (ohne Unterabteilungen) gem. Geschäftsverteilungsplan v. 1.12.1935

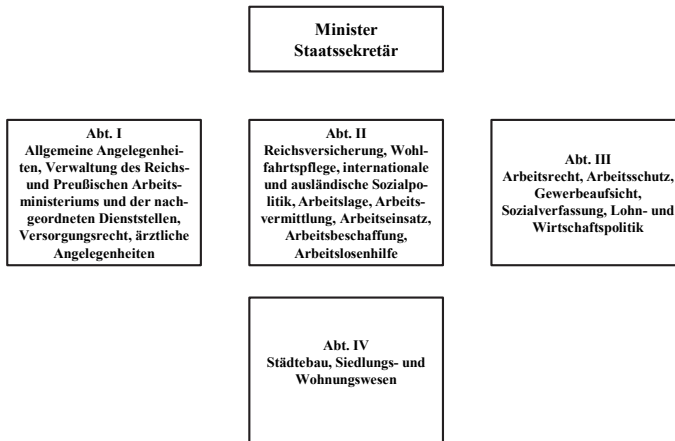


Abb. 5

Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums 1942

Hauptabteilungen (ohne Unterabteilungen) gem. Geschäftsverteilungsplan v. 1.1.1942

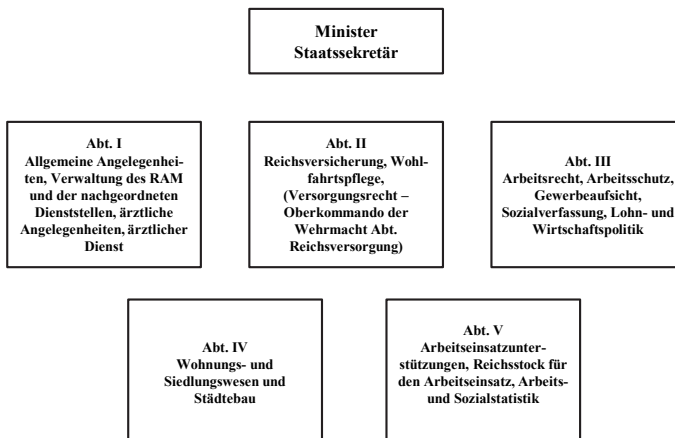
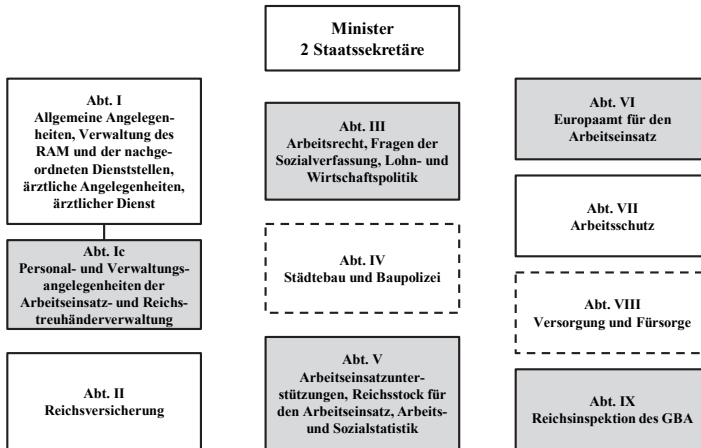


Abb. 6

Abteilungen und Kompetenzverluste des Reichsarbeitsministeriums

Hauptabteilungen gem. Geschäftsverteilungspläne 1943/44

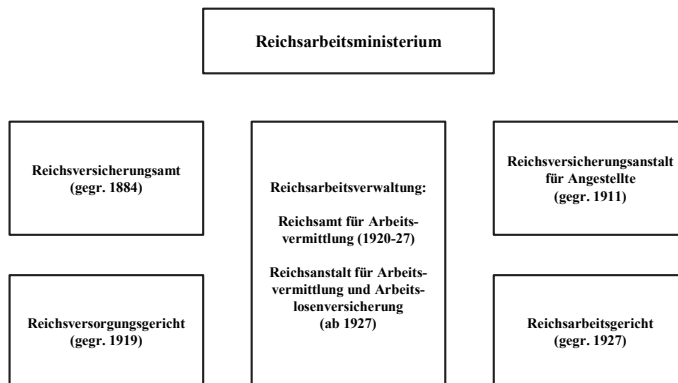


grau unterlegt: Dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz für fachliche Angelegenheiten zur Verfügung gestellt (1942-45)
gestrichelte Linie: Kompetenzverluste nach Verlagerung von Zuständigkeiten an das Reichsministerium des Innern (Fürsorge, 1936), an die Wehrmacht (Versorgung, 1939) sowie an den Reichswohnungskommissar (1942).

Abb. 7

Dem Reichsarbeitsministerium nachgeordnete Reichsbehörden

(ohne Untergliederungen auf der Landes- bzw. Provinzialebene / Bezirks- und Lokalebene; Stand: 1928)



Übersicht:

Abteilungszugehörigkeit der Ministerialbeamten des Reichsarbeitsministeriums

(Zuordnung nach Schwerpunkt der Tätigkeit 1919-45; Mehrfachnennungen möglich)

Minister

G. Bauer; Brauns; Schäffer; Schlicke; Seldte; Stegerwald; Syrup; Wissel.

Staatssekretäre

Engel; Geib; Grieser; Krohn; Syrup.

Sachgebiet Sozialversicherung

Dormann; J. Eckert; Engel; Grieser; Grünewald; Knoll; Krohn; Sauerborn; Wankelmuth; Zschimmer.

Sachgebiet Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Lohnpolitik

Classen; Feig; Gassner; Goldschmidt; Joachim; Kalckbrenner; Kimmich; Klehmet; Kremer; Küppers; Kuttig; Mansfeld; Martin; Meves; Neitzel; Sitzler; Steinmann.

Sachgebiet Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung

Beisiegel; Ehlert; Gaebel; Hetzell; Hildebrandt; Kaphahn; Lehfeldt; E. Lüders; Stephan; Stothfang; Syrup; Timm; Weigert; Wende; Zschucke.

Sachgebiet Wohlfahrtspflege

Beisiegel; Dünner; Gemmingen-Guttenberg-Fürfeld; Hirschfeld; Karstedt; L. Richter; Ritter; Rosenberg; Wölz.

Sachgebiet Wohnungs- und Siedlungswesen

Durst; Ebel; Glaß; Lehmann; Schmidt.

Sachgebiet Ärztliche Angelegenheiten

M. Bauer; Martineck; Meier; Paetzold; Scholtze.

Sachgebiet Versorgungswesen

Kerschensteiner; Schulte-Holthausen; Sieler.

Übersicht: Sozialgesetze und beteiligte Sozialpolitiker 1919-33*

Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen

<i>Gesetz</i>	<i>Ministerialbeamte/ Reichsrat</i>	<i>Reichstag/RWR/ Parlamentarier</i>	<i>Verbände/ Gewerkschaften</i>
Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerbl. Arbeiter v. 23.11.1918/ 17.12.1918	Syrup		Leipart
Tarifvertragsverordnung v. 23.12.1918	G. Bauer; Sitzler; Syrup		
Betriebsrätegesetz v. 4.2.1920	Feig; Flatow; Schäffer; Schlicke; Sitzler; Syrup	Bahr	
Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter v. 6.4.1920	v. Olshausen; Sitzler; Syrup; Weigert		
Verordnung über das Schlichtungswesen v. 30.10.1923	Flatow; Gassner; Joachim; Sitzler	Thissen; Umbreit	
Verordnung über die Arbeitszeit v. 21.12.1923	Klehmet; Sitzler		
Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten v. 9.7.1926	Goldschmidt; Sitzler	Thiel; Umbreit	Aufhäuser
Arbeitsgerichtsgesetz v. 23.12.1926	Flatow; Gassner; Joachim; Sitzler	Habersbrunner; Umbreit	Aufhäuser
Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes vom Dezember 1926	E. Lüders; Neitzel; Sitzler	Habersbrunner; Hansen; Möhrke; Ströhlinger; Umbreit	
Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft (Mutterschutzgesetz) v. 16.7.1927	Dünner; v. Gemmingen; Goldschmidt; E. Lüders; Wittelshöfer	Möhrke; Schroeder; Umbreit	
Verordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses v. 9.1.1931	Joachim		

* Eine entsprechende Listung für die NS-Zeit ist aufgrund der problematischen Quellenlage nicht möglich. Soweit Zuordnungen erfolgen konnten, sind diese den einzelnen Biographien zu entnehmen.

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung

<i>Gesetz</i>	<i>Ministerialbeamte/ Reichsrat</i>	<i>Reichstag/RWR/ Parlamentarier</i>	<i>Verbände/ Gewerkschaften</i>
Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge v. 13.11.1918	Syrup		
Arbeitsnachweisgesetz v. 22.7.1922	Geib; Ehlert; Klehmet; v. Olshausen; Ritter; Schäffer; Sitzler; Stephan; Syrup; Weigert; Wende	Ströhlinger; Thissen; Umbreit	
Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose v. 19.11.1926	Lehfeldt; Wittelshöfer; Weigert; Wende	Brey	
Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 16.7.1927 (Einschränkungen durch Not- bzw. Präsidialverordnungen v. 26.7.1930, 30.9.1930, 5.6.1931, 14.6.1932)	Ehlert; Lehfeldt; Schneider-Kewenig; Sauerborn; Sitzler; Syrup; Wankelmuth; Weigert; Zschimmer	Habersbrunner; Möhrke; Umbreit	Aufhäuser; Spliedt
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 12.10.1929	Beisiegel; Lehfeldt; Weigert		
Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst v. 16.7.1932	Syrup; Wende		

Sozialversicherung

Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge v. 26.9.1919		Schroeder	
Gesetz über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung v. 10.11.1922	Geib; Grieser; Lippmann; v. Olshausen	Habersbrunner; Thiel	
Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen v. 27.3.1923	J. Eckert; Grieser; Lippmann; Martineck	Streiter	
Reichsknappschaftsgesetz v. 23.6.1923	J. Eckert; Grieser; Lippmann	Gärtner; Thissen; Umbreit	Heimann; Viktor
Versicherungsgesetz für Angestellte v. 28.5.1924 (neue Fassung)		Thissen	
Gesetz über Zusatzsteigerung der Renten in der Angestelltenversicherung v. 23.3.1925	Wittelshöfer		

XXXVIII

<i>Gesetz</i>	<i>Ministerialbeamte/ Reichsrat</i>	<i>Reichstag/RWR/ Parlamentarier</i>	<i>Verbände/ Gewerkschaften</i>
Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten v. 12.5.1925	M. Bauer; Krohn	Habersbrunner; Thissen; Umbreit	
Zweites Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung v. 14.7.1925	M. Bauer; J. Eckert; Hetzell; Knoll; Krohn; L. Richter; Martineck	Habersbrunner; Thissen; Umbreit; Ziegler	
Gesetz über den Ausbau der Invalidenversicherung v. 28.7.1925	J. Eckert; Zschimmer		
Erstes Gesetz über die Änderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung v. 22.5.1926	Grieser; Zschimmer	Moldenhauer	
Gesetz zur Änderung des Reichsknappschaftsgesetzes v. 25.6.1926	J. Eckert; Grieser; Krohn; Sauerborn; Wan- kelmuth	Gärtner; Thissen; Umbreit	Heimann
Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes v. 25.6.1926	Krohn; Sauerborn; Zschimmer		
Zweites Gesetz über die Änderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung v. 9.7.1926	Grieser; Zschimmer	Moldenhauer	
Gesetz über die Krankenversicherung der Seeleute v. 16.12.1927	Grieser; Knoll; Sauer- born	Moldenhauer	
Gesetz über Beiträge und Leistungen in der Invalidenversicherung v. 29.3.1928	J. Eckert; Knoll; Wan- kelmuth; Zschimmer		
Drittes Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung v. 20.12.1928	Knoll; Krohn; L. Richter	Schwarzer; Umbreit	
Zweite Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten v. 11.2.1929		Habersbrunner	
Gesetz zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes v. 7.3.1929	J. Eckert; Krohn; Wan- kelmuth; Zschimmer		
Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.7.1930 (Einschränkungen AVAVG)	Bauer, M.; Beisiegel; J. Eckert; Knoll; Krohn; Lehfeldt; Martineck; Sauerborn; Weigert; Zschucke		

<i>Gesetz</i>	<i>Ministerialbeamte/ Reichsrat</i>	<i>Reichstag/RWR/ Parlamentarier</i>	<i>Verbände/ Gewerkschaften</i>
Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v. 5.6.1931 (Einschränkungen AVAVG)	Lehfeldt; Weigert; Zschucke		
Verordnung über kassen- ärztliche Versorgung v. 14.1.1932	Sauerborn		
Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Frie- dens v. 8.12.1931 (Einschrän- kungen AVAVG; Schaffung Kassenärztlicher Vereinigun- gen)	Sauerborn; Wankelmuth		Haedenkamp
Verordnung über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslo- senhilfe u. der Sozialversiche- rung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Ge- meinden v. 14.6.1932 (Ein- schränkungen in der Unfall- und Invalidenversicherung)	Lehfeldt		

Versorgung von Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen

Reichsversorgungsgesetz v. 12.5.1920	Geib; Hirschfeld; Kaphahn; Kerschenstei- ner; Martineck; v. Ols- hausen; Schlicke; Scholtze
---	---

Wohlfahrtspflege

Gesetz über Notstands- maßnahmen zur Unterstützung von Rentempfängern der In- validen- und Angestelltenver- sicherung v. 7.12.1921	Geib; Schäffer	Erkelenz; Umbreit	
Gesetz über die Jugendwohl- fahrt (Reichsjugendwohlfahrts- gesetz) v. 9.7.1922	Brandis; Dünner; Hirschfeld; Schäffer; Weber	Juchacz; M.-E. Lüders; Müller- Ottfried; Mumm; Neuhaus	J. Caspari; Hart- mann; Lenné; Noppel; Ollen- dorff; Polligkeit; Steinweg; Thode; Wronsky
Gesetz über die Kleinrentner- fürsorge v. 4.2.1923	Geib; Ritter; Ruppert; Wittelshöfer; Wölz		

XL

<i>Gesetz</i>	<i>Ministerialbeamte/ Reichsrat</i>	<i>Reichstag/RWR/ Parlamentarier</i>	<i>Verbände/ Gewerkschaften</i>
Verordnung über die Fürsorgepflicht (Reichsfürsorgepflichtverordnung) v. 13.2.1924	Beisiegel; Dünner; L. Richter; Ritter; Ruppert; Wölz		
Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge v. 4.12.1924	Beisiegel; Dünner; L. Richter; Ritter; Wittelshöfer; Wölz		Kracht
Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten v. 26.1.1927 (Erster Entwurf und Notverordnungen von 1918)	Bumm; Lentz; Gottstein; Schneider-Kewenig; Weber	Haedenkamp; M.-E. Lüders; Müller-Ottfried; Neuhaus; Schroeder	

Wohnungspolitik

Reichsheimstättengesetz v. 10.5.1920	Brandis; Glaß		
Wohnungsmangelgesetz v. 11.5.1920	Ebel		
Reichsmietengesetz v. 24.3.1922	Brandis; Ebel; Glaß; Schäffer	Bahr	
Gesetz über Mieterschutz u. Mieteinigungsämter v. 1.6.1923	Brandis; Ebel; Glaß; Hetzell		
Wohnungsmangelgesetz v. 26.7.1923		Bahr	
Gesetz zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes v. 29.6.1926	Brandis	Bartschat	
Reichsmietengesetz v. 10.7.1926	Ebel		
Gesetz zur Änderung des Reichsmietengesetzes v. 14.2.1928	Brandis; Ebel; Wölz	Bartschat	

Preußische Wohlfahrtsgesetze

Preußisches Gesetz betr. die öffentliche Krüppelfürsorge v. 6.5.1920	Gottstein		
Preußisches Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose v. 4.8.1923	Gottstein		

Abkürzungsverzeichnis I (Allgemeines und Parteien)

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
ao.	außerordentlich
apl.	außerplanmäßig
ASPD	Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
AWO	Arbeiterwohlfahrt
Bad.	Badisch
Bayer.	Bayerisch
BBG	Berufsbeamtengesetz (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. 4. 1933)
Ber.	Berichterstatter
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (1928-1936), danach NSRB
BRD	Bundesrepublik Deutschland
<i>BT</i>	Bundestag
BVP	Bayerische Volkspartei
CDP	Christliche Demokratische Partei
CDU	Christlich Demokratische Union
ChrsV	Christlich-Sozialer Volksdienst
CSP	Christlich Soziale Partei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DCV	Deutscher Caritasverband
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
Diss.	Dissertation
diss.	ohne Konfession/ausgetreten
DkP	Deutschkonservative Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	(nationalliberale) Deutsche Partei (Württemberg)
Dr.	Doktor, siehe auch unter den Fachspezifizierungen
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSP	Deutschsoziale Partei
DStP	Deutsche Staatspartei
DV	Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit (1880-1919), danach Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
DVFB	Deutschvölkische Freiheitsbewegung

XLII

DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
ebd.	ebenda, ebendort
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
ev.	evangelisch
ev.-luth.	evangelisch-lutherisch
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FK	Freikonservative Vereinigung
FoVp	Fortschrittliche Volkspartei
FrVg	Freisinnige Vereinigung
FrVp	Freisinnige Volkspartei
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
geb.	geboren
Geh.	Geheim/Geheimer
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Habil.	Habilitation
h.c.	honoris causa
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IG	Industriegewerkschaft
ILO	International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
ing.	Grad der Ingenieurwissenschaften
iur.	Grad der Rechtswissenschaften
iur. utr.	Grad der Rechtswissenschaften für weltliches Recht und Kirchenrecht
K	Kinder
K	Kommunalpolitik/-parlament
kath.	katholisch
KdF	Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (Gliederung der DAF)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei-Opposition
Krs.	Kreis
KSSStV	Katholische Süddeutsche Studentenverbindung
KStV	Katholische Studentenverbindung
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

<i>LT</i>	Landtag
M	Mutter
med.	Grad der Medizin
mind.	mindestens
mult.	multiplex
n. e.	nicht ermittelt
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm)
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
NSOG	Nationalsozialistische Opfergemeinschaft
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (1936-1945), vorher BNSDJ
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o.	ordentlich
Obb.	Oberbayern
oec. publ.	oecologiae publicae (Staatswissenschaften)
phil.	Grad der Geisteswissenschaften
Pr. AbgeH	Preußisches Abgeordnetenhaus
Preuß.	Preußisch
Pr. LT	Preußischer Landtag (Weimarer Republik)
Prof.	Professor
RAM	Reichsarbeitsministerium
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RDF	Reichsbund Deutsche Familie
rer. pol.	Grad der Staatswissenschaften
RfA	Reichsversicherungsanstalt für Angestellte
RfAVAV	Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
RLB	Reichsluftschutzbund
<i>RT</i>	Reichstag
RVO	Reichsversicherungsordnung

XLIV

RWM	Reichswirtschaftsministerium
RWR	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
S	Sohn, Söhne
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
Sächs.	Sächsisch
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
stellv.	stellvertretende/r
Stkr	Stadtkreis
T	Tochter, Töchter
TH	Technische Hochschule
u. a.	und andere, und anderes, unter anderem, unter anderen
Ufr.	Unterfranken
uk	unabkömmlich
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
V	Vater
VDA	Verein bzw. (1938) Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VdK	Verband der Kriegsbeschädigten
WHW	Winterhilfswerk des Deutschen Volkes
WK	Wahlkreis
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Württemb.	Württembergisch
Z	Zentrum
ZWSt	Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

Abkürzungsverzeichnis II (Gesetze)*

AltVersorgDHandwerkG	1938	Gesetz über die Altersversorgung für das Deutsche Handwerk v. 21.12.1938
AluVO	1937	Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung v. 3.6.1937
AOG	1934	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit v. 20.1.1934
AOGÖ	1934	Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben v. 23.3.1934
ArbbuchG	1935	Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches v. 26.2.1935
ArbeitsatzG	1934	Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes v. 15.5.1934
ArbGG	1926	Arbeitsgerichtsgesetz v. 23.12.1926
ArbkraftesicherstVO	1938	Verordnung zur Sicherstellung des Arbeitskräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung v. 22.6.1938
ArbkraftevertVO	1934	Verordnung über die Verteilung der Arbeitskräfte v. 10.8.1934
ArbNachweisG	1922	Arbeitsnachweisgesetz v. 22.7.1922
ArbSchutzGE	1926	Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes vom Dezember 1926
ArbZRegAnO	1918	Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerbl. Arbeiter v. 23.11.1918/17.12.1918
ArbZVO	1923	Verordnung über die Arbeitszeit v. 21.12.1923
AufbauG	1934	Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung v. 5.7.1934
AusbauG	1937	Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung v. 21.12.1937
AusbauVOKnappschaft	1941	Verordnung über den weiteren Ausbau der knappschaftlichen Versicherung v. 19.5.1941
AVAVG	1927	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 16.7.1927 (Einschränkungen durch Not- und Präsidialverordnungen v. 26.7.1930, 30.9.1930, 5.6.1931, 14.6.1932)
AVAVGÄnd	1929	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 12.10.1929
AVG	1924	Versicherungsgesetz für Angestellte v. 28.5.1924 (neue Fassung)
AVGNov	1925	Gesetz über Zusatzsteigerung der Renten in der Angestelltenversicherung v. 23.3.1925
AVGNov	1926	Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes v. 25.6.1926
AVGNov	1929	Gesetz zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes v. 7.3.1929
BerufskHVO	1925	Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten v. 12.5.1925
BerufskHVONov	1929	Zweite Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten v. 11.2.1929

* Weitgehend nach Abkürzungs-Verzeichnis der Juristischen Wochenschrift 1919, Georg Maas/Julius Magnus, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, Leipzig 1929, und den entsprechenden Textsammlungen des C. H Beck Verlages (Sartorius, Eckert-Sauerborn etc.).

XLVI

BerufsKHVONov	1936	Dritte Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten v. 16.12.1936
BerufsKHVONov	1943	Vierte Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten v. 29.1.1943
BetrRG	1920	Betriebsrätegesetz v. 4.2.1920
ErhaltG	1933	Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Versicherung v. 7.12.1933
ErwlfürsVO	1918	Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge v. 13.11.1918
FADVO	1932	Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst v. 16.7.1932
FürsRichtsätzeErl.	1941	„Richtsatz-Erlass“ v. 31.10.1941
GeschlechtsKHG	1927	Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten v. 26.1.1927 (Erster Entwurf und Notverordnungen von 1918)
InvVersAusbg	1925	Gesetz über den Ausbau der Invalidenversicherung v. 28.7.1925
InvVersBeitrG	1928	Gesetz über Beiträge und Leistungen in der Invalidenversicherung v. 29.3.1928
JSchutzG	1938	Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen v. 30.4.1938
KassenärztlVersVO	1932	Verordnung über kassenärztliche Versorgung v. 14.1.1932
KleinrentFG	1923	Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge v. 4.2.1923
KrankSeeVersG	1927	Gesetz über die Krankenversicherung der Seeleute v. 16.12.1927
KrankVersGNov	1923	Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen v. 27.3.1923
KrankVersGNov	1926 I	Erstes Gesetz über die Änderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung v. 22.5.1926
KrankVersGNov	1926 II	Zweites Gesetz über die Änderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung v. 9.7.1926
KrisenFürsVO	1926	Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose v. 19.11.1926
KrüppelFürsG (Pr.)	1920	Preußisches Gesetz betr. die öffentliche Krüppelfürsorge v. 6.5.1920
KündSchG	1926	Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten v. 9.7.1926
MietSchG	1923	Gesetz über Mieterschutz u. Mieteinigungsämter v. 1.6.1923
MietSchGNov	1926	Gesetz zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes v. 29.6.1926
MSchutzG	1942	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter v. 17.5.1942
MutterschG	1927	Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft v. 16.7.1927
NotVO	1930	Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.7.1930 (Einschränkungen AVAVG)
NotVO	1932	Verordnung über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe u. der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden v. 14.6.1932 (Einschränkungen in der Unfall- und Invalidenversicherung)
NotVO I	1931	Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v. 5.6.1931 (Einschränkungen AVAVG)

NotVO II	1931	Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens v. 8.12.1931 (Einschränkungen AVAVG; Schaffung Kassenärztlicher Vereinigungen)
RentUntG	1921	Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung v. 7.12.1921
RFV	1924	Verordnung über die Fürsorgepflicht (Reichsfürsorgepflichtverordnung) v. 13.2.1924
RGr	1924	Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge v. 4.12.1924
RHeimstG	1920	Reichsheimstättengesetz v. 10.5.1920
RJWG	1922	Gesetz über die Jugendwohlfahrt (Reichsjugendwohlfahrtsgesetz) v. 9.7.1922
RKG	1923	Reichsknappschaftsgesetz v. 23.6.1923
RKGNov	1926	Gesetz zur Änderung des Reichsknappschaftsgesetzes v. 25.6.1926
RKGNov	1942	Verordnung über die Neuregelung der Rentenversicherung im Bergbau v. 4.10.1942
RMietenAbG	1936	Gesetz zur Änderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes v. 18.4.1936
RMietG	1922	Reichsmietengesetz v. 24.3.1922
RMietGNov	1928	Gesetz zur Änderung des Reichsmietengesetzes v. 14.2.1928
RVersorgG	1920	Reichsversorgungsgesetz v. 12.5.1920
SchlichtStrVO	1931	Verordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses v. 9.1.1931
SchlichtWVO	1923	Verordnung über das Schlichtungswesen v. 30.10.1923
SchwerbeschG	1920	Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter v. 6.4.1920
TarVO	1918	Tarifvertragsverordnung v. 23.12.1918
TbG (Pr.)	1923	Preußisches Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose v. 4.8.1923
UnfVersGNov	1925	Zweites Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung v. 14.7.1925
UnfVersGNov	1928	Drittes Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung v. 20.12.1928
VereinheitlichungsG	1934	Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens v. 3.7.1934
VermArbG	1933	Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit v. 1.6.1933
VfA/RVONov	1922	Gesetz über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung v. 10.11.1922
WochenHG	1919	Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge v. 26.9.1919
WohnmangG	1920	Wohnungsmangelgesetz v. 11.5.1920
WohnmangG	1923	Wohnungsmangelgesetz v. 26.7.1923

XLVIII

Abkürzungsverzeichnis III (Literatur)

Abr.	Abruf am
AG	Aktiengesellschaft
AdP	Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, Teil I u. II, 6 Bde., hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München u. a. 1983/1992
BArch	Bundesarchiv
BArbBl	Bundesarbeitsblatt
Becker	Becker, Martin, Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis während der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2005
Benz/Graml	Benz, Wolfgang/Graml, Hermann, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988
Bio. Emig.	Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde., hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Röder, Werner und Strauss, Herbert A., München u. a. 1980-1983
BKK	Die Betriebskrankenkasse, hrsg. v. Bundesverband der Betriebskrankenkassen, 1908 ff.
Bookhagen	Bookhagen, Reiner, Die evangelische Kinderpflege und die Innere Mission in der Zeit des Nationalsozialismus. Bd. 1: 1933 bis 1937, Bd. 2: 1937-1945, Göttingen 1998 u. 2002
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie, Walther Killy/Rudolf Vierhaus (Hrsg.), 12 Bde., München u. a. 1995-2000; 2. überarbeitete und erweiterte Ausgabe, hrsg. v. Rudolf Vierhaus, München 2005-2008
DFL	Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934
Eberl/Marcon	150 Jahre Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Biographien der Doktoren, Ehrendoktoren und Habilitierten 1830-1980. Immo Eberl/Helmut Marcon, Stuttgart 1984
EMK LA Berlin	Historische Einwohnermeldekartei Landesarchiv Berlin
Frankfurter Bio.	Frankfurter Biographie, Personengeschichtliches Lexikon, Wolfgang Klötzer (Hrsg.), 2 Bde., Frankfurt/M. 1994-96
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
GVP RAM	Geschäftsverteilungspläne des Reichsarbeitsministeriums (vgl. unter Hilfsquellen)
Haunfelder Zentrum	Haunfelder, Bernd, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf 1999
HbNV	Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919, hrsg. vom Reichstags-Bureau, Berlin 1919
HbRT	Reichstags-Handbuch, hrsg. vom Reichstags-Bureau, 1.-9. Wahlperiode, Berlin 1920-33; Der (Groß)Deutsche Reichstag, Berlin 1936 und 1938 Bd. 1 u. 2

- Hering Hering, Sabine (Hrsg.), Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien, Frankfurt/M. 2006
- Horkenbach Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Bde. 1-4, Berlin 1930-35
- IfZ Institut für Zeitgeschichte
- IHG Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde, Berlin 1931/32, 2 Bde., ND, Frankfurt/M. 1992
- Innungs-Krankenkasse Die Deutsche Innungskrankenkasse, hrsg. v. Reichs- bzw. Hauptverband der Deutschen Innungskrankenkassen, 1922 ff.
- Jeserich/Neuhaus Jeserich, Kurt G.A./Neuhaus, Helmut, Persönlichkeiten in der Verwaltung: Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart u. a. 1991
- Kaul Kaul, Karl Friedrich, Geschichte des Reichsgerichts Bd. IV 1933-1945, Glashütten i. Taunus, 1971
- Kosch Kosch, Wilhelm, Das katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon. 3 Bde., Augsburg 1933-39
- Kürschner Gelehrte Kürschner, Joseph. Kürschners deutscher Gelehrtenkalender, bibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart, Berlin 1925 ff.
- Labisch/Tennstedt Labisch, Alfons/Tennstedt, Florian, Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934“. Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, 2 Bde., Düsseldorf 1985
- LBI Archiv des Leo Baeck Instituts New York / Berlin (DigiBaeck)
- Lilla Reichsrat Lilla, Joachim, Der Reichsrat. Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs 1919-1934. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung des Bundesrates Nov. 1918 - Febr. 1919 und des Staatenausschusses Febr.-Aug. 1919, Düsseldorf 2006
- Lilla RWR Lilla, Joachim, Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1944/34. Zusammensetzung - Dokumentation - Biographien, Düsseldorf 2012
- Lilla Statisten Lilla, Joachim, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004
- Maier Maier, Hugo (Hrsg.), Who is who der Sozialen Arbeit, Freiburg/Br. 1998
- NDB Neue Deutsche Biographie, Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Bd. 1 ff., Berlin 1953 ff.
- NDV Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
- OKK Die Ortskrankenkasse, hrsg. v. Reichs- bzw. Bundesverband der Ortskrankenkassen, 1914 ff.
- Paul Paul, Hans-Holger (Bearb.), Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin. Im Auftrag des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, München u. a. 1993

L

Personenlexikon	Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919-1949, zusammengestellt und bearbeitet von Braun, Hannelore/Grünzinger, Gertraud, Göttingen 2006
ProtPrStM	Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, 9 Bde., Hildesheim 1999 ff.
RArbBl	Reichsarbeitsblatt
Reichshandbuch	Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft: Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, 2 Bde., Berlin 1930-31
Schröder	Schröder, Wilhelm Heinz, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, Düsseldorf 1995
Schumacher M.d.L.	Schumacher, Martin (Hrsg.), M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung, Düsseldorf 1995
Schumacher M.d.R.	Schumacher, Martin (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation, 3. Aufl., Düsseldorf 1994
Schwoch	Schwoch, Rebecca, Ärztliche Standespolitik im Nationalsozialismus. Julius Hadrich und Karl Haedenkamp als Beispiele, Husum 2001
StA	Standesamt
Tennstedt Soziale Selbstverwaltung	Tennstedt, Florian, Soziale Selbstverwaltung. Geschichte der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, Bd. 2, Bonn 1977
Verein aktives Museum	Verein aktives Museum (Hrsg.): Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945, Berlin 2006
WASt	Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht („Wehrmachtsauskunftsstelle“)
Wenzel	Wenzel, Georg (Bearb.), Deutsche Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, Hamburg 1929
Wer ist's?	Wer ist's?, Hermann A. L. Degener (Hrsg.), Leipzig 1906-35
Wer ist wer?	Wer ist wer? Das deutsche Who's who, Walter Habel (Hrsg.), 1951 ff.
Wollasch	Wollasch, Hans-Josef, Soziale Gerechtigkeit und christliche Caritas. Leitfiguren und Wegmarkierungen aus 100 Jahren Caritasgeschichte, Freiburg/Br. 1996
Zeitgeschichte LB	Morsey, Rudolf [1979 ff. mit] Aretz, Jürgen/Rauscher, Anton (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbilder. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Bde. 1-8, Mainz 1973-97, Bde. 9-12 Münster 1999-2007

Hilfsquellen

Geschäftsverteilungspläne des Reichsarbeitsministeriums

<i>Jahr</i>	<i>Quelle</i>	<i>Bezeichnung / Stand</i>
1919	BArch Berlin R 43 I/916 fol. 6-25	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. Juli 1919
1921	BArch Berlin R 401/173 fol. 46-76	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. Juni 1921
1924	BArch Berlin R 3901/20668 fol. 32-37	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. Dezember 1924 (bis einschl. Abt. V B)
1926	BArch Berlin R 3901/20669 fol. 64-70	Geschäftsverteilungsplan der Unterabteilung V B des Reichsarbeitsministeriums (Anfang 1926)
1928	BArch Berlin R 3901/20671 fol. 354-359	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. Juni 1928 (bis einschl. Abt. IV)
1929	BArch Berlin R 89/10017	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. Januar 1929
1930	BArch Berlin R 3901/20674 fol. 66-80	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. März 1930
1930	BArch Berlin R 3901/20675 fol. 112-123	Geschäftsverteilungsplan des Reichsarbeitsministeriums Stand: 1. Mai 1930
1935	ADC Freiburg R 297 b III	Geschäftsplan des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums Stand: 1. Dezember 1935
1938/ 1939	BArch Berlin R 3901/20038 fol. 35-48	Geschäftsplan des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums Stand: 1. Dezember 1938 (enthält Anlageblätter mit Änderungen/Fortschreibungen von 1939)
1939/ 1940	BArch Berlin R 3901/9350 fol. 4-6 R 3901/9351 fol. 179-182	Geschäftsverteilung bzw. Kriegsgeschäftsverteilung der Abt. Reichsver- sorgung beim OKW (1939 Verlagerung vom Reichsarbeitsministerium auf das Oberkommando der Wehrmacht, 1943 teilweise rückgängig gemacht)
1942 (1943) (1944)	BArch Berlin R 3901/20038 fol. 85-106	Geschäftsplan des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums Stand : 1. Januar 1942 (enthält Anlageblätter mit Änderungen/Fort- schreibungen von 1943 und 1944)

LII

- | | | |
|------------------------------------|---|--|
| 1942
(1943)
(1944)
(1945) | BArch Berlin
R 3901/20039
fol. 2-81 | Geschäftsplan des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums
Stand: 1. Januar 1942 (enthält Anlageblätter mit Änderungen/Fortschreibungen von 1943 bis 1945); darin enthalten: Dienststellen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (1943) |
| 1944 | Berlin, 1944 | Handbuch für die Dienststellen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und die interessierten Reichsstellen im Großdeutschen Reich und in den besetzten Gebieten, Bd. I (1944), darin: Geschäftsverteilung der dem GBA zur Verfügung stehenden Hauptabteilungen des Reichsarbeitsministeriums, S. 255-277 |

BIOGRAPHIEN

Ahrens, Friedrich Wilhelm
Krankenkassenfunktionär

* 9.5.1878 in Oschersleben a. d. Bode;
† 6.11.1956 in Berlin-Charlottenburg; ev.,
später diss.; V Wilhelm A. (-1880), Feld-
aufseher; M Maria geb. Sanderling (-1906);
∞ 1899 Martha geb. Eise mann (- vor 1948);
K mind. 1 S.

Bürgerknabenschule; Schriftsetzerlehre in
Oschersleben, danach Wanderschaft; ab
1896 Tätigkeit als Schriftsetzer und Buch-
drucker in Berlin; 1912-33 Druckereibesit-
zer in Berlin; 1933 u. 1935 Inhaftierung
durch die Gestapo und Verlust aller politi-
schen Ämter und Ehrenämter, Aufgabe der
Druckerei (Übergabe an Sohn); 1933-45
Rückzug nach Geltow bei Potsdam, dort
illegale Zusammenkünfte mit SPD-Ge-
nossen: Eugen Ernst, Erich Flatau, Helmut
Lehmann u. a.; Gestapoüberwachung; 1944
kurzzeitig erneute Verhaftung (Aktion
„Gewitter“); ab 1946 wieder als selbstän-
diger Drucker (Westkreuz-Druckerei) in
Berlin tätig.

sozialdemokratischer Politiker
1899 SPD

K 1911 Stadtverordneter Charlottenburg
(SPD), 1916 unbesoldeter Stadtrat Charlot-
tenburg (SPD), 1920-33 unbesoldeter
Stadtrat im Berliner Magistrat (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1897 Verband der Deutschen Buchdrucker,
1900 Vorstandsmitglied; 1929-33 stellv.
Mitglied im Preußischen Staatsrat; Mit-
glied des Ausstellungs-, Messe- und Frem-
denverkehrsamtes der Stadt Berlin.

Auszeichnungen

1953 Stadtältester von Berlin; Ehrengrab-
stätte in Berlin auf dem Friedhof Heerstraße.

Sozialpolitische Aktivitäten

A. war eine zentrale Figur (auf Arbeitge-
berseite!) der sozialdemokratischen Kran-
kenkassenbewegung, zunächst in Charlot-
tenburg, dann – durch Verbandstätigkeit –
auch auf Reichsebene. Seit dem Kapp-
putsch 1920, den er durch den Druck von
Flugblättern bekämpfte, verfügte er auch
über zahlreiche Kontakte zu SPD-Führern

wie Friedrich Stampfer, Otto Wels u. a.
Die Stationen seiner Kassen(verbands)kar-
riere, die er teilweise mit seinen Geschäfts-
interessen (Druckaufträge) verbinden konn-
te, waren: 1904 Vorstandsmitglied, 1905-
33 Vorstandsvorsitzender der AOK Char-
lottenburg, Mitarbeit in der Zentralkom-
mission der Krankenkassen Berlins; 1912
Vorsitzender des Verbandes Berliner Kran-
kenkassen und der Provinz Brandenburg;
1924-33 Vorsitzender des Hauptverbandes
Deutscher Krankenkassen, 1928-33 Vor-
sitzender des Provinzialverbandes Berlin-
Brandenburg des Hauptverbandes Deut-
scher Krankenkassen; Vorsitzender der Be-
triebskrankenkasse der Stadt Berlin; Vor-
sitzender des Aufsichtsrats der Heilmittel-
versorgung deutscher Krankenkassen AG;
1925 Aufsichtsratsmitglied der Bank der
Arbeiter, Angestellten und Beamten AG in
Berlin; Mitglied im Berliner Spar- und
Bauverein e.G.m.b.H., der Oskar Skaller
AG Berlin (Heilmittellieferant der Kran-
kenkassen) und der Berliner Anschaffungs-
G.m.b.H.

Quellen

Verein aktives Museum; Ahrens/Ahrens, Chro-
nik 1912-1997, 1997 (Privatdruck Westkreuz-
Verlag); Tennstedt Soziale Selbstverwaltung;
Wenzel; Deutsche Krankenkasse 1929, S. 415;
www.luise-berlin.de (Abr. 01.02.2017); Lan-
desarchiv Berlin C Rep. 118-01 Nr. 14075.

Bild

Verein aktives Museum, S. 138.

Althaus, Adolf Eduard Hermann

Reichsamtseleiter der Nationalsozialisti-
schen Volkswohlfahrt

* 10.1.1899 in Hoyel/Krs. Melle; † 19.8.
1966 in Kassel; ev.-luth., später „gottgläu-
big“; V Hermann Wilhelm Carl A. (1860-
1909), Pastor; M Charlotte Friederike geb.
von Duisburg (1868-1948); ∞ 1. 1923
Dorothea Gottlieba *Renate* geb. Gaertig,
1925 gesch.; 2. 1929 Selma Maria geb.
Tilch (1902-63); K 3 S, 3 T.

Gymnasium in Hannover; 1917 Abitur,
danach Kriegsfreiwilliger, Offiziersausbil-

dung, 1918 Kanonier; 1919 landwirtschaftliche Lehre auf dem Rittergut Lachendorf bei Celle; 1921 Studium der Land- und Volkswirtschaft in Leipzig; 1923 Abbruch des Studiums aus finanziellen Gründen, Tätigkeit als Verwalter und Inspektor auf verschiedenen Landwirtschaftsgütern; Kreisgeschäftsführer des Hannoverschen Landbundes; 1925-27 erster Erzieher und stellv. Leiter im Erziehungsheim Bethanien bei Neubrandenburg, nach einem Nachschulungslehrgang 1928 staatlich anerkannter Sozialbeamter; 1928 Landesjugendpfleger in Neustrelitz; 1929 Dozent an der Wohlfahrtsschule des Polizeipräsidiums; 1929-33 Leiter der Sozialen Hilfe der Berliner Stadtmission; Anfang 1933 Dezerent im Berliner Landeswohlfahrts- und Jugendamt; ab 1933 Abteilungsleiter der NSV, 1935-45 Reichsamtsleiter des Amtes „Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe“ im Hauptamt für Volkswohlfahrt, ständiger Vertreter Erich Hilgenfeldts, Reichsfachredner der NSV; 1945-48 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Heilbronn, Ludwigsburg und Darmstadt, nach der Entlassung u. a. als Bauhilfsarbeiter in Kassel tätig, 1950-64 Geschäftsführer des „Hessischen Siechenhauses“ e.V. (Hofgeismar, heute: „Gesundbrunnen“) in Kassel.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1932 NSDAP, 1940 Oberbereichs-, 1943 Hauptbereichsleiter; 1939 SS-Ehrenführer im Rang eines Sturmabführers, 1941 Standartenführer, 1944 Oberführer; Verbindungsmann des Hauptamtes für Volkswohlfahrt zum SS-Hauptamt; RLB; RDF; VDA; Reichsbund für Leibesübungen. Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in die Kategorie III („Minderbelastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

Ehrenkreuz für Frontkämpfer; 1939 Goldenes Parteiabzeichen; 1941 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, 1942 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

A. war der fachliche Leiter und weltanschauliche „Vordenker“ der NSV, die als zweitgrößte NS-Massenorganisation die tradierten Einrichtungen der öffentlichen und privaten Fürsorge zunehmend in Frage stellte. Während der Kriegszeit war er

maßgeblich verantwortlich für im Rahmen des „Hilfswerkes Mutter und Kind“ durchgeführte Aktionen im „Altreich“ (Verschiebung von Kindern aus luftgefährdeten Gebieten) sowie in Polen und Westeuropa. Vor 1933 fungierte A. als Vorsitzender der Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes evangelischer Wohlfahrtspfleger, 1932/33 als Leiter der NSBO-Fachgruppe Sozialarbeit. 1934 wurde er Vorsitzender der Reichszentrale für den Landaufenthalt von Stadtkindern, 1935 des DV, ferner war er Vorsitzender des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und des Reichsverbandes für Strafgefangenen-Fürsorge. 1936 war A. Mitglied des Ständigen Ausschusses sowie Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London.

Veröffentlichungen

Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege (mit Betcke, Hrsg.), 3. Aufl., 1939; Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Wesen, Aufgaben und Aufbau, 1935; Soziale Arbeit und Gemeinschaft: Ein Beitrag zur III. Internationalen Konferenz für soziale Arbeit (Hrsg.), 1936; 1934-41 Herausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“.

Quellen

Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, 1991; BArch (NS 37 / 4013 und 4030; R 9361 I / 31); Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 DZ Nr. 513868; Staatsarchiv Osnabrück; Stadtarchiv Kassel; Kreisarchiv Osterholz, Osterholz-Scharmbeck; Samtgemeinde Mittelweser, Stolzenau.

Bild

BArch NS 37 / 4030.

Arendsee, Hulda Martha Sozialpolitikerin

* 29.3.1885 in Berlin; † 22.5.1953 in Berlin (Ost); ev., später diss.; V Friedrich Wilhelm *Rudolf* A., Buchdrucker; M Claire Hulda Marie geb. Franchon; ∞ Paul Schwenk (1880-1960); K n. e.

Volksschulbesuch in Berlin; dreijährige Lehre als Bürokauffrau, 1902-03 Kontoristin und Directrice, 1903 Aufgabe dieser

Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen; 1903-10 Heimarbeiterin als Krawattennäherin; 1906 Besuch von Arbeiterbildungskursen im Gewerkschaftshaus in Berlin; 1910 Buchhalterin beim Konsumverein in Tegel, 1914-19 Abteilungsleiterin der Lohnbuchhaltung in der Berliner Hauptverwaltung des Konsumvereins; 1915 kurzzeitige Inhaftierung aufgrund illegaler Antikriegsaktivitäten; 1916 schwere Erkrankung; 1919-30 Berufspolitikerin; 1931 Sekretärin für Sozialpolitik der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH); 1933 Haft, danach unter Polizeiaufsicht; 1934 Emigration in die Sowjetunion (Deckname: Alexandra Bukina); 1934-35 Leiterin der Abteilung Sozialpolitik bei der IAH in Moskau, 1936 Referentin in der sozialökonomischen Abteilung der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau; 1936 im Rahmen der stalinistischen Verfolgungen Verlust der festen Anstellung, Tätigkeit als freie Journalistin u. a. für die „Internationale Pressekonferenz“ (Inprekorr); 1940-45 Mitarbeiterin beim deutschsprachigen Programm des Moskauer Rundfunks und beim Deutschen Volkssender (Nationalkomitee Freies Deutschland); 1941 Evakuierung ins Wolgagebiet; 1945 Rückkehr nach Deutschland; 1945-48 Leiterin der Abteilung Sozialpolitik beim FDGB Groß-Berlin; 1949-50 Vorsitzende der (Sozial)Versicherungsanstalt Berlin (Ost); 1951 Ruhestand.

sozialdemokratische/kommunistische Politikerin

SPD, USPD, KPD, SED

1906 SPD (2. Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins Tegel, 1909-16 Vorstandsmitglied der SPD-Wahlkreisorganisation Niederbarnim);

1917 USPD (Mitglied und Referentin des Bezirksvorstands Berlin-Wedding, verantwortlich für die Frauenagitation);

1920 KPD (1920 Mitglied des Zentralkomitees, verantwortlich für die Frauenarbeit der KPD; 1920-22 Mitglied des Frauensekretariats, 1922-23 verantwortlich für Frauenpropaganda in der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, 1923 Mitglied der Gewerkschaftskommission, gehörte 1945 zu den Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs der KPD);

1946 SED (1946-47 Mitglied des Parteivorstands).

RT 1924-28 Reichswahlvorschlag (KPD), 1928-30 WK 2 Berlin (KPD);

LT 1919-21 Mitglied der verfassunggebenden preuß. Landesversammlung (USPD), 1921-24 Pr.LT (KPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1901 Arbeitersportverein „Fichte“; 1906 Frauen- und Mädchenbildungsverein Tegel (1907-08 Bezirksvorsitzende); 1907 Berufsverband der Wäschearbeiter bzw. der Schneider; ab 1910 Mitglied im freigewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen (1917-19 Bezirksvorsitzende), ab 1919 im Zentralverband der Angestellten; 1943 Mitbegründerin des Nationalkomitees Freies Deutschland; 1945 Mitbegründerin und Vorsitzende des parteiübergreifenden Berliner Frauenausschusses, Vorstandsmitglied des FDGB in Groß-Berlin.

Auszeichnungen

Ehrengrab in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Städtischen Zentralfriedhof Friedrichsfelde; 1975 Briefmarke der DDR-Post; Benennung einer Straße in Berlin-Marzahn nach A.

Sozialpolitische Aktivitäten

A. war eine der profiliertesten Sozialpolitikerinnen der Arbeiterbewegung, zugleich war sie führend tätig in der proletarischen Frauenbewegung. Als dezidierte Kriegsgegnerin mobilisierte sie im 1. Weltkrieg Frauen gegen den Krieg. Auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit standen für A. die Frauenfragen im Vordergrund. In den 1920er Jahren wurde die Sozialpolitik zu ihrem Spezialgebiet, insbesondere Themen wie Mutterschutz, Hebammengesetz, Kinder- und Jugendschutz sowie Ehescheidungs- und Abtreibungsrecht; zu nahezu allen sozialpolitischen Gesetzesvorlagen des Reichstags finden sich Redebeiträge von ihr. 1925-29 vertrat sie die KPD in den Reichstagsausschüssen für soziale Angelegenheiten und für das Wohnungswesen. Wiederholt übte A. Kritik an den Fürsorgegerichtsätzen, sie forderte Mindestunterstützungsbeträge auf Reichsebene. 1928-31 war sie Reichssekretärin der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (Arso). International war A. bereits 1915 als Berichterstatterin vertreten auf

der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Bern, 1924-31 als Mitglied des Reichsvorstandes der Internationalen Arbeiterhilfe und 1931-35 als Mitglied des Zentralkomitees der IAH. Nach 1945 hatte A. maßgeblichen Anteil am Aufbau der Sozialversicherung in Berlin (Ost), 1949 wurde sie 1. Vorsitzende der Versicherungsanstalt Berlin (Ost).

Veröffentlichungen

Der Vater Staat und die arbeitenden Frauen, [1924]; Sozialversicherung. Referat zum sozialpolitischen Kurs der IAH, [1925]; Sozialpolitik in Deutschland, 1926; Die Aufgaben der „Arso“ auf den Gebieten des Wohlfahrts- und Fürsorgewesens, in: Proletarische Sozialpolitik 1930, S. 170-175; Kinder hungern! Kinder sterben! Wir klagen an!, [1932]; Über Sozialpolitik, 1946; Soziale Sicherung, 1950; 1919-33 Redakteurin der Zeitschrift „Die Kämpferin“ sowie 1922-24 der Zeitschrift „Die Kommunistin“; ab 1924 Redakteurin der Zeitschrift „Proletarische Sozialpolitik“; umfassende schriftstellerische Tätigkeit.

Quellen

Mielke (Hrsg.), Gewerkschafterinnen im NS-Staat; 2008; Verein aktives Museum; Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2004; Maier; Schröder; Schumacher M.d.R 1994; Wickert, Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919-1933, 1986; Bio. Emig.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, 1970; Landesarchiv Berlin, P Rep. 813 Nr. 686 f., 796.

Bild

Weber/Herbst 2004, S. 64.

Ascheberg, Johann *Matthias* Constantin Theodor Joseph Maria von Krankenkassenfunktionär

* 17.3.1869 in Haus Venne/Krs. Lüdinghausen; † 8.1.1945 ebd.; kath.; V *Maximilian* Ludwig Matthias v. A. (1839-99), Rittergutsbesitzer; M *Louise* geb. Reichsfreiin von Wüllenweber (1846-1926); ∞ 1. 1899 Maria Josepha geb. Hengesbach (1874-1903), 2. 1906 Anna geb. Wegener (1881-1967); K 1 S, 4 T.

Gymnasium in Rheine; 1889 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Würzburg; 1890 Avantageur im Westfälischen Jägerbataillon Nr. 7, 1892 Seconde-Lieutenant, 1896 als Reserveoffizier entlassen; 1890-96 Vorbereitung auf die gehobene Verwaltungslaufbahn (Amtmann) am Amt Ascheberg, 1895 beim Magistrat und der Polizeiverwaltung in Minden, 1896 beim Landratsamt Hamm, Interim-Verwaltung des Amtes Fröndenberg, 1896-97 beim Amt Drensteinfurt; 1897 kommissarisch mit der Verwaltung des Amtes Fredeburg / Meschede betraut, 1898-1923 hauptamtlicher Amtmann und Stadtvorsteher in Fredeburg, zugleich Rittergutsbesitzer; 1914 Kriegsteilnehmer in Belgien; 1923 Pensionierung auf Antrag; 1924 Vorsitzender des Provinzialverbandes Westfalen der Landkrankenkassen; 1930 Vorsitzender des Reichsverbandes der Landkrankenkassen (Nachfolge Wilhelm Krüger), 1933 im Rahmen der Gleichschaltung bis 1938 Leiter des Reichsverbandes der Landkrankenkassen und Beauftragter des Reichsarbeitsministers für den Verband.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1932 NSDAP.

Auszeichnungen

1903 Landwehrdienstausszeichnung 2. Klasse; 1923 Ehrenbürger der Stadt Fredeburg; 1944 Benennung einer Straße in Fredeburg nach v. A.

Sozialpolitische Aktivitäten

Die sozialpolitische Bedeutung v. A. besteht in seinem Engagement für die Landkrankenkassenvereinigungen auf westfälischer wie auf Reichsebene. 1924 Vorstandsmitglied des Allgemeinen Verbandes deutscher Landkrankenkassen; 1932 Delegierter auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.; 1933 Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen-Spitzenverbände, Leiter des Ausschusses für ländliche Sozialpolitik der NSDAP.

Quellen

Eckart, Matthias Freiherr von Ascheberg. Amtmann in Fredeburg von 1897-1923, in: Der Schwammklöpper. Fredeburger Heimatblätter 2013, S. 20-23; Tennstedt Soziale Selbstverwal-

tung; Genealogisches Handbuch der freiherrlichen Häuser, 1966; Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen (Münster), Personalakten, Nr. A 58.

Bild

Eckart 2013, S. 20.

Aufhäuser, Siegfried
Gewerkschafter

* 1.5.1884 in Augsburg; † 6.12.1969 in Berlin; jüd.; V Hermann A. (1847-1931), Spirituosenfabrikant; M Julie geb. Reitlinger (1857-1939); ∞ 1912 Anna geb. Stein (1878-1960); K 1 T.

Höhere Handelsschule in Augsburg; kaufmännische Lehre in München, 1905 Verkäufer in einem Berliner Konfektionshaus; 1910 Geschäftsführer im Familienunternehmen (Lederfabrik) seiner künftigen Ehefrau in Frankfurt/M.; 1913 Sekretär beim Bund der technisch-industriellen Beamten (Butib) in Berlin, nach Vereinigung mit dem Deutschen Technikerverband ab 1919 Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Butab); 1913 zugleich geschäftsführender Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht“, ab 1917 der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“, 1921-33 Vorsitzender des daraus entstandenen Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund) in Berlin; 1920-33 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter der Industrie); 1933 aus Protest gegen die Haltung des ADGB zum NS-Regime Rücktritt vom Vorsitz des AfA-Bundes; Haftbefehl, Emigration über Frankreich in die Tschechoslowakei; 1934-38 Mitarbeiter des tschechischen Handelsgewerkschaftenverbandes sowie der Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände Mitteleuropas in Prag; 1938 Flucht über die Niederlande und England in die USA; ab 1939 journalistisch tätig bei der „Neuen Volkszeitung“ und der jüdischen Wochenzeitung „Aufbau“, ab 1943 Redaktionsmitglied, 1945 Wechsel zum deutschsprachigen „New York Statesman and Herald“; 1951 Rückkehr nach Deutschland, wirtschaftspolitischer Referent bei der Deut-

schen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in Berlin; 1952-58 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der DAG.

sozialdemokratischer Politiker
Demokratische Vereinigung, USPD, SPD
1908 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Demokratischen Vereinigung; 1917 USPD; 1922-69 SPD; 1933-35 im Exilvorstand der SPD (Sopade); 1939 Mitglied, 1943-44 im Vorstand der sozialdemokratisch orientierten „German Labor Delegation“ in New York, nach politischen Konflikten Wechsel zum „German Council for a Democratic Germany“ (Mitbegründer); 1952-58 Mitglied im Berliner SPD-Landesvorstand;
RT 1921-24 Reichswahlvorschlag (USPD, SPD); 1924-33 WK 2 Berlin (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Ab 1902 gewerkschaftlich aktiv im „Verein der Deutschen Kaufleute“, 1907 Vorsitzender dessen Regionalgruppe Berlin; 1916 Angestelltenvertreter im Kriegsam; 1922-25 Mitglied des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik; 1921 Vizepräsident der Berliner Arbeiterbank und 1923 der Deutschen Wohnungsfürsorge AG; Kuratoriumsmitglied des Instituts für Konjunkturforschung; stellv. Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam; Aufsichtsrat der Büro (Büro- und Papierbedarfs-GmbH); Geschäftsführer der Freien Volksverlags-GmbH; Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M.; Kuratoriumsmitglied der Hochschule für Politik; Mitglied des Deutschen Komitees für internationale Sozialversicherung; 1941 Mitglied im Exekutivkomitee „German-American Council for the Liberation of Germany“ und „Association of Free Germans, Inc.“; nach 1945 Mitglied der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt.

Auszeichnungen

1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1954 Großes Bundesdienstkreuz; 1959 Ehrenmitglied des Hauptverbandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft; 1964 „Stadtältester von Berlin“; 1984 Siegfried-Aufhäuser-Platz in Berlin-Neu-

kölln; Siegfried-Aufhäuser-Str. in Augsburg; in den 1990er Jahren Verleihung einer Siegfried-Aufhäuser-Medaille durch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

A. setzte sich auf (frei)gewerkschaftlicher Seite für die besondere Versicherung für Angestellte (Ersatzkassen, Reichversicherungsanstalt für Angestellte) ein, er forderte über den AfA-Bund deren Ausbau und die Beibehaltung des solidarischen Umlageverfahrens. Als Leitfigur der Angestelltenbewegung wirkte er eher mittelbar auf sozialpolitische Entscheidungen der Weimarer Republik ein. A. war 1921-33 Mitglied des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, zugleich 1920-33 Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses des RWR. Beteiligt war er insbesondere an der Gesetzgebung zum Kündigungs- und Versicherungsschutz der Angestellten, als deren Interessenvertreter wirkte er mit am ArbGG 1926, am KündSchG 1926 sowie am AVAVG 1927; 1928-33 war A. Sachverständiger beim Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Veröffentlichungen

Das Gesetz über Betriebsräte, 1920; Arbeitsgerichts-Gesetz (mit Nörpel), 1927; An der Schwelle des Zeitalters der Angestellten, 1963; 1933-39 Mitarbeiter der „Neuen Weltbühne“; Verfasser zahlreicher Schriften zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung.

Quellen

Lange, Siegfried Aufhäuser (1884-1969), 2013; Siegfried Aufhäuser, in: Schriftenreihe "Zur Person" Bd. 3, hrsg v. ver.di, 2009; Schumacher M.d.R.; Bio Emig; Sozialer Fortschritt 1964, S. 149 f.

Bild

Lange 2013.

Baath, Peter August

Stellv. Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen

* 14.5.1872 in Trebbin/Krs. Teltow;
† 29.9.1959 in Stuttgart-Untertürkheim;
ev.; V *Oskar* Martin Friedrich B. (1839-

95), Richter; M *Anna* Sofie Elisabeth geb. Messerschmidt (1844-1930); ∞ 1906 Klara Johanna *Margarete* geb. Bergemann (1881-1962); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Berlin und Bromberg; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1894 Gerichtsreferendar in Charlottenburg; 1899 Gerichtsassessor im Kammergerichtsbezirk Berlin; 1906 Landrichter in Stargard (Pommern), 1910 Wechsel ans Landgericht Berlin und Hilfsrichter am Kammergericht; 1911-37 Geh. Regierungsrat, hauptamtliches Mitglied (Richter) des Bundesamtes für das Heimatwesen, ab 1914 dessen stellv. Präsident; 1937 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 RLB; 1934 RDB, NSV.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als Mitglied des Bundesamtes für das Heimatwesen prägte B. maßgeblich die Auslegung und Anwendung des Fürsorgerechts. Die Rechtsprechung des höchsten Verwaltungsgerichtshofes des Reiches in Fürsorgesachen bereitete er zudem kongenial in seinem Kommentar zur Reichsfürsorgeverordnung auf, der nahezu alljährlich neu aufgelegt wurde.

Veröffentlichungen

Praktische Behandlung von Armenpflegefällen, 1914; Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz in der Fassung des Gesetzes vom 30. Mai 1908 (mit Wohlers und Krech), 1917; Zum 50jährigen Bestehen des Bundesamtes für das Heimatwesen, 1921; Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 einschließlich der für Voraussetzung, Art u. Maß der öffentlichen Fürsorge geltenden Reichsgrundsätze und der Nebengesetze sowie der einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften, 1924 ff. (Kommentar); Herausgeber der „Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatwesen“.

Quellen

Brandenburgisches Geschlechterbuch Bd. 3, 1972; Wer ist's?; Zeitschrift für das Heimatwesen 1935, Nr. 1 und 1937, Nr. 34/35; BArch PK A 108; Landesarchiv Berlin, P Rep. 808 Nr. 457; Stadtarchiv Stuttgart.

Bild

Die Woche Berlin, H. 23 v. 4.6.1932.

Baek, Leo Dr. phil., Dr. phil. h. c.
Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle
der deutschen Juden

* 23.5.1873 in Lissa (Posen); † 2.11.1956
in London; jüd.; V Samuel B. (1834-1912),
Rabbiner; M Eva geb. Placzek (1840-
1926); ∞ 1899 Natalie geb. Hamburger
(1878-1937); K 1 T.

1881 Gymnasium in Lissa; 1891 Rabbi-
nerausbildung am Jüdisch-Theologischen
Seminar in Breslau sowie Studium der Phi-
losophie in Breslau und Berlin; 1894 Stu-
dium an der Lehranstalt für die Wissen-
schaft des Judentums in Berlin; 1895 Pro-
motion in Berlin; 1897 Rabbinatsexamen;
1897 Rabbiner in Oppeln (Schlesien); 1907
Rabbiner in Düsseldorf, 1913-43 Rabbiner
in Berlin, bis 1942 zugleich Dozent an der
Hochschule/Lehranstalt für die Wissen-
schaft des Judentums in Berlin; 1914-18
Feldrabbiner im 1. Weltkrieg; 1933-43 Prä-
sident der Reichsvertretung der Deutschen
Juden (1935: „Reichsvertretung der Juden in
Deutschland“, ab 1939 „Reichsvereini-
gung“); 1943 Deportation ins Konzentrati-
onslager Theresienstadt, 1945 Befreiung
und Emigration nach England; Vortrags-
und Lehrtätigkeit in England und den
USA, 1948-53 Gastprofessur am Hebrew
Union College, Cincinnati (Ohio/USA).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

B. übernahm eine Vielzahl von Aufgaben
und (Ehren-)Ämtern, u. a. war er 1919
Sachverständiger für jüdische Angelegen-
heiten für das preußische Kultusministeri-
um; 1920 Mitglied des deutschen Präsi-
diums des Palästinahilfswerks Keren Hajes-
sod; 1922 Präsident des Allgemeinen Deut-
schen Rabbiner Verbandes in Deutschland;
1927 Vorstandsmitglied des Centralvereins
Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens;
1926 im Berliner Hauptvorstand und 1938-
55 Präsident der World Union for Progres-
sive Judaism; 1945-56 Vorsitzender des
Council of Jews from Germany in London;
1955 Präsident des ihm zu Ehren gegrün-
deten Leo Baek Instituts.

Auszeichnungen

1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1953 Dr.
phil. h. c. in Berlin; 1953 Großes Ver-

dienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik
Deutschland; 1956 Errichtung des Leo-
Baek-College in London; seit 1957 jährli-
che Vergabe des Leo-Baek-Preises durch
den Zentralrat der Juden in Deutschland;
1957 Gedenkmarke der Deutschen Bunde-
spost; seit 1978 wird in unregelmäßigen
Abständen die Leo-Baek-Medaille verge-
ben; in Erinnerung an B. trägt eine Viel-
zahl von Institutionen und Einrichtungen
den Namen von B. (u. a. Schulen, Synago-
gen, Gemeindezentren).

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war ein Repräsentant des liberalen Juden-
tums, führende Persönlichkeit des Juden-
tums seiner Zeit und in leitender Funktion in
der jüdischen Wohlfahrtspflege tätig. Von
1924-43 war er Vorsitzender der ZWSt. In
der Weimarer Zeit war er Mitglied des Vor-
stands der Deutschen Liga für freie Wohl-
fahrtspflege und 1930-33 Vorstandsmitglied
des DV. 1932 nahm er als Delegierter an der
2. Internationalen Konferenz für Soziale
Arbeit in Frankfurt/M. teil. Eine bedeutende
repräsentative Funktion übernahm er 1925-
37 als Präsident der deutschen B'nai B'rith-
Loge, die philanthropische und kulturelle
Zwecke verfolgte und deren Hauptaktivitä-
ten auf dem Gebiet der Wohlfahrt und Ju-
gendfürsorge lag. Als Präsident der Reichs-
vertretung der Juden in Deutschland hatte B.
Einfluss auf die Ausgestaltung und Organi-
sation der jüdischen Fürsorge im National-
sozialismus. 1933 wurde er Leiter des Zentra-
lausschusses der deutschen Juden für Hil-
fe und Aufbau, unter dessen Dach Hilfs-
maßnahmen diverser jüdischer Verbände
und Einrichtungen zusammengefasst und
organisiert wurden (wirtschaftliche Hilfen,
Berufsberatung und -ausbildung, Arbeits-
vermittlung, Hilfen bei der Auswanderung
aus Deutschland, Jüdisches Winterhilfs-
werk).

Veröffentlichungen

Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet
der Religionsphilosophie und -geschichte, u. a.:
Das Wesen des Judentums, 1926 (5. erw. Aufl.);
Der geistige Gehalt der jüdischen Wohlfahrts-
pflege, in: Der Morgen 1926, S. 215-222; Jü-
dische Wohlfahrtspflege und jüdische Lehre, in:
Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik
1930, S. 327-334; Wege im Judentum. Aufsätze
und Reden, 1933; Dieses Volk – Jüdische Exis-
tenz. Bd. I u. II, 1955/57.

Quellen

Homolka/Füllenbach, Rabbiner Leo Baeck, 2008; Hering; Heuberger/Backhaus (Hrsg.), Leo Baeck 1873-1956. Aus dem Stamme von Rabbinern, 2001; Maier; DBE; Wistrich, Wer war wer im Dritten Reich, 1983; Friedlander, Leo Baeck. Leben und Lehre, 1973; Reichshandbuch.

Bild

Heuberger/Backhaus 2001.

Bahr, Max Dr.-Ing. h. c.

Fabrikant, Wohnungspolitiker

* 25.10.1848 in Landsberg an der Warthe; † 25.9.1930 ebd.; ev.; V Alexander B. (1818- mind. 1879), Tuchhändler; M Rosalie geb. Ritter; ∞ 1873 Adelheid geb. Bahr (1850-1932); K 1 S, 4 T.

1859-64 Gymnasium in Landsberg; 1864-67 kaufmännische Lehre in Potsdam; 1868-69 Tätigkeit im Tuchgroßhandel in Berlin; 1869-71 Militärdienst, Kriegsteilnehmer in Frankreich; 1872 kaufmännische Tätigkeit in London; 1872 als Teilhaber Ausbau des väterlichen Tuch- und Manufakturgeschäfts in Landsberg, ab 1879 Mitinhaber der Firma; 1884 Gründung der eigenen Firma Max Bahr Plan- und Sackfabrik, 1903 Gründung und Bau einer Jutespinnerei und Weberei in Landsberg; bis 1919 unternehmerische Tätigkeit als Fabrikbesitzer, bis 1922 Seniorchef, ab 1922 Aufsichtsratsvorsitzender der Fa. Max Bahr AG Jutespinnerei und Weberei, Plan- und Sackfabrik; 1897 und 1902 Studienreisen in die Vereinigten Staaten und nach Mexiko, 1913/14 nach Indien.

sozialliberaler Politiker

DDP

1876 Mitglied des Parteivorstandes der DDP in Landsberg, Mitte der 1880er-1919 Vorsitzender;

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 6 Reg.-Bez. Frankfurt/O. (DDP); 1920-24 WK 5 Frankfurt/O. (DDP);

K 1885-93 Stadtverordneter in Landsberg; 1893-96 und 1901-04 Mitglied des Magistrats in Landsberg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914 Mitbegründer der deutschen Hanfbau-Gesellschaft; Ausschussmitglied des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt; Zentralvorstandsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Auszeichnungen

Dr.-Ing. h. c. in Danzig; Ehrenbürger der Stadt Landsberg; Ehrenmitglied der London Jute Association.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. brachte seine Erfahrungen als Unternehmer mit sozialer Verantwortung in die sozialrechtliche Gestaltung der Weimarer Republik ein. 1921 war er Mitglied des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, 1921-23 des Ausschusses für das Wohnungswesen (1923 stellv. Vorsitzender). Als Parlamentarier auf Reichsebene wirkte er an folgenden Gesetzen mit: BetrRG 1920; RMietG 1922; WohnmangG 1923; Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus v. 26.6.1921 (Ber.). B. engagierte sich in Wirtschaft, Politik, Sozialer Fürsorge und Siedlungs- und Wohnungsbau und trat durch die Schaffung von zahlreichen großen Wohnungsbauten in Landsberg hervor. Zudem gründete er u. a. eine Sparkasse für die Mitarbeiter seiner Betriebe sowie eine Betriebswohlfahrts- und Altersfürsorgekasse. Seine sozialen Aktivitäten in Landsberg umfassten: 1889 Mitbegründer und Vorsitzender des Gemeinnützigen Bauvereins; 1898 Gründer eines Vereins für Volksbücherei und Lesehalle; 1907 Errichtung eines Kinderheimes; 1912 Gründung der Volkswohlfahrt-Aktien-Gesellschaft; 1914 Errichtung eines Volkswohlfahrtshauses sowie eines Volksschwimmbads.

Veröffentlichungen

Aufgaben des Staates und der Gemeinde in der Frage der Volksvermehrung, 1918; Das Reichsmietengesetz, 1922.

Quellen

Wer ist's?; Reichshandbuch; Wenzel; Bahr, Eines deutschen Bürgers Arbeit in Wirtschaft und Politik. Lebenserinnerungen und -erfahrungen aus den Jahren 1848 bis 1926 [Autobiographie], 1926; HbRT 1920.

Bild

Reichshandbuch.

Ballarin, Hans-Georg Dr. iur.
Hauptstellenleiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt

* 15.8.1906 in Berlin; † 4.10.1986 in Düsseldorf; ev., nach 1938 „gottgläubig“; V Georg B. (1870-1952), kaufmännischer Direktor; M Clara geb. Hermann (1871-1931); ∞ 1933 Hertha Margaretha geb. Seydel (1904-2001); K 1 S.

Realgymnasium in Berlin-Tempelhof; 1925-29 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Erlangen und Göttingen; 1929-33 Gerichtsreferendar in Berlin; 1931 Promotion in Erlangen; 1933 Assessor-examen, 1933-39 Leiter der Rechtsabteilung im Hauptamt für Volkswohlfahrt, ab 1935 im Rang eines NSDAP-Reichshauptstellenleiters; 1937-41 Lehrbeauftragter für Sozialrecht am Sozialwissenschaftlichen Institut für Volkswohlfahrtspflege an der Universität Berlin und Dozent am NSV-Reichsseminar; 1939 juristischer Mitarbeiter und Leiter der kriegswirtschaftlichen Abteilung der Wirtschaftsgruppe der Zellstoff-, Papier-, Pappen- und Holzstofferzeugung in Berlin-Charlottenburg; 1942 Kriegsdienst, u. a. in Russland, 1944-46 in amerikanischer Gefangenschaft in einem Lager bei Reims, danach landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter; 1946-48 Angestellter des Landesamtes Saar für Vermögenskontrolle (Sequesterverwaltung) in Saarbrücken; 1948 zunächst Tätigkeit in Zell (Pfalz), dann Geschäftsführer in Düsseldorf, ab 1951 Zulassung als Rechtsanwalt und als solcher in Düsseldorf tätig.

Burschenschaft Frankonia Erlangen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1932 NSDAP; 1932 SS, 1939 SS-Hauptsturmführer; 1933 NSRB, NSV; 1938-39 NS-Dozentenbund.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in Kategorie III („Minderbelastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

1942 Medaille Winterschlacht im Osten (Ostmedaille).

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war 1933-39 als Leiter der Rechtsabteilung des Hauptamtes für Volkswohlfahrt

maßgeblich am Auf- und Ausbau der NSV sowie des WHW beteiligt. 1934-39 fungierte er als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrts-einrichtungen Deutschlands, 1935-41 als Bundesführer des Deutschen Reichsbundes der Kapital- und Kleinrentner, die Interessen dieser inflationsgeschädigten „kleinen Leute“ vertrat er mit besonderem Engagement. In der Akademie für Deutsches Recht war B. Mitglied der Ausschüsse Familienrecht, Bevölkerungspolitik und Wohlfahrtsrecht.

Veröffentlichungen

Soziale Fürsorge, Sammlung und Erläuterung der Wohlfahrtsgesetze (mit Dörner), o. J.; Deutsche Wohlfahrtspflege, Loseblattsammlung (mit Rößler u. Roestel), 1937 ff.; Sonderfürsorge für Kinderreiche (mit Rößler), [1936]; Die Kapital- und Kleinrentner im deutschen Recht, 1938; Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands“.

Quellen

Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, 1991; BArch R 55 / 23558; Archiv der Humboldt-Universität Berlin (UA, Z-D I/45, UA, UK Personalien B 37); Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Bestand NW 0252 Nr. 1790; Landeshauptarchiv Rheinland-Pfalz, R 18 A 20230; Stadtarchiv Düsseldorf; Bürgerbüro Monheim.

Bild

DFL.

Bartschat, Friedrich *Franz*

Handwerker, Wohnungspolitiker

* 18.4.1872 in Königsberg (Ostpreußen); † 28.10.1952 in Brunsbüttelkoog/Krs. Dithmarschen; ev.-freikirchlich, Baptist; V Wilhelm B., Arbeiter; M Anna geb. Schübler; ∞ 1897 Elisabeth Lydia geb. Pipereit (1875-1952).

1878-86 Volks- und Bürgerschule in Königsberg; 1887-91 Klempnerlehre in Königsberg.; 1891-98 Wanderschaft als Geselle; 1898-1930 selbständiger Klempnermeister, 1930 Klempnerobermeister in Königsberg; 1920-33 Mitglied im RWR

(Vertreter des selbständigen Handwerks); nach 1945 wohnhaft in Brunsbüttelkoog.

sozialliberaler Politiker

FoVp, DDP

1912-18 Vorsitzender des Wahlvereins FoVp in Königsberg; 1919 Vorsitzender DDP-Ortsgruppe in Königsberg; in der DDP 1918 im provisorischen Hauptvorstand, 1919/20 und 1925-29 im Parteiaus-schuss, 1920-25 Vorstandsmitglied; ab 1928 Vorsitzender des Provinzialverbandes der DDP Ostpreußen; Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der DDP; RT 1912-18 WK 4 Königsberg (FoVp); 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 1 Provinz Ostpreußen (DDP); 1920-21 WK 1 Provinz Ostpreußen (DDP); 1924-28 Reichswahlvorschlag (DDP); 1930 Reichswahlvorschlag (DDP). K 1904-25 Stadtverordneter in Königsberg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1906 Vorsitzender des Innungsausschusses der Vereinigten Innungen Königsberg; 1912 ff. Mitglied der Handwerkskammer Königsberg (1916 Vorstandsmitglied der Handwerkskammer, 1918-22 Zweiter stellv. Vorsitzender); 1912 Direktoriums-, später bis 1933 Präsidiumsmitglied des Hansa-Bundes.

Auszeichnungen

1925 Ehrenvorsitzender des Innungsausschusses der Vereinigten Innungen Königsberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war Fachmann für Arbeits- und Handwerkerfragen sowie Wohnungswesen. 1925 wirkte er im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten, danach leitete er bis 1928 den Ausschuss für das Wohnungswesen. Unter seinem Vorsitz wurde die „Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung“ v. 10.12.1927 erarbeitet, beteiligt war er an folgenden Novelierungen wohnungspolitischer Gesetze: RMietGNov 1928; MietSchGNov v. 29.6.1926; Gesetz zur Änderung des Mieterschutzgesetzes v. 13.2.1928. In Königsberg erwarb sich B. Verdienste um die Lehrlingsausbildung sowie den Ausbau der Fort- und Fachbildungsschulen.

Veröffentlichungen

Die Geschichte der Königsberger Klempner-Innung in den letzten drei Jahrhunderten (mit Liessmann), 1937.

Quellen

Lilla RWR; Haunfelder, Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918, 2004; Schumacher M.d.R.; Horkenbach; Wenzel; HbRT 1924; Stadtarchiv Brunsbüttel.

Bild

HbRT 1924.

Bauer, Gustav Adolf

Reichsarbeitsminister, Gewerkschafter

* 6.1.1870 in Darkehmen (Ostpreußen); † 16.9.1944 in Hermsdorf/Krs. Niederbarnim; ev., später diss.; V Gustav B., Gerichtsvollzieher; M Henriette geb. Groß; ∞ 1911 Marie Hedwig geb. Moch (1881-1951).

Volksschule in Königsberg; 1884-93 Anwaltsbürogehilfe in Königsberg, während dieser Zeit schwere Erkrankung und Amputation eines Beines; 1893-1901 Bürovorsteher bei einem Rechtsanwalt in Königsberg und Berlin; 1901 Inhaber eines Restaurants in Berlin; 1903 stellv. Leiter des Zentralarbeitersekretariats der freien Gewerkschaften in Berlin; 1908-18 zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; 1918 Staatssekretär (Leiter) des Reichsarbeitsamtes, 1919 Reichsarbeitsminister, im selben Jahr Reichskanzler, 1920 Rücktritt aufgrund des Kapp-Putsches; 1920-21 Reichsschatzminister und Reichsverkehrsminister; 1921-22 Vizekanzler und Reichsschatzminister; 1925 beschuldigt, in den Barmat-Skandal verwickelt zu sein (rehabilitiert), Rückzug aus der Politik; 1926-33 hauptamtlicher Geschäftsführer des gemeinnützigen Bau- und Sparvereins Eintracht (Wohnungsbau-gesellschaft) in Berlin; 1933 Verdrängung aus dem Amt, kurzzeitige Inhaftierung durch die Nationalsozialisten.

sozialdemokratischer Politiker

1891 SPD (1925 vorübergehender Parteiausschluss);

RT 1912-18 WK 6 Breslau-Ost (SPD), 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 9 Breslau (SPD); 1920-24 WK 11 Magdeburg (SPD), 1924-25 WK 10 Magdeburg (Rücktritt).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1917 Mitbegründer und zweiter Vorsitzender des überparteilichen Volksbundes für Freiheit und Vaterland; in den 1920er Jahren Mitglied mehrerer Aufsichtsräte privat- und gemischtwirtschaftlicher Betriebe, u. a. 1923 Aufsichtsratsvorsitzender der Warenhandels-Aktiengesellschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. gehörte zu den führenden reformorientierten Sozialdemokraten, die aus der Gewerkschaftsbewegung kamen. Innerhalb des freigewerkschaftlichen Lagers war er ein herausragender sozialpolitischer Experte, er vertrat ab 1903 Invalide und Unfallverletzte vor dem Reichsversicherungsamt. 1918-19 begründete er als Leiter des Reichsarbeitsamtes und darauffolgend als erster Reichsarbeitsminister die Struktur des RAM. Unter seiner Leitung wurden mit der TarVO 1918 zentrale Weichenstellungen für das kollektive Arbeitsrecht vorgenommen. Sozialpolitisch zentrale Stationen seines Werdegangs waren: 1895 Mitbegründer und Vorsitzender des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands, 1908 nach Fusion mit dem Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen zweiter Vorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten; 1903 Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten in Berlin; seit 1906 Lehrer an der von der Generalkommission errichteten Gewerkschaftsschule in Berlin (Spezialgebiet Krankenversicherung); ab 1912 Aufsichtsratsvorsitzender der Volksfürsorge; 1915 Mitglied der „Fünfzehnerkommission“ des Reichstags (Kriegskommission und Ernährungsbeirat gegen die Mangelversorgung der armen Bevölkerungsschichten); 1916 Mitglied im Kriegsausschuss zur parlamentarischen Kontrolle der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes (Etablierung ständiger Arbeiterausschüsse in kriegswichtigen Betrieben); während des 1. Weltkriegs Engagement für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, u. a. Einsatz

für die Gründung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Veröffentlichungen

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz. Denkschrift für die Nationalversammlung, 1919; 1895-1901 Schriftleiter der Zeitschrift „Der Bureau-Angestellte“.

Quellen

Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorläuferorganisationen [Electronic ed.], Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1998; Schumacher M.d.R.; Rintelen, Ein undemokratischer Demokrat: Gustav Bauer. Gewerkschaftsführer – Freund Friedrich Eberts – Reichskanzler. Eine politische Biographie, 1993; von Sternburg (Hrsg.), Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt, 1985 (2. Aufl.); Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, 1970; HbRT 1920; HbNV; Stadtarchiv Cottbus; Evangelische Kirchengemeinde Glienicke.

Bild

von Sternburg 1985, S. 176.

Bauer, Michael Josef Dr. phil., Dr. med. Ministerialbeamter

* 27.6.1886 in Haßfurt; † 21.11.1959 in Bonn; kath.; V Josef B. (1861-99), Polizeiwachmeister; M *Margaretha* Franziska geb. Biller (1860-1915); ∞ 1913 *Anna* Gertraud geb. Pfister (1889-1962).

Gymnasium in Schweinfurt; 1905-10 Studium der klassischen Philologie und 1909-13 Studium der Medizin in Würzburg; 1910 Promotion zum Dr. phil., 1914 zum Dr. med. in Würzburg; 1910 Studienassessor, bis 1914 Lehrer an einer höheren Mädchenschule in Würzburg; 1914-18 Truppenarzt, nach Verwundung in verschiedenen Reservelazaretten tätig; 1919 Studienrat am Realgymnasium Würzburg; 1920 Regierungs-Medizinalrat im Hauptversorgungsamt Würzburg; 1921 Oberregierungs-Medizinalrat, 1925 Ministerialrat in der ärztlichen Abteilung des RAM (Referent für versorgungszärztliche Angelegenheiten, ärztliche Fragen der Reichsversicherung, der Kriegsbeschädigtenfürsorge,

der allgemeinen Wohlfahrtspflege sowie des Arbeitsschutzes), 1943 Leiter der Abteilung „Ärztlicher Arbeitsschutz“; 1945 Arzt bei der Versorgungskuranstalt Bad Kissingen; 1946 Referent in der Gesundheitsabteilung des Oberpräsidiums Hannover; 1946-50 Referent im Niedersächsischen Sozialministerium; 1950-53 als Ministerialrat im Bundesarbeitsministerium Leiter der Unterabteilung „Arbeitsmedizinische, versorgungs- und sozialärztliche Angelegenheiten“; 1936 Dozent für gesundheitlichen Arbeitsschutz am Hygienischen Institut der Universität Berlin; 1941 Honorarprofessor in Berlin; 1951 Honorarprofessor für Arbeits- und Versicherungsmedizin in Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1938 NSDAP; 1934 RDB, NSV (Blockwaller); 1935 NSKOV; Waffenring deutscher Pioniere; SA Reserve II.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Bayer. Militärverdienstorden IV. Klasse mit Schwertern; Österreichisches Goldenes Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille; Verwundetenabzeichen in schwarz; Ehrenkreuz für Frontkämpfer; Preuß. Rote Kreuz-Medaille; Ungarische Kriegsverdienstmedaille; Bulgarische Kriegsverdienstmedaille; Ehrenzeichen des Roten Kreuzes 2. Klasse; 1936 Verdienstkreuz des Ehrenzeichens des Roten Kreuzes; 1938 Sudetenmedaille; 1944 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse; 1951 Ehrenbürgerwürde der Stadt Haßfurt; 1953 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versicherungs-, Versorgungs- und Verkehrsmedizin; 1959 Ehrenpräsident des Deutschen Bäderverbandes; Ehrenmitglied des Verbandes Deutscher Badeärzte; Ehrenmitglied der Werksärztlichen Arbeitsgemeinschaft; Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Deutschen Staatlichen Gewerbeärzte; Ende der 1960er Jahre Benennung einer Haßfurter Straße nach B.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. Referatzuschnitt umfasste (abgesehen von der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) alle in den Hauptabteilungen des RAM zu bearbeitenden ärztlichen Fragen. Insbesondere hat er die Berufskrankheitenverordnungen mitkonzipiert, die den Schutz der Unfallversicherung entscheidend ausweiteten. Feststellbar ist seine Mitarbeit bei folgenden Gesetzen und Verordnungen: BerufskHVO 1925; UnfVersGNov 1925; NotVO 1930; BerufskHVO 1936 u. 1943; MSchutzG 1942. 1927 war B. Mitglied des Ärztlichen Ausschusses der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene; 1927-33 Mitglied des Korrespondierenden Ausschusses für Gewerbehygiene der ILO in Genf; 1937 auswärtiges korrespondierendes Mitglied der Französischen Gesellschaft für gerichtliche Medizin (Société de Médecine Légale de France).

Stationen seines Werdegangs nach 1945 waren: 1953 Mitglied des Beirats für die Neuordnung der sozialen Leistungen, darin 1955 stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Krankheitsbekämpfung; 1953 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versicherungs-, Versorgungs- und Verkehrsmedizin; 1953 Gründer des Ärztlichen Sachverständigenbeirats für Fragen der Kriegsopferversorgung; 1955 Mitglied des Bundesgesundheitsrats; 1950-58 Präsident des Deutschen Bäderverbandes; Mitglied der Internationalen Kommission sowie der Internationalen Gesellschaft für Arbeitsmedizin; Vertreter des Fachgebiets Arbeitsmedizin in der deutschen Delegation bei den Konferenzen der ILO in Genf; Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz; Mitglied des Beirats für Versorgungsrecht beim Bundesarbeitsministerium.

Veröffentlichungen

J. B. Chevalier und seine gewerbehygienische Bedeutung (Diss.), 1914; Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten (mit Krohn u. Martineck), 1926; Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, 2. Verordnung (mit Engel u. Koelsch), 1929; Dritte Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 16. Dezember 1936 (mit Engel, Krohn u. a.), 1937; Mutterschutzgesetz (mit Schmidt), 1944; Bearbeitung der medizinischen

und sozialärztlichen Beiträge des Handwörterbuchs der Wohlfahrtspflege (Hrsg. v. Dünner), 1929; Die entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten (Hrsg.), 1944, 1953; Mitherausgeber der sozialmedizinischen Schriftenreihe „Arbeitsmedizin“ und „Arbeit und Gesundheit“.

Quellen

Weder, Sozialhygiene und pragmatische Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik am Beispiel des Sozial- und Gewerbehygienikers Benno Chajes, 2000; Wenig (Hrsg.), Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818-1968, 1968; BArbBl. 1960, S. 34; Der öffentliche Gesundheitsdienst 1960, S. 444 f.; OKK 1959, S. 558 f.; Niedersächsisches Landesarchiv Nds. 171 Hannover Nr. 11290; Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, UK Personalien B 81; Universitätsarchiv Bonn, MF-PA 5; Stadtarchiv Haßfurt; Stadtarchiv Nürnberg; GVP RAM.

Bild

Stadtarchiv Haßfurt, Haßfurter Tagblatt vom 21.9.1959.

Behm, Charlotte *Margarete* Dr. med. h. c.
Verbandsfunktionärin

* 3.5.1860 in Lehndorf/Krs. Liebenwerda;
† 28.7.1929 in Berlin; ev.; V Gustav B. (1824-84), Gutspächter; M Alma geb. Wegner (1830-66); ledig.

1871-76 höhere Töchterchule in Stolp (Pommern); 1878-79 Lehrerinnenausbildung in Berlin; 1879-84 Lehrerin an der Höheren Töchterchule von Albertine Prox in Berlin; 1884-1905 städtische Volksschullehrerin in Berlin; 1905-29 Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands [für die Kleider- und Wäschekonfektion] in Berlin; 1924 erneute Tätigkeit als Lehrerin in Berlin-Schöneberg.

konservative Politikerin

CSP; 1918 DNVP

Vorstandsmitglied der DNVP, Leiterin des DNVP-Reichsfrauenausschusses;

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 7 Provinz Pommern (DNVP); 1920-24 WK 6 Pommern

(DNVP); 1924-28 Reichswahlvorschlag (DNVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1900-05 Hauptkassenführerin des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands; vor 1906 zweite Vorsitzende des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen; 1918 Mitglied des Vertrauensrats der evangelischen Kirche Preußen; 1925 Teilnehmerin an der Weltkirchenkonferenz in Stockholm.

Auszeichnungen

1924 Dr. med. h. c. in Greifswald; 1928 Ehrenmitglied des Parteivorstands der DNVP.

Sozialpolitische Aktivitäten

Seit 1899 engagierte sich B. nachhaltig für den Zusammenschluss der Großstadtheimarbeiterinnen, auf sie geht die Gründung des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen für die Kleider- und Wäschekonfektion 1900 zurück, mit der ersten Deutschen Heimarbeitsausstellung gewann B. 1906 die Unterstützung der Kaiserin Auguste Viktoria für die Anliegen der Heimarbeiterinnen. B. war treibende Kraft bei den gesetzlichen Regelungen zur Heimarbeit. Als Vorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen erreichte sie das erste Hausarbeitsgesetz 1911 (Fachausschüsse für Tarifverträge). Als Mitglied des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten trat sie 1920-28 mehrfach als Berichterstatterin auf, so beim Gesetz über Änderungen der Reichsversicherung vom 30.4.1922 (Einbeziehung der Heimarbeiterinnen in die Kranken- und Invalidenversicherung – einstimmig verabschiedet) und beim Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über die Hausarbeit v. 1911 (Heimarbeiterlohngesetz – einstimmig verabschiedet) vom 27.6.1923.

Weitere Stationen des sozialpolitischen Werdegangs B. waren: In den 1890er Jahren Mitglied in der Berliner Frauengruppe des Evangelisch-sozialen Kongresses und 1898 Mitglied der Berliner Frauengruppe des Kirchlich-sozialen Bundes; 1906 Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften; Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Gewerk-

schaftsbundes; Mitglied des Ausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform; Mitglied des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes.

Veröffentlichungen

Zahlreiche Aufsätze zu Fragen der Heimarbeit; Schriftleiterin der Zeitschrift „Die Heimarbeiterin“.

Quellen

Bieler, Im Preußischen Schuldienst. Arbeitsverhältnisse und Berufsbiographien, 2007; Schumacher M.d.R.; NDB; Wenzel; IHG; Wolff, Muttel Behm, 1930; Mumm, Margarete Behm. Die Führerin der deutschen Heimarbeiterinnen, 1924; HbRT 1924.

Bild

Wolff 1930.

Beisiegel, Philipp Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 19.10.1885 in Trier; † 13.10.1965 in Köln-Lindenthal; ev.; V Valentin B. (1845-1929), Oberbahnhofsvorsteher; M Elisabeth geb. Grün (- vor 1929); ∞ 1921 Wilhelmine Marie Katharina (*Kitty*) geb. Jaubs (1903-67); K 1 T.

-1896 Realgymnasium in Trier; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br., Berlin und Bonn; 1908-13 Referendar in Saarb., Trier und Köln, dazwischen Militärdienst; 1913/14 Gerichtsassessor in Trier; 1914 Kriegsteilnehmer, nach Verwundung ab 1915 Kriegsgerichtsrat; 1917 Promotion in Frankfurt/M.; 1919 Stadtassessor, 1920 besoldeter Beigeordneter in Trier; 1923 Beigeordneter in der Fürsorgeabteilung des Reichsarbeitsministeriums (Referent für die Durchführung der RFV); um 1926 kurzzeitig Referent in der Abteilung „Wohnungs- und Siedlungswesen“; 1927 Wechsel in den Arbeitsbereich Arbeitslosenvermittlung/Arbeitslosenversicherung; 1928 Ministerialrat (Referent für Angelegenheiten der Aufsicht über die RfAVAV), um 1929/30 Leiter der Unterabteilung „Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosenversicherung, allgemeine Fragen der Sozial-

politik, Internationale Sozialpolitik“; 1935 Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland in Köln; 1940 Rückkehr ins RAM, als Ministerialdirektor Leiter der Hauptabteilung „Arbeitseinsatz, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosenversicherung“, ab 1942 dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet (1943 Leiter der Hauptabteilung "Arbeitseinsatzunterstützungen, Reichsstock für Arbeitseinsatz, Arbeits- und Sozialstatistik"); 1945/46 in US-amerikanischer Internierung in Neumünster, Hessisch-Lichtenau und Berlin-Lichterfelde; 1948 im Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf tätig; um 1950 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937 NSDAP; 1933 RDB und Stahlhelm (förderndes Mitglied); 1934 NSFK und NSRB; 1935 NSV und VDA; 1937 NSKOV; 1938 RLB; Reichskolonialbund. Im Entnazifizierungsverfahren 1947 zunächst in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft, 1949 in Kategorie V („Entlastet“).

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1915 Verwundetenabzeichen in schwarz; 1918 Frontkämpferehrenkreuz; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. hatte zunächst Anteil an der Durchführung der Fürsorgegesetzgebung des Reiches, nach der Verabschiedung des AVAVG 1927 war er führend in die Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einbezogen. Nachweisbar beteiligt war er an: RFV 1924; RGr 1924; AVAVGÄnd 1929; NotVO 1930; [ArbuchG 1935]. 1935 wurde er gegen den Willen der Gauleiter der Rheinprovinz als Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland eingesetzt, dort Konflikte mit NSDAP-Stellen. Bis zur Ernennung Fritz Sauckels zum GBA war B. der leitende Ministerialbeamte für Fragen des Arbeitseinsatzes im Krieg.

Veröffentlichungen

Die Finanzierung des Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln (mit Wölz), 1926; Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversi-

cherung: Handausgabe (mit Syrup), 1941; Der Arbeitseinsatz in Europa, in: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1942, S. 117-139.

Quellen

BArch R 3001/51268; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1037 A/Reg. Nr. 6860; Niedersächsisches Landesarchiv Hannover, Nds 171 Hannover Nr. 19888; Personenstandsarchiv Rheinland in Brühl; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 183-B03939.

Bodelschwingh, Ernst *Friedrich* Franz von Dr. h. c. mult.

Theologe, Anstaltsleiter

* 14.8.1877 in Gadderbaum/Bielefeld; † 4.1.1946 ebd.; ev.; V Friedrich Christian Carl von B. (1831-1910), Pastor, Gründer von Bethel; M Ida geb. von Bodelschwingh (1835-94); ∞ 1911 Julia geb. von Ledebur (1874-1954).

Gymnasium in Bielefeld; 1896 Studium der Theologie in Bonn, Basel, Tübingen und Greifswald; 1900 Erste theologische Prüfung in Münster, danach einjährig-freiwilliger Militärdienst in Göttingen; 1901-02 Lehrvikar und Gehilfe seines Vaters in Bethel; 1903 Zweite theologische Prüfung in Münster, Hilfsprediger in Dortmund; 1904 Ordination als Pfarrer und Rückkehr nach Bethel, 1906 Pfarrer der dortigen Zionsgemeinde und stellv. Leiter der Betheler Anstalten, 1910 deren Leiter (Anstaltsvorsteher); 1933 designierter Reichsbischof (Rücktritt von der Kandidatur); 1937 Strafverfahren wegen kritischer Stellungnahme zu Beitreibungsverbot von Kirchensteuern (1938 eingestellt); nach 1945 Anteil an der Begründung der Evangelischen Kirche in Deutschland, am Wiederaufbau der Betheler Anstalten und der dortigen Theologischen Schule.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1924 Vorbereitung und Durchführung des ersten Kirchentages des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes in Bethel; 1925 Delegierter auf der Stockholmer Weltkir-

chenkonferenz; Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und des Deutschen Evangelischen Missionsrates; 1933 DAF; 1934 NSV.

Auszeichnungen

1917 Dr. theol. h. c. in Münster; 1932 Dr. med. h. c. in Heidelberg; 1938 Dr. h. c. med. in Debrecen (Ungarn); Briefmarke der Deutschen (Bundes-)Post 1967, 1977 und 1996.

Sozialpolitische Aktivitäten

v. B. war eine der führenden Persönlichkeiten der Inneren Mission, er hatte Anteil an der (Weiter-)Entwicklung der Anstaltsfürsorge in Deutschland. Ab 1918 betrieb er den Ausbau und die Spezialisierung der Betheler Anstalten im Hinblick auf die medizinische Forschung (Epilepsie), das Schulwesen, Kinderheilkunde, gezielte Behandlung und Betreuung von Kranken und Behinderten sowie Fürsorge für Nichtsesshafte und schwererziehbare Jugendliche. 1931 wurde v. B. im Gefolge des Devaheimskandals in den „Elferausschuss“ berufen (Leitungs- und Sanierungsorgan des Central-Ausschusses für die Innere Mission). 1934 war er Gründungsmitglied der in der „Bekennenden Kirche“ einflussreichen Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände der Deutschen Evangelischen Kirche, dessen Leitungsgremium (Bruderrat) er angehörte. 1935 war v. B. einer der Vizepräsidenten des Central-Ausschusses für die Innere Mission, ferner bekleidete er das Amt des Vorsitzenden des Provinzialverbandes für Innere Mission Westfalen. In der Frage der Zwangssterilisationen trat v. B. während des Nationalsozialismus zurückhaltend bis ambivalent auf, wandte sich später aber zusammen mit Paul Braune entschieden gegen die „Euthanasie“.

Veröffentlichungen

Die Stadt der Epileptischen: Bethel bei Bielefeld, 1925; Leben, Leiden und Lieben der Kinder in Bethel, 1927; Saat und Segen in zwölf Jahren der Arbeit von Bethel, 1931.

Quellen

Personenlexikon; Hauschild (Hrsg.), Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert, 1998; Maier; Kaiser, Sozialer Protestantismus

des 20. Jahrhunderts, 1989; Brandt, Friedrich von Bodelschwingh 1877-1946, 1967; Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh d. J., 1996; BArch (R 3001 / 175725; RK I 42).

Bild

Hellmann 1996.

Boese, *Franz* Alfred Maria Dr. rer. pol.
Geschäftsführer des Vereins für Sozialpolitik

* 2.2.1871 in Breslau; † - nach 1939; kath.; V Carl B. (-1910), Kaufmann; M Ottilie geb. Hahn (-1903).

Gymnasium in Breslau; dreijährige kaufmännische Lehre; einjährig-freiwilliger Militärdienst; bis 1903 Studium der Volkswirtschaftslehre, Philosophie, Geschichte und Rechtswissenschaften in München und Berlin; 1903-08 „Lehr- und Wanderjahre“; 1908-17 Assistent Gustav Schmollers an der Universität Berlin; 1917-19 Referent in der Literatur- und Presseabteilung des Reichsschatzamt; 1919-20 Geschäftsführer des Vereins für Sozialpolitik; 1920-24 wissenschaftlicher Mitarbeiter im RAM (Herausgabe der Bibliographie der Sozialwissenschaften), dann in der Bücherei des Statistischen Reichsamtes tätig; 1925 Promotion in Kiel; danach erneut Geschäftsführer des Vereins für Sozialpolitik bis 1936 (Auflösung des Vereins), fortan Privatgelehrter, u. a. mit der Anfertigung einer Geschichte des Vereins für Sozialpolitik befasst.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Dozent an der Verwaltungsakademie in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins für Sozialpolitik 1911-36 in seiner Funktion als ehrenamtlicher Schriftführer des Vereins durchgehend Mitglied von dessen engerem Vorstand.

Veröffentlichungen

Krisis der Weltwirtschaft, 1926; Wandlungen des Kapitalismus, 1929; Grundlagen und Gren-

zen der Sozialpolitik, 1931; Deutschland und die Weltkrise, 1932; Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932, 1939; 1908-17 Herausgeber und Schriftleiter von Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft; 1920-24 Herausgeber der „Bibliographie der Sozialwissenschaften“, die er zum „Sozialwissenschaftliches Literaturblatt“ umgestaltete.

Quellen

Boese, Die Reichsreform der Kriegszeit (Diss.), 1925; BArch R 3901 / 100078.

Borsig, *Conrad* August Albert von
Dr. Ing. h. c.
Fabrikant, Berufsgenossenschaftler

* 23.4.1873 in Berlin; † 13.2.1945 in Prillwitz/Krs. Pyritz (Pommern); ev.; V August Julius *Albert* von B. (1829-78), Fabrikbesitzer, Geh. Kommerzienrat; M Anna geb. Guticke (1841-1919); ∞ 1901 Margarete (Margot) geb. von Koerner (1882-1975); K 3 S, 2 T.

Gymnasium in Berlin-Moabit; kaufmännische Ausbildung in Bremen und Berlin; einjährig-freiwilliger Militärdienst in Rathenow, dann Tätigkeit in verschiedenen Exportgeschäften, u. a. in London, St. Petersburg und Moskau; ab 1894 zusammen mit seinem Bruder Ernst v. B. Inhaber der A. Borsig-Werke in Berlin und Oberschlesien; 1914-18 Kriegsdienst, 1915 Referent bei der Zivilverwaltung in Brüssel, zuletzt Sektionschef der Abteilung für Handel und Gewerbe, zugleich Vorstand der Kriegsamtsstelle für Belgien in Brüssel; ab 1931 nach der Insolvenz der Borsig-Werke in der Leitung der Nachfolgeunternehmen tätig, 1936 stellv. Vorsitzender der Rheinmetall-Borsig AG; 1945 von sowjetischen Soldaten erschossen.

K 1913 Stadtrat von Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages; Mitglied der Handelspolitischen Kommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie; Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank in Berlin;

Vorsitzender des Deutsch-Argentinischen Central-Verbandes; stellv. Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika und des Verbandes für den Fernen Osten; Mitglied des Landesausschusses der Preuß. Industrie- und Handelskammer; Mitglied des Aufsichtsrates u. a. der Grube Ilse in der Niederlausitz und der Eisenbahn-Verkehrsmittel-AG in Berlin sowie der Reichskredit-Gesellschaft AG in Berlin; bis 1932 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, danach Mitglied in dessen Beirat; Mitglied der Vertrauens-Kommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller; Mitglied der Zulassungsstelle der Berliner Börse; Beiratsmitglied in der Verwaltung der Berliner Wasserwerke; Vorsitzender des Verbandes der Dampfkraftmaschinen-Fabriken; Vorsitzender des Verbandes von Pumpen- und Pumpenmaschinen-Fabrikanten; Vorsitzender des Kompressoren-Verbandes und des Verbandes für Kältemaschinen; Mitglied des Clubs von Berlin und des Automobil-Clubs von Deutschland (ehemaliger Kaiserlicher Automobil-Club); Mitglied der Deutschen Dendrologischen Gesellschaft.

Auszeichnungen

1902 Kommerzienrat, 1912 Geh. Kommerzienrat; 1909 nobilitiert; 1923 Dr. Ing. h. c. in Aachen; 1931 Ehrensator der TH Charlottenburg.

Sozialpolitische Aktivitäten

Neben seinen zahlreichen Funktionen in deutschen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden engagierte sich v. B. in gemeinnützigen und berufsgenossenschaftlichen Zusammenhängen. Er war Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften, dem 67 gewerbliche Berufsgenossenschaften angehörten, die im Jahr 1930 insgesamt 956000 gewerbliche Betriebe und 12 Mio. Unfallversicherte umfassten. Als Vorstandsvorsitzender der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft machte sich v. B. besonders bei der Ausgestaltung von Unfallverhütung und Heilverfahren verdient, er initiierte berufsgenossenschaftliche Krankenhäuser. Ferner war er Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften und Mitglied des Sozialpoliti-

schen Ausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Quellen

Horkenbach; Reichshandbuch; Wenzel; Werist's?; Landesarchiv Berlin, A Rep. 226 Nr. 235.

Bild

Reichshandbuch.

Borsig, August Paul *Ernst* von
Dr. Ing. h. c.
Fabrikant, Arbeitgeberpolitiker

* 13.9.1869 in Berlin; † 6.1.1933 in Groß Behnitz/Krs. Westhavelland; ev.; V August Julius *Albert* von B. (1829-78); Fabrikbesitzer, Geh. Kommerzienrat; M Anna geb. Guticke (1841-1919); ∞ 1898 Margarete geb. Gründer (1876-); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Berlin-Moabit; 1889-94 Studium des Maschinenbaus in Bonn und Berlin, anschließend Ausbildung in der Maschinenbau-Anstalt A. Borsig in Berlin; ab 1894 zusammen mit seinem Bruder Conrad v. B. Inhaber der A. Borsig-Werke in Berlin und Oberschlesien; 1922-33 Mitglied des RWR (Arbeitgebervertreter der Industrie); 1931 nach der Insolvenz der Borsig-Werke Niederlegung aller Ämter und Rückzug auf sein Gut in Groß Behnitz.

Corps Hansea Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919 Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie; 1920 Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller; 1931 Mitglied im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung; Vorstandsmitglied und 1924-32 Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Vorsitzender der Deutschen Lokomotivbauvereinigung und des Verbandes Berliner Metallindustrieller; Mitglied u. a. des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, der Deutschen Bodenkultur AG, der Deutschen Telefonwerke und Kabelindustrie AG, der Industrie-Finanzierung AG Ost (IFAGO) und der Kokswerke und chemische Fabriken AG.

Auszeichnungen

1902 Kommerzienrat, 1912 Geh. Kommerzienrat; 1909 nobilitiert; 1918 Dr. Ing. h. c. in Breslau.

Sozialpolitische Aktivitäten

v. B. nahm in der Weimarer Republik auf Arbeitgeberseite eine einflussreiche Stellung in der Sozialpolitik ein, im einschlägigen Verbandswesen spielte er eine wichtige Rolle. Er wurde bezeichnet als „Führer der Sozialpolitik der deutschen Unternehmer“ (Soziale Praxis 1933). 1918 war er Mitunterzeichner des sog. Stinnes-Legien-Abkommens und maßgeblich beteiligt an der Bildung und Leitung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, über die das gemeinsame Interesse von Arbeitgebern und der Arbeiterschaft betont werden sollte. v. B. war Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR. Als Leiter der Borsig-Werke führte er eine betriebliche Pensions- und eine Sparkasse ein.

v. B. unterstützte in der Weimarer Republik reaktionäre Verbände und Freikorps (z. B. Brigade Erhardt) und war zudem ein früher Geldgeber der NSDAP.

Veröffentlichungen

Industrie und Sozialpolitik. Das sozialpolitische Programm der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1924; Wirtschaftliche Einsicht. Ein offenes Wort an die Gewerkschaften, 1924.

Quellen

Lilla RWR; Benz/Graml; Wenzel; Reichshandbuch; Soziale Praxis 1933, Sp. 74 ff.

Bild

Reichshandbuch.

Brandes, Heinrich *Alwin*
Gewerkschafter

* 12.6.1866 in Groß Schönau/Krs. Zittau (Sachsen); † 6.11.1949 in Berlin; ev./diss.; V Heinrich August B., Schlosser; M Emilie Amalie geb. Fischer; ∞ 1889 Martha *Minna* geb. Bennemann (1865-1952); K 3.

1872 Bürgerschule in Quedlinburg und Magdeburg; 1880-83 Schlosserlehre, 1883-86 und 1889-99 Schlosser in Maschinenfabriken in Magdeburg, Halle/Saale und Leipzig; 1886-89 Militärdienst, Reserveoffizier; 1900-19 Geschäftsführer der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Magdeburg, 1919-30 Vorsitzender im Hauptvorstand des Gesamtverbandes in Stuttgart, 1930-33 in Berlin; 1933 kurzzeitige Inhaftierung, bis 1935 unter Polizeiaufsicht, in dieser Zeit Vertretung ehemaliger Gewerkschaftskollegen in arbeitsrechtlichen Verfahren; Anfang 1935 Untersuchungshaft in Dresden, Inhaftierung und Steinbrucharbeit im Konzentrationslager Sachsenburg bei Mittweida, Mitte 1935 Entlassung nach Intervention u. a. des US-amerikanischen Botschafters, unter Polizeiaufsicht gestellt; 1936 erneute Inhaftierung, Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor dem Volksgerichtshof, 1937 freigesprochen, fortan Tätigkeit als Hausverwalter; bis 1944 Kontakt zu Widerstandskreisen um Wilhelm Leuschner; nach 1945 Vorsitzender der SPD in Berlin-Karolinenhof.

sozialdemokratischer Politiker

SPD, USPD

1890 SPD; 1917 USPD, 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburg; 1922 SPD; RT 1912-18 WK 8 Magdeburg (SPD, USPD); 1920-24 WK 11 Magdeburg (USPD, SPD); 1928-33 WK 18 Westfalen Süd (SPD); K 1901-18 Stadtverordneter, 1918-19 Stadtrat in Magdeburg; 1946 Bezirksverordneter Berlin-Köpenick (Vorsteher).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1894 Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband; Delegierter der Internationalen Metallarbeiterkongresse in Brüssel (1907) und Birmingham (1910) sowie des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen (1910). 1920 Mitglied im Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes; 1922-26 Mitglied des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik; Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; Mitglied des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags.

Auszeichnungen

1936 Wahl ins Ehrenpräsidium der Europäischen Amnestiekonferenz für die Opfer des Freiheitskampfes im Dritten Reich in Brüssel; 1948 anerkannt als Opfer des Faschismus; Benennung einer Straße in Magdeburg und Berlin-Kreuzberg nach B.; 2013 Einweihung des Alwin-Brandes-Saals im IG Metall-Haus in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als Reichstagsabgeordneter engagierte sich B. für Themen der Sozialpolitik, die ihm aus der Gewerkschaftsarbeit vertraut waren, u. a. auch für die Arbeitslosenfürsorge. 1921-23 war er im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten aktiv. Als langjähriger Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes gehörte B. zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und bedeutendsten Gewerkschaftern der Weimarer Republik, der Deutsche Metallarbeiterverband wurde von ihm maßgeblich geprägt.

Veröffentlichungen

1912-24 Redakteur der Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Quellen

Mielke/Heinz (Hrsg.), Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat, 2012; Lane (Ed.), Biographical Dictionary of European Labor Leaders, 1995; Schumacher MdR; Ufermann (Hrsg.), Alwin Brandes, Leben und Wirken eines deutschen Gewerkschafters, 1949; HbRT 1920, 1928; BArch R 58 / 9675; Landesarchiv Berlin (C Rep. 118-01 Nr. 1096; P Rep. 605 Nr. 29); Stadtarchiv Magdeburg.

Bild

Mielke/Heinz 2012, S. 53.

Brandis, Friedrich Eduard *Ernst* Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 22.4.1880 in Magdeburg; † 24.12.1945 Mühlberg/Elbe; ev.; V *Friedrich* August B. (1845-91), Lehrer; M *Luise Marie* geb. Lotze (1849-1922); ∞ 1921 *Elfriede* Julia Maria geb. Deichmann (1885- nach 1949).

Gymnasium in Magdeburg und Weimar; Studium der Rechtswissenschaften in Jena und Halle/S.; 1902 Gerichtsreferendar in Bebra, Stendal, Berlin und Naumburg; 1905 Promotion in Leipzig; 1908 Gerichtsassessor in Salzwedel; 1908-11 Hilfsarbeiter im preuß. Justizministerium, 1911 Amtsrichter in Berlin-Schöneberg; 1912 Hilfsrichter, 1914 Landrichter am Landgericht II Berlin; 1917 Hilfsrichter am Kammergericht; 1917-19 Hilfsreferent im preuß. Kriegsministerium (Leiter der Rechtsabteilung des Kriegsamtes); 1919 erneut Hilfsrichter am Kammergericht; 1919-20 Hilfsarbeiter im Reichsjustizministerium, 1920 Ernennung zum Landgerichtsrat, 1920-37 Ministerialrat im Reichsjustizministerium; 1937 Senatspräsident beim Reichsgericht (Vorsitzender des VI., 1943 des V. Zivilsenats; 1938 stellvertretendes Mitglied, 1941 ordentliches Mitglied, 1942-43 Vertreter des Vizepräsidenten des Großen Senats für Zivilsachen); 1945 kurzzeitig Vorsitzender der von der amerikanischen Militärregierung eingesetzten Kommission zur Bewahrung der Sachwerte des Reichsgerichts, im selben Jahr Verhaftung durch sowjetische Truppen, im „Speziallager“ Nr. 1 Mühlberg/Elbe ums Leben gekommen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-20 DNVP; 1922-26 Beamtenwirtschaftsverein Berlin; 1933 NSRB, RLB; 1935 RDB, NSV, NS-Altherrenbund; 1938 VDA; 1936 stellv. Mitglied im Reichsausschuss für Ehegenehmigungen jüdischer Mischlinge beim Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern (Reichsausschuss zum Schutze des deutschen Blutes); 1937 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht (Mitglied in den Ausschüssen für Personen-, Vereins- und Schuldrecht; Familienrecht; Erbrecht).

Auszeichnungen

1919 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; 1938 silbernes Treudienst-Ehrenzeichen; 1939 goldenes Treudienst-Ehrenzeichen; 1945 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war 1920-37 als Referent der bürgerlich-rechtlichen Abteilung des Reichsjustiz-

tizministeriums an zahlreichen Vorbereitungen von Gesetzen und Verordnungen von sozialpolitischer Relevanz beteiligt. Sein Wirken bezog sich vorrangig auf das Miet- und Wohnungsrecht, den Mieterschutz, darüber hinaus galt seine Arbeit dem Ehe-, Kindschafts- und Personenstandsrecht. Beteiligt war er insbesondere an folgenden Gesetzen: RHeimstG 1920; RJWG 1922; RMietG 1922; MietSchG 1923; MietSchGNov 1926; RMietGNov 1928. In der NS-Zeit entwickelte sich B. zu einem Experten der rassenideologischen Ehegesetzgebung.

Veröffentlichungen

Miet- und Wohnungsrecht in Reich und Ländern, 1925; Der Gesetzentwurf über das Uneheleichenrecht und seine Probleme, 1929; Mieterschutz im neuen Reich, 1935; Vereinheitlichung der Zuständigkeit in Familiensachen, 1934; Die Ehegesetze von 1935, 1935; Das neue Personenstandsgesetz (mit Massfeller), 1938.

Quellen

Schubert (Hrsg.), Akademie für deutsches Recht: 1933-1945. Protokolle der Ausschüsse. Ausschuss für Personen-, Vereins- und Schuldrecht 1934-1936, 1990; Kaul; NDB; BArch (R 3001 / 52521-52522; R 3002 / PA 88); Initiativgruppe Lager Mühlberg.

Bild

BArch R 3001 / 52521.

Braune, Paul Gerhard Dr. theol. h. c.
Theologe, Anstaltsleiter

* 16.12.1887 in Tornow/Krs. Landsberg an der Warthe; † 19.9.1954 in Gadderbaum (Bielefeld) ev.; V Andreas Friedrich B. (1843-1914), Pfarrer; M Agnes Rosalie geb. Walther (1849-1918); ∞ 1. 1913 Margarethe (Gretel) geb. Walter (1889-1931); 2. 1932 Berta geb. Mohr (1904-87); K 3 S, 1 T.

Gymnasium in Eberswalde; 1906-09 Studium der Theologie in Bethel, Halle/Saale und Berlin; 1910 Erste theologische Prüfung; 1910-11 Tätigkeit als Hauslehrer auf Schloss Raduhn bei Schwedt/Oder, 1911-12 Predigerseminar in Wittenburg/West-

preußen und Hilfsprediger in Finow bei Eberswalde; 1912 Zweite theologische Prüfung; 1912-13 einjährig-freiwilliger Militärdienst in Berlin; 1913 Ordination, 1913-21 Pfarrer in Hohenkränig bei Schwedt; 1918 Feldprediger an der Westfront; 1922-54 Leiter der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal/Bernau bei Berlin, zugl. Bürgermeister der Gemeinde Lobetal; 1940 Verhaftung und Einlieferung in das Gestapo-Zentralgefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Str., nach 80 Tagen Freilassung.

Wingolf Halle/S.

konservativer Politiker

CDU

1946 CDU-Ost und Mitbegründer einer CDU-Ortsgruppe in Lobetal.

K nach dem 1. Weltkrieg Gemeindevertreter in Hohenkränig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Nach 1920 Mitbegründer und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Elektrizitäts-Genossenschaft in Hohenkränig; Vorsitzender des Kreisverbandes ländlicher Genossenschaften im Kreis Königsberg/Neumark; nach 1945 Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Präsidiumsmitglied der Generalsynode der EKD.

Auszeichnungen

1948 Dr. theol. h. c. in Berlin; 1965 Heilerziehungs- und Pflegeheim „Pastor Braune-Haus“ in Berlin-Lankwitz.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war eine der führenden Persönlichkeiten der Inneren Mission, des heutigen Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche. B. Lebenswerk war der Aufbau und die Leitung der Hoffnungstaler Anstalten. Ab 1926 war er als Leiter der Fachgruppe „Fürsorge für die wandernde Bevölkerung“ Mitglied im Central-Ausschuss für die Innere Mission. 1931 wurde er stellv. Vorsitzender des „Elferausschusses“, eines im Gefolge des Devaheimskandals eingesetzten Leitungs- und Sanierungsorgans des Central-Ausschusses, 1932 stieg er auf zum Vizepräsident des Central-Ausschusses und wurde

Mitglied des Finanzausschusses, 1934 wurde er Mitglied des Bruderrates der Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände der Deutschen Evangelischen Kirche. 1933-54 bekleidete er ferner das Amt des Vorsitzenden des Provinzial- bzw. Landesausschusses für die Innere Mission in der Provinz Brandenburg. 1926-54 war B. zudem hauptamtlicher Geschäftsführer des Deutschen Herbergsvereins, zugleich nebenamtlicher Geschäftsführer des Zentralvorstandes (ab 1936 Zentralverbandes) deutscher Arbeiterkolonien und des Gesamtverbandes deutscher Verpflegungsstationen (Wandererarbeitsstätten). Dem Nationalsozialismus gegenüber zunächst positiv eingestellt, stritt B. nach 1933 für die Unabhängigkeit der Inneren Mission gegenüber der NSV, setzte sich für „nichtarische“ Christen ein und leistete zusammen mit Friedrich von Bodelschwing Widerstand gegen die „Euthanasie“. Nach Kriegsende wurde B. Stellvertreter des Präsidenten des Central-Ausschusses für die Innere Mission für den Ostbereich und avancierte zum einflussreichsten Vertreter der Diakonie in der SBZ/DDR. Als Führungsperson der Inneren Mission im Osten Deutschlands geriet er in Konflikt mit dem Regime in der Sowjetischen Besatzungszone und später mit der DDR-Staatsführung. Die beabsichtigte Verstaatlichung der Hoffnungstaler Anstalten konnte B. 1953 verhindern.

Veröffentlichungen

75 Jahre Herbergen zur Heimat, 1929; 25 Jahre Hoffnungstal 1905-1930, 1930; Die Wandererfürsorge im Dritten Reich, in: Der Wanderer 1933, S. 174-187; Hoffnungstal, eine Heimat für Heimatlose, 1935; Denkschrift für Adolf Hitler vom 9. Juli 1940, in: Aly (Hrsg.), Aktion T 4 1939-1945. Die "Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, S. 23-33; Der Kampf der Inneren Mission gegen die Euthanasie, in: Innere Mission 1947, S. 13-39.

Quellen

Cantow, Pastor Paul Gerhard Braune. Im »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale in Berlin, 2012; Cantow/Kaiser (Hrsg.), Paul Gerhard Braune (1887-1954). Ein Mann der Kirche und Diakonie in schwieriger Zeit, 2005; Bookhagen, Bd. 1; Braune, Hoffnung gegen die Not. Mein Leben mit Paul Braune 1932-1954, 1983; Archiv der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal.

Bild

Cantow 2012.

Brauns, Heinrich Dr. rer. pol., Dr. iur. h.c. Reichsarbeitsminister

* 3.1.1868 in Köln; † 19.10.1939 in Lindenberg i. Allgäu; kath.; V Johann B. (1838-1919), Schneidermeister; M Anna Catherina geb. Creveld (1838-1901).

Gymnasium in Köln; 1886 Studium der Theologie in Bonn, 1888 Priesterseminar in Köln; 1890 Diakon und Priesterweihe in Köln; 1890-95 Kaplan in Krefeld; 1895-1900 Vikar in Borbeck, Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen, danach „Privatgeistlicher“; 1900 „Anwärter“, 1901 Sekretär in der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, dort 1903-20 Direktor der Organisationsabteilung, daneben 1903-05 Studium der Nationalökonomie und des Staatsrechts in Bonn und Freiburg/Br., 1905 Promotion in Freiburg/Br.; 1920-28 Reichsarbeitsminister; 1920-33 Mitglied des RWR (von der Reichsregierung ernannt); 1928-29 kommissarischer Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1933 Übersiedlung nach Lindenberg/Allgäu, Verfahren wegen Betrugsverdachts („Volksvereinsprozess“, 1935 eingestellt), Rückzug aus der Politik.

KStV Novesia Bonn 1886.

Zentrumspolitiker

Z

1911-18 Mitglied des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, ab 1919 Vorstandsmitglied; 1920 Beisitzer im Reichsparteivorstand;

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 20 Köln-Aachen (Z); 1920-24 Reichswahlvorschlag (Z); 1924-32 WK 14 Weser-Ems (Z); 1932-33 Reichswahlvorschlag (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Um 1895 Mitglied im Ehrenrat des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter;

1921-32 Vorstandsmitglied im Volksverein für das katholische Deutschland.

Auszeichnungen

1921 Dr. iur. h.c. in Köln; seit 1978 Heinrich-Brauns-Preis des Bistums Essen.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war in der Weimarer Republik als langjähriger Reichsarbeitsminister eine Schlüsselfigur des Zentrums und dessen Sozialpolitik. Er erlangte früh Bedeutung im sozialen Katholizismus in Deutschland. Bereits als Geistlicher in Krefeld und Borbeck setzte er sich für die sozialen Belange von Textil- und Bergarbeitern ein. 1904-20 betrieb er als Leiter der „Volkswirtschaftlichen Kurse“ für Arbeiter beim Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach soziale Bildungsarbeit. Seit der Jahrhundertwende für das Zentrum aktiv, leitete er als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung den Ausschuss für Volkswirtschaft und zeitweise den Ausschuss für soziale Angelegenheiten, in diesen sowie im Verfassungsausschuss erwarb er sich den Ruf eines hervorragenden Sozialpolitikers, der bedeutenden Anteil an frühen sozialpolitischen Weichenstellungen hatte. Als Ressortchef prägte er 1920-28 das RAM, trug Verantwortung für etwa 120 Gesetze und 300 Verordnungen sozialpolitischen Inhalts und war persönlich beteiligt an grundlegenden Sozialgesetzen der Weimarer Republik. Sozialpolitisch relevante Stationen seiner Karriere nach dem Ausscheiden als Reichsarbeitsminister waren: 1928 stellv., 1930-33 Vorsitzender des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten; 1929-31 Leiter der deutschen Delegation bei der ILO in Genf, 1929 Präsident der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf; 1931 Leiter der von der Regierung Brüning einberufenen Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage („Brauns-Kommission“).

Veröffentlichungen

Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiterschaft in dieser Periode (Diss.), 1906; Die christlichen Gewerkschaften, 1908; Das Betriebsrätegesetz, 1920; Lohnpolitik, 1921; Wirtschaftskrisis und

Sozialpolitik, 1924; Zum Kampf um die Sozialpolitik, 1930; Katholische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Ausgewählte Aufsätze und Reden Heinrich Brauns, 1976.

Quellen

Lilla RWR; Haunfelder Zentrum; Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, 1977; IHG.

Bild

Reichshandbuch.

Brey, Karl August Ludwig Gewerkschafter

* 1.8.1864 in Gelnhausen; † 28.7.1937 in Ronnenberg; ev.; V Andreas B. (1827-85), Stadtdiener; M Eleonore geb. Hartmann; ∞ 1896 Martha Hermine Elise geb. Ritter (1871-1953); K 1 S.

Volksschule in Gelnhausen; 1878-81 Schuhmacherlehre in Frankfurt/M.; 1881-89 Schuhmachergeselle; 1889-94 selbständiger Schuhmachermeister in Hannover; Mitbegründer und 1890-1931 Vorsitzender des Verbandes der Fabrik-, Land- und sonstigen gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Hannover (ab 1908: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands), zugleich bis 1906 Redakteur des Verbandsorgans „Der Proletarier“.

sozialdemokratischer Politiker

SPD

1885 SPD, 1906-[28] Vorsitzender der SPD-Landesorganisation der Provinz Hannover; 1912-13 und 1917-33 Mitglied der zentralen Kontrollkommission der SPD; 1918 Mitglied/Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Hannover; RT 1906-18 WK 8 Hannover (SPD); 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 16 Hannover, Hildesheim (SPD); 1920-24 WK 18 Süd-Hannover-Braunschweig (SPD); 1924-32 WK 16 Südhannover-Braunschweig (SPD); LT 1919 Mitglied der verfassungsgebenden preuß. Landesversammlung (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1908 Mitbegründer des Internationalen Sekretariats der Fabrikarbeitsverbände, ab 1920 Präsident der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeitsverbände (Fabrikarbeiter-Internationale); Mitglied des Beirats der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.

Auszeichnungen

Benennung einer Straße nach B. in Gelnhausen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Unter dem Vorsitz B. entwickelte sich der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu einer einflussreichen Organisation (1922 über 700.000 Mitglieder), die Aktivitäten des Verbandes trugen bei zur Verbesserung des Arbeiterschutzes und führten mit zur Einführung der Entschädigungspflicht bei Berufskrankheiten. B. war 1919-30 Mitglied des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, in dem er auch als Berichterstatter auftrat (Krisen-FürsVO 1926).

Veröffentlichungen

Gegen den staatlichen Gebärzwang: Reden des Reichstagsabgeordneten Genossen August Brey, des Genossen Dr. Silberstein und der Genossin Luise Zietz, 1914.

Quellen

Schröder; Schumacher M.d.R.; Horkenbach; 40 Jahre Kampf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Festschrift zur Erinnerung an die Gründung und den 40jährigen Kampf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, 1930; Wenzel; Hessisches Landesarchiv Neustadt; Stadtarchiv Hannover.

Bild

40 Jahre Kampf, 1930.

Briefs, Götz (Gottfried) Anton Prof. Dr. rer. pol., Dr. h. c. mult.
Nationalökonom

* 1.1.1889 in Eschweiler/Rheinland;
† 16.5.1974 in Parcciano bei Rom; kath.;
V Franz B. (1856-1932), Kaufmann; M

Anna Catharina geb. Vieten (1858-1931);
∞ 1. 1919 Anna Stefanie geb. Weltmann
(1881-1946); 2. 1951 Elinor geb. Castendyk
(1928-74); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Eschweiler; 1908 Studium der Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie in München, Bonn und Freiburg/Br.; 1911 Promotion in Freiburg/Br.; Studienaufenthalte in Frankreich und London; 1913 Habilitation in Freiburg/Br., Privatdozent; da wegen einer Sehschwäche nicht zum Militärdienst zugelassen, 1915 Tätigkeit in verschiedenen kriegswirtschaftlichen Ämtern in Berlin, 1917/18 Verwaltung des Staatswissenschaftlichen Ordinariats der Universität Gießen; 1918 Abteilungsleiter im Demobilisationsamt; 1919 ao. Prof. an der Universität Freiburg/Br.; 1921 etatmäßiger ao. Prof. an der Universität Würzburg, 1922 o. Prof. ebd.; 1923 o. Prof. an der Universität Freiburg/Br.; 1926-34 o. Prof. an der TH Berlin-Charlottenburg; 1934 Emigration in die USA; 1934-37 Gastprofessor an der Catholic University of America, Washington, D. C.; 1937-62 Professor an der Georgetown University, Washington, D. C., 1956 Dekan ebd.; 1962 Emeritierung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1930 Mitglied des Königswinterer Kreises.

Auszeichnungen

1946 Dr. h. c. in Moraga (Kalifornien), 1958 in Mailand, 1959 in München, 1960 in St. Gallen, 1963 in Freiburg/Br. und 1967 in Berlin; 1959 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, 1968 Stern zum Großen Verdienstkreuz; 1968 Festschrift zum 80. Geburtstag.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war einer der Mitbegründer der deutschen Betriebssoziologie, bedeutender Gewerkschaftstheoretiker sowie einer der geistigen Väter der sozialen Marktwirtschaft nach 1948. Er wurde, als in der Anfangsphase der Weimarer Republik verschiedene Rätemodelle diskutiert und erprobt wurden, zum Impulsgeber für die Schaffung eines Betriebsrates, wie er im BetrRG 1920 konstitutiv wurde. 1928 war B. Mitbegründer des Instituts für Betriebssoziologie und so-

ziale Betriebslehre an der Technischen Hochschule in Berlin, er prägte das Wort „Betriebssoziologie“ und regte grundlegende Forschungen an. Für die Lösung sozialer Probleme forderte er den Ausbau der betrieblichen Sozialpolitik als unabdingbar neben der staatlichen Sozialpolitik. Nach dem 2. Weltkrieg begleitete er den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau der Bundesrepublik, die überbetriebliche Mitbestimmung, insbesondere die Institution des Arbeitsdirektors lehnte er als „Betriebsverfremdung“ ab, da sich die Gewerkschaften damit in das gegnerische Lager des Kapitalismus begeben würden.

Veröffentlichungen

Das gewerbliche Proletariat, 1926; Zur Kritik sozialer Grundprinzipien, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1922, S. 1-53, 1923, S. 324-346; Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften 1926, S. 1108-1150; Soziologie des industriellen Betriebs, 1930; Probleme der sozialen Betriebspolitik (Hrsg.), 1930; Betriebsführung und Betriebsleben in der Industrie. Zur Soziologie und Sozialpsychologie des modernen Großbetriebs in der Industrie, 1934; Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, 1952; Das Gewerkschaftsproblem gestern und heute, 1955; Mitherausgeber des Archivs für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie; zu einer bibliographischen Übersicht zum umfangreichen Werk vgl. Broermann/Herder-Dornreich (Hrsg.), Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag, 1968.

Quellen

Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Bd. 25, 2005; Bio. Emig.; Zeitgeschichte LB Bd. 3; Bernsdorf (Hrsg.), Internationales Soziologenlexikon, 1959; Wer ist's?; Reichshandbuch; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften der Mitglieder 1929; Eschweiler Geschichtsverein e. V.

Bild

Reichshandbuch.

Brucker, Ludwig

Krankenkassenfunktionär

* 9.3.1888 in Ettlenschieß/Krs. Ulm; † 3.4.1949 in Buchenwald; ev., später „gottgläu-

big“; V Michael Karl B. (1860-1923), Lehrer; M Cäcilie geb. Eitle (1863-1942); ∞ 1911 Katharina geb. Fügel (1885-); K 2 S, 1 T.

Realgymnasium in Geislingen a. d. Steige; Staatliche Verwaltungsdienstprüfung; Ausbildung im württembergischem Staats- und Gemeindedienst, 1910-11 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1912 Staatsprüfung als württembergischer Staatsbeamter; 1914 Geschäftsführer („Syndikus“) des württembergischen Krankenkassenverbandes; 1914-18 Teilnahme am 1. Weltkrieg; 1919 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaften der württembergischen und der süddeutschen Krankenkassenverbände in Stuttgart; 1922-25 Tätigkeit in der württembergischen Industrie; 1925-33 Direktor des Bundes Deutscher Krankenkassenbeamten und -angestellten; 1933 Abteilungsleiter in der Politischen Organisation der NSDAP, ab März 1933-34 Beauftragter des Reichsarbeitsministers zur Führung des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen (Reichskommissar); Mai 1933 stellv. Führer des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter; 1934 Leiter des Amtes für Sozialversicherung in der DAF, nach Konflikt mit Robert Ley Verlust aller Parteiämter, fortan Fachschriftsteller auf dem Gebiet der Sozialversicherung; 1936/37 Verfahren vor dem Obersten Parteigericht der NSDAP wegen angeblicher Ausnutzung seiner Stellung bei der „Arisierung“ des Tietz-Konzerns; 1945 Verhaftung durch sowjetische Truppen, Internierung in Landsberg/W. und Buchenwald.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

DNVP; 1925 DVFB; 1929 NSDAP; RDB; NSV; RLB.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Württembergische silberne und goldene Militärverdienstmedaille.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war in der Weimarer Republik ein führender Vertreter der nationalen („rechten“) Krankenkassenbewegung, als solcher war er – neben seiner Verbandstätigkeit – auch schriftstellerisch und lehrend tätig. Als ei-

ner der wenigen Sozialversicherungsexperten innerhalb der NSDAP – 1930 fungierte er als Leiter des Sozialpolitischen Ausschusses im Gau Berlin, 1931 als Leiter des Ausschusses für Sozialpolitik in der Reichsleitung der NSBO – übernahm er 1933 leitende Funktionen in der DAF und wurde „Reichskommissar“ für den Reichsverband der Ortskrankenkassen, dessen sozialdemokratisch-gewerkschaftliches Führungspersonal entlassen worden war. Infolge seiner Parteinahme für die NSBO verlor er nach deren Ausschaltung innerhalb der DAF Ämter und Einfluss.

Zu Beginn der NS-Zeit war B. in folgenden Funktionen aktiv: 1933 Leiter des Ausschusses für die Reform der Sozialversicherung sowie Mitglied des Ausschusses für Versorgungsrecht der Akademie für Deutsches Recht; Mitglied des Sachverständigenbeirats für Volksgesundheit im Stab des Stellvertreters des Führers; Mitglied des Reichsgesundheitsrats; Beisitzer des Reichsarbeitsgerichts; Beauftragter der NSBO für die Reichsbetriebsgemeinschaften.

Veröffentlichungen

Die deutsche Krankenversicherung (mit Schraeder u. Schulte), 1931-33; Die kommende Sozialpolitik im Dritten Reich, 1933; Arbeitsschutz im neuen Reich, 1933; Die deutsche Sozialversicherung am Scheidewege, 1933; Sozialpolitik im neuen Staat (mit Schuhmann), 1934; Die Sozialversicherung nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung (Hrsg.), 1928-40; Hrsg. der Zeitschrift „Zentralblatt für Reichsversicherung und Reichsversorgung“ (mit Schuhmann), 1933.

Quellen

DFL; Schwoch; Tennstedt Soziale Selbstverwaltung; Wer ist's?; BArch (R 3001 / 102160; R 9361 I / 394; RK I 57); Archiv Gedenkstätte Buchenwald; Bürgermeisteramt Lonsee.

Bild

DFL.

Bühler, Theodor Josef Dr. rer. pol.

Redakteur, Funktionär der Deutschen Arbeitsfront

* 5.3.1904 in Feldkirch (Vorarlberg);
† 1945 (vermisst); kath.; ab 1909 ev.; V

Theodor B. (1875-1959), Kaufmann; M Ida geb. Madlener (1876-1933); ∞ 1. Elsa Antonie Elfriede geb. Diwald (1910-), 2. Anna *Hanna* Clara geb. Jäckel (1905-); K 2 S, 1 T.

Oberrealschule Kempten (Bayern); zunächst kaufmännische Ausbildung in einer elektrotechnischen Fabrik, dann Volontär in einer Baumwollweberei; Technikum für Textilindustrie in Reutlingen, danach zwei Jahre Angestellter im Rohbaumwollhandel; 1919 Freikorps Schwaben, 1921/22 Zeitfreiwilliger bei der Reichswehr in Stuttgart; Studium der Staatswissenschaften in Tübingen, Innsbruck und Hamburg; 1924 Promotion; 1925 Redaktionsvolontär bei der Textil-Zeitung; 1927 verantwortlicher Redakteur der Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin, freier Mitarbeiter der sozialpolitischen Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung; 1933 Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin; 1935 Gründungsmitglied des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF, darin zunächst Übernahme der Schriftleitung und des Archivs, 1936 Leiter der Forschungsstelle des Instituts, 1937 wissenschaftlicher Generalreferent, u. a. zuständig für die Rekrutierung wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1940-45 stellv. Leiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1924 Österreichische Großdeutsche Volkspartei; 1932 NSDAP; NSFK; NS-Dozentenbund; DAF; NSV; NSRB; RLB; Reichskulturkammer; DRK.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. war Mitgründer und leitender Mitarbeiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, das die Funktion einer sozialwissenschaftlichen Denkfabrik [Forschungsinstitut] übernahm. Er fasste 1940-42 dessen sozialplanerische Strategie und die „völkische“ Ausrichtung der NS-Sozialpolitik in zwei Buchveröffentlichungen zusammen.

Veröffentlichungen

Deutsche Sozialwirtschaft. Ein Überblick über die sozialen Aufgaben der Volkswirtschaft, 1940; Von der Utopie zum Sozialstaat, 1942;

Hauptschriftleiter der Monatshefte für NS-Sozialpolitik; seit 1932 auch Mitarbeiter der NS-Zeitschrift „Der Angriff“ für den Bereich Wirtschafts- und Handelspolitik.

Quellen

Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, 1993; BArch R 9361 I / 422; Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 303 Nr. 240; EMK; Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen, DAF 1.6.1.2. Bd. 2.; Vorarlberger Landesarchiv Bregenz.

Bumm, Franz Johann Dr. iur., Dr. med. h.c.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes

* 7.3.1861 in Würzburg; † 13.8.1942 in Berlin-Charlottenburg; kath.; V Kaspar B. (1813-85), Taubstummenlehrer; M Barbara geb. Gutbrod (1824-98); ∞ 1895 Camilla geb. Engelhard; K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Würzburg; 1879-83 Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg; Referendar; 1888 Bezirksamtsassessor in Lohr; 1890 Assessor im bayer. Staatsministerium des Innern; 1892 kommissarischer Hilfsarbeiter, 1894 Regierungsrat, 1897 Geh. Regierungsrat, 1902 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für gesundheitspolizeiliche Fragen und Angelegenheiten der Volksgesundheit); 1905-26 als Wirklicher Geh. Oberregierungsrat Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes (ab 1918: „Reichsgesundheitsamt“), zugleich Präsident des Reichsgesundheitsrates; 1926 Ruhestand.

1880 Burschenschaft Adelpia Würzburg.

Auszeichnungen

1907 Ehrendoktor der Medizin an der Universität Würzburg; 1909 Ehrendoktor der Medizin und Chirurgie an der Universität Leipzig; 1912 Ehrendoktor der Tierheilkunde an der Tierärztlichen Hochschule Berlin; 1926 Ehrenbürger der Tierärztlichen Hochschule in Hannover; 1930 Mitglied des Ehrenpräsidiums der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden;

Inhaber von in- und ausländischen Orden, u. a. des Verdienstordens des Heiligen Michael 2. Klasse und des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes I. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

B. wirkte maßgeblich auf Reichsebene für Rechtsgrundlagen und Institutionen zur Sicherung der Volksgesundheit. Er war Referent für das Reichsseuchengesetz von 1900, das zur Grundlage der Seuchenbekämpfung im Deutschen Reich wurde. 1905 wurde er Mitglied des Präsidiums des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, dessen Vorsitzender er von 1920-26 war. 1909 und 1910 vertrat er das Deutsche Reich auf den internationalen Tuberkulosekongressen in Stockholm und Brüssel, 1912 und 1913 leitete er die internationalen Tuberkulosekonferenzen in Rom und Berlin. Während des 1. Weltkriegs befasste B. sich neben der Bekämpfung der unter der Zivilbevölkerung stark zunehmenden Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten mit Fragen der Säuglingssterblichkeit und des Mutter-schutzes (angesichts gestiegener Frauenerwerbsarbeit): Er wurde Mitbegründer und 1918-26 Vorsitzender des Verwaltungsrats der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kindersterblichkeit („Kaiserin Auguste Viktoria Haus“), 1909-26 war er einer der Vorsitzenden, ab 1918 erster Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz (ab 1920: „Säuglings- und Kleinkinderschutz“). Nach 1918 beteiligte B. sich an der Entstehung des einzigen sozialhygienischen Reichsgesetzes der Weimarer Republik, des GeschlechtsKHG 1927. Weitere von ihm übernommene Funktionen waren: Vorsitzender des Vereins für Volkshygiene; Leitung des Deutschen Zentralkomitees für Zahnpflege in den Schulen und des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege; Präsidiumsmitglied des Deutschen Roten Kreuzes; 1910-27 Vorsitzender des Deutschen Zentralverbandes für Rettungswesen; Vertreter der Reichsregierung bei der Internationalen Vereinigung für das Rettungswesen; 1908 Leiter des ersten internationalen Kongresses für Rettungswesen in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluss des Weltkrieges, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie, Bd. 1 u. 2 (Hrsg.), 1928.

Quellen

Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1, 2005; Stürzbecher, Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Gesundheitspflege. Die Behördenchefs des Reichsgesundheitsamtes in Berlin 1876-1945, in: Der Bär von Berlin, Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins 1976, S. 209-256; Bundesgesundheitsamt (Hrsg.), 100 Jahre Forschung für die Gesundheit, 1976; Reichsgesundheitsblatt 1941, 173 ff.; Stadtarchiv Würzburg; Diözesanarchiv Bistum Würzburg; Diözesanarchiv Berlin.

Bild

Stürzbecher 1976, S. 243.

Caspari, Johann (auch Hans, ab 1951 John) Dr. iur.

Kommunalpolitiker, Funktionär der Arbeiterwohlfahrt

* 10.2.1888 in Berlin; † 26.11.1984 in San Francisco (USA); jüd./1918 diss.; V Siegbert C. (1848-1928), Kaufmann; M Wanda geb. Silbermann (1857-88); ∞ 1. 1915 Frieda geb. Lemke (1890-1974), 1938 gesch., 2. 1944 Elizabeth geb. Haberl (1899-1968), 3. 1969 Elisabeth geb. Moses (1904-), 1970 gesch.; K 2 T.

Gymnasium in Berlin; 1906-09 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Berlin; ab 1910 Tätigkeit als juristischer Repetitor; 1915 kurzzeitig Kriegsteilnehmer; 1916 Promotion in Greifswald; 1915-18 Hilfsarbeiter am Vormundschaftsamt Berlin, zuletzt stellv. Behördenleiter; 1918 Vorsitzender des Arbeiterrats der Berliner Stadtbediensteten; 1919-20 Direktor des Jugendamtes (Berlin-)Neukölln, 1920 Stadtrat in Brandenburg a. d. Havel und Leiter des neu errichteten Wohlfahrtsamtes, daneben kommissarischer Hilfsarbeiter im Reichsministerium des Innern zur Vorbereitung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes; 1921-22

zugleich Zweiter Bürgermeister und Steuerdezernent der Stadt Brandenburg; 1922-33 Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen in Meseritz; 1933 Entlassung aufgrund des BBG, Flucht ins Saargebiet; 1933-34 Aufenthalt in Paris; 1934-38 Deutschlandsachverständiger tschechoslowakischer Regierungsstellen in Prag; 1937 Ausbürgerung; 1938 Flucht nach Paris und bis 1939 Mitarbeiter bei Radio Straßburg, 1940-41 Vertreter der Sopade im Landesausschuss Frankreich der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften; 1941 Emigration nach New York, erwerbslos; 1942-43 Fabrikarbeiter; 1943-46 Mitarbeiter des Nachrichtendienstes des US-Kriegsministeriums (Office of Strategic Services) und im US-Außenministerium; 1947-53 Assistant Prof. für Deutsch an der Howard University in Washington D.C.; lebte bis zu seinem Tod in San Francisco.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1916 SPD; 1926-28 stellvertretendes, 1928-33 ordentliches Mitglied im Preussischen Staatsrat; Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Auszeichnungen

1969 Marie-Juchacz-Plakette der AWO.

Sozialpolitische Aktivitäten

C. war ein sozialdemokratischer Sozialpolitiker, der in der freien Wohlfahrtspflege und der kommunalen Selbstverwaltung reichsweiten Einfluss ausübte. 1919 war er Gründungsmitglied der AWO und ein enger Mitarbeiter von Marie Juchacz, er wurde Mitglied des Beirats und des geschäftsführenden Ausschusses des AWO-Hauptausschusses. C. wirkte bis 1926 aktiv in den Grundsatzdiskussionen der AWO-Spitze sowie wesentlich an der programmatischen Formulierung der AWO-Richtlinien von 1920 mit. Viel beachtet wurden seine Grundsatzreferate über die Zielvorstellungen anstehender Sozialreformen auf der dritten Reichsfrauenkonferenz der SPD 1920 in Kassel und der ersten AWO-Reichskonferenz 1921 in Görlitz. 1925 war er Vorsitzender der AWO-Fachkommission „Organisation der Wohlfahrtspflege bei den Selbstverwaltungskörpern“.

Als Kommunalpolitiker war er beteiligt an den Vorarbeiten zum RJWG 1922. Frühe Aufmerksamkeit erlangte er durch einen 1917 publizierten Beitrag über „die Not der unehelichen Kinder“, 1920 erarbeitete er für das Reichsinnenministerium einen Entwurf zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, 1921 war er Mitglied der u. a. vom DV initiierten Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichswohlfahrtsgesetzes. Als Landeshauptmann begründete er Einrichtungen der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege in der Provinz Posen-Westpreußen. 1927 wurde er Verwaltungsratsmitglied der RfAVAV.

Veröffentlichungen

Die Not der unehelichen Kinder, in: Die Grenzboten 1917, S. 219-224.

Quellen

Lilla, Der preußische Staatsrat 1921-1933, 2005; DBE, 2. Ausg.; Niedrig, Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945, 2003; Bio. Emig.; ProtPrStM; LBI; Stadtarchiv Brandenburg an der Havel.

Bild

Märkische Allgemeine Zeitung vom 5.5.1994.

Caspary, Eugen

Bildhauer, Funktionär der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

* 22.10.1863 in Berlin; † 7.2.1931 ebd.; jüd.; V Carl C. (1830-89), Bildhauer; M Sara geb. Behrendt (1837-1901); ∞ Martha *Mathilde* geb. Daus (1869- nach 1947); K 1 S.

Ausbildung und Tätigkeit als Bildhauer; 1917 Mitbegründer der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (ZWSt), 1917 Vorsitzender des Verwaltungs- ab 1918 auch des Arbeitsausschusses der ZWSt; ab 1925 Mitglied des Direktoriums der Sonderabteilung „Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise“.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1891 Mitglied der Montefiore-Loge des Unabhängigen Ordens B'nai B'rith in Ber-

lin; 1924 beratendes Mitglied des Vorstandes der jüdischen Gemeinde Berlin.

Auszeichnungen

Ehrengrab auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee.

Sozialpolitische Aktivitäten

C. gilt durch seine Tätigkeit für die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (ZWSt) als Gestalter der jüdischen Wohlfahrtsarbeit Deutschlands. Er war Repräsentant der modernen jüdischen Wohlfahrtspflege, die durch ein Netz von Fürsorgestellten planmäßig organisierte soziale und sozialpolitische Arbeit mittels einer Dachorganisation (ZWSt) und Fachverbänden leistete. Seit 1890 setzte sich C. für die Arbeitsbeschaffung für entlassene jüdische Strafgefangene ein, 1893 wurde er ehrenamtlicher Leiter des Wohlfahrts- und Jugendamtes der jüdischen Gemeinde Berlin, von hier aus begann er seine auf übergemeindliche Wohlfahrtspflege gerichtete Tätigkeit, die ihren fachlichen Schwerpunkt im Arbeitsnachweiswesen hatte.

In den 1920er-Jahren engagierte er sich für den Aufbau einer Freiwilligenorganisation (Küchen, Kinderhorte und -gärten, Jugendheime, Lehrwerkstätten; Arbeitsstuben; Darlehenskassen) sowie für die konsequente Dezentralisierung und Konzentration auf Spezialgebiete (Stiftungswesen, Waisenkommission, Sammelvormundschaft). C. war zudem im Wohlfahrtswesen der Logen tätig, er engagierte sich in der Berliner Loge des B'nai B'rith für Arbeitsnachweise, Ferienkolonien und Vereinslazarette. Er kooperierte mit den beiden konfessionellen Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Caritasverband und dem Central-Ausschuss für die Innere Mission, in der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege. In der jüdischen Wohlfahrtspflege bekleidete er eine Reihe von Ämtern und Funktionen: 1921 Vorstandsmitglied des Arbeiterfürsorgeamtes der Jüdischen Organisationen Deutschlands; 1926-31 Mitglied im Wohlfahrtsausschuss des 1922 gegründeten Preuß. Landesverbandes jüdischer Gemeinden; Mitglied des Kuratoriums für die Fürsorgeerziehung des 1869 gegründeten Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes;

ferner war er Vorsitzender des Verbandes für jüdische Wohlfahrtspflege; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Arbeitsnachweise; Vorstandsmitglied der Jüdischen Darlehenskasse GmbH Berlin; Vorstandsmitglied der Sozialen Krankenhausfürsorge der jüdischen Gemeinde Berlin.

Veröffentlichungen

Ab 1921 Mitherausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „ZEDAKAH“, Mitteilungen der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (später: Zeitschrift der jüdischen Wohlfahrtspflege); 1927-29 Mitherausgeber der Zeitschrift „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge“; Verfasser zahlreicher Aufsätze zu Fragen der jüdischen Wohlfahrtspflege.

Quellen

Hennings, Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, 2007; Hering, ZEDAKA, Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit. 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917-1992, 1992; Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland, 1959; Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise 1931, S. 104-114; Landesarchiv Berlin (A Pr. Br. Rep. 005A Nr. 6851; P Rep. 570 Nr. 1195, 1591 Nr. 213); Centrum Judaicum Archiv, Berlin; Jüdische Gemeinde zu Berlin, Kultusverwaltung.

Bild

Hering, S. 124.

Chajes, Benno Prof. Dr. med.
Arzt, Sozialhygieniker

* 14.11.1880 in Danzig; † 3.10.1938 in Ascona/Schweiz; jüd.; V Wolf Ch. (1845-1901), Kaufmann; M Emma geb. Braff (1846-1932); ∞ 1. 1904 Käte (*Kitty*) geb. Schattner (1882-1925); 2. 1927 Flora geb. Rosenbund (1898-1942); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Danzig; 1898-1903 Studium der Medizin in Berlin und Freiburg/Br.; 1903 Promotion in Freiburg/Br. und Niederlassung als Privatarzt in Berlin, später auch Kassenarzt; 1903-04 Assistentenarzt an der Medizinischen Klinik der

Charité in Berlin, 1904-07 in der Privatklinik von Alfred Blaschko in Berlin, 1907 im Hôpital St. Louis in Paris, 1908 in der Urologischen Klinik von Hans Goldschmidt in Berlin; 1911 Niederlassung als Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten und Urologie in Schöneberg; 1906-21 Armenarzt der Stadt Schöneberg, Vertrauensarzt verschiedener Lebensversicherungs-Gesellschaften; 1915-33 Theaterarzt am Deutschen Theater; 1915-18 Kriegsteilnehmer, Bataillonsarzt, 1916 Lazarettarzt; ab 1919 ordentlicher Dozent für Gewerbehygiene an der TH Charlottenburg, 1930 Honorarprof.; 1932-33 beamteter ao. Prof. für Soziale Hygiene an der Universität Berlin (Nachfolger von A. Grotjahn); 1933 Entlassung aufgrund des BBG, Emigration nach Palästina; 1933 Auftragsarbeiten im dortigen Gesundheitssystem; 1934 Eröffnung einer Privatpraxis in Tel Aviv; Gründung der privaten Krankenversicherung „Shiloah“; 1934/35 Mitbegründer des privaten Krankenhauses „Assutha“; Ch. verstarb auf einer Europa-Reise in der Schweiz.

sozialdemokratischer Politiker

SPD

LT 1928-33 Preußen (SPD);

K 1915-20 Stadtverordneter in Schöneberg (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Seit Gründung 1913 Mitglied im Verein sozialistischer Ärzte, 1924 dessen stellv. Vorsitzender, ab 1926 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte; 1915 Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, dort in unterschiedlichen Arbeits- und Fachausschüssen aktiv; Mitglied der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; 1918 leitend im Arbeiter- und Soldatenrat Frankfurt/Oder tätig, 1918-19 Vorsitzender der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte der Regierungsbezirke in der Provinz Brandenburg; nach 1920 Dozent an der Sozialhygienischen Akademie in Charlottenburg; 1922 Mitglied des Korrespondierenden Ausschusses für Gewerbehygiene des Internationalen Arbeitsamtes in Genf; 1923-27 Mitglied im Vorstand der „Salus“ gemeinnützige Krankenhauskosten-Versicherungs-

AG, 1927-33 Mitglied im Aufsichtsrat ebd.; 1935 Gründungsmitglied und Leiter des Zentralausschusses für Gewerbe- und Sozialhygiene des jüdischen Gewerkschaftsbundes Histraduth.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Ch. war einer der wenigen parlamentarisch tätigen Gesundheitspolitiker der SPD in der Weimarer Republik. In Fragen der Gewerbehygiene beriet er diverse Gewerkschaftsorganisationen. Bei der Novellierung der Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten von 1929 (BerufsKHOVONov) trat er als Sachverständiger auf, er förderte Krankenkassen-Ambulatorien, die von ihm als bedeutsame Einrichtungen des Ausbaus sozialhygienischer Aufgabenfelder betrachtet wurden. Im Preuß. Landtag übernahm er – Schwiegersohn von Eduard Bernstein (Stieftochter) – in der SPD-Fraktion den Schwerpunkt Gesundheitswesen und wurde Mitglied des zweiten Ständigen Ausschusses für Bevölkerungspolitik sowie des Ausschusses für Leibesübungen. 1928 wurde er Mitglied des Reichsgesundheitsrates und 1930 des Preußischen Landesgesundheitsrates.

Veröffentlichungen

Grundriss der Berufskunde und Berufshygiene, 1919; Kompendium der sozialen Hygiene, 1921; Der Achtstudententag (mit Wachenheim u. Schweitzer), 1926; 1910-11 Redakteur der Rubrik „Hygiene“ in der Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte“; 1919-23 Herausgeber und Redakteur der „Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge- und Krankenhauswesen“; Mitherausgeber des „Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“; 1924-31 Mitbegründer und Redakteur der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“; 1931-33 in der Schriftleitung der Zeitschrift „Soziale Medizin“; Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Medizin“ unter dem Namen Benno Chajot in der Zeit in Palästina; Verfasser zahlreicher medizinischer, sozial- und gewerbehygienischer Schriften (Bibliographie in Weder 2000).

Quellen

Weder, Sozialhygiene und pragmatische Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik am

Beispiel des Sozial- und Gewerbehygienikers Benno Chajes (1880-1938), 2000; Schröder; Labisch/Tennstedt.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 390.

Classen, Kurt Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 28.2.1888 in Aachen; † 18.6.1961 in Bonn-Beuel; kath.; V *Martin* Hubert C. (1846-1926), Tuchfabrikant; M *Maria* Adelheid Wilhelmine geb. Schauseil (1864-1922); ∞ 1923 *Carola* Franziska Katharina geb. Schründer (1900-84); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Aachen; 1907 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br. und Bonn; 1911 Promotion in Rostock, bis 1920 Gerichtsreferendar in Eupen, Aachen und Köln; 1911-12 einjährig-freiwilliger Militärdienst, 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1920 Gerichtsassessor, Beschäftigung bei der Regierung in Köln; 1921 ständiger Hilfsarbeiter im RAM, 1922 Regierungsrat, 1929 Oberregierungsrat, 1931-45 Ministerialrat (Referent für Arbeitsrecht und Arbeitsverhältnisse im Bergbau), 1942/43 als Leiter der Unterabteilung „Fragen der allgemeinen Sozialpolitik, Heimarbeit, Arbeitsverhältnisse des Bergbaues und der Bauwirtschaft, Arbeitsverhältnisse der Ausländer im Reich“ dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet; 1945 interniert in Hessisch-Lichtenau und Neumünster; 1946 Referent in der Abteilung „Arbeits- und Sozialrecht, Lohnordnung, Arbeitsgerichtsbarkeit und Arbeiterschutz“ im Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone in Lemgo; 1949 als Vertreter Nordrhein-Westfalens zur Verwaltung für Arbeit in Frankfurt/M. abgeordnet; 1950 Ministerialdirigent im Bundesarbeitsministerium, Leiter der Unterabteilung „Arbeitsrecht“; 1953 Ruhestand.

Corps Rhenania Freiburg 1907

Corps Guestphalia Bonn 1908.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 RDB, NSV, RLB, NSOG; NSFK (förderndes Mitglied); SA-Reserve (korpor-

rativ als Mitglied des Regimentsvereins 1. Garde-Feldartillerie-Regiment [1919]. Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie IV („Mitläufer“), 1948 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse, 1917 Eisernes Kreuz 1. Klasse; 1918 Bayer. Militärverdienstkreuz 4. Klasse mit Schwertern; Ehrenkreuz für Frontkämpfer; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1953 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

C. war von 1921-53 Referent für arbeitsrechtliche Fragen auf zentraler Ebene der Ministerialbürokratie. Er begann als Experte für die Arbeitsverhältnisse im Bergbau, in der Weimarer Republik legte er 1929 als Ergänzung zum geplanten allgemeinen Arbeitsschutzgesetz (nicht umgesetzt) einen umfassenden Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes vor, das vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise nicht mehr verabschiedet wurde. Als Abteilungsleiter stand er ab 1942 für fachliche Angelegenheiten dem GBA Fritz Sauckel zur Verfügung.

Veröffentlichungen

Zum Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes, in: RArbBl 1929, S. 127-129; Neues deutsches Arbeitsrecht, in: Jahrbuch für Sozialpolitik 1937, S. 41-56.

Quellen

BArch (R 3001 / 53521; Z 40 / 6, fol. 35; Z 40 / 44, fol. 54); WAST; Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 980 Nr. 1207; Stadtarchiv Aachen; Stadtarchiv Münster; GVP RAM.

Conti, Leonardo Ambrogio Giorgio Giovanni Dr. med.
Arzt, Reichsgesundheitsführer

* 24.8.1900 in Lugano (Schweiz); † 6.10.1945 in Nürnberg; ev., 1943 „gottgläubig“; V Silvio Francesco C. (1872-1964), Poststellenleiter; M Nanna geb. Pauli (1881-1951), 1933-45 Reichshebammenführerin;

∞ 1925 *Elfriede* Luise Gertrud Marie geb. Freiin von Meerscheidt-Hüllessem (1902-2002); K 1 S, 3 T.

1902 nach der Scheidung der Eltern Umzug mit der Mutter nach Deutschland; 1912 Gymnasium in Berlin; 1915 deutsche Staatsbürgerschaft; 1918 Notabitur, Militärdienst in Küstrin; 1919-23 Studium der Medizin in Berlin und Erlangen; 1924 Promotion in Berlin; 1925 Approbation in München, Volontärarzt an mehreren Berliner Kinderkrankenhäusern (keine Anstellung als Assistenzarzt wegen seiner völkischen Gesinnung), Niederlassung als praktischer Arzt und Kinderarzt in Berlin (ohne Kassenzulassung); 1927 Fortbildung an der Sozialhygienischen Akademie Berlin-Charlottenburg, 1927-30 Assistenzarzt in der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge-stelle Berlin-Tiergarten, vertretungsweise Tätigkeiten als Fürsorgearzt; 1929 Sportarztlehrgang; 1932 Zulassung als Kassenarzt; 1933 Staatskommissar zur besonderen Verwendung im preuß. Ministerium des Innern („Säuberung des Gesundheitswesens“ – Entfernung jüdischer und oppositioneller Ärzte), danach Ministerialrat in der Medizinalabteilung (Referent für ärztliches Standeswesen, Hebammenwesen, Approbation), 1934 Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern (Referent für Jugend und Sport); 1936-39 Stadtmedizinalrat und Leiter des Berliner Hauptgesundheitsamtes, Beigeordneter; 1939 Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit mit dem Titel „Reichsgesundheitsführer der NSDAP“ und Reichsärztführer, zugleich Staatssekretär für Gesundheitswesen und Volkspflege sowie kommissarischer Leiter der Abteilung Volksgesundheit im Reichsministerium des Innern; Anfang 1945 nach längerer Lehrtätigkeit an der Staatsakademie des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Berlin-Charlottenburg Ernennung zum Honorarprofessor; 1945 Verhaftung durch alliierte Truppen, Suizid im Militärgefängnis Nürnberg.

nationalsozialistischer Politiker
1919 DNVP; 1922 DVFP; 1927 NSDAP; 1924-26 Ortsgruppenführer der DVFP in Berlin; 1939 Reichsdienstleiter in der Reichsleitung der NSDAP; RDB; RLB;

1923 kurzzeitig SA-Mitglied, 1927-30 SA-Arzt in Berlin, Organisator des SA-Sanitätswesens, SA-Oberarzt Ost; 1930 SS-Oberarzt bzw. Gruppenarzt Ost, 1933 SS-Standartenführer, 1935 SS-Oberführer zur besonderen Verwendung beim Reichsführer SS, 1936 SS-Brigadeführer, 1941 SS-Gruppenführer; 1944 SS-Obergruppenführer im Stab des Reichsführers SS;
RT 1941-45 Land Österreich (NSDAP)
LT 1932-33 Pr.LT (NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der Deutschen Finkenschaft in Berlin (nicht inkorporierte völkisch-nationale Studenten); 1918 Mitbegründer und Schriftführer des antisemitischen „Deutschen Volksbundes“; 1919-20 Mitglied in der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, 1921-23 Mitglied der Freikorps Brigade Erhardt bzw. Organisation Consul, 1923 Mitglied im Bund Wiking; 1934 preuß. Staatsrat; Mitglied der Arbeitskammer Berlin; Beisitzer des Ehren- und Disziplinargerichtshofes der DAF in Berlin; 1936 Leiter des ärztlichen und Sanitätsdienstes der Olympiade in Berlin und Kiel; 1937 Präsident der Fédération Internationale de Médecine du Sport; 1939-45 Mitglied des Präsidiums bzw. des Präsidialrates des Reichsforschungsrates; 1939 Vorstandsvorsitzender des Vereins Deutsches Hygiene-Museum Dresden; 1940 Vorsitzender des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.

Auszeichnungen

1936 Olympia Ehrenzeichen 1. Klasse; 1937 Ehrenzeichen 1. Klasse des DRK; Goldenes Parteiabzeichen der NSDAP; Ehrenzeichen für deutsche Volkspflege; Finnischer Orden des Freiheitskreuzes; Großkreuz des Ordens der Krone von Italien; 1941 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

C. war informell maßgeblich (mit seiner Mutter) am Hebammengesetz 1938 beteiligt. 1939 vereinigte er als „Reichsgesundheitsführer“ staatliche wie parteiamtliche Funktionen: Neben seiner führenden Position im Reichsministerium des Innern lei-

tete er das NSDAP-Hauptamt für Volksgesundheit, zugleich trat er an die Spitze der Reichsärztekammer, des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands. C. geriet zunehmend in (selbst)blockierende Auseinandersetzungen über Zuständigkeiten in der „Gesundheitsführung des deutschen Volkes“, so mit dem Leiter der NSV, Erich Hilgenfeldt, als auch mit dem Leiter der DAF, Robert Ley, der Pläne für ein „Gesundheitswerk des Deutschen Volkes“ verfolgte. Einfluss büßte er ein, als der Beigeleitarzt Hitlers und Mitorganisator der NS-„Euthanasie“, Karl Brandt, 1942 zum Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen ernannt wurde und somit auch das Militärgesundheitswesen koordinierte. In der Frage der „Euthanasie“ trat C. u. a. wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen relativ zurückhaltend auf, gleichwohl war er mittelbar über seine Spitzenposition im staatlichen Gesundheitswesen in die Krankenmorde verstrickt, die vom Reichsministerium des Innern (Herbert Linden) koordiniert wurden. Verantwortung trug er für Fleckfieberimpfstoff-Humanversuche an KZ-Häftlingen. Weitere Stationen seiner Karriere waren: 1928 Kolonnenarzt beim DRK; 1929 Mitbegründer des NSD-Ärztbundes; 1930 Gründer des Gaus Berlin des NSD-Ärztbundes; 1931 Mitglied der Ärztekammer Berlin; 1932 Mitglied des preuß. Landgesundheitsrates; 1934 NSDAP-Gauamtsleiter für Volksgesundheit und Gauobmann des NSD-Ärztbundes in Berlin; 1939 Mitglied des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik.

Veröffentlichungen

Rasse, Volk und Staat, 1934; Grundzüge nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik, 1935; Der Gesundheitsdienst bei den XI. Olympischen Spielen in Berlin und den IV. Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen 1936, 1938; Säuglings- und Kindersterblichkeit seit 1933, 1939; Gesundheitsführung, Volksschicksal, 1942; Gesundheitspflicht und Geschlechtskrankheit, 1944.

Quellen

Peters, Nanna Conti (1881-1951), 2014 (Diss.); Henke (Hrsg.), Tödliche Medizin im Nationalsozialismus, 2008; Schwoch; DFL; Lilla Statisten; Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg, 2003;

Labisch/Tennstedt 1985; BArch (PK B 203, SSO 131); Bürgeramt Bielefeld.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 393.

Cuntz, Richard Hermann *Heinrich* Dr. iur. Krankenkassenfunktionär

* 13.7.1873 in Stettin; † 19.6.1950 in Gmund am Tegernsee; ev. (franz.-reformiert); V Heinrich *Hermann* Julius C. (1827-93), Kaufmann und Industrieller; M Marie Luise geb. de la Barre (1842-1919); ∞ 1909 Marie Luise Helene geb. Körte (1883-1968); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Stettin; 1891-93 Studium der Architektur in Hannover und Charlottenburg; 1893-96 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Bonn und Heidelberg; 1896 Gerichtsreferendar in Stettin, Promotion in Greifswald; 1901 Gerichtsassessor in Stettin, Studienaufenthalte in Italien und Frankreich; 1901-02 Vertretung von Rechtsanwälten, unbesoldete Tätigkeit beim Magistrat in Stettin, kommissarische Tätigkeit als Gerichtsassessor; 1902 Studienaufenthalt in England; 1903-05 Regierungsassessor bei der Regierung in Münster (zweites Mitglied des Bezirksausschusses, Justitiar); 1905-09 Hilfsarbeiter in der Etatsabteilung des preuß. Finanzministeriums; 1909-14 Regierungsrat beim Oberpräsidium in Potsdam (Referent für landwirtschaftliche Angelegenheiten und für die Volksschulunterhaltung, später Kommunalreferent für Angelegenheiten der Stadt Berlin); 1914-18 Leiter der Zivilabteilung beim Oberkommando in den Marken (Berlin), 1916 zugleich Hilfsarbeiter im preuß. Ministerium des Innern; 1918 Geh. Regierungsrat im preuß. Ministerium des Innern (Referent für Kriegshinterbliebenenfürsorge sowie Verwaltungsreferent und Justitiar der Medizinalabteilung); 1919 Eintritt in die Fa. Friedrich Krupp AG in Essen, 1920-39 als stellv. Vorstandsmitglied zuständig für sozialpolitische Angelegenheiten der Fa. Krupp (u. a. für das Büro für Arbeiterangelegenheiten, die Betriebskrankenkassen,

Krankenanstalten, Gewerbeaufsicht und Unfallverhütung); 1939 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände; stellv. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie; Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; 1936-38 Beiratsmitglied der Reichsgruppe Industrie; Beiratsmitglied der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie in Berlin; Mitglied des Wirtschaftsrates der Deutschen Akademie in München; Mitglied der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Essen; Mitglied des Arbeitskreises für den Vierjahresplan beim Verein Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf; Mitglied des Industrie-Clubs e.V. in Düsseldorf; Mitglied des Ausschusses des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen in Düsseldorf.

Auszeichnungen

1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weißen Bande; Ehrenzeichen des Roten Kreuzes 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

C. wechselte nach langjähriger beruflicher Tätigkeit in der preußischen Staatsverwaltung, in der er erste sozialpolitische Erfahrungen sammelte, in die Privatwirtschaft zur Fa. Friedrich Krupp in Essen. Hier wirkte er nicht allein im engeren Bereich der betrieblichen Sozialpolitik – 1926-39 war er Vorstandsvorsitzender bzw. ab 1933 Leiter der Betriebskrankenkasse der Krupp AG. 1926 wurde er Vorstandsvorsitzender des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen und 1933-45 im Rahmen der sogenannten Gleichschaltung dessen Leiter, zugleich war er Beauftragter des Reichsarbeitsministeriums für den Verband. Ferner wirkte er als Vorsitzender des Verbandes rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen. 1922 übernahm er den Vorsitz der Sektion I der Hütten- und Walzwerk Berufsgenossenschaft, 1938-45 war er Leiter der Genossenschaft. Zudem war er Leiter der Landesorganisation Rheinland-West-

falen des Reichsverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften in Köln-Ehrenfeld. Durch eine ausgedehnte Verbandstätigkeit wurde er auch überregional tätig, vor allem im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung.

Darüber hinaus wirkte C. in zahlreichen Sozialorganisationen, nicht nur der Industrie. Nach 1933 war er in der Reichsgruppe Industrie Vorsitzender des Ausschusses für Qualitätsarbeiterfragen sowie Mitglied des Sozialwirtschaftlichen Arbeitsausschusses (hier Vorsitzender des Unterausschusses für Sozialversicherung – vergleichbare Funktionen auch in der Bezirksgruppe Nordwest der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie in Düsseldorf), Mitglied des Ausschusses für betriebliche Pensions- und Unterstützungseinrichtungen sowie Mitglied des Arbeitskreises für die Gesundheitsführung in den Betrieben; ferner Kuratoriumsmitglied der Wohlfahrtskasse der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf; stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Berufsausbildung bei der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer in Berlin; Beiratsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz in Frankfurt/M.; Beiratsmitglied der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf (hier Mitglied des Ausschusses für Krankenversicherung); Mitglied des Gesamtvorstandes des rheinischen Mutterhauses vom Roten Kreuz in Essen.

Veröffentlichungen

Die Betriebskrankenkasse in der Sozialordnung (mit Weddigen), 1939; Ziel, Wesen und Bedeutung der berufsordnenden Arbeiten der Reichsgruppe Industrie, 1940.

Quellen

Keßler, Zur Geschichte des Managements bei Krupp. Von den Unternehmensanfängen bis zur Auflösung der Fried. Krupp AG (1811-1943), 1995; Tennstedt Soziale Selbstverwaltung; DFL; BKK 1933, Sp. 347; Reichshandbuch; Landesarchiv Berlin (P Rep. 551 Nr. 272; P Rep. 551 Nr. 55); Stadtarchiv Essen; Historisches Archiv Krupp.

Bild

Reichshandbuch.

Dersch, Rudolf *Hermann* Dr. iur., Dr. rer. pol. h. c.

Ministerialbeamter, Professor

* 19.3.1883 in Offenbach/M.; † 14.6.1961 in Berlin; ev.; V Georg *Otto* D. (1848-1927), Geh. Schulrat; M Katharina Gottfriede Karoline *Josefine* geb. Siebert (1849- nach 1936); ∞ 1919 Else geb. Scheinert (1896-1977); K 1 S.

Gymnasium in Darmstadt; 1901 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Gießen; 1904 Referendar in Darmstadt; 1906 Promotion in Gießen; 1907 Gerichtsassessor; 1908 Rechtsanwalt in Groß-Gerau; 1909-11 stellv. Amtsrichter in Offenbach/M. und Darmstadt; 1911 kommissarischer Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt; 1912 Hilfsarbeiter, 1913-19 Regierungsrat bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte; 1914/15 Ersatzwehrdienst in Frankfurt/O., Hilfsrichter beim Kriegsgericht; 1919 Regierungsrat im RAM, Leiter der Unterabteilung „Neugestaltung des Arbeitsrechts“; 1920 Ministerialrat (Referent für Schlichtungsfragen, dann für Angestelltenversicherung); 1923 Senatspräsident im Reichsversicherungsamt, Vorsitzender des Senats für Angestelltenversicherung, 1927 Vorsitzender des Senats für die Arbeitslosenversicherung, 1929 Direktor der Abteilung für Angestellten-, Knappschafts- und Arbeitslosenversicherung; 1929 zugleich ao., 1931 o. Prof. für Arbeitsrecht und Sozialversicherung an der Universität Berlin, nebenamtlich weiterhin Direktor im Reichsversicherungsamt; Dozent an der Handelshochschule und der Verwaltungsakademie Berlin; 1937 nach dem BBG („jüdischer Mischling 2. Grades“) Entzug der Lehrbefugnis als Professor und Versetzung in den Ruhestand, danach wieder hauptamtlich im Reichsversicherungsamt tätig; 1945-47 Treuhänder des Reichsversicherungsamtes, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, der Reichsknappschaft und der Gemeinschaftsstelle der Landesversicherungsanstalten; 1945 zugleich erneute Lehrtätigkeit, 1946 o. Prof. für Arbeitsrecht sowie Direktor des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Berlin, 1947-49 Rektor der Universität, 1949 Dekan der Juristischen Fakultät; 1946-49 Präsident

des Landesarbeitsgerichts Berlin; 1951 Ruhestand; 1954 Lehrtätigkeit an der Universität Köln.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Mitglied des Wissenschaftlichen Senats beim Ministerium für Volksbildung der SBZ/DDR; Mitglied des Ausschusses des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes e.V.

Auszeichnungen

1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1934 Dr. rer. pol. h. c. in Tübingen; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1961 Ehrenmitglied des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes.

Sozialpolitische Aktivitäten

D. war in der sozialpolitischen Praxis und Forschung der Weimarer Republik ein Fachmann für arbeitsrechtliche Schlichtung und Angestelltenversicherung. Er veröffentlichte maßgebliche Beiträge zur Entwicklung und Fortentwicklung des kollektiven Arbeitsrechts [in der Weimarer Republik] und zum Angestelltenversicherungsrecht, nach 1945 auch zur Arbeitsgerichtsbarkeit. Im RAM war D. 1920 Verfasser des Entwurfs der Schlichtungsverordnung (SchlichtWVO 1923), beteiligt war er zudem am RentUntG 1921 und an der VfA/RVONov 1922. 1934 war er Vorsitzender des Arbeitsrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht. Seine wissenschaftliche Tätigkeit musste D. 1937 aufgeben, gleichwohl hat er in seiner Lehre vom Arbeitsrecht Grundlagen der NS-Weltanschauung übernommen: Das Arbeitsverhältnis wurde auf eine herrschaftlich strukturierte Betriebsverfassung bezogen, Arbeitnehmer sollten gemeinschaftsbestimmt funktionalisiert werden können.

Veröffentlichungen

Die versicherungspflichtigen Berufsgruppen des Versicherungsgesetzes für Angestellte unter Berücksichtigung der Rechtsübung, 1913; Gesetz über Betriebsräte [Betriebsrätegesetz] nebst Wahlordnung, 1920; Die neue Schlichtungsverordnung, 1924; Die neue Reichsversicherungsordnung, 1925-26; Das neue Angestellten-Versicherungsgesetz nebst allen Ausführungsbestimmungen, 1926-27; Die Rechtsprechung

des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht 1926-29 (mit Flatow, Hueck und Nipperdey); Kommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz, 1927; Die Sozialversicherung, 1927; Reichsversicherungsordnung mit Ausführungsbestimmungen und Nebengesetzen, 1931; Arbeitsrecht, Neubearbeitung des Lehrbuchs von Walter Kaskel, 1932; Kommentar zum Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, 1934; Sozialversicherungsrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1949; Grundriss der Rentenversicherung, 1951/52; Kommentar zum Urlaubsrecht, 1954; Bundesurlaubsgesetz, 1964; Mitherausgeber und Mitbegründer der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ (mit Sitzler, Kaskel und Syrup); Schriftleiter der Zeitschrift „Staat und Selbstverwaltung“, Mitbegründer der Zeitschrift „Recht der Arbeit“.

Quellen

Becker; Juristen im Portrait, 1988; Eberl/Marcon; Recht der Arbeit 1961, S. 333; OKK 1961, S. 314; Reichshandbuch; Wer ist's; BArch (R 3901 / 102276; R 89 Nr. 2002-2004); Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, UA, UK Personalialia D. 53, Bd. 1-4; GVP RAM.

Bild

Eberl/Marcon, S. 767.

Dormann, Hans (Johannes) Julius Theodor Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 22.1.1892 in Kassel; † 2.1.1960 in Berlin-Wilmersdorf; ev.; V Carl Julius D. (1858-1901), Arzt; M Aurelie Agnes geb. Rosenthal (1871-95); ledig.

1901-10 Gymnasium in Kassel; 1910-13 Studium der Rechtswissenschaften in Lausanne, München, Leipzig und Marburg; 1913 Gerichtsreferendar, Promotion; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1921 Gerichts-assessor; 1922-24 Referent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; 1923 Amts- und Landrichter; 1925-27 Referent beim Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzes; 1927 Hilfsarbeiter, 1928 Regierungsrat und ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes, 1932 Oberregierungsrat; 1933 Wechsel ins RAM, 1936 Ministerialrat (Referent für internationale Beziehun-

gen und Verträge auf dem Gebiet der Sozialversicherung, nach Kriegsbeginn zudem für die Sozialversicherung in von Deutschland annektierten Gebieten); 1945 Internierung in Berlin-Lichterfelde; 1946 Senatsrat in Berlin, Referent für Sozialversicherung, im selben Jahr Abteilungsleiter in der Landesversicherungsanstalt Berlin; 1959 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

NSRB; RDB; NSV; RLB; NSOG; Deutscher Luftsportverband.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Verwundetenabzeichen in Schwarz; Ehrenkreuz für Frontkämpfer.

Sozialpolitische Aktivitäten

D. galt in der NS-Zeit als Fachmann des RAM für internationale Abkommen bzw. Verträge, an deren Aushandlung er beteiligt war. 1953 wirkte er mit bei der Auflösung bzw. Umwandlung der Sozialversicherungsanstalt Berlin sowie bei der Wiedererrichtung der gegliederten Sozialversicherung in Berlin.

Veröffentlichungen

Die elterliche Gewalt der Mutter, Diss. 1914; Das neue Berliner Sozialversicherungsrecht, in: OKK 1950, S. 421; Die freiwillige Höherversicherung in den gesetzlichen Rentenversicherungen, in: Soziale Arbeit 1954, S. 433; Das Bundesversicherungsamtgesetz, in: Soziale Arbeit 1956, S. 295.

Quellen

BKK 1960, S. 58; Soziale Arbeit 1960, S. 77 f.; AdP; WAST; Stadtarchiv Kassel; GVP RAM.

Dünner, Julia (Juliane) Bernardine Caroline Dr. sc. pol.
Ministerialbeamtin

* 9.10.1883 in Köln-Mülheim; † 30.5.1959 in Koblenz; kath.; V Johann Hubert D. (1833-1916), Hefegroßhändler; M Christina Maria geb. Herberg (1841-1905); ledig.

Lyzeum in Köln-Mülheim; dreijährige berufspraktische Weiterbildung in einem

Mädchenpensionat in den Niederlanden sowie auf einem Rittergut im Rheinland; 1906-12 ehrenamtliche Tätigkeiten in der Jugendpflege, Berufsberatung und Heimarbeiterinnenfürsorge; 1912-13 Besuch der Katholischen Sozialen Frauenschule in München, 1913-16 der Handelshochschule Köln; 1915 Diplom für Sozialbeamte (Fürsorgerin), 1916 für Kommunalbeamte; 1916 Studium der Staatswissenschaften in Tübingen, 1917 Promotion in Tübingen; 1918-20 Dezernentin für die staatsbürgerliche Schulung der Frauenwelt bei der Zentrale des katholischen Frauenbundes in Köln, 1918-19 zugleich Dozentin für Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege an der Handelshochschule bzw. (1919) der Universität Köln; 1920 Hilfsreferentin, 1921 Regierungs-, 1924 Oberregierungs-, 1927 Ministerialrätin in der Abteilung „Soziale Fürsorge“ bzw. „Wohlfahrtspflege“ des RAM (zunächst Referentin für Kriegswaisenfürsorge, danach wesentlich für Fragen der Freien Wohlfahrtspflege und deren Organisationen); 1933 nach § 5 BBG Versetzung in die Planstelle eines Regierungsrates beim Versorgungsamt Koblenz [unter Beibehaltung der Amtsbezeichnung und des Dienstekommens]; 1945 vorzeitiger Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen; 1945-48 Ruhestandsbeamtin bei der Regierung in Koblenz; 1949 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1921 u. 1932/33 Z; 1946 CDP/CDU
1933 RDB, RLB; 1934 NS-Opfergemeinschaft und NSV; 1937 Reichskolonialbund.
1947 Vorsitzende des Koblenzer CDU-Bezirksfrauenbeirats; 1953-57 ehrenamtliches Mitglied des Landesverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz.

Auszeichnungen

Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 2. Klasse; Pro Ecclesia et Pontifice.

Sozialpolitische Aktivitäten

D. beeinflusste die im Rahmen der RFV 1924 vorgenommene Neugestaltung des Verhältnisses zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege positiv zugunsten der freien Wohlfahrtspflege, nicht zuletzt durch die Ausgestaltung der Subventionie-

rung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege durch das RAM. D. war – auf Vorschlag von Heinrich Brauns berufen – die „Verbindungsfrau“ des zentrumsgeführten RAM zum Deutschen Caritasverband. Sie wirkte mit bei der Schaffung der Liga der freien Wohlfahrtsverbände, zentral eingebunden war sie in die Gestaltung folgender Gesetze: RJWG 1922; RFV 1924; RGr 1924; MutterschG 1927.

Veröffentlichungen

Der deutsche Arbeitsnachweis im Kriege bis zum Erlass des Hilfsdienstgesetzes, Diss. 1918; Reichsfürsorgerecht, 1925; Die soziale Wohlfahrtsrente (mit Schott), 1927; Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege (Hrsg.), 2. Aufl. 1929.

Quellen

Rheinland-Pfälzerinnen, bearb. v. H. Brüchert, 2001; Maier; Sachße/Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland Bd. 2, 1988; Eberl/Marcon; Die christliche Frau 1959, S. 108-110; BArch R 3901 / 102493; GVP RAM.

Durst, Karl Friedrich Ministerialbeamter

* 29.9.1892 in Neumarkt i. d. Oberpfalz;
† 3.1.1949 in München; kath.; V *Karl* Friedrich D. (1864-1948), Gaswerksdirektor; M Josefine geb. Hetzinger (1865-1950); ∞ 1921 *Lydia* Erna geb. Kornege, Architektin (1896- um 1982); K 1 T.

Gymnasialbesuch; 1911-14 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; 1914-18 Kriegsteilnehmer, danach im Freikorps Epp; 1919 Fortführung des Studiums in Erlangen und München; 1919-21 Referendar in der Justizverwaltung; 1922 Assessorexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst; 1922-23 Regierungsrat und Wohnungsreferent bei der Kreisregierung Oberbayern; 1923-28 Bezirksamtmann in Tirschenreuth; 1928 Wechsel ins RAM, 1929 Oberregierungsrat (Referent für allgemeine Fragen des Wohnungswesens, Geldbeschaffung für den Wohnungsbau); 1931 Leiter der Unterabteilung „Wohnungswesen“ (ab 1932 zugleich „Vorstädtische Kleinsiedlung“), 1932 Ministerialrat; 1935 Präsident des Landesar-

beitsamtes Bayern (Nachfolge Kerschensteiner), 1939 Rückkehr ins RAM, als Ministerialdirektor Leitung der Hauptabteilung „Wohnungs- und Siedlungswesen und Städtebau“, nach Verlagerung von Kompetenzen des RAM an den Reichswohnungskommissar Robert Ley ab 1942 Leiter der Hauptabteilung „Städtebau und Baupolizei“ im RAM; 1945 Verhaftung durch US-amerikanische Truppen, während der Internierung in Hessisch-Lichtenau und Berlin-Lichterfelde Begutachtung von Gesetzentwürfen und Berichten insbes. der britischen Besatzungszone; 1948/49 Gutachter bei der Obersten Baubehörde im bayer. Staatsministerium des Innern.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP; 1933 RDB; 1936 NSV.
Im Entnazifizierungsverfahren 1948 zunächst in Kategorie IV („Mitläufer“), dann in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1943 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

D. gilt als eine der führenden Persönlichkeiten des deutschen gemeinnützigen Wohnungsbaues. Seine Bestrebungen zielten auf eine differenzierte, den Bedürfnissen unterer Einkommensschichten angepasste Wohnungsbauförderung. Während der Krisen- und Kriegszeit wie auch während des Nationalsozialismus hatte D. eine zentrale Funktion in der Wohnungspolitik des Reiches: Nachdem er den sozialen Wohnungsbau in Tirschenreuth organisiert hatte, der reichsweit Beachtung fand, wurde er 1928 Generalreferent für das städtische Wohnungswesen im RAM. Hier übernahm D. zahlreiche Funktionen im Wohnungsbauwesen: 1930-35 Reichskommissar für die Deutsche Bau- und Bodenbank AG (erneut 1939) sowie für die Deutsche Wohnstätten-Hypothekbank AG in Berlin; Mitglied im Aufsichtsrat mehrerer gemeinnütziger bauwirtschaftlicher Gesellschaften, u. a. 1931 der Deutschen Baurevision Revisions- und Treuhand AG für die Bauwirtschaft Berlin sowie der Deutschen Bau- und Bodenbank AG in Berlin; 1933 Mitglied des Verwal-

tungsrats der Preußischen Landespfandbriefanstalt (1939 Vorsitzender); 1940 Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Landesrentenbank Berlin.

Nach einem Zerwürfnis mit der NSDAP-Leitung und der DAF um die Zuständigkeit für das Wohnungs- und Siedlungswesen erfolgte seine Abberufung. Er wechselte in die Arbeitsverwaltung und übernahm die Leitung des Landesarbeitsamtes Bayern. Hier geriet er erneut in Konflikte mit Parteistellen. Ins RAM zurückberufen, verlor er 1942 Kompetenzen an den Reichswohnungskommissar Robert Ley bzw. die DAF, die von ihm schließlich geleitete Abteilung „Städtebau und Baupolizei“ war die einzige noch im RAM verbliebene Wohnungsabteilung, die allerdings keine reichsrechtlich geregelten Fragen bearbeitete.

Veröffentlichungen

Wohnungsnot und Wohnungsbau in kleinen Gemeinden. Schriften des Bayer. Landesvereins z. Förderung d. Wohnungswesens, 1928.

Quellen

Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine, 1995; Staatsarchiv München SpkA K 321: Durst, Karl; Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MInn 64181; Staatsarchiv Amberg, Regierung Oberpfalz, Abg. 1949 ff. 26248; Stadtarchiv München; Stadtarchiv Rottweil; Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg; GVP RAM.

Ebel, Coelestin Friedrich Georg *Martin*
Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 22.8.1891 in Schakuhnen/Krs. Heydekrug (Ostprien); † 3.9.1945 im „Speziallager“ Nr. 7 Weesow; ev.; V Hermann Coelestin E. (1869- nach 1926), Pfarrer; ∞ 1928 Ida Maria Margarete geb. Huuk (1898-1947); K 2 (Stiefkinder).

Gymnasium in Königsberg (Ostprien); 1909 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br., München, Berlin und Königsberg; 1912-16 Gerichtsreferendar in Labiau, Tilsit, Berlin und Königsberg; 1913 Promotion in Greifswald; 1916-18 Kriegsteilnehmer, Militärhilfsrichter; 1917 Assessorprüfung, Kriegsgerichtsrat; 1919

Gerichtsassessor in Labiau, dann Hilfsarbeiter im RAM, 1920 Regierungsassessor und Regierungsrat, 1924 Oberregierungsrat, 1927-42 Ministerialrat (Referent für Mieterschutz und Wohnungsmangel, Wohnungszwangswirtschaft, allg. Fragen des Wohnungswesens), 1935 Leiter der Unterabteilung „Wohnungswesen“; 1942 (nach Verlagerung von Kompetenzen des RAM) Tätigkeit beim Reichswohnungskommissar Robert Ley; 1943 als a.o. Mitglied des Reichsverwaltungsgerichts im Reichskriegsschädenamt tätig; 1945 zunächst Internierung im „Speziallager“ Nr. 3 Hohen Schönhausen, dann ins „Speziallager“ Nr. 7 Weesow/Sachsenhausen verlegt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP; NSV; RDB; RLB; 1942 Kameradschaftliche Vereinigung der Offiziere der Wehrersatz-Inspektion Berlin e.V.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. war nach der Währungsstabilisierung und dem Fortfall der Zwangsbewirtschaftung des Wohnraums neben Otto Glauf der entscheidende Fachmann für die Mieterschutzgesetzgebung, als Referent beteiligt war er an folgenden Gesetzen: MietSchG 1923; WohnmangG 1923; RMietG 1922 u. 1926; RMietGNov 1928; RMietenAbG 1936. Zu E. Referat im RAM gehörte für längere Zeit die Beobachtung der Wohnungsgesetzgebung im Ausland, zudem war er Sonderreferent für Belgien und Luxemburg.

Veröffentlichungen

Reichsmietengesetz und die preußische Ausführungsverordnung (mit Lilienthal), 1922; Das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter (mit Büchler), 1923; Wohnungsbau der Nachkriegszeit in Deutschland (Hrsg., mit Schmidt), 1927; Mietsenkung, Kündigung, Lockerung der Zwangswirtschaft nach der 4. Not-VO (mit Lilienthal), 1932; Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz, 1936; Die Mietzinsregelung im Vierjahresplan, 1938; Mietzinsregelung und Preisstopverordnung (mit Lilienthal), 1936; Der Mieterschutz im Kriege, 1939; Kriegssachschäden des Hausbesitzes, 1944.

Quellen

BArch (PK B 425; R 1501 / 205934; R 3001 / 54734; R 9361 I / 608); Landesarchiv Berlin (B Rep. 021; P Rep. 555 Nr. 108; P Rep. 721 Nr. 1914); EMK; Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Oranienburg; GVP RAM.

Eckert, Christian Laurenz Maria Prof. Dr. iur. utr., Dr. phil., Dr. rer. pol. h. c., Dr. med. h. c.
Nationalökonom

* 16.3.1874 in Mainz; † 27.6.1952 in Köln; kath.; V Christoph E. (1847-1910), Großkaufmann; M Anna Maria geb. Müller (1851-1938); ∞ 1. 1903 Emmy geb. Kyll (1881-1942); 2. 1925 Hilde geb. Moldenhauer (1904-41) (Tochter von Paul M.); 3. 1943 Anna Maria geb. Schnellling (1909-95); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Mainz; 1893-98 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Nationalökonomie, Philosophie und Kunstgeschichte in München, Berlin und Gießen; 1896 Referendar; 1897 Promotion Dr. iur. utr. in Gießen; 1898 Promotion Dr. phil. in Berlin; 1900 Gerichtsassessor in Darmstadt; 1901 Habilitation in Berlin; 1901 hauptamtlicher Dozent für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Handelshochschule in Köln, dort 1902 Prof., seit 1904 Studiendirektor; 1904-19 im Nebenamt ao. Prof. für Nationalökonomie an der Universität Bonn; ab 1912 Studiendirektor der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung in Köln; 1917 Geh. Regierungsrat; 1918 Gouverneur von Köln; 1919 Gründungsrektor und o. Prof. für Wirtschaftliche Staatswissenschaften der Universität Köln; 1920-33 zugleich geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums der Universität Köln; 1933 Entlassung, Versetzung in den Ruhestand; bis 1945 in der Wirtschaft tätig, 1936-49 Aufsichtsratsvorsitzender der Lederwerke Cornelius Heyl AG in Worms; 1945 formelle Wiedereinsetzung als o. Prof. der Universität Köln, zugleich Emeritierung; 1946-49 Oberbürgermeister der Stadt Worms, 1946 Gastprofessor (Volkswirtschaftslehre) an der Universität Mainz; 1949 Vizepräsident

der Akademie der Wissenschaften in Mainz, Vorsitzender der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1927-29 Vorsitzender der Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer; 1909-16 Mitglied der Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform in Preußen.

Auszeichnungen

1922 Dr. rer. pol. h. c. in Köln; 1926 Ehrenbürger der Universität Köln; 1949 Dr. med. h. c. in Köln; 1949 Ehrensenator der Universität Mainz; 1949 Festschrift zum 75. Geburtstag; 1952 Ehrensenator der Universität Köln, Ehrenmitglied des Vereins für Sozialpolitik.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. förderte als Ökonom die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik, im Verein für Sozialpolitik war er seit 1907 Mitglied, 1928-32 dessen Vorsitzender. 1947/48 hatte er wesentlichen Anteil an der Wiedererrichtung des 1936 von den Nationalsozialisten aufgelösten Vereins für Sozialpolitik.

E. war eine führende Persönlichkeit auf dem Gebiet der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung. Seine Forschungen umfassten nahezu alle Gebiete der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft. Er war maßgeblich beim Auf- und Ausbau des Kölner Hochschulwesens beteiligt und setzte sich seit 1910 für dessen Ausbau zu einer neuzeitlichen Universität ein. Zusammen mit Konrad Adenauer als Oberbürgermeister war E. im Jahr 1919 maßgebender Initiator und Mitbegründer der Universität Köln, im Jahr 1946 Mitbegründer der Universität Mainz. 1906 war E. an der Gründung der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung beteiligt.

Veröffentlichungen

Die städtische Handelshochschule in Köln, 1904; Das Studium der Nationalökonomie an Hochschulen, 1907; Die Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung, 1914; Kölner Universitäten. Denkschrift, 1919; Die neue Universität, 1921; Mitherausgeber der Kölner Vierteljahrshefte für Sozialwissenschaften, der Köl-

ner sozialpolitischen Vierteljahrsschrift, der Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie; Schriftenverzeichnis in: Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz 1952, S. 131-135.

Quellen

Henning (Hrsg.), Kölner Volkswirte und Sozialwissenschaftler, 1988; Internationales Soziologenlexikon Bd. 1, 1980; NDB; Napp-Zinn/Oppenheim (Hrsg.), Kultur und Wissenschaft im rheinischen Raum: Festschrift zu Ehren des Herrn Geheimen Regierungsrates Christian Eckert, 1949; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften der Mitglieder, 1929; StA Köln.

Bild

Henning 1988, S. 3.

Eckert, Josef

Ministerialbeamter

* 31.10.1889 in München; † 28.6.1970 in Oberau/Berchtesgaden; kath.; V Peter E. (1856-1921), Polizeibote; M Magdalena geb. Selch (1857- nach 1919); ∞ 1. 1913 Friederike Cäcilie geb. Eser (1887-1957); 2. 1962 Ursula Margarethe geb. Heinrich (1919-95).

1905 Eintritt bei der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft (mittlere Verwaltungslaufbahn); 1912 Assistent; 1914 Sekretär, daneben Selbststudium; 1920 Hilfsreferent im RAM (Abt. Sozialversicherung), 1925 Regierungsrat, 1929 Oberregierungsrat (Referent für das Reichsknappschaftsgesetz), 1929 als Sozialattaché in mehrere skandinavischen Auslandsvertretungen entsandt, fortan zugleich Sonderreferent für die nordischen Länder; 1941 nach wiederholter Ablehnung der NSDAP-Parteizentrale Beförderung zum Ministerialrat (Referent für die Renten- und Krankenversicherung der Bergleute); 1943-45 in der Ausweichstelle des RAM Züllichau tätig, 1945 in Rothenburg o.d.T.; 1945-46 in US-amerikanischer Internierung in Hammelburg; 1947 ehrenamtlicher Leiter der Abteilung „Sozialversicherung und Kriegsbeschädigtenfürsorge“ des bay-

er. Arbeitsministeriums; 1949-54 Ministerialdirektor der Abteilung „Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung“ im Bundesministerium für Arbeit; 1954 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

BVP; Z

1934 NSV, RDB und RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 als „nicht betroffen“ eingestuft.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. war einer der wenigen Ministerialbeamten, denen der Aufstieg von der mittleren in die höhere Beamtenlaufbahn gelang, er zeichnete sich durch Detailkenntnisse der zunehmend ausgebauten, verzweigten und veränderten Sozialversicherungsmaterie aus. Zeugnis seiner akribischen Tätigkeit geben die von ihm betreuten, umfassend annotierten Loseblattsammlungen aus der Reichsversicherung, die auch die nachgesetzlichen Rechtsquellen („Verwaltungsmaterialien“ ohne Rechtsprechung) erschließen. Beteiligt war E. an der Vorbereitung zahlreicher Gesetze und Novellen, insbesondere der Knappschaftsgesetzgebung: KrankVersGNov 1923; RKG 1923; UnfVersGNov 1925; RKGNov 1926; InvVersAusbG 1925; InvVersBeitrG 1928; AVGNov 1929; NotVO 1930; ErhaltG 1933; AusbauG 1937; RKGNov 1942. Bis 1933 wirkte er an Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes sowie an Staatsverträgen über Sozialversicherungsfragen mit. E. widersetzte sich in der NS-Zeit (mit Zschimmer und Sauerborn) den auf die Sozialversicherung zielenden Vereinnahmungsbestrebungen der DAF und der Reichsgesundheitsführung.

Nach 1945 trat E. als Streiter für die Bewahrung der klassischen Sozialversicherung bzw. deren Wiederaufbau auf. 1946-48 war er Vertreter Bayerns im Sozialpolitischen Ausschuss des Länderrates in Stuttgart, 1947 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung. 1949-53 war er an zahlreichen Gesetzen und Verordnungen zur Sozialversicherung sowie am Abschluss zwischenstaatlicher Übereinkommen beteiligt und wirkte als engagierter Vorkämpfer für die Wiederherstellung des traditionel-

len Institutionengefüges (z.B. Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Wiederherstellung der Sozialgerichtsbarkeit), entwickelte jedoch keinen Bezug zu Programm und Gestaltung der „großen Sozialreform“ der 50er Jahre und schied „mit einer gewissen Verbitterung“ auf eigenen Wunsch aus dem Bundesdienst aus (Hockerts). 1955 wurde er Vorsitzender des Bundesausschusses für Ärzte und Krankenkassen.

Veröffentlichungen

Die Krankenversicherung in neuester Fassung (Hrsg.) (mit Hermann), 1921; Reichsversicherungsordnung nach dem neuesten Stande mit allen Ausführungsvorschriften, 1925; Wegweiser zum neuen Reichsknappschaftsgesetz 1926; Reichsknappschaftsgesetz in der neuen amtlichen Fassung (mit Heimann), 1926; Handbuch der Reichsversicherung, 1926; Die geschichtliche Entstehung der deutschen Sozialversicherung, 1927; Erläuterungen der Notverordnung zur Sozialversicherung vom 26. Juli 1930 (mit Griener u. Sauerborn), 1930; Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 (mit Gase u. Olscher), 1931; Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Versicherung (mit Wankelmuth u. Dobbernack), 1933; Die Reichsversicherungsgesetze in jeweils neuestem Stande (mit Engel), 1935-43; Die Sozialversicherung im Dritten Reich (mit Engel), 1937; Schuldig oder entlastet?, 1948; Die Sozialversicherungsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland in jeweils geltender Fassung (mit Sauerborn), 1956; Mit herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „Die Reichsversicherung. Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung“, 1927-1939.

Quellen

Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland, 1980; BArbBl. 1954, S. 648; Die Ersatzkasse 1954, S. 219; BArch B 149 / 1; Staatsarchiv Amberg, Spruchkammer TIR, Meldebögen Nr. E 127; WAsT; Stadtarchiv München; StA Berchtesgaden; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-34.

Ehler, Margarete
Ministerialbeamtin

* 23.6.1886 in Kleefeld (Krs. Braunsberg, Ostpreußen); † 2.12.1962 in Berlin; kath.

Volksschule in Berlin; 1900 Handelsschule in Berlin, danach kaufmännische Tätigkeit (Lohnbuchhaltung); 1904 Fabrikpflegerin in einer Dampfwäscherei in Berlin-Schöneberg; 1913 Aufbau und Leiterin der Frauenabteilung des städtischen Arbeitsamtes Berlin-Schöneberg, 1914 Leiterin dieses Arbeitsamtes, daneben Gasthörerin an der Handelshochschule und bei anderen sozialpolitischen Vorlesungen; 1920 Regierungsrätin im Reichsamt für Arbeitsvermittlung (Referentin für weibliches Arbeitsnachweiseswesen), 1922 Leiterin der Unterabteilung Arbeitsvermittlung; 1923 Oberregierungsrätin; 1927 Direktorin der Abteilung Arbeitsvermittlung und Berufsberatung in der RfAVAV; 1933 nach § 5 BBG Herabstufung zur Oberregierungsrätin, nach (ergebnisloser) Durchsuchung ihres Dienstzimmers durch die Gestapo sowie nach Intervention der Deutschen Arbeitsfront gegen ihre Weiterbeschäftigung auf eigenen Antrag in den dauernden Ruhestand versetzt; Tätigkeit in der freien katholischen Sozialarbeit in Berlin, u. a. Ausbau der Bahnhofsmision; 1946-48 Stadträtin, 1947 auch Leiterin der Abteilung „Sozialwesen“ im Magistrat von Groß-Berlin.

Z; 1945 Mitbegründerin der CDU

K 1919-25 Berliner Stadtverordnete (Z); 1946-48 Stadträtin für Sozialwesen, zugleich bis 1948 im Magistrat von Groß-Berlin; 1952-58 Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin (CDU).

Auszeichnungen

1956 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. war im RAM führend (neben Syrup, Weigert und Lehfeldt) am Aufbau und an der Durchführung der öffentlichen, reichsweiten Arbeitsvermittlung beteiligt und galt als Autorität auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises. Die Begründung zum ArbNachweisG 1922 stammte von ihr, im RAM arbeitete sie ab 1922 wiederholt nebenamtlich an Gesetzesentwürfen über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung, die letztlich in das AVAVG von 1927 einmündeten. 1929 war sie Mitglied der Sachverständigenkommission der Reichs-

regierung für Fragen der Arbeitslosenversicherung (Ausarbeitung von Reformvorschlägen), bis 1933 nahm sie wiederholt an Sitzungen der ILO in Genf teil.

E. war zudem eine der führenden Persönlichkeiten der christlich-sozialen (katholischen) Frauenbewegung: 1916 Mitglied des Zentralvorstands des Vereins katholischer Sozialbeamtinnen; 1917 Vorsitzende für den Bereich Wohnungs- und Verkehrswesen der Frauenarbeitszentrale beim Stab des Kriegsamtes in Berlin, Kuratoriumsmitglied und Dozentin der Sozialen Frauenschule des Katholischen Frauenbundes in Berlin; 1928-33 Mitglied des Frauenberufsamtes des Bundes Deutscher Frauenvereine; 1933 Leiterin des Katholischen Mädchenschutzvereins in Berlin; 1934 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Katholischen Frauenbundes und Leiterin der sozialen Arbeit (Caritas) des Frauenbundes; im 2. Weltkrieg Aufbau eines Fürsorgedienstes für oberschlesische Wanderarbeiterinnen sowie dienstverpflichtete katholische Mädchen.

1947 als Leiterin der Abteilung Sozialwesen Koordination von Hilfsleistungen und Reorganisation der öffentlichen Fürsorge in Berlin; Leitung des Sozialpolitischen Ausschusses der CDU; Aufbau und Verwaltung des Frauenbundeshauses in Berlin; 1950 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege in Berlin.

Veröffentlichungen

Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 (mit Lehfeldt), 1922; Die Ausführungsvorschriften zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erläutert (mit Weigert), 1928; 1927-29 Mitherausgeberin der Kommentare zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Änderungsvorschriften; zahlreiche Aufsätze und Beiträge zum Thema Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie zu frauenpolitischen Themen; Schriftleiterin des Reichsarbeitsmarktanzeigers; nach 1945 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Arbeit“.

Quellen

Verein aktives Museum; Maier; Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbundes; BArch R 3901/100171.

Bild

Verein aktives Museum, S. 178.

Elsas, Fritz Julius Dr. rer. pol.
Kommunalpolitiker

* 11.7.1890 in Cannstadt; † 18.1.1945 KZ Sachsenhausen; jüd., später ev.; V Julius E. (1856-1930), Textilindustrieller; M Bertha geb. Lindauer (1864-97); ∞ 1915 Marie Sophie Friederike geb. Scholl (1886-1968); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Cannstadt; 1908-12 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Berlin und Tübingen, 1912 Promotion in Tübingen, anschließend Privatgelehrter; 1913 kurzzeitig Militärdienst, als dienstuntauglich entlassen; 1914 stellv. Syndikus der Handelskammer Stuttgart, 1915 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, Leiter des Mehlhauptamtes (später: Städtisches Lebensmittelamt) sowie weiterer Kommunalabteilungen bei der Stadt Stuttgart; 1919 städtischer Rechtsrat, 1925 Leiter des Personalamtes in Stuttgart; 1926-31 Vizepräsident und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen und Preuß. Städtetages in Berlin; 1931-33 Zweiter Bürgermeister von Berlin, zugleich stellv. Bevollmächtigter der Stadt Berlin zum Reichsrat; 1933 aufgrund des BBG in den Ruhestand versetzt; ab 1933 Wirtschafts-, Devisen- und Auswanderungsberater in Berlin; 1937 mehrere Monate Untersuchungshaft; 1944 Verhaftung durch die Gestapo wegen Verbindungen zu Widerstandskreisen (Unterstützung Carl Goerdelaers), Ende Dezember 1944 Überführung ins KZ Sachsenhausen, dort im Januar 1945 erschossen; Sippenhaft für die Familie und Einziehung des Nachlasses.

liberaler Politiker

1918-26 DDP/1931-33 DSStP
LT 1924-26 Württemberg (DDP) (Mitglied im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände; ab 1926 Mitglied des Aufsichtsrates der Preuß. Landespfandbriefanstalt, der Deutschen Bau- und Bodenbank-Aktien-Gesellschaft, der Wohnstätten-Hypothekenbank und der Kommunalen Treuhand-Revisionsbank; 1931-33 Mit-

glied im RWR (Vertreter der Verbraucherschafft).

Auszeichnungen

1946 Fritz-Elsas-Straße in Stuttgart; 1954 Fritz-Elsas-Straße in Berlin-Schöneberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. entwickelte im 1. Weltkrieg in Stuttgart eine vorbildliche Organisation der Lebensmittelversorgung, neben seinen kommunalen Ämtern fungierte er als Geschäftsführer der Nahrungsmittelversorgung Stuttgart, als stellv. Leiter der städtischen Preisprüfstelle zur Überwachung des Einzelhandels und als nebenamtlicher Leiter für Verbrauchsregelung und Handelsfragen bei der Reichsverteilungsstelle. In der Weimarer Republik wurde er als herausragender Experte der kommunalen Wirtschafts- und Sozialpolitik bekannt. Als Mitglied des Verwaltungsrates des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung (1922) bzw. später als Vorstandsmitglied der RfAVAV sowie 1926-31 als Vizepräsident und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen und Preußischen Städtetages in Berlin erlangte E. auch reichsweite Bedeutung. Er war Mitglied des Wohlfahrtsausschusses wie auch des sozialpolitischen Ausschusses des Deutschen Städtetages und galt als Fachmann für das Arbeitsnachweiswesen und die Erwerbslosenversicherung, er war ferner Ausschussmitglied des Vereins für Sozialpolitik sowie 1932 Mitglied des Ständigen Ausschusses der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit.

Veröffentlichungen

Gemeindliche und provinzielle Lebensmittelversorgungsgesellschaften, 1917; Die Nahrungsmittelverteilung im Kriege, 1918; Die deutschen Städte, 1928; Zur Reform der Arbeitslosenversicherung, 1929; Entwicklungstendenzen in der kommunalen Sozialpolitik, o.J.; umfangreiches Werk zu kommunal-, sozial-, wirtschaftspolitischen und wirtschaftshistorischen Themen in Aufsätzen, Zeitungsartikeln und Kommentaren.

Quellen

Lilla RWR; Württembergische Biographien Bd. I, 2006; Schmid (Hrsg.), Fritz Elsas. Ein Demokrat im Widerstand, 1999; Thierfelder, Fritz Elsas, in: Mehlhausen (Hrsg.), Zeugen des Widerstands, 1996; Wenzel; Reichshandbuch.

Bild

Schmid 1999.

Elsner, Paul Johannes *Georg*

Sächsischer Arbeits- und Wohlfahrtsminister

* 13.4.1887 in Görlitz; † 14.1.1949 in Stuttgart; ev.; V Friedrich Gustav Paul E. (1857-), Arbeiter, Kutscher; M Emilie Martha geb. Wölkerling (1858-).

Volksschulbesuch, danach Lehre im Täschnerhandwerk und gewerkschaftliches Engagement; 1913-23 Leiter (Verbandsbeamter) des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes für Sachsen und Schlesien in Dresden; 1919 Stadtverordneter in Dresden; 1923 Geschäftsführer des Ortsausschusses Dresden des ADGB, im selben Jahr Sächs. Arbeitsminister; nach Übernahme der Fürsorge- und Wohlfahrtsangelegenheiten vom Ministerium des Innern 1924-30 Sächs. Arbeits- und Wohlfahrtsminister; nach 1934 Versicherungsangestellter in Stuttgart.

SPD, ASPD

K 1919-25 Stadtverordneter in Dresden, 1922-25 Schriftführer im Vorstand des Stadtverordneten-Kollegiums.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

SPD; 1926 ASPD; Mitglied in verschiedenen Ausschüssen der Dresdner Stadtverordnetenversammlung; 1920-24 Rechtsausschuss, 1924 Vorbereitung der Gemeinde-Verfassung, 1925 Wahlausschuss.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. verantwortete die innovativen Regelungen zur Wohlfahrtspflege im Freistaat Sachsen, die zuvor getrennte Aufgabenbereiche bei einheitlichen Trägern bündelten. Unter seiner Ägide ergingen: Sächs. Arbeitsgerichtsgesetz v. 23.12.1926; sächs. Wohlfahrtspflegegesetz 1925 (erste landesrechtliche Wohlfahrtskodifikation), sächs. Ausführungsgesetz zur Sozialversicherungsgesetzgebung des Reiches, i.d.R. Ausdehnung des Versicherungsschutzes.

1923-30 Bevollmächtigter Sachsens zum Reichsrat.

Quellen

10 Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen 1919-1929, 1929; Grundriss der deutschen Verwaltungsgeschichte, Bd. 14, 1982; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 1927; Lilla Reichsrat; Sächsisches Staatsarchiv Dresden; Stadtarchiv Dresden; Ratsarchiv Görlitz; Friedhofsverwaltung Cossebaude.

Bild

10 Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen 1919-1929, 1929, S. 7.

Engel, Hans Alfred Dr. iur.
Staatssekretär

* 17.11.1887 in Magdeburg; † 1945 in Berlin; ev.; V Ernst Johann Jakob E. (1851-1912), Oberlehrer; M Anna Mathilde Friederike geb. von Homeyer (1858-1937); ∞ 1914 Käte geb. Kluge (1890-) K 2 S, 1 T.

Realgymnasium in Magdeburg; 1906 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1907 Hochbaustudium an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, dann Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, Freiburg/Br. und Marburg; 1910 Referendar in Naumburg/Saale, Promotion in Marburg; 1914 Gerichtsassessor in Magdeburg und Naumburg; 1914-17 Kriegsteilnehmer (Flieger); 1917 Gerichtsassessor zur Ausbildung bei der Staatseisenbahnverwaltung, 1918 Regierungsassessor beim Eisenbahnzentralamt bzw. der Eisenbahndirektion Berlin; 1920 Regierungsrat, 1924 Oberregierungsrat, 1929 Ministerialrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Referent mit Schwerpunkt Außenhandelspolitik, Handels- und landwirtschaftliche Verkehrspolitik); 1933 Ministerialdirektor im RAM (Leiter der Hauptabteilung „Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege“ sowie Leiter der Gruppe „Internationale Sozialpolitik“, 1943/44 zudem Leiter der Hauptabteilung „Versorgung und Fürsorge“); 1940 Kriegsteilnehmer (Major der Luftwaffe), 1941 ukgestellt; 1942 Staatssekretär; 1945 vermut-

lich in sowjetischer Gefangenschaft ums Leben gekommen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-23 DVP; 1936 NSDAP; 1921 Ring deutscher Flieger, Technische Nothilfe; 1924 Stahlhelm; 1933 RDB, NSFK (1940 Oberführer), RLB; 1933-39 Reichskommissar der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands GmbH; 1933-37 NSOG; 1934 NSV, NSRB; 1935 Sonderbeauftragter der Luftsport-Landesgruppe 4; 1936 Reichskolonialbund, DRK (1940 Oberfeldführer); 1936 Präsident der Akademie für Deutsches Recht; 1942 Vorsitzender des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; 1915 Abzeichen für Beobachtungs-Offiziere; 1916 Eisernes Kreuz 1. Klasse, Hamburgisches Hanseatenkreuz; 1917 Sächs. Ritter-Kreuz 2. Klasse des Albrechtsordens mit Schwertern, Ehrenkreuz 3. Klasse mit Schwertern des Fürstentums Reuß; 1918 Verwundetenabzeichen in schwarz, Flieger-Erinnerungsabzeichen; 1932 Komturkreuz des Bulgarischen Zivilverdienstordens; 1934 Frontkämpferehrenkreuz, Ehrenzeichen des DRK 1. Klasse; 1937 Kriegserinnerungsmedaille mit den Schwertern, Ungarische Kriegserinnerungsmedaille mit dem Helm und mit Schwertern; 1939 Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938 („Spange Prager Burg“); 1941 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, Stern des Königlich Ungarischen Verdienstordens; 1942 Großoffizierskreuz des Ordens der Krone von Italien; Komturkreuz 1. Klasse des Ordens der Weißen Rose von Finnland; Ehrensensator der Universität Marburg wegen Verdienste um den Aufbau und Ausbau der Blindenstudienanstalt in Marburg.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. kam als Vertrauter von F. Seldte mit dem Machtantritt des Nationalsozialismus in das RAM. Fortan war er „absichernd“ leitend an den gesetzgeberischen Arbeiten des RAM beteiligt, vor allem an der sog. Sanierungsgesetzgebung, die zum Erhalt

und zur Stabilisierung der Sozialversicherung entscheidend beitrug. Zu nennen sind insbesondere: ErhaltG 1933; AufbauG 1934; ArbbuchG 1935; AluVO 1937; Alt-VersorgDHandwerkG 1938; RKGNov 1942. Ihm oblag die Abstimmung, Koordination und Außenvertretung sowie die Abwehr von versuchten DAF-Übergriffen. 1936 war er Leiter der deutschen Delegation bei Verhandlungen über die Sozialversicherung in Den Haag, im gleichen Jahr Mitglied des Ständigen Ausschusses sowie Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London. Ab 1939 fungierte er ferner als Leiter des Kaiserin-Augusta-Hospitals des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin.

Veröffentlichungen

Die Reichsversicherungsgesetze in jeweils neuestem Stande. Mit allen Durchführungsverordnungen und -bestimmungen (mit Eckert), 1935-1943; Die Sozialversicherung im Dritten Reich, 1937 (mit Eckert); Die Neugestaltung der deutschen Reichsversicherung, in: Jahrbuch für Sozialpolitik 1937, S. 121-132; Die Entwicklung der Reichsversicherung im Kriege, in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft 1942, S. 237-256.

Quellen

DFL; Horkenbach; Wer ist's?; BArch (PK C 71; R 3901 / 20342-20345); EMK; Stadtarchiv Magdeburg; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 183-2017-0407-500.

Erkelenz, Anton Peter

Gewerkschafter

* 10.10.1878 in Neuß/Rhein; † 25.4.1945 in Berlin; kath.; V Anton E. (1850-1910), Schlossermeister; M Agnes Huberta geb. Holter (1852-1910); ∞ 2. 1928 Charlotte Ida Elisabeth Gurth geb. Gerlach (1893-1943); K 1 S.

Volksschule in Neuß; 1892-96 Schlosser- und Dreherlehre im väterlichen Betrieb, anschließend Fortbildung, Fachschulkurse; 1898-1900 Militärdienst, danach Tätigkeit im Betrieb des Vaters; 1902 Arbeitersekre-

tär der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf; 1907-33 Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss der Deutschen Gewerkvereine in Berlin, Schriftleiter des Zentralorgans des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter „Regulator“; 1914-17 Kriegsteilnehmer; Reisen in die Niederlande, nach Österreich, England und schriftstellerische Tätigkeit; 1933 nach Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten Rückzug ins Privatleben; 1945 von sowjetischen Soldaten getötet.

sozialliberaler Politiker

FrVg, FoVp, DDP, SPD

1904 FrVg; 1910 FoVp; 1918 DDP (Mitbegründer) 1921-29 erster Vorsitzender des zentralen DDP-Vorstands; 1929-30 stellv. DDP-Vorsitzender; 1930 SPD.

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 22 Düsseldorf 1 (DDP); 1920-24 WK 25 Düsseldorf-Ost (DDP); 1924-28 WK 22 Düsseldorf-Ost (DDP); 1928-30 Reichswahlvorschlag (DDP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1897 Gewerkverein deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter; 1912 Mitbegründer des Reichsvereins der Arbeiter und Angestellten; 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Neuß/Rhein; 1918 Mitbegründer des liberalen Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände; 1924 Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Mitglied des Vorstands; Ausschussmitglied des freiheitlich nationalen Arbeiterkongresses.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1947 „Erkelenzdamm“ in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. trat als sozialliberaler Gewerkschafter und Politiker in der Zeit der Weimarer Republik als Abgeordneter der Nationalversammlung sowie im Reichstag als sozialpolitischer Sprecher der Linksliberalen hervor. Er war 1919-23 Mitglied im

Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten, hier fungierte er beim Rent-UntG 1921 als Berichterstatter. Ferner gehörte er dem Arbeitsrechtsausschuss des RAM an.

Als Führer der Gewerkvereine repräsentierte E. den sozialreformerischen Flügel der DDP, er vertrat eine Entstaatlichung der Sozialpolitik durch die Stärkung der sozialen Selbstverwaltung.

Veröffentlichungen

Die Arbeiterfrage (mit Kopp), 1907; Die Sozialisierung. Ein Zukunftsprogramm für den Industriearbeiter, 1919; Das Betriebsrätegesetz: Ein gemeinverständlicher Leitfaden für den praktischen Gebrauch (mit Eichelbaum), 1920; Gegen die Versteinerung der deutschen Sozialpolitik! Eine sozialpolitische Streitschrift, 1922; Moderne Sozialpolitik, 1926; Wirtschaft und Sozialpolitik, 1927; Kritik an der deutschen Sozialpolitik, 1928; Der Abbauwahn. Gegen Deflation, gegen Inflation, für Stabilität, 1932; Der Rattenfänger von Braunau. Die Tragödie Deutschlands, 1932; Verfasser zahlreicher Broschüren und Zeitungs- sowie Zeitschriftenaufsätze, u. a. bei der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“; Schriftleiter des „Regulator“; seit 1923 Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Hilfe“.

Quellen

Lehnert (Hrsg.), Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie, 2015; Kellmann, Anton Erkelenz: Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, 2007; Schumacher M.d.R.; Paul; Benz/Graml; Beier, Schulter an Schulter, Schritt für Schritt: Lebensläufe deutscher Gewerkschafter von August Bebel bis Theodor Thomas, 1983; Reichshandbuch; Landesarchiv Berlin (P Rep. 570 Nr. 407; P Rep. 805 Nr. 888); EMK; Stadtarchiv Neuss.

Bild

Reichshandbuch.

Esser, Peter

Krankenkassenfunktionär

* 21.3.1888 in Bachem/Köln; † 23.1.1958 in Koblenz; kath.; V Arnold E. (- vor 1913), Tagelöhner; M Margarete geb. Schnackerz (- vor 1913); ∞ 1914 Maria geb. Ervenich (1888-1972); K 1 T.

1902 Ausbildung und 1905-13 Angestellter beim Bürgermeisteramt in Frechen; 1913 Assistent bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Bonn; 1915-33 geschäftsführender Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Koblenz; 1933 im Rahmen der „Säuberung“ der Krankenkassen Amtsenthebung und in Untersuchungshaft, nach Einstellung des Verfahrens 1933-37 kommissarisch geschäftsführender Direktor des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen in Berlin, 1937-45 Leiter dieses Reichsverbandes in Berlin-Charlottenburg, 1944-45 in Rothenburg o.d.T.; 1945-46 Internierung in Hammelburg; 1946 in Rothenburg o.d.T. beratend tätig für die US-Militärregierung; bis 1955 Treuhandverwalter des Restvermögens des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

-1933 Z; 1940-45 NSDAP; 1933 RDB; 1934 Deutscher Luftsportverband Berlin.

Im Entnazifizierungsverfahren 1946 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

1915-33 Katholischer Leseverein Koblenz; 1918-33 Katholischer kaufmännischer Verein Koblenz; 1923-33 Schlaraffia Koblenz (Schatzmeister); 1928-33 Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Krankenkassenbeamter und -angestellten.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. war zunächst ein reichsweit geachteter Krankenkassenfachmann auf lokaler/regionaler Ebene, dort trat er auch als Gründer des Krankenkassenverbandes im Regierungsbezirk Koblenz auf. 1933 wurde er – mit Hilfe des RAM – Geschäftsführer des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen in Berlin. Sein Verdienst bestand darin, dass er – in Zusammenarbeit mit dem RAM – Pläne seiner vorgesetzten Leiter, von NS-Parteioorganisationen sowie von Ärztefunktionären verhinderte, die gesetzliche Krankenversicherung zu einem Instrument der DAF/NSDAP werden zu lassen. Nicht zuletzt durch sein Wirken, durch geschickte Personalpolitik, weitgehende Aufrechterhaltung von Eigenbetrieben, Abschluss kollektiver Arztverträge und Beitragssicherung, blieb die Krankenversicherung in ihrer Struktur unverändert er-

halten. Nach 1945 wurde sein Verhalten in der NS-Zeit von Fachleuten der Sozialpolitik gelobt.

Veröffentlichungen

Zahlreiche Fachbeiträge in der Zeitschrift „Die Ortskrankenkasse“.

Quellen

Tennstedt Soziale Selbstverwaltung; OKK 1938, S. 296 u. 1958, S. 93; Staatsarchiv Nürnberg, Spruchkammer Rothenburg/Tauber, Nr. E-86; Stadtarchiv Bonn; Stadtarchiv Koblenz; Stadtarchiv Frechen; Stadtarchiv Hürth.

Bild

OKK 1958, S. 93.

Esser, Hubert Thomas Genossenschaftsleiter

* 15.5.1870 in Schwerfen/Zülpich (Krs. Euskirchen); † 29.11.1948 in Euskirchen; kath.; V Servatius E., Mühlenbauer; M Elisabeth Jacobina geb. Münster; ∞ 1895 Anna Maria geb. Kreuder (1861-1954).

Bürgerschule in Düren und Volksschule in Euskirchen; 1884-88 Buchdruckerlehre bei der Euskirchener Zeitung; 1888-95 Wanderschaft, Arbeit als Druckergehilfe und Teilhaber einer Buchdruckerei; 1895-1905 Mitinhaber eines Manufakturwarengeschäftes in Euskirchen; 1900-33 Mitbegründer und Leiter der Euskirchener Spar- und Kreditgenossenschaft (spätere Gewerbebank bzw. Volksbank); 1933 Zwangspensionierung als Leiter der Gewerbebank, „Schutzhaft“, 1934 Verurteilung wegen angeblicher Veruntreuung zu einer Haft- und Geldstrafe; Rückzug aus dem öffentlichen Leben, Tätigkeit als Schriftsteller und Journalist (unter Pseudonym); 1944 Verhaftung durch die Gestapo im Rahmen der Aktion „Gewitter“, zwei Monate Lagerhaft; 1945-46 Vorsitzender des beratenden Ausschusses bei der Militärregierung für den Krs. Euskirchen; 1946-47 Bürgermeister der Stadt Euskirchen.

Zentrumspolitiker
Z, CDU

1906 Zentrum; 1912-33 Mitglied des Reichsparteivorstands, 1924 Beisitzer im Fraktionsvorstand und 1929-33 stellv. Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1930-31 geschäftsführender Fraktionsvorsitzender der Zentrumsparlei; 1945 Gründer der CDU des Kreises Euskirchen; RT 1921-24 WK 23 Köln-Aachen (Z), 1924-33 WK 20 Köln-Aachen (Z); 1926-33 Reichstagsvizepräsident; LT 1919-21 Mitglied der verfassungsgewandten preuß. Landesversammlung, 1921 Pr.LT (Z); K 1906-24 Stadtverordneter in Euskirchen, 1914 ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt Euskirchen, 1916 Mitglied im Kreistag Euskirchen; 1919-22 Rhein. Provinziallandtag (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Katholischer Gesellenverein Adolf Kolping; 1898 Gründer, 1900-23 Vorsitzender des Vereins selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender (Vorläufer der späteren Kreishandwerkerschaft) in Euskirchen; 1912-31 Vorstandsmitglied der Handwerkskammer Köln; 1899 Geschäftsführer, 1922-33 Vorsitzender des Rheinischen Handwerkerbundes; nach 1945 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Volksbank Euskirchen.

Auszeichnungen

1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1925 Ehrenbürger der Stadt Euskirchen; 1930 Ehrenmitglied des katholischen Gesellenvereins und der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Euskirchen; 1952 Benennung einer Straße in Euskirchen nach E.; Thomas-Esser-Berufskolleg in Euskirchen.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. war ein sozialpolitisch besonders engagierter Reichstagsabgeordneter des Zentrums. Während der Weimarer Republik war er der am längsten amtierende Vorsitzende des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, in diesem wirkte er 1923-30 gestaltend und koordinierend bei der Beratung der sozialpolitischen Gesetzesvorlagen der Reichsregierung.

E. förderte die Interessen des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere auch die der Innungskrankenkassen. Er war 1904 Vor-

standsmitglied der Rheinischen Genossenschaftsbank, in dieser 1909 Aufsichtsratsmitglied, 1912 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates und 1930-33 Aufsichtsratsvorsitzender; 1905 Vorstandsmitglied des Rheinischen Genossenschaftsverbandes; im 1. Weltkrieg Organisator genossenschaftlicher Kriegslieferungen im Rheinland.

Veröffentlichungen

Reichstagszentrum und besetztes Gebiet während des Ruhrkampfes, 1924; Zentrum und Mittelstand, 1924; Mittelstandsfürsorge, 1928; 1904-14 Mitbegründer und Hrsg. der „Euskirchener Volkszeitung“.

Quellen

Schumacher M.d.R.; Paul; HbRT 1924; Stadtarchiv Euskirchen.

Bild

HbRT 1924.

Estenfeld, Otto Dr. rer. pol.

Krankenkassenfunktionär

* 25.10.1895 in Mainz; † 12.9.1966 in Köln; kath.; V *Wilhelm* Anton E. (1851-1917), Bäckermeister; M *Anna* Agathonika geb. Schreiner (1863-1909); ∞ 1924 Berta Emma *Elsbeth* Magdalene geb. Bittersohl (1904-98); K 2 S.

Oberrealschule in Mainz; 1914 Studium der Volkswirtschaft in Gießen; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Studium der Volkswirtschaft in Frankfurt/M. und Gießen, 1920 Promotion in Gießen; 1920-23 Syndikus des Verbandes deutscher Keksfabrikanten e.V. in Celle; 1923 Prokurist und Geschäftsführer in einer Maschinenfabrik in Celle; 1927 Geschäftsführer des Hauptverbandes der Innungskrankenkassen in Hannover, ab 1933 Leiter des Reichsverbandes der Innungskrankenkassen in Berlin und Beauftragter des Reichsarbeitsministers für diesen Verband; 1939-45 Kriegsteilnehmer; 1945-50 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft; 1951-65 Geschäftsführer des Bundesverbandes der Innungskrankenkassen und bis 1966 Schriftleiter von dessen Verbandszeitschrift, 1955-65

zugleich Bundessozialrichter; 1965 Ruhestand.

Burschenschaft Frankonia Gießen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Nach 1933 Mitglied des Präsidiums des Reichsnährstandes; 1941 Kameradschaftliche Vereinigung der Offiziere der Wehrersatz-Inspektion Berlin e.V.

Auszeichnungen

1914/18 Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse, Hessische Tapferkeitsmedaille 1. und 2. Klasse; Frontkämpferehrenkreuz; 1941 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern, Spange zum Eisernen Kreuz 2. Klasse; 1961 Handwerkszeichen in Gold des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Sozialpolitische Aktivitäten

E. war jahrzehntelang einer der profiliertesten Vertreter eines Spitzenverbandes der Krankenkassen, er hat den Zusammenschluss der „kleinen“ Innungskrankenkassen entscheidend gefördert. Als Vertreter der Innungskrankenkassen und publizistisch auch der Landkrankenkassen kämpfte er erfolgreich für deren Beibehaltung im System der gegliederten Krankenversicherung. In der NS-Zeit konnte er sich halten und mit kritischen Urteilen weiterhin wirken, obwohl er zu den Vorstellungen der NSDAP bzw. der DAF von Anfang an auf Distanz ging.

1955 Mitglied der Arbeitsgruppe „Sozialversicherung“ im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands; 1958 Mitglied des von der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt eingesetzten Ausschusses zu Fragen der ärztlichen Versorgung in der sozialen Krankenversicherung; Mitglied der Bundesausschüsse der Ärzte, Zahnärzte und Krankenkassen.

Veröffentlichungen

Die Innungskrankenkassen in der Statistik, 1929; Die Reform der Krankenversicherung auf Grund der Notverordnung v. 26. Juli 1930, 1930; Das Recht auf Errichtung von Innungskrankenkassen. Eine Darstellung der Rechtsentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 1962; rege publizistische Tätigkeit in den Verbandsorganen der Innungskrankenkassen, 1942-45 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Innungs-

krankenkasse“, 1950-66 Schriftleiter des Nachfolgeorgans „Die Krankenversicherung“.

Quellen

Tennstedt Soziale Selbstverwaltung; Die Ersatzkasse 1965, S. 284 f. u. 1966, S. 395 f.; Sozialer Fortschritt 1966, S. 258 f.; BKK 1955, Sp. 497; BArch PK C 108; Stadtarchiv Mainz; Stadtarchiv Celle; StA Celle.

Bild

Kater, Politiker und Ärzte, 1968, S. 98.

Falck, Carl Ernst Dr. iur. et rer. pol.
Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen

* 1.5.1884 in Kaldenkirchen/Krs. Kempen-Krefeld (Rheinland); † 22.1.1947 in Berlin-Steglitz; ev.; V Ludwig Alexander F. (-vor 1920), Apotheker und Chemiker; M Luise geb. Wahl (1861- nach 1933); ∞ 1920 Sidonie Luise Hildegard geb. Bergell (1896-1965); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Hannover; 1902-05 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin; 1906-09 Gerichtsreferendar in Zossen und Berlin; 1909 Promotion in Würzburg; 1910 Gerichtsassessor, 1912 Staatsanwalt und 1915 Landrichter in Berlin; 1915-16 Hilfsarbeiter bei der Generalstaatsanwaltschaft des Kammergerichtes Berlin; 1916 Justitiar der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise; 1916-18 Referent im Kriegsernährungsamt, 1916-19 zugleich stellv. Leiter des preuß. Kriegswucheramtes, 1920 Leiter der Nachfolgeorganisation (Landespolizeiamt beim Preuß. Staatskommissar für Volksernährung); 1921 Oberlandesgerichtsrat in Marienwerder, anschließend Oberverwaltungsgerichtsrat beim Preuß. Oberverwaltungsgericht in Berlin; kurz nach Ernennung zum Reichsfinanzrat (1921) Berufung ins Reichsministerium des Innern, dort 1922 Ministerialdirektor (Leiter der Beamtenrechtsabteilung, u. a. zuständig für Flüchtlingsfürsorge und Fragen des „Auslandsdeutschtums“); nach Verkleinerung des Reichsinnenministeriums (Personalabbauverordnung) 1924-30 Präsident des Bun-

desamtes für das Heimatwesen; 1930-32 Oberpräsident der Provinz Sachsen in Magdeburg; 1932 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand (sog. Preußenschlag); 1933 Versetzung in den endgültigen Ruhestand wg. „politischer Unzuverlässigkeit“ aufgrund des BBG, kurzzeitige KZ-Haft; 1933-47 Rechtsanwalt in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1924-32 DDP/DStP;
1922 Republikanischer Richterbund; Republikanischer Beamtenbund; 1925-32 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; 1922-31 Mitglied des Reichsdisziplinarhofs in Leipzig; nach 1933 NSV; RLB; NSRB.

Auszeichnungen

1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1918 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande.

Sozialpolitische Aktivitäten

F. sozialpolitische Bedeutung beruht auf seiner Funktion / Rolle als Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen, die aber seinen juristischen Neigungen weniger entsprach, so dass er bei Gelegenheit als Oberpräsident der Provinz Sachsen nach Magdeburg ging. F. stand in seinem Wirken im Schatten seines Stellvertreters und langjährigen Mitglieds des Bundesamtes, Peter Baath.

Umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiet des Beamtenrechts, der Reichs- und Verwaltungsreform sowie zu Fragen des Finanz- und Siedlungswesens.

Veröffentlichungen

Der Kettenhandel als Kriegerserscheinung, 1916; Wirtschaftspolizei und Preisprüfungsstellen, 1920; Preisüberwachung nach Abbau der Zwangsbewirtschaftung, 1920; Preistreiberei, Schleichhandel, Ein- und Ausfuhr, 1921; Soziale Ehrengerichtbarkeit, 1936; Zahlreiche Fachbeiträge zur Reform des Richtwesens und des Beamtenrechts.

Quellen

Wer ist's?; BArch (R 1501 / 206147; BDC); GStA, I. HA Rep. 184 Nr. 598; Landesarchiv Berlin (P Rep. 163 Nr. 181; P Rep. 705 Nr. 2439; P Rep. 711 Nr. 485 u. Nr. 678).

Feig, Johannes Fürchtegott Joseph Dr.
oec. pol.
Ministerialbeamter

* 14.2.1873 in Berlin; † 31.1.1936 ebd.;
ev.-luth.; V Mortimer F. (1833-99), Arzt;
M Elisabeth geb. Lehmann (1840-1915);
∞ 1896 *Rosalie* (Rose) Johanna Hedwig
geb. Lehfeldt (1874- [nach 1938, emi-
griert]; K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Berlin; Studium der
Rechts- und Staatswissenschaften in Ber-
lin, Heidelberg und München, 1894 Ge-
richtsreferendar, 1896 Promotion in Mün-
chen; 1899 Gerichtsassessor, Hilfsarbeiter
im Kaiserlichen Statistischen Amt in Ber-
lin; 1900 im Reichsmarineamt; 1901-04
Leiter des Statistischen Amtes der Stadt
Düsseldorf; 1904-07 Beigeordneter der
Stadt Düsseldorf; 1907-17 Regierungsrat
im Kaiserlichen Statistischen Amt; 1917
Wechsel ins Reichswirtschaftsamt; 1918
Geh. Regierungsrat im Reichsarbeitsamt,
ab 1919 im RAM (Leiter der Unterabtei-
lung „Arbeitsrecht“), 1920 als Ministerial-
rat Leiter der Unterabteilung „Neugestal-
tung des Arbeitsrechts“, 1924 der Unterab-
teilung "Arbeitsgesetzbuch, Arbeitsschutz,
allgemeine Fragen der Sozialpolitik. Inter-
nationales Arbeitsrecht", 1928 Ministerial-
dirigent, Leiter der Unterabteilung „All-
gemeines Arbeitsrecht, Arbeitsschutz“;
1935 aufgrund seiner jüdischen Herkunft
in den Ruhestand versetzt.

K 1919-20 Stadtverordneter Charlotten-
burg (DVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften
DVP.

Sozialpolitische Aktivitäten

F. gilt als einer der bedeutendsten Gestalter
des deutschen kollektiven Arbeitsrechts.
Zusammen mit Friedrich Sitzler setzte er
um, was Hugo Sinzheimer, Karl Flesch und
Heinz Potthoff theoretisch erarbeitet hatten
(L. Preller). F. hatte maßgeblichen Anteil an
der Entstehung des BetrRG 1920 und war
u. a. beteiligt am Gesetz über die Entsendung
von Betriebsräten in den Aufsichtsrat
v. 15.2.1922. 1920-24 war er Leiter des Ar-
beitsrechtsausschusses beim RAM (Vorar-

beiten zur Kodifikation des gesamten Ar-
beitsrechts – nicht verwirklicht). 1924-28
vertrat F. die Deutsche Regierung beim In-
ternationalen Arbeitsamt in Genf. Er war
Mitglied des Vereins für Sozialpolitik und
der Gesellschaft für soziale Reform.

Veröffentlichungen

Hausgewerbe und Fabrikbetrieb in der Berliner
Wäscheindustrie, Diss. 1896; Erhebung von
Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Fami-
lien im Deutschen Reich, 1909; Unsere Woh-
nungsproduktion und ihre Regelung (mit Me-
wes), 1911; Die internationalen Beziehungen
der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten- und
Arbeiterverbände (mit Warnack), 1914; Verord-
nung betreffend einer vorläufigen Landar-
beitsordnung vom 24.1.1919, 1919; Betriebsräte-
gesetz vom 4.2.1920 nebst Wahlverordnung
und Verordnungen verwandten Inhalts (mit Sitz-
ler), 1920; Gesetz über die Entsendung von Be-
triebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, 1922;
Betriebsrätegesetz. Betriebsbilanz- und Auf-
sichtsratsgesetz (mit Sitzler), 1922; Arbeits-
rechtliche Gesetze und Verordnungen des Reichs
(mit Sitzler), 1924, 1928; The new German la-
bour protection bill, in: International labour re-
view, 1927, S. 175-196; Grundfragen einer Tar-
ifrechtsreform in Deutschland und Österreich
(mit Sitzler), 1932; 1909-19 Mitherausgeber der
Zeitschrift „Deutsches Statistisches Zentralblatt“;
1921-31 Herausgeber der Reihe „Das neue Ar-
beitsrecht in erläuterten Einzelausgaben“ (mit
Sitzler).

Quellen

Kaiser, Kündigungsschutz ohne Prinzip, 2005;
NDB; Wer ist's?; DBE, Landesarchiv Berlin, P
Rep. 720 Nr. 588; EMK; GVP RAM.

Flatow, Georg Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 2.11.1889 in Berlin; † um Oktober 1944
im Konzentrationslager Auschwitz; jüd.; V
Robert F. (1844-1912), Kaufmann; M
Minna geb. Goldberg (1857-1921); ∞ 1918
Hedwig Helene geb. Wiener (1882-1944,
ermordet in Auschwitz); K 1 T.

Gymnasium in Berlin; 1908-11 Studium
der Rechtswissenschaften in Berlin und
München; 1911 Referendar in Königs-
Wusterhausen und Berlin; 1915 Promotion
in Heidelberg; 1915-17 Militärdienst (Ar-

mierungssoldat); 1917-19 Gerichtsassessor in Berlin; nach der Novemberrevolution zwei Monate Sekretär des Volksbeauftragten Rudolf Wissel; 1919 kommissarischer Hilfsarbeiter im Reichswirtschaftsministerium, nach kurzer Dienstzeit Wechsel in das RAM, 1920 Regierungsrat (Referent für das Betriebsrätegesetz / Recht der Betriebsvertretungen); 1923 Wechsel in die Gewerbeabteilung des preuß. Ministeriums für Handel und Gewerbe, Ministerialrat (Referent u. a. für kollektives Arbeitsrecht, allgemeines Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsgerichtswesen, Schlichtungswesen); 1933 Entlassung aus dem Dienst nach dem BBG; Berater der Reichsvertretung der Juden in Deutschland sowie der Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden; im Rahmen der Novemberpogrome 1938 Verhaftung und mehrwöchige Internierung im KZ Sachsenhausen; 1939 Emigration nach Amsterdam, Bemühungen um ein Visum zur Ausreise in die USA; 1943 Verhaftung durch die Gestapo und Überführung in die Lager Westerbork und Bergen-Belsen; 1944 über Theresienstadt ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert und ermordet.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Lehrtätigkeit in berufsbildenden Schulen, in der gewerkschaftlichen Fortbildung sowie an der „Arbeiter-Bildungsschule Berlin“; nach 1933 in der jüdischen Flüchtlingshilfe aktiv, Ausbildung und Vorbereitung Jugendlicher für die Ausreise nach Palästina (Jugendalijah; Mitbegründer des Jugendwerkdorfs in Wieringen/Niederlande); Mitglied im Hauptvorstand des Berliner Zionistischen Ortsverbands.

Sozialpolitische Aktivitäten

F. war Experte und ein wesentlicher Gestalter der Weiterentwicklung des kollektiven Arbeitsrechts in der Weimarer Republik. Insbesondere befasste er sich mit der begrifflichen Grundlegung der „Betriebsvereinbarung“, die mit dem Betriebsrätegesetz 1920 eingeführt wurde. Beteiligt war er an: BetrRG 1920; SchlichtWVO 1923; ArbGG 1926.

Veröffentlichungen

Die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution, 1919; Neue Verordnung über Einstel-

lung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar sowie Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920, 1920; Kommentar zum Betriebsrätegesetz, 1920; Kommentar zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen nebst der Ausführungsanweisung, 1920; Betriebsvereinbarung und Arbeitsordnung, 1921; Die Grundzüge des Schlichtungswesens, 1923; Die Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 (mit Joachim), 1924; Das kollektive Arbeitsrecht und das Arbeitsvertragsrecht von 1919-1926 (mit Dersch und Hueck), 1926; Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 (mit Joachim), 1928; Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht (mit Dersch, Hueck und Nipperdey), 1926; Mitherausgeber der Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte (Bensheimer Sammlung), 1928.

Quellen

Göppinger, Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“, 2. Aufl., 1990; Bio. Emig.; Tetzlaff, 2000 Kurzbiographien bedeutender deutscher Juden des 20. Jahrhunderts, 1982; BArch R 3001 / 55928; GStA, I. Rep. 120 CB Nr. 230, Bl. 336; LBI, Georg Flatow Family Collection; Internationaler Suchdienst Bad Arolsen; GVP RAM.

Frick, Friedrich Emil Heinrich *Constantin* Theologe, Präsident des Centralausschusses für die Innere Mission

* 5.3.1877 in Magdeburg; † 19.2.1949 in Bremen; ev.; V Constantin F. (1841-98), Pfarrer; M Rosalie geb. Ebert (1839-1926); ∞ 1904 Clara geb. Schniewind (1881-1965); K 2 S, 5 T.

Gymnasium in Wuppertal-Barmen; 1895-99 Studium der Theologie in Halle und Greifswald; 1899 erstes theologisches Examen in Koblenz; 1899-1900 Hauslehrer auf dem Gut Rokaischen/Kurland; 1900 Studiensemester in Tübingen; 1901 zweites theologisches Examen; 1901-02 Mitglied im Domkandidatenstift Berlin; 1902 Ordination in Berlin; 1902-03 Vikar in Cannes und Elberfeld; 1904-05 Vereinsgeistlicher für Innere Mission und Geschäftsführer des Vereins Philadelphia in Godesberg; ab 1905 Inspektor der Inneren Mission in Bremen; während des 1. Welt-

kriegs leitende Tätigkeit im Zentralhilfsausschuss der bremischen Wohlfahrtsorganisationen und der Freien Vereinigung für Kriegswohlfahrt; 1916-47 Vorsteher der Bremer Diakonissenanstalt und Geistlicher der Anstalt; 1916-46 Pastor an der Kirche „Unser Lieben Frauen“ in Bremen; 1934-46 Präsident des Central-Ausschusses für die Innere Mission in Berlin.

Wingolf in Greifswald.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

DVP, 1931-33 Mitglied der Bremer Bürgerschaft;
1919-33 Mitglied des Hauptausschusses des DV; 1924 Vorsitzender der Theologischen Berufsarbeiterkonferenz der Inneren Mission in Berlin; 1932 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Deutschen Evangelischen Kranken- und Pflegeanstalten und Direktor des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes; 1933 Vorsitzender des Reichsverbandes der privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, Mitglied des Führerrates des Kaiserswerther Verbandes; Mitgliedschaft im Förderkreis der SS; 1945 Vorsitz im Verfassungsausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche; 1945-49 Vorsitzender des Landesverbandes der Inneren Mission in Bremen.

Auszeichnungen

Constantin-Frick-Straße in Bremen.

Sozialpolitische Aktivitäten

F. war eine der führenden Persönlichkeiten der Inneren Mission während der Weimarer Republik, in der er in Bremen aktiv war und seit dem 1. Weltkrieg zugleich als einflussreiches Mitglied im Central-Ausschuss für die Innere Mission wirkte. Im Nationalsozialismus wurde er als Präsident des Central-Ausschusses zur zentralen Führungsfigur des Wohlfahrtsverbandes. Ihm gelang es, mit diplomatischem Geschick den Fortbestand der Inneren Mission als Organisation der Freien Wohlfahrtspflege gegen die Verdrängungsversuche der NSV zu sichern, allerdings unter Inkaufnahme einer „schleichenden Anpassung an die sozialpolitischen Vorgaben des Regimes“ (Bereitschaft zur Duldung von

Krankenmorden – Kaiser 2008, S. 215). 1936 war F. Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London.

Veröffentlichungen

Wie nimmt sich die evangelische Kirche der Auswanderer an?, 1911; Frauenberufe in der evangelischen Kirche, Inneren Mission und Wohlfahrtspflege (mit Steinweg, u. a.), 1929; Stichworte „Diakonie, evangelische“ und „Gemeindekrankenpflege“ in: Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, 1929; 1935-45 Mitglied im Beirat der „Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen“.

Quellen

Handbuch der deutschen evangelischen Kirchen 1918 bis 1949, 2010; Kaiser, Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert, 2008; Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon. Bd. 1, 2. Aufl. 2003; Maier; Bessell, Pastor Constantin Frick. Ein Lebensbild, 1957; Stadtarchiv Magdeburg.

Bild

Bessell 1957.

Fürth, Henriette (Pseudonym: Gertrud Stein)

Kommunalpolitikerin

* 14.8.1861 in Gießen; † 1.6.1938 in Bad Ems; jüd.; V Siegmund Sußmann Katzenstein (1832-89), Holzhändler; M Sophie geb. Loeb (1835-1918); ∞ 1880 Wilhelm Fürth (1854-1932), Kaufmann; K 2 S, 6 T.

1876 Höhere Mädchenschule in Frankfurt/M., Besuch des dortigen Lehrerinnenseminars; 1885 Beginn einer umfassenden Publikations- und Vortragstätigkeit; 1886 Mitarbeit in der Sektion für soziale Ökonomie des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt/M.; 1901-03 Tätigkeit in der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt/M.; 1914-18 Betätigung an verschiedenen Stellen der Kriegsfürsorge in Frankfurt/M., insbesondere im Nationalen Frauendienst; 1914 Begründung der ersten in Deutschland planmäßig betriebenen Kriegsküche für die arme Bevölkerung; 1918 Eintritt in die Kommunalpolitik; 1932

Rückzug ins Privatleben, 1933 mehrere Hausdurchsuchungen, daraufhin Umzug nach Bad Ems.

Sozialdemokratische Politikerin
SPD

1916 SPD.

K 1919-24 Stadtverordnete in Frankfurt/M.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Erstes weibliches Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; 1893 Gründungs- und Vorstandsmitglied der Frankfurter Ortsgruppe des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“; 1902 mit Bertha Pappenheim Mitbegründerin der Abteilung „Weibliche Fürsorge“ im Israelitischen Hilfsverein, 1932-33 Vorstandsmitglied ebd.; Mitglied der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, 1903 Mitbegründerin und bis 1933 Vorstandsmitglied deren Frankfurter Ortsgruppe; 1904 Mitbegründerin des Jüdischen Frauenbundes; 1905 Mitbegründerin des Bundes für Mutterschutz, Vorstandsmitglied der Frankfurter Ortsgruppe; Engagement in der Rechtsschutzbewegung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, 1897-98 Vorsitzende dessen Rechtsschutzstelle in Frankfurt/M.; Mitglied im Kuratorium und im Großen Rat der Universität Frankfurt/M.

Auszeichnungen

1931 Ehrenplakette der Stadt Frankfurt/M. und Ehrenurkunde der Universität Frankfurt/M.; 2005 Gedenkstein im Frauenlabyrinth in Frankfurt/M.; Henriette-Fürth-Straße in Frankfurt-Schwanheim und Gießen. Namensgeberin der SPD-Geschäftsstelle in Gießen.

Sozialpolitische Aktivitäten

F. spielte bis in die Weimarer Republik hinein eine innovative Rolle auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik, darüber hinaus widmete sie sich Grundsatzfragen. Vor 1919 fand sie als prominente Wortführerin der Frankfurter Frauenbewegung reichsweite Beachtung durch ihre Veröffentlichungen und Vortragsreisen. Ihre empirischen Studien und Veröffentlichungen wurden zur Grundlage für die

Entwicklung sozialpolitischer Konzepte. Sie engagierte sich u. a. auf den Gebieten des Kinder- und Mutterschutzes, der Frauenheimarbeit, der Haushaltspflege, der Bevölkerungsentwicklung und -hygiene sowie der sexuellen Aufklärung und der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. F. befürwortete eine Bevölkerungspolitik auf eugenischer Grundlage. Ihr Interesse galt ferner Fragen des Wohnungsbaus, sie engagierte sich für das Frauenwahlrecht und befasste sich mit Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Veröffentlichungen

Das Ziehkinderwesen in Frankfurt und Umgebung. Im Auftrag der Rechtsschutzstelle für Frauen dargestellt, 1898; Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen, 1902; Weitere Beiträge zu Kinderarbeit und Kinderschutz, 1905; Wohnbedarf und Kinderzahl. Beitrag zur Wohnungsfrage, zugleich Anregung für die Tätigkeit gemeinnütziger Bauvereine, 1907; Die Mutterschaftsversicherung, 1911; Mindesteinkommen, Lebensmittelpreise und Lebenshaltung. In Anlehnung an die Verhältnisse in Frankfurt am Main, 1912; Die Zentralküche als Kriegseinrichtung. Beispiel Frankfurt am Main, 1915; Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als bevölkerungspolitisches, soziales, ethisches und gesetzgeberisches Problem, 1920; Zur Sozialisierung der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Rückschau und Ausblick, 1920; Das Bevölkerungsproblem in Deutschland, 1925; Die Regelung der Nachkommenschaft als eugenisches Problem, 1929. Zu einer umfassenden Bibliographie vgl. Graulich et al., 2010.

Quellen

Graulich et al. (Hrsg.), Henriette Fürth. Streifzüge durch das Land eines Lebens, 2010; Hering; Eggemann/Hering (Hrsg.), Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit, 1999; Epple, Henriette Fürth und die Frauenbewegung im deutschen Kaiserreich, 1996.

Bild

Graulich et al. 2010.

Gaebel, Eveline *Käthe* (Katharine) Eulalie Dr. rer. pol.
Ministerialbeamtin

* 23.8.1879 in Graudenz (Westpreußen);
† 22.3.1962 in Berlin-Steglitz; ev.; V Her-

mann G., Buchhändler; M Marie geb. Thimm; ledig.

Privatunterricht in Danzig, höhere Töchterschule in Marburg; ca. 1895 soziale Hilfsarbeit im Elisabeth-Waisenhaus in Marburg; 1897-99 Besuch des Lehrerinnenseminars in Freiburg/Br.; 1899-1903 Ausbildung und Tätigkeit als Krankenpflegerin bei den Johannitern; 1903-05 Leitung eines Kinderheims in Frankfurt/M., dort zugleich Leiterin von Ausbildungskursen für Haushalt, Kinderpflege und soziale Hilfsarbeit; 1905-07 Kuraufenthalt in Davos; 1907-13 Studium der Nationalökonomie in Marburg, Frankfurt/M. und Tübingen, Studienreisen nach England; 1909 Tätigkeit im Gewerkverein der Heimarbeiterinnen in Frankfurt/M.; 1913 Promotion in Tübingen; 1913-22 Leiterin der Auskunftsstelle für Heimarbeiterreform im Büro für Sozialpolitik in Berlin, 1917 zugleich Mitarbeiterin, 1921-22 Leiterin des Frauenberufsamtes des Bundes Deutscher Frauenvereine in Berlin (stellv. Vorsitzende für den Bereich Industriearbeiterinnenfragen); 1922 Regierungsrätin im Reichsamt für Arbeitsvermittlung, 1927 Oberregierungsrätin in der RfAVAV in Berlin (Hauptreferentin für Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Berufskunde); 1933 nach § 5 BBG Versetzung an das Landesarbeitsamt Brandenburg (Berlin) unter Beibehaltung der Amtsbezeichnung, dort bis 1945 Frauenreferentin und Referentin für Statistik; 1945 Ruhestand.

Auszeichnungen

1933 Mitglied des Ehrenausschusses der Ausstellung „Die Frau“ in Berlin; 1953 Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war eine engagierte Kämpferin für die Rechte der Arbeiterinnen, in der Heimarbeiterbewegung nahm sie eine führende Stellung ein. Ihr soziales Engagement begann in privaten Vereinigungen und mit grundlegenden Publikationen zur Heimararbeit, in der Weimarer Republik war sie dann am Aufbau der Reichsarbeitsverwaltung beteiligt, hier widmete sie sich vor allem der Berufsberatung für Frauen und

dem Ausbau des Arbeiterschutzes. G. galt als eine Pionierin der Berufsberatung. Sie war 1917-19 Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen, 1924 Mitglied des Hauptvorstands des Verbandes; 1928-30 Dozentin an der Deutschen Gesundheitsfürsorgeschule in Berlin-Charlottenburg; Dozentin an der Sozialen Frauenschule (Pestalozzi-Fröbel-Haus) in Berlin; ab 1949 Mitglied der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt.

Veröffentlichungen

Die Lage der Heimarbeiterinnen nach den Erhebungen des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands in den Jahren 1907 und 1912, 1912; Die Heimarbeit. Das jüngste Problem des Arbeiterschutzes, Diss. 1913; Die Heimarbeit im Krieg (mit v. Schulz), 1917; Heimarbeiterreform im Kriege, 1918; Das Hausarbeitsgesetz in der Fassung vom 30. Juni 1923, 1924; Die krankpflegerischen Nebenberufe, 1925; Vor der Berufswahl. Einführung in Wesen und Tätigkeit der Berufsberatung, 1927; Die Frau im Handwerk, 1931; bis 1943 Verfasserin zahlreicher Beiträge in Handbüchern und Aufsätze in Fachzeitschriften, insbes. in der Sozialen Praxis; ab 1922 Herausgeberin der Zeitschrift Berufskundliche Nachrichten; Mitherausgeberin [und Ausbau] des Handbuchs der Berufe.

Quellen

Schöck-Quinteros, Nationalökonominnen im wilhelminischen Deutschland, in: Politik und Profession. Frauen in Arbeitswelt und Wissenschaft um 1900, 1996, S. 83-120; Eberl/Marcon; Maier; BArbBl. 1959, S. 592; Arbeit, Beruf und Arbeitslosenhilfe – Das Arbeitsamt 1959, S. 255.

Bild

Schöck-Quinteros 1996, S. 100.

Gärtner, Karl Max Gewerkschafter

* 18.11.1870 in Albrechtsdorf/Krs. Sorau (Niederlausitz); † 4.1.1948 in Berlin-Hermsdorf; ev.-luth.; V Carl G., Bergmann; M Bertha geb. Künzel; ∞ vor 1902 1. Ernestine geb. Berthold (1867-); 2. 1928 Auguste Gertrud geb. Schneefuß (1883-1943); K 3 S.

Volksschulbesuch, ab 1884 dreijährige Tätigkeit in der Landwirtschaft; 1887-1900 Bergmann im Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands; ab 1900 Angestellter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, -1905 Bezirksleiter in Senftenberg, 1905 in Hannover und ab 1913 in Hildesheim; 1920-28 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter des Kalibergbaus); 1927-33 Direktor im Deutschen Kalisyndikat in Berlin; ab 1933 Rentner in Berlin-Wittenau.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

SPD (1912 Reichstagskandidat WK Schaumburg-Lippe).
1919-27 ordentliches und 1927-33 stellv. Mitglied des Reichskalirats.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. trat als Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR besonders hervor bei den Beratungen zum RKG 1923 und fungierte als Berichterstatter bei der RKGNov 1926. Im Ausschuss war er zudem ein Wortführer bei Beratungen zur Arbeitszeit-, Arbeitsschutz- und Unfallversicherungsgesetzgebung.

Quellen

Schröder (Bearb.), Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918, 1986; Reichshandbuch; IHG; BArch (R 401 / 126; R 401 / 516-534); EMK; Landesarchiv Berlin (P Rep. 110 Nr. 338; P Rep. 113 Nr. 249; P Rep. 801 Nr. 198); Stadtarchiv Hildesheim.

Bild

BArch R 401 / 126.

Gassner, Georg Ministerialbeamter

* 4.12.1883 in Berlin; † vor 1959; ev.; V Georg G., Rechnungsrat, Inspektor an der Charité in Berlin; M Charlotte Wilhelmine Luise geb. Voigt; ∞ 1920 *Margarete* Auguste geb. Schweinberger (1895-); K 1 S, 2 T.

1890-1902 Gymnasium in Berlin; 1902-05 Studium der Rechtswissenschaften in Tü-

bingen und Berlin; 1906 Gerichtsreferendar in Berlin; 1910 Gerichtsassessor in Halberstadt, Berlin und Potsdam; 1915 Landrichter in Schneidemühl, während des 1. Weltkriegs als Kriegsgerichtsrat einberufen; 1919 Hilfsarbeiter im RAM, 1920 Oberregierungsrat, 1921 als Ministerialrat Leiter der Unterabteilung „Betriebsverfassung, Berufsvereinsrecht, Vereinigungsfreiheit, Arbeitsgemeinschaften, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“, ab 1924 Leiter der Unterabteilung „Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsverfassung, Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtung“; 1927 Wechsel zur neu errichteten RfAVAV, im selben Jahr Präsident des Landesarbeitsamtes Ostpreußen; 1934-43 Präsident des Landesarbeitsamtes Brandenburg (und Berlin), 1943-45 des Gauarbeitsamtes Mark Brandenburg, zugleich Reichstreuhand der Arbeit für den Gauarbeitsamtsbezirk; 1945 zu Aufräumarbeiten dienstverpflichtet, bis 1948 Arbeiter bei den Berliner Städtischen Wasserwerken, in einer Likör- und in einer Margarinefabrik; 1948 Büroangestellter bei einem Rechtsanwalt in Berlin; weiteres Schicksal unbekannt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP, NSFK, NSV; 1934 RDB, Reichskolonialbund; RLB.
Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

1943 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war zu Beginn der Weimarer Republik maßgeblich an der Schaffung der Schlicht-WVO 1923 beteiligt, er war verantwortlich für die Bestellung staatlicher Schlichter. Seine Referatszuständigkeit umfasste seit 1921 ferner die Beteiligung an der Vorbereitung des ArbGG 1926. Als Präsident des von der Krisenarbeitslosigkeit besonders betroffenen Landesarbeitsamtes Ostpreußen wurde er zum Kommissar des 1931 geschaffenen freiwilligen Arbeitsdienstes bestellt, der 1934 mit der Ernennung Konstantin Hierls zum Reichskommissar aus dem Bereich des RAM in den des Reichsministeriums des Innern überführt wurde.

G. blieb auch nach der Errichtung von Gauarbeitsämtern Präsident des von ihm seit 1934 geleiteten Arbeitsamtes Mark Brandenburg, verlor aber die Zuständigkeit für Berlin.

Veröffentlichungen

Die Schlichtungsverordnung [Verordnung über das Schlichtungswesen] vom 30. Oktober 1923 (mit Sitzler), 1924; Die Wirtschaftsstruktur im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg, 1938.

Quellen

Wer ist's?; BArch (R 3001 / 56904; R 9361 I / 860); Landesarchiv Berlin (C Rep. 031-01-03 Nr. 163; C Rep. 031-01-06 Nr. 618); GVP RAM.

Geib, Karl Julius *Hermann* Dr. med. h.c., Dr. phil. h.c.
Staatssekretär

* 22.6.1872 in Bergzabern; † 23.9.1939 in Berlin; ev.; V Ernst *Adalbert*, Ritter v. G. (1835-1906), Bezirksamtsassessor, später Oberstaatsanwalt am bayer. VerwaltungsgERICHTSHOF in München; M Johanna *Rosalie* geb. Tenner (1839-); ∞ 1926 Helene geb. Dressel (1899-1971).

Gymnasium in München; 1891-95 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in München und Erlangen; einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1896 Referendar; 1899 Assessor; 1900 juristischer Hilfsarbeiter im bayer. Staatsministerium des Innern; 1901 Bezirksamtsassessor und Landratsstellvertreter in Nürnberg; 1902 Referent für Schul- und Kunstangelegenheiten im bayer. Kultusministerium; 1903 Erster Bürgermeister (1907: Oberbürgermeister) von Regensburg, 1910 Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen; 1911-14 naturwissenschaftliche Studien, Reisen in Europa, Nordafrika und Vorderasien; 1915-19 Aufbau und Leiter der Reichsgeschäftsstelle des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin, nach Übernahme der Reichsgeschäftsstelle als „Abteilung für Soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge“ in

das neu gegründete Reichsarbeitsamt dort Ministerialdirigent; 1919 Unterstaatssekretär im RAM, zugleich Leiter der Hauptabteilung „Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge“; 1920-32 Staatssekretär; 1932 Rücktritt, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; danach Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen wirtschaftlichen Konzernen, vor allem der keramischen Industrie.

Mitglied Akademischer Gesangsverein München (A.G.V.) im Sondershäuser Verband Deutscher Sängerverbindungen (S.V.).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914-18 Leiter der Abteilung für Kriegsbeschädigten- und Bäderfürsorge im Zentralkomitee des Roten Kreuzes; Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen; Vorsitzender des Beirats des Deutschen Arbeitsschutzmuseums in Berlin.

Auszeichnungen

1920 Dr. med. h.c. in Heidelberg; 1932 Dr. phil. h.c. in Berlin; Ehrenbürger der Stadt Regensburg; Ehrenmitglied u. a. der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, des Deutschen Sprachvereins sowie naturwissenschaftlicher Gesellschaften; Ehrenphilister A.G.V. München; Benennung einer Straße nach G. in Regensburg; Träger von mehr als 20 Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. sicherte 1919-32 als Staatssekretär unter fünf Reichsarbeitsministern die kontinuierliche Arbeit des RAM. 1915-18 umgab er sich als Leiter der Reichsgeschäftsstelle des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge mit einem sachkundigen Mitarbeiterstab, der das spätere RAM mitprägte. G. war die treibende Kraft des Reichsausschusses, dessen ausdifferenzierte Arbeitsfelder u. a. Berufsberatung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, Lohnfragen, Ansiedlung und Wohnungsfürsorge umfassten. Die Personalpolitik des RAM trug seine Handschrift. G. wurde als Organisator der deutschen Sozialpolitik

auf Reichsebene betrachtet, insbesondere in den ersten Jahren der Weimarer Republik war er an einer Reihe von grundlegenden Sozialgesetzen persönlich beteiligt (RVersorgG 1920; RentUntG 1921; Arb-NachweisG 1922; VfA/RVONov 1922; KleinrentFG 1923). Als sozialpolitische Frühstationen seines Werdegangs sind ferner zu nennen: 1917/18 Organisator der sogenannten Ludendorffspende; Vorstandsmitglied des Hilfsbundes für kriegsverletzte Offiziere.

Veröffentlichungen

1930-31 Herausgeber der Zeitschrift „Jahrbuch für Sozialpolitik“.

Quellen

Wer ist's?; Reichshandbuch; Soziale Praxis 1929, Sp. 629 f.; BArch N 2091 / 15 und 37; Stadtarchiv Regensburg; StA Bad Bergzabern.

Bild

BArch, Bild 116-421-09.

Gemmingen-Guttenberg-Fürfeld, Emil
Otto, Freiherr von
Ministerialbeamter

* 4.6.1880 in Mannheim; † 25.4.1945 in Berlin-Dahlem; ev.; V *Rudolf* Albert v. G.-F. (1846-1917), Kaufmann; M Katharina (*Kathi*) Friederike Julia geb. Strecker (1860-1929); ∞ 1910 Hannah geb. Reichard (1883-1945 – Suizid); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Mannheim; 1898 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1899 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg; ab 1905 Gerichtsreferendar in Mannheim, Achern, Heidelberg und im Bezirksamt Waldshut; 1907 Regierungsassessor; 1912 Amtmann und Sekretär beim bad. Ministerium des Innern, 1917 Oberamtman; 1914 Kriegsteilnehmer; 1919 Hilfsreferent im bad. Arbeitsministerium, 1920 Oberregierungsrat; 1922 Direktor des Hauptversorgungsamtes Baden in Karlsruhe; 1925 Ministerialrat im RAM, stellv. Leiter, 1929 Leiter der Unterabteilung „Wohlfahrtspflege, Soziale Fürsorge“ (Referent für öffentliche Wohlfahrtspflege); 1932 Übertritt

zum Rechnungshof des Deutschen Reiches in Berlin, ab 1933 Ministerialdirektor; 1945 Suizid.

Burschenschaft Alemannia Heidelberg 1898.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
1940 NSDAP.

Sozialpolitische Aktivitäten

v. G. war ab 1925 Stellvertreter und ab 1929 Nachfolger Erwin Ritters in der Leitung der fürsorgerechtlichen Abteilung des RAM. In sein Referat fiel die Zuständigkeit für die Durchführung der RFV und der RGr, beteiligt war er während seiner Amtszeit an Neuregelungen des Mutterschutzes (MutterschG 1927). Zu seinem Referat gehörte ferner die Sonderfürsorge für körperlich und geistig behinderte Menschen sowie der Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. 1928 trat v. G. als Delegierter des RAM auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris auf. 1933 wurde er zum Reichskommissar für die „Reichszentrale Landaufenthalt für Stadtkinder“ bestellt.

Quellen

Akten der Reichskanzlei online; BArch R 3901 / 100275; Generallandesarchiv Karlsruhe, 234 Badisches Justizministerium Nr. 12487; Landesarchiv Berlin, P Rep. 721 Nr. 2219; Stadtarchiv Mannheim; GVP RAM.

Gerig, Otto

Gewerkschafter

* 9.6.1885 in Rosenberg/Baden; † 3.10.1944 im KZ Buchenwald; kath.; V Wilhelm G. (1851-1922), Hauptlehrer; M Karoline geb. Kurz (1854-1910); ∞ 1924 Hanna geb. Degenhardt (1900-91); K 3 S, 2 T.

1891-99 Volksschule in Rosenberg; Lehre als Versicherungskaufmann in Karlsruhe; Besuch von Handelshochschulkursen an der Technischen Hochschule Karlsruhe; Tätigkeit bei verschiedenen Versiche-

rungsunternehmen, ab 1910 bei der Basler Versicherungsgesellschaft in Köln; 1915-18 Kriegsdienst; 1921-33 hauptamtliches Vorstandsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, zugleich geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes; 1933 fristlose Entlassung ohne Rentenzahlung wegen „politischer Unzuverlässigkeit“; vergeblicher Auswanderungsversuch nach Brasilien; 1934-36 Übernahme eines Delikatess- und Feinkostbetriebes in Köln-Deutz, Geschäftsaufgabe nach Boykott-Aktionen der örtlichen NSDAP; 1937-44 Angestellter bei der Ford AG in Köln (Leiter der Werkzeugartei); ab 1933 mehrere Haussuchungen, Verhöre, Überwachung durch die Gestapo; 1944 Verhaftung im Rahmen der Aktion „Gewitter“, Internierung in Köln, danach Abtransport in das KZ Buchenwald, dort umgekommen.

Zentrumspolitiker

Z

1906 Zentrum; 1920 Mitglied des Landes-ausschusses, 1930-33 des geschäftsführenden Vorstands der preußischen Zentrums-partei; 1925 Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrums-partei; RT 1923-24 WK 23 Köln-Aachen (Z); 1924-33 WK 20 Köln-Aachen (Z). LT Pr.LT 1921-24 WK Köln (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1907-1933 Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Auszeichnungen

Langemarck-Kreuz; Badische Tapferkeits-medaille, Eisernes Kreuz 2. Klasse; Benennung einer Straße in Köln-Deutz nach G.; seit 1992 Gedenktafel für die von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. prägte im Weimarer Reichstag als Vertreter des politischen Katholizismus die sozialpolitisch positiv orientierte Ausrichtung der Zentrumsfraktion, 1923-28 trat er als Mitglied des Ausschusses für soziale Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen in Erscheinung. Schwerpunkte seines Wirkens lagen in der

Angestellten- und Knappschaftsversicherung, dem Kündigungsschutz, der Kriegsbeschädigtenversorgung sowie im Siedlungs- und Wohnungswesen. Bis 1933 war er ehrenamtlich stellv. Mitglied des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Veröffentlichungen

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926, 1927; Die Reform des Reichsknappschaftsgesetzes, in: Soziale Rundschau. Monatl. Beilage zu „Mercuria“, 1926.

Quellen

Mielke/Morsch (Hrsg.), "Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht", Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933-1945, 2011; Moll (Hrsg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts Bd. 1, 4. Aufl. 2006; Haunfelder Zentrum; Schumacher M.d.R.; Paul; Badische Biographien, Neue Folge Bd. II, 1987; BArch 112 / 162.

Bild

Mielke/Morsch 2011.

Glaß, Otto Johannes Eduard Georg Dr. iur. Ministerialbeamter

* 24.7.1884 in Elberfeld/Wuppertal; † 18.7.1963 in Berlin-Zehlendorf; ev.; V Otto Eugen Conrad G., Eisenbahnsekretär; M Elise Hedwig geb. Krajewski; ∞ 1913 Martha Edith geb. Haase (1887-1962); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Königsberg (Ostpreußen); 1904 Studium der Rechtswissenschaften in Königsberg; 1907 Gerichtsreferendar in Ostpreußen; 1908-09 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1910 Promotion in Münster/Westf.; 1913-16 Gerichtsassessor, u.a. beim Allgemeinen Wohnungsbauverein in Königsberg, dann freiberuflich tätig; 1917 Hilfsreferent im Reichsministerium des Innern; 1919 als Geh. Regierungsrat im RAM maßgeblich verantwortlich für die Hauptabteilung „Wohnungs- und Siedlungswesen“; 1921 Ministerialrat (Leiter der Haupt-, später der Unterabteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen, 1921 zu-

gleich Leiter der Unterabteilung Städtisches Wohnungswesen einschließlich des Heimstättenwesens); ab 1926 vermutlich im einstweiligen Ruhestand, 1931 Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen; 1931-34 Leiter des Hauptverbandes deutscher Wohnungsunternehmen, 1934 Rücktritt (von NSDAP-Gauleitung Berlin erzwungen); 1931-41 Rechtsanwalt beim Kammergericht in Berlin, bis 1941 Aufsichtsratsvorsitzender der Kredit- und Sparkbank (ebenfalls zum Rücktritt gezwungen); Tätigkeit als freier Syndikus; 1946 Lehrbeauftragter für Genossenschafts-, Wohnungs- und Siedlungswesen an der Universität Berlin; 1947 Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1953 Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Volksbank (West).

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war in der Nachkriegs- und Inflationszeit bis 1925 im RAM verantwortlich für alle gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungswesens. Zentral beteiligt war er an der Schaffung folgender Gesetze: RHeimstG 1920; RMietG 1922; MietSchG 1923. G. galt als Experte des Erbaurechts, seine Referatszuständigkeit umfasste neben Grundsatzangelegenheiten zuletzt auch das ländliche Siedlungswesen.

Veröffentlichungen

Das Erbaurecht (mit Scheidt), 1919; Das Reichssiedlungsgesetz (mit Ponfick u. Wenzel), 1920; Arbeitsrecht und Arbeiterschutz. Die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs seit 9. November 1918 (u. a. mit Bauer, Kaphahn und Kerschensteiner), 1921-24; Genossenschaftskunde, 1949; Mitherausgeber des Jahrbuchs für Wohnungs-, Siedlungs- und Bauwesen.

Quellen

Wer ist wer?; DBE; BArch R 3001 / 57395; Landesarchiv Berlin (B Rep. 074 Nr. 4504; C Rep. 301 Nr. 316); Stadtarchiv Wuppertal; Friedhofsverwaltung Steglitz-Zehlendorf; GVP RAM.

Goldschmidt, Heinrich (Heinz) Gustav
Ministerialbeamter

* 27.3.1888 in Frankfurt/M.; † 27.1.1968 in Bonn; ev.; V Max G. (1847-1931),

Kaufmann, jüd.; M Amalie Hedwig geb. Stein (1862-1953); ∞ 1919 Friederike Luise Anna *Gertrud* geb. Leymann (1896-1977); K 1 S.

Gymnasium in Frankfurt/M.; 1906 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, München und Berlin; 1909 Referendar in Rüdeshcim und Frankfurt/M.; 1911-12 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1914 Gerichtsassessor (Notprüfung); 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1918 kurzfristig beim „Sozialen Museum“ in Frankfurt/M. beschäftigt; 1919 Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Dortmund (Sozialfürsorge, Vorsitzender des Mieteinigungsamtes); 1919 Hilfsreferent im RAM, 1920 Regierungsrat, 1922 Oberregierungsrat, 1927-45 Ministerialrat (Referent für Fragen des Arbeitsvertrags, Lehrvertrags, Tarifvertrags sowie Betriebsvereinbarungen; nach 1933 zuständig für Teilbereiche des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit: Betriebs- und Tarifordnungen; Kündigungsschutz); ab 1942/43 fachlich dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet; 1945 kurzfristige Tätigkeit in der Abteilung „Arbeit“ beim Magistrat Berlin, danach bis 1946 in US-amerikanischer Internierung; 1946-48 Referent beim Länderrat der amerikanischen Besatzungszone in Stuttgart; 1948 Referent in der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt/M.; 1950 Ministerialrat, Leiter der Unterabteilung „Lohn-, Tarif- und Schlichtungswesen“ im Bundesarbeitsministerium; 1953 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 RDB; 1935 NSV.
1948 im Entnazifizierungsverfahren als „nicht betroffen“ eingestuft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Hessische Tapferkeitsmedaille; 1937 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes; 1953 Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war 1919-53 an der Gestaltung sämtlicher Gebiete des deutschen Arbeitsrechts beteiligt: Im Rahmen seiner Tätigkeit im RAM bearbeitete er Fragen des Arbeitsver-

tragsrechts, des kollektiven Arbeitsrechts und der Arbeitsgerichtsbarkeit. Er wirkte mit am Kündigungsgesetz 1926 sowie am Mutter-Schutzgesetz 1927, 1928 erstellte er den Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft (Hausgehilfengesetz – nicht umgesetzt). Daneben wirkte er bis 1933 als Schlichter großer Arbeitskonflikte. In der NS-Zeit wurde G. trotz Anfeindungen aus der NSDAP als „Halbjude“ wegen seiner Fachkenntnisse im Amt belassen, allerdings war er von Beförderungen ausgeschlossen. 1946-48 war er die „fachliche Säule“ der von Ludwig Preller geleiteten Abteilung „Sozialpolitik“ im Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, in Ausschusssitzungen vertrat er den Länderrat für alle Gebiete der Sozialpolitik. Zugeschrieben wird ihm auch nach 1945 eine maßgebliche Mitgestaltung des neuen deutschen Arbeitsrechts, insbesondere des Tarifvertragsrechts und des Heimarbeitsrechts. G. war Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Konferenzen der ILO in Genf.

Veröffentlichungen

Arbeitsgerichtsgesetz, 1927; Tarifvertragsrecht (mit Sitzler), 1929; Der Kündigungsschutz für Angestellte (mit Sitzler), 1930; Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (mit Sitzler), 1932; Gewerkschaften und Fragen des kollektiven Arbeitsrechts in Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien (mit Steinmann), 1957; Kommentar zum Tarifvertragsrecht, 1961; Mitherausgeber der Zeitschrift „Recht der Arbeit“.

Quellen

Recht der Arbeit 1968, S. 91; Sozialer Fortschritt 1968, S. 90; BArch (R 3001 / 57610; Z 40/342; Z1/948; Z1/948; Z1/950; Z1/1204; Z1/1343; Z1/1342; Z1/1340; Z4/462; Z4/461; Z4/545; Z1/918; Z1/916; Z1/1121; Z1/936; Z1/921; B 149 / 1); Staatsarchiv Ludwigsburg (K 810, Bü 130; EL 902/20, Bü 3248); Stadtarchiv Bonn; Stadtarchiv Hannover; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.; StA Frankfurt/M.; GVP RAM.

Gottstein, Adolf Prof. Dr. med.
Arzt, Ministerialbeamter

* 2.11.1857 in Breslau; † 3.3.1941 in Berlin; jüd., 1892 ev.; V Emanuel G. (1825-

83), Kaufmann; M Rosalie (*Rosa*) geb. Behrend (1838-1922 [1923]); ∞ 1885 *Emilie* Karoline Elise Antonie geb. Meffert (1863-1941); K I S.

Gymnasium in Breslau; 1875-81 Studium der Medizin in Breslau, Straßburg und Leipzig; 1881 Promotion in Leipzig, Volontärarzt in Breslau; 1881/82 einjähriger freiwilliger Militärdienst; 1882-83 Assistenzarzt am städtischen Krankenhaus in Breslau, 1883 ambulante Praxis; 1884-1911 Praxis als praktischer Arzt und Geburtshelfer in Berlin, zugleich Durchführung epidemiologischer und statistischer Studien; 1905 Sanitätsrat; 1906-19 Mitglied des Magistrats Charlottenburg (unbesoldeter Stadtarzt), ab 1908 Dezernent für Fragen der Gesundheitsstatistik und diverse Bereiche der Armen- und Gesundheitsfürsorge; 1911-19 hauptamtlicher Stadtmedizinalrat in Charlottenburg; 1914 Geh. Sanitätsrat; 1918 (Titular-)Professor; 1919 kommissarischer Leiter der Medizinalabteilung des preuß. Ministeriums des Innern, 1919-24 Ministerialdirektor im preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt (Leiter der Abteilung Allgemeine Medizinalverwaltung), zugleich stellv. Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1924 Ruhestand, publizistische Tätigkeit.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1893-1900 Mitglied der Ärztekammer Berlin-Brandenburg; 1905 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik; 1906 Mitglied der Deputation für Gesundheitspflege sowie der Deputation für Straßenreinigung und Feuerlöschwesen des Magistrats Charlottenburg, 1908 der Deputation für statistische Angelegenheiten; 1911 Mitglied des „Institut Internationale de Statistique“; 1919 Vorsitzender des Preuß. Ärztlichen Ehrengerichtshofes; 1919 Medizinisches Aufsichtsratsmitglied der Gothaer Lebensversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit; zahlreiche Ehrenämter, u. a. Geschäftsführer des Gutachterausschusses für das gesamte Krankenhauswesen beim Deutschen Städtetag (Vorläufer der Deutschen Krankenhausgesellschaft); 1925 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina; 1930 Vorsitzender des Reichsausschusses für Bevölkerungsfragen; nach

1933 aufgrund seiner jüdischen Abstammung Verlust der Ehrenämter.

Auszeichnungen

1924 Stadtältester Berlin; 1932 Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft; Ehrengrabstätte auf dem Südwestfriedhof Stahnsdorf in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war einer der führenden Mediziner der kommunalen und staatlichen Gesundheitsfürsorge. Als Gesundheitswissenschaftler, Stadtarzt und Ministerialrat hatte er prägenden Einfluss auf das Gesundheitswesen seiner Zeit. Von der allgemeinen Hygiene und Epidemiologie ausgehend, bezog er zunehmend die Ergebnisse der sozialen Hygiene ein und wurde zu einem anerkannten Gesundheitspolitiker. Im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt leitete G. 1919-24 das gesamte Gesundheitswesen aktiv und fortschrittlich. Er wirkte mit an der preußischen Gesetzgebung zum KrüppelFürsG (Pr.) 1920, Hebammengesetz 1922 (Pr.), TbG (Pr.) 1923 und zum GeschlechtsKHG 1927. Während der Weimarer Zeit übernahm er zahlreiche Funktionen: 1921 Mitbegründer und Präsident des Preuß. Landesgesundheitsrates; Mitglied im Reichsgesundheitsrat sowie im Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose; 1920 Mitbegründer der Akademien für Sozialhygiene in Charlottenburg, Breslau und Düsseldorf, in denen Ärzte für das öffentliche Gesundheitswesen aus- und weitergebildet wurden; 1922-33 Lehrbeauftragter an der Sozialhygienischen Akademie Charlottenburg.

Veröffentlichungen

Epidemiologische Studien über Diphtherie und Scharlach, 1895; Allgemeine Epidemiologie, 1897; Geschichte der Hygiene im 19. Jahrhundert, 1901; Die neue Gesundheitspflege, 1920; Schulgesundheitspflege, 1926; Handbuch der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge (Hrsg. mit Schlossmann u. Teleky), 5 Bde., 1925-27; Die Lehre von den Epidemien, 1929; Handbücherei für das gesamte Krankenhauswesen (Hrsg., 7 Bde.), 1930; Allgemeine Epidemiologie der Tuberkulose, 1931; Epidemiologie – Grundbegriffe und Ergebnisse, 1937; 1922-33 Mitherausgeber und Schriftleiter der „Klinischen Wochenschrift. Organ der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte“; 1925/26-34

Reorganisator und Hauptschriftleiter der „Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen“; Verfasser zahlreicher weiterer wissenschaftlicher Beiträge, zu einer bibliographischen Übersicht vgl. Koppitz/Labisch 1999.

Quellen

Koppitz/Labisch, Adolf Gottstein. Erlebnisse und Erkenntnisse. Nachlass 1939/1940. Autobiographische und biographische Materialien, 1999.

Bild

Koppitz/Labisch 1999.

Grieser, Andreas Dr. oec. publ. h. c.
Staatssekretär

* 31.03.1868 in Bliesdalheim (BezA. Zweibrücken); † 18.10.1955 in München; kath.; V Johannes G. (1840-1917), Eisenbahnschaffner, Landwirt; M Magdalena geb. Mischo (1844-87); ∞ 1899 Elise geb. Pickl (1866-1953); K 1 S.

Gymnasium in Speyer; 1888/89 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1888-95 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in München; 1895 erste juristische Staatsprüfung; 1898 Staatsprüfung für Justiz und Verwaltung; 1899 Rechtsanwalt; 1900-09 Amts- und Oberamtsrichter sowie Staatsanwalt im bayer. Staatsdienst; 1909-18 Magistratsrat in München; 1918-20 1. Bürgermeister in Würzburg, 1919/20 für die BVP im Kreistag Unterfranken; 1920 Oberregierungsrat, 1921 Ministerialrat im RAM (Referent für Versorgungswesen), 1922-32 Ministerialdirektor der Hauptabteilung Sozialversicherung (1931/32 einschl. Wohlfahrtspflege); 1932/33 Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums; 1933 Rücktritt nach entsprechender Aufforderung Franz Seldtes und Versetzung in den Ruhestand; 1933-35 Engagement in der "Deutschen Front" für die Rückgliederung des Saarlands; 1940 unbesoldeter Sachbearbeiter für Sachschadenanträge in Bliesdalheim, 1942 Mitarbeiter des Kriegsschädenamtes St. Ingbert; 1945/46 Landrat im Kreis St. Ingbert; 1947-50 Staatssekretär im bayer. Ministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge; 1950 Ruhestand.

KSStV Alemannia München.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

BVP

Kyffhäuserbund; Reichskolonialbund; NSV; VdK; Görres-Gesellschaft, Köln.

Auszeichnungen

1916 Eisernes Kreuz als Nichtkombattant; 1928 Dr. oec. publ. h.c. Tübingen; 1952 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; 1954 Ehrenmitglied VdK Deutschland, Goldenes Ehrenzeichen des VdK.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als Ministerialdirektor hatte G. in der Weimarer Republik nach der Währungsstabilisierung entscheidenden gestaltenden Einfluss auf die Sozialversicherungsgesetzgebung einschließlich der Ermächtigungs- und Notverordnungsgesetze. Er wehrte größere Umbaupläne (Stärkung der Fürsorge) ab und trat erfolgreich ein für den (Wieder-)Aufbau der klassischen Sozialversicherung („Retter“). 1928 wurde G. von Reichsarbeitsminister Brauns als "Schöpfer der neuen Deutschen Sozialversicherung" gewürdigt. Konkreter Anteil G. ist bei folgenden Gesetzen und Novellen nachweisbar: VfA/RVONov 1922; RKG 1923; RKGNov 1926; KrankVersGNov 1923 u. 1926 I u. II; KrankSeeVersG 1928. In der ILO in Genf war er Mitglied des Sachverständigen-Ausschusses für die Sozialversicherung, 1925 Vorsitzender des Ausschusses für die Grundfragen der Sozialversicherung, 1927 des Ausschusses für die Krankenversicherung in Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, 1929 des Ausschusses für die Krankenversicherung der Seeleute, 1932 des Ausschusses für die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. 1932 nahm er als Delegierter auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil. Nach 1945 setzte sich G. (zusammen mit Sauerborn und Eckert) für die Beibehaltung der klassischen Sozialversicherung in Deutschland ein und wirkte maßgeblich an der bayerischen Kriegssopfer-, Heimkehrer- und Blindengesetzgebung mit.

Veröffentlichungen

Verfasser zahlreicher Abhandlungen zu Fragen der Sozialversicherung und Fürsorge (vgl. Schmied 1993); 1927 Mitherausgeber von „Die Reichsversicherung“; Recht der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung nach dem Bundesverwaltungsgesetz, 1951.

Quellen

Schmied, Andreas Grieser (1868-1955). Das Leben und Wirken des "Nestors" der deutschen Sozialversicherung, 1993 (mit Bibliographie); Koß/Löhr (Hrsg.), Biographisches Lexikon des KV (2), 1993; Eberl/Marcon; Wiederaufbau und Wirken der deutschen Sozialversicherung. Ministerialdirektor A. Grieser zum 60. Geburtstag, 1928; BArch R 3901/100289; GVP RAM.

Bild

Schmied 1993.

Grießmeyer, Albert Christof Gottlieb Eugen

Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

* 20.11.1879 in Ansbach; † 30.3.1957 in München; ev.; V *Georg* Sigmund G. (1847-1925), Bäcker; M *Babette* Maria Kunigunde geb. Körber (1854-1935); ∞ 1. 1907 *Elisabetha* Adele geb. Hering (1882-1915), 2. 1920 *Elly* Wanda Melanie geb. Plathner (1883-1967).

Gymnasium in Regensburg; 1898-99 einjährig-freiwilliger Militärdienst; Studium der Rechtswissenschaften in München und Erlangen; 1902 Gerichtsreferendar; 1905 Gerichtsassessor, ab 1906 Rechtsanwalt; 1906 Eintritt in die Marineintendantur in Kiel, 1907 Marineintendanturassessor in Wilhelmshaven, 1911 nach Ostasien und Nordamerika kommandiert, 1912 Berufung ins Reichsmarineamt; 1913 Marineintendanturrat, Versetzung zum Gouvernement von Kiautschou in Tsingtau, 1914-19 in japanischer Kriegsgefangenschaft; 1920 Hilfsarbeiter im Reichsmarineamt (Leiter der Abwicklungszentrale in Kiel); 1920 Hilfsarbeiter, dann Oberregierungsrat in RAM, 1921 Ministerialrat (Personalreferent), 1923 Leiter der wirtschaftlichen Außenstelle in Heidelberg („Ruhreinbruch“),

danach wieder Personalreferent im RAM; 1928 Leiter der Verwaltungs- und Versorgungsabteilung; 1931 beauftragter, 1936 planmäßiger Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte; 1945 Dienstenthebung, bis 1946 Arbeitseinsatzverpflichtung; 1946-48 Holzarbeiter und Hilfszimmermann, danach Ruhestand.

Mitglied Akademischer Gesangsverein München (A.G.V.).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Bis 1933 DVP, 1933 NSDAP; 1933-36 SS-Reitersturm (1935 Unterscharführer); 1934 RDB, NSRB; 1935 NSV, NSFK; 1936 Reichskolonialbund; 1937 VDA; NS-Reichskriegerbund; Reichsbund für Leibübungen.

Im Entnazifizierungsverfahren in der SBZ 1948 als „politisch unbedenklich“ eingestuft, 1949 Bestätigung der Einstufung in der amerikanischen Besatzungszone.

Vorstandsmitglied des Berliner Zweigs des Bundes Deutsche Schlaraffia e.V.; Mitglied des Ausschusses des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft; Aufsichtsratsmitglied des KdF-Werks (VW) in Fallersleben.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Bayer. Militärverdienstkreuz 4. Klasse mit Schwertern; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1944 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. besondere Bedeutung liegt in seiner Funktion als Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in der NS-Zeit, deren Selbständigkeit er erhalten konnte. Während des 2. Weltkriegs wirkte er maßgeblich mit bei der Überleitung der Sozialversicherung auf die besetzten Gebiete, die von ihm verantwortete soziale Gesundheitsfürsorge der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte galt als Beitrag zur Erhaltung der „Wehrfähigkeit“.

G. war 1934 Präsident des Vorbereitenden Ausschusses des IV. Internationalen Kongresses für Sozialversicherungsfachleute; Mitglied im Reichstuberkuloseausschuss; Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bau- und Bodenbank; nach 1945 Auf-

sichtsratsvorsitzender der Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten.

Veröffentlichungen

Die Berechtigung und Bedeutung der Angestelltenversicherung in Deutschland, 1936; Die Altersversorgung des Handwerksmeisters (mit Schüler), 1939; Wesen und Umfang der Deutschen Angestelltenversicherung, 1939; Altersversorgung des deutschen Volkes, 1940; Die Angestelltenversicherung im werdenden Großdeutschland, in: RArbBl 1942, S. 256-261; ab 1937 Mitarbeiter bei der Zeitschrift „Monatsschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung“.

Quellen

Wer ist's?; DFL; BArch (R 3901 / 103525; R 9361 I / 1006); Landesarchiv Berlin (B Rep. 031-01-02 Nr. 2714; B Rep. 031-01-12 Nr. 930); EMK; Stadtarchiv München; Amt für Archiv und Denkmalpflege Regensburg; GVP RAM.

Bild

DFL.

Grotjahn, Alfred Prof. Dr. med.
Arzt, Sozialhygieniker

* 25.11.1869 in Schladen/Harz; † 4.9.1931 in Berlin; ev.; V Robert Wilhelm G. (1841-1908), Arzt, Geh. Sanitätsrat; M Elise Emma geb. Frey (1845-75); ∞ 1900 Charlotte geb. Hartz (1881-1945); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Wolfenbüttel; 1890-96 Studium der Medizin und Nationalökonomie in Greifswald, Leipzig, Kiel und Berlin; 1894 Promotion in Berlin; 1896 Approbation, Niederlassung als praktischer Arzt, zugleich kurzzeitige Tätigkeit als Assistenzarzt in einer Privatpoliklinik für Nervenranke; 1902 Studienreise nach London und Paris; 1912 Habilitation als erster Arzt für soziale Hygiene; 1912-20 Privatdozent für Hygiene an der Universität Berlin und Leitung der Abteilung Soziale Hygiene am Hygienischen Institut der Universität Berlin; 1915 Aufgabe der Arztpraxis und bis 1918 Leiter der Abteilung Sozialhygiene im Medizinalamt der

Stadt Berlin; 1919-20 Ärztlicher Direktor des Heilstättenamtes Berlin (Verschickungswesen, Erholungsfürsorge); 1920-31 o. Prof. für Soziale Hygiene an der Universität Berlin, 1927-28 Dekan der Medizinischen Fakultät.

sozialdemokratischer Politiker
1919 SPD.

RT 1921-24 Reichswahlvorschlag (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1905 Mitbegründer des Vereins für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik in Berlin; 1913 Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; 1919 Mitglied im Verein sozialdemokratischer Ärzte; Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung; Mitglied im Bund der Kinderreichen; Mitglied der Gesellschaft für Rassenhygiene; 1930 Mitglied im Reichsausschuss für Bevölkerungsfragen sowie in verschiedenen bevölkerungspolitisch ausgerichteten Organisationen.

Auszeichnungen

1913 Verleihung des Prof.-Titels durch den preußischen Kultusminister; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. gilt als „Vater“ der Sozialmedizin bzw. Begründer der Sozialen Hygiene als Wissenschaft. Er erhielt das erste Ordinariat für Sozialhygiene in Deutschland. Begriff und Konzeption der „Sozialen Hygiene“ gehen auf G. zurück. Er beschäftigte sich neben sozialhygienischen auch mit eugenischen, sexualhygienischen und bevölkerungspolitischen Fragen, seine Arbeiten regten zahlreiche Innovationen in der Weimarer Republik an. Als Reichstagsabgeordneter war G. 1921 Mitglied im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten, 1922 im 29. Ausschuss zur Vorbereitung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes und 1923 im Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Er setzte sich besonders für das Zustandekommen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922) ein und verankerte in diesem sozialpädagogisch ausgerichteten Gesetz auch die ärztliche Kom-

petenz (§ 10). Ferner engagierte er sich für das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (GeschlechtsKHG 1927). Der Entwurf des 1922 auf dem SPD-Parteitag einstimmig angenommenen gesundheitspolitischen Programms der SPD geht auf G. zurück. 1925-28 war er Mitarbeiter der Hygienesektion des Völkerbundes. G. war Dozent an der Verwaltungsschule deutscher Krankenkassen und stand dem Hauptverband deutscher Krankenkassen beratend zur Seite. Er lehrte zudem an der Sozialhygienischen Akademie in Berlin-Charlottenburg, an der Verwaltungsschule der Akademie sowie an der Hochschule für Politik in Berlin.

Seine 1902 entwickelte Theorie der Sozialen Hygiene wurde anfangs von Eugenikern angegriffen, er selbst bewegte sich im Laufe der Zeit immer weiter in die eugenische Richtung und war mit seinen Forderungen einer der radikalsten Eugeniker in der Weimarer Republik. G. setzte sich aus bevölkerungspolitischen Gründen u. a. für die Strafbarkeit der Abtreibung ein, wenn auch bei erheblicher Strafmilderung; er lehnte eine wirtschaftlich-soziale Indikation ab und befürwortete eine „Elternschaftsversicherung“. Zudem befürwortete er die Sterilisierung körperlich und geistig „Minderwertiger“.

Veröffentlichungen

Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung, 1898; Krankenhauswesen und Heilstättenbewegung im Lichte der Sozialen Hygiene, 1908; Soziale Pathologie. Versuch einer Lehre von den sozialen Beziehungen der menschlichen Krankheiten als Grundlage der sozialen Medizin und der sozialen Hygiene, 1912; Handwörterbuch der Sozialen Hygiene (mit Kaup, Hrsg.), 1912; Geburtenrückgang und Geburtenregelung im Lichte der individuellen und der sozialen Hygiene, 1914; Soziale Hygiene, Geburtenrückgang und das Problem der körperlichen Entartung, in: Weyl's Handbuch der Hygiene, Ergänzungsband: Soziale Hygiene, 1918, S. 389-448; Leitsätze zur sozialen und generativen Hygiene, 1921; Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung. Versuch einer praktischen Eugenik, 1926; Die Leistungen der deutschen Krankenversicherung im Lichte der Sozialen Hygiene (mit Goldmann), 1928; Der Geburtenrückgang und die Bekämpfung durch eine Elternschaftsversicherung, 1929; Ärzte als Patienten. Subjektive Krankengeschichten in ärztlichen Selbstschilderungen, 1929; Erlebtes

und Erstrebt. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, 1932; ab 1906 Herausgeber der „Zeitschrift für Soziale Medizin“ (später: „Archiv für Soziale Hygiene und Demographie“) und ab 1902 der „Jahresberichte über die Fortschritte und Leistungen der Sozialen Hygiene und Demographie“; 1929/30 Hrsg. der Schriftenreihe „Ergebnisse der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge“ (mit Rott und Langstein); Verfasser zahlreicher Schriften zu den Problemen der Sozialen Hygiene, Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik, Sozialversicherung, Volksernährung, Lebensführung und Wohnhygiene. Zu einem Werkverzeichnis G. vgl. Kaspari 1989.

Quellen

Kaspari, Alfred Grotjahn (1869-1931). Leben und Werk, Diss. 1989; Tutzke, Alfred Grotjahn, 1979; NDB.

Bild

Tutzke 1979.

Grünwald, Alex(ander) Gottfried Maria Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 28.10.1901 in Linz am Rhein;
† 30.5.1947 im „Speziallager“ Nr. 2 Buchenwald; kath.; V Gottfried G. (1867-1926), Kaufmann; M Maria geb. Engel (1876-1954); ∞ 1927 Elisabeth Maria Johanna geb. Pöllmann (1903-87); K 3 S, 2 T.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn; 1923-26 Gerichtsreferendar in Linz am Rhein und Frankfurt/M.; 1925 Promotion in Bonn; 1927 Gerichtsassessor, Eintritt als Regierungsassessor in das RAM; 1928 Regierungsrat im RAM (persönlicher Ministerreferent, ab 1929 dem Staatssekretär zugeteilt, zugl. in der arbeitsrechtlichen Abteilung Bearbeitung einzelner Schlichtungsverhandlungen); 1932/33 zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung abgeordnet; um 1933 Oberregierungsrat im RAM, 1941 Ministerialrat (Referent für die Reichsversicherung, insbesondere Krankenversicherung); 1945 vom sowjetischen Geheimdienst als „Mitarbeiter eines Ministeriums“ verhaftet und in Buchenwald ums Leben gekommen.

KStV Hohenstaufen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1928-33 Z

1934 RDB und NSRB; 1935 NSFK; 1936 NSV; ein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP scheiterte 1942 („absoluter Anhänger der katholischen Kirche“).

1937 Mitglied des Reichsfachschäftsbeirats des Fachamtes Banken und Versicherungen der DAF.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war 1928 für kurze Zeit persönlicher Referent des Reichsarbeitsministers Heinrich Brauns, bis 1933 stand er der Leitungsebene des RAM für besondere Aufgaben zur Verfügung (u. a. Schlichtungsverhandlungen, Arbeitsbeschaffung). Ein dauerhaftes Wirkungsfeld fand er später bei der Erhaltung und Sanierung der Sozialversicherung nach 1933. Beteiligt war er am ErhaltG 1933 und am AufbauG 1934, bis 1945 wirkte er an der Gesetzgebung im Bereich der Krankenversicherung mit.

Veröffentlichungen

Das Sofortprogramm des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung (mit Niemetz), 1933; Der Entscheidungskampf gegen die Arbeitslosigkeit, 1934; Arbeitsgerichtsgesetz (Hrsg.), 1934; Das neue deutsche Sozialversicherungsrecht (mit Kilian), 1935; Das Wehrmachtsfürsorge und -versorgungsgesetz vom 26. August 1938 (WFGV), 1939; Die Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen, 1941; 1933-39 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung“.

Quellen

Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, 1977; Schwoch; BArch (R 3001 / 58257; PK D 216); StA Linz am Rhein; Kath. Pfarramt Schöllkrippen; GVP RAM.

Gütt, Arthur Julius Dr. med.
Ministerialbeamter

* 14.8.1891 auf Gut Michelau/Krs. Rosenberg (Westpreußen); † 2.3.1949 in Stade; ev., später „gottgläubig“; V Julius Johann G. (1856-1916), Landwirt, Gutsbesitzer; M Auguste Adeline geb. Schneider (1859-

1926); ∞ 1914 Franziska Meta Marie Jenny geb. Henrard (1892-1967); K 6 S, 1 T.

Realgymnasium in Königsberg; 1911 Studium der Medizin in Königsberg und Greifswald; 1913 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1914 Kriegsteilnehmer (Feldunterarzt), 1914-16 Kriegsgefangenschaft in Russland (Sibirien); 1917 Staatsexamen in Königsberg; 1918 Approbation; 1919 Promotion in Königsberg; 1919-25 Allgemein- arzt in Popelken/Krs. Labiau (Ostpreußen); 1923 Kreisarztexamen in Berlin; 1925 Medizinalassessor in Waldenburg (Schlesien); 1926-31 Kreisarzt in Marienwerder (Westpreußen), 1927 Medizinalrat (Stadt- und Schularzt sowie Vertrauensarzt bei der Landesversicherungsanstalt Westpreußen und der Reichsbahn); 1931-33 Kreisarzt in Wandsbek und Stormarn (Schleswig-Holstein); 1933 Ministerialrat (Referent für Bevölkerungspolitik), 1934 Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern (Leiter der Abteilung Volksgesundheit); 1939 krankheitsbedingt beurlaubt, 1940 mit der Amtsbezeichnung „Staatssekretär“ pensioniert; 1940-44 Verwalter der Güter Openholz und Scheunenort/Krs. Samter (Warthegau); 1944-45 Pächter der Domäne Asselersand IV/Krs. Stade; 1945-47 in britischer Internierung, Lazarettaufenthalte in Rotenburg/Wümme und Fallingbostal; danach (weitgehend dienstunfähig erkrankt) Landwirt im Schafwinkel/Kreis Verden; 1949 Suizid.

Turnerschaften Markomania Königsberg und Teutonia Greifswald.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-23 und 1930-32 DNVP; 1923-25 Mitbegründer und Kreisleiter der NSFB in Labiau, Mitglied im Frontkämpferbund (Frontbann) und im Wehrverband „Wehrwolf“; 1932 NSDAP; 1933 RDB, NSV, NS-Ärztebund; NS-Altherrenbund; 1933 SS (zuletzt 1938 Brigadeführer); 1935 Leiter des Amtes für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitspflege im Stab des Reichsführers SS, 1937 Chef des Sippenamtes des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS; Berater der NSDAP-Reichsleitung für Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens und der Rassenhygiene.

1949 im Entnazifizierungsverfahren posthum in die Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

1937 Akademie für Deutsches Recht.

Auszeichnungen

1917 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1936 Olympiאהhrenzeichen; 1935 Ehrenzeichen, 1938 Stern des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes; 1938 Ostmark-Medaille; Ehrenmitglied Reichsbund deutsche Familie.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. war in der NS-Zeit 1933-39 an allen Gesetzen des Gesundheitswesens entscheidend beteiligt, dabei entwickelte er die gesetzlichen Grundlagen der NS-„Erb- und Rassenpflege“. Die organisatorische Grundlage dafür schuf er mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (VereinheitlichungsG 1934) sowie mit detaillierten Durchführungsverordnungen dazu. Er befürwortete ein staatliches, nicht aber berufsständisch-verbandlich organisiertes Gesundheitssystem. Das Reichsministerium des Innern wurde unter G. zum gesundheitspolitischen Machtzentrum des Dritten Reiches, die Bedeutung der Länder auf diesem Sektor nahm ab.

Stationen seiner gesundheitspolitischen Karriere waren: 1933 Leiter des Reichtsausschusses für den Volksgesundheitsdienst; 1935 Präsident der Staatsakademie des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Vorsitzender der Robert-Koch-Stiftung; 1936 Präsident des Preußischen Landesgesundheitsrates; 1936 Mitglied des Ständigen Ausschusses sowie Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London; 1938 ordentliches Mitglied des wissenschaftlichen Senats des Heeressanitätswesens; 1939 Vorsitzender des Reichstuberkuloserats.

Veröffentlichungen

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (mit Rüdín und Ruttke), 1934; Der öffentliche Gesundheitsdienst (mit Moebius), 1935 [2. Aufl. 1939 Untertitel: Erläuterungen zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934]; Blut-schutz- und Ehegesundheitsgesetz (mit Linden und Massfeller), 1936; Der Aufbau des Gesundheitswesens im Dritten Reich, 1935; Der Amts-

arzt. Ein Nachschlagewerk für Medizinal- u. Verwaltungsbeamte (mit Klein), 1936; Population Policy, 1938; Mitherausgeber der Zeitschriften „Volk und Rasse“, „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ und „Münchner Medizinische Wochenschrift“. Zahlreiche Veröffentlichungen zur NS-Rassenhygiene.

Quellen

Süß, Der „Volkkörper“ im Krieg, 2003; Schwach; Labisch/Tennstedt; Altpreußische Biographie Bd. III, 1975; DFL; Wer ist's?; BArch (R 1501/5583; 206875-206877); Niedersächsisches Landesarchiv Stade, Rep. 275 II Nr. 50800; Stadtarchiv Stade.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 423.

Habersbrunner, *Franz Xaver* Dr. rer. pol. Verbandsfunktionär

* 4.5.1869 in Regensburg; † 13.9.1934 in Nowawes; kath.; V Johann Nepomuk H. (1821-89), Bezirksgerichtsrat; M *Maria* Elisabeth Antonie geb. Hohenauer (1833-); ∞ 1. 1906 Anna geb. Borchardt (1880-); 2. 1917 Anna geb. Giese (1892-); K n. e.

-1892 Gymnasium [in Regensburg]; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Tübingen und Würzburg, 1903 Promotion in Würzburg; Tätigkeit als Journalist, dann leitend tätig in Arbeitgeber- bzw. wirtschaftlichen Verbänden (Generalsekretär); 1920-33 Mitglied des RWR (Arbeitgebervertreter der Industrie).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918-23 Mitglied des Zentralvorstands der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands (ZAG); Aufsichtsratsmitglied der Apollinaris-Brunnen AG, der Dorstener Glashütte AG, der Ala-Anzeigen AG, der Vereinigten Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerke AG.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war in Fortführung seiner Tätigkeit für die ZAG, die 1923 an Bedeutung verlor, der aktivste Arbeitgebervertreter im Sozi-

alpolitischen Ausschuss des RWR. 1923-33 fungierte er als stellv. Vorsitzender des Ausschusses. In den Ausschusssitzungen trat er wiederholt als Berichterstatter hervor, er engagierte sich insbesondere bei folgenden Gesetzesvorhaben: VfA/RVO-Nov 1922 (Ber.); UnfVersGNov 1925; BerufskHVO 1925; ArbGG 1925; AVAVG 1927 (Ber.); ArbSchutzGE 1926; BerufskHVO-Nov 1929.

Veröffentlichungen

Die Lohn-, Arbeits- und Organisations-Verhältnisse im deutschen Baugewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Arbeitgeber-Organisation (Diss.), 1903.

Quellen

Lilla RWR; Wenzel; BArch (R 401 / 126; R 401 / 516-534); EMK; Landesarchiv Berlin, P Rep. 500 Nr. 685; Stadtarchiv Potsdam; Amt für Stadtgeschichte der Stadt Weiden i.d.OPf.; Stadtarchiv München; Amt für Archiv und Denkmalpflege Regensburg.

Bild

BArch R 401 / 126.

Haedenkamp, *Karl* Christian Friedrich Hermann Dr. med.

Arzt, Verbandsfunktionär

* 26.2.1889 in Hamm (Westfalen); † 13.7. 1955 in Garmisch-Partenkirchen; ev.-luth.; V Karl H. (1855-89), Architekt; M *Caroline* geb. Schulte (1860-1939); ∞ 1. 1919 Ursula geb. Reinhardt (1898-); 2. 1930 *Ingeborg* Ottilie Gertrud geb. Hermann (1909- nach 1955); K 1 S, 3 T.

Gymnasium in Hamm; 1909 Studium der Rechtswissenschaften und der Geschichte in Leipzig, danach der Medizin in Leipzig und Rostock; 1914 Approbation in Rostock; 1914-18 Kriegsteilnehmer (u.a. U-Boot-Schiffsarzt); 1916 Promotion in Rostock; 1918-22 Arzt in (Ober-)Vellmar/Krs. Kassel; 1922 Geschäftsführer (Generalsekretär) und Vorsitzender des Verbandes der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund), 1924 Leiter von dessen Berliner Geschäftsstelle; 1933-39 Kommissar zur besonderen Verwendung im RAM (Neu-

regelung des Kassenarztrechts); nach 1933 Geschäftsführer der Reichsärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Verbindungsmann zum Reichsärztführer Gerhard Wagner; 1936 Auslandsreferent des Reichsärztführers, Leiter der Auslandsabteilung der Reichsärztekammer; 1939 nach Konflikten mit dem Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti von allen Ämtern zurückgetreten; 1939-45 Teilnahme am 2. Weltkrieg als Sanitätsoffizier der Reserve; 1946 Geschäftsführer des Nordwestdeutschen Ärztekammerverbandes in der britischen Zone, 1949 1. Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer; Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern sowie geschäftsführender Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Ärztetages.

konservativer Politiker

Um 1922-33 DNVP, 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot; 1934 NSDAP
RT 1924-28 Reichswahlvorschlag (DNVP).

Corps Lusatia Leipzig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1931 Stahlhelm, nach 1933 SA (Sanitäts-obersturmbannführer);
1954 Ehrenmitglied des Bundesverbandes des Marburger Bundes.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. und 1918 1. Klasse, U-Boot-Frontabzeichen; 1937 Ehrenzeichen 1. Klasse des Deutschen Roten Kreuzes; 1939 Ehrenmitglied der Japanisch-Deutschen Medizinischen Gesellschaft; 1954 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland sowie Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft; Benennung von Straßen nach H. in Köln-Lindenthal (-1986) u. Hamm (-2012).

Sozialpolitische Aktivitäten

H. wirkte maßgeblich an der Neugestaltung des Kassenarztrechts durch Notverordnungen zwischen 1930 u. 1932 mit, insbesondere an der NotVO II 1931, die den Hartmannbund letztlich in die 1933 geschaffene Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands überführte. Zuvor war er 1923-28 Mitglied des Reichstagsausschus-

ses für soziale Angelegenheiten, in dem er als Berichterstatter für das Geschlechts-KHG 1927 auftrat. Weitere Stationen seiner Karriere waren: 1923 Mitglied des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen; 1929 „Ständiger Beauftragter der Spitzenverbände der deutschen Ärzteschaft“; 1933 Mitglied des Führerrats der deutschen Ärzteschaft sowie im Vorstand des Reichstuberkuloseausschusses; 1937 Präsident der Association Professionelle Internationale des Médecins; 1938 Gründungsmitglied der Internationalen Akademie für das ärztliche Fortbildungswesen in Berlin; Vertreter des Deutschen Ärztevereinsbundes; 1939-40 Beauftragter der Volksdeutschen Mittelstelle für alle ärztlichen Fragen der deutschen Volksgruppen; nach 1945 2. Vorsitzender der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. sowie des Bundesverbandes der freien Berufe; 1949 an der Wiedergründung des Hartmannbundes beteiligt; 1953 Mitglied des Beirates beim Bundesarbeitsministerium für die Neuordnung der sozialen Leistungen.

Veröffentlichungen

Die Gesundheitspolitik des Reiches und die Ärzte, 1928; Die Reichsärzteordnung, 1936; Die Neuordnung der deutschen Sozialversicherung, 1937; Das Arztrecht. Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Anordnungen, Verträge u. organisatorische Angaben aus dem Arbeitsgebiet der Reichsärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, 1937; 1923-1940 Schriftleiter der „Ärztlichen Mitteilungen“ bzw. ab 1933 des „Deutschen Ärzteblattes“.

Quellen

Schwoch; Labisch/Tennstedt; Schumacher M.d.R.; NDB; Stadtarchiv Garmisch-Partenkirchen.

Bild

Schwoch, S. 85.

Haenel, William Hans Rudolf

Direktoriumsmitglied der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

* 22.12.1871 in Annaberg (Sachsen);
† 21.6.1950 in Berlin-Schöneberg; ev.;

V Rudolph Christian H. (1832-1921), Kaufmann; M Sophie geb. Evans (1839-93); ∞ 1903 Anne Marie geb. Caspari (1877-); K 1 S.

Gymnasium in Chemnitz; Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; 1895 Gerichtsreferendar in Chemnitz und Dresden; 1895-96 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1900 Gerichtsassessor und Hilfsrichter; 1901-02 Ratsassessor bei der Stadtverwaltung Chemnitz (Leiter des Brandversicherungsamtes); 1903-12 Rechtsanwalt, juristischer Hilfsarbeiter, später Prokurist und stellv. Vorstandsmitglied der Teutonia Lebensversicherungs-AG in Leipzig; 1912 Geh. Regierungsrat, Mitglied des Direktoriums und stellv. Leiter der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Leiter der Vermögensabteilung; 1917 Geh. Oberregierungsrat; 1936 Ruhestand.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war als stellv. Leiter der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von 1912-1936 eine stabilisierende Säule der Organisation. Ihm oblag der Aufbau und die Leitung der Vermögensverwaltung. Verdienste erwarb er sich bei der Anlage- und Zinsgestaltung der Reichsversicherungsanstalt insbesondere in der Kriegs- und Inflationszeit. In diesem Kontext und als Aufsichtsratsmitglied der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten leistete er einen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot.

Quellen

Wenzel; BArch R 3901 / 103768; Landesarchiv Berlin, P Rep. 163 Nr. 101; EMK; Ev.-luth. Pfarramt „St. Christophorus“ Tannenberg; Ev.-luth. Kirchgemeinde Annaberg-Buchholz.

Hagemann, Rudolf Leopold Gerhard Erich Hilmer
Vorsitzender des Reichsarbeitsgerichts

* 5.5.1876 in Hannover; † 20.4.1960 in Göttingen; ev.-luth.; V *Rudolf Otto Wilhelm H.* (1837-1906), Obergerichtsrat, später Konsistorialpräsident; M *Maria Sophie Ida Wilhelmine Natalie geb. von Müller* zu

Cumerow (1849-1931); ∞ 1910 *Sophie Theodore Auguste geb. Blumenbach* (1879-1974); K 2 T.

1885-94 Gymnasium in Lüneburg und Hannover; 1894-97 Studium der Rechtswissenschaften in Lausanne, Berlin, München und Göttingen; 1897-1901 Gerichtsreferendar in Walsrode, Herzberg, Hannover und Celle; 1902 Gerichtsassessor in Lübeck; 1902-03 juristischer Hilfsarbeiter beim Reichspatentamt in Berlin; 1903-05 Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft in Flensburg sowie im Justizdienst in Lübeck; 1905-12 Landrichter bzw. Hilfsrichter in Stade, Hannover und Celle; 1913 Hilfsarbeiter, 1915 Geh. Justizrat im preuß. Justizministerium; 1919 Geh. Oberjustizrat, Reichsgerichtsrat in Leipzig; 1937 Senatspräsident und Vorsitzender des Reichsarbeitsgerichts in Leipzig; 1942 Ruhestand, danach einige Monate Beamter auf Widerruf.

1919 stellv. Mitglied des Staatenausschusses für Preußen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918-33 DNVP; 1934 NSRB, NSV; 1936 RLB; VDA; RDB.

1918 Richterverein in Berlin, 1922 Richterverein beim Reichsgericht; bis 1923 Mitglied des Ehrengerichtshofes; 1923-26 Beisitzer im Reichsschiedsgericht; 1927 Mitglied beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich; 1935 richterlicher Beisitzer des Dienststrafsenats beim Reichsgericht; 1937 Vorsitzender der Büchereikommission beim Reichsgericht; 1938 stellvertretendes Mitglied des Großen Senats für Zivilsachen beim Reichsgericht.

Auszeichnungen

1915 Preuß. Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1918 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; 1938 Treudienst-Ehrenzeichen; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war seit der Gründung 1927 Mitglied des Reichsarbeitsgerichts, 1937-42 dessen Vorsitzender (Nachfolge Friedrich Oegg). Obgleich die Arbeitsgerichtsbarkeit im Na-

tionalsozialismus zunehmend an Bedeutung verlor, wurde H. bescheinigt, in Fragen des Arbeitsrechts „dem nationalsozialistischen Gedankengut zum Durchbruch verholfen“ zu haben. In die Zeit seines Vorsitzes fielen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts zur arbeitsrechtlichen Diskriminierung von Juden.

Quellen

Lilla Reichsrat; Kranig, *Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich*, 1983; Kaul; BArch R 3002 / PA 322; Stadtarchiv Hannover; Amt für Einwohnermeldeangelegenheiten Hannover.

Bild

BArch R 3002 / PA 322.

Hanna, Maria Helene *Gertrud*
Gewerkschafterin

* 22.6.1876 in Berlin; † 26.2.1944 ebd.; ev., später diss.; V Karl *Gustav* H. (1837-90), Schriftgießer; M Dorothea Marie *Lui-se* geb. Fleischer (-nach 1917); ledig.

Volksschule in Berlin; 1890-1907 Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin; 1907-33 Angestellte im Büro der Generalkommission der ADGB-Gewerkschaften in Berlin (1907 Sekretärin des Berliner Arbeiterinnen-Komitees, 1909-33 Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, 1918 ADGB-Vorstandsmitglied); 1933 Entlassung aus allen Ämtern, Verhöre durch die Gestapo; lebte ab 1933 von Näh- und Flickarbeiten; 1944 Suizid.

sozialdemokratische Politikerin
1908 SPD

LT 1919-21 Mitglied der verfassungsgebenden preuß. Landesversammlung, 1921-33 Pr.LT, WK 2 Berlin (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Handel und Gewerbe im Preußischen Landtag.

Auszeichnungen

1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war eine pragmatisch ausgerichtete Vertreterin des ADGB, die sich für das Recht der Frau auf Erwerbstätigkeit einsetzte, gegen die ungleiche Entlohnung von Mann und Frau auftrat und sich für den Mutter- und Frauenarbeits- und Jugendschutz engagierte. Bereits 1896 wurde sie Vorstandsmitglied im Berliner Ortsverein des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, ab 1902 Mitglied im Zentralvorstand des Verbandes, 1909 Mitglied im Hauptvorstand des Verbandes der Hausangestellten. Im 1. Weltkrieg engagierte sie sich 1914-17 im Nationalen Frauendienst in Berlin und 1917 im „Ausschuss für Frauenarbeit während des Krieges“. In der Weimarer Republik wurde sie 1919/20 Mitglied des AWO-Hauptausschusses. Für den ADGB trat sie u. a. 1924 auf dem Internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag sowie der Internationalen Gewerkschaftlichen Frauenkonferenz 1927 in Paris auf.

Veröffentlichungen

Die Arbeiterinnen und der Krieg, 1916; Frauenarbeit und Frauenorganisation, 1919; Frauenarbeit und internationales Arbeitsamt, 1930; 1916-33 Schriftleiterin der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung; zahlreiche Beiträge in gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitschriften, insbesondere auch der Arbeiterwohlfahrt sowie der International Labour Review.

Quellen

Mielke (Hrsg.), *Gewerkschafterinnen im NS-Staat*; 2008; Schröder; Schneider (Hrsg.), *Sie waren die ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung*, 1988; Wickert, *Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919-1933*, 1986; *Gewerkschaftszeitung* 1932, S. 431 f.; *Handbuch des Vereins Arbeiterpresse*, 1927; *Landesarchiv Berlin* (P Rep. 221 Nr. 414; P Rep. 806 Nr. 674).

Bild

Schneider 1988, S. 165.

Hanow, Hugo

Direktor im Reichsversicherungsamt

* 4.11.1860 in Posen; † 3.6.1929 in [Berlin?]; ev.; V Carl Friedrich H., Appellationsgerichtsrat; M n. e. ∞ n. e.

Gymnasium in Bromberg bis 1880; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Heidelberg und Tübingen; 1883 Gerichtreferendar; 1888 Gerichtsassessor und Amtsrichter; 1891 Justitiar bei der Regierung in Liegnitz, im selben Jahr Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt; 1892 Regierungsassessor; 1893 Regierungsrat und ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt; 1901 Senatsvorsitzender, 1918 Direktor der Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung; 1926 Pensionierung.

Auszeichnungen

1901 Geh. Regierungsrat; 1906 Roter Adlerorden 4. Klasse; 1912 Kronenorden 3. Klasse; 1918 Rat 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war langjähriges Mitglied des Reichsversicherungsamtes sowie Herausgeber und Mitverfasser des umfangreichen fünfbandigen Kommentars der Reichsversicherungsordnung, der mehrere Auflagen erlebte, die bis dahin vorherrschenden sogenannten Referentenkommentare der einzelnen Arbeiterversicherungsgesetze ablöste und die umfangreiche Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes nachhaltig erschloss.

Veröffentlichungen

Erläuterungen zu den Satzungen der Invaliden-, Witwen- und Waisen-Versicherungskasse der See-Berufsgenossenschaft, unter Benutzung amtlicher Quellen, 1907; Die Kriegsverordnungen zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und das Gesetz betreffend Renten in der Invalidenversicherung (mit Lehmann), 1916; 1911-28 Mitherausgeber der „Reichsversicherungsordnung mit Anmerkungen. Herausgegeben von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes“.

Quellen

Tennstedt, Das Reichsversicherungsamt und seine Mitglieder, in: Entwicklung des Sozialrechts. Aufgabe der Rechtsprechung,

1984, S. 47-82; Deutsche Krankenkasse 1929, Sp. 638 f.; Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz Berlin, Rep. 85 Nr. 28292.

Bild

Tennstedt 1984, S. 63.

Hansen, Carl Johannes Heinrich Friedrich
Verbandsfunktionär

* 3.3.1875 in Crivitz (Mecklenburg); † 20.2.1957 in Hamburg; ev.-luth.; V Johann Christian Heinrich Christoph H. (1840-1916), Tischlermeister; M Elise Friederike Maria geb. Schröder (1851-1935); ∞ 1901 Martha Friederike Cäcilie geb. Rohlf (1881-1969); K n. e.

Bürgerschule in Crivitz; 1889 Malerlehre und Besuch der kunstgewerblichen Lehranstalt in Berlin, dann Wanderschaft; 1896-98 Zeichner und Dekorationsmaler in Hamburg; 1898 Meisterprüfung, danach Gründer und Inhaber eines Malergeschäftes in Hamburg; 1902 Obermeister, bis 1932 Leiter der Hamburger Maler- und Lackiererringung; 1920-33 Mitglied des RWR (Vertreter des selbständigen Handwerks); 1932 Vertreter für Lederwaren und Fotoalben; 1933 kurzzeitig in Haft, Rückzug ins Privatleben, bis 1945 Tätigkeit als Heraldik- und Briefmaler; 1945 Rückkehr in die Verbandstätigkeit.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1903 Mitbegründer des Vierstädtebundes der Malerinnungen Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbek (1905 zum Norddeutschen Bund erweitert); 1905 Mitbegründer des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe (später: Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierer-Handwerks), Vorsitzender des Gauverbandes Norddeutschland des Reichsbundes; Vorstandsmitglied des Reichsverbandes des deutschen Handwerks; 1926 Mitbegründer des Bundes für Farbe im Stadtbild (Hamburg).

Auszeichnungen

1971 Benennung des Ausbildungszentrums der Hamburger Maler- und Lackierer-

Innung nach H. sowie Gründung der Carl-Friedrich-Hansen-Stiftung.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war in der Vorkriegszeit vor allem als innovativer Standespolitiker bekannt und anerkannt. Auf dem 1. Allgemeinen Deutschen Malertag in München trat er als Hauptredner für eine Neuorientierung der Meisterverbände in der Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifvertragspartner für Lohn und Arbeitsbedingungen der Gesellen und Handlanger auf. In der Weimarer Republik wurde er zum Vorkämpfer des Tarifgedankens und einer der Hauptbeteiligten am Zustandekommen und dem Ausbau des Reichstarifvertrags für das deutsche Malergewerbe. Im RWR übernahm H. mehrere Funktionen. 1920-27 war er alternierender Vorsitzender des Betriebsräte-Ausschusses, dessen rechtsprechende Funktion (§ 94 BetrVG 1920) 1927 durch die Arbeitsgerichtsbarkeit abgelöst wurde (ArbGG 1926). Im Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen trat er 1920-33 als stellv. Vorsitzender auf, im Sozialpolitischen Ausschuss fungierte er als Berichterstatter bei den Beratungen zum ArbSchutzG 1926. 1920- nach 1926 war er Schriftführer des RWR. Dem Reichskartellgericht gehörte er 1920-33 als Beisitzer an.

Veröffentlichungen

Die Vorgänge im und um den Reichsbund des Deutschen Maler- und Lackierer-Handwerks e.V., 1933; 1375-1950. Malerinnung Hamburg in 575 Jahren. Ein Streifzug durch die Geschichte des Malerhandwerks, seiner kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen Aufgaben und Leistungen, 1950; 1902-32 sowie 1949-54 Herausgeber der „Allgemeinen Malerzeitung“.

Quellen

Lilla RWR; Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 2, 2003; Lüth, 600 Jahre Maler in Hamburg, 1975; BAArch R 401 / 126; Staatsarchiv Hamburg (731-8 / A 758; 332-5 Nr. 8235 u. 97/1957; 332-5 Nr. 8613 u. 261/1901); Landeskirchliches Archiv der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland Schwerin.

Bild

BAArch R 401 / 126.

Hardraht, Johannes Wilhelm Ernst
Amtshauptmann

* 21.2.1880 in Dresden; † 1.8.1940 ebd.; ev.-luth.; V Johannes Heinrich H. (1838-1912), Landgerichtsrat; M Elisabeth Valerie geb. Büchting (1852-1934); ∞ 1907 *Margarethe* Helene geb. Philipp (1885-1961).

1907-08 Bezirksassessor der Landesversicherungsanstalt Dresden; 1909-11 Regierungsassessor bei der Amtshauptmannschaft Chemnitz; 1912-14 Regierungsamtmann bei der Amtshauptmannschaft Dresden II, danach Regierungsrat bei der Kreishauptmannschaft Leipzig; 1919-32 Amtshauptmann (entspr. Landrat) in Grimma; 1932 Ministerialrat, Vertreter Sachsens in Berlin, bis 1934 stellv. Bevollmächtigter Sachsens beim Reichsrat; 1936-40 Präsident des Landesarbeitsamtes Sachsen in Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war ein Vorkämpfer der geordneten Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege (auch) in ländlichen Kreisen bzw. Bezirken. Dabei setzte er vor allem auf die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege und engagierte sich dafür, dass die großen Spitzenverbände ihren organisatorischen Aufbau so wählten, dass sie auch zu einer Delegation von amtlichen Aufgaben der Fürsorge geeignet waren. H. gehörte 1920-1933 dem Hauptausschuss des DV an, 1925-33 war er Mitglied des Vorstands des DV. 1928 nahm er als Delegierter des DV an der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris teil. In Sachsen war er 1919 Vorsitzender des Bezirksverbandes Grimma und Vorstandsmitglied der Wohlfahrtspflegestiftung Grimma, bereits 1913 wirkte er im Landesausschuss zur Bekämpfung der Tuberkulose des Landesgesundheitsamtes in Dresden.

Veröffentlichungen

Aufgaben und Aufbau eines ländlichen Wohlfahrtsamtes, 1924; Die gegenwärtige Entwicklung des öffentlichen Fürsorgewesens auf dem Lande, 1925.

Quellen

Lilla Reichsrat; Maier; Grundriss zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Bd. 14, 1982;

Krug von Nidda, Wilhelm Polligkeit. Wegbereiter einer neuzeitigen Fürsorge, 1961; Stadtarchiv Chemnitz; Stadtarchiv Dresden.

Hartmann, Rudolf Friedrich Karl Dr. iur. Provinzialbeamter

* 18.8.1880 in Lauingen (Krs. Helmstedt); † 3.11.1956 in Hannover; ev.-luth.; V Heinrich *Friedrich* Adolf H. (1845-1930), Oberamtmann, Gutsbesitzer; M Caroline Louise Auguste *Anna* geb. Siedler (1855-1937); ∞ 1911 Mathilde Helene Marie *Margarete* geb. Ohland (1883-1974).

1890-1900 Gymnasium in Braunschweig; 1900 Militärdienst; 1900-04 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, München, Berlin und Göttingen; 1904 Gerichtsreferendar in Gifhorn, Hannover, Harburg und Celle; 1905 Promotion in Leipzig; 1908 Gerichtsassessor in Wernigsen; 1909 Eintritt in die Provinzialverwaltung Hannover, dort zunächst juristischer Hilfsarbeiter, 1912 Landesrat, 1920 Zweiter Schatzrat und 1925-45 Erster Schatzrat (Leiter der Finanzverwaltung, der Kulturpflegeabteilung sowie bis 1933 des Wohlfahrtsdezernats, auch des Landesjugendamtes); 1945-46 als Ruhestandsbeamter Leiter der Finanzverwaltung bei der Provinzialverwaltung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1940 NSDAP; 1925-45 VDA, Reichskolonialbund; 1933 RDB, NSV; 1933-45 SS (förderndes Mitglied); 1934 NSRB. Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

1934 Vorsitzender des Niedersächsischen Heimatbundes und Provinzialbeauftragter für Naturschutz.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war gegen Ende des Deutschen Kaiserreiches und in der Weimarer Republik ein kommunaler Experte für Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Fürsorgeerziehung). Indiz für seine Bedeutung / Expertise auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege ist, dass er hervorgetreten ist bei der Schaffung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG

1922), für dessen Vorbereitung er ins Reichsministerium des Innern nach Berlin berufen wurde, zugleich war er Mitglied der u. a. vom DV einberufenen Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des RJWG. Dem Vorstand des DV gehörte er 1921-33 an, als dessen Delegierter nahm er 1928 an der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris teil. 1910-18, 1920-30 und 1946-50 war er Vorstandsmitglied des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages (AFET), 1924-45 Mitglied des DRK. Bis in die NS-Zeit hinein beteiligte sich H. an den Bestrebungen zur Schaffung eines Bewahrungs- bzw. Wandererfürsorgegesetzes (Hauptbericht-erstatte im Wohlfahrtsausschuss des Deutschen Gemeindetages).

Veröffentlichungen

Leitfaden zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9. VII. 1922, 1923; Fürsorge für männliche jugendliche Wanderer vom Standpunkt der Jugendfürsorge, 1925.

Quellen

Willing, Das Bewahrungsgesetz (1918-1967), 2003; NDV 1955, S. 365 und 1956, S. 375 f.; Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (Nds. 171 Lüneburg 4368; ZGS 2/1 Nr. 243; Hann. 173 Acc. 49/72 Nr. 128/1); Stadtarchiv Hannover; Stadtarchiv Braunschweig.

Bild

Hannoversches Tageblatt vom 18.8.1940.

Heimann, Karl Friedrich Philipp Joseph Dr. iur. Generaldirektor der Reichsknappschaft

* 15.7.1879 in Köln; † Mai 1945 in Berlin; kath., später diss.; V Philipp Franz Friedrich H. (1851-1910), Kaufmann; M Elisabeth geb. Rennen (1855-1918); ∞ 1. 1909 Jenny Helene geb. Krafft (1887- nach 1951), 1924 geschieden; 2. 1924 Anna Lisa Liberg geb. Andersson (1896- nach 1951), 1934 geschieden; K 2 S.

1889-98 Realgymnasium und Gymnasium in Köln; 1898-1901 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Münster und Berlin; 1901 Gerichtsreferendar in Köln; 1904

Promotion in Leipzig; 1906 Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft in Köln; 1907 Hilfsarbeiter beim Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum, 1908-16 Dritter Direktor des Knappschaftsvereins (1914-16 kommissarischer Erster Direktor); 1916-24 Erster Direktor des neu gegründeten Knappschaftlichen Rückversicherungsverbandes in Berlin; 1924-33 Generaldirektor des Reichsknappschaftsvereins bzw. der Reichsknappschaft (1926) in Berlin; 1933-35 Jurist im Innendienst der SA; 1935-45 juristischer Sachbearbeiter in der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes in Berlin; 1945 vermutlich Suizid.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP; -1935 SA (Scharführer); RLB; NS-Altherrenbund; Reichskolonialbund.

Auszeichnungen

1916 Kriegsverdienstkreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. ist als einer der Väter der Reichsknappschaft anzusehen. Von den finanziellen Problemen der knappschaftlichen Rentenversicherung in der Kriegs- und Nachkriegszeit ausgehend und zur Abwehr einer einheitlichen Sozialversicherung befürwortete er seit 1919 die Schaffung einer Reichsknappschaft, die durch das RKG 1923 in Form des Reichsknappschaftsvereins geschaffen wurde. Beteiligt war H. ebenfalls an der RKG-Nov 1926, die vor allem Leistungsverbesserungen brachte. Nach der Machtergreifung wurde H. im Rahmen der Berufsverbotspraxis „infolge von Berufsunfähigkeit“ in den Ruhestand versetzt, er engagierte sich fortan in Organisationen der NSDAP („ganzer SA-Mann“).

Veröffentlichungen

Reichsknappschaftsgesetz in der neuen amtlichen Fassung (mit Aurin und Eckert), 1926; Wegweiser zum neuen Reichsknappschaftsgesetz (mit Eckert und Wißmann), 1926; Erläuterungen zur Dienststrafordnung für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes (mit Dietz und Horstmann).

Quellen

Lauf, Knappschaft und Sozialreformen, 2000; Lauf, Die Knappschaft. Ein Streifzug durch tau-

send Jahre Sozialgeschichte, 1994, S. 182; Geyer, Die Reichsknappschaft. Versicherungsreformen und Sozialpolitik im Bergbau 1900-1945, 1987; Reichshandbuch; Wer ist's?; BArch (R 9361 I / 1190; DS SA 13-A); Landesarchiv Berlin (P Rep. 539 Nr. 131; P Rep. 559 Nr. 798; EMK; Landesarchiv NRW Abt. Rheinland (StA Köln II); Stadtarchiv Potsdam.

Bild

Lauf 1994, S. 182.

Heimerich, Hermann Dr. iur. et rer. pol., Dr. rer. oec. h. c. Kommunalpolitiker

* 21.12.1885 in Würzburg; † 5.1.1963 in Heidelberg; -1908 ev., ab 1911 freireligiös bzw. diss.; V Ferdinand (seit 1908 bayer. Personaladel) Ritter v. H. (1843-1916), Jurist, Justizbeamter; M Otilie geb. Schäfer, verw. Krackhardt (1846-1933); ∞ 1. 1911 *Elvira* Emilie geb. Eisinger (1887-1971), 1921 geschieden; 2. 1921 *Anna Luise* Elisabeth geb. Schilling (1896-1978); K 2 T.

Gymnasien in Neuburg an der Donau, Bamberg und Nürnberg; 1905-09 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in München, Genf und Würzburg; 1909 Referendar in Würzburg und Nürnberg; 1910 Promotion in Würzburg; 1912-14 Anwaltsassessor in Nürnberg, 1914-19 Niederlassung als Rechtsanwalt in Nürnberg; 1916-19 Referent beim Lebensmittelamt in Nürnberg; 1919-25 Leiter des neu gebildeten Wohlfahrtsamtes der Stadt Nürnberg (besoldeter Stadtrat); 1925-28 2. Bürgermeister in Kiel (Wirtschaftsdezernent, ab 1927 Wohlfahrtsdezernent); 1928-33 Oberbürgermeister von Mannheim; 1933 kurzzeitig in „Schutzhaf“ genommen, Amtsenthebung; 1934-45 beratender Volkswirt und Wirtschaftstreuhänder in Berlin; 1945 unter amerikanischer Besatzung Oberregierungspräsident der Provinz Mittelrhein-Saar in Neustadt an der Weinstraße, danach Berater der regionalen amerikanischen Militärregierung in Wiesbaden; Leiter des Büros für Verwaltungskoordination in Heidelberg; 1945-49 Rechtsanwalt und Steuerberater in

Heidelberg; 1949 Direktor des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt/M.; 1949-55 Oberbürgermeister von Mannheim; 1955-63 Rechtsanwalt in Mannheim.

Sozialdemokratischer Politiker
1911 SPD.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914 Leiter der Geschäftsstelle der freireligiösen Landesgemeinde in Nürnberg, 1919-22 deren Vorsitzender; 1928 Vorstandsmitglied, 1931 im engeren Vorstand des Deutschen Städtetages, 1952-55 Mitglied des Präsidialrats des Deutschen Städtetages; 1946/47 Vorsitzender der Berufungskammer Mannheim; 1946-52 Vorsitzender des Bundes für Bürgerrechte; 1948/49 Mitglied des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt/M.; 1962 Mitglied der Humanistischen Union; 1951 Vorsitzender des Württembergisch-Badischen Städteverbandes; 1952-55 Mitglied der Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebiets (Luther-Kommission); 1957-59 Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission zur Vereinfachung der Verwaltung.

Auszeichnungen

1932 Dr. h. c. in Mannheim; 1955 Ehrenbürger der Stadt Mannheim, 1955 Ernennung zum Professor der Wirtschaftshochschule Mannheim, 1960 Ehrensator ebd.; 1963 Benennung einer Neckarpromenade in Mannheim und einer Straße in Nürnberg nach H. Seit 1972 wird die Hermann-Heimerich-Plakette für besondere Verdienste um die Entwicklung des Rhein-Neckar-Raums durch den Verband Region Rhein-Neckar verliehen.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. reorganisierte als Leiter des Wohlfahrtsreferates das Nürnberger Wohlfahrtswesen. Dessen umfassende Zuständigkeit für die Wohlfahrtspflege, Jugendfürsorge, Jugendpflege und das Gesundheitswesen auf Amts-/Magistratebene ließ ihn zu einem Vorreiter der einheitlichen Familienfürsorge auf der Dienstleistungsebene werden. Er trat auf kommunaler Ebene für soziale und

kulturelle Neuerungen ein. Als Oberbürgermeister von Mannheim machte sich H. im Rahmen des Wiederaufbaus der Stadt nach dem 2. Weltkrieg verdient (Schaffung neuen Wohnraums und Politik der „Sozialen Stadtgestaltung“).

Überregional wirkte er 1922 als Fachmann für Jugendfragen im Wohlfahrtsausschuss des Deutschen Städtetages. 1921-33 und 1947-50 war er Vorstandsmitglied des DV, 1947-57 Mitglied in dessen Hauptausschuss, 1928 nahm er als Delegierter des DV an der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris teil. 1945/46 war H. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialversicherung beim Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets.

Veröffentlichungen

Vorschläge für die Neuordnung der öffentlichen Jugendfürsorge in Nürnberg, 1920; Jugendwohlfahrt und sozialistische Weltanschauung, 1927; Zahlreiche Aufsätze und Vorträge zu Fürsorgefragen und kommunalpolitischen Themen; 1946 Gründung der Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft“ und Herausgeber der Zeitschrift „Der Betriebsberater“.

Quellen

Pilick (Hrsg.), Lexikon freireligiöser Personen, 1997; Schadt (Hrsg.), Hermann Heimerich. Lebenserinnerungen eines Mannheimer Oberbürgermeisters, 1981; NDB; NDV 1956, S. 31 f.; 1963, S. 102; Stadtarchiv Mannheim (Nachlass); Stadtarchiv Nürnberg.

Bild

Schadt 1981.

Hetzell, Kurt Paul Walther
Ministerialbeamter

* 4.9.1886 in Neustettin; † 1.8.1945 auf der Fahrt von Bernau ins Internierungslager Neubrandenburg; ev.; V Paul Johannes Heinrich H. (1851-1922), Amtsrichter; M Elisabeth geb. Hintze; ∞ 1936 Gertrud Auguste Luise geb. Danoehl (1891-).

Gymnasium in Cottbus und Berlin-Schöneberg; 1905-08 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Freiburg/Br., Leipzig

und Halle/S.; 1909-10 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1909 und 1910-14 Gerichtsreferendar in Naumburg/S., Eilenburg, Leipzig und Halle/S.; 1914 Gerichtsassessor in Osterfeld; 1914-18 Kriegsteilnehmer, ab 1917 Kriegsgerichtsrat; 1919 Hilfsarbeiter, 1920 Regierungsassessor bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (Referent in der Heilverfahrensabteilung); 1923 Wechsel ins RAM (Referent für Wohnungs- und Siedlungswesen); 1925 Regierungsrat, 1928 Oberregierungsrat; 1932 Ministerialrat (Referent in den Abteilungen für Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege, ab 1929 für Krisenunterstützung bzw. Erwerbslosenfürsorge, nach 1933 auch für Angelegenheiten der RfAVAV sowie für Arbeitsbeziehungen zum Ausland); 1943 dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet, Leiter der Unterabteilung „Zwischenstaatlicher Arbeitseinsatz, Durchführung des Arbeitseinsatzes außerhalb der Arbeitseinsatzverwaltung, Arbeitseinsatzrecht und Arbeitsbuch“ im „Europaamt für den Arbeitseinsatz“, 1945 in sowjetischer Gefangenschaft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Verwundetenabzeichen in schwarz; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war bis 1929 in verschiedenen Abteilungen des RAM tätig (beteiligt am MietSchG 1923; UnfVersGNov 1925), in der Weltwirtschaftskrise umfasste sein Referat im Wesentlichen die an Bedeutung zunehmende Krisenunterstützung. In der NS-Zeit erlangte er zunächst Zuständigkeiten für die RfVAVA, spätestens 1935 umfasste sein Arbeitsgebiet internationale Vereinbarungen über die gegenseitige Zulassung von Arbeitnehmern, zugleich wurde er Sonderreferent für Estland, Lettland, Polen und die Sowjetunion. Nach Kriegsbeginn erweiterte sich sein Aufgabenfeld um den „zwischenstaatlichen Arbeitseinsatz“. Unter dem GBA wurde H. zuständig für darauf bezogene zwischenstaatliche Abmachungen mit nahezu allen europäischen Ländern einschließlich des Generalgouvernements und des Protektorats Böhmen und Mähren, zum Referat gehörte zudem die Auswertung der Briefzensur ausländischer Arbeiter.

Quellen

BArch (R 2 / 18428; R 3001 / 60285; R 3901 / 104322); EMK; StA I Berlin; GVP RAM.

Heyde, Karl *Ludwig* Hans Prof. Dr. sc. pol.

Nationalökonom

* 18.2.1888 in Blasewitz/Dresden; † 23.12.1961 in Köln; ev.; V Carl Hugo H. (1855-1918), Kaufmann; M Maria Sophia geb. Homrighausen (1860-1933); ∞ 1. 1912 Else geb. Zodtke (1886-); 2. 1926 *Sophie* Johanna geb. Seydel (1900-79); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Dresden; 1907 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg/Br., Berlin und München; 1910 Promotion in Tübingen, danach Assistent von Ernst Francke im Büro für Sozialpolitik in Berlin; 1915 kurzzeitig Armierungssoldat; 1921-31 Leiter des Büros für Sozialpolitik der Gesellschaft für soziale Reform in Berlin; 1920 a.o. Honorarprof. an der Universität Rostock, zeitweise auch Dozent an der Verwaltungsakademie in Berlin; 1924-45 Honorarprof. für Soziologie an der Universität Kiel, verbunden mit der Wahrnehmung eines Ordinariats für Sozialpolitik/Volkswirtschaftspolitik; 1948 o. Prof. für Sozialpolitik an der Universität Köln, Direktor am Seminar für Sozialpolitik; Dozent an den Wirtschafts- und Verwaltungsakademien in Köln, Essen, Duisburg, Oberhausen und Düsseldorf.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1922-33 als Nachfolger W. Rathenaus Mitglied des RWR (von der Reichsregierung ernannt); Mitglied des Deutschen Rates für Soziologie; 1955 Präsident des Bundesverbandes deutscher Volks- und Betriebswirte.

Auszeichnungen

1958 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. ist bekannt geworden durch seinen Abriss der Sozialpolitik, der von 1920 bis

1953 zehn Auflagen erlebte, dabei passte er dieses Kompendium nicht nur den institutionell-gesetzlichen Veränderungen, sondern auch den jeweils „herrschenden“ Grundanschauungen an, so während der NS-Zeit der Rassenhygiene. Er war 1919-31 Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform, ferner übernahm er folgende Funktionen: 1926 Mitglied des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Vorsitzender des Unterausschusses für Arbeitsleistung); 1929 Mitglied der Sachverständigenkommission für die Arbeitslosenversicherung; Mitglied des Arbeitsrechtsausschusses beim RAM; Ausschussmitglied des Vereins für Sozialpolitik und des Evangelisch-Sozialen Kongresses; Mitglied des Vorstands der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt; 1953 Mitglied des Beirats für die Neuordnung der sozialen Leistungen beim Bundesarbeitsministerium, hier Leiter des Ausschusses für Grundsatzfragen; 1951 Mitglied der Kammer für Soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Veröffentlichungen

Urlaub für Arbeiter und Angestellte in Deutschland, 1912; Die Sozialpolitik im Friedensvertrag und im Völkerbund, 1919; Das Weltarbeiterrecht im Völkerbund, 1919; Abriss der Sozialpolitik, 1920; Reallöhne und Politik der hohen Löhne, 1931; Die Lohnfrage, 1932; Die Lage des deutschen Arbeiters, 1940; Hrsg. des Internationalen Handwörterbuchs des Gewerkschaftswesens, 1932; 1922-1931 Herausgeber und Hauptschriftleiter der Sozialen Praxis; 1930-1932 Mitherausgeber des Jahrbuchs für Arbeitsrecht.

Quellen

Lilla RWR; Eberl/Marcon; NDB; Die wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer an den reichsdeutschen Hochschulen und an der TH Danzig, 1938; Soziale Praxis 1931, Sp. 1713-1717; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer, Werdgang und Schriften der Mitglieder, 1929; Wenzel; Stadtarchiv Bielefeld.

Bild

Reichshandbuch.

Hildebrandt, Hubert Karl Paul Dr. phil.
Ministerialbeamter

* 10.9.1897 in Sabinengrund/Kr. Freystadt (Schlesien); † 22.9.1968 in Kassel; ev.; V Hugo Alfred Alexander H. (1864- nach 1938), Forstbeamter; M Emma Ida geb. Hanf (1870- nach 1938); ∞ 1. 1923 Theodora Hildegard Elisabeth geb. Fuchs (1899-1943); 2. 1944 Luise Julie Alice geb. Sachse (1902-58); K 1 T.

Mittelschule in Brandenburg (Havel); 1913 Lehrerbildungsanstalt Königsberg (Neumark); 1914-19 Kriegs- u. Militärdienst; 1920 als Kriegsseminarist Reife- und Lehrprüfung in Berlin; Studium der Psychologie, Philosophie und Volkswirtschaft an der Universität Berlin, zwischenzeitlich 1920-21 Schulamtsbewerber im Berliner Volksschuldienst und 1921-22 wiss. Hilfsarbeiter bei der Reichswehr; 1923 Promotion in Gießen; 1922-28 Psychotechniker bei der Fa. Borsig in Berlin-Tegel (Eignungsprüfungen, Werkschulunterricht, Unfallbekämpfung); 1927-28 zugleich Dozent für Psychologie an der Diesterweghochschule in Berlin; 1928 stellv. Vorsitzender des Arbeitsamtes Bochum; 1930-33 komm. Leiter des Arbeitsamtes Hagen, 1931 zugleich kommissarischer Vorsitzender des Arbeitsamtes Frankfurt/O.; 1933-38 Direktor des Arbeitsamtes Frankfurt/O., ab 1936 im Rang eines Regierungsrates; 1938 zunächst Oberregierungsrat in der RfAVAV, 1939 nach deren Überführung anschließend im RAM (Referent u. a. für die Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung, Mitwirkung bei wehrwirtschaftlichen Angelegenheiten, Dienstverpflichtungen); 1941 Ministerialrat (Referent für die Organisation des Arbeitseinsatzes in der Rüstungswirtschaft, Grundsätzliche Fragen des Arbeitseinsatzes), 1942 dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet, Leiter der Unterabteilung „Ordnung des Arbeitseinsatzes in Westeuropa und Arbeitseinsatz in der Rüstungswirtschaft“ im „Europaamt für den Arbeitseinsatz“; 1945 Übersiedlung nach Hamburg, Internierung durch die englische Militärregierung in Hessisch-Lichtenau und Berlin; 1946-48 Haft in Nürnberg, Zeuge bei verschiedenen Kriegsverbrecherprozessen; 1948 kurzzei-

tig Betonarbeiter in Hessisch-Lichtenau, danach erwerbslos; ab 1950 Tätigkeit als freier Fachpsychologe in Kassel, 1955 Pensionierung als Ministerialrat a. D.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP; SA (1933 Reservescharführer, 1938 Sturm-, 1944 Hauptsturmführer), RLB; Bund Deutscher Osten; 1934 NSV, NSRB; 1936 NSFK, Reichskolonialbund; 1937 RDB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Ehrenkreuz für Frontkämpfer; Verwundetenabzeichen; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1944 Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. Karriere begründet sich in der Instrumentalisierung der Arbeitsvermittlung zu einer Kriegswirtschaftsplanung, die zunehmend die Methoden des Arbeitseinsatzes radikalisierte. Obgleich er neben Max Timm und Walter Stothfang zum engeren Kreis der administrativen Führungselite um den GBA Fritz Sauckel gehörte, wurde ihm im Entnazifizierungsverfahren eine Verantwortung für die Zwangsverpflichtung und Verschleppung von Fremdarbeitern nicht nachgewiesen. Er gehörte gleichwohl zu den einflussreichen und durchsetzungsstarken Referenten, die in den Auseinandersetzungen über die effektive Gestaltung des Ausländereinsatzes und die Berücksichtigung „rassischer“ Grundsätze die Ausländerpolitik des Nationalsozialismus mitprägten.

Veröffentlichungen

Experimentelle Untersuchungen zur Psychologie und Psychotechnik des Visiervorgangs, Diss. 1924; Individuelle Unfallaffinität (mit Roß), 1932; Beiträge zur Metallfacharbeiterfrage, 1942; Die Mobilisierung von Arbeitsreserven auf Grund der Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung vom 27. Januar 1943 und zur Freimachung von Arbeitskräften für kriegswichtigen Einsatz vom 29. Januar 1943, 1943.

Quellen

Herbert, Fremdarbeiter, 1999; BArch R 3901 / 104354; Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19 Nr. 162; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/Kassel-Zentral Nr. 135; IfZ München, ZS 926; EMK; Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 8 Lübben; Stadtarchiv Kassel; GVP RAM.

Bild

BArch PK EO205.

Hilgenfeldt, Georg Paul *Erich*

Leiter des NS-Hauptamtes für Volkswohlfahrt

* 2.7.1897 in Heinitz/Krs. Ottweiler; † vermutlich 25.4.1945 in Berlin, 1957 für tot erklärt; ev., 1940 „gottgläubig“; V Karl Hermann *Max* H. (1860-1945), Bergassessor; M *Marie* Anna Clara geb. Fritz (1875-1956); ∞ 1. 1922 Marie-Charlotte („Lotte-marie“) geb. Köhler (1890-1968), 1940 gesch. 2. 1940 Leopoldine („Poldi“) geb. Slatinschek (1907-45 – Suizid); K 2 S.

1907-14 Besuch der Oberrealschule in Saarbrücken und der Franckeschen Stiftungen in Halle, mittlere Reife; 1914 Eleve auf dem Gut Bobbin bei Gnoien/Mecklenburg (Beginn); 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Eleve auf Gut Bobbin (Abschluss); 1920-22 kaufmännische Lehre und Angestellter in einem Dampfsägewerk in Gernrode/Harz; 1923-28 Geschäftsführer verschiedener Dampfziegeleien in Zehdenick/Krs. Templin; 1928 erwerbslos, dann bis 1933 Angestellter im Statistischen Reichsamt in Berlin, Abteilung „Allgemeine Wirtschafts- und Konjunkturstatistik“; 1933 Leiter des Amtes (1934: Hauptamt) für Volkswohlfahrt und Reichsbeauftragter für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes; ab 1934 zugleich Leiter des Hauptamtes der NS-Frauenschaft; 1945 bei den Kämpfen in Berlin ums Leben gekommen (Todesumstände ungeklärt).

nationalsozialistischer Politiker

1929 NSDAP; 1929 Straßenzellenleiter, 1931 Bezirkspropagandaleiter, 1932 Kreisleiter in Berlin; 1933 Gauinspekteur der Inspektion I des NSDAP-Gaues Groß-

Berlin; 1933 Reichsamtseiter, 1934 Reichshauptamtseiter, 1940 Oberbefehlsleiter in der Reichsleitung der NSDAP; 1929-32 SA; 1937 SS-Oberführer, 1939 SS-Brigadeführer, 1942 SS-Gruppenführer; NS-Dozentenbund; RLB; Mitglied der Reichsarbeitskammer der DAF; ehrenamtlicher Richter beim Obersten Ehren- und Disziplinarhof der DAF; Mitglied des Lebensborn e.V.; Mitglied im Freundeskreis Reichsführer SS; RT 1933-45 WK 2 Berlin-West (NSDAP); LT 1933 Pr.LT (NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1923-28 Mitglied des Nationalverbandes Deutscher Offiziere; 1924-28 Stahlhelm (Jungstahlhelmführer); 1937 Reichsbeauftragter für die Erfassung und Verwertung der Küchen- und Nahrungsmittelabfälle im Vierjahresplan; Mitglied der Akademie für Deutsches Recht; Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Akademie zur Förderung der Wissenschaften; 1935 Mitglied des Präsidialrates der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung.

Auszeichnungen

1916 Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; 1939 Ehrenkreuz für Frontkämpfer; 1936 Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP; 1937 Ehrenzeichen des DRK 1. Klasse; 1939 Ehrenzeichen für deutsche Volkspflege 1. Stufe; 1942 Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse; 1941 Orden Civil de Beneficencia, 1944 Gran Orden Imperial de las Flechas Rojas (Spanien, General Franco); weitere Auszeichnungen.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war der Organisator der NSV. Unterstützt durch Joseph Goebbels, der die propagandistische Bedeutung der NS-Wohlfahrtsarbeit früh erkannte, wurde die NSV unter der Leitung H. zur zweitgrößten NS-Massenorganisation aufgebaut, die mit ihren Einrichtungen des „Hilfswerkes für Mutter und Kind“, mit Kindergärten, Gemeindepflegestationen als auch mit der Vergabe zusätzlicher Fürsorgeunterstützungen sowie weiterer Leistungen in der NS-Zeit allgegenwärtig war und zur Verbesserung der Lebensbedingungen „würdiger Volksgenossen“ beitrug. Als Reichsbe-

auftragter für das Winterhilfswerk war H. zugleich verantwortlich für eine jährliche Massenmobilisierung zur Erlangung von Spendengeldern, die zur Finanzierungsgrundlage für die NSV wurden. Zielrichtung der NSV war eine rassenhygienisch ausgerichtete Fürsorge, die nach eigenen Maßstäben ohne rechtsverbindliche Vorgaben durchgeführt werden sollte. Gegenüber der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege vertrat H. Monopolansprüche, scheiterte mit diesen Ambitionen jedoch an der kommunalen Interessenvertretung des Deutschen Gemeindetages und des Hauptamtes für Kommunalpolitik, zudem vermochte er es nicht, die Relevanz der konfessionellen Wohlfahrtsverbände Caritas und Innere Mission grundlegend in Frage zu stellen. Seine Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (1934-40) wie auch des Reichszusammenschlusses für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe (1936) hatte weniger gleichschaltenden als repräsentativen Charakter, die Ambitionen des „Reichswalters“ der NSV wurden zudem konterkariert durch konkurrierende, auf die „Gesundheitsführung des deutschen Volkes“ bezogene Interessen von NS-Spitzenfunktionären wie Robert Ley und Leonardo Conti. H. übernahm zahlreiche Funktionen und Ämter: 1934 Leiter der NS-Schwesternschaft; 1936 Vorsitzender des Reichsbundes der freien Schwestern und Pflegerinnen; 1936 Mitglied des Ständigen Ausschusses sowie Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London; 1941 Leiter NS-Reichsbund Deutscher Schwestern; weitere Ämter: Vorsitzender des Reichsverbandes für Straffälligenbetreuung und Ermittlungshilfe; Leiter der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege; Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts für Volkspflege an der Universität Berlin.

Veröffentlichungen

Idee der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege, 1937; Volkspflege, Reden vom Reichsparteitag Großdeutschlands, 1938; Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes, 1939; The National Socialist Welfare Organisation and the Winter Help Scheme, [1940].

Quellen

Maier; Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, 1991; Vorländer, Die NSV, 1988; Lebendiges Museum online (Abr. 01.02.2017); HbRT 1938; DFL; BArch (NS 22 / 332; NS 37 / 3222; SSO 97A; PK E 0209; RS C 0366); Stadtarchiv Dresden; Stadtarchiv Wernigerode; StA Neunkirchen; StA Bad Dürrenberg.

Bild

DFL.

Hirschfeld, Dorothea Elisabeth
Ministerialbeamtin

* 26.2.1877 in Berlin; † 12.6.1966 ebd.; jüd.; V Julius H. (-1897), Kaufmann; M Anna geb. Stern (-1917); ledig.

Lyzeum in Berlin, danach Berufsausbildung und Tätigkeit als Sekretärin und Bibliothekarin, daneben Selbststudium im Bereich Wohlfahrtspflege; 1904-19 wissenschaftliche Hilfsarbeiterin bei der Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit (zugleich Geschäftsstelle des DV), 1911-19 Geschäftsführerin; 1915-19 nebenberufliche Tätigkeit im Arbeitsausschuss der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge (später soziale Abteilung der Nationalstiftung); 1919 Wechsel ins RAM (Referentin für Kriegshinterbliebenenfürsorge); 1920 Regierungsrätin, im gleichen Jahr Ministerialrätin in der Abteilung Soziale Fürsorge (Referentin für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, wirtschaftliche Wohlfahrtspflege für Frauen und Kinder, Landaufenthalt für Stadtkinder); 1924 Übertritt zur Reichsarbeitsverwaltung infolge Aufgabenverlagerung, nebenamtlich weiterhin bis 1929 für ihren Aufgabenbereich im RAM tätig; 1927-29 Direktorin in der RfAVAV; 1929 erneut Ministerialrätin im RAM (Unterabteilung Wohlfahrtspflege, zusätzlich zu ihrem bisherigen Verantwortungsbereich zuständig für Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge sowie Klein- und Sozialrentnerfürsorge); 1933 aufgrund des BBG in den Ruhestand versetzt, danach Rückzug ins Private; 1942 Deportation in das Konzentrationslager Theresienstadt; 1945-48 Referentin der

Hauptverwaltung für das Gesundheitswesen der SBZ.

K 1919-20 Stadtverordnete in Berlin (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918-33 und 1945-66 SPD.

Auszeichnungen

1925 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. war in der Weimarer Republik als Referentin des RAM bzw. der nachgeordneten Reichsarbeitsverwaltung durchgängig für die in der Kompetenz des Reiches liegenden Aufgaben der Wohlfahrtspflege zuständig. In ihrem Hauptarbeitsgebiet war sie um eine Integration der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in eine moderne Wohlfahrtspflege bemüht, die nicht allein auf materielle, sondern auf eine umfassende Familienfürsorge zielte. Eingebunden war sie in die Vorbereitungen des RVersorgG 1920 und des RJWG 1922. Bis 1919 bekleidete sie eine führende Position im DV, dem sie nach ihrem Wechsel in das RAM bis 1921 als Vorstandsmitglied und bis 1933 als Mitglied des Hauptausschusses angehörte. 1918 war sie eine der Mitbegründerinnen der AWO, in der sie maßgebliche Funktionen ausübte: 1919-25 Beiratsmitglied des Hauptausschusses der AWO, 1925 Leiterin des AWO-Fachausschusses „Allgemeine Fürsorge“, 1927-33 Kuratoriumsmitglied und Dozentin für das Fach Wohlfahrtspflege der AWO-Wohlfahrtsschule in Berlin, 1948 Kuratoriumsmitglied des Sozialpädagogischen Instituts der AWO in Berlin.

Weitere Stationen ihrer sozialpolitischen Karriere waren: 1910 Teilnahme am Internationalen Kongress für Öffentliche Armenpflege und Private Wohltätigkeit in Kopenhagen; ab 1914 Vertreterin der Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit im Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit im Kriege; 1914-18 Leiterin einer Hilfskommission zu Fragen der Kriegshinterbliebenenfürsorge des Nationalen Frauendienstes in Berlin; 1916 Mitbegründerin des Deutschen Verbandes der Sozialbeam-

tinnen, 1921-28 Mitglied dessen Hauptvorstandes; 1932 Delegierte auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Die Frauen in der Armen- und Wohlfahrtspflege Deutschlands, 1910; Wohlfahrtsgesetze, Wohlfahrtsbehörden und Fürsorgepraxis, in: Lehrbuch der Wohlfahrtspflege 1927, S. 203-254; Verfasserin zahlreicher Beiträge für die „Arbeiterwohlfahrt“ sowie für die Handwörterbücher der Wohlfahrtspflege 1924 und 1929; 1904-1919 zeitweise Leiterin der „Zeitschrift für das Armenwesen“.

Quellen

Schmitt, Dorothea Hirschfeld (1877-1966), in: NDV 2012, S. 39-45; Verein aktives Museum; Niedrig, Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945, 2003; Maier; Lembeck, Frauenarbeit bei Vater Staat, 1993; BArch R 3901 / 100393; GVP RAM.

Bild

Schmitt 2012.

Hirtsiefer, *Heinrich* Joseph Dr. med. h. c., Dr. Ing. E.h., Dr. rer. pol. h. c. Gewerkschafter, Preußischer Minister für Volkswohlfahrt

* 26.4.1876 in Essen; † 15.5.1941 in Berlin; kath.; V Heinrich Joseph H. (um 1846-1929), Fabrikarbeiter; M Catharina Elisabeth geb. Overhaus (um 1845-82); ∞ 1900 Clementine Henriette geb. von der Lippe (1874-1937); K 3 S, 1 T.

Volksschulbesuch in Essen; 1891-95 Schlosserlehre und gewerbliche Fortbildungsschule; 1895-97 Militärdienst; 1897-1904 Schlosser bei der Firma Friedrich Krupp in Essen; frühes Engagement in den christlichen Gewerkschaften, 1904-20 Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet, 1920-21 Verbandssekretär auf Reichsebene; 1915-17 Kriegsteilnehmer; 1921-33 Preuß. Staatsminister, Minister für Volkswohlfahrt und Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1931-32 zugleich stellv. Ministerpräsident von Preu-

ßen im Kabinett Otto Braun, nach dessen Rücktritt Übernahme der Geschäftsführung der Landesregierung; 1932 Amtsenthebung („Preußenschlag“), 1933 offizieller Rücktritt von seinen Ämtern; öffentliche Demütigung durch die Nationalsozialisten, Inhaftierung und Misshandlung in den Konzentrationslagern Kemna (Wuppertal) und Börgermoor (Papenburg); 1933 Entlassung, 1934 „Hirtsiefer-Prozeß“ (1934 eingestellt), lebenslang aus Essen verbannt.

Zentrumspolitiker

Z (um 1900)

1928 stellv. Vorsitzender des Zentrums auf Reichsebene;

LT 1919-21 verfassungsgebende preuß. Landesversammlung, WK Düsseldorf-West (Z); 1921-33 Pr.LT, WK Düsseldorf-West (Z);

K 1906-24 Stadtverordneter in Essen (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1924-33 Mitglied des Bundesvorstands Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; Aufsichtsratsmitglied der Kölner Görres-Haus AG.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Kriegsverdienstkreuz; Ehrenzeichen 1. Klasse des Deutschen Roten Kreuzes; Großes Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich; Großkreuz des päpstlichen St.-Gregorius-Ordens; 1927 Ehrenmitglied der Katholischen deutschen Studentenverbindung Rappoltstein (Straßburg) zu Köln, 1928 Ehrenmitglied der Borusso-Saxonia Berlin im Cartellverband (CV) der katholischen deutschen Studentenverbindungen; 1930 Mitglied des Ehrenpräsidiums der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1927 Dr. med. h. c. in Bonn, 1930 Dr. Ing. E.h. der technischen Hochschule Breslau, 1931 Dr. rer. pol. h.c. in Graz; Benennung von Straßen in Berlin-Neukölln, Essen und Köln nach H.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als langjähriger Preußischer Wohlfahrtsminister setzte sich H. für eine planmäßige staatliche Wohnungsfürsorge ein, vor allem durch Förderung des gemeinnützigen

Wohnungsbaus und der staatlichen Unterstützung des Baus von Eigenheimen auch für nicht begüterte Schichten. 1924 begründete er die genossenschaftliche Kleinhaussiedlung in Essen als Modellprojekt für seine Wohnungspolitik. Von den unter seiner Ägide entworfenen und verabschiedeten preußischen Gesetzen zur Sozialpolitik sind hervorzuheben: Das Gesetz über Hebammenwesen (Preußen) 1922 und das Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose (Preußen) 1923. 1930 schuf er in Zusammenarbeit mit dem Preußischen Innenminister Carl Severing die „Berliner Winterhilfe“ für die Familien Arbeitsloser. Er engagierte sich ferner in der Jugendpolitik (schulentlassene Jugendliche) sowie in der Fürsorge für Mütter und Kinder.

Weitere Stationen seiner sozialpolitischen Karriere waren: 1910-28 Ausschuss-, später Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz sowie des Ständigen Ausschusses der Landesversicherungsanstalten; 1920-22 Mitglied des Verbandsrates des Ruhrsiedlungsverbandes, 1924 Mitglied des Rheinischen Provinzialausschusses.

Veröffentlichungen

Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen 1919-1923, 1924; Die Wohnungswirtschaft in Preußen, 1929; Jugendpflege in Preußen, 1930; Die Zukunft der Wohnungswirtschaft, 1930; Heimstättenbau in Preußen, 1931.

Quellen

Mielke/Morsch (Hrsg.), Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933-1945, 2011; Lilla Reichsrat; Maier; Schumacher M.d.L.; Dickhoff, Essener Köpfe, 1985; ProtPrStM; NDB; Reichshandbuch; Stadtarchiv Essen.

Bild

Mielke/Morsch 2011, S. 90.

Hofacker, Johann Carl

Funktionär des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

* 9.3.1878 in Roth/Krs. Gelnhausen;
† 12.12.1948 in Frankfurt/M.; ev.-ref.; M Maria Margaretha Hofacker, Dienstmagd;
∞ 1. 1903 Christine geb. Ziegler (1880-

1930); 2. 1944 Anna Maria *Emmy* geb. Cabellen (1895-1977); K 2 S.

Mittel- und Handelsschule in Hanau, Handelsakademie in Frankfurt/M.; 1894 Lehre bei der Steuer- und Forstkasse in Hanau; 1896 Sekretariatsgehilfe bei der Gewerkekammer Hanau; 1896-99 Gemeindebeamter in Hanau; 1900 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1901 Hilfsarbeiter beim Rechneiamt der Steuerverwaltung in Frankfurt/M.; 1903 Bürogehilfe bei den obligatorischen Fortbildungsschulen; 1906 Oberstadtsassistent in Frankfurt/M., 1912 Stadtssekretär; 1915-45 Oberverwaltungsdirektor und Hospitalmeister (Stiftungsleiter und Direktor des Hospitals zum Heiligen Geist in Frankfurt/M.); 1945 Entlassung aus dem Amt, danach im Stadtgesundheitsamt (Abt. Krankenanstalten und medizinische Institute) in Frankfurt/M. tätig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Bis 1930 DDP; 1930-33 DStP;
1938 NSDAP; 1933 RDB; 1934 NSV;
1936 DAF; 1939 RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; nach 1948 Hofacker-Verband der freien, gemeinnützigen Krankenhäuser im Versorgungsgebiet Frankfurt-Offenbach.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. ist eine bedeutende Gründergestalt im Verbandswesen der freien Wohlfahrtspflege, Schwerpunkt seiner Aktivitäten war das Krankenhauswesen. Er war 1919-45 Mitbegründer, Geschäftsführer und Vorsitzender des Ortsverbandes der Frankfurter nichtstädtischen Kranken- und Pflegeanstalten und 1920 Mitbegründer und Ausschussmitglied der Reichsvereinigung der freien privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands. Von diesem Fachverband aus wurde er 1924-34 (Auflösung) Mitbegründer, zweiter Vorsitzender und 1925 Schatzmeister der „Vereinigung der freien gemeinnützigen Wohlfahrts-einrichtungen Deutschlands“ (Reichsspitzenverband), 1925-32 als Fünfter Wohlfahrtsverband, ab 1932 als Deutscher Pari-

tätischer Wohlfahrtsverband bekannt. Vor diesem Hintergrund wurde er Präsidialmitglied der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege. 1940 vertrat er die Reichsleitung der NSV im engeren Beirat des Reichsverbandes (Fachverband) der freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands. 1942 wurde er Inspekteur der Krankenhaus-Sonderanlagen („Aktion Brandt“ – Ausweichkrankenhäuser für gefährdete Großstädte). H. galt als Fachmann auf dem Gebiet der Krankenhausverwaltung. Ausmaß und Bedeutung von Verstrickungen H. im Nationalsozialismus und Konflikten mit NS-Funktionären bleiben ungeklärt.

Auf regionaler Ebene erweiterte er in den Jahren des 1. Weltkriegs, der Weimarer Republik und der NS-Zeit die ärztlichen Einrichtungen der Frankfurter Stiftung des Hospitals zum Heiligen Geist um neue Anstaltszweige (vor allem durch die Übernahme von regionalen Kinder- und Altenheimen, Pflegeanstalten sowie Mutterschutz- und Säuglingsheimen). Weitere Funktionen waren: Provinzialvertreter des „Paritätischen“ in Hessen und Hessen-Nassau; Vertrauensmann in der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege für Hessen; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für das Krankenhauswesen in Hessen und Hessen-Nassau beim Deutschen Gemeindetag; 1942 Vorsitzender des Landesverbandes Hessen und Hessen-Nassau der Deutschen Krankenhaus-Gesellschaft sowie Ausschussmitglied der Gesellschaft in Berlin; seit 1921 Beiratsmitglied des Frankfurter Vereins für Tuberkulose-Fürsorge; bis 1942 Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Frankfurter Vereins für Reconvaleszenten-Anstalten (Volkslungenheilstätte Ruppertshain/Taunus); 1927 Mitbegründer, bis 1938 und erneut ab 1945 Vorstandsmitglied des Vereins „Hirnverletztenheim“. 1947 war H. Mitbegründer des Hessischen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dann dessen zweiter Vorsitzender.

Veröffentlichungen

Die Anstalten des Verbandes Frankfurter Krankenanstalten zu Frankfurt a. M., 1932.

Quellen

Leuchtweis-Gerlach, Das Waldkrankenhaus Köppern (1901-1945), 2001; Daub, Kranken-

haus-Sonderanlage Aktion Brandt in Köppern im Taunus – die letzte Phase der „Euthanasie“ in Frankfurt am Main, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 1992/2, S. 39-67; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 520 F AZ Hofacker, Carl; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M., Personalakte Nr. 12.069; Der Paritätische, Kreisgruppe Steinfurt, Emsdetten; StA Gründau; StA Andernach.

Bild

Der Paritätische Gesamtverband, Berlin.

Holbeck, Otto Helmut Robert von Dr. med.

Arzt, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

* 29.6.1871 in Wotkinsk (Gouvernement Wjatka, Russland); † 22.6.1953 in München; ev.; V Markus Heinrich Ernst von H. (1838-95), Arzt; M Maria geb. Wegener; ∞ 1907 Maria geb. Gräfin Apraxin (1874-1960); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Dorpat (Gouvernement Livland, Russland) und Tiflis (Gouvernement Kaukasien, Russland) 1889-95 Studium der Medizin in Dorpat; 1896-97 Volontärassistent am Stadtkrankenhaus in Riga; 1897 Arzt der Flottenequipage des Generaladmirals Großfürst Konstantin Nikolajewitsch; 1897-99 Assistent an der chirurgischen Abteilung des Stadtkrankenhauses in Riga; 1899-1900 Ambulanzarzt des russischen Roten Kreuzes in Transvaal/Südafrika (Burenkrieg); 1901-02 Studienaufenthalte in Berlin, Bern und Paris; 1902-04 Chirurg in St. Petersburg; 1904-05 Militärarzt im Russisch-Japanischen Krieg; 1906-07 Arzt in Dorpat, Auslandsreisen; 1908-10 Assistent an der Chirurgischen Universitätsklinik in Dorpat; 1910-11 Aufenthalt in Ägypten; 1911 Promotion, 1912 Habilitation und Privatdozent für Chirurgie in Dorpat, 1913-14 Oberarzt der Chirurgischen Universitätsklinik in Dorpat; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1918-20 Chefarzt der Sanitätsabteilung des Oberstabs der Baltischen Landeswehr; Übersiedlung nach Deutschland, 1921 Approbation in Preußen; 1924 Geschäftsführer der Reichsvereinigung der freien (privaten)

gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands in Berlin; 1924-34 Geschäftsführer des „Fünften Wohlfahrtsverbandes“ (1932 umbenannt in: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband); 1934-45 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, zugleich Sachbearbeiter im Amt für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe des NSDAP-Hauptamtes für Volkswohlfahrt in Berlin; lebte nach 1945 in Bayreuth, Landshut und München.

Livonia Dorpat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937 NSDAP; NSV; RLB; VDA.

Sozialpolitische Aktivitäten

v. H. war Geschäftsführer des ersten nicht-konfessionellen, reichsweiten Krankenhausverbandes (später: Paritätischer Wohlfahrtsverband) und dessen Chronist. Seit 1925 im Vorstand bzw. Ausschuss des Reichsverbandes der freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands; 1932 Delegierter auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.; 1937 Vorstands- und Beiratsmitglied der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Veröffentlichungen

Grundzüge der Organisation der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland (mit Langstein), 1925; Mitherausgeber des Handbuches des Fünften Wohlfahrtsverbandes, 1927; 25 Jahre Reichsverband der freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands. 28. Oktober 1919-28. Oktober 1944, 1944.

Quellen

Brennsohn, Die Ärzte Estlands, 1922; Hasselblatt, Album Academicum der Kaiserlichen Universität Dorpat, 1889; Lenz, Deutschbaltisches biographisches Lexikon 1710-1960, 1970; Baltische Rundschau Nr. 6, 1951, S. 9 und Nr. 7, S. 8, 1953; BArch R 9361 / 1355; Stadtarchiv München; Stadtarchiv Worms.

Bild

Baltische Rundschau Nr. 7, 1953.

Horion, Johannes Dr. iur., Dr. med. h. c., Dr. rer. pol. h. c.
Landeshauptmann

* 27.3.1876 in Marienforst/Krs. Bonn; † 19.2.1933 in Düsseldorf; kath.; V Johann H. (1839-1910), Gutsbesitzer; M Sibylla geb. Radermacher (1839-1914); ∞ 1. 1902 Maria geb. Krahe (1877-1926); 2. 1928 Emma geb. Abeck, verw. Kürten (1889-1982); K 3.

Gymnasium in Köln; 1894-97 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Bonn, München und Berlin; 1897 Promotion in Erlangen, Gerichtsreferendar in Köln und Grevenbroich; 1901 Gerichtsassessor; 1901-02 Generalvertretung des Rechtsanwalts (und Zentrumspolitikers) Karl Trimborn in Köln; 1902 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Rheinischen Provinzialverwaltung in Düsseldorf (Dezernent für das Landarmenwesen, zeitweise auch Justitiar der Straßenverwaltung und der Fürsorgeerziehung); ab 1904 Landesrat, Dezernent für das Fürsorgewesen der Rheinprovinz (Irrenwesen, Anstaltsverwaltung, Korrigendenwesen, Landarmenwesen, Krüppelfürsorge); 1921 stellv. Landeshauptmann, 1922-33 Landeshauptmann der Rheinprovinz, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz und des Landesjugendamtes.

Arminia Bonn; Saxonia-München; Askania Berlin; Ehrenphilister der Würzburger Merovingia-Rheinland.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Führendes Mitglied der rheinischen Zentrumspartei; 1924-26 erster Vorsitzender des Vereins katholischer Akademiker in Düsseldorf; Vorstandsmitglied im Volksverein für das katholische Deutschland; 1926 Präsident des 65. Deutschen Katholikentages in Breslau; stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landesbank der Rheinprovinz und des Verwaltungsrates der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt; stellv. Vors. des Aufsichtsrates der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke.

Auszeichnungen

1919 Dr. med. h. c. in Bonn; 1924 Dr. rer. pol. h. c. in Bonn; 1926 Komtur des St. Gregorius-Ordens mit Stern; 1928 Ehrenbürgerwürde der TH Aachen; Benennung zahlreicher Einrichtungen und Straßen nach H.; 2000 Horion-Haus des Landschaftsverbandes Rheinland in Köln-Deutz.

Sozialpolitische Aktivitäten

H. erlangte als führende Persönlichkeit der rheinischen Provinzialverwaltung reichsweite Bedeutung durch sein Engagement im sozialpolitischen und fürsorglichen Bereich. Sein Wirken auf dem Gebiet der Wiederherstellung und Besserung der Erwerbsfähigkeit von Kriegsbeschädigten trug ihm den Beinamen „Vater der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ ein. Als prominenter Vertreter des DV und im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Rheinischen Provinzialverwaltung trug er zu den Reformen der Fürsorge in der Weimarer Republik bei. H. war ab 1912 Mitglied des Hauptausschusses und 1921-33 Mitglied des Vorstands des DV, als Delegierter des DV nahm er 1928 an der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris und 1932 an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil. Er war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft.

Veröffentlichungen

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge (mit Luppe), 1916; Die rheinische Provinzialverwaltung, ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand (Hrsg.), 1925.

Quellen

Koß/Löhr (Hrsg.), Biographisches Lexikon des KV, Teil 2, 1993; Kosch; Reichshandbuch; NDV 1933, S. 34; Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de> – Abr. 01.02.2017).

Bild

Reichshandbuch.

Jacobi, Erwin Prof. Dr. iur., Dr. theol. h. c. Rechtswissenschaftler

* 15.1.1884 in Zittau (Sachsen); † 5.4. 1965 in Leipzig; ev.-luth.; V Rudolf J. (1854-1940), Kaufmann; M Emma geb. Smith (1859-1938); ∞ 1917 Nora geb. Smith (1887-1963). K 4 S (1 Adoptivs.).

Gymnasium in Zittau; 1903-07 Studium der Rechtswissenschaften in München und Leipzig; 1907 Promotion in Leipzig; 1907-11 Referendar; 1912 Assessorexamen und Habilitation in Leipzig, 1912-16 Privatdozent an der Universität Leipzig; 1916-20 planmäßiger ao. Prof. in Leipzig (Verwaltungsrecht und sächs. Staatsrecht); 1916-18 Kriegsdienst; 1920 o. Prof. an der Universität Greifswald (Öffentliches Recht), 1921-33 o. Prof. an der Universität Leipzig (Öffentliches Recht und Arbeitsrecht), zugleich 1921 Direktor des von ihm gegründeten Instituts für Arbeitsrecht; 1933 Suspendierung, in den Ruhestand versetzt aufgrund des BBG („jüdischer Mischling ersten Grades“), bis 1945 freiberufliche Tätigkeit als rechtswissenschaftlicher Gutachter in Leipzig; ab 1945 wieder o. Prof. an der Universität Leipzig (Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Arbeits- und Kirchenrecht) und Direktor des Instituts für Arbeitsrecht der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1947-48 Rektor der Universität, 1949-58 Dekan der juristischen Fakultät; 1958 Emeritierung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Nach 1921 Mitglied des Senats der Universität Leipzig und Syndikus der Universität; 1948 Mitglied und Sekretär der Sächs. Akademie der Wissenschaften; 1948/49 Mitglied des Deutschen Volksrates; 1948 Kulturbund in Leipzig; 1948-59 Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Sachsen, darin Mitglied des Rechtsausschusses und des Sonderausschusses für gesamtkirchliche Verfassungsfragen; 1951 Mitglied im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in Leipzig; korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin; Mitglied des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaft in Berlin (Leitung der Sektion Arbeitsrecht); Mitglied der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer.

Auszeichnungen

1918 Kriegsverdienstkreuz; 1954 Dr. theol. h. c. in Leipzig; 1956 Ernennung zum Domherrn des Stiftes Wurzen; Vaterländischer Verdienstorden in Bronze, 1959 in Silber; Banner der Arbeit (posthum).

Sozialpolitische Aktivitäten

J. war Mitbegründer einer selbständigen rechtswissenschaftlichen Disziplin des Arbeitsrechts, allerdings erfasste er mit seinen Konstruktionen die kollektiven Strukturen, die durch Großindustrie und Masengewerkschaften geschaffen wurden, nicht adäquat. J. fasste alle Gestaltungsfaktoren des Arbeitsverhältnisses wie den Arbeitsvertrag, die Betriebsvereinbarung und den Tarifvertrag als rein privatrechtliche auf, der Tarifvertrag konnte bei ihm nicht nur Mindestarbeitsbedingungen, sondern auch Höchstarbeitsbedingungen vorsehen, die Geltungskraft des individuellen Arbeitsvertragsrechts war damit gegenüber den kollektiven Gestaltungsfaktoren nachgeordnet. Um das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht machte er sich ferner verdient durch das 1921 von ihm gegründete erste Institut für Arbeitsrecht in Deutschland, das in der arbeitsrechtlichen Forschung während der Zeit der Weimarer Republik herausragte. Er pflegte Verbindungen zum Reichsarbeitsgericht, das seinen Sitz ebenfalls in Leipzig hatte. J. wissenschaftliche Schwerpunkte lagen auf den Gebieten des Staats-, Verwaltungs-, Arbeits- und Kirchenrechtes. Im Rahmen seiner Forschung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts prägte er in der Zeit der Weimarer Republik u. a. den Begriff der Verfassungsdurchbrechung. Im Jahr 1931/32 vertrat er zusammen mit Carl Schmitt das Deutsche Reich im sogenannten Preußenschlag-Prozess vor dem Reichsgericht. Wissenschaftlich zog sich J. ab 1945 auf das Kirchenrecht zurück und war einziger Kirchenrechtsprofessor in der DDR.

Veröffentlichungen

Träger der Sozialversicherung, 1916; Einführung in das Gewerbe- und Arbeitsrecht, 1919/1926; Betrieb und Unternehmen, 1926; Grundlehren des Arbeitsrechts, 1927 (Hauptwerk); Mitherausgeber von „Recht der Arbeit“ und „Archiv des öffentlichen Rechts“ (in Westdeutschland erschienen); Hrsg. der „Schriften

des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig“; Bibliographie in: Festschrift für Erwin Jacobi, 1957.

Quellen

Otto, Von der Eigenkirche zum volkseigenen Betrieb: Erwin Jacobi (1884-1965), 2008; Becker, Baumgartner/Hebig, Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990, 1996; BArch DR 3 15061.

Bild

Reichshandbuch.

Jakob, Reinhard

Präsident der Reichsknappschaft

* 21.2.1899 in Werne/Bochum; † 2.5.1964 in Clausthal-Zellerfeld; ev., später diss.; V Adam J., Bergmann; M Anna *Martha* geb. Aschenbrenner (1882-1953); ∞ 1927 Erna geb. Doppmeier (1905-65); K 1 S, 1 T.

1909-16 Oberrealschule in Bochum; 1916 Bürolehre beim Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum; 1917-19 Krieg- und Militärdienst; 1918-23 Gehilfe beim Allgemeinen Knappschaftsverein, 1923-36 Sekretär ebenda (ab 1924: Ruhrknappschaft); 1926 Sachbearbeiter in der Versicherungsabteilung der Ruhrknappschaft; 1933 Kommissar für die Überführung der Angestelltenverbände der Reichsknappschaft und der Bezirksknappschaften in den Reichsbund der Deutschen Beamten; 1936-39 nach „Rückgliederung“ Leiter der Saarknappschaft in Saarbrücken; 1938-39 nach „Anschluss“ Direktor der Abteilung Sozialversicherung im Wiener Ministerium für Wirtschaft und Arbeit; 1939-45 Präsident der Reichsknappschaft, daneben 1940-41 Leiter der Geschäftsgruppe Soziale Verwaltung beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete in Den Haag und 1944 Leiter der Hauptabteilung Sozialversicherung im RAM; 1945 Auflösung der Reichsknappschaft, Entlassung aus allen Ämtern, Arbeiter in Gaissach/Obb.; 1945-46 Internierung in Hessisch-Lichtenau (Ministerial Collecting Center) und Berlin-Lichterfelde, während der Internierung gutachterliche Tätigkeit

zu Fragen der Sozialversicherung für die Besatzungsmächte; ab 1946 Heimarbeiter in St. Andreasberg bzw. erwerbslos; 1948 Angestellter der Bezirksverwaltung der Bergbau-Berufsgenossenschaft in Clausthal-Zellerfeld; 1955 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund; 1923/25-30 und 1932-45 NSDAP; SA; RdB; NSV.

1947 im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie III („Minderbelastet“) eingestuft, nach Berufung 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“), danach (1948) in Kat. V („Entlastet“); nach Widerspruch des Niedersächsischen Ministers für die Entnazifizierung 1950 endgültige Einstufung in Kat. IV. („Mitläufer“).

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP; 1941 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1942 silbernes Treudienst-Ehrenzeichen.

Sozialpolitische Aktivitäten

J. galt in der NSDAP als ein Fachmann der Partei für die Sozialversicherung, als solcher wurde er letztendlich auch im RAM anerkannt. 1933 trat er scharf gegen Pläne der DAF auf, die knappschaftliche Versicherung aufzulösen, vor diesem Hintergrund wurde sein Aufstieg durch die Ministerialbürokratie des RAM gefördert. Nach seiner Bewährung in Österreich (dort ebenfalls Abwehr von weitreichenden DAF-Plänen) konzipierte er an leitender Stelle eine leistungsrechtliche Reform der Knappschaftsversicherung, die bis 1943 weitgehend durchgeführt wurde, aber weder den Plänen der DAF noch den organisatorischen Plänen des RAM zur Zentralisierung der Sozialversicherung beim Ministerium entsprachen. Konkret waren das die AusbauVOKnappschaft 1941 und die RKGNov 1942. Auf J. geht ferner ein Verordnungsentwurf zur Vereinfachung des Leistungs- und Beitragsrechts in der Sozialversicherung 1944 zurück. Die Leistungsverbesserungen (nunmehr als „Knappschaftssold“ bezeichnet) dienten nicht zuletzt als Leistungsanreiz für die kriegswichtigen Bergleute, davon ausgeschlos-

sen blieben die zwangsweise verpflichteten Fremdarbeiter.

Stationen seiner sozialpolitischen Karriere waren: 1930-34 Gründungs- und Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Knappschaftsbeamten; 1938-39 Beauftragter für die gesamte Neuordnung des Sozialversicherungswesens in der Ostmark (Reorganisation der Versicherungsträger und deren Eingliederung in die deutsche Sozialversicherung); Mitglied der Reichsarbeitskammer der DAF; Beauftragter der Zentralstelle für den Vierjahresplan in der DAF (Sozialversicherung).

Veröffentlichungen

Überblick über die Sozialversicherung im Altreich und in Österreich. Eine systematische Gegenüberstellung, 1938; Neues Sozialversicherungsrecht in der Ostmark, 1939; Meine Knappschaft. 150 Fragen aus der knappschaftlichen Sozialversorgung allgemeinverständlich beantwortet, 1944; Verfasser diverser Beiträge in der Fach- und Tagespresse.

Quellen

Lauf, Vor 70 Jahren: Einführung der knappschaftlichen Rentenversicherung, in: Kompass 2013, S. 22-25; Lauf, Knappschaft und Sozialreformen, 2000; Lauf, Die Knappschaft. Ein Streifzug durch tausend Jahre Sozialgeschichte, 1994; Geyer, Die Reichsknappschaft. Versicherungsreformen und Sozialpolitik im Bergbau 1900-1945, 1987; Der Kompass 1939 (Beilage zu Heft 12), 1941, S. 90 u. 1944, S. 8; AdP; Niedersächsisches Landesarchiv Nds 171 Hildesheim 59703; Dokumentations- und Forschungsstelle der Sozialversicherungsträger Bochum; Stadtarchiv Bochum.

Bild

Lauf 2000, S. 100.

Joachim, Richard Friedrich Ministerialbeamter

* 5.12.1891 in Berlin; † 1942 im Konzentrationslager Auschwitz; jüd.; V Albert J. (1858-1908), Rechtsanwalt; M Lucie geb. Jakobowitz (1867-1943, ermordet in Theresienstadt); ledig.

Gymnasium in Berlin; 1909 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1913-20

Gerichtsreferendar in Bernau und Berlin, 1915-18 Kriegsteilnehmer; 1920 Gerichts-assessor, Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft Berlin; 1920 Übernahme als Regierungsassessor ins RAM, 1922 Regierungsrat, 1927 Oberregierungsrat, 1929 Ministerialrat (Referent für Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtungsrecht, ab 1929 zusätzlich Sonderreferent für die UdSSR sowie für Polen, Lettland und Estland); 1932 an das Reichsversorgungsgericht versetzt, dort 1932-33 Senatspräsident; 1933 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aufgrund des BBG in den Ruhestand versetzt; Ende 1938 Leiter eines für Auswanderungsfragen zuständigen Ausschusses der Reichsvereinigung der deutschen Juden, zuständig für die Organisation der jüdischen Emigration; 1938 kurzzeitige Inhaftierung im Konzentrationslager Sachsenhausen; im Dezember 1942 ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert und ermordet.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919 SPD, Redner auf Parteiveranstaltungen und -versammlungen; Bund republikanischer Beamter; bis 1933 nebenberuflicher Dozent an der Gewerkschaftsschule in Bernau; Reichsvereinigung der deutschen Juden.

Sozialpolitische Aktivitäten

J. war ein Mitschöpfer des neuen Arbeitsrechts der Weimarer Republik, beteiligt war er insbesondere an der Erarbeitung des ArbGG 1926, ferner an der SchlichtWVO 1923 und der SchlichtStrVO 1931. J. geriet im RAM wegen seiner politischen Aktivitäten für die SPD in Misskredit und wurde daraufhin 1932 an das Reichsversorgungsgericht versetzt.

Veröffentlichungen

Die Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 (mit Flatow), 1924; Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 (mit Flatow), 1928.

Quellen

Göppinger, Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“, 1990 (2. Aufl.); Lowenthal, Bewahrung im Untergang, 1985; BArch (R 3001 / 62026; R 3901 / 100439; R 89 / 2364; R 89 / 2559); GVP RAM; Internationaler Suchdienst Bad Arolsen.

Bild

Lowenthal 1985.

Joerger, Kuno Joseph Adolph

Theologe; Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes

* 16.5.1893 in Heidelberg; † 4.11.1958 in Freiburg/Br.; kath.; V Alois J. (1854-1938), Kaufmann, Stadtrat in Heidelberg; M Anna geb. Bopp (1869-1947).

Gymnasium in Heidelberg; 1911-15 Studium der Theologie und Philosophie in Freiburg/Br. und am Priesterseminar von St. Peter/Schwarzwald; 1915 Priesterweihe in Freiburg/Br.; 1915-16 Vikar in Durmersheim und Karlsruhe; 1916-21 Caritassekretär für die Koordinierung der caritativ-sozialen Facharbeit und Redaktionstätigkeit beim Caritasverband in Freiburg/Br.; 1921-58 Generalsekretär des DCV, 1924 Direktor beim DCV, 1943 Pfarrvikar in Jechtingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied und Vizepräsident der Katholischen Union für das Studium internationaler Fragen; Mitglied des Internationalen Komitees für Familienerziehung; Mitglied des Internationalen Komitees für Sozialarbeit und Wohlfahrtspflege; Präsidiumsmitglied von Caritas Catholica; bis 1958 Vorstandsmitglied der Caritas Internationalis mit Sitz in Rom; seit 1951 Mitglied des Deutschen Landesausschusses der Internationalen Konferenz für Sozialarbeit; seit 1953 Mitglied des Hauptausschusses des DV; Mitbegründer des „Bundes der Caritasfreunde“.

Auszeichnungen

1918 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1937 Erzbischöflicher Geistlicher Rat ad honorem; 1947 Päpstlicher Geheimkämmerer mit dem Titel Monsignore; 1956 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, Ehrenurkunde des Landes Baden-Württemberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

J. widmete sich als Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes dem systematischen, organisatorischen und ideellen Aufbau und Ausbau des Verbandes, er befestigte dessen Stellung gegenüber den „benachbarten“ Verbänden der freien Wohlfahrtspflege. Nach dem Tod von Lorenz Werthmann wurde J. im Jahr 1921 Generalsekretär und somit „rechte Hand“ des zweiten Präsidenten des DCV, Benedict Kreuzt. J. förderte insbesondere auch die internationale Caritasarbeit, er war Wegbereiter internationaler Caritas-Kooperationen und organisierte im Jahr 1924 in Amsterdam eine internationale Caritaskonferenz, mit der die Entwicklung der grenzüberschreitenden/international agierenden „Caritas Catholica“ begann. Von Anfang an war er Mitglied im Präsidium der Internationalen Caritas. Im Jahr 1951 war J. maßgeblich an deren Reaktivierung/Neugründung nach dem Krieg beteiligt. Er gehörte 1932 dem Ständigen Ausschuss der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit an und nahm im gleichen Jahr als Delegierter an deren 2. Internationalen Konferenz in Frankfurt/M. teil. 1948 initiierte er die Wiedereinführung der Wohlfahrtsbriefmarken, zunächst in der Französischen Besatzungszone. In Beiträgen für Fachzeitschriften setzte J. sich mit organisatorischen Kirchenfragen, Ausbildungs- und Schulungsaufgaben der Caritas sowie grundsätzlichen Fragen der Wohlfahrtspflege fachlich auseinander.

Veröffentlichungen

Was jedermann vom Caritasverband wissen muss, 1917; Die Not der Gegenwart und wir (Caritaspredigten), 1922; Wesen, Pflicht und Geist der Caritas, 1922; Am Jahrhundertweg der deutschen Caritasbewegung, 1923; Von Menschennot und Christenhilfe, 1931; seit 1920 Herausgeber des „Caritas-Handbuch“; 1933 Herausgeber des „Caritas-Gebetbuch“; ab 1948 Mitherausgeber des „Freiburger Rundbrief“.

Quellen

Wollasch; Caritas 1953, S. 156-158 u. 1958, S. 352-359; NDV 1958, S. 329; Kosch; Stadtarchiv Heidelberg.

Bild

Kosch.

Jonquières, Wilhelm Carl Arthur von
Vorsitzender des Reichsausschusses für
Ärzte und Krankenkassen

* 23.2.1857 in Nienhagen Dannhorst /Krs. Celle; † 14.11.1931 in Berlin-Charlottenburg; ev.-luth.; V Wilhelm Otto v. J. (1819-91), Forstmeister; M Charlotte Hedwig Caroline Louise Minette Theodora Elisabeth geb. von Hinüber (1826-97); ∞ 1891 Elsa geb. Patow (1870-1931); K 3 S.

Gymnasium in Frankfurt/O.; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, München und Berlin; 1879 Referendar beim Kammergericht, Stadtgericht und Landgericht Berlin, 1881 Referendar bei der Regierung in Frankfurt/O. sowie beim Landratsamt Crossen a. d. Elster; 1883 Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst, Regierungsassessor in Schleswig (ab 1885 abgeordnet zum Reichsamt des Innern); 1886 kommissarischer Hilfsarbeiter, 1888 ständiger Hilfsarbeiter und Geh. Regierungsrat, 1895-1904 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für Fragen der Handels-Seeschifffahrt und Hochseefischerei); 1905 Direktor (Rat I. Klasse) im Reichsamt des Innern; 1917 Direktor im Reichswirtschaftsamt (Verkehrswesen, insb. Seeschifffahrt); 1919-22 Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium (Personalien, Verkehrswesen, insb. Seeverkehr, Seeschifffahrt); 1905-18 stellv. Bevollmächtigter zum Bundesrat; 1923-31 Vorsitzender des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1898-1922 Vorsitzender der Technischen Kommission für Seeschifffahrt; 1918 Vorsitzender des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte; 1903-04 Direktor der Normal-Eichungskommission; Mitglied der Gesetzlosen Gesellschaft zu Berlin.

Auszeichnungen

1900 Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub, 1909 mit Stern; 1914 Wirklicher Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1918 Kronenorden 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Die sozialpolitische Tätigkeit v. J. erstreckt sich im Wesentlichen auf die Weimarer Republik. Als Vorsitzender des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen nahm er von dessen Anfang (1923) bis 1931 Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung und Fortentwicklung des Kassenarztrechts, vor allem durch Richtlinien zur Vertragsgestaltung und die Beilegung von Konfliktfällen. Zuvor war v. J. nur zeitweilig und am Rande mit sozialpolitischen Fragen befasst (1899-1902 Mitglied des Bundesamtes für das Heimatwesen).

Quellen

Hubatsch, Entstehung und Entwicklung des Reichswirtschaftsministeriums 1880-1933, 1978; Handbücher für das Deutsche Reich 1886-1922; BArch R 1501 / 205661 fol. 18; Landesarchiv Berlin, P Rep. 551 Nr. 361; GStA, HA. I, Rep. 125 Nr. 2364; Staatsarchiv Hamburg, Bestand 332-5 Nr. 8551.

Juchacz, Marie Luise geb. Gohlke

Gründerin und Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt

* 15.3.1879 in Landsberg an der Warthe; † 28.1.1956 in Düsseldorf; ev.; V Friedrich *Theodor* G. (1841-1908), Zimmermeister; M Wilhelmine *Henriette* geb. Heinrich (1846-1911); ∞ 1903 Bernhard Juchacz (vor 1880-1922), 1911 gesch.; K 1 S, 1 T.

1885-93 Volksschule in Landsberg an der Warthe; 1893-96 Dienstmädchen und Fabrikarbeiterin; 1896-99 Krankenwärterin in der Provinzialirrenanstalt in Landsberg/W.; 1899-1901 Ausbildung zur Weiß- und Kleidnäherin, bis 1905 gemeinsam mit Bernhard J. Inhaberin einer Schneiderwerkstatt in Landsberg/W.; 1906-13 Heimarbeiterin in Berlin, Beginn der politischen Karriere; 1914-17 Heimarbeiterin und SPD-Partei-funktionärin in Köln, im Krieg Vorstandsmitglied der Nationalen Frauengemeinschaft Köln (Mitglied im Ernährungsausschuss); 1917 Leiterin des zentralen sozialdemokratischen Frauenbüros in Berlin, bis 1933 SPD-Frauensekretärin; 1919 Gründerin und bis 1933 Vorsitzende des Hauptausschusses der AWO; 1933 Flucht ins Saar-

land, Betreiberin eines Mittagstisches für Flüchtlinge aus Deutschland; 1935 Emigration ins Elsass, 1940 Flucht nach Südfrankreich, 1941 Emigration in die USA, New York; 1941/42 Aufenthalt in einem Quäker-Aufnahmeheim in Iowa, danach Leiterin der deutschsprachigen Sektion einer jüdischen Kranken- und Sterbekasse in New York; 1946 Mitarbeiterin, 1947 Vizepräsidentin, 1948 Präsidentin der Arbeiterwohlfahrt USA (Hilfe für die Opfer des Nationalsozialismus); 1949 Rückkehr nach Deutschland, Engagement für die AWO.

sozialdemokratische Politikerin

SPD

1908 SPD, Vorstandsmitglied des Wahlvereins Rixdorf (Neukölln), 1910 des Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg; 1913 Sekretärin für Frauenfragen im SPD-Bezirk Obere Rheinprovinz in Köln; 1917-33 Mitglied des Parteivorstands auf Reichsebene; RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 4 Potsdam 1-9 (SPD); 1920-33 WK 4 Potsdam I (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1907-08 Vorsitzende des Schöneberger Frauen- und Mädchenbildungsvereins; 1914 Mitbegründerin und Betreiberin einer Heim-arbeitszentrale für Näherinnen in Köln; 1919 Mitglied des Hauptvorstands des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands.

Auszeichnungen

1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1949 Ehrevorsitzende der AWO; Briefmarke der Deutschen (Bundes-)Post 1969 und 2003; Marie-Juchacz-Plakette der AWO; 2017 Marie-Juchacz-Denkmal in Berlin-Kreuzberg; Benennung zahlreicher Straßen, Heime und Geschäftsstellen der AWO nach J.

Sozialpolitische Aktivitäten

J. sozialpolitische Bedeutung liegt vorrangig in der Gründung und im Aufbau einer sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisation, der AWO, die nach 1919 ergänzend wie eigenständig gegenüber der bürgerlichen Privatwohltätigkeit und deren Verbänden auftrat (keine Mitgliedschaft in der Liga der

freien Wohlfahrtspflege). Unter ihrem Einfluss wurde es eine Zielrichtung der sozialdemokratischen Frauenbewegung, neben der Arbeiterversicherung sozialpolitische Fortschritte auch über Maßnahmen der Wohlfahrtspflege zu erreichen. 1927-33 wirkte sie als Kuratoriumsmitglied der von ihr mitbegründeten AWO-Wohlfahrtsschule in Berlin. Als Parlamentarierin setzte sie sich ab 1919 für die Rechte unehelicher Kinder ein, als Reichstagsabgeordnete wurde sie Mitglied im 29. Ausschuss zur Vorbereitung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922) und wirkte parallel in der u. a. vom DV initiierten Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des RJWG. Weitere Schwerpunkte ihrer Parlamentsarbeit waren der Jugendschutz, die Mutterschaftsfürsorge sowie die Reform des Schwangerschaftsabbruchs. J. war 1921-31 Vorstandsmitglied des DV, 1928 nahm sie als Delegierte an der 1. Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris und 1932 an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung, 1919; Die Arbeiterwohlfahrt. Voraussetzungen und Entwicklung (mit Heymann), 1924; Jugendwohlfahrt, 1924; zahlreiche Beiträge insbes. in der Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“; 1917-19 Redakteurin der Zeitschrift „Die Gleichheit“.

Quellen

Struck, „Mir geht so vieles durch den Kopf und durchs Herz“. Marie Juchacz – Briefe und Gedanken zum Neuanfang der AWO, 2014; Maier; Schröder; Paul; Bio. Emig.; Marie Juchacz, Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. Leben und Werk, 1979; Roehl, Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt, 1961; AWO Bundesverband e. V. Berlin.

Bild

Roehl 1961.

Kalckbrenner, Otto Raimund Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 7.7.1886 in Kronach (Bayern);
† 15.1.1945 in [?]; ev.; V August K.

(1851-), Eisenbahn-Assistent; M Caton Friederike *Auguste* geb. Spörl (1861-1937); ∞ 1917 Eleonore geb. Knab (1890-1979).

Gymnasium in Nürnberg; 1904-08 Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen; 1908 Gerichtsreferendar in Nürnberg; 1909 Promotion in Erlangen; 1913 Gerichts-assessor; 1914 stellv. Syndikus bei den Siemens-Schuckert-Werken in Nürnberg; Kriegsdienst als Intendanturbeamter; 1921 Regierungsrat im Versorgungswesen; 1927 Eintritt in das RAM, 1929 Oberregierungsrat, 1934 Ministerialrat in der arbeitsrechtlichen Abteilung des RAM (Referent für lohnpolitische Fragen div. Gewerbe und Industrien, Fragen der Heimarbeit, 1943 u. a. auch für Arbeitsverhältnisse der Ausländer im Reich), 1943 dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet (Referent für Dienstpflichtunterstützungen).

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war seit Beginn der 1930er Jahre an den gesetzgeberischen Arbeiten des RAM auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes beteiligt. Ihm oblag insbesondere die Bearbeitung von Fragen der Heimarbeit, die 1934 und 1939 neu geregelt wurde.

Veröffentlichungen

Gesetz über die Heimarbeit vom 23. März 1934 mit Durchführungsverordnung (mit Mansfeld), 1934; Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, 1934; Mitherausgeber der Zeitschrift „Soziales Archiv“.

Quellen

BArch R 2 / 18428; Universitätsarchiv Erlangen UAE C2/3 Nr. 293; EMK; Stadtarchiv Kronach; GVP RAM.

Bild

Stadtarchiv Nürnberg, C 21/VII Nr. 76.

Kaphahn, Ludwig Kurt Friedrich Carl Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 15.12.1882 in Gaudenz (Westpreußen);
† 20.4.1962 in Bad Homburg; ev.; V Karl K. (1831- nach 1912), Schulrat/Theologe;

M Helene geb. Rost; ∞ 1910 Antonie Emile Frieda geb. Fromm (1882-1962).

-1901 Gymnasium in Graudenz; Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, Berlin und Königsberg/Pr.; 1904 Gerichtsreferendar in Neuenburg, Graudenz und Berlin; 1905 Promotion in Greifswald; 1909 Gerichtsassessor in Graudenz und Posen; 1910 Dezernent für Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Fürsorge- und Landarmenwesen in der Hauptverwaltung der Provinz Posen; 1912 Landesassessor beim Landeshauptmann der Provinz Posen; 1915 Landesrat in Posen (Bearbeitung der Kriegsbeschädigtenfürsorge), 1919 kurzzeitige Tätigkeit als Referent für die Kriegsverletztenfürsorge in der Provinzialverwaltung (Landesversicherungsanstalt) Schlesien in Breslau; 1919 Wechsel ins RAM, 1920 Regierungsrat, im selben Jahr Ministerialrat (Referent für soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, 1920 Leiter des Hauptreferats „Kriegsbeschädigtenfürsorge“); 1924 Direktor im Reichsamt für Arbeitsvermittlung, ständiger Stellvertreter des Präsidenten (Syrup); 1927 Vizepräsident der neu gegründeten RfAVAV; 1932-43 Präsident des Landesarbeitsamtes Niedersachsen in Hannover; anlässlich der Gründung von Gauarbeitsämtern 1943 in den Wartestand versetzt; 1944-45 Reichsinspekteur für den Arbeitseinsatz, als solcher unmittelbar dem GBA Fritz Sauckel unterstellt; 1947 kurzzeitig bei einem pharmazeutischen Betrieb in Hannover beschäftigt, danach Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937 NSDAP; 1934 RDB, NSV; 1935 NSRB; 1936 NSKK (Fürsorgereferent, zuletzt Hauptsturmführer); Reichskolonialbund; 1938 VDA.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie IV („Mitläufer“), 1949 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war als Abteilungsleiter und Vizepräsident an grundsätzlichen Entscheidungen zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweiswesens, der Berufsberatung, der Wohlfahrtspflege sowie der unterstützen-

den und produktiven Erwerbslosenfürsorge beteiligt, zuvor wirkte er mit beim RVer-sorgG 1920. 1944 wurden seine Erfahrungen bei der Kriegswirtschaftsplanung des GBA Fritz Sauckel genutzt.

Veröffentlichungen

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz. Die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs seit 9. November 1918 (u. a. mit Bauer, Glaß und Kerschensteiner), 1921-24.

Quellen

DFL; Wer ist's?; BArch (R 3001 / 62584; R 3901 / 20379; R 3901 / 20381; R 3901 / 104908); StAH, NdS 171 Hannover Nr. 6519; Landesarchiv Berlin, P Rep. 550 Nr. 222; Stadtarchiv Hannover; Stadtarchiv Bad Homburg; GVP RAM.

Bild

DFL.

Karstedt, Franz *Oskar* Prof. Dr. phil.
Ministerialbeamter

* 10.3.1884 in Lübeck; † im Herbst 1945 in sowjetischer Haft (Sachsenhausen?); ev.-luth.; V Peter Carl *Heinrich* K. (1850-1925), Kapitän; M Rudolphine Dorothea *Juliane* geb. Wilde (1855-1933); ∞ 1911 Marie *Ali-ce* geb. Bülow (1887-); K 2 S, 1 T.

Realschulbesuch in Lübeck; 1899 einjährig-freiwilliger Militärdienst; -1902 Gymnasium in Lübeck; 1902-05 Studium der Naturwissenschaften, Geographie und Volkswirtschaft in Leipzig, Helsinki und Berlin; während des Studiums Reisen nach Russland, Finnland, Skandinavien und England; 1905 Promotion in Leipzig; 1905 Vorbereitungsdienst in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin; 1906 Ausbildung beim Kaiserlichen Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, 1909 Hilfsarbeiter bei der Bergbehörde in Darressalam, 1909-13 kommissarischer Sekretär in den Bezirksämtern Tabora, Udjidji und Daressalam, ab 1911 zugleich „Eingeborenenrichter“; 1913 Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen, für seine Verdienste im Kolonialdienst nachträglich zum Bezirksamtman a.D.

ernannt; 1917 im Zentralkomitee des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin beschäftigt; nach ehrenamtlicher Tätigkeit in der Kriegsbeschädigtenfürsorge 1918 Referent der Reichsgeschäftsstelle des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, von dort in das neue RAM übernommen; 1919 Regierungsrat (Referent für Kriegsbeschädigtenfürsorge), 1920 Ministerialrat (Leiter der Unterabteilung „Wohlfahrtspflege“ und Referent für private Wohlfahrtspflege, ab 1922 Referent für allgemeine Organisations- und Haushaltsangelegenheiten des Ministeriums), 1930 Leiter des Referats „Schrifttum“ (zugleich Sonderreferent für Süd- und Ostafrika); 1933 zuständig für Beschwerdefälle der Berufsverbotspraxis bei Kassenärzten im Deutschen Reich; 1940 Leiter der Abteilung „Arbeitsgebiet Internationales“; 1941 Lehrbeauftragter (koloniale Sozialpolitik, „Eingeborenenfragen“), 1944 Honorarprofessor an der Universität Berlin; Mitte Juni 1945 Verhaftung durch sowjetische Truppen und Internierung im Speziallager Sachsenhausen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Reichskolonialbund; NSV; Geschäftsführer der „Hindenburg-Spende“.

Auszeichnungen

Königlicher Kronen Orden (Preußen) 4. Klasse; Rote Kreuz-Medaille (Preußen) 3. und 2. Klasse; König Ludwig-Kreuz; Friedrich-August-Kreuz; Württemb. Charlottenkreuz; Eisernes Kreuz am weiß-schwarzen Bande; 1939 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1942 Silberne Leibniz-Medaille der Preuß. Akademie der Wissenschaften; Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 2. und 1. Klasse; Sudetenmedaille, Komthurkreuz der Italienischen Krone.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war von Hause aus Geograph und Kolonialexperte, nach der Abwicklung der Kolonialverwaltung wurde er – zwischenzeitlich in der Kriegsbeschädigtenfürsorge tätig – im neuen RAM „untergebracht“. Bekannt wurde er durch die erstmalige Herausgabe des Handwörterbuches der Wohlfahrtspflege (1. Aufl. 1924, 2. Aufl. 1928), besondere Verdienste erwarb er

durch seinen Einsatz für Kassenärzte, die nach der KKZulassungsVO 1933 von Berufsverbot (Kassenzulassung) bedroht waren, in zahlreichen Fällen konnte er „kollegiale“ Berufsverbotsmaßnahmen aufheben. Im RAM war K. seit 1924 zuständig für das Kriegerkurhaus Davos-Dorf.

Veröffentlichungen

Die öffentliche Kleinrentnerfürsorge (mit Rabelling), 1923; Die Wohlfahrtspflege in Einzeldarstellungen (Hrsg., mit Behrend und Wronsky), 1926; Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Erschließung überseeischer Gebiete, 1931; So treibt das Reich Sozialpolitik (Mitarb.), 1940; La Politique Sociale de la nouvelle Allemagne, 1943; Aus fünfundzwanzig Jahren Arbeit für das Deutsche Kriegerkurhaus Davos-Dorf, 1943; 1924-25 Herausgeber der Zeitschrift „Die Fürsorge“; 1926-28 Herausgeber der Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege (mit Wronsky); 1930 Schriftleiter und Geschäftsführer des Reichsarbeitsblatts.

Quellen

Leibfried/Tennstedt, Berufsverbote und Sozialpolitik, 1981; Wer ist's?; Kirchlicher Suchdienst; DRK-Suchdienst; BArch R 3901/104928; Archiv der Humboldt-Universität Berlin, PA MinRat 42, Dr. Oskar Karstedt; StA Lübeck; GVP RAM.

Bild

Leibfried/Tennstedt 1981, S. 131.

Karsten, August Fritz Verbandsfunktionär

* 20.12.1888 in Peine; † 8.5.1981 in Berlin (Ost); ev.-luth., 1909 diss.; V Friedrich August Conrad K. (1857-1931), Bierfahrer; M Ilse Katharina *Wilhelmine* geb. Behme (1860-1935); ∞ 1. 1918 Hedwig *Hildegard* geb. Joachim (1895-), 1938 gesch., 2. 1938 *Erna* Johanna Luise geb. Köhler (1905-2002); K 1 S.

Volksschule in Peine; 1903-06 Arbeiter und Kutscher im Bierhandel und Brauergewerbe; 1906 Wanderschaft und Hofofenarbeiter im Stahlwerk Hösch in Dortmund, 1907 nach Betriebsunfall (Beinverlust) Invalidenrentner; 1908 Kurse in Stenogra-

phie [und Schreibmaschine], ehrenamtliche Übernahme gewerkschaftlicher Tätigkeiten; 1914-17 Arbeitersekretär in Aschaffenburg; 1917 Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Schweinfurt; 1918 Vorsitzender des Arbeiterrates in Peine; 1919 Demobilisierungskommissar in Braunschweig, 1919-23 Arbeitersekretär des Gewerkschaftskartells in Peine; 1923 Vorstandsmitglied und 1924-33 Leiter des 1920 gegründeten Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands; 1933 Verhaftung, dreimonatige Inhaftierung, fortan unter polizeilicher Beobachtung; 1933-35 Mitinhaber eines Baugeschäfts, 1935 kaufmännischer Angestellter, ab 1936 in einer Holzhandlung in Berlin-Neukölln tätig; 1945 Kassierer im Zentralausschuss der SPD in Berlin; 1946-48 Abteilungsleiter im Zentralsekretariat der SED (Finanzverwaltung und Parteibetriebe, Geschäftsverwaltung); 1948 Direktor für Viehzucht in der Landesgüterverwaltung Brandenburg in Potsdam, 1949 Direktor in der Bezirksgüterverwaltung Potsdam; 1951-52 stellv. Direktor beim Berliner Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieb (VEAB); 1952 Ruhestand.

sozialdemokratischer Politiker
SPD, USPD, SED

1908 u. 1922 SPD, 1909 Vorstandsmitglied und Schriftführer des sozialdemokratischen Wahlvereins in Peine, 1922-24 Mitglied der zentralen SPD-Kontrollkommission, 1945 Mitglied des Zentralausschusses der SPD in Berlin;

1917 USPD, Parteisekretär in Schweinfurt und Leiter des Bezirks Nordbayern, 1920-22 Mitglied der zentralen USPD-Kontrollkommission, 1919-22 Vorsitzender der USPD in Peine;

1946 SED, 1946-48 Mitglied des Parteivorstands sowie des Zentralsekretariats;
RT 1920-24 WK 18 Südhannover-Braunschweig (USPD, SPD), 1922-33 WK 16 Südhannover-Braunschweig (SPD);

K 1919-21 Mitglied des Provinziallandtags Hannover (USPD); 1914-17 Gemeindebevollmächtigter in Aschaffenburg (SPD); 1919-24 Mitglied des Bürgervorsteherkollegiums Peine (USPD, SPD), 1919-21 und 1925-33 Kreistagsmitglied des Kreises Peine (USPD/SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1905 Mitglied im Transportarbeiterverband, 1908 Ortskassierer des Verbandes; 1908 Mitglied des Gewerkschaftskartells in Peine, bis 1914 Verwalter der Gewerkschaftsbibliothek, Vorstandsmitglied und Kassierer des Konsumvereins sowie Leiter einer neugegründeten Rechtsauskunftsstelle der Gewerkschaften in Peine.

Auszeichnungen

1963 Vaterländischer Verdienstorden in Silber; 1965 Banner der Arbeit; 1969 Vaterländischer Verdienstorden in Gold; 1978 Karl-Marx-Orden; Ernst-Moritz-Arndt-Medaille.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war 1921-33 aktives Mitglied im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten, in dem er sich insbesondere in Fragen der Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge engagierte und wiederholt als Berichterstatter auftrat. Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter mit gewerkschaftlichem Hintergrund trug er insbesondere zur Verbesserung der Fürsorgegesetzgebung in der Weimarer Republik bei. Er war 1925 die treibende Kraft einer vom Reichstag verabschiedeten Gesetzesnovelle zu § 6 RFV, die bei der Bemessung der Fürsorge für Sozialrentner und Kriegsgopfer die Anrechnung von Freibeträgen vorsah („Gruppenfürsorge“). Die Novelle wurde wegen verfassungsrechtlicher Bedenken der Reichsregierung nicht in Kraft gesetzt, die Reichsregierung erließ daraufhin aber den § 33a der RGr, der 1926 als Abs. 3 u. 4 in die RFV eingefügt wurde. Selbst Arbeitsinvalide, wurde K. in der Weimarer Republik Vorsitzender des größten Sozialrentnerverbandes (400 000 Mitglieder). Er war Chefredakteur des Verbandsorgans und verfasste einen gemeinverständlichen „Sozialen Ratgeber“.

Veröffentlichungen

Sozialer Ratgeber. Handbuch über Mitgliedschaft, Beiträge, Leistungen und Verfahren der sozialen Versicherung, Versorgung und Fürsorge für Arbeitnehmer und Leistungsempfänger, 1928; 1924-33 Redakteur der „Deutschen Invalidenzeitung“.

Quellen

Schröder; Leibfried, Existenzminimum und Fürsorge-Richtsätze in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch der Sozialarbeit 4, 1981, S. 469-523, hier: S. 491 f.; HbRT 1924, 1932; BArch (NY 4515 / 1, 4 und 5; R 58 / 9685; R 101 / 1542-1561); EMK; Stadtarchiv Peine; Kreisarchiv Landkreis Peine; Stadtarchiv Braunschweig; StA Golzow.

Bild

Leibfried 1981, S. 492.

Kaskel, Carl John *Walter* Prof. Dr. iur.
Rechtswissenschaftler

* 2.2.1882 in Berlin; † 9.10.1928 ebd.; ev.; V Carl K., Bankier, Handelsrichter; M Sara geb. Goldschmidt; ∞ 1914 Hedda geb. Gerson (1893-1944 deportiert und ermordet); K 1 T.

Gymnasium in Berlin; 1900-04 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg/Br., München und Berlin; 1904-09 Referendar in Königs Wusterhausen, Neuruppin, Charlottenburg und Berlin; 1909-10 Gerichtsassessor in Liebenwalde und Berlin; 1910 Promotion in Berlin; 1911-13 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Reichsversicherungsamt; 1912 Habilitation in Berlin, 1913-20 Privatdozent für Sozialrecht an der Universität Berlin; 1918 Vorsitzender eines Demobilisierungsausschusses und Leiter eines städtischen Notstandbetriebes in Berlin; 1920-28 planmäßiger ao. Prof. für Sozialrecht an der Universität Berlin; ab 1921 Dozent an der Handels-Hochschule Berlin, an der Deutschen Hochschule für Politik, an gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen und der Berliner Verwaltungsakademie.

K 1916-19 unbesoldeter Stadtrat in Schöneberg, als solcher Dezernent für das kommunale Arbeitsamt.

Auszeichnungen

1947 Kaskelstraße in Berlin-Lichtenberg; 2007 Gedenkausstellung der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war einer der führenden Arbeitsrechtler der Weimarer Republik. Zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn beschäftigte er sich mit dem Sozialversicherungsrecht, um sich dann zunehmend dem Arbeitsrecht zuzuwenden. Die systematische Erfassung und Verarbeitung des Arbeitsrechts als eigene Rechtsdisziplin, in seinem Sondercharakter erstmalig herausgelöst aus dem Fachgebiet Sozialpolitik wie dem Privatrecht, geht auf K. zurück, der die erste arbeitsrechtliche Professur in Deutschland inne hatte und u. a. das erste Lehrbuch zur Arbeitsrechtsthematik verfasste. K. betonte den Gedanken der Gleichordnung und individuellen Selbstbestimmung im Arbeitsrecht, seine Begrifflichkeit kam ohne die später im Nationalsozialismus verwendeten Herrschafts-, Treue- und Fürsorgekonzepte aus. K. beeinflusste Arbeitsgesetzgebung und Rechtsprechung in der Weimarer Republik. Als Vorsitzender des Unterausschusses für Arbeitsvermittlung im Arbeitsrechtsausschuss beim RAM war er 1919-23 einbezogen in Vorbereitungen, die auf die Kodifikation des gesamten Arbeitsrechts zielten (nicht realisiert). Entwürfe zum Arbeitsnachweisgesetz (ArbNachweisG 1922) gehen auf ihn zurück (mit F. Syrup), Anregungen und Beiträge lieferte er zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG 1927). In der NS-Zeit wurde sein Werk wegen seiner jüdischen Herkunft unterdrückt.

Veröffentlichungen

Grundriss des sozialen Versicherungsrechts (mit Sitzler), 1912; Das neue Arbeitsrecht, 1920; Die sozialpolitische Gesetzgebung, 1921; Kommentar zum Arbeitsnachweisgesetz (mit Syrup), 1922; Neuerungen im Arbeitsrecht, 1924; Arbeitsrecht, 1925; Die neue Arbeitsgerichtsbarkeit, 1927; Allgemeines Tarifrecht, 1928; 1913 Mitbegründer und Schriftleiter der „Monatsschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung“; 1921 Mitbegründer und Mitherausgeber der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“; 1923 Mitherausgeber der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft; bibliographische Übersicht in Nürnberger/Maier 2008.

Quellen

Maier/Nürnberger/Pabst, Vordenker und Gestalter des Arbeitsmarktes, 2012; Nürnberger/Maier, Jurist, Hochschullehrer, Arbeitsrechtler: Profes-

sor Dr. Walter Kaskel, 2008; Becker; Mikešić, Sozialrecht als wissenschaftliche Disziplin, 2002; NDB.

Bild

Nürnberg/Maier 2008.

Kelch, Paul *Egon* Dr. iur.

Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen

* 15.10.1853 in Potsdam; † 24.10.1933 in Berlin; ev.; V Adolph K. (1815-), Rechtsanwalt und Notar; M Mathilde geb. Koblenz (1835-69); ∞ 1892 Helga geb. von Aschen (1865-).

Gymnasium in Potsdam und Berlin; 1872-75 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, Leipzig und Berlin; 1875 einjährig-freiwilliger Militärdienst, 1875-80 Gerichtsreferendar in Fehrbellin und Potsdam; 1876 Promotion in Jena; 1880 Gerichtsassessor, 1880-83 Rechtsanwalt am Landgericht Potsdam; 1884-90 Landesrat bei der Provinzialverwaltung von Schlesien in Breslau, u. a. Provinzialkommissar für den Landarmenverband; 1889-1902 im Reichsamt des Innern, zunächst Hilfsarbeiter, 1890 Regierungsrat und bis 1891 Kaiserlicher Kommissar für Helgoland, 1894 Geh. Regierungsrat, 1897 Geh. Oberregierungsrat (Referent für die Beschäftigung Arbeitsloser, Armensachen und Armenstatistik); 1902-23 Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen; 1905 Wirklicher Geh. Oberregierungsrat mit dem Range eines Rates I. Klasse; 1914-15 Kriegsteilnehmer; 1923 Ruhestand.

konservativer Politiker

FK

LT Pr. AbgeH 1888-1901 WK Stadt Potsdam (FK).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1899-1901 Protokollführer im Bundesrat; 1901-02 Vorsitzender des Kaiserlichen Oberseamtes; Mitglied der Deutschen parlamentarischen Gruppe für Schiedsgerichte und Frieden; 1913-21 Vorsitzender der Reichsschulkommission; Mitglied des

Hauptausschusses der Deutschen Nationalstiftung.

Auszeichnungen

1904 Königlicher Preuß. Kronenorden 2. Klasse (1912 mit Stern); 1907 Königlicher Preuß. Roter-Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub; 1909 Kommenturkreuz 1. Klasse des Württemb. Friedrichsordens; 1910 Komturkreuz 1. Klasse des Königlich Sächs. Albrechtsordens; 1911 Bayer. Verdienstorden vom Heiligen Michael 2. Klasse mit dem Stern; 1912 Komturkreuz 1. Klasse des Großherzoglich Hessischen Philipps-Ordens; Ehrenvorsitzender der Berliner Beamtenvereinigung.

Sozialpolitische Aktivitäten

Die auf verschiedenen Gebieten des Armenwesens erworbenen Erfahrungen befähigten K. dazu, die Rechtsprechung des Bundesamtes für das Heimatwesen fortzuführen und auszugestalten; ergänzend betätigte er sich als Kommentator des Unterstützungswohnsitzgesetzes. 1903-18 war er Mitglied des Hauptausschusses des DV.

Veröffentlichungen

Das Reichsgesetz betreffend die Änderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes vom 12. März 1894, mit einer Geschichte der auf die Reform des Armenrechtes gerichteten Bestrebungen, 1894.

Quellen

Wer ist's?; Reichshandbuch; BArch R 1501 / 207871-207872; Landesarchiv Berlin, P Rep. 551 Nr. 450; Stadtarchiv Potsdam.

Bild

Reichshandbuch 1930.

Kerschensteiner, Anton Ferdinand Dr. med. h.c.

Ministerialbeamter

* 26.7.1884 in München; † 1.9.1972 ebd.; ev.; V Anton Josef K. (1857-1920), Lehrer; M Marie Wilhelmine Johanna geb. Tierbacher (1860-1947); ∞ 1914 Ella Luise Emilie Lisabeth Helene Karolina geb. Kahr (1891-1979); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in München; 1903-07 Studium der Rechtswissenschaften in München; 1907 Gerichtsreferendar; 1910-12 Regierungsassessor in München und bei der Regierung Oberbayern; 1912-13 Regierungsassessor im bayer. Staatsministerium des Innern; 1914-19 Bezirksamtsassessor in Mindelheim (Bayern); 1915 Militärdienst; 1916 abgeordnet zum Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin (Referent für die Sonderausschüsse Gesetzgebung und Verordnung, Heilbehandlung, Berufsberatung und Berufsausbildung sowie Arbeitsbeschaffung), 1918 Bezirksamtmann; 1919 Wechsel ins RAM (Referent für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge; Reform der Militärversorgungsgesetze); 1919 Geh. Regierungsrat, 1920 Ministerialrat (Referent für Versorgungsfragen), 1921-27 Leiter der Hauptabteilung „Versorgungsrecht“; 1927 Präsident des Landesarbeitsamtes Bayern; 1934 Präsident des Landesarbeitsamtes Ostpreußen; 1943 – anlässlich der Gründung von Gauarbeitsämtern – Versetzung in den Wartestand; 1943-45 Reichsinspekteur für den Arbeitseinsatz in Königsberg / Ostpreußen, als solcher unmittelbar dem GBA Fritz Sauckel unterstellt; 1945 kurzzeitig Leiter des Landesarbeitsamtes für Ober- und Mittelfranken, dann durch die amerikanische Militärregierung aus dem Amt entlassen, 1945-46 in US-amerikanischer Internierung in Hammelburg; 1947-48 Leiter der Abteilungen „Koordinierung“ sowie „Politik und Verwaltungsrecht“ beim Länderrat in Stuttgart, dort gleichzeitig periodisch stellv. Generalsekretär, 1948 Ernennung zum Ministerialrat auf Lebenszeit im bayer. Staatsdienst unter Beurlaubung zum Dienst beim Länderrat; 1948 Ministerialdirigent, Hauptabteilungsleiter für den Bereich Arbeitslenkung, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenhilfe in der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt/M.; 1949 Präsident des Landesarbeitsgerichts Bayern in München; 1952 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1934 NSV, RDB; 1936 Verein für das Deutschtum im Ausland; 1938 NS-Alt Herrenbund; 1939 RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft.

Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes.

Auszeichnungen

1932 Dr. med. h.c. Marburg; 1941 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1954 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; Bayer. Verdienstorden; Ehrenvorsitzender des Philister-Verbandes des Akademischen Gesangvereins München e.V.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. hat sich ab 1916 in der Kriegsbeschädigtenfürsorge profiliert, in der Weimarer Zeit wurde er Fachmann für Versorgungsfragen. Er war maßgeblich am Entwurf des RVersorgG (1920) und an dessen weiterer Ausgestaltung beteiligt. Nach Gründung der RfAVAV wurde er Präsident des Landesarbeitsamtes Bayern, 1933 stellte er sich gegen die Berufsverbotspraxis in den bayerischen Arbeitsämtern, wurde vom Reichskommissar für Bayern beurlaubt und 1934 vom RAM als Präsident an das Landesarbeitsamt Königsberg versetzt. Auf Betreiben der dortigen NSDAP-Gauleitung erfolgte 1943 seine Ablösung, seine Erfahrungen wurden jedoch im Rahmen der Arbeitseinsatzverwaltung vom GBA Fritz Sauckel weiter genutzt.

K. war Mitbegründer der Blindenstudienanstalt in Marburg/Lahn, 1926-33 deren Vorsitzender; 1950 stellv. Vorsitzender des beratenden Beirats für Versorgungsrecht beim Bundesarbeitsministerium in Bonn.

Veröffentlichungen

Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, 1921; Arbeitsrecht und Arbeiterschutz. Die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs seit 9. November 1918 (u. a. mit Bauer, Glaß und Kaphahn), 1921-24; Aufsätze zu Fragen des Versorgungs- und Fürsorgerechts; 1915 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge“; Mitherausgeber der Zeitschrift „Recht der Arbeit“.

Quellen

Recht der Arbeit 1964, S. 321; Wer ist's?; AdP; BArch R 3901 / 105009; Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MArb 5229; Staatsarchiv Ludwigsburg, K 810, Bü 152; Stadtarchiv München; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-73.

Kimmich, Wilhelm Friedrich Dr. rer. pol. Ministerialbeamter

* 25.6.1888 in Kleinsachsenheim (Krs. Ludwigsburg); † 1.1.1957 in Stuttgart-Vaihingen; ev.; V Gottfried *Karl* K. (1861-1941), Landwirt; M Johanna *Katharina* geb. Baumgärtner (1863-1941); ∞ 1921 Maria Ida *Anna* geb. Mantz (1896-1980); K 1 T.

Besuch der Volksschule, danach Ausbildung zum Volksschullehrer; 1908-12 Seminarlehrer; 1912-14 Abitur und Studium der neueren Philologie, Germanistik sowie Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Promotion in Tübingen; bis 1924 Referent für Flüchtlingswesen beim württemb. Arbeitsministerium in Stuttgart; 1924-28 Vorsitzender der Schlichtungsausschüsse für kollektive Streitigkeiten und Tariffragen in Württemberg; 1928 Schlichter für Südwestdeutschland in Karlsruhe, 1930 ferner für Hessen in Frankfurt/M., zugleich Sonderlichter für Reichsregelungen u. a. im Baugewerbe, der Chemie und im Druckgewerbe; 1933-42 Treuhänder (1936: Reichstreuhänder) der Arbeit für Südwestdeutschland, ab 1935 zeitweilig auch für die Wirtschaftsgebiete Niedersachsen und Hessen; 1939 ins RAM abgeordnet, 1941 kurzzeitig Rückversetzung nach Karlsruhe; 1941 erneut im RAM, als Ministerialdirigent Leiter der Unterabteilung „Arbeitsrecht, Sozialverfassung, Lohn- und Wirtschaftspolitik“; 1943 Ministerialdirektor, Leiter der Hauptabteilung „Arbeitsrecht, Fragen der Sozialverfassung, Lohn- und Wirtschaftspolitik“, bis 1945 dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet; 1945-46 interniert; 1947 Zeuge beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg; ab 1947 statistischer Hilfsarbeiter beim Generaltreuhänder für den Kohlenhandel sowie Angestellter in verschiedenen Unternehmen und Organisationen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP, NSV, NSRB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Württemb. Militärverdienstmedaille in Gold.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. hat sich im Rahmen der im Arbeitsrecht der Weimarer Republik bedeutsamen Schlichtungsverfahren auf Reichs- und Landesebene profiliert. Mit dem TreuhG 1933 ergab sich für ihn ein reibungsloser Übergang vom Schlichter zum Treuhänder innerhalb der staatlich regulierten Arbeitsverfassung des Nationalsozialismus, er galt als herausragender Fachmann in der Treuhänderverwaltung. Als leitender Ministerialbeamter des RAM geriet K. zunehmend in politische Konflikte mit dem Leiter der DAF Robert Ley, dem GBA Fritz Sauckel und Vertretern der Parteikanzlei in München.

Quellen

Eberl/Marcon; Staatsarchiv Ludwigsburg (EL 902/20, Bü 72303; EL 905/4, Bü 566); Stadtarchiv Sachsenheim; StA Stuttgart-Vaihingen; GVP RAM.

Bild

Staatsarchiv Ludwigsburg, F 215 Bü 136.

Kleis, Christian Friedrich
Gewerkschafter, Bürgermeister

* 28.11.1871 in Mülsen St. Jacob/Sachsen; † 26.10.1945 in Markkleeberg; ev., 1927 diss.; V Christian Friedrich K. (1830-77), Gastwirt; M Wilhelmine geb. Berger (-1881); ∞ 1898 Emma Hedwig geb. Pürzel (1872-1946); K 2 S.

Volksschule in Mülsen St. Jacob; 1891-94 Tischlerlehre, Tischlergeselle in Chemnitz und Grimma; Buchhalterlehre; 1895-1900 Rendant der Ortskrankenkasse Mylau / Vogtland; 1900 Geschäftsführer der Ortskrankenkasse Wurzen; 1909 Arbeitersekretär und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Halle/Saale, 1919-20 Leiter der städtischen Rechtsauskunftsstelle für Arbeiterversicherung in Halle/Saale; 1920-33 besoldeter Beigeordneter, 2. Bürgermeister von Aschersleben, nach der NS-Machtergreifung Entlassung als Bürgermeister aufgrund des BBG, Rückzug aus allen öffentlichen Ämtern, Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1891 Mitglied des Deutschen Tischler-Verbandes, 1902-09 Bevollmächtigter und Kassierer des Verbandes der Büroangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands; 1904 SPD.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war einer der bedeutendsten Praktiker auf dem Gebiet der Sozialversicherung, er dokumentierte, kommentierte und sammelte empirisches Material zur Sozialgesetzgebung und -verwaltung einschließlich deren Selbstverwaltung. Als Arbeitersekretär hat K. sich nicht nur mit der „Implementierung“ und Reform der Arbeiterversicherung beschäftigt, sondern ebenfalls mit grundsätzlichen Fragen zur Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses. K. verfasste eine „Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland“, die einzige Geschichte der Sozialversicherung, die der vor 1933 besonders gepflegten Historiographie der Arbeiterbewegung zuzurechnen ist, außerdem begründete er Loseblattausgaben von Gesetzen und Verordnungen, u. a. zur sozialen Fürsorge, die Reichs- wie Landesrecht umfassten.

Veröffentlichungen

Fürsorge für die Arbeitslosen, 1911; Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie, 1911; Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung, 1912; Die Arbeitsordnung in den gewerblichen Betrieben Deutschlands, 1914; Der Betriebsrat. Wegweiser durch das Betriebsrätegesetz, 1920; Die Neugestaltung der Sozialversicherung, 1921; Ratgeber für die öffentliche Fürsorge, 1925; Die deutsche Sozialversicherung in heutiger Gestalt, 1926; Ratgeber für die Knappschaftsversicherung, 1926; Aufbau und Verfahren der sozialen Versicherung, 1928; Ratgeber für die Unfallversicherung, 1926; Ratgeber für die Arbeitslosenversicherung, 1928; Das Arbeitsgericht. Ratgeber für Beisitzer und Rechtsuchende, 1927; Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, 1928; Die gesetzlichen Vorschriften über den Mutterschutz und die Mutterschaftsfürsorge, 1928; Der Arbeits- und Dienstvertrag, 1929; Die Beziehungen der sozialen Versicherung zur öffentlichen Fürsorge, 1930; nach 1928 Mitbegründer und Herausgeber von „Wordels dauernde Gesetzessammlungen“ für die Rechtsgebiete „Soziale Versicherung“ und „Soziale Fürsorge“ (mit Fromm und Heinig) sowie „Kommunale

Verfassung und Verwaltung (besonders in Preußen)“. Verfasser zahlreicher Publikationen zur Ausgestaltung der Sozialversicherung sowie zu Themen der kommunalen Selbstverwaltung.

Quellen

Tennstedt, Friedrich Kleeis. Exemplarischer Lebenslauf eines vergessenen Praktikers der Arbeiterbewegung, in: Kleeis, Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, Nachdruck 1981, S. V-XXXVII; Wer ist's? 1935; Stadtarchiv Halle/Saale; Stadtarchiv Aschersleben; Stadtverwaltung Markkleeberg; Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Bild

Kleis 1981, Frontispiz.

Kleimet, Gerhard Ministerialbeamter

* 7.2.1861 in [?]; † 4.11.1928 in Berlin; ledig.

1892 Amtsrichter in Schneidemühl (Posen) und 1895 am Landgericht II in Berlin; 1896-1903 Regierungsrat und ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt; 1904 Geh. Regierungsrat und Direktor im Aufsichtsamt für Privatversicherung, ab 1913 Vertreter des Präsidenten des Aufsichtsamtes für Privatversicherung; 1916 Vortragender Rat im Reichsamt des Innern; 1917 im Reichswirtschaftsamt; ab 1918 Geh. Oberregierungsrat im Reichsarbeitsamt bzw. im RAM; 1921 Ministerialrat, Leiter der Hauptabteilung „Sozialpolitik und Volkswirtschaft im allgemeinen, Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge, Neugestaltung des Arbeitsrechts“, zugleich Leiter der Unterabteilung "Allgemeine sozialpolitische u. volkswirtschaftliche Fragen"; 1924 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform.

Auszeichnungen

1909 Kronen-Orden 3. Klasse; 1913 Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; 1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war vor 1918 mit Fragen der Sozialversicherungsgesetzgebung befasst, im RAM bearbeitete er Grundsatzfragen der Sozialpolitik einschließlich des Arbeitsrechts. Er hat die gesetzgeberische Behandlung der Arbeitszeitfrage mit seiner Expertise stark beeinflusst, auch dem Heimarbeiterschutz galt sein besonderes Interesse. Zeitweise war er mit der Leitung der Personalabteilung des Reichsarbeitsministeriums beauftragt. Beteiligt war K. am ArbNachweisG 1922, am Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat v. 15.2.1922 sowie an der ArbZVO 1923.

Veröffentlichungen

Grundriss der deutschen Arbeiterversicherung (mit Laß), 1903; Arbeitszeitrecht. Verordnung über die Arbeitszeit vom 21.12.1923 und Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13.2.1924, 1924; Gesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927, 1927.

Quellen

GStA, Akte I. HA Rep. 89 Nr. 27682; Soziale Praxis 1928, Sp. 1165; GVP RAM.

Kneip, Gustav Wilhelm Dr. iur.

Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen

* 4.10.1881 in Saaralben (Lothringen, heutiges Sarralbe, Frankreich); † 19.2.1949 in Lindlar; ev.; V Friedrich Wilhelm K., Postverwalter; M Wilhelmine Louise geb. Langenberg; ∞ 1. 1913 *Charlotte* Antonie Luise geb. Damm (1883-1939); 2. 1941 *Johanna* Maria Josephine geb. Cohnen (1895-1973); K mind. 2.

Gymnasium in Metz; 1899-1903 Studium der Rechtswissenschaften in Straßburg und Freiburg/Br.; 1903-07 Gerichtsreferendar in Bischweiler, Schiltigheim, Straßburg und Colmar, dazwischen 1904-05 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1905 Promotion in Freiburg/Br.; 1908-13 Gerichtsassessor in Zabern und Straßburg sowie im Ministerium für Elsaß-Lothringen in Straßburg (Abteilung Justiz und Kultus); 1914 Amtsrichter, im selben Jahr Regie-

rungsrat und bis 1918 planmäßiger Referent im Ministerium für Elsaß-Lothringen; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Ausweisung aus Elsaß-Lothringen; 1919-20 Leiter der Reichsübernahmestelle für Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen in Offenburg (Baden); 1920-30 Ministerialrat im Reichsministerium des Innern (Abt. für Elsaß-Lothringen, 1921-23 Leiter der Zweigstelle Lahr/Baden); 1930 bis zu dessen Auflösung 1940 Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen; 1940-45 Rückkehr ins Reichsministerium des Innern als Beamter im Wartestand (Referent für Beamtenversorgung, 1944 Leiter der Ausweichstelle des Reichsministeriums des Innern in Pirna/Sachsen); 1945 in US-Internierung im Lager Ziegenhain (Hessen); 1947 Richter am Verwaltungsgericht Düsseldorf.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1941 NSDAP; 1934 RDB, NSV (ab 1938 Blockwalter), NSRB, RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Bis 1930 zweiter Vorsitzender der Prüfstelle für Schmutz- und Schundschriften.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Frontkämpferehrenkreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. führte als letzter Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen den Traditionskommentar zum Reichsfürsorgerecht (RFV, RGr) von Wohlers-Krech-Baath 1937-43 fort.

Veröffentlichungen

Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 einschließlich der für Voraussetzung, Art u. Maß der öffentlichen Fürsorge geltenden Reichsgrundsätze und der Nebengesetze sowie der einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften (mit Baath), 1937 ff.

Quellen

DFL; Wer ist's?; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland (NW 1002 L Nr. 24866; BR-Pe 12159; StA Köln-Nord, Nr. 829/1895; StA Düsseldorf, Nr. 443/1973); Landesarchiv Berlin, P Rep. 720 Nr. 592.

Bild

DFL.

Knoll, Ernst Gustav Dr. iur., Dr. rer. pol. h.c.

Ministerialbeamter

* 9.8.1889 in Magdeburg; † 7.1.1965 in Wuppertal-Elberfeld; ev.; V Friedrich Paul K., Chemiker, Mineralwasserfabrikant (1856-1903); M Elisabeth Emilie geb. Knüppel (1865-1922); ∞ 1922 Luise Sophie Katharina (Käthe) geb. Lindenberg (1888-); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Magdeburg; 1907 Studium der Philologie, dann der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Berlin, Halle/S. und Würzburg; 1911-12 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1913 Promotion in Würzburg; 1912-14 Gerichtsreferendar in Calbe/Saale und Naumburg/Saale, zuletzt am Kaiserlichen Gericht in Kiautschou; Teilnahme an den Kämpfen um Tsingtau, 1914-20 in japanischer Kriegsgefangenschaft; 1920-21 Gerichtsreferendar in Magdeburg, Naumburg/Saale und Freiburg/Unstrut; 1921 Gerichtsassessor und Hilfsarbeiter im preuß. Justizministerium; 1922 Regierungsrat und ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt; 1927 Oberregierungsrat, Übertritt ins RAM, 1932 Ministerialrat (zunächst Referent für das Erste und Dritte Buch der Reichsversicherungsordnung – Gemeinsame Vorschriften / Unfallversicherung, dann Generalreferent für die Reform der Sozialversicherung); 1935 Leiter der Hauptabteilung Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen; 1937 Ministerialdirektor; 1940-44 Hilfsrichter am Kammergericht in Berlin; 1946 kurzzeitig Hilfsrichter beim Amtsgericht Tiergarten und beim Landgericht Berlin, dann Entlassung aus dem Dienst; nach 1945 Hauptreferent beim Hauptamt für Wohnungswesen des Magistrats von Groß-Berlin; 1949 Verwaltungsgerichtsrat am Bezirksverwaltungsgericht für den englischen Sektor in Berlin; 1950 Leiter der Berliner Vertretung des Bundesministeriums für Wohnungsbau; 1951 Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht Berlin und 1953 beim Bundesverwaltungsgericht; 1954 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSV, RLB; 1934 RDB, NSRB;

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

1935-39 Reichskommissar für die Deutsche Bau- und Bodenbank; 1936-39 Mitglied und später Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Landespfandbriefanstalt; 1937 Mitglied des Fachsenats der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung; 1945 Mitglied des Beirats der Norddeutschen Metallberufsgenossenschaft und der Bekleidungsindustrieverbände, stellv. Geschäftsführer und amtlicher Treuhänder des Beamtenheimstättenwerks; Vorsitzender der Hauptschiedsstelle für Wohn- und Geschäftsräume beim Magistrat von Groß-Berlin.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Frontkämpferehrenkreuz; Kolonialkriegsabzeichen für die Verteidigung von Kiautschou; 1954 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; 1964 Dr. rer. pol. h.c. in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war während der Weimarer Zeit mit Gestaltungsfragen der Sozialversicherungsreform bzw. -anpassung, in der NS-Zeit vorrangig mit Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens befasst und beteiligt an: UnfVersGNov 1925 und 1928; Krank-SeeVersG 1927; InvVersBeitrG 1928; NotVO 1930; AufbauG 1934; RMieten-AbG 1936. Nach 1935 Mitglied des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau. K. wurde 1939 nach Kompetenzkonflikten mit der Deutschen Arbeitsfront über Wohnungs- und Siedlungsfragen in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Nach 1945 Vorsitzender der Landesschiedsämter Berlin für die kassenärztliche und kassenzahnärztliche Versorgung sowie umfassende Lehrtätigkeit: 1945 Dozent an der Sozialen Frauenschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses in Berlin; 1946 Dozent für Sozialpolitik an der Universität Berlin; 1948-52 Lehrbeauftragter für Sozial- und Wohnpolitik sowie Arbeits- und bürgerliches Recht an der Freien Universität Berlin und an der Deutschen Hochschule für Politik; bis 1965 Studienleiter an der Verwaltungsakademie für öffentliches Recht Berlin.

Veröffentlichungen

Grundfragen und Grundlagen der Unfall-Versicherung, 1929; Die Rechte der Kinder aus Sozialversicherung, Versorgungs- und Beamtenrecht, 1931; Handkommentar zur Reichsversicherungsordnung (mit Krohn, Zschimmer u. Sauerborn), 1931; Neuordnung der Kranken- und Knappschaftsversicherung, 1933; Der Neuaufbau der Sozialversicherung, 1934; Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bei den Krankenkassen, 1934; Aufsicht und Führung in der Reichsversicherung, 1935; Die Bedeutung der Heimstätte für den Bestand und die Zukunft des deutschen Volkes, 1938; Heimstätten-Siedlung und Siedlerwirtschaft (mit Seldte), 1939; Grundsätzliches zur deutschen Wohnungs- und Siedlungspolitik, 1939; Die grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts (mit Peters), 1952; 1933-39 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung“; Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Sozialgerichtsbarkeit“.

Quellen

Juristenzeitung 1965, S. 261; OKK 1964, S. 374; Kürschners Gelehrte (1950); Wer ist wer?; Innungs-Krankenkasse 1935, S. 437; BArch (R 2/18428; PK G 70); Landesarchiv Berlin, C Rep. 301 Nr. 2269; Stadtarchiv Magdeburg; Stadtarchiv Wuppertal; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-35.

Kracht, Heinrich Richard *Ernst* Dr. iur., Dr. rer. pol.

Landrat

* 15.4.1890 in Neumünster; † 5.2.1983 in Kiel; ev.-luth.; V Heinrich Christian *Ernst* K. (1842-99), Tuchfabrikant; M Catharina Dorothea (*Dora*) Elisabeth geb. Sievers (1854-1945); ∞ 1918 *Erna* Margareta geb. Matthießen (1898-1995); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Neumünster; 1908-11 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie Volkswirtschaftslehre in Göttingen, Berlin und Kiel; 1911 Dr. iur. in Heidelberg; 1911-16 Gerichtsreferendar in Ratzeburg, Kiel und Heide; 1913/14 zwischenzeitlicher Besuch der Hochschule für Kommunale und Soziale Verwaltung sowie der Handelshochschule in Köln; 1914 Dr. rer. pol. in Würzburg; während des

1. Weltkrieges „uk“ gestellt; 1917 Leiter der Kriegswirtschaftsstelle, 1918 Leiter des Wohlfahrtsamtes des Kreises Norderdithmarschen in Heide; 1919-32 Landrat des Kreises Norderdithmarschen; 1932-33 Landrat des Kreises Süderdithmarschen (nach Vereinigung mit Süderdithmarschen); 1933-36 Landrat des Kreises Süderdithmarschen (nach der erneuten Teilung); 1936-45 Oberbürgermeister der Stadt Flensburg; 1945-48 Internierung in Neumünster, Gadeland und Neuengamme; 1949 beratender Jurist bei der Arbeitsgemeinschaft für Milchwirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein; 1950 stellv. Geschäftsführer und Referent für Jugendfragen und ländliche Wohlfahrtspflege beim DV in Frankfurt/M.; 1950-58 Ministerialdirektor und Chef der Landeskanzlei der Landesregierung von Schleswig-Holstein; 1958 Ruhestand.

1908 Christliche Burschenschaft Germania (Schwarzburgbund) Göttingen.

K 1919-29 Mitglied des Provinziallandtags Schleswig-Holstein.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918-19 Mitglied der Schleswig-Holsteinischen Landespartei (Kreisvorsitzender); 1933 NSDAP;

1933-36 SA-Rottenführer; 1934 RDB, NSV; 1937 Reichskolonialbund; NSFK, NSRB; VDA (1936 Gauverbandsleiter in Schleswig-Holstein); RDF; NS-Altherrenbund; RLB; 1934 NSDAP-Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik in Süderdithmarschen, 1936 in Flensburg-Stadt; 1937 Gaubeauftragter des Hauptamtes Volksdeutsche Mittelstelle, zugleich Verbindungsführer zu den deutschen Volksgruppen in Dänemark und Leiter des Grenzlandamtes für den NSDAP-Gau Schleswig-Holstein; 1942-45 in der Waffen-SS (Rang 1944: Untersturmführer) Fachführer für Volkstumsarbeit beim Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle; 1943 Gauamtsleiter für Volkstumsfragen.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“), 1949 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Ab 1933 Vorstandsmitglied des Deutschen Gemeindetages, 1935 Vorsitzender von

dessen Provinzialdienststelle in Schleswig-Holstein; seit 1918 aktives Mitglied im DRK; 1919-1945 Vorstandsmitglied bzw. Vorsitzender des Schleswig-Holsteiner-Bundes; 1920-45 Mitglied der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft.

Auszeichnungen

1920 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1930 Ehrenbürger der Universität Kiel; 1930 Silberne Plakette der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft; 1926 Ehrenzeichen des DRK 2. Klasse, 1936 Verdienstkreuz zum Ehrenzeichen; Ostmark-Medaille sowie Sudetenland-Medaille; 1940 Ehrenzeichen für Deutsche Volkspflege 3. Stufe; 1941 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, 1943 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse; Treudienst-Ehrenzeichen 2. Stufe; 1957 Freiherr-vom-Stein-Plakette; 1958 Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war Experte der ländlichen Wohlfahrtspflege. Als solcher gehörte er 1918-36 zum engeren Kreis der die kommunale Sozialpolitik prägenden Fürsorgeexperten und war eingebunden in Beratungen des materiellen Fürsorgerechts (RGr 1924) des Reiches. Aufgrund seiner Anregungen und dann seiner Leitung entstand 1918 ein in Preußen vorbildliches Kreiswohlfahrtsamt in Heide/Norderdithmarschen. Seit 1925 war K. Mitglied im Wohlfahrtsausschuss des Deutschen und Preußischen Landkreistages, ab 1934 gehörte er dem Wohlfahrts-, Kultur- und Finanzausschuss des Deutschen Gemeindetages an. Als Mitglied des Hauptausschusses des DV, dessen Vorstand er ab 1925 angehörte, vertrat K. die Interessen der Landkreise. Auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik 1928 in Paris (Delegierter des DV) und der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit 1936 in London trat er u. a. als Berichterstatter für die ländliche Wohlfahrtsarbeit auf. Nach dem Krieg gehörte er 1952-59 erneut dem Hauptausschuss des DV an.

Vor 1933 war er ferner Vorstandsmitglied im Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege sowie Mitglied der Nordwestdeutschen Wohlfahrtskonferenz.

Veröffentlichungen

Soziale Arbeit auf dem Lande, 1925; Die soziale Fürsorge in den Landkreisen, in: Stein (Hrsg.), Die deutschen Landkreise. Bd. I, S. 725-791, 1926; Verfasser zahlreicher Beiträge in einschlägigen sozialen Fachzeitschriften zu Fragen des Fürsorgewesens; 1926-31 Redaktionsmitglied der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“.

Quellen

Maier; Kracht, Aus meinem Leben. Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen, 1986; BArch BDC; Landesarchiv Schleswig-Holstein (Abt. 605, Nr. 4356; Abt. 460, Nr. 2826); Stadtarchiv Kiel; Stadtarchiv Neumünster; Ev.-Luth. Kirchenkreis Altholstein, Neumünster.

Bild

Kracht 1986.

Kremer, Dionys Hubert Anton Dr. ing. Ministerialbeamter

* 14.6.1888 in Aachen; † 30.4.1972 ebd.; kath.; V Jakob K. (1844-1927), Arzt; M Elisabeth geb. Hammers (1846-1914); ∞ 1919 Berta Wilhelmine *Hermine* Auguste geb. Schöll (1892-1984); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Aachen; 1907 Studium des Eisenhüttenfachs an der Technischen Hochschule in Aachen, daneben praktische Tätigkeit in mehreren Fabriken und Eisenhüttenwerken; 1912 Diplomingenieur; 1912-13 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1913-14 Tätigkeit im Laboratorium für Metallhüttenkunde und Elektrometallurgie der Technischen Hochschule Aachen, 1915 Promotion in Aachen; 1914-16 Kriegsteilnehmer; 1916 Referendar bei der Gewerbeinspektion in Aachen; 1917-18 Studium der Volkswirtschaft, Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Gewerbehygiene in Bonn; ab 1919 Gewerbeassessor in Berlin, Köln und Düsseldorf, 1922 Gewerbeberater, ab 1923 bei der Regierung in Düsseldorf tätig; 1928 Referent im preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe (1932: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit), 1929 Oberregierungsrat, 1930 Ministerialrat; 1934 Referent im Reichswirtschaftsministerium; 1935 Wechsel ins RAM (Re-

ferent für Frauen-, Jugendlichen- und Kinderschutz, allgemeine Fragen des Gesundheitsschutzes, Unfall- und Gesundheitsschutz in der Heimarbeit); um 1943 Leiter der Unterabteilung „Betriebsschutz“; nach 1945 Leiter des Hauptamtes für Arbeitsschutz beim Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Arbeit; 1947 Ministerialrat im Zentralamt für Arbeit der britischen Zone in Lemgo (Referent für Arbeitsschutz); 1949 abgeordnet zur Verwaltung für Arbeit in Frankfurt/M.; 1949 Leiter der Zentralstelle für Unfallverhütung beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften; 1957 Ruhestand.

KStV Franconia Aachen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vor 1933 Zentrum; 1934-45 RDB; 1935-45 RLB; 1937-45 NSV, NS-Bund Deutscher Technik; 1945 CDU.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Vor 1933 im Verein der Gewerbeaufsichtsbeamten; seit 1932 Mitglied des Caritas-Verbandes; 1930-45 Mitglied der Prüfungskommission für Gewerbeaufsichtsbeamte; 1949 Vorsitzender der Prüfungskommission für Technische Aufsichtsbeamte; 1956 Mitglied der Fachkommission „Strahlenschutz“ der Deutschen Atomkommission.

Auszeichnungen

1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse, Verwundetenabzeichen in schwarz; 1918 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1957 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war in der Weimarer Republik, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit ein führender Fachmann auf dem Gebiet der Gewerbehygiene und des Arbeitsschutzes auf Ministerialebene. Er wirkte mit beim JSchutzG 1938, der Ziegelei-Verordnung v. 5.6.1937, der Glashütten-Verordnung v. 23.12.1938 und der Röntgen-Verordnung v. 7.2.1941, nach 1945 setzte er beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften seine Tätigkeit für die Fortentwicklung des Gesundheitsschutzes

und der Unfallverhütung wiederum an zentraler Stelle fort.

Veröffentlichungen

Hygiene im Büro und im kaufmännischen Betriebe (mit Holstein), 1931; Jugendschutzgesetz. Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen vom 30. April 1938 (mit Schmidt u. Greven), 1938; Der Arbeitsschutz in der Kriegswirtschaft mit den Vorschriften über Lebensmittelzulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter (mit Schmidt), 1939; Verfasser zahlreicher Artikel zu Aspekten des Unfall- und Gesundheitsschutzes; nach 1945 Redakteur bei der Zeitschrift „Unfallwehr“; 1949 Schriftleiter des Teils „Betriebssicherheit“ der Zeitschrift „Die Berufsgenossenschaft“.

Quellen

BArch R 3901 / 105533; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland (NWO Nr. 2457; NW-PE Nr. 1418; NW 1055 Nr. 1892); Stadtarchiv Aachen; GVP RAM.

Kreutz, Benedict Dr. rer. pol., Dr. theol. h. c.

Theologe; Präsident des Deutschen Caritasverbandes

* 15.1.1879 in St. Peter (Baden); † 25.7. 1949 in Freiburg/Br.; kath.; V Benedict K. (1844-1913), Bäckermeister, Mühlenbesitzer; M Karolina geb. Schwär (1849-1927).

Gymnasium in Freiburg/Br.; 1898-1902 Studium der Philosophie und Theologie in Freiburg/Br. und Eichstätt; 1902 Priesterweihe in St. Peter, dann Vikar in Durlach und 1904-10 in Freiburg/Br.; 1910-20 Pfarrer in Untergrombach bei Bruchsal, zugleich 1914-18 Feldgeistlicher in Frankreich, Polen und Finnland; 1918-21 Aufbau und ab 1919 Leitung der Hauptvertretung des DCV in Berlin, nebenbei Studium der Volkswirtschaft in Berlin und Münster, 1922 Promotion in Münster; 1921-49 Präsident des DCV in Freiburg/Br.

KStV Hercynia Freiburg/Br.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Internationalen Wanderfürsorgeausschusses; 1925 Mitbegründer des

Instituts für Caritaswissenschaft an der Universität Freiburg/Br.; 1932 Mitbegründer des Deutschen Caritasinstituts für Gesundheitsfürsorge.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Zähringer Löwenorden mit Schwertern; Hanseatenkreuz Hamburg; Schlesischer Adlerorden 1. und 2. Klasse; Hessisches Verdienstkreuz; 1922 päpstlicher Geheimkämmerer; 1925 päpstlicher Hausprälat; 1942 apostolischer Protonotar; 1942 Dr. theol. h. c. in Freiburg/Br.; 1947 Ehrenbürger der Stadt Freiburg/Br. und der Stadt St. Peter; „Benedikt-Kreutz-Heim“ der Wohlfahrtspfleger in Freiburg/Br.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war die prägende Persönlichkeit des DCV von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit. In den Jahren 1918-21 baute er die Hauptvertretung des DCV in Berlin auf, deren Leitung ihm ab 1919 oblag. 1921-49 leitete K. als Präsident den DCV, baute die Zentrale Arbeitsstelle in Freiburg/Br. auf, strukturierte die Verbandsorganisation und prägte maßgeblich die Verbandsgeschichte. 1924 war er Mitbegründer der Deutschen Liga der Freien Wohlfahrtspflege, er förderte die Kontakte zum vom „Zentrum“ geführten RAM auch über die „Liga“ hinaus. Ab 1928 war er Vorstandsmitglied des DV.

In seiner Rolle als Präsident des DCV hatte K. Anteil an Aufbau und Ausgestaltung des dualen Wohlfahrtssystems der Weimarer Republik. Er setzte sich für die Zusammenarbeit mit der Inneren Mission sowie den anderen Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege ein und war zusammen mit dem DCV-Generalsekretär Kuno Joerger ab 1924 am Aufbau der internationalen Caritasorganisation beteiligt. 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil. K. war Initiator des Zusammenschlusses der privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten, der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands GmbH, des Wirtschaftsbundes und anderer Hilfseinrichtungen der Wohlfahrtsverbände. K. konnte durch seinen persönlichen Einsatz die

Existenz des DCV während der NS-Zeit wahren und den Verband vor der Gleichschaltung bewahren.

Veröffentlichungen

Das ländliche Gemeindeheim. Eine Studie zur ländlichen Wohlfahrtspflege, 1922 (Diss.); Die sozial-caritative Bedeutung der Bodenreform, 1925; Caritasarbeit im neuen Deutschland, 1936; Verfasser zahlreicher Aufsätze und Beiträge, eine Übersicht dazu in: Rolfes, Bibliographie B. Kreutz zum 60. Geburtstag, 1939 (Archiv des DCV, K. A. Verschiedenes, Mappe I).

Quellen

Wollasch; Zeitgeschichte LB Bd. 5; Badische Biographien, Neue Folge Bd. 1, 1982; DFL; Kosch.

Bild

Wollasch.

Krohn, Johannes Wilhelm Bernhard Dr. iur., Dr. rer. pol. h.c.
Staatssekretär

* 4.7.1884 in Stettin; † 11.7.1974 in Bad Neuenahr-Ahrweiler; ev.-luth.; V Karl Ernst Ludwig K. (1854-1927), Rechnungsrat; M Christine Ernestine geb. Knaack (1855-1904); ∞ 1913 Marie Luise geb. Knoll (1892-1974); K 2 S, 3 T.

Gymnasium in Stettin und Magdeburg; 1903-06 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in Freiburg/Br., Leipzig, Kiel und Halle/S.; 1906-11 Referendar in Wolmirstedt, Magdeburg und Naumburg/Saale; 1906-07 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1911 Promotion in Leipzig; 1912 Gerichtsassessor in Magdeburg und Staßfurt; 1914-18 Kriegsteilnehmer (Schul- und Regimentskamerad des späteren Reichsarbeitsministers Franz Seldte); 1914-20 Stadtrat in Staßfurt; 1920 Regierungsrat und ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt; 1920 Übertritt ins RAM, 1921 Oberregierungsrat, 1923 Ministerialrat (Referent für Unfallversicherung), 1929 Leiter der Unterabteilung „Sozialversicherung“, 1932 als Ministerialdirektor Leiter der Hauptabteilung „Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege“, 1933

Staatssekretär des RAM, 1939 Entlassung auf Betreiben der DAF; 1940 Kriegsdienst, nach schwerer Verwundung 1941-45 Reichskommissar für die Verwaltung feindlichen Vermögens im Reichsjustizministerium; 1945-46 Internierung im Zuchthaus Bayreuth und im Lager Moosburg; 1948-53 Vorsitzender der Schiedsstellen für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

1903 Burschenschaft Germania Leipzig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1932 DVP; 1938 NSDAP;
1934 RDB, NSRB, NS-Reichskriegerbund;
1943 NS-Altherrenbund; RLB.
Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.
1936 preuß. Staatsrat; Mitglied der Akademie für Deutsches Recht; 1911-45 Bund Deutscher Bodenreformer; 1934-45 Verwaltungsratsmitglied des Deutschen Kriegerkurhauses Davos; 1942-45 Berliner Nationalklub von 1919; Carl-Schurz-Vereinigung; 1953-59 (Ehren-)Vorsitzender der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung; Mitglied des Vorstands der Gesellschaft für sozialen Fortschritt.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse, 1918 1. Klasse; 1940 Spange zum Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse; Verwundetenabzeichen; Frontkämpferehrenkreuz; Ritterkreuz II. Abt. mit Schwertern des Großherzoglich-Sächs. Hausordens vom Weißen Falken; Ritterkreuz 2. Klasse mit Schwertern des Sächs.-Ernestinischen Hausordens; Stern des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes; 1954 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, 1959 mit Stern; 1959 Dr. rer. pol. h.c. in Köln; 1962 Ehrenplakette der deutschen Zahnärzteschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. hatte maßgeblichen Anteil an Ausbau und Weiterentwicklung der gesetzlichen Unfallversicherung in der Weimarer Republik (insbes. Heilverfahren und Berufsfürsorge), nachweisbar beteiligt war er an: BerufskHVO 1925; UnfVersGNov 1925 und 1928; AVGNov 1926 und 1929;

RKGNov 1926; NotVO 1930; AltVersorgDHandwerkG 1938. 1932/33 war K. Vertreter im Verwaltungsrat der ILO in Genf. In seiner Funktion als Staatssekretär widersetzte er sich in der NS-Zeit Plänen der Deutschen Arbeitsfront für ein Gesundheits- und Altersversorgungswerk und trat für die Beibehaltung der überkommenen Kranken- und Rentenversicherung ein. 1936-45 war er Mitglied des Beirats der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie sowie der Berufsgenossenschaft Hütten- und Walzwerke. 1946-47 agitierte K. gegen die Pläne der Alliierten, eine grundlegende Reform der Sozialversicherung (Einheitsversicherung) durchzuführen. 1955-68 Vorsitzender des Bundesausschusses der Zahnärzte und Krankenkassen und stellv. Vorsitzender des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen.

Veröffentlichungen

Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten (mit Martineck und Bauer), 1926; Gewerbliche Berufskrankheiten, 1926; Handkommentar zur Reichsversicherungsordnung (mit Knoll, Zschimmer und Sauerborn), 1932; Die Gesetzgebung über den Aufbau der Sozialversicherung (mit Zschimmer und Knoll), 1935; 1927-39 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung. Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung“.

Quellen

Beiträge zur Sozialversicherung. Festgabe für Dr. Johannes Krohn zum 70. Geburtstag, 1954; DFL; Die Ersatzkasse 1954, S. 143 ff.; Schwach; Labisch/Tennstedt; NDB; Horkenbach; BArch (R 3001 / 64860-64861; PK G 305; N 1430/5); Stadtarchiv Bad Neuenahr-Ahrweiler; StA I Berlin; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-30.

Krüger, Karl Wilhelm Eduard Dr. iur.
Krankenkassenfunktionär

* 16.6.1877 in Dessau; † 17.7.1961 in Friedberg (Hessen); ev.; V Heinrich Ferdinand *Eduard* K. (1833-1906), Direktor einer Zuckerfabrik; M Louise Theodore *Helene* geb. Bardenwerper (1849-1934);

∞ 1908 Luise Helene (*Leni*) geb. Bauer (1886-1956); K 3 S, 2 T.

Gymnasium in Dessau; 1896-98 Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Geschichte in Freiburg/Br., Bonn und Göttingen; 1898-99 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1899-1900 Studium der Landwirtschaft in Halle/S. und praktische Ausbildung in Anhalt, Ostpreußen, Schlesien und der Provinz Sachsen; 1900-03 Gerichtsreferendar in Uslar, Berlin und Verden; 1903 Promotion in Göttingen, mehrmonatiger Aufenthalt in Italien; 1904-06 Ausbildung und Tätigkeit als Landwirt; 1906-45 Besitzer des Ritterguts Allerheiligen/ Krs. Oels, Schlesien; 1914-18 Kriegsteilnehmer bzw. Kriegshilfsdienst; 1914-45 Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Landkrankenkassen für Schlesien; 1919 stellv., 1920-30 Vorsitzender des Allgemeinen Verbandes deutscher Landkrankenkassen (nach 1926: Reichsverband der deutschen Landkrankenkassen); 1945 Flucht nach Neuenmark bei Magdeburg, dann nach Halle/S. und Bellersheim; 1948 Emigration nach Argentinien, 1956 Rückkehr nach Deutschland.

konservativer Politiker

DNVP

LT Pr. LT 1921-24 WK Breslau (DNVP); K 1924 Amtsvorsteher in Allerheiligen und Kreisdeputierter im Landkreis Oels.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933-45 NSDAP; Stahlhelm (Gruppenführer).

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie III („Minderbelastet“) eingestuft.

1927-45 Vorstandsmitglied der Zuckerfabrik Schottwitz (Schlesien).

Sozialpolitische Aktivitäten

Die RVO von 1911 führte mit den Landkrankenkassen für die ab 1914 versicherungspflichtigen landwirtschaftlichen Arbeiter einen eigenen Kassentyp ein: K. schuf einen solchen auf örtlicher Ebene und begründete dann auf provinzieller und Reichsebene Verbandsstrukturen der Selbstverwaltung, deren Vorständen er jeweils angehörte. Stationen seiner Funktionärskarriere waren: 1914 Gründer der Land-

krankenkasse in Breslau; 1914-45 Vorsitzender der Landkrankenkasse für den Kreis Oels; 1915-45 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Allgemeinen Verbandes deutscher Landkrankenkassen, 1920-30 dessen Vorsitzender; Vorsitzender des Krankenvereins Allerheiligen und Umgebung.

Veröffentlichungen

Arbeitsdienstpflicht, 1924.

Quellen

Tennstedt Soziale Selbstverwaltung; Die Deutsche Landkrankenkasse Nr. 8, 1930; Wer ist's?; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Gi, Nr. 702; Stadtarchiv Dessau-Roßlau; Stadtarchiv Braunschweig; Stadtarchiv Friedberg; www.pantanaeus.com.ar (Abr. 01.02.2017).

Bild

www.pantanaeus.com.ar.

Küppers, Hans (Johannes) Theodor
Ministerialbeamter

* 23.3.1907 in Neheim/Kr. Arnsberg; † 7.2.1972 in Essen; ev./diss.; V Theodor Johannes K. (1877-1947), Bankdirektor; M Johanne geb. Afflerbach (1878-1955); ∞ 1936 Johanne geb. Roßner (1909-94); K 4 S.

Gymnasium in Paderborn, Kassel und Coburg; 1928-32 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg/Br., Kiel, Berlin, Göttingen und Jena; 1932-35 Referendar im Justiz- und Verwaltungsdienst in Sonneberg, Meiningen und Jena, daneben seit 1933 Kreisredner und 1934 Abteilungsleiter beim Kreisschulungsamt der NSDAP Sonneberg; 1935 Assessor in der staatsrechtlichen Abteilung der NSDAP-Zentrale in München (Stab des Stellvertreters des Führers); 1936 Regierungsassessor in der Personalabteilung des Reichsarbeitsministeriums (Verbindungsmann zur NSDAP-Zentrale; politische Überprüfung von Personalakten), 1938 Regierungsrat in der Hauptabteilung „Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht, Sozialverfassung, Lohn- und Wirtschaftspolitik“ (zunächst ohne Referatszuweisung), 1940 Oberregierungsrat

(Referent für die arbeitsrechtliche Sonderbehandlung „fremden Volkstums“ [„z. B. Juden, Polen, Zigeuner“], Arbeitsbedingungen innerhalb der NSDAP, des öffentlichen Dienstes, der Energiewirtschaft, der Schifffahrt u. a.), ab 1942 dem GBA Fritz Sauckel unterstellt; 1946-47 Bau- und Holzarbeiter, zuletzt Buchhalter in Thüringen; 1948 Korrespondent einer Chemiefirma in Schöllkrippen/Unterfranken, 1949 Konkursverwalter dieser Firma; 1949-51 Angestellter bei der Kahlgrund-Eisenbahn AG Schöllkrippen; 1951/52 erwerbslos; 1952-53 Geschäftsführer südbadischer Industrieverbände in Freiburg/Br.; 1953 Angestellter (Spruchkammervorsitzender) beim Oberversicherungsamt Dortmund; 1954 Landessozialgerichtsrat in Essen, 1956 Disziplinarverfahren und Dienstenthebung wegen diverser Vergehen (in der Nachkriegszeit), nach Berufung 1957 Strafversetzung, danach Sozialgerichtsrat in Düsseldorf, ab 1959 in Duisburg; bis 1964 weitere Straf- und Disziplinarverfahren.

1928 Verein Deutscher Studenten.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1930 NSDAP; 1933-36 SA; 1933 BNSDJ; 1936 NSV; 1937 RDB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. transformierte den auf rassistischen Selektionskriterien begründeten Ansatz der NS-Sozialpolitik in das Individualarbeits- und Arbeitsschutzrecht, er war Kommentator der arbeitsrechtlichen Sonderregelungen für Arbeiter „fremden Volkstums“. K. ist das Beispiel einer im Reichsarbeitsministerium seltenen NS-Parteikarriere. Sein explizit rassenpolitischer Referatszuschnitt war im RAM unüblich und dürfte direkt auf die Einflussnahme der NS-Parteizentrale zurückzuführen sein. Trotz zahlreicher Publikationen blieb K. Wirken nach 1945 weitgehend unbekannt, ihm gelang eine Nachkriegskarriere in der neu aufgebauten Sozialgerichtsbarkeit.

Veröffentlichungen

Die vorläufige arbeitsrechtliche Behandlung der Juden, in: RArbBl 1941, S. 106-110; Das Be-

schäftigungsverhältnis der Juden, in: RArbBl 1941, S. 569-574; Die Stellung der Polen im Arbeitsleben, in: RArbBl 1941, S. 532-537; Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen (mit Banner), 1942; Arbeitsrecht der Polen im Deutschen Reich (mit Banner), 1942.

Quellen

BArch R 3901 / 105680; Staatsarchiv Würzburg, Spruchkammer Alzenau 4428; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, (NW Pe Nr. 7247 I [Hauptband; Bd. 1; Bd. 2; Beiheft A; Bd. „SGRat Küppers“]; NW Pe Nr. 7247 II; NW 248 Nr. 100); EMK; Stadtarchiv Sonneberg; Stadtarchiv Essen; Stadtarchiv Gera; StA Arnsherg; GVP RAM.

Bild

BArch R 3901 / 105680.

Kuttig, Johannes *Ewald* Victor Eberhard
Dr. rer. oec.
Ministerialbeamter

* 23.3.1888 in Koblenz; † 21.4.1946 im sowjetischen „Speziallager“ Nr. 7 Sachsenhausen; ev.; V Georg *Viktor* K. (1846-1901), Konsistorialrat; M Helene geb. Wolff (1851-1927); ∞ 1919 Johanna geb. Boeninghaus; K 2.

Gymnasium in Marburg und Breslau; 1907-10 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Genf, Berlin und Marburg; 1910 Gerichtsreferendar in Kirchhain, Marburg, Charlottenburg und Berlin; 1914 Gerichtsassessor; 1914-15 Kriegsteilnehmer; 1915 Friedensrichter, 1917 Bezirksrichter in der Zivilverwaltung in Bendzin (Polen); 1917 Staatsanwalt und Polizeistrafdezernent beim Kriegsamt in Lenczyca (Polen); 1918 Justizdienst in Belgien, danach Gerichtsassessor in Charlottenburg und Berlin; 1919 Promotion in Breslau, probeweise Beschäftigung im Auswärtigen Amt in Berlin (Referat für Angelegenheiten des internationalen Arbeiterschutzes), 1920 nach Überleitung des Referats auf das RAM dort als Regierungsrat tätig; 1923 Oberregierungsrat (Referent für internationale Regelungen des Arbeiterschutzes; ab 1923 im Ruhrhauptreferat des RAM [Ruhrkampf], danach Referent u. a.

für Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie); 1927-33 Planstelle in der wissenschaftlichen Abteilung der ILO in Genf; 1929 Ministerialrat; nach Austritt Deutschlands aus der ILO 1934 kurzzeitig im Hauptversorgungsamt Brandenburg-Pommern und Hilfsrichter am Reichsversorgungsgericht; 1934-45 erneut im RAM (Referent u. a. für Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie, Papier-, Textil- u. Bekleidungsindustrie; Betriebsstilllegungen); 1943 als Leiter der Unterabteilung „Lohn- und Wirtschaftspolitik, Arbeitsverhältnisse der Ernährungs- Bekleidungs- und Hauswirtschaft“ dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet (zugleich Referent für Internationales Arbeitsrecht); 1945 durch sowjetische Truppen verhaftet und ins Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen überführt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP (als „Auslandsdeutscher“); NSV; RDB; RLB; NS-Reichsbund für Leibübungen.
Bis 1933 Klub verfassungstreuer Verwaltungsbeamter.

Auszeichnungen

1918 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1934 Ehrenkreuz für Frontkämpfer.

Sozialpolitische Aktivitäten

K. war ausgewiesener Fachmann für internationale Fragen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts, insbes. des Arbeiterschutzes. Zu Beginn seiner Karriere im RAM lag die Umsetzung des Teil XIII des Vertrags von Versailles (Arbeit) in seiner Verantwortung (Internationaler Verband der Arbeit beim Völkerbund, ILO). 1926 Delegierter der Deutschen Liga für den Völkerbund bei der Tagung des Internationalen Verbandes der Völkerbundmitglieder in London und Wales (Ausschuss für internationale Sozialpolitik).

Veröffentlichungen

Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrage. Kommentar zum Teil XIII des Friedensvertrags von Versailles (mit Eckardt), 1920.

Quellen

BArch (R 9361 I / 1941; R 3901 / 105771; R 3001 / 65462); Stiftung Brandenburgische Ge-

denkstätten, Oranienburg; Stadtarchiv Koblenz; GVP RAM.

Langstein, Leo (Leopold) Prof. Dr. med. et phil.

Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

* 13.4.1876 in Wien; † 7.6.1933 in Berlin; jüd./ev.; V Julius L. (-1891), Rechtsanwalt; M Anna geb. Schwab (1850- mind. 1920); ∞ 1914 Henriette Franziska geb. Hertz (1880-1953).

Gymnasium in Wien; 1893-99 Studium der Medizin und Chemie in Wien und Heidelberg; 1899 Promotion Dr. med. in Wien; 1899-1900 Militärdienst als Arzt; 1900-01 Assistent an der Kinderpoliklinik in Straßburg; 1902 Promotion Dr. phil. in Straßburg; 1900-03 Klinikarzt in Graz, Basel, Berlin und Breslau; 1904-09 Oberarzt an der Universitätskinderklinik (Charité) in Berlin; 1907 Habilitation; 1908 Privatdozent, 1909 a. o. Professor für Kinderheilkunde an der Universität Berlin; 1909 Oberarzt, 1911-33 ärztlicher Direktor (1926: Präsident) des Kaiserin-Auguste-Victoria-Hauses in Berlin (Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit); während des 1. Weltkriegs kurzzeitig nach Brüssel zur Organisation des Kinderschutzes entsandt; 1916-22 Gründung und Leitung der städtischen Wohlfahrtsschule für Fürsorgerinnen in Berlin-Charlottenburg; 1924-33 erster Vorsitzender des „Fünften“ (ab 1932) Paritätischen Wohlfahrtsverbandes; L. wurde nach der Macht ergreifung der NS zur Aufgabe seiner Ämter gezwungen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Ab 1924 Mitglied des Verwaltungsausschusses und Dozent an der Deutschen Gesundheitsfürsorgeschule Berlin-Charlottenburg; Mitglied des Reichsgesundheitsrates; 1928 Mitglied des Preußischen Landesgesundheitsrates; 1926 Präsidiumsmitglied des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose; 1926 Mitglied im Ausschuss der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankhei-

ten; 1927 Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde.

Auszeichnungen

1916 Herzoglich Braunschweigisches Kriegsverdienstkreuz am gelben Bande; 1917 Badener Friedrich Luisen-Medaille; 1917 Oldenburgisches Friedrich August-Kreuz 2. Klasse am rot/blauen Bande; 1918 Fürstlich Schwarzburger Ehrenkreuz 3. Klasse; 1922 Rose Blanche de Finlande; 1926 Ehrenmitglied des Finnischen Ärztevereins Duodecim in Helsingfors; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene Ausstellung Dresden; Mecklenburg-Schweriner Friedrich Franz-Kreuz; Rudolstädter Ehrenkreuz 3. Klasse; Ehrenkreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; Roter Adler-Orden 4. Klasse; Verdienstkreuz für Kriegshilfe; Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 1. Klasse; Rote Kreuz-Medaille 3. Klasse; Ehrengrab der Stadt Berlin auf dem Friedhof Heerstraße.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. setzte sich aktiv für den Säuglings- und Kinderschutz ein, er war eine Gründerfigur auf dem Gebiet der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege. L. trug wesentlich zur Entstehung des Berufsbildes der Säuglingsschwester und der Gesundheitspflegerin/Gesundheitsfürsorgerin bei. 1919 war er Mitbegründer des Reichsverbandes der freien und gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, der 1924 – wieder unter maßgeblicher Mitwirkung von L. – in der Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands „aufgehoben“ wurde. Aus letzterem ging 1925 der Fünfte Paritätische Wohlfahrtsverband hervor (1932: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband), dessen erster Vorsitzender L. bis 1933 war und in dem er die Fachgruppe für Gesundheitsfürsorge leitete. Ferner wurde er stellv. Präsident der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege; 1920 Mitbegründer der Sozialhygienischen Akademie in Berlin-Charlottenburg.

Veröffentlichungen

Der Beruf der Säuglingspflegerin (mit Rott), 1915; Wege und Ziel der Gesundheitsfürsorge unter dem Gesichtspunkt der Planwirtschaft (Hrsg.), 1925; Grundzüge der Organisation der

freien Wohlfahrtspflege in Deutschland (mit von Holbeck), 1925; Mitherausgeber des Handbuches des Fünften Wohlfahrtsverbandes, 1927; Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Säuglings- und Kinderschutzes; Mitherausgeber u. a. „Zeitschrift für Kinderheilkunde“, „Ergebnisse der inneren Medizin und Kinderheilkunde“, „Gesundheitsfürsorge für das Kindesalter“, „Enzyklopädie der klinischen Medizin“.

Quellen

Ballowitz (Hrsg.), Leopold Langstein im KAVH tätig von 1909-1933, 1991; Maier; NDB; Reichshandbuch; Nachrichtenblatt Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 1933, S. 17.

Bild

Ballowitz 1991.

Lauterbach, Herbert Wilhelm Rudolf Dr. iur.
Berufsgenossenschaftler

* 1.8.1901 in Cottbus-Sandow; † 23.3.1984 in Bonn; ev.; V Kurt L., Amtsrat; M Gertrud geb. Schneider; ∞ 1. 1928 *Senta* Luise Johanna geb. Krüger (1905-), 2. 1965 Ilse geb. Scheer (1918-1995); K 1 S.

Gymnasium in Berlin; 1920 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1923 Gerichtsreferendar in Berlin; 1924 Promotion in Halle/S.; 1927 Gerichtsassessor in Lübben, Potsdam und Berlin; 1929 Übertritt ins Reichsentschädigungsamt, im selben Jahr Assessor im Reichsversicherungsamt; 1930 Amts- und Landrichter in Potsdam; 1933 als Regierungsrat ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes (Abt. Unfallversicherung); 1935 Wechsel ins RAM, 1937 Oberregierungsrat (Referent für Unfallversicherung); 1938 Entlassung aus dem Reichsdienst auf Antrag, danach 1938-45 Geschäftsführer des Reichsverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften; 1946 Heizer und Hilfsarbeiter in einem Bäckereibetrieb; 1948 Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften in Bonn, 1955 zudem Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Familienausgleichskassen; 1967 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP, NSRB (Gaugruppenwalter);
1934 NSV.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 als
„Entlastet“ eingestuft.

Auszeichnungen

1937 Ehrenzeichen des Deutschen Roten
Kreuzes; 1940 Ostmark-Medaille; 1967
Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik
Deutschland; Herbert-Lauterbach-Preis des
Klinikverbands der gesetzlichen Unfall-
versicherung; Festschriften für Dr. Herbert
Lauterbach zum 60. und 80. Geburtstag;
„Grundsatzfragen der sozialen Unfallversi-
cherung“, 1961 u. 1981.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. hat als Referent für gewerbliche Unfall-
versicherung im RAM deren Ausgestaltung
ebenso geprägt wie deren kontinuierliche
Fortentwicklung als Hauptgeschäftsführer
des Verbandes der gewerblichen Berufsge-
nossenschaften. Wesentlich beeinflusst hat
er den Ausbau der Unfallverhütung, die
Entwicklung des Heilverfahrens sowie die
soziale Berufsfürsorge der Berufsgenossen-
schaften.

Weitere Stationen seiner sozialpolitischen
Karriere waren: 1937 Fachschaftsberater
für Unfallversicherung in der DAF; 1937-
39 Sachverständiger für die Unfallversi-
cherung im Sozialversicherungsausschuss
der Akademie für Deutsches Recht; Bei-
ratsmitglied der Gesellschaft für Sozialen
Fortschritt; 1962 Präsident der Deutschen
Gesellschaft für Unfallheilkunde, Versi-
cherungs-, Versorgungs- und Verkehrsme-
dizin; 1966 Vorsitzender des Unfallversi-
cherungsausschusses der Internationalen
Vereinigung für Soziale Sicherheit in
Genf.

Veröffentlichungen

Die dritte Verordnung über Ausdehnung der Un-
fallversicherung auf Berufskrankheiten, 1937;
Grundriss der Reichsunfallversicherung (mit
Crantz und Demiani), 1940; Die Unfallversi-
cherung der Kriegsgefangenen, 1943; Die gesetzli-
che Unfallversicherung (mit Podzun), 1950; Die
Entwicklung der Deutschen Reichsunfallversi-
cherung, 1950; Die Berufsgenossenschaften.
Wie sie wurden. Was sie sind. Was sie leisten,
1962; Gesetzliche Unfallversicherung, Kom-
mentar zum 3. und 5. Buch der RVO (Loseblatt

bis 1970); 1938-39 Redaktionsmitglied der Zeit-
schrift „Die Reichsversicherung“.

Quellen

Rehn, Verhandlungen der Deutschen Gesell-
schaft für Unfallheilkunde, Versicherungs-, Ver-
sorgungs- und Verkehrsmedizin, 1968; BArch
(R 3001 / 65946 u. 65947; R 3901 / 105919);
Landesarchiv Berlin (C Rep. 031-01-06 Nr. 118;
C Rep. 031-02-18 Karton 108; P Rep. 806 Nr.
615); StA Bonn.

Bild

Grundsatzfragen der sozialen Unfallversiche-
rung [Bd. 1], Festschrift für Dr. Herbert Lauter-
bach zum 60. Geburtstag, 1961.

Lehfeldt, Bernhard Paul Karl Johann Dr.
iur.
Ministerialbeamter

* 2.7.1885 in Berlin; † 12.1.1941 ebd.; ev.;
V Paul L. (1848-1900), Kunsthistoriker,
Professor; M Bertha geb. Mühl; ledig.

1894-1903 Gymnasium in Berlin; 1903-06
Studium der Rechtswissenschaften in Frei-
burg/Br., Genf und Berlin; 1907 Gerichts-
referendar im preuß. Justizdienst; 1907-08
einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1911
Promotion in Berlin; 1912 Gerichtsassessor,
Hilfsrichter in Berlin; 1913 Studien-
reisen; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919
Hilfsarbeiter im Reichsamt für wirtschaftli-
che Demobilmachung, im selben Jahr
Regierungsassessor im RAM (Referent für
Erwerbslosenfürsorge), 1920 Regierungsrat,
1922 Oberregierungsrat, 1923-41 Mi-
nisterialrat (Referent für Arbeitslosenver-
sicherung und Erwerbslosen- bzw. Krisen-
fürsorge, um 1935 auch für Fragen der
Schwarzarbeit zuständig).

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Ehren-
kreuz für Frontkämpfer; Militärverdienst-
kreuz (Österreich) 3. Klasse mit der Kriegs-
dekoration.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. war einer der erfahrensten Experten der
Arbeitslosenhilfe bzw. Erwerbslosenfür-

sorge und der Arbeitslosenversicherung der Weimarer Republik. Vorentwürfe und Begründungen zum AVAVG 1927 wurden u. a. von ihm verfasst, zu seinem Arbeitsfeld gehörten 1929 auch internationale Vereinbarungen über Arbeitslosenhilfe und Krisenfürsorge. Beteiligt war er an: Krisen-FürsVO 1926; AVAVG 1927; AVAVGÄnd 1929; NotVO 1930; NotVO II 1931; NotVO 1932; AluVO 1937. L. galt als „Halb-jude“, nach 1933 wurde seine Weiterbeschäftigung im RAM von der NSDAP-Parteizentrale kritisiert.

Veröffentlichungen

Die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung, 1919; Die [Reichsverordnung über] Erwerbslosenfürsorge, 1920; Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 (mit Ehlert), 1923; 1927-1929 Mitherausgeber der Kommentare zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Änderungsvorschriften; Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 (mit Weigert), 1929; Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 12. Oktober 1929 (mit Berndt, Ehlert und Weigert), 1930; publizierte nach 1933 Aufsätze zu Arbeitslosenfragen in Großbritannien.

Quellen

Wer ist's?; BArch (PK H 67; R 3001 / 66036); GVP RAM.

Lehmann, Karl Otto

Ministerialbeamter

* 7.7.1875 in Melle/Krs. Osnabrück; † 8.8.1959 in Erfurt; ev.; V Adolf L., Landvermesser; M Klara geb. Freitag; ∞ 1908 Margarete Hedwig Eleonore geb. Verch (1879-1955); K 1 T.

Oberrealschule in Erfurt; 1891-93 Vorbereitung zum staatlichen Verwaltungsdienst; 1894-1904 Sachbearbeiter bei der Regierung und dem Oberpräsidium Magdeburg, Verwaltungsprüfung; 1904 Wechsel ins preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten, 1913 Rechnungsrat, 1917 Referent für Baupolizei in Preußen; 1919 Regierungsrat

im preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt (1921 beurlaubt zum Aufbau und zur Organisation des Deutschen Beamten-Wirtschafts-Bundes), 1922 Oberregierungsrat, 1924 Ministerialrat (Referent für Wohnungswirtschaft und Finanzierung des Wohnungsneubaus); 1929 Studienreise in die Niederlande und nach England; 1932 Wechsel ins Reichswirtschaftsministerium (Referent für Wohnungswirtschaft), 1934 ins RAM (stellv. Leiter der Hauptabteilung Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen); 1936 Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen; 1940 als Beamter auf Widerruf erneut im RAM (stellv. Leiter der Hauptabteilung Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen); 1942 Überleitung vom RAM an den Reichswohnungskommissar Robert Ley; 1944-45 Sachbearbeiter bei der Reichsversorgungsverwaltung, Versorgungsamt Erfurt; 1946 Referent im Landesamt für Arbeit und Sozialfürsorge in Erfurt, Geschäftsführer der „Werra/Saale“-Wohnungsbau-GmbH. in Erfurt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920-23 DVP; 1945 LDPD; 1921-23 Mitglied des RWR (Vertreter der Beamtenschaft); nach 1933 RDB; NSV; 1935 Mitglied der Bekennenden Kirche Berlin.

Auszeichnungen

1938 Treudienst-Ehrenzeichen; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. war Fachmann für die staatliche Wohnungspolitik in Preußen, er vertrat als Regierungskommissar die preußische Staatsregierung im Reichstag und Landtag bei wohnungspolitisch relevanten Gesetzesvorlagen. Er entwarf die preuß. Hauszinssteuerverordnung von 2.7.1926. Stationen seines sozialpolitischen Wirkens waren: 1924-28 Vertreter Preußens und der Reichsregierung auf internationalen Wohnungskongressen in Paris, Prag und Rom; 1928-38 Treuhänder des Reichs bei der Deutschen Hypothekbank A.G. Berlin; 1937-38 kommissarische Leitung des Hauptverbandes Deutscher Wohnungsunternehmen (1938: Reichsverband des Deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens

e.V.); 1939 vom Reichsarbeitsminister mit Forschungsaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungsbaus beauftragt; 1940-43 Aufsichtsratsmitglied (Vertreter des Reichs) bei der Deutschen Bau- und Bodenbank Berlin, der Gemeinnützigen Wohnungsbau A.G. Berlin, der Preußischen Landespfandbriefanstalt und der Deutschen Baurevision A.G. Berlin; 1923-34 nebenamtlich Verwaltungsleiter des Potsdamer Großen Waisenhauses. L. versuchte mit Karl Durst die Übertragung von Kompetenzen des RAM an Robert Ley zu verhindern, seiner gleichwohl erfolgten Überleitung an den Reichswohnungskommissar begegnete er mit Versetzungsanträgen.

Veröffentlichungen

Die Geldbeschaffung für den Wohnungsbau (Hrsg.), 1928; 1921-24 Schriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Beamten-Rundschau“.

Quellen

Lilla RWR; BArch R 3901 / 105966; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Personalakten des Amtes für Arbeit und Sozialfürsorge, Otto Lehmann; Stadtarchiv Erfurt; GVP RAM.

Bild

BArch R 401 / 126.

Leipart, Theodor Dr. h.c.
Gewerkschafter

* 17.5.1867 in Neubrandenburg; † 23.3.1947 in Berlin-Zehlendorf; ev.; V Ernst Alexander L. (um 1831-85), Schneidermeister; M *Wilhelmine* Charlotte Friederike geb. Schmidt (1834-1907); ∞ 1. 1895 Rosine (*Rosa*) Theodora Magdalena geb. Foss (1865-1905), 2. 1906 Maria geb. Neher (1878-1950); K 1 S.

Volks- und Mittelschule in Neubrandenburg; 1881-85 Drechslerlehre in Hamburg, bis 1890 Arbeit als Drechsler in Wismar und Hamburg; 1890 Redakteur der „Fachzeitung für Drechsler und Gewerksgenossen“ in Hamburg; 1891 Vorsitzender der Vereinigung der Drechsler Deutschlands in Hamburg; 1893-1908 zweiter Vorsitzender

des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart, 1908-19 dessen erster Vorsitzender in Berlin, in dieser Zeit umfassende Teilnahme an gewerkschaftlichen Kongressen europäischer Länder; 1919-20 württemb. Minister für Arbeit in Stuttgart; 1921-33 Vorsitzender des ADGB in Berlin; Mai 1933 Entlassung, mehrwöchige „Schutzhaft“ und Misshandlung durch die Nationalsozialisten, danach Rückzug ins Privatleben; 1946 beratende Teilnahme beim Aufbau des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB).

sozialdemokratischer Politiker

[1886] SPD

1894-96 Vorstandsmitglied des Stuttgarter sozialdemokratischen Bezirksvereins;
LT 1920-21 Württemberg (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1886 Schriftführer des Fachvereins der Drechsler in Hamburg; 1887 Vorstandsmitglied und Schriftführer der Vereinigung der Drechsler Deutschlands; 1896-98 Vorsitzender der Vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart; 1904-19 Sekretär der von ihm initiierten Internationalen Union der Holzarbeiter; 1922-33 Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes; 1921 Begründer und Geschäftsführer der ADGB-Verlagsgesellschaft; 1921-33 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter der Industrie), 1922-33 dessen (alternierender) Vorsitzender, ab 1926 Vorsitzender des Verfassungsausschusses des RWR; Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart; Mitglied des Reichsausschusses des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; Senatsmitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften; stellv. Vorsitzender des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie in Dortmund-Münster; Vorsitzender zahlreicher gewerkschaftseigener Wirtschafts- und Versicherungsgesellschaften.

Auszeichnungen

1931 Dr. h. c. in Berlin; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1946 vom Magistrat von Groß-Berlin als „Opfer des Faschismus“ anerkannt; zwei Gedenktafeln

in Berlin; 1947-52 Namensgeber der zentralen Gewerkschaftsschule in Bernau bei Berlin (DDR).

Sozialpolitische Aktivitäten

L. setzte sich bereits vor 1919 als führender Funktionär der Drechsler- bzw. Holzarbeitergewerkschaft für die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung, der Arbeitsvermittlung (Arbeitsnachweise) sowie von Tarifverträgen ein. 1918 wirkte er maßgeblich an der Durchsetzung des Achtstundentags mit (ArbZRegAnO). In der Weimarer Republik war L. als Leiter des größten Gewerkschaftsbundes beteiligt an den grundlegenden sozialpolitischen Weichenstellungen und gesetzlichen Regelungen, die Sozialpolitik betrachtete L. als das wichtigste Feld der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften. Im Verlauf seines Werdegangs bekleidete er eine Reihe sozialpolitisch relevanter Ämter: 1913 Mitbegründer, Mitglied des Aufsichtsrates und später Vorsitzender der „Volksfürsorge“ mit Sitz in Hamburg; 1915 Mitglied, 1931 Vorstandsmitglied der Gesellschaft für soziale Reform; Mitglied des Verwaltungsrats der ILO in Genf; 1924 Mitbegründer der „Deutsche Wohnungsfürsorge AG für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dewog) sowie Mitbegründer und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG in Berlin.

Veröffentlichungen

Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie, 1904; Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge, 1912; Kriegsinvaliden und Gewerkschaften, 1915; Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung, 1924; Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, 1926; Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 1. Mai 1927 (mit Nörpel), 1927; Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie?, 1928; Arbeiterbildung und Volksbildung (mit Erdmann), 1928; Carl Legien. Ein Gedenkbuch, 1929; Leipart und Breitscheid über die Notverordnung, 1931; Die 40-Stunden-Woche (Hrsg.), 1931; 1924 Gründer und Hrsg. der gewerkschaftlichen Zeitschrift „Die Arbeit“; zu einer umfassenden Bibliographie vgl. Plener 2000/01.

Quellen

Lilla RWR; Plener, Theodor Leipart, Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz (2

Bde.), 2000/01; NDB; Wenzel; Gewerkschaftszeitung 1927, S. 269 ff.; Landesarchiv Berlin C Rep. 118-01 Nr. 15346; Staatsarchiv Hamburg, 332-5, Nr. 9669 und 330/1907; Stadtarchiv Stuttgart; Stadtarchiv Neubrandenburg.

Bild

Plener Bd. 1, 2000.

Lenné, Albert Emil Dr. phil.

Theologe, Caritasdirektor

* 31.1.1878 in Straßburg; † 4.5.1958 in Köln; kath.; V Joseph L. (1848-1924), Major; M Agnes geb. Wrede (1849-1930).

Gymnasium in Köln; 1898-1902 Studium der Theologie und Philosophie in Paderborn, Innsbruck, München und Bonn; 1902-03 Priesterseminar zu Köln, 1903 Ordination, dann Kaplan in Aachen, Bonn und Köln; 1911 Studium der Theologie und Philosophie in Freiburg/Br.; 1912 Promotion in Freiburg/Br.; 1914 Rektor der Maria-Hilf-Erziehungsanstalt und des Bernardushauses in Köln; 1915 Kaplan in Witterschlick, 1915 Pfarrer in Happerschoss, 1920 Pfarrverwalter, dann Pfarrer in Köln; 1921 Direktor des Diözesan-Caritasverbandes für die Erzdiözese Köln und 1921-58 stellv. Vorsitzender des DCV. 1925 Generalvikariatsrat in Köln und Stiftsherr in Aachen; 1928 Domkapitular von Köln.

Auszeichnungen

1931 Päpstlicher Hausprälat; 1953 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; 1953 Ehrenkreuz der Deutschen Roten Kreuzes; 1956 Domdechant zu Köln; Ehrenvorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Köln.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. prägte die katholische Kinder- und Jugendfürsorge maßgeblich mit und wirkte für den Ausbau katholischer Kindergärten und Horte. 1912 war er Mitbegründer des Zentralverbandes katholischer Kinderhorte, 1916 des Zentralverbandes katholischer Kleinkinderanstalten Deutschlands, nach deren Zusammenschluss 1917-58 Vorsit-

zender des Zentralverbandes katholischer Kinderhorte und Kleinkinderanstalten Deutschlands. Als Mitglied der u. a. vom DV einberufenen Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes wirkte L. maßgeblich mit bei den Vorarbeiten zum RJWG 1922. Als Caritasdirektor galt sein Interesse vor allem der Caritasarbeit auf dem Lande, er plädierte für die Errichtung und Vernetzung von sozial-caritativen Organisationen in ländlichen Pfarrgemeinden. Ab 1921 lehrte er als Dozent für Theologie und katholische Wohlfahrtspflege mehrere Jahre an der Düsseldorfer Sozialen Frauenakademie. 1921-33 und 1947-50 war er Vorstandsmitglied des DV, seit 1919 und wieder ab 1947 Mitglied dessen Hauptausschusses. Nach 1945 beteiligte er sich entscheidend am Wiederaufbau des DV.

Veröffentlichungen

Der Caritasausschuss auf dem Lande und seine volkserzieherische Bedeutung: Ein Wort aus der Praxis für die Praxis, 1918; Kinderfürsorge, in: Sacher (Hrsg.), Staatslexikon 3. Bd., 1929, S. 107-117; 1915 Schriftleitung der Mitteilungen des Zentralverbandes katholischer Kinderhorte Deutschlands, 1918-58 Hauptschriftleiter des Folgeblattes „Kinderheim“; Verfasser zahlreicher Fachbeiträge für die Caritas, insbesondere in der Zeitschrift „Kinderheim“.

Quellen

Maier; Schleicher, 80.000 Totenzettel aus Rheinischen Sammlungen Bd. I, 1987; NDV 1958, S. 170; Caritas 1953, S. 123 f.; Historisches Archiv des Erzbistums Köln.

Bild

Historisches Archiv des Erzbistums Köln.

Lentz, Reinhold Ludwig Otto Prof. Dr. med. Arzt, Ministerialbeamter

* 7.1.1873 in Kulm (Westpreußen); † 14.7.1952 in Berlin; ev.; V Ernst Ludwig Philipp L. (1842- um 1910), Stabsarzt; M Ida Friederike Antonie geb. Vahl; ∞ 1901 Emma geb. Lentz (1880-1951); K 1 S, 3 T.

Gymnasium in Kulm, Aachen und Schwedt/Oder; 1891-95 Studium der Me-

dizin in Greifswald und Göttingen, 1895 Promotion in Göttingen; 1896 medizinisches Staatsexamen und Approbation, anschließend Privatassistent am Hygiene-Institut und Volontärarzt an der Psychiatrischen Klinik in Göttingen; 1897-1900 Volontär-, später Assistenzarzt im Krankenhaus Berlin-Moabit; 1900 Kreisarztexamen, 1901 Kreisassistentarzt in Berlin, im selben Jahr Tätigkeit am Institut für Infektionskrankheiten (Robert Koch-Institut) in Berlin; 1902 kurzzeitige Vertretung des Kreisarztes in Stade; 1903-05 Leiter der bakteriologischen Untersuchungsanstalt Idar an der Nahe; 1905-06 Leiter der Typhusuntersuchungsanstalt in Saarbrücken und Berater des Reichskommissars für die Typhusbekämpfung; 1906 Rückkehr an das Institut für Infektionskrankheiten in Berlin (Leiter der Wutschutzabteilung bzw. ab 1908 der Seuchenabteilung); 1912-13 Direktor des Hygiene-Instituts in Saarbrücken; 1913-15 Direktor der bakteriologischen Abteilung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in Berlin; 1915 Geh. Medizinalrat und Vortragender Rat im Preußischen Ministerium des Innern (Referent für Seuchenhygiene), 1919 Geh. Obermedizinalrat und Ministerialrat, 1920-32 im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt (nunmehr auch Referent für die allgemeine Organisation der Medizinalverwaltung); 1919 und 1927-33 stelly. Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1932-34 im Preußischen Ministerium des Innern bzw. ab 1934-35 im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern; 1935 Ruhestand, danach private Forschungstätigkeit; 1945-48 Präsident des Zentralinstituts für Hygiene und Gesundheitsdienst, gleichzeitig wissenschaftlicher Leiter (Direktor) des Robert Koch-Instituts in Berlin; 1949-51 ordentlicher Professor der Hygiene an der Freien Universität Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1911 Mitbegründer der Berliner Mikrobiologischen Gesellschaft; 1932 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle/S.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Kronenorden 4. Klasse; Oldenburgischer Hanseaten-Orden; 1909 Titularprofessor; Ehrenmit-

glied des staatlichen Instituts für experimentelle Therapie (Paul-Ehrlich-Institut) in Frankfurt/M.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. war Hygieniker (Bakteriologe), der durch seine wissenschaftliche und amtliche Tätigkeit Erkenntnisse und Einrichtungen schuf, die Grundlage für gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen wurden. L. hatte durch seine Forschungen maßgeblichen Anteil an der Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Er war einer der Vorkämpfer für die Einrichtung von Medizinaluntersuchungsämtern. Beteiligt war er an der Entstehung des GeschlechtsKHG 1927 und an zahlreichen Hygieneverordnungen. L. setzte sich für die Schaffung des Berufsstands der medizinisch-technischen Assistentinnen ein. Er war Mitglied des Reichsgesundheitsrats.

Veröffentlichungen

Die Seuchenbekämpfung in Preußen während des Krieges und ihr Ergebnis bis Ende 1915, 1916; Die Seuchenbekämpfung und ihre technischen Hilfsmittel, 1917; Gemeinverständliche Belehrungen über die übertragbaren Krankheiten, 1926; Handbuch der Pockenbekämpfung und Impfung (mit Benda), 1927; Die Vererbung der Krebsveranlagung, 1944; umfangreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Seuchenbekämpfung; Mitglied der Schriftleitung der Zeitschrift „Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung“.

Quellen

100 Jahre Berliner Mikrobiologische Gesellschaft (Festschrift), 2011; Lilla Reichsrat; Labisch/Tennstedt; Stürzbecher, Zur Biographie von Otto Lentz, in: Bundesgesundheitsblatt 1964, S. 262-266; Wer ist's?; Landesarchiv Berlin, P Rep. 551 Nr. 154; EMK.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 453.

Ley, Robert Dr. phil.

Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront

* 15.2.1890 in Niederbreidenbach (Kreis Gummersbach); † 25.10.1945 in Nürnberg; ev.; V Friedrich Karl L. (1847-1921), Bau-

er; M Emilie geb. Wald (1851-1922); ∞ 1. 1921 Friedericka Bertha Elisabeth geb. Schmidt (1895-1967), 1938 gesch.; 2. 1938 Inga Ursula geb. Spilcker (1916-42 – Suizid); K 3 T, 1 S.

Oberrealschule in Elberfeld; 1910-14 Studium der Naturwissenschaften und der Nahrungsmittelchemie in Jena, Bonn und Münster; ab 1914 Kriegsteilnehmer, 1917 schwer verwundet, bis 1920 in französischer Kriegsgefangenschaft; 1920 Promotion in Münster, Assistent im Nahrungsmittelamt Münster; 1921 Chemiker bei der Bayer AG in Leverkusen (ab 1925: IG Farbenindustrie AG), Ende 1927 Entlassung (wg. antisemitischer Äußerungen im Betrieb, Alkoholprobleme); 1928-31 hauptamtlicher Leiter des NSDAP-Gaus Rheinland-Süd; 1931 Reichsorganisationsinspekteur der NSDAP, 1932 Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters Georg Strasser in München, Inspekteur für süd- und westdeutsche NSDAP-Gaue; 1932 Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP; während der Weimarer Zeit wiederholte Anklagen und Verurteilungen wegen Diffamierungen, antisemitischer Hetze und Körperverletzung; 1934-45 Reichsorganisationsleiter der NSDAP; 1933-45 Leiter (1934: Reichsleiter) der Deutschen Arbeitsfront; 1945 Verhaftung durch amerikanische Truppen, Internierung in Mondorf (Luxemburg), Anklage vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, vor Prozessbeginn Suizid.

Sängerschaft zu St. Pauli in Jena.

nationalsozialistischer Politiker
NSDAP

1924 Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSDAP-Verbot); 1925 NSDAP; 1925 kommissarischer Gauleiter des NSDAP-Gaus Rheinland-Süd; Organisationsleiter der Reichsparteitage; 1937 SA-Obergruppenführer; 1940 NSFK-Obergruppenführer;
RT 1930-45 WK 20 Köln-Aachen (NSDAP);
LT 1928-1932 Pr.LT (NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 Preußischer Staatsrat, Mitglied des Generalrats der Wirtschaft; 1933-44 Mit-

glied der Akademie für Deutsches Recht; zahlreiche Ämter und Funktionen im Nationalsozialismus, u. a. 1933-45 Reichsleiter der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) und 1936 Präsident des Internationalen Zentralbüros „Freude und Arbeit“; 1935-45 Oberster Gerichtsherr des Obersten Ehren- und Disziplinarhofs der DAF, 1939 Leiter des Zentralaufsichtsamtes für die Wohlfahrt der Fremdarbeiter; 1939 Leiter des Begabtenförderungswerkes des Deutschen Volkes; 1940 Reichsbeauftragter für die Verbrauchergenossenschaften.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1935 Mitglied des Ehrenpräsidiums des Vereins Deutsches Hygienemuseum in Dresden; 1939 Ehrensator der Technischen Hochschule Karlsruhe; Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. war Organisator der Zerschlagung der Weimarer Gewerkschaften, die unter seiner Leitung aufgebaute DAF (mit integrierter NSBO) wurde zur größten NS-Massenorganisation. Klassische gewerkschaftliche Funktionen konnte diese jedoch nicht übernehmen – die Tarif- und Sozialpolitik blieb weitgehend staatlich reguliert – so dass L. auf soziale Bereiche auswich bzw. diese aufbaute. Mit vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF ausgearbeiteten Plänen für ein „Versorgungswerk des Deutschen Volkes“ bzw. für ein „Gesundheitswerk“ (Ablösung der auf den Erwerb von Rechtsansprüchen basierenden Sozialversicherung durch ein Versorgungsmodell für NS-konforme Volksgenossen) scheiterte L. an Finanzierungsungewissheiten im Krieg, nicht zuletzt aber am Widerstand der Ministerialbürokratie des RAM. Mit seiner Ernennung zum Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau (1940) bzw. zum Reichswohnungskommissar (1942) gelang es L., Kompetenzen und personelle Ressourcen aus dem RAM herauszuberechnen bzw. für seine Pläne zu nutzen. Anerkennung dürfte die DAF vor Ort über ihre Rechtsberatungsstellen sowie durch betriebliche Sozialverbesserungen erzielt haben. Zentralen Einfluss konnte L. in wirtschafts- und sozialpolitischen Bera-

tungsgremien ausüben, so 1935-45 als Vorsitzender der Reichsarbeitskammer im DAF-Amt Soziale Selbstverantwortung sowie als Mitglied des Reichsarbeits- und -wirtschaftsrates. Propagandistische Erfolge konnte L. insbesondere über die DAF-Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ verzeichnen.

Veröffentlichungen

Durchbruch der sozialen Ehre, 1935; Soldaten der Arbeit, 1938; Wege zur Gesundheitsführung in den Betrieben (Hrsg.), 1941; Verfasser zahlreicher Propagandaschriften; 1928-31 Herausgeber und Verleger des NSDAP-Organs „Westdeutscher Beobachter“; 1930-31 Herausgeber der Zeitung „Nationalblatt“; 1933-45 Herausgeber der Zeitung „Der Angriff“.

Quellen

Lilla RWR; Schröder, Aufstieg und Fall des Robert Ley, 2008; Wald, Mein Vater Robert Ley, 2004; Rheinische Lebensbilder Bd. 14, 1994; Smelser, Robert Ley, Hitlers Mann an der Arbeitsfront, 1989; Brandenburger, Ley-Land, Dr. Robert Ley und der Nationalsozialismus im Oberbergischen, 1988; NDB; StA Nürnberg.

Bild

v. Müffling (Hrsg.), Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland, 1933, S. 58.

Lindemann, Hugo Karl Dr. phil., Dr. rer. pol. h. c.
Kommunal- und Sozialwissenschaftler

* 9.8.1867 in Jaguarão (Brasilien);
† 19.2.1949 in Bensheim/Bergstraße; ev.;
V Rudolf L., Kaufmann; M Therese geb. Sattler; ∞ 1896 Anna Marie Rosalie Sara geb. Fehn (1866-1941); K 2 T.

Gymnasium in Ludwigsburg und Hannover; 1884-89 Studium der Philosophie und der klassischen Philologie in Göttingen, Bonn, München und Kiel; 1889 Promotion in Kiel, danach freier Schriftsteller; 1892-96 Studien der Nationalökonomie in England; ab 1897 Fachschriftsteller auf dem Gebiet der Kommunal- und Sozialpolitik in Degerloch bei Stuttgart; 1916 Habilitation in Karlsruhe, Dozent für Kommunalwissenschaft an der TH Stuttgart; 1918

kurzzeitig Minister für wirtschaftliche Demobilisierung in Württemberg, dann Arbeitsminister; 1919 Minister des Innern in Württemberg; 1919-33 Direktor der sozialpolitischen Abteilung des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften der Stadt Köln, zugleich 1920-33 o. Honorarprof. an der Universität Köln; 1933 Entlassung und Entzug der Lehrbefugnis nach dem BBG (politische Unzuverlässigkeit); 1945 rehabilitiert.

sozialdemokratischer Politiker

SPD

RT 1903-07 Württemberg WK 10 (SPD); LT 1906-20 Württemberg (SPD); 1919 Reichsratsbevollmächtigter für Württemberg; 1920 SPD-Fraktionsvorsitzender Landtag Württemberg (Verfassungssammlung);

K 1900-08 Gemeinderat in Degerloch bei Stuttgart; 1908-19 Mitglied des Bürgerausschusses, 1919 des Gemeinderates in Stuttgart; 1911 SPD-Kandidat für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters; 1928-33 Stadtverordneter in Köln (SPD).

Auszeichnungen

1947 Dr. rer. pol. h. c. in Köln.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. war ein Kommunal- und Sozialpolitiker, der Wissenschaft und politische Praxis miteinander verknüpfte und beeinflusste. Aus einer wohlhabenden Familie stammend, befasste er sich als Privatgelehrter während seiner Zeit in England (1892-96) mit dem Fabianismus, im Deutschen Reich wertete er systematisch kommunale Verwaltungsberichte im Hinblick auf wegweisende Innovationen aus. In der SPD entwickelte und vertrat er später municipalsozialistische (reformistische) Forderungen nach einer in kommunaler Selbstverwaltung betriebenen Daseinsvorsorge. Die von ihm entworfenen Grundzüge einer sozialistischen Gemeindepolitik wurden 1904 programmatischer Bestandteil der Kommunalpolitik der SPD. Über seine wissenschaftliche wie praktische Auseinandersetzung mit sozialen und kommunalen Problemen überschritt L. tradierte disziplinäre Grenzen des Wissenschaftsbetriebs. Er gilt als ein Begründer der Kommunalwissen-

schaft, sein Wirken prägte schließlich sozialpolitische Fortschritte in Kommunen der Weimarer Republik. Ab 1918 war er Vorstandsmitglied im DV, 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Stadtverwaltung und Municipalsozialismus in England, 1897; Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der deutschen Städteverwaltung, 2 Bde., 1904; Die deutsche Städteverwaltung. Ihre Aufgaben auf den Gebieten der Volkshygiene, des Städtebaues und des Wohnungswesens, 2. Aufl. 1906; Die städtische Regie, 1907; Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft (Habil.), 1916; Öffentlich-rechtliche Wirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft Deutschlands, 1928; Hrsg. des Handbuchs des Sozialismus (mit Stegmann), 1897; 1908-32 Hrsg. des Kommunalen Jahrbuchs (mit Schwander und Südekum); 1918-27 Hrsg. des Handwörterbuchs der Kommunalwissenschaften; Mithrsg. zahlreicher sozialwissenschaftlicher Schriften, u. a. der Kölner Sozialpolitischen Vierteljahrsschrift, der Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften, der Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie. L. publizierte eine Fülle von Aufsätzen in deutschen wie ausländischen Fachzeitschriften zu sozialen und kommunalen Themen. Frühe Werke sind unter dem Pseudonym C. Hugo verfasst, mehrere Zweitaufgaben dann unter seinem vollen Namen erschienen; zu einer Bibliographischen Übersicht vgl.: Festgabe für Hugo Lindemann, 1947.

Quellen

Lilla Reichsrat; Raberg, Biographisches Handbuch der Württembergischen Landtagsabgeordneten 1815-1933, 2001; Schröder; Schumacher M. d. L.; Golczewski, Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus, 1988; NDB; Festgabe für Hugo Lindemann, 1947; Wer ist's?; Reichshandbuch; Archiv der Stadt Bensheim.

Bild

Festgabe für Hugo Lindemann, 1947.

Lippmann, Karl Alois Franz Dr. iur.
Senatspräsident im Reichsversicherungsamt

* 4.11.1870 in Bamberg; † 27.9.1936 in Berlin-Schmargendorf; kath.; V Karl

Georg L. (1839-1915), Reichsgerichtsrat; M Aloisia geb. Freund (1849-); ∞ 1. 1910 Maria Barbara Karolina *Michaela* (Mila) geb. Henkel (1887-1933), 2. 1936 Elsa Julie *Hildegard* geb. Winter (1889-1970).

Gymnasium in München; 1889-93 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Leipzig, Lausanne und München; 1893-96 Rechtspraktikant in Würzburg, Leipzig Kitzingen und München; 1896 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1897-98 geprüfter Rechtspraktikant in München; 1898 Promotion in Erlangen; 1898-1903 kommissarischer Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt, 1900 zugleich Richter am Amtsgericht München; 1903 Regierungsrat und ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt (Referent für Kranken- und Invalidenversicherung), 1913 Geh. Regierungsrat, 1919 Senatspräsident; 1920-24 Tätigkeit im RAM (Referent für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung; Reichsversicherungsrecht), 1922 zugleich Senatspräsident am Reichsversicherungsgericht; 1924 erneut beim Reichsversicherungsamt (Referent für Unfallversicherung, 1926 Abteilungsgruppenleiter), dort 1931 Direktor, 1935 wieder Senatspräsident; 1936 Ruhestand.

Auszeichnungen

1916 Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse; 1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe, Bayer. König-Ludwig-Kreuz; 1918 Roter Adler-Orden 4. Klasse; 1919 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. begann 1898 seine sozialpolitische Tätigkeit im Reichsversicherungsamt, hier war er über 20 Jahre für die Kranken- und Invalidenversicherung zuständig. Als Mitbegründer und Autor des mehrbändigen Kommentars zur Reichsversicherungsordnung befasste er sich darüber hinaus mit der ausführlichen Kommentierung der Invalidenversicherung, später auch der Angestelltenversicherung. Während seiner Tätigkeit im RAM war er Mitglied der Kommission für die Revision des Versicherungsgesetzes für Angestellte, als Reichskommissar beteiligte er sich an der VfA/RVONov 1922, der KrankVersGNov

1923 und dem RKG 1923. Daneben beschäftigte er sich mit Fragen der Sozialversicherung im Ausland.

Veröffentlichungen

Versicherungsgesetz für Angestellte nebst den Ausführungs-Vorschriften und Bestimmungen, sämtlichen Kriegsverordnungen und den Verordnungen über das Verfahren, 1920; Das neue französische Sozialversicherungsgesetz im Vergleich zu den deutschen Sozialversicherungsgesetzen, 1931; Mitherausgeber und Mitarbeiter der „Reichsversicherungsordnung mit Anmerkungen“, 1925.

Quellen

Tennstedt, Das Reichsversicherungsamt und seine Mitglieder, in: Entwicklung des Sozialrechts. Aufgabe der Rechtsprechung, 1984, S. 47-82; Reichshandbuch; BArch (R 3901 / 106188; R 89 / 2416); EMK; Stadtarchiv München; Stadtarchiv Bamberg; Stadtarchiv Lahnstein.

Bild

Reichshandbuch.

Lüders, Else Theodora
Ministerialbeamtin

* 27.7.1872 in Drossen/Krs. West-Sternberg (Neumark); † 15.1.1948 in Berlin-Schöneberg; ev.; V Heinrich L. (1832- um 1900), Rechtsanwalt; M Charlotte geb. Eichhoff (1839-); ledig.

Bis 1888 Besuch einer höheren Töchterschule in Berlin; Gasthörerin von Vorlesungen der Nationalökonomie an der Universität Berlin; 1899 Sekretärin und enge Vertraute der Frauenrechtlerin Minna Cauer; 1906-20 Sekretärin und Mitglied im Büro für Sozialpolitik bei Ernst Francke; 1920 Wechsel ins RAM, Regierungsrätin (Referentin für Heimarbeit, Frauenarbeit, Kinderschutz, Lehrlingswesen), 1924 Übertritt zur Reichsarbeitsverwaltung, 1927 erneut im RAM, 1928 Oberregierungsrätin (Referentin in der arbeitsrechtlichen Abteilung für Frauen-, Jugendlichen- und Kinderschutz; Heimarbeitsrecht); 1934 in den Ruhestand versetzt, danach schriftstellerische Tätigkeit; nach 1945 in der CDU aktiv.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920-32 DDP / DStP; 1945 CDU

1945-47 Mitglied im Zentralen Frauenausschuss beim Magistrat Groß-Berlin; 1947 Mitbegründerin und bis 1948 stellv. Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands.

Sozialpolitische Aktivitäten

Aus der Frauenbewegung kommend, konzentrierte L. sich ab 1906 auf die Sozialpolitik mit den Schwerpunkten Arbeiterinnen-, Kinder- und Jugendschutz sowie Heimarbeit. Beteiligt war sie an der Entstehung folgender Gesetze: „Heimarbeiterlohngesetz“ v. 27.6.1923; ArbSchutzGE 1926; MutterschG 1927. Ihre nach 1933 publizierten Beiträge zeigten keine kritische Distanz zur NS-Sozialpolitik.

Stationen ihrer Karriere waren: 1900 Vorstandssekretärin des Vereins „Frauenwohl“; 1903 stellv. Vorsitzende der Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine; 1904 stellv. Vorsitzende der Sektion „Frauenerwerb und Berufe“ auf dem Internationalen Frauenkongress in Berlin; 1906 Schriftführerin der Heimarbeits-Ausstellung; 1916 Mitbegründerin des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen; 1917 Mitarbeiterin im Verein für Sozialpolitik und in der Gesellschaft für Soziale Reform, Vertreterin beider Institutionen als Mitglied im Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit im Kriege; 1916-25 Dozentin für Arbeiterinnenschutz, Gewerbeordnung und Versicherungswesen an der Frauenschule der Inneren Mission in Berlin, 1919 an der Jugendpflegeschule der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost; 1926 im Bund Deutscher Frauenvereine Mitglied des Ausschusses für die Arbeiterinnenfrage und 1928 Mitglied im Ausschuss zur Bearbeitung eines Gesetzentwurfs über die unehelichen Kinder.

Veröffentlichungen

Stand der deutschen Frauenbewegung im Beginn des Jahres 1902, 1902; Arbeiterinnenorganisation und Frauenbewegung, 1904; Das Problem der Mutterschaftsversicherung, 1905; Heimarbeitsfragen in Deutschland. Bericht an die Internationale Vereinigung für Gesetzlichen Arbeitsschutz, 1910; The effect of German labour legislation on employment possibilities for wo-

men, 1929; Verfasserin von Beiträgen für das Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege 1929; 1904 Redakteurin der Deutschen Arbeiterinnenzeitung; 1906-20 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Praxis“.

Quellen

Maier; Schöck-Quinteros, Else Lüders (1872-1948), in: 1999, Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1997, S. 49-67; BArch R 3901 / 100612; GVP RAM.

Bild

Schöck-Quinteros, Von der Radikalen zum Oberregierungsrat. Else Lüders (1872-1948), in: Ariadne 1995, S. 34-41.

Lüders, Marie-Elisabeth Dr. rer. pol., Dr. med. h. c., Dr. iur. h. c.
Frauenpolitikerin

* 25.6.1878 in Berlin; † 23.3.1966 ebd.; ev.-luth.; V Carl Christian L. (1834-1923), Geh. Regierungsrat im Preuß. Handelsministerium; M Friederike Laura Sophie geb. Jessen (1847-1918); ledig.

Höhere Töchterschule in Charlottenburg, Wirtschaftliche Frauenschule in Nieder-Ofleiden bei Homberg a. d. Ohm; 1901-06 freiwillige soziale Hilfsarbeit in Berlin; 1906 vorbereitende Studien, 1910 Abitur in Berlin als Externe; Studium der Staatswissenschaften in Berlin, 1912 Promotion in Berlin; Wohnungspflegerin in Charlottenburg; 1914 Leiterin der Kriegsfürsorgestelle in Charlottenburg; 1915-16 Einrichtung und Leitung der sozialen Hilfsstelle für belgische Frauen bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien; 1916 Geschäftsführerin des Vereins für Säuglings- und Mütterfürsorge in Düsseldorf (Nachfolge Marie Baum); 1916 Leiterin der Frauenarbeitszentrale im preuß. Kriegsministerium in Berlin (zuständig für Frauenarbeit in Kriegswirtschaft und Wohlfahrtswesen im Deutschen Reich); 1918-22 Leiterin (Studiendirektorin) der Niederrheinischen Frauenakademie in Düsseldorf; 1919-32 Reichstagsmitglied; 1933 Berufs-, Rede- und Publikationsverbot; 1937 vier Monate Inhaftierung durch die Gestapo, nach Entlassung Tätigkeit bei den Quäkern (Hilfe für Juden); 1943-44 ausge-

bommt in Berlin, Evakuierung nach Baden, dem Elsaß, über Freiburg/Br. nach Gunzenhausen (Mainfranken.); 1946-47 Übersiedlung nach Oberammergau, Leitung der dortigen amerikanischen Militärschule; 1947-48 Dozentin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Berlin; 1949-51 Stadträtin für Sozialwesen (Nachfolgerin von Margarete Ehlert) in Berlin; 1953-61 Bundestagsmitglied.

liberale Politikerin

FrVp; DDP; LDP; FDP.

1908 FrVp; 1918-32 DDP; 1947-66 LDP/FDP, 1953-57 Vorstandsmitglied der FDP und der Bundestagsfraktion; Leitung des Bundesfrauenausschusses der FDP.

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 3 Berlin (DDP); 1920-21 Reichswahlvorschlag (DDP); 1921-24 Reichswahlvorschlag (DDP); 1924-28 WK 2 Berlin (DDP); 1928-30 Reichswahlvorschlag (DDP);

BT 1953-61, Alterspräsidentin (FDP);

K 1948-50 Stadtverordnete West-Berlin (LDP/FDP); 1949-51 Magistratsmitglied.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914 Mitbegründerin des Nationalen Frauendienstes und Mitglied dessen Vorstands in Berlin; 1922-33 und 1948-51 Präsidialmitglied des Deutschen Normenausschusses beim Verein Deutscher Ingenieure (als einziges weibliches Mitglied); 1923 Mitbegründung und Leitung des Deutschen Akademikerinnenbundes (1948 Neugründung); 1927/28 Delegierte für den Frauenweltbund, den Weltbund für Frauenstimmrecht und den Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf; 1931 Mitglied im Gesamtvorstand des BDF, 1928-33 Vertretung des BDF im Internationalen Frauenbund (ständiger Ausschuss für Frieden); weitere Mitgliedschaften in nationalen und internationalen Frauenorganisationen.

Auszeichnungen

1952 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, 1961 Stern und Schulterband zum Großen Verdienstkreuz; 1953 Dr. med. h. c. in Berlin; 1958 Dr. iur. h. c. in Bonn; 1962 Dorothea-Schlözer-Medaille der Universität Göttingen; 1957

Ehrenvorsitzende der FDP; 1958 Ehrenbürgerin von Berlin; Briefmarke der Deutschen (Bundes-)Post 1969 und 1997; 2003 Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages; Marie-Elisabeth-Lüders-Straße in Charlottenburg-Wilmersdorf; zahlreiche Ehrungen diverser Gesellschaften und Verbände; Ehrengrab auf dem Waldfriedhof in Berlin-Dahlem.

Sozialpolitische Aktivitäten

L. war eine bedeutende Sozial- und Frauenpolitikerin. Als Reichstagsabgeordnete wirkte sie in der Weimarer Republik sozialpolitisch durch ihre zehnjährige Tätigkeit im Rechtsausschuss sowie im Handels- und wirtschaftspolitischen Ausschuss. Maßgeblichen Einfluss übte sie als Berichterstatterin in Sonderausschüssen aus, so zum RJWG 1922 – bereits 1921 war sie Mitglied der Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des RJWG – zum GeschlechtsKHG 1927 und zur Reform des Familienrechts (Eherecht). Im Ausschuss für die Änderung der Schöffenklausel setzte sie sich erfolgreich für die Öffnung von Berufszugängen für Frauen ein.

1925 war L. Mitbegründerin der Reichsforschungsstelle für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, die Pläne für familien- und kindergerechte Bauten ausarbeitete. Sie war treibende Kraft bei der Reform des Nationalitätenrechts (Rechte von Frauen bei Eheschließung mit Ausländern – „Lex Lüders“ 1957).

Nach 1945 war sie als Stadträtin für das Sozialwesen in Berlin am Wiederaufbau des gesamten Wohlfahrtssystems und der medizinischen Versorgung beteiligt. Im Deutschen Bundestag wirkte sie u. a. mit an der Gesetzgebung zur Gleichstellung von Mann und Frau, an der Jugendwohlfahrtsgesetzgebung sowie am Sozialhilfegesetz. 1949-63 war sie Mitglied des Hauptvorstandes des DV.

Veröffentlichungen

Die Fortbildung und Ausbildung der im Gewerbe tätigen Frauen und Mädchen und deren juristische Grundlage, 1912 (Diss.); Berufs- und Lebenskunde für Arbeiterinnen, 1915; Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege, 1920; Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, 1923; Das unbekanntete Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914-1918, 1936; Volksdienst der Frau, 1937;

Die Frau im modernen demokratischen Staat, 1961; zahlreiche Abhandlungen und Aufsätze auf den Gebieten Sozialpolitik, Frauenbewegung und der Volkswirtschaft.

Quellen

Vierhaus/Herbst (Hrsg.), Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, 2002; Maier; Genth u. a., Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945-1949, 1996; Schumacher M.d.R.; NDB; Lüders, Fürchte dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren. 1878-1962 [Autobiographie], 1963.

Bild

Lüders 1963.

Maier, Hans Max Ernst Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 23.4.1889 in Frankfurt/M.; † 18.12.1937 ebd.; jüd.; V Hermann Heinrich M. (1855-1926), Bankier; M Cäcilia Minna geb. Scheyer (1867-1922); ∞ 1914 Anna Margarete geb. Graetz (1890-1937); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Frankfurt/M.; 1907 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Freiburg/Br., Berlin, München und Marburg; 1910-15 Gerichtsreferendar in Königstein und Frankfurt/M., 1914 Promotion in Marburg; 1915 Gerichtsassessor, juristischer Hilfsarbeiter im Armenamt der Stadt Frankfurt/M.; 1921 Syndikus und Rat beim Magistrat der Stadt Frankfurt/M.; 1923 als Oberregierungsrat im sächs. Innenministerium in Dresden Leiter der Wohlfahrtspflegeabteilung; nach deren Übertragung auf das neu gegründete Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 1924-33 Ministerialrat in diesem Ministerium, als solcher auch Geschäftsführer des öffentlichen Kreditinstituts Sächsische Wohlfahrtshilfe und 1930 Leiter der Sächsischen Nothilfe; 1933 Zwangsbeurlaubung und Entlassung aufgrund des BBG, Rückkehr nach Frankfurt/M.; 1937 Suizid.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1907 Deutsch-Akademischer Freibund; Süddeutsche Volkspartei; Freie Studentenschaft (nichtkorporiert); 1909 FrVp; ca.

1911 Nationalverein für das liberale Deutschland (Leiter der Frankfurter Zweigstelle); Anfang der Weimarer Republik DDP; 1922 SPD.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. war ein profunder Fürsorgerechtersperite der SPD und gehörte zu den bedeutenden sozialpolitischen Ratgebern der AWO. Er trat für den Ausbau der vorbeugenden Wohlfahrtspflege ein, focht für eine einheitliche, bezirklich aufgebaute Familienfürsorge und setzte sich für den Erhalt (und Ausbau) der Sozialversicherung gegenüber einer verallgemeinerten Fürsorge mit Bedürftigkeitsprüfung ein, wie sie der DV zeitweilig befürwortete. M. wandte sich gegen Selbstverständnisse einer tradierten Zwangserziehung, engagierte sich für beispielgebende Sozialeinrichtungen wie Jugendfürsorgeeinrichtungen und Kinderheilstätten, forderte die Erweiterung der Zugangswege zu den sozialen Berufen und die Aufnahme sozialer Themen in die Ausbildung von Juristen, Volkswirtschaftlern und Verwaltungsbeamten. Sein Hauptaktivitätsfeld war das 1924 neugegründete sächsische Wohlfahrtsministerium, hier entwarf M. 1924/25 das sächsische Wohlfahrtspflegegesetz (zugleich Ausführungsgesetz zum RJWG und zur RFV); auf Reichsebene hatte er sich seit 1920 an den Entwürfen zu einem Bewahrungsgesetz beteiligt. Für den Magistrat der Stadt Frankfurt/M. arbeitete er eine Vorlage für die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes aus, das nach seiner Errichtung reichsweit Vorbildcharakter hatte.

Stationen seines sozialpolitischen Werdegangs waren: 1915 stellv. Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in Frankfurt/M.; 1916 Lehrtätigkeit am Frankfurter Frauenseminar für soziale Berufsarbeit; 1918 Leiter der Sächs. gemeinnützigen Hausratgesellschaft für Hessen-Nassau; Mitbegründer des Deutschen Ausschusses für Gefährdetenfürsorge; 1919 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1922 Mitglied der AWO sowie verschiedener Fachkommissionen der AWO, 1928 Kuratoriumsmitglied der ersten Wohlfahrtschule der AWO; 1932 Delegierter auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Soziale Wohnungsfürsorge unter besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien, 1919; Die gesellschaftliche Bedeutung der Wohlfahrtspflege, 1926; Das neue sächsische Wohlfahrtsgesetz, in: RArbBl. 1925, S. 272 f.; Die rechtlichen Grundlagen und die Organisation der Fürsorge einschließlich des Armenrechts und des Rechtes des Kindes, in: Handbuch der Sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge Bd. 3, 1926, S. 1-114; Gegenwartsfragen des Fürsorgerechts, 1930; zahlreiche Aufsätze zu fürsorgerechtlichen Themen und Fragen der Wohlfahrtspflege insbesondere in der Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“.

Quellen

Friedländer, In memoriam Hans Maier, in: Neues Beginnen 1964, S. 49-53; Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution, Bd. 3, 1983; Willing, Das Bewahrungsgesetz (1918-1967), 2003; Zehn Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen 1919-1929, 1929; BArch R 3001 / 67424; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.

Bild

Warum nur Frauen? 100 Jahre Ausbildung für Soziale Berufe, 2014, S. 90.

Mansfeld, Werner Ernst Oskar Max Wilhelm August Hermann Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 12.12.1893 in Uchte/Krs. Stolzenau;
† 10.2.1953 in Berlin-Dahlem; ev.-luth.; V Karl M. (1859-1916), Amtsrichter; M Ida geb. Meyer (-1912); ∞ 1. 1922 Marie-Luise geb. von Altrock (1904-49), 2. 1950 Gabriele Gertrud Anna Eva Maria geb. Tielsch (1908-94); K 1 T.

Gymnasium in Celle; 1911-14 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br., Leipzig und Göttingen; 1914 Gerichtsreferendar in Verden, Northeim, Göttingen, Hildesheim und Celle; 1914-19 Kriegsteilnehmer bzw. im Heeresdienst; 1919-20 in Freikorps in Bremen und im Ruhrgebiet aktiv, Mitglied der Reichswehr; 1921 Promotion in Göttingen; 1922 Gerichtsassessor in Köslin und Göttingen; 1924 Justitiar beim Verein für die bergbaulichen In-

teressen in Essen, ab 1926 zugleich Rechtsanwalt in Essen; 1930 Habilitation, Privatdozent für Arbeitsrecht an der Universität Münster und 1935 an der Universität Berlin; 1933-42 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Leiter der Hauptabteilung „Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Gewerbeaufsicht, Sozialverfassung, Lohn- u. Wirtschaftspolitik“; 1936-42 zugleich Leiter der Geschäftsgruppe „Arbeitseinsatz“ beim Beauftragten für den Vierjahresplan (bis 1941 zusammen mit Friedrich Syrup); 1936 und 1938 Dienstreisen zu Gesprächen mit Vertretern der Arbeitsministerien in London und Washington; wurde 1935 auf Veranlassung Hitlers „arisiert“ („Mischling zweiten Grades“); 1942-1953 Justitiar und Vorstandsmitglied bei der Salzdettfurth AG in Berlin, Halle/S. und Eisleben.

Corps Rhenania Freiburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-33 DNVP; 1933 NSDAP; 1922-24 Stahlhelm; NSRB, NSKK; 1934 RDB; 1936 NSV; 1937 RLB; 1942 DAF; NS-Altherrenbund; Volksbund für das Deutschtum im Ausland; NS-Reichskriegerbund;

M. galt in der SBZ trotz kurzfristiger Inhaftierung durch den sowjetischen Geheimdienst als „entlastet“ (ohne Verfahren), 1949 in Berlin (Westsektor) im selbst beantragten Entnazifizierungsverfahren rehabilitiert.

1934 Akademie für Deutsches Recht; 1941 Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft; nach 1945 Vorstandsmitglied der Krankenversicherungsanstalt Berlin.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Frontkämpferehrenkreuz; Verwundetenabzeichen; 1938 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 1. Klasse; 1939 Sudetenlandmedaille; 1941 Treudienst-Ehrenzeichen; 1942 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. setzte sich als Arbeitsrechtswissenschaftler für eine einheitliche Berufsvertretung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen ein. Seine Erneuerung der

Lehre vom Arbeitsverhältnis ging von einer durch Grundsätze der „Treue und Ehre“ geprägten Gemeinschaftsideologie aus, die dann auch bei arbeitsrechtlichen Normierungsprozessen der NS-Zeit prägend war. Unter seiner Verantwortung erging das AOG, M. konkreter Anteil daran ist allerdings nicht mehr feststellbar. Bei M. kam es zu einer Öffnung arbeitsrechtlicher Grundkategorien zugunsten politisch-ideologischer Notwendigkeiten, unklar blieb, welcher der maßgebliche Gestaltungsfaktor des Arbeitsverhältnisses sein sollte, er betonte allerdings die „Gehorsampflicht gegenüber der Führung des nationalsozialistischen Staates“.

In den Jahren seiner Tätigkeit als Justitiar des Bergbauvereins hat sich M. an der Förderung des Bergarbeitsrechtes verdient gemacht, wissenschaftlich trat er mit einem Kommentar zum Reichsknappschaftsrecht hervor. Im RAM wirkte er entscheidend mit bei der sozialrechtlichen Ausgestaltung der Unfallverhütung, der Jugend- und Mutterschutzgesetzgebung (JSchutzG 1938; MSchutzG 1942), der Heimarbeit, des Arbeitsvertragsrechts sowie in Fragen der Lohngestaltung. M. war Verfasser richtungweisender Kommentare zu verschiedenen Bereichen des Arbeits- und Sozialrechts. 1933 trat er als Leiter der deutschen Delegation auf der Tagung der ILO in Genf auf. 1942 wechselte M. nach Kritik an seiner Amtsführung, Konflikten über den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen sowie mit der DAF über die Gestaltung des Arbeitsrechts in die Wirtschaft.

Veröffentlichungen

Das Betriebsrätegesetz, Kommentar 1926; Reichsknappschaftsgesetz, Kommentar, (mit Pohle), 1932; Die Ordnung der nationalen Arbeit, Kommentar zum Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (mit Pohl), 1934; Gesetz über die Heimarbeit v. 23.3.1934 (mit Kalckbrenner), 1934; Herausgeber der Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht“; Mitherausgeber der Zeitschrift „Arbeitsrechts-Sammlung“; 1929-45 zahlreiche Aufsätze zu arbeitsrechtlichen Fragen.

Quellen

Becker; Boldt, Leben und Wirken namhafter Lehrer und Praktiker des Bergrechts, in: Zeitschrift für Bergrecht 1974, S. 86 f.; DFL; Wer ist's?; BArch (R 3001 / 67542; R 3901 / 20400 und 20402; R 9361 I / 2186); Landesarchiv Ber-

lin (B Rep. 031-01-02 Nr. 2198; B Rep. 068 Nr. 1739; P Rep. 721 Nr. 1935); Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin (UK Personalia M 46, Werner Mansfeld; ZD-I/661, Werner Mansfeld); Stadtarchiv Nienburg/Weser; Stadtarchiv Göttingen; Amt Eiderstedt; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 183-2017-0407-508.

Martin, Peter Ministerialbeamter

* 26.5.1888 in Mühlheim an der Eis/Pfalz; † 15.4.1970 in München; ev., später „gottgläubig“; V Georg M. (1863- nach 1940), Privatier; M Anna Maria geb. Heß (1865- nach 1940); ∞ 1. 1915 Maria Theresia Auguste geb. Habecker (1889-1968), 1941 gesch., 2. 1941 Gertrude (Trude) geb. Fiechtner (1904-1979); K 1 S, 2 T.

1898-04 Progymnasium in Grünstadt; 1904-08 Kaufmannslehre; 1908-11 Militärdienst, 1911-20 Zahlmeisterlaufbahn beim Militär; 1915-16 Kriegsteilnehmer; 1920 im Freikorps Epp; 1920-33 bei der Versorgungsverwaltung in Rastatt und München (zuletzt als Oberverwaltungssekretär), daneben Studium an der Verwaltungsakademie München; 1933 Regierungsrat im RAM, 1935 Oberregierungsrat, 1941 Ministerialrat (NSDAP-Schulungsleiter im RAM; Referent für Unterstützung Angelegenheiten, Beamten- und Militärhinterbliebenengesetz; nach 1939 für Arbeitsverhältnisse im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe u. a.); 1934 Beauftragter des RAM für den Reichsverband der Ortskrankenkassen, 1937-39 ehrenamtlicher Leiter des Verbandes; 1938/39 zum Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete abgeordnet (Leiter der Unterabteilung „Arbeit“), zugleich Vertreter des dortigen Reichstreuhanders der Arbeit; 1940 kurzzeitig als Direktor des Hauptversorgungsamtes Südwestdeutschland in Karlsruhe eingesetzt; 1943 Wechsel vom RAM zum Rechnungshof des Deutschen Reichs (Prüfer für Kriegssachschäden); 1945-48 interniert in Ludwigsburg; lebte danach in Salzburg und München.

nationalsozialistischer Politiker
NSDAP
RT 1932-33 (NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund; seit 1921 in der NSDAP aktiv, 1925 Parteimitglied (Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Rastatt/Baden, 1925 Zellenobmann); 1930 Referent in der Abteilung Kriegsopferversorgung der Reichsleitung der NSDAP; 1934 Reichsstellenleiter im Hauptamt für Beamte; 1933 Vertrauensmann der NSDAP im RAM; NSDAP-Reichsredner für das Gebiet Sozialpolitik und Beamtenrecht; seit 1936 in der SS (zuletzt Standartenführer), Mitarbeit im Versorgungs- und Fürsorgeamt der SS; NSV; RDB; RLB.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Bayer. Militärverdienstkreuz; Frontkämpferehrenkreuz; Luitpoldmedaille; Treudienst-Ehrenzeichen; Goldenes Parteiabzeichen; Dienstauszeichnung in Bronze und Silber; Ostmark-Medaille; Sudetenland-Medaille.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. war in der Kriegsopferversorgung tätig, auf diesem Gebiet begann auch seine fachliche Karriere in der NSDAP. Als Parteibuchbeamter bzw. Vertrauensmann der NSDAP kam er 1933 in das RAM und wechselte so von der gehobenen in die höhere Beamtenlaufbahn. Im RAM war er ab Mitte 1934 vorwiegend mit Fragen der Krankenversicherung befasst, u. a. als Kommissar für den Reichsverband der Ortskrankenkassen, dann als dessen Leiter. M. bewirkte bis 1938 die zentralistische Ausrichtung des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen und sorgte für nationalsozialistisch ausgerichtete Schulungen in der Kassenverwaltung, duldete aber die Berufung des zentrumsnahen Peter Esser zum Hauptgeschäftsführer. 1938/39 beteiligte er sich an der Ausdehnung der reichsgesetzlichen Krankenversicherung auf Österreich; im Sudetenland oblag ihm im Hinblick auf die Arbeitsgebiete des Reichsarbeitsministeriums die Ablösung des tschechischen Rechts durch deutsches Recht. 1938 war er Mitglied des Internati-

onalen Ausschusses der Sozialversicherungsfachleute.

M. ist ein seltenes Beispiel für eine Parteibuchkarriere eines „alten Kämpfers“ der NSDAP im RAM. Sein Einfluss als „politischer Berater“ auf das Ministerium und dessen (fachlich ausgerichteten) Personalpolitik blieb aber gering.

Quellen

Schwoch; OKK 1938, S. 489 f. u. 1011; HbRT 1932; BArch (OPG G 0044; PK H 0395; R 2 / 18428; R 9361 I / 2208; RS D 5372; SA 29B; SSO 298A; Rep. 502 X A 84); Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand EL 903/2, Bü 3584; Stadtarchiv Bamberg; StA Grünstadt; Stadtarchiv Kaiserslautern; Stadtarchiv Salzburg; GVP RAM.

Bild

HbRT 1932.

Martineck, Otto Wilhelm Bruno Prof. Dr. med.
Ministerialbeamter

* 16.9.1874 in Adelnau/Reg.-Bez. Posen; † 25.12.1951 in Bonn; ev.; V Bruno M., Bürgermeister; M Emilie geb. Hoffmann; ∞ 1910 Johanna *Charlotte* Therese geb. Brandt (1880-1967); K 2 T.

Gymnasium in Ostrowo/Reg.-Bez. Posen; 1894 Militärdienst, Studium der Medizin an der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen in Berlin; 1898 Promotion in Berlin, Eintritt in die militärärztliche Laufbahn als Unterarzt beim Infanterie-Regiment 46 in Posen; 1900 Approbation, Assistenzarzt, 1902 Oberarzt, ab 1904 beim Sanitätsamt in Posen; 1903 Kreisarztprüfung; 1906 Stabsarzt an der Kaiser-Wilhelms-Akademie; 1907-11 Assistent an der Berliner Charité; 1911 Hilfsreferent in der Medizinalabteilung des preuß. Kriegsministeriums, dort 1914-19 ärztlicher Referent für das Ersatz- und Versorgungswesen; 1915 Oberstabsarzt, Kriegsteilnehmer (1921 nomineller Generaloberarzt); 1918 Professorentitel; 1919 Wechsel ins RAM, 1920-44 Leiter der ärztlichen Abteilung des RAM,

1920 Ministerialrat, 1927 Ministerialdirigent; 1944 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

-1933 DVP;
1933 NSOG, NSKOV; 1934 RDB; 1936 NSV; 1937 NSFK (förderndes Mitglied); 1907 Deutsche Militärärztliche Gesellschaft; Reichsverband Deutscher Offiziere.

Auszeichnungen

1906 Preuß. Kronenorden 4. Klasse; 1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse, 1917 1. Klasse; 1916 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 3. Klasse, 1920 2. Klasse, 1934 1. Klasse; 1916 Sächs. Kriegsverdienstkreuz; 1918 Österreichisches Ehrenzeichen 2. Klasse vom Roten Kreuz, Großherzoglich Oldenburgisches Friedrich-August-Kreuz 1. und 2. Klasse; 1935 Ehrenkreuz für Frontkämpfer; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1950 Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie e.V.

Sozialpolitische Aktivitäten

Unter M. Leitung wurden 1920-44 die ärztlichen Aufgabenbereiche des RAM in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Sozialversicherung, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitsschutzes sowie der Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf- und ausgebaut. Er war insbesondere beteiligt an der Gestaltung der Heilbehandlung von Kriegsbeschädigten und des ärztlichen Gutachterwesens, maßgeblich hat er an der Entstehung des RVersorgG 1920 mitgewirkt, ferner an: KrankVersGNov 1923; UnfVersGNov 1925; NotVO 1930. Stationen seines sozialpolitischen Werdegangs waren: Mitglied des Reichsgesundheitsrats; Mitglied des wissenschaftlichen Senats für Heeresanitätswesen; Präsidialmitglied des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose; Kuratoriumsmitglied der Kaiserin-Friedrich-Stiftung für das ärztliche Fortbildungswesen; Ausschussmitglied der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; Verwaltungsratsmitglied der Internationalen Union gegen Tuberkulose; Ausschussmitglied des Deutschen Zentral-

komitees zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit; 1938 Präsident des VIII. Internationalen Kongresses für Unfallmedizin und Berufskrankheiten in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Einführung in das preußische Seuchengesetz, 1906; Richtlinien über Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung (mit Grieser und Wankelmuth), 1929; Zur Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses in der sozialen Medizin, 1931; Einführung in die deutsche Sozialversicherung und Kriegsbeschädigtenversorgung. Leitfaden für Ärzte, Studenten der Medizin und für den sozialmedizinischen Unterricht (mit Kühne), 1932; Mitherausgeber der Zeitschrift „Archiv für Soziale Hygiene und Demographie“, 1926-44 Herausgeber der Zeitschrift „Arbeit und Gesundheit“.

Quellen

Hefte zur Unfallheilkunde 1953, S. 3 f.; OKK 1934, S. 573; Horkenbach; BArch R 3901 / 20403; Landesarchiv Berlin, P Rep. 811 Nr. 380; Stadtarchiv Bonn; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-23.

Martini, Karl *Oskar* Ludwig Wilhelm
Kommunalpolitiker

* 4.2.1884 in Schwerin; † 27.3.1980 in Hamburg; ev.-luth.; V *Adolf* Ludwig Anton Friedrich M. (1841-90), Rechtsanwalt; M Ida Therese *Auguste* geb. Kessler (1858-1947); ∞ 1913 *Olga* Mathilde *Auguste* geb. Groothoff (1890-1982); K 4 T.

Gymnasium in Rostock; 1902-06 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Rostock; 1906-09 Gerichtsreferendar in Rostock, 1910-11 Gerichtsassessor in Hamburg; 1911 Wechsel in die hamburgische Finanzdeputation, 1913 Verwaltungsassessor und Regierungsrat, während des 1. Weltkriegs Leiter der Abteilung Brotversorgung, zugleich Leiter einer Abteilung des Kriegsversorgungsamtes; 1919 ständiger Hilfsarbeiter des Hamburger Senats, 1920 Vortragender Rat; 1920-45 unter verschiedenen Amtsbezeichnungen Lei-

ter der öffentlichen Fürsorge in Hamburg: 1920-33 Präsident des Hamburger Wohlfahrtsamtes bzw. (1928) der Wohlfahrtsbehörde, 1933-36 als Vizepräsident Leiter des Fürsorgewesens der neu gebildeten Gesundheits- und Fürsorgebehörde in Hamburg, 1936-38 Präsident der Fürsorgebehörde in Hamburg, 1938-45 Leiter der Sozialverwaltung in Hamburg als Beigeordneter mit der Amtsbezeichnung „Stadt-rat“; 1939 Ernennung zum „Senator“; 1945 unter der britischen Militärregierung kurzzeitig weiterhin Leiter der Hamburger Sozialverwaltung, dann Entlassung und 1945 Ruhestand.

Corps Hasso-Nassovia Marburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vor 1933 DVP; 1937 NSDAP; 1933 RDB, NSV, NSRB; 1939 NS-Altherrenbund.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie III („Minderbelastet“) eingestuft, 1950 zunächst in Kategorie IV („Mitläufer“), dann in Kategorie V („Entlastet“) eingereiht.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse am schwarz-weißen Bande; Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1928 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 2. Klasse; 1939 Treudienst-Ehrenzeichen in Silber, 1942 in Gold; Kriegsverdienstkreuz 2. (1941) und 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. baute ab 1920 als Präsident der Wohlfahrtsbehörde in Hamburg ein vorbildliches Fürsorgewesen auf, von hier aus wirkte er als gefragter Fachmann auf Entwicklung und Gestaltung der Prinzipien der Fürsorge im Deutschen Reich ein. M. war ab 1924 Mitglied des Wohlfahrtsausschusses des Deutschen Städtetages, Vorsitzender der Vereinigung nordwestdeutscher Wohlfahrtsämter, in den 1920er Jahren Mitglied des Hauptausschusses und zwischen 1931 und 1933 des Vorstands des DV. 1926-31 wirkte er als Redaktionsmitglied der Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege. In Hamburg gehörte er den Leitungsgremien zahlreicher Sozial-

einrichtungen an, u. a. dem Vorstand der Alsterdorfer Anstalten der Inneren Mission.

In der NS-Zeit stellte er sich in den Dienst der rassistisch ausgerichteten Fürsorgepolitik. Ab 1934 gehörte er zu den tonangebenden Mitgliedern im Wohlfahrtsausschuss des Deutschen Gemeindetages und wurde so in der kommunalen Sozialpolitik auch überregional zu einem der Vordenker der Ausgrenzung von Juden, „Asozialen“ und „Zigeunern“. Er war ein strikter Gegner der Übernahme kommunaler und konfessioneller Sozialeinrichtungen durch die NSV. Ab 1933 gehörte er dem Beirat des Winterhilfswerks der NSV an. 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. und 1936 an der 3. Internationalen Konferenz in London teil. Nach 1945 setzte er sein Engagement fort, wurde Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Hilfswerks, Mitbegründer und Leiter der Hamburger Rotary-Stiftung und vertrat die „Senator Erich Soltow-Stiftung“ als geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Veröffentlichungen

Die Wahrung der Einheitlichkeit der Fürsorge. Eine Grundforderung für die Neuregelung der unterstützenden Arbeitslosenhilfe, in: Jahrbuch für Kommunalwissenschaft 1936, S. 22-82; Die Aufgaben der öffentlichen Fürsorge nach Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, in: Neue familien- und arbeitspolitische Aufgaben der deutschen Wohlfahrtspflege. Bericht über die Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge am 23. und 24. Mai 1938 in Würzburg, 1938, S. 49-76; Aus 150 Jahren soziale Arbeit in Hamburg, in: Die Sozialverwaltung, 1939, S. 3-32; zahlreiche Beiträge in sozialen und kommunalen Fachzeitschriften zu Fragen der Wohlfahrtspflege.

Quellen

Kopitzsch/Brietzke (Hrsg.), Hamburgische Biografie, Bd. 4, 2008; Gruner, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung, 2002; NDV 1959, S. 78; Staatsarchiv Hamburg (131-15 / A 149; 731-8, A 762); Stadtarchiv Rostock.

Bild

Kopitzsch/Brietzke 2008.

Meier, Josef Tobias
Ministerialbeamter

* 13.3.1876 in Rothalmünster (Niederbayern); † 12.9.1939 in Berlin; kath.; V Friedrich M., Gerichtsvollzieher; M Sophie geb. Kößler; ∞ 1920 Hermine Maria Katharina geb. Seiler (1883-).

1896 Studium der Medizin in München; Eintritt in den Sanitätsdienst der bayrischen Armee, 1902 Unterarzt, im selben Jahr Assistenzarzt, 1906 Oberarzt beim 1. bayer. Infanterie-Regiment „König“; 1912 Stabsarzt im Sanitätsdepartement des bayer. Kriegsministeriums; 1919 Oberstabsarzt bei der Reichswehrbefehlsstelle Bayern; 1919 Hilfsarbeiter, 1920 Regierungsrat im RAM, 1921-39 Ministerialrat und stellv. Abteilungsleiter in der ärztlichen Abteilung des RAM (Referent für versorgungärztliche Angelegenheiten, ärztlicher Personalreferent).

Corps Makaria München.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. war als langjähriger Ministerialrat eine die ärztliche Abteilung des RAM prägende Figur. Ihm oblag Aufbau und Gestaltung des ärztlichen Wirkens in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Verdienste erwarb er sich um neuzeitig eingerichtete Versorgungskrankenhäuser und Kuranstalten. Als Personalreferent der Ärztlichen Abteilung war er in den dreißiger Jahren zuständig für den ärztlichen Dienst in der Gewerbeaufsicht sowie bei den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern.

Quellen

OKK 1936, S. 425; BArch R 3901 / 104908 Bd. 1 (Kaphahn); Landesarchiv Berlin, P Rep. 840 Nr. 57; Stadtarchiv München; StA Rothalmünster GVP RAM.

Memelsdorff, Franz Adolph Dr. iur.
Verbandsfunktionär

* 31.1.1889 in Filehne (Provinz Posen); † 18.4.1958 in Taormina (Sizilien); jüd., 1910 ev., 1956 kath.; V Louis M., Rechts-

anwalt und Notar; M Margarete geb. Michaelis; ∞ 1. 1918 Charlotte geb. Lemm (1898-1983), 1938 gesch.; 2. 1957 Lore Emmeline geb. Dinklage (1912-61); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Posen und Berlin; 1907-10 Studium der Rechtswissenschaften in Genf, München und Berlin; 1910-18 Gerichtsreferendar in Fürstenwalde und Berlin, dazwischen 1911-12 einjährig-freiwilliger Militärdienst, 1914-17 Kriegsteilnehmer; 1918 Gerichtsassessor in Spandau; 1919 juristischer Hilfsarbeiter im Wohlfahrtsamt (Hauptabteilung) Spandau, 1919-22 Magistratsassessor, 1922-25 Magistratsrat im Wohlfahrtsamt, 1925 Leiter des Wohlfahrts- und Jugendamtes in Spandau; 1925 Promotion in Erlangen; 1925-33 Beigeordneter des Preußischen und Deutschen Städtetages in Berlin (Leiter der Sozialabteilung); 1933-35 Beigeordneter des Deutschen Gemeindetages (Dezernent für Sozialpolitik und Gesundheitswesen); 1935 aufgrund des BBG in den Ruhestand versetzt; 1938 fünfwöchige Haft im Konzentrationslager Sachsenhausen; 1939 Emigration nach Argentinien, Buchhalter in Buenos Aires; 1956 Rückkehr nach Deutschland (Baden-Baden), verstarb 1958 auf einer Urlaubsreise in Sizilien.

Auszeichnungen

1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse; Eisernes Kreuz 1. Klasse; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. ist durch seine einschlägige Tätigkeit als Leiter bzw. Dezernent im einflussreichsten kommunalen Spitzenverband der Weimarer Republik, dem Preußischen und Deutschen Städtetag (ab 1933 im Deutschen Gemeindetag), zu den führenden Sozialpolitikern zu rechnen. Hervorgetreten war er durch seine Monographie (Diss.) über den Aufbau des Wohlfahrtsamtes in einer größeren Stadt, in der seine Erfahrungen im Wohlfahrtsamt (Berlin-)Spandau verarbeitet waren. Das Wohlfahrtsamt, in dem Fürsorge-, Jugend- und Gesundheitsamt vereinigt waren, wurde ein Organisationsmodell des Fürsorgewesens der

Weimarer Republik. Darüber hinaus war er 1924-33 Mitglied im Schulausschuss des Seminars für Jugendwohlfahrt (spätere Wohlfahrtsschule des Sozialpolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin); 1925-33 Vorstandsmitglied der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit sowie Mitglied des Hauptvorstandes des DV; 1926 stellvertretender Vorsitzender des Archivs für Wohlfahrtspflege in Berlin; 1926-33 Redaktionsmitglied, 1929 Mitherausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“; 1931 Mitglied des Reichsgesundheitsrates; 1928 Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris, 1932 Delegierter auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.; 1928-33 Mitglied des Vorstands des Reichsverbandes des Deutschen Jugendherbergswerkes; 1932 Mitglied im Präsidium des Reichsausschusses für die Krebsbekämpfung.

Veröffentlichungen

Der Aufbau des Wohlfahrtsamts in einer größeren Stadt, Diss. 1926; Interessen und Aufgaben der Selbstverwaltung bei der Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, in: Deutsche Zeitschrift für öffentliche Gesundheitspflege 1927, S. 189-224; Stichworte „Fürsorgebehörden“ sowie „Träger der Fürsorge“, in: Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, 1929; Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in deutschen Städten (mit Schwéers), 1930.

Quellen

Franz Memelsdorff, Georg Heller. Im KZ – Zwei jüdische Schicksale 1938/1945 (komment. u. eingel. v. A. Benz), 2012; Kraus, Das Deutsche Jugendherbergswerk und seine Gleichschaltung durch die Hitlerjugend (1909-1933), Diss., 2011; Maier; Labisch/Tennstedt; BArch R 3001 / 68045; Archiv der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, UAE C2/3 Nr. 5289; Stadtarchiv Baden-Baden; StA Baden-Baden; Kirchofsverwaltung der ev. Luisen-Kirchengemeinde Berlin.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 457.

Meves, Richard Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 4.2.1885 in Kiel; † 21.8.1954 in Köln-Lindenthal; ev.-luth.; V Johann Carl Friedrich M. (1834-90), Posthalter; M Caroline Marie Friederike geb. Schild (1841-1928); ∞ 1923 *Marie-Luise* Alexandra Friederike geb. Back (1898-1996); K 2 (1 S).

Realgymnasium in Bützow; 1905-06 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1906 Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, München und Berlin; 1909 Referendar; 1911 Promotion in Kiel; 1913 Assessor und Hilfsrichter in Altona; 1914-16 Kriegsteilnehmer; 1919 Hilfsrichter in Altona, Segeberg und Flensburg, daneben Besuch volkswirtschaftlicher Kurse in Hamburg; 1920-22 Landgerichtsrat in Kiel; 1920-21 sowie 1922-23 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter zur Beschäftigung im RAM beurlaubt; 1923 Übertritt als Oberregierungsrat ins RAM; 1924 Ministerialrat, 1929 Ministerialdirigent, seit 1924 Leiter der Unterabteilung „Lohnpolitik“ (und Sonderarbeitsrecht); 1933 für einige Monate beurlaubt, 1934-43 Leiter der Unterabteilung „Allgemeine Angelegenheiten und Verwaltung“ im RAM; 1944 Verlegung der Abteilung und Übersiedlung nach Crossen/Oder; Anfang 1945 Übersiedlung nach Nassau/Lahn, Leiter des Wirtschaftsamtes in Diez/Lahn; 1946 kurzzeitig in französischer Internierung, danach Berater für Arbeitsrecht bei der Direction du Travail der französischen Militärregierung in Baden-Baden.

Krusenrotter Kiel (sog. schwarze Verbindung, ab 1924 Burschenschaft).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Anträge des RAM und von M. selbst von 1937 und 1939 auf Aufnahme in die NSDAP scheiterten an der Gauleitung Berlin („loyaler“ Beamter, aber fehlende NS-Gesinnung in seiner Personalpolitik).

1933 NSOG und RLB; 1934 RDB; 1938 NSV.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 als „nicht betroffen“ eingestuft.

Auszeichnungen

1916 Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; 1918 Hamburger Hanseatenkreuz; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1943 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. war maßgeblich an der Entwicklung und Durchführung des kollektiven Arbeitsrechts in der Weimarer Republik beteiligt. Bis 1933 nahm er als Leiter des gesamten Schlichtungswesens Einfluss auf die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden, als „Mittelsperson“ des RAM leitete er industriebezirkliche wie reichszentrale Schlichtungsverfahren und sorgte durch Schiedssprüche und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen des Reichsarbeitsministers für das Zustandekommen zahlreicher Tarif- und Reichstarifverträge. Er war Teilnehmer an arbeitsrechtlichen Konferenzen in der ILO in Genf. In der NS-Zeit wurde sein Aufgabengebiet durch Treuhänder der Arbeit abgelöst. Als Ministerialdirigent in der Verwaltungsabteilung setzte sich M. gegen Parteigänger im RAM für fachlich begründete, nicht parteipolitisch motivierte Personalbesetzungen ein. Ab 1939 war er beteiligt beim Auf- und Ausbau der Dienststellen des RAM in den angegliederten und besetzten Gebieten sowie im „Generalgouvernement“ und „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Quellen

BArch (R 3001 / 68269; R 3901 / 20408; PK I 66); Landesarchiv Berlin, A Rep. 244-01 Nr. 11; Staatsarchiv Freiburg, D 180/2 Nr. 193.308; Stadtarchiv Kiel; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-47.

Meyer-Brodnitz, Franz Karl Dr. med.
Arzt, Gewerbehygieniker

* 16.3.1897 in Charlottenburg † 20.3.1943 in Jerusalem; jüd.; V William Meyer (1853-1911), Großkaufmann, Bankier; M Elise Lottchen geb. Brodnitz (1867-1950); ∞ 1935 Vilma geb. Kohn (1897-1991); K 2 S.

Gymnasium in Berlin; 1914 Kriegsteilnehmer, nach Verwundung 1915 Notreifeprüfung in Berlin; 1916 Beginn des Studiums der Medizin in Berlin; 1916-18 als Sanitäter im Kriegsdienst; 1919 Fortsetzung des Studiums der Medizin in Berlin, Rostock und Freiburg/Br.; 1923 Medizinalpraktikant an der II. Medizinischen Klinik der Charité (Prof. Dr. Friedrich Kraus); 1923 Approbation, Promotion in Berlin; bis 1924 Volontär in der Nervenklinik der Charité, wissenschaftliche Tätigkeit in der sozialhygienischen Abteilung der Berliner Universität (Prof. Dr. Alfred Grotjahn); 1924-27 Tätigkeit in einem Ambulatorium des Verbandes der Krankenkassen Berlin; 1927-33 praktischer Arzt in Berlin, ab 1928 Kassenarzt; 1927-33 Leiter der Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitswesen beim ADGB, zugleich Dozent an der Hochschule für Politik; 1933 kurzzeitig Stadtverordneter in Berlin; mit Auflösung der Gewerkschaften 1933 Entlassung aus dem ADGB; 1933 mehrmaliger Entzug der Zulassung als Kassenarzt aus politischen Gründen, wogegen er erfolgreich klagte, 1935 Rückgabe der Kassenzulassung und Emigration nach Palästina; 1936-43 privatärztliche Praxis in Haifa.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

SPD

Mitglied des Hartmannbundes (1926 ausgeschlossen); 1927 und 1931 Mitglied der Delegiertenversammlung der Berliner Ärztekammer; Vorstandsmitglied des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden; Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene; 1930-33 Mitglied im Ausschuss für Berufskrankheiten beim Internationalen Arbeitsamt in Genf; 1930 stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte.

Auszeichnungen

1917 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1918 Verwundetenabzeichen.

Sozialpolitische Aktivitäten

M.-B. war als Leiter der von ihm aufgebauten Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitswesen beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund damit be-

fasst, gewerkschaftliche Interessen bei der Unfallverhütung und der Prophylaxe von Berufskrankheiten in der Industrie einzubringen. Er koordinierte die Tätigkeit der Gewerkschaftsbeauftragten bei der staatlichen Gewerbeaufsicht. Neben seinen Bemühungen, Missstände und Gesundheitsgefährdungen in der Industrie zu beseitigen, war M.-B. bei Gesetzesentwürfen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes beratend tätig. Angeregt durch Alfred Grotjahn befasste er sich auch mit sozialhygienischen Studien: freundschaftlich verbunden war er mit Benno Chajes und anderen Sozialhygienikern. M.-B. war einer der Gewerbehygieniker, die explizit Arbeitnehmerinteressen vertraten. 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Über die Bedeutung der Ambulatorien zur Behandlung und Verhütung der Berufskrankheiten, in: Jahrbuch 1925 der Ambulatorien des Verbandes der Krankenkassen, S. 121-124; Die Berufskrankheiten. Ihre Bekämpfung durch die Gewerkschaften, in: Die Arbeit 1927, S. 332-339; Zur hygienischen Bedeutung des Arbeitsschutzgesetzes, in: Die Arbeit 1929, S. 183-188; Praxis des Arbeitsschutzes und der Gewerbehygiene (mit Eibel und Preller), 1931; Gesundheitswesen und Gesundheitsschutz, in: Heyde u. a. (Hrsg.), Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 1931-32, S. 613-629; Verfasser zahlreicher Aufsätze zum Arbeitsschutz und zu gewerbehygienischen Themen, insbesondere in „Die Arbeit“ und „Gewerkschafts-Zeitung“.

Quellen

Elsner/Steinecke, »Ja, daran hing sein Herz ...« Der Gewerbehygieniker und engagierte Gewerkschafter Franz Karl Meyer-Brodnitz (1897-1943), 2013; Verein aktives Museum; Weder, Sozialhygiene und pragmatische Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik am Beispiel des Sozial- und Gewerbehygienikers Benno Chajes (1880-1938), 2000.

Bild

Elsner/Steinecke 2013.

Michel, Max Friedrich Dr. iur.
Kommunalpolitiker

* 22.10.1888 in Frankfurt/M.; † 11.9.1941 in New York (USA); jüd.; V Ferdinand M. (1853-1929), Gymnasiallehrer; M Emma geb. Wertheimer (1863- nach 1939); ∞ 1921 Lotte (*Loschka*) Johanna geb. Hepner (1902-98); K 2 S.

Realgymnasium in Frankfurt/M.; 1906-09 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Lausanne, München, Berlin und Marburg, 1909 Referendar am Amtsgericht Langenschwalbach, 1910-13 am Landgericht Frankfurt/M.; 1910 Promotion in Frankfurt/M.; 1913 Gerichtsassessor in Frankfurt/M.; ab 1914 Magistratsassessor bei der Stadt Frankfurt/M.; 1915-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Leiter der Erwerbslosenfürsorge in Frankfurt/M., 1920 Direktor des Arbeits- und Berufsamtes, 1921 Magistratsrat und Leiter des Wohnungsamtes, 1922-23 Magistratskommissar im Wohnungsamt, 1923-27 Leiter des Wohlfahrtsamtes sowie der Ruhrverdrängtenfürsorge in Frankfurt/M.; ab 1927 besoldeter Stadtrat, 1927-30 Leiter des Dezernats für Kunst und Wissenschaft, 1930-31 Leiter des Revisions- und Organisationsamtes, 1931-33 Justitiar der Stadt, Personaldezernent und stellv. Kämmerer, 1932 zudem Leiter der Frankfurter Kulturveranstaltungen; 1933 Zwangsbeurlaubung aufgrund des BBG, 1934 Pensionierung; 1935 Sparkommissar für jüdische Verwaltungen bei der Reichsvertretung der Deutschen Juden in Berlin; 1936 Übersiedlung nach Berlin, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Hilfsvereins der Juden in Deutschland; 1938 Emigration nach New York, in den USA Engagement in der Emigrantenselbsthilfe.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1925 SPD;
1924-27 Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hausrat GmbH in Frankfurt/M.; leitende Tätigkeit bei zahlreichen milden Stiftungen; 1933 Vorsitz im Frankfurter Jüdischen Arbeitsnachweis und den diesem angegliederten Werkstätten.

Auszeichnungen

1916 Eisernes Kreuz; Auszeichnungen des Freien Deutschen Hochstifts, der Goethesellschaft in Weimar und der Reichsregierung für die Gestaltung des Goethejahres 1932.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. spielte in der Weimarer Republik eine wichtige Rolle in der Frankfurter Armen- und Wohlfahrtspflege, über den Deutschen Städtetag, den DV und Veröffentlichungen wirkte er reichsweit auf dem Fürsorgesektor. 1924-33 war er Mitglied des Wohlfahrtsausschusses des Deutschen Städtetages und dessen wissenschaftlicher Referent in allen sozialrechtlichen Fragen (Schwerpunkt: Arbeitslosenversicherung) sowie Wortführer des Städtetages für sozialpolitische Fragen des Reichstags, zur gleichen Zeit gehörte er dem Hauptausschuss des DV an. Auf Reichsebene war M. ferner Mitglied des Gutachterausschusses für das deutsche Krankenhauswesen.

Sein Wirken in Frankfurt/M. umfasste: 1919-27 Vorsitzender der Gewerbe- und Kaufmangerichte; 1919-33 Vorsitzender zahlreicher Tarifgerichte; 1927-33 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Frankfurter Arbeitsamtes und des Hauptausschusses des Kommunalen Arbeitgeberverbandes; 1931 Vorsitzender des Bezirksarbeitgeberverbandes, des Stadtausschusses, des Mieteinigungsamtes sowie der Rechtsauskunftsstelle; 1920 Dozent für Sozialrecht an der Wohlfahrtsschule; 1921 Dozent für Sozial- und Arbeitsrecht an der Universität; ab 1924 Dozent für Sozial- und Arbeitsrecht an der Verwaltungsakademie und der Beamtenchule.

Veröffentlichungen

Städtischer Gemeindehaushalt und soziale Lasten vor und nach dem Kriege, 1926; Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtspflege (mit Leipart), 1932; Verfasser einer Vielzahl von Artikeln in einschlägigen Fachzeitschriften zu fürsorgerechtlichen Fragen, insbes. über Bemessungsgrundsätze bei Fürsorgeunterstützungen; Mitherausgeber der Zeitschrift für das Heimatwesen und der Frankfurter Wohlfahrtsblätter.

Quellen

Klötzer, Frankfurter Biographie Bd. 2, 1996; Beier, Arbeiterbewegung in Hessen, 1985;

Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution Bd. 3, 1983; Leibfried, Existenzminimum und Fürsorge-Richtsätze in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch der Sozialarbeit 4, 1981, S. 469-523, hier: S. 517 f.; LBI; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.

Bild

Klötzer 1996, S. 53.

Möhrke, Agnes Maria Helene
Gewerkschafterin

* 24.11.1891 in Stettin; † 23.10.1976 in Berlin-Zehlendorf; ev.; V Hermann August M. (1856-1938), Arbeiter; M Ernestine Wilhelmine geb. Korth (1857-1941); ledig.

Besuch der Volksschule; praktische Ausbildung und Fortbildungskurse; Anstellung in einem Notariat und einer Herrenkleiderfabrik; ab 1913 Mitglied und hauptamtliche Tätigkeit im Verband der weiblichen Handels- und Büro-Angestellten e.V. (VWA) in Berlin, Breslau und nach 1918 in Kattowitz, 1920 Gauleiterin des Verbandes in München; 1921 Geschäftsführerin und Hauptvorstandsmitglied im VWA in Berlin (Leiterin des Bereichs Sozialpolitik); 1923-33 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreterin des Handels, der Banken und des Versicherungswesens); nach 1933 als Angestellte und Sekretärin tätig; lebte nach 1945 in (West-)Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-29 DDP; nach 1945 CDU (Mitglied in der Frauenarbeitsgemeinschaft bzw. des Frauenausschusses Berlin); Mitglied im Wilmersdorfer Frauenbund / Berliner Frauenbund; 1950 Mitglied des Hauptvorstands der Deutschen Angestelltengewerkschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. war 1923-33 Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR, darin trat sie als Berichterstatterin bei den Beratungen zum ArbSchutzGE 1926 und zum MutterschG 1927 hervor und wirkte mit bei der Vorbereitung des AVAVG 1927.

Sozialpolitisch relevante Stationen ihres Werdegangs waren: Im 1. Weltkrieg aktiv in der Kriegsfürsorge in Breslau; 1924-33 Verwaltungsratsmitglied der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (Mitglied im Heilverfahrensausschuss); Vorsitzende des Aufsichtsrats der Krankenkasse des Verbandes der weiblichen Handels- und Büro-Angestellten; 1925 Delegierte zum Kongress der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Bern; 1926 Delegierte zum Kongress der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt in Montreux; Teilnahme an den Internationalen Arbeitskonferenzen in Genf 1929-1931 (1930 Ausschussmitglied für die Arbeitszeit der Angestellten; 1931 Ausschussmitglied betreffend das Zulassungsalter von Kindern in nicht-gewerblichen Berufen); 1945 Vorstandsmitglied der Versicherungsanstalt Berlin; 1948 Mitglied im Frauensekretariat und im sozialpolitischen Arbeitskreis der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) sowie im sozialpolitischen Ausschuss der CDU; 1950 Mitglied des Evangelischen Vereins für Sozialarbeit.

Veröffentlichungen

Wirtschaft und Sozialpolitik, Vortrag, 1924.

Quellen

Homrichhausen, Soziales Engagement evangelischer Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg 1848-1973, 2016; Lilla RWR; Genth u. a., Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945-1949, 1996; IHG; Wenzel; BArch (R 112 / 162; R 112 / 163; R 401 / 126; R 401 / 526-531); Landesarchiv Berlin (P Rep. 721 Nr. 2087; S Rep. 100: Nr. 6508, Nr. 65171; Nr. 66361, Nr. 66372).

Bild

BArch R 401 / 126.

Moldenhauer, August Ludwig *Paul* Prof. Dr. iur. Versicherungswissenschaftler, Reichsminister

* 2.12.1876 in Köln; † 1.2.1947 in Bad Homburg vor der Höhe; ev.; V Franz M.

(1849-1917), Gymnasiallehrer, liberaler Politiker; M Elise geb. Morsbach; ∞ 1903 Sophie Augusthe *Marie* Elise geb. Richartz (1878-); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Köln; 1896-99 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn und Göttingen; 1899 Promotion in Göttingen, Diplom als Versicherungssachverständiger; 1899-1902 prakt. Tätigkeit bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften in Aachen und Köln; 1901 Habilitation in Köln; 1903 Dozent, 1907 o. Prof. für Versicherungswissenschaft an der Handelshochschule Köln; 1914-18 Kriegsdienst; 1919 o. Prof. an der Universität Köln; 1906-22 zugleich Geschäftsführer des Allgemeinen Versicherungs-Schutzverbandes Köln; 1929 Reichswirtschaftsminister; 1929-30 Reichsfinanzminister; 1931-43 Honorarprof. an der TH und Universität Berlin.

Corps Rhenania Bonn.

liberaler Politiker

DVP

1918 DVP;

RT 1920-24 WK 23 Köln-Aachen (DVP);

1924-30 WK 20 Köln-Aachen (DVP);

1930-32 WK 35 Mecklenburg (DVP);

LT 1919-21 Mitglied der verfassungsgebenden preuß. Landesversammlung (DVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920-36 Mitglied des Versicherungsbeirats beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung; 1922 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des deutschen Versicherungs-Schutzverbandes Berlin; 1933 Delegationsmitglied auf der Abrüstungskonferenz in Genf; in der NS-Zeit Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Treuhand Gesellschaft Berlin; 1945 Sachverständiger bei der Regelung der Pensionskassen der IG-Farben (in Liquidation).

Auszeichnungen

1930 Mitglied des Ehrenpräsidiums der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; Eisernes Kreuz 2. und 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. gehörte in den 1920er-Jahren zu den führenden deutschen Versicherungswis-

senschaftlern und hatte den ältesten deutschen Lehrstuhl auf diesem Gebiet inne, seine Vorlesungen richteten sich auch an Teilnehmer aus der Praxis und dem Bereich der Sozialversicherung. Sein 1905 erschienenes und bis in die Weimarer Republik wiederholt aufgelegtes, zweibändiges Lehrbuch „Das Versicherungswesen“ fand weite Verbreitung, er verfasste zahlreiche Beiträge zu Fragen der Sozialversicherung und Sozialpolitik. 1921-28 war M. Mitglied des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, in dem er zeitweilig auch den Vorsitz übernahm, so bei den Beratungen zur KrankVersGNov I u. II 1926 und zum KrankSeeVersG 1927. 1919 war er Mitbegründer und Direktor des Seminars für Versicherungswissenschaft an der Universität Köln, 1926-33 Mitglied des Sachverständigenausschusses für Fragen der Sozialversicherung bei der ILO in Genf.

Veröffentlichungen

Das Versicherungswesen, 1905, 2 Bde.; Internationale Fortschritte der Sozialversicherung, 1912; Grundsätzliche Organisationsfragen der Sozialversicherung, 1913; Der künftige Kurs der deutschen Sozialpolitik, 1926; Internationale Sozialpolitik, 1927; Die Stellung des Arbeitgebers in der deutschen Sozialversicherung, 1927; 1913-14 Mitherausgeber der Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben und ab 1921 der Kölner wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studien; 1907-17 Schriftleiter der Vierteljahrsrundschau über das Versicherungswesen; verfasste regelmäßig Kommentare zu politischen Tagesfragen in der Kölnischen Zeitung.

Quellen

Koch, Geschichte der Versicherungswirtschaft in Deutschland, 1998; Schumacher M.d.R.; NDB (1994); Benz/Graml; Wer ist's? 1935; HbRT 1924, 1930; Reichshandbuch; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften der Mitglieder, 1929; Landesarchiv NRW Abt. Rheinland, StA Köln III, Nr. 697/1903.

Bild

Reichshandbuch.

Molitor, Karl Constant *Erich* Prof. Dr. iur., Dr. theol. h. c.

Rechtswissenschaftler

* 3.10.1886 in Göttingen; † 24.2.1963 in Wiesbaden; kath.; V Karl M. (1867-1924), Universitätsbibliothekar; M Amanda geb. de Séchelles (1864-1954); ∞ 1921 *Maria* Georgina Elisabeth Gertrud geb. Peters (1900-87); K 4 S.

Gymnasium in Münster; 1906-10 Studium der Rechtswissenschaften in Lausanne, Straßburg, München, Berlin und Münster; 1909-13 Gerichtsreferendar in Tecklenburg, Münster, Göttingen und Hamm; 1910 Promotion in Münster; 1913 Gerichtsassessor in Münster; 1914 Habilitation in Münster, Privatdozent für deutsche Rechtsgeschichte an der Universität Münster; 1915-18 Kriegsteilnehmer; 1918 Gerichtsassessor in Gütersloh und Münster; 1921 Landrichter in Münster; 1919-20 Vertretungsprof. in Marburg, 1921-22 nicht planmäßiger ao. Prof. in Münster; 1922-30 planmäßiger ao. Prof. für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig; 1930-46 o. Prof. für Deutsches Bürgerliches Recht, Handels- und Arbeitsrecht an der Universität Greifswald; 1946-54 o. Prof. für Deutsches Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht an der Universität Mainz; zugleich 1948-53 Präsident des Obersten Arbeitsgerichts des Landes Rheinland-Pfalz und 1949 Senatspräsident des pfälzischen Oberlandesgerichts; 1954 Emeritierung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1940 NSDAP

1934 RLB; 1934 NSRB; 1935 NSV; 1935 RDF; 1937 NS-Altherrenbund der deutschen Studenten; 1940 NS-Dozentenbund; VDA;

vor 1933: Görresgesellschaft; bis 1938 katholischer Akademikerverband.

Auszeichnungen

1916 Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer; 1956 Dr. theol. h. c. in Mainz; 1956 Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. war einer der führenden Arbeitsrechtler der Weimarer Republik, dessen Wirken in der NS-Zeit fortgesetzt wurde. Sein besonderes Interesse galt der Entwicklung des Individualarbeitsrechts. Sein wissenschaftliches Werk umfasst eine Kommentierung der TarVO 1918 sowie der vorläufigen Landarbeitsordnung von 1919, ferner Studien über das Arbeitsverhältnis, die arbeitsrechtliche Stellung des Krankenhausarztes, grundlegend war seine Monographie „Die Kündigung“. Mit Erwin Jacobi entwickelte er das Institut für Arbeitsrecht in Leipzig zu einem der wichtigsten Zentren der damaligen Arbeitsrechtswissenschaft. Sein Konzept einer herrschaftlichen Struktur der Arbeitsbeziehungen war allerdings kompatibel mit NS-Gestaltungsgrundsätzen und kann als ein Einflussfaktor für die arbeitsrechtliche Entwicklung nach 1933 betrachtet werden.

Veröffentlichungen

Landwirtschaftsrecht, 1923; Das Wesen des Arbeitsvertrages, 1925; Der Arbeitsvertrag und der Entwurf eines Allgemeinen Arbeitsvertrags-Gesetzes (mit Hueck u. Riezler), 1925; Kommentar zur vorläufigen Landarbeitsverordnung vom 24.1.1919, 1928; Europäisches Arbeitsvertragsrecht (3 Teile, mit Nipperdey u. Schott), 1928-30; Arbeitnehmer und Betrieb, zugleich ein Beitrag zur einheitlichen Grundlegung des Arbeitsrechts, 1929; Kommentar zur Tarifvertragsordnung, 1930; Die Kündigung, 1935; Deutsches Arbeitsrecht mit Einschluss der Grundzüge der Sozialversicherung, 1938; Grundzüge der neueren Verfassungsgeschichte, 1948; Grundzüge der neueren Privatrechtsgeschichte, 1949; Bundespersonalvertretungsgesetz vom 5.8.1955, Kommentar unter Berücksichtigung der Länderpersonalvertretungsgesetze, 1958; Kommentar zum Jugendarbeitsschutzgesetz (mit Volmer), 1961; zu einer Bibliografie vgl. Däumichen 2012.

Quellen

Däumichen, Erich Molitor – Mitbegründer der neueren Arbeitsrechtswissenschaft, 2012; Becker; Erich Molitor zum Gedächtnis, 1963; NDB; BArch R 3001/68735; Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 910 Nr. 15456.

Bild

Nipperdey (Hrsg.), Festschrift für Erich Molitor zum 75. Geburtstag, 1962.

Müller, Gottfried *August* Dr. iur. publ. et rer. cam.

Nationalökonom

* 20.11.1873 in Wiesbaden; † 1.5.1945 für tot erklärt; ev, später diss.; V Johann Philipp Karl *August* M. (1837-99), Gärtnerbesitzer; M Wilhelmine geb. Huber (1839-75); ledig.

Mittelschule in Wiesbaden, danach Lehre des Gärtnerhandwerks; bis 1897 Gärtnergehilfe in Dortmund, Düsseldorf, Wandsbek und Hamburg, nebenberufliches Selbststudium und Besuch von Fortbildungskursen; 1897 Geschäftsführer und politischer Redakteur bei der Deutschen Gärtnervereinigung in Hamburg; 1898-1901 zweiter Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, in dieser Zeit zahlreiche Verurteilungen wegen „Pressvergehens“; 1901-04 Studium der Nationalökonomie, Statistik, Finanzwissenschaft und des öffentlichen Rechts in Zürich; 1904 Promotion in Zürich im Sonderverfahren (mangels formaler Qualifikation), danach erneut politischer Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, 1906 Mitarbeit an den Blättern „Neue Gesellschaft“ und „Sozialistische Monatshefte“, 1907 zugleich Redakteur im Zentralverband Deutscher Konsumvereine („Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“ und „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“) in Hamburg; 1912 Genossenschaftsbeamter, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes sowie der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine; 1916 Vorstandsmitglied und 1917 Unterstaatssekretär des Kriegsernährungsamtes, zugleich stellv. preuß. Bundesratsbevollmächtigter; 1918-19 Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes; 1920-33 Mitglied des RWR (von der Reichsregierung ernannt); 1920-39 beamteter a. o. Professor für Genossenschaftswesen (Wirtschaftsorganisation, Arbeiterfragen und Sozialpolitik) an der Universität Berlin; Studienreisen 1920 in die Sowjetunion und 1923 in den nahen Osten; 1939 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1894-1925 SPD; 1925-29 DDP

Vor 1933 Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft von 1914; Mitglied des

Aufsichtsrats der Preußischen Staatsbank und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse; Mitglied des Enquête-Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft; Mitglied des Kartellgerichts.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; Verdienstkreuz für Kriegshilfe; Rotkreuzmedaille; 1939 Treudienst-Ehrenzeichen 2. Stufe.

Sozialpolitische Aktivitäten

In seiner Züricher Dissertation hat M. die Bedeutung der Arbeiterversicherung für die freie Gewerkschaftsbewegung erstmals auf empirischer Grundlage analysiert, in der Folgezeit betätigte er sich vor allem auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens. Als langjähriges Mitglied des RWR war M. 1920-33 Vorsitzender des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungswesen, zugleich fungierte er als stellv. Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Funktionen M. in der Wilhelminischen Zeit waren: Aufsichtsratsmitglied des Konsumvereins Magdeburg-Neustadt; 1913-16 Mitglied des genossenschaftlichen Tarifamtes in Hamburg (Regelung von Arbeits- und Lohnbedingungen zwischen Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften); Aufsichtsratsmitglied der Volksfürsorge.

Veröffentlichungen

Arbeiterssekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland (Diss.), 1904; Gewerkschaften und Unternehmerverbände, 1906; Sozialisierung oder Sozialismus? Eine kritische Betrachtung über Revolutionsideale, 1919; Das deutsche Genossenschaftswesen. Eine Darstellung bodenständiger Gemeinwirtschaft, 1922; Die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Genossenschaften der Landwirte und der Verbraucher. Kritische Betrachtung über Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, 1928; Die deutsche Volkswirtschaft, 1930; umfangreiche Veröffentlichungen zum Genossenschaftswesen sowie zu politischen und volkswirtschaftlichen Fragen.

Quellen

Lilla RWR; Zimmermann, Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorläuferorganisation, 1998 (Electronic ed. – Abr. 01.02.2017); Wer

ist's?; Reichshandbuch; HU-Archiv, UK M 274; BArch R 401 / 126; Amtsgericht Charlottenburg.

Bild

BArch R 401 / 126.

Müller-Otfried, Paula (Pauline) Sophie Christiane Dr. theol. h. c.
Verbandsfunktionärin

* 7.6.1865 in Hoya/Weser; † 8.1.1946 in Einbeck; ev.-luth.; V Carl Hugo M. (1830-1908), Jurist, 1895 Landesdirektor der Provinz Hannover; M Emma Henriette Sophie geb. Bauer (1828-91); ledig.

Höhere Töcherschule und Privatschule in Hannover, einjähriger Aufenthalt in einem Pensionat in Lausanne; Studienreisen im In- und Ausland; nach Tod der Mutter Tätigkeit im väterlichen Haushalt; 1901-34 Erste Vorsitzende und Geschäftsführerin des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes in Hannover, 1900-34 Herausgeberin/Schriftleiterin der Mitteilungen des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes (1904: Evangelische Frauenzeitung), ab 1905 Dozentin an der Christlich-Sozialen Frauenschule in Hannover (1911: Christlich-Soziales Frauenseminar); 1914-18 Leiterin des Nationalen Frauendienstes in Hannover; 1934 Rückzug aus der Öffentlichkeit.

konservative Politikerin

DNVP

1919 Vorstandsmitglied der DNVP; RT 1920-24 Reichswahlvorschlag (DNVP), 1924-28 WK 3 Potsdam II (DNVP), 1928-32 Reichswahlvorschlag (DNVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1913 Mitbegründerin der Vereinigung konservativer Frauen; 1919 Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Mitglied des Vertrauensrates der Kirchengemeinden und des Landessynodalausschusses der ev.-luth. Landeskirche Hannover; 1922 Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes; 1925 Delegierte auf der Stockholmer Weltkirchenkonferenz; 1926 Mitglied im Deutsch-Evangelischen Kirchenausschuss.

Auszeichnungen

Kriegsverdienstkreuz; Rote-Kreuz-Medaille; 1930 Dr. theol. h. c. in Göttingen.

Sozialpolitische Aktivitäten

M.-O. war eine führende Vertreterin der evangelischen Frauenbewegung. Sie förderte die Ausbildung/Professionalisierung der Sozialen Arbeit. Das von ihr 1905 mitbegründete Christlich-Soziale Frauenseminar in Hannover war die erste und für die Professionalisierung wegweisende Ausbildungsstätte für Sozialarbeit. Als Reichstagsabgeordnete vertrat M.-O. die Interessen der Kleinrentner, widmete sich dem Jugend- und Frauenschutz und war 1921 Mitglied der Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichswohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922). Als Vorsitzende des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik war sie beteiligt am Geschlechts-KHG 1927, aktiv war M.-O. ferner im Strafrechtsausschuss. Ihr frauenpolitisches Engagement hatte in der Regel eine sozialarbeiterische/sozialpolitische Ausrichtung. M.-O. gehörte 1925 zu den Initiatoren eines „Verwahrungsgesetzes gegen asoziale Elemente“ (später: „Bewahrungsgesetz“ – nicht verwirklicht).

Weitere Eckdaten ihres sozialpolitischen Werdegangs: Ab 1895 Tätigkeit in der sozialen Arbeit (kirchliche Armenpflege, kommunale Wohlfahrtspflege); 1899 Mitbegründerin (Ortsgruppe Hannover) des Deutschen Evangelischen Frauenbundes; 1916-17 Vorstandsmitglied des Bundes Deutscher Frauenverbände; 1918-34 Mitbegründerin und stellv. Vorsitzende der Vereinigung Evangelischer Frauenverbände; 1922 Vorstandsmitglied des Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels; Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Veröffentlichungen

Rechte und Pflichten der Frau in der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde (mit Stöcker), 1903; Welche Aufgaben erwachsen der Frau aus der sittlichen Not unserer Zeit?, 1906; Die Beteiligung der Frau an den sozialen Aufgaben der Gegenwart, 1908; Handbuch zur Frauenfrage (Hrsg.), 1908; Ziel und Grenzen der Frauentätigkeit nach evangelischen Grundsätzen (mit Wychgram), 1908; Die „Neue Ethik“ und ihre

Gefahr, 1908; Die Notwendigkeit der christlichen Frauenbewegung, 1914; Volkswohl und Sittlichkeit, 1916; Frauenhilfe und Gemeindedienst, 1916; Wir Frauen und der Krieg, 1916; Die Mitarbeit der Frau bei der Erneuerung unseres Volkes, 1921; Der Deutsch-Evangelische Frauenbund im Kampf der Zeiten, 1925; Kleinrentnernot, 1927; zahlreiche Veröffentlichungen in Medien der Kirche und der Frauenorganisationen.

Quellen

Mager (Hrsg.), Frauenprofile des Luthertums, 2005; Willing, Das Bewahrungsgesetz (1918-1967), 2003; Maier; NDB; Schumacher M.d.R.; Schroeder (Hrsg.), Sophie und Co. Bedeutende Frauen Hannovers, 1991; HbRT 1930; Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung (Abr. 27.2.2017).

Bild

Mager 2005, S. 99.

Mumm, Friedrich Wilhelm *Reinhard* Dr. theol. h. c.

Theologe, Verbandsfunktionär

* 25.7.1873 in Düsseldorf; † 25.8.1932 in Berlin; ev.; V Reinhard Eberhard M. (1839-91), Fabrikant; M Elise geb. Kayser (1843-1926); ∞ 1909 Elisabeth geb. Kähler (1890-1967, Pflgetochter Adolf Stoeckers); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Düsseldorf; 1893-97 Studium der Theologie in Bonn, Halle/S. und Berlin, 1897 erstes theologisches Examen in Koblenz; Studium in Utrecht, 1899 Lic. theol. Jena; 1900 zweites theologisches Examen in Koblenz; 1905 Ordination; 1900-32 Direktor der Freien Kirchlich-sozialen Konferenz (ab 1918: Kirchlich-sozialer Bund) in Berlin; 1912-32 Berufspolitiker; im 1. Weltkrieg Frontpfarrer; 1923-31 nebenamtlich evangelischer Pfarrer in Syburg/Westf., zugleich Sozialpfarrer für Westfalen.

Verein deutscher Studenten.

konservativer Politiker

1900 CSP; 1918 DNVP (1921 Gründer und Vorsitzender des Evangelischen Reichsausschusses der DNVP); 1930 ChrsV;

RT 1912-18 WK 1 Arnberg (CSP); 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 18 Arnberg (DNVP); 1920-24 WK 20 Westfalen-Süd (DNVP); 1924-28 WK 18 Westfalen-Süd (DNVP); 1928-30 WK 18 Westfalen-Süd (DNVP); 1930-32 Reichswahlvorschlag (ChrsV).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1902/03 Gründungsmitglied, nach 1918 Aufsichtsratsvorsitzender des Vaterländischen Bauvereins in Berlin; Mitglied des Alldeutschen Verbandes; 1925 Mitglied der Weltkirchenkonferenz in Stockholm.

Auszeichnungen

1917 Dr. theol. h. c. in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. fand über Adolf Stoecker zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung und wurde zum „Multifunktionsär für kirchlich-soziale Bewegung“ (Belitz u. a. 1998, S. 66), der als Reichstagsabgeordneter für die Interessen der Kirchen eintrat, nicht zuletzt in der Sozial- und Bildungspolitik. 1922 war er Mitglied im Reichstagsausschuss zur Vorbereitung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, 1921-28 fungierte er als Vorsitzender des Reichstagsausschusses für Bildungswesen. Weitere Stationen seiner Karriere waren: 1900 Gründungsmitglied des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen; 1904 Leiter der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland; 1908 Vorstandsmitglied im Bund Deutscher Bodenreformer; vor 1912-32 Mitglied im Ausschuss der Gesellschaft für Soziale Reform; seit 1918 Mitglied im Central-Ausschuss für Innere Mission; 1919 Mitglied der Preußischen Generalsynode, Vorsitzender von deren Sozialen Ausschuss; 1919 und 1924 Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages und dessen Sozialen Ausschuss; 1927 Vorsitzender der Evangelischen Hauptstelle gegen Schund und Schmutz.

Veröffentlichungen

Theorie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, 1907; Das Reichsschulgesetz, 1922; Margarete Behm. Die Führerin der deutschen Heimarbeiterinnen. Ein Lebensbild, 1924; Soziale Ausschüsse nach den neuen Kirchenverfassungen, 1926; Die christlich-soziale Fahne empor,

1930; Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit, 1933; Herausgeber der „Kirchlich-sozialen Blätter“ (seit 1898) und der „Hefte des Kirchlich-sozialen Bundes“.

Quellen

Belitz/Brakelmann/Friedrich (Hrsg.), Aufbruch in soziale Verantwortung, 1998; Kaiser/Greschat (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890-1938, 1996; Schumacher M.d.R.; Reichshandbuch; HbRT 1930; Stadtarchiv Düsseldorf.

Bild

Reichshandbuch.

Neitzel, Wilhelm *Gustav* Ministerialbeamter

* 13.12.1882 in Sigmaringen; † 27.7.1972 in Berlin-Schmargendorf; ev.; V Heinrich N. (1843-1905), Sattlermeister; M Amalie geb. Eckelsbach; ∞ 1923 Anna-Maria Gensel geb. Hoffmann (1886-1975); K 1 Adoptivsohn.

1893-1902 Gymnasium in Sigmaringen; 1902-03 praktische Tätigkeit im Fürstlichen Hüttenwerk Laucherthal, in einer Maschinenschlosserei in Sigmaringen sowie einer Maschinenfabrik bei Dortmund; 1903-09 Studium an der Technischen Hochschule Charlottenburg; 1909 Diplom-Ingenieur, Gewerbereferendar; 1909-12 Ausbildung für den Dienst in der preuß. Gewerbeaufsicht; 1912 Gewerbeassessor bei der Regierung in Hildesheim, 1913 bei der Gewerbeinspektion in Aachen; 1914-19 Gewerbeassessor im preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe; 1919 Regierungsassessor im RAM, 1920 Regierungsrat, 1921 Oberregierungsrat, 1922 Ministerialrat (Referent für Fragen der Arbeitszeit und des Arbeitsschutzes), ab 1934 Leiter der Unterabteilung „Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht“, 1943 der Unterabteilung „Allgemeiner Arbeitsschutz“; 1945-50 Hauptreferent im Hauptamt für Arbeitsschutz beim Magistrat von Berlin (Abteilung für Arbeit).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 RDB, NSOG; NSV; RLB; NSFK (förderndes Mitglied); Vorsitzender beim Prüfungsamt für höhere Gewerbeaufsichtsbeamte in Berlin.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

N. gehörte während der Weimarer Republik und der NS-Zeit zu den führenden Experten des Arbeitsschutzes. Seine Referatszuständigkeit umfasste Fragen der Arbeitszeitregelungen, ferner war er in Teilbereichen verantwortlich für den Entwurf des ArbSchutzG 1926 (nicht umgesetzt). Nach 1933 war er beteiligt an der Vorbereitung des JSchutzG 1938, ebenso wirkte er mit an der Ziegelei-Verordnung v. 5.6.1937. 1933 trat er als Mitglied der deutschen Delegation auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf auf.

Veröffentlichungen

Die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, 1924; Die Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934, 1934; Ziegeleiverordnung vom 5. Juni 1937, 1937; Jugendschutzgesetz vom 30. April 1938, 1938; Arbeitsschutz und Gewerbehygiene, 1951.

Quellen

BArch R 3901 / 107126; Landesarchiv Berlin (B Rep. 080 Nr. 2356; P Rep. 570 Nr. 1424); Niedersächsisches Landesarchiv Wolfenbüttel; Staatsarchiv Sigmaringen; GVP RAM.

Neuhaus, Franziska Carolina Catharina Maria *Agnes* geb. Morsbach
Verbandsfunktionärin

* 24.3.1854 in Dortmund; † 20.11.1944 in Soest; kath.; V Franz *Adolf* M. (1823-1903), Arzt; M *Florentine* Clara geb. Riesberg (1827-97); ∞ 1878 Adolf Neuhaus (1845-1905); K 1 S, 2 T.

1865 Töchterschule in Dortmund, 1866-69 Schülerin im Pensionat des Ursulinenklos-

ters zu Haselünne im Emsland, 1869-70 Lehrtätigkeit in einem Pensionat in Carignan bei Sedan (Frankreich); 1871-77 im elterlichen Haushalt; 1877-78 Studium an der Musikhochschule in Berlin; ab 1878 Familiengründung, Hausfrau in Berlin, 1882 in Gelsenkirchen und ab 1890 in Dortmund; 1903-44 Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Dortmund; 1944 Evakuierung nach Cappenberg bzw. Soest/Westf.

Zentrumspolitikerin

Z

1919 Vorstandsmitglied der westfälischen Zentrumspartei, ab 1925 Mitglied des Reichsausschusses der Zentrumspartei. RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 18 Arnsberg (Z), 1920-24 WK 20 Westfalen-Süd (Z), 1924-30 WK 18 Westfalen-Süd (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1903 im Zentralvorstand des Katholischen Frauenbundes Deutschlands; 1907 Mitglied des Verbandsausschusses, in der Weimarer Zeit des Zentralvorstands des Deutschen Caritasverbandes; 1908 Mitglied der Rechtskommission des Allgemeinen Deutschen Fürsorgeerziehungstags; 1909 im Vorstand der Vereinigung für katholische und caritative Erziehungstätigkeit; 1910 Vorstandsmitglied des Archivs deutscher Berufsvormünder; 1910 im Zentralausschuss des DV, 1918-28 im Vorstand des DV; 1914 Präsidiumsmitglied der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge; stellv. Präsidentin des Deutschen Reichszusammenschlusses für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge der freien Wohlfahrtspflege.

Auszeichnungen

1928 Ehrenmitglied des DV; Päpstlicher Orden Pro Ecclesia et Pontifice; Benennung von Bildungseinrichtungen und Straßen in Wiesbaden, Gießen, Dortmund u. München; Agnes-Neuhaus-Medaille des Sozialdienstes katholischer Frauen.

Sozialpolitische Aktivitäten

N. gehört zu jenen Frauen, die frauenspezifische Themen der Zeit aufgriffen, im Kaiserreich rege Verbandstätigkeiten ent-

falteten, um schließlich in der Weimarer Republik auf reichszentraler Ebene in ihren Arbeitsfeldern gestaltenden Einfluss auszuüben. 1899 gründete sie den Verein vom Guten Hirten in Dortmund, aus dem 1903 der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder entstand, der sich mit dem Aufbau zahlreicher Ortsvereine zu einem reichsweit arbeitenden Verband entwickelte (ab 1968 „Sozialdienst katholischer Frauen“). Ihr Engagement richtete sich seit 1904 auf die sogenannte Gefährdetenfürsorge, in der Weimarer Republik gehörte sie zu den Initiatorinnen eines „Verwahrungsgesetzes für geistig Minderwertige“ (später „Bewahrungsgesetz“ – nicht verwirklicht). Als Reichstagsabgeordnete war N. treibende Kraft im Ausschuss zur Vorbereitung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes und 1921 zugleich Mitglied in der u. a. vom DV initiierten Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922). Als Mitglied des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik setzte sie sich für das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein (Geschlechts-KHG 1927). N. war ferner 1917 Gründerin und Dozentin an der Fürsorgerinnenschule des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Dortmund; 1918 Mitbegründerin des Deutschen Verbands für Einzelvormundschaft.

Veröffentlichungen

Die Aufgaben des Fürsorge-Vereins, 1906; Aus der Geschichte des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, 1925; Die Frau im Gefängnis, in: Preußisches Justizministerium (Hrsg.), Strafvollzug in Preußen, 1928; Stichworte „Bewahrungsgesetz“ und „Gefährdetenfürsorge“, in: Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, 1929; Zahlreiche Veröffentlichungen insbesondere im „Korrespondenzblatt“ der Zeitschrift des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder; zu einem bibliographischen Überblick vgl. Maier/Winkelhausen (Hrsg.), Agnes Neuhaus: Schriften und Reden, 2000.

Quellen

Maier, Agnes Neuhaus – im Spagat zwischen Tradition und Moderne. Annäherungen, in: Berichte & Beiträge. Lebensläufe im Sozialkatholizismus des Ruhrgebiets, 2003, S. 86-103; Willing, Das Bewahrungsgesetz (1918-1967), 2003; Haunfelder Zentrum; Maier; NDB; Schumacher

M.d.R.; Zeitgeschichte LB Bd. 4; Hopmann, Agnes Neuhaus. Leben und Werk, 1949; HbRT 1928.

Bild

Hopmann 1949.

Nipperdey, Hans Richard Carl Prof. Dr. iur., Dr. h. c. mult.
Rechtswissenschaftler

* 21.1.1895 in Bad Berka (Thüringen);
† 21.11.1968 in Köln; ev.; V Ludwig N. (1865-1926), prakt. Arzt, Sanitätsrat; M Marie geb. Brenner (1873-1944); ∞ 1922 Hildegard geb. Eisser (1903-90); K 3 S, 2 T, Sohn Thomas N. (1927-92), Historiker; Tochter Dorothee Sölle geb. N. (1929-2003), Theologin.

Gymnasium in Jena und Weimar; 1913 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Leipzig und Jena; 1914 Kriegsteilnehmer; 1916-19 Referent und Abteilungsleiter im Ernährungsamt der thüringischen Staaten, 1917-19 zugleich Gerichtsreferendar in Weimar und Jena; 1917 Promotion in Jena; 1919 auf eigenen Antrag Entlassung aus dem Vorbereitungsdienst und Assistent des Instituts für Wirtschaftsrecht der Universität Jena; 1920 Habilitation in Jena, Privatdozent für bürgerliches Recht und Handelsrecht; 1924-25 apl. ao. Prof. an der Universität Jena; 1925-63 o. Prof. für bürgerliches Recht, Handels- und Arbeitsrecht an der Universität Köln; 1926-30 nebenamtlich Hilfsrichter beim Landgericht Köln; nach 1933 trotz „nichtarischer Abstammung“ („Mischling zweiten Grades“) Belassung im Amt, da Frontkämpfer; 1946 Entlassung als Universitätsprofessor durch die britische Militärregierung, nach Überprüfung im Entnazifizierungsverfahren 1947 Wiedereinstellung; 1954-63 Präsident des Bundesarbeitsgerichts in Kassel; 1963 Emeritierung, bis 1966 mit der Vertretung seines Lehrstuhls beauftragt; bis 1968 Leitung des Forschungsinstituts für Sozialrecht an der Universität Köln.

K 1946 Stadtverordneter in Köln (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-22 DNVP; 1929-33 DVP; 1945- Mitte der 1950er Jahre SPD

1933-35 SA; NS-Frontkämpferbund; 1934 NSRB, NS-Dozentenbund.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

1935-43 Mitglied der Akademie für deutsches Recht; 1949 Mitbegründer, bis 1965 Präsident des Arbeitsgerichtsverbandes; 1954-63 stellv. Vorsitzender des Justizprüfungsamtes beim Oberlandesgericht in Köln; 1955 Mitglied der American Academy of Political and Social Science; Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften im In- und Ausland; Aufsichtsrats-/Beiratsmitglied des Hüttenwerkes Rheinhausen; Beiratsmitglied der Allianz Versicherungs AG.

Auszeichnungen

1914 Ehrenzeichen für Frontkämpfer, Herzog Ernst Medaille; 1957 Dr. rer. pol. h. c. in Mannheim; 1958 Dr. iur. h. c. in Madrid; 1960 Dr. iur. h. c. in Sao Paulo; 1960 Ehrenmitglied der Königlichen Akademie der Rechtswissenschaft und Gesetzgebung zu Madrid; 1963 Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland; 1963 Richard-Strauß-Medaille; Ehrenpräsident der Internationalen Gesellschaft für das Recht der Arbeit und der Sozialen Sicherheit, zugleich Präsident der deutschen Sektion der Vereinigung; 1965 Ehrenpräsident des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes.

Sozialpolitische Aktivitäten

N. war einer der Mitbegründer des Arbeitsrechts als einer selbständigen juristischen Disziplin. Mit seinen wegweisenden Kommentaren und Standardwerken, u. a. das zusammen mit Alfred Hueck herausgegebene zweibändige Lehrbuch des Arbeitsrechts (N. verfasste den zweiten Teil zum Kollektivarbeitsrecht), beeinflusste er maßgeblich die Entwicklung des modernen Arbeitsrechts. Seine Gutachten und zahlreichen Aufsätze waren richtungsweisende Beiträge zu dessen Ausbau. N. hat sich besondere Verdienste erworben bei der wissenschaftlichen Erfassung und Fortbildung des neu geschaffenen kollektiven Arbeitsrechts (Koalitionsrecht, Tarifrecht und Be-

triebsräterecht). 1929 war er Mitbegründer des Instituts für Arbeits-, Wirtschafts- und Auslandsrecht an der Universität Köln. Nach 1933 konnte N. in seiner Arbeit an Wertungsprinzipien des Nationalsozialismus anknüpfen, er war Mitherausgeber eines Kommentars zum AOG, an dem er sich mit dem Abschnitt „Betriebsordnung und Tarifordnung“ beteiligte. N. blieb nach 1945 Professor an der Universität Köln und wurde dort Direktor des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht, des Forschungsinstituts für Sozialrecht und des Instituts für Wohnungsrecht. Unmittelbar nach Kriegsende fungierte er als Mitglied des Arbeitsrechtsausschusses von Nordrhein-Westfalen und als Vorsitzender des von der Militärregierung eingesetzten beratenden lohnpolitischen Ausschusses für Nordrhein. Als erster Präsident des 1954 konstituierten Bundesarbeitsgerichts erwarb er sich Verdienste um dessen Aufbau und Anerkennung, er prägte die Rechtsprechung zum kollektiven Arbeitsrecht (Streikrecht, Tariffähigkeit der Gewerkschaften). 1955-67 war er Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt.

Veröffentlichungen

Grenzlinsen der Erpressung durch Drohung unter besonderer Berücksichtigung der modernen Arbeitskämpfe, 1917 (Diss.); Kontrahierungszwang und diktiertter Vertrag, 1920 (Hab.); Beiträge zum Tarifrecht, 1924; Lehrbuch des Arbeitsrechts (mit Hueck), 1928; Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung (Hrsg.), 1929/30; Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (mit Hueck u. Dietz), 1934; Tarifvertragsgesetz (mit Hueck), 1950; Arbeitsrecht. Sammlung der wichtigsten in Gesamtdeutschland, in der Bundesrepublik, in ihren Ländern und Berlin geltenden arbeitsrechtlichen Vorschriften, 1951-55; seit 1928 Mitherausgeber der sog. Bensheimer Sammlung arbeitsgerichtlicher Entscheidungen; Herausgeber der Zeitschriften „Recht der Arbeit“, „Arbeitsrechtliche Praxis“, „Wirtschaft und Wettbewerb“; veröffentlichte über 1000 juristische Arbeiten insbes. zum Arbeitsrecht und zum Bürgerlichen Recht.

Quellen

Haunfelder, Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946-2006, 2006; NDB; Recht der Arbeit 1965, S. 41-44; BAArch R 4901/23409; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland (NW 1048-33

Nr. 328; Gerichte Rep. 168 Nr. 460); Personalunterlagen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Referat ZA 2.

Bild

Festschrift für Hans Carl Nipperdey, 1955.

Nörpel, Johann Franz *Clemens*

Gewerkschafter, Abteilungsleiter im Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF

* 12.10.1885 in Darmstadt; † 1.6.1950 in Berlin-Neukölln; ev., später diss.; V Johann Clemens N. (1858- nach 1933), Gärtnergehilfe; M Maria Magdalena geb. Heusel (1856-1910); ∞ Ermine Ernestine *Emma* geb. Häusler (1887-1945); K 2.

Kaufmännische Lehre, danach Tätigkeit als Bilanzbuchhalter und Korrespondent; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1920 Angestellter in der Betriebsräteabteilung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA); 1922-33 wissenschaftlicher Sekretär im ADGB-Bundesvorstand; ab 1928 Tätigkeit als Redakteur, Schriftleiter und Herausgeber von arbeitsrechtlichen Fachblättern; 1933 kurzzeitige Verhaftung, bis 1934 erwerbslos; 1935 Gründungsmitglied des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, darin bis 1945 Arbeitsrechtsexperte (Leiter der Abteilung Arbeitsrecht); in den letzten Kriegsjahren im engeren Zirkel der DAF-Geschäftsführung; ab 1945 erwerbslos.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1909-33 SPD; 1941 NSDAP;
1935 DAF, NSV.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 ohne Einstufung entlastet.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

N. war einer der führenden Arbeitsrechtsexperten des ADGB, er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Aufsätze zu den Themen kollektives Arbeitsrecht, Arbeitsverfassung und Betriebsräte. 1927 wurde

er Beisitzer („Reichsarbeitsrichter“) am Reichsarbeitsgericht in Leipzig. N. war maßgeblich beteiligt an der Öffnung der Gewerkschaftsbewegung nach rechts, aufgrund seiner antisemitischen und nationalistischen Grundhaltung wandte er sich dem Nationalsozialismus zu, nunmehr befürwortete er Staatsinterventionen im kollektiven Arbeitsrecht.

Veröffentlichungen

Aus der Betriebsrätepraxis, 1922; Gewerkschaften und Arbeitsrecht, 1924; Internationales Arbeitsrecht. Eine Einführung, 1925; Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stande vom 16. Juli 1927. Mit Ausführungs-Bestimmungen und Erlassen (mit Leipart), 3. Aufl., 1927; Arbeitsgerichtsgesetz (vom 23. Dezember 1926). Vollständige Textausgabe mit Einführung in das Gesetz, ausführlichen Anmerkungen und Sachverzeichnis (mit Aufhäuser), 1927; Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht (mit Gusko), 1932; Die arbeitsrechtliche Stellung der Juden, 1940; Problem des Einsatzes ausländischer Arbeiter, 1940; Gesundheitswerk, 1941; Frauenarbeit und Frauenlohn, 1944; seit 1928 Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „Arbeitsrechtspraxis“; 1934 Herausgeber der „Schnellbriefe für Sozialrecht und Wirtschaft“ (mit Gusko).

Quellen

Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, 1993; Linne, Von Leipart zu Ley; Clemens Nörpel, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1988, S. 92-104; Landesarchiv Berlin (B Rep. 031-01-01 Nr. 805; S Rep. 100 Nr. 57676); Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, DAF 1.6.1.8 Bd. 1.; EMK; Stadtarchiv Darmstadt.

Noppel, *Constantin* Dr. theol. et phil.

Theologe, Caritasdirektor

* 2.8.1883 in Radolfzell/Bodensee; † 2.7.1945 in Stuttgart; kath.; V Konstantin N. (1836-1914), Kaufmann, Reichstagsabgeordneter; M *Anna* Maria geb. Kürzel (1858-91).

Gymnasium in Konstanz; 1902-09 Studium der Theologie am Collegium Germanicum in Rom, 1908 Priesterweihe und Promotion in Rom; 1909 Noviziat bei der Ge-

sellschaft Jesu in Tisis bei Feldkirch (Vorarlberg); 1910-11 Tertiat in Exaten (Niederlande), 1911-13 Studium sozialer Fragen im Ignatiuskolleg in Valkenburg (Niederlande), anschließend mehrere Semester Studium der Soziologie an der Universität Berlin; mit Kriegsbeginn 1914 Lazarettseelsorger in Berlin; 1914-19 Leiter der katholischen Jugendfürsorge und Jugendgerichtshilfe für gefährdete und straffällig gewordene Jugendliche sowie eines Jugendschutzheimes in Berlin; 1919 Arbeit in der katholischen Jugendbewegung und Jugendfürsorge in München; 1922 Direktor der Hauptvertretung der Caritas in München, 1924 Direktor des Landes Caritasverbandes in Bayern; 1932-35 Rektor des Collegium Germanicum in Rom; 1936-44 Hausgeistlicher im Kneipp-Sanatorium St. Urban in Freiburg/Br., daneben schriftstellerische Tätigkeit (Pastoraltheologie); 1944-45 Superior des Bischöflichen Studienheims „Stella Maris“ in Stuttgart.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1909 Gesellschaft Jesu (Jesuitenorden).

Auszeichnungen

Kriegsverdienstkreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

N. Verdienste bestehen darin, dass er die Caritas konzeptionell und organisatorisch stärkte und dass er die katholisch orientierte Jugendarbeit ausbaute. An staatlichen Reformbemühungen nahm er kontinuierlich Anteil. Ab 1915 ständiger wissenschaftlicher Berater der Caritaszentrale in Freiburg/Br.; 1916 Verwaltungsratsmitglied der Allgemeinen Vermittlungsstelle zur Unterbringung katholischer Kriegskinder in Berlin; 1921 Mitglied der Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichswohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922) sowie Mitglied der Kommission des DCV zur Beratung des Entwurfs zum RJWG.

1924 als Landescaritasdirektor Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern; Mitglied im Hauptausschuss des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstags (AFET), im DV und im Präsidium der

Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege; Hauptvertreter für Bayern im St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer; Mitglied in mehreren verbandsinternen Sachkommissionen des DCV zur Beratung und Entscheidung über berufsständische Bewegungen in der Wohlfahrtspflege, über die Ausbildung zum sozialen Beruf, über organisatorische und Versicherungsfragen und über Probleme der Jugendhilfe.

Veröffentlichungen

Denkschrift über den Ausbau der katholischen Caritasorganisation, 1915; Die katholischen Waisenhäuser, Fürsorge-Erziehungsanstalten und Zufluchtshäuser, 1915; Soll die Staatsaufsicht über die freie Wohlfahrtspflege in die Friedenszeit hinübergenommen werden?, 1917; Die Not unserer katholischen männlichen Jugend, insbesondere der ortsfremden, und die Aufgabe der Caritas. Das caritative Jugendheim, 1918; Die soziale Revolution, 1919; Der Weg zur christlichen Volksgemeinschaft, 1921; Jugendzeit, 1921; Die katholische Jungmännerbewegung, 1922; Einführung in die Caritas, 1938; 1911 Mitarbeiter, 1920-36 Schriftleiter der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“.

Quellen

NDB; Wollasch; Badische Biographien, Neue Folge Bd. 2, 1987; Wollasch, Ein Kaufmannssohn aus Radolfzell als Pionier für Jugendpflege und Seelsorge. Zum 100. Geburtstag von P. Constantin Noppel SJ (1883-1945), in: Hegau 1983, S. 7-58; Münsterpfarramt Radolfzell.

Bild

Wollasch 1983.

Nostitz-Drzewiecki, Hans Gottfried von
Vorsitzender der Gesellschaft für Soziale Reform

* 1.11.1863 in Dresden; † 7.2.1958 in Icking (Isartal); ev.-luth.; V Hans Florian von N.-D. (1837-1903), Generalleutnant; M Johanna geb. von Krieger (1839-1920); ∞ 1901 *Doris* Helene geb. Jordan (1873-1955); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Dresden; Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; 1883-84 Militärdienst; Referendar im sächsischen

Verwaltungsdienst; 1892 Assessor bei der Amtshauptmannschaft Dresden Neustadt, 1893 Bezirksassessor bei der Amtshauptmannschaft Dresden Altstadt; 1896 Legationssekretär, 1897 Legationsrat im sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Aufenthalt in England; 1902 Oberregierungsrat im sächsischen Ministerium des Innern; 1905 Amtshauptmann in Pirna; 1911 Geh. Regierungsrat; 1914 Geh. Rat im sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, sächsischer Gesandter und Bevollmächtigter zum Bundesrat (Deutsches Reich) in Berlin; 1918 Wirklicher Geh. Rat; 1920-28 Präsident des sächsischen Oberverwaltungsgerichts in Dresden; 1933 Rückzug aus dem öffentlichen Leben.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der Internationalen Elbekommission.

Auszeichnungen

Wirklicher Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Königlich-sächsischer Kammerherr; 1953 Ehrenpräsident der Association Internationale pour le Progrès Social; Eisernes Kreuz am weiß-schwarzen Bande; Komtur 1. Klasse des Sächsischen Albrechts-Ordens; Mecklenburgisches Großkreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

In seiner Zeit als Legationsrat studierte v. N. die Arbeiterverhältnisse und Arbeitsgesetzgebung in England und veröffentlichte dazu eine umfassende Monographie, nebenamtlich beschäftigte er sich dann weiter mit Fragen der Sozialpolitik und wirkte insbesondere in der Gesellschaft für Soziale Reform, deren erster Vorsitzender er von 1923-33 war. Seit 1911 war er zudem Mitglied des Vereins für Sozialpolitik. Im Auftrag des RAM nahm er während der Weimarer Republik regelmäßig als Delegierter an den Sitzungen der ILO in Genf teil und leitete wiederholt die deutsche Delegation; er war Vorstandsmitglied der Association Internationale pour le Progrès Social.

Veröffentlichungen

Der Aufstieg des Arbeiterstandes in England, 1900; zahlreiche Aufsätze zu sozialpolitischen Fragestellungen.

Quellen

Genealogisches Handbuch der Adligen Häuser Bd. V, 1960; Sozialer Fortschritt 1953, S. 256; Wer ist's?; Reichshandbuch; Soziale Praxis 1923, Sp.173; Hauptstaatsarchiv Dresden, 10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Nr. 755.

Oegg, Friedrich Wilhelm Eugen Philipp Dr. iur. h. c.

Vorsitzender des Reichsarbeitsgerichts

* 8.5.1870 in Lohr/M. (Unterfranken); † 2.12.1959 in Oldenburg (Oldb.); kath.; V *Karl* Friedrich O. (1830-79), Landgerichtsrat; M *Wilhelmine* Margarethe Emilie Caroline geb. Carben (1835-1913); ∞ 1903 Gertrud geb. Schanz (1880-1931); K 1 T.

Gymnasialbesuch; Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg; 1892-96 Rechtspraktikant in Würzburg (Amtsgericht, Landgericht, Stadtmagistrat, Bezirksamt, Rechtsanwalt), 1896 Hilfsarbeiter Amtsgericht u. Staatsanwaltschaft beim Landgericht Würzburg; 1898 Dritter Staatsanwalt beim Landgericht Aschaffenburg, 1899 Amtsrichter in Würzburg, 1901 Zweiter Staatsanwalt am Landgericht Würzburg, 1904 Landgerichtsrat in Würzburg; 1911 Oberlandesgerichtsrat in München und Hilfsrichter am Reichsgericht in Leipzig (III. Zivilsenat), 1913 Reichsgerichtsrat (Mitglied des II. Strafsenats, 1914 des III. Zivilsenats), 1925 Senatspräsident (Vorsitzender des III. Strafsenats, 1926 Vorsitzender des III. Zivilsenats, stellv. Vorsitzender des Staatsgerichtshofs des Deutschen Reiches), 1926-28 stellv. Präsident des Reichsdisziplinarhofs, 1927-37 Vorsitzender des durch das ArbGG geschaffenen, beim Reichsgericht angesiedelten Reichsarbeitsgerichts, 1935 Stellvertreter des Vizepräsidenten und Mitglied des Großen Senats für Zivilsachen des Reichsgerichts; 1937 Ruhestand; 1939-42 als Beamter auf Widerruf beim Reichsgericht (III. Zivilsenat) reaktiviert.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1934 BNSDJ/NSRB.

Auszeichnungen

1913 Verdienstorden vom Heiligen Michael 4. Klasse mit der Krone; 1917 König Ludwig-Kreuz für Heimatverdienste während der Kriegszeit; 1918 Verdienstorden vom Heiligen Michael 3. Klasse, Roter Adlerorden 4. Klasse; 1929 Dr. iur. h. c. in Würzburg; 1941 Goldenes Treudienst-Ehrenzeichen; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

O. wirkte als langjähriger Vorsitzender des III. Zivilsenats des Reichsgerichts und als Präsident des Reichsarbeitsgerichts an zahlreichen grundlegenden Entscheidungen mit und hatte über die Rechtsprechung maßgeblichen Anteil an der Weiterentwicklung des Arbeitsrechts und seiner Wissenschaft, insbesondere während der Weimarer Republik. In der NS-Zeit wurde die Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit durch die Bestimmungen des AOG deutlich eingeschränkt. Nach der – vom Reichsarbeitsgericht 1934 sanktionierten – Zerschlagung der Gewerkschaften und der Beseitigung des Tarif- und Arbeitskampfrechts sowie der Umwandlung des Betriebsverfassungsrechts war die Arbeitsgerichtsbarkeit noch für individualrechtliche, nicht jedoch für betriebsverfassungs- und kollektivrechtliche Streitigkeiten zuständig. Die Judikatur, auch des Reichsarbeitsgerichts, berücksichtigte – nach anfänglicher Zurückhaltung – auch die rassisch-ideologischen Vorgaben des Sonderrechts für Arbeitnehmer, die nicht „deutsche Volksgenossen“ waren.

Veröffentlichungen

Mitarbeiter am Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts, 1921 ff.; Arbeitsgerichtliche Entscheidungen (mit Wunderlich), 1928.

Quellen

Kranig, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, 1983; Kaul; Recht der Arbeit 1960, S. 15; DFL; Wer ist's?; Liebe, Fünfzig Jahre Reichsgericht, 1929; BArch R 3002 / 664; Stadtarchiv Oldenburg (Oldb.).

Bild

DFL.

Ohl, Otto Dr. theol. h. c., Dr. med. h. c.
Theologe, Funktionär der Inneren Mission

* 28.7.1886 in Duisburg; † 23.2.1973 in Langenberg/Rheinland; ev.; V Gustav Adolf O. (1846-1911), Pfarrer, Leiter der Diakonenanstalt Duisburg; M Adele, geb. Raacke (1853-1910).

Gymnasium in Duisburg; 1904-08 Studium der Theologie in Tübingen, Berlin und Bonn; 1908 erstes theologisches Examen in Koblenz, danach für kurze Zeit seelsorgerische und pädagogische Tätigkeit im Rauhen Haus in Hamburg; 1908-09 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1910-11 Vikariatsjahr als o. Mitglied im Domkandidatenstift Berlin; 1911 zweites theologisches Examen; 1911 Hilfsgeistlicher in der ev. Kirchengemeinde Essen-Rüttenscheid; 1911-12 Zweiter Pfarrer („Bundesagent“) im Ostdeutschen Jünglingsbund in Berlin; 1912-63 Vereinsgeistlicher und Geschäftsführender Direktor des rheinischen Provinzial-Ausschusses für Innere Mission (1954: Landesverband Innere Mission Rheinland).

Mitglied im Wingolf.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes; Vorstandsmitglied des Evangelischen Reichserziehungsverbandes; Vorstandsmitglied der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenfürsorge und der Konferenz Theologischer Berufsarbeiter der Inneren Mission; Mitglied der Leitung des Evangelischen Verbandes für Kinderpflege in der Rheinprovinz; Mitglied im Bundesgesundheitsrat; Mitglied des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages (AFET).

Auszeichnungen

1930 Dr. theol. h. c. in Bonn; 1961 Dr. med. h. c. in Düsseldorf; 1953 Großes Verdienstkreuz, 1963 Großes Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland; 1966 Ehrenmitglied des DV; Ehrenvorsitzender der Diakonischen Konferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland; Ehrenpräsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft; Festschrift für Otto Ohl (Werk und Weg), 1952.

Sozialpolitische Aktivitäten

O. war Fachmann und Lobbyist der freien Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik. Als langjähriger Leiter der Inneren Mission im Rheinland, im Central-Ausschuss der Inneren Mission, später auch im Diakonischen Werk der EKD war er eine gestaltende Persönlichkeit. Großen Einfluss erhielt er aufgrund des vom RAM angestrebten, gleichberechtigten Zusammenarbeitens von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege („duales System“), die zu einer Aufwertung der letzteren führte. Sein Wirken als Verbandsfunktionär galt wesentlich der Gestaltung der Beziehungen zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege. 1920 war er Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender des Wirtschaftsbundes gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen, 1932 Mitglied im Finanzausschuss des Central-Ausschusses für die Innere Mission, 1934-57 Vorstandsmitglied und 1934 stellv. Präsident des Central-Ausschusses. 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Nach 1945 war O. am Wiederaufbau der Fürsorgeorganisationen der EKD beteiligt. 1945-57 war er Stellvertreter des Präsidenten des Central-Ausschusses für die Innere Mission für den Westbereich, 1945-46 Hauptgeschäftsführer des Hauptbüros Rheinland des Hilfswerks der EKD, 1946-48 Vertreter der Inneren Mission im Wiederaufbau-Ausschuss des Hilfswerks der EKD, 1955-57 Mitglied des Diakonischen Beirats der EKD und von 1957-66 Vorsitzender der Diakonischen Konferenz sowie stellv. Vorsitzender des Diakonischen Rates der Inneren Mission und des Hilfswerks der EKD. Sein Engagement galt nach 1945 insbesondere der Altenhilfe und erneut dem Krankenhauswesen. Im DV war er seit 1926 Mitglied im Hauptausschuss, 1931-33 und 1947-1969 auch Mitglied des Vorstandes. O. war Vorsitzender des Kuratoriums Deutscher Altershilfe, 1951-1969 Vorsitzender des Fachausschusses Altenpflege und Altenfürsorge des DV. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er Mitbegründer der Deutschen Krankenhausesellschaft, danach deren langjähriges Vorstandsmitglied und Präsident.

Veröffentlichungen

Aus schweren Tagen der rheinischen evangelischen Kirche 1923-1925 (mit Wolff, Klingemann und von der Goltz), 1925; Im Jahre der Not: Jahresbericht des Rheinischen Provinzialausschusses für Innere Mission, 1932; Unsere Altershilfe vor neuen Aufgaben (mit Depuhl), 1955; Der alte Mensch in der sozialen Neuordnung, in: Fürsorge und Sozialreform. Gesamtbericht über den deutschen Fürsorgetag 1955, S. 248-260; Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Innere Mission“; zahlreiche Aufsätze von O. enthalten in: Werk und Weg: Erstrebtes und Erreichtes auf dem Arbeitsfeld der Inneren Mission. Festschrift für Otto Ohl, 1986 (erw. Neuauflage).

Quellen

Haas/Bärsch (Hrsg.), Christen an der Ruhr. Bd. 3, 2006, S. 174-188; Personenlexikon; Beck, Berufsarbeiter der Inneren Mission. Ein biographischer Versuch über das Leben des Mannes Otto Ohl, in: Witschke (Hrsg.), Diakonie bewegt. 150 Jahre Innere Mission und Diakonie im Rheinland, 1999, S. 399-432; Maier; Bookhagen Bd. 1; NDV 1956, S. 242 f. u. 1973, S. 110.

Bild

Kater, Politiker und Ärzte, 1968, S. 250.

Ollendorff, Friedrich Hans Gustav Dr. iur.

Geschäftsführer der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

* 14.3.1889 in Breslau; † 13.1.1951 in Jerusalem; jüd.; V Isidor O. (1855-1911), Justizrat, Stadtverordneter in Breslau; M Paula geb. Ollendorff (1860-1938), Präsidentin des Jüdischen Frauenbundes; ∞ 1923 Fanny geb. Baer (1893- nach 1971).

Gymnasium in Breslau; 1906-10 Studium der Medizin, später nur der Rechtswissenschaften in Breslau und Berlin; 1910-14 Gerichtsreferendar in Breslau; 1914 Promotion in Breslau; 1914-16 Kriegsteilnehmer; 1915 Gerichtsassessor (Notprüfung); 1916 Hilfsarbeiter beim Ausschuss für die Kriegsverletztenfürsorge der Provinz Schlesien in Breslau, dann juristischer Hilfsarbeiter, 1917-20 Assessor beim Magistrat in Breslau (zuständig insbes. für die

Kinder- und Jugendfürsorge und -pflege); 1919 nach Beurlaubung Sachverständiger für großstädtische Wohlfahrtspflege (Jugendfürsorge) bei der Verteilung der Auslandsliebesgaben durch den deutschen Zentralausschuss für Auslandshilfe in Berlin; 1920-21 Direktor des Jugendamtes in Berlin-Neukölln; 1921-27 Obermagistratsrat in Berlin (juristischer Generaldezernent der Deputation für Jugendwohlfahrt, zugleich Dezernent für die allg. Angelegenheiten der Bezirksjugendämter und Bezirksfürsorgestellen sowie für die Auslandshilfe; nach Zusammenlegung des Wohlfahrts- und Jugendamtes der Stadt Berlin Übernahme weiterer Dezernate); 1927 Geschäftsführer der ZWSt in Berlin; 1934 Emigration nach Palästina; dort Berater des Direktors der Wohlfahrtsabteilung des Jüdischen Nationalrats in Palästina (Vaad Leumi).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918-19 Vorstandsmitglied des Volksrates zu Breslau, Zentrale für die Provinz Schlesien.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Kriegsverdienstkreuz; 1935 Ehrenkreuz für Frontkämpfer.

Sozialpolitische Aktivitäten

O. war eine der führenden Persönlichkeiten der jüdischen Wohlfahrtspflege im In- und Ausland. Bereits vor dem 1. Weltkrieg in der Jugendfürsorge in Breslau aktiv, modernisierte er in der Weimarer Zeit als Obermagistratsrat im Jugend- und Wohlfahrtsamt der Stadt Berlin die Berliner Wohlfahrtspflege. 1921 war er Mitglied der u. a. vom DV initiierten Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichswohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922). Ab 1917 im Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (ZWSt), förderte O. als deren Direktor ab 1927 die Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege durch die Bildung von gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften. Er war Mitglied im Präsidium der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege und ab 1930 deren stellv. Präsident. Seit 1921 wirkte er als Dozent an der Sozialen Frauenschule, der Hochschule für Politik

und der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin. 1928 wurde O. Mitglied im Wohlfahrtsausschuss des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Preußen.

International trat er als Vertreter der ZWSt 1928 auf der Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris und 1932 auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. auf, 1936 nahm er als Vertreter von Vaad Leumi an der 3. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London teil, später war er Mitorganisator internationaler Fachkonferenzen in Atlantic City/New York und Bayreuth. Nach seiner Emigration nach Palästina im Jahr 1934 bemühte sich O. als Berater des Direktors der Wohlfahrtsabteilung von Vaad Leumi, die methodischen Ansätze und Erfahrungen der deutsch-jüdischen Sozialarbeit auf die dortigen Verhältnisse zu übertragen.

Veröffentlichungen

Von Zielen und Wegen jüdischer Wohlfahrtspflege, in: Vom Wesen der Wohlfahrtspflege, Festgabe für Dr. Albert Levy, 1918, S. 49-59; Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, in: Zedakah 1928, S. 3-12; Wohlfahrtsrecht. Die wichtigsten Gesetze und Verordnungen des Reichs und Preußens für Praxis und Ausbildung, 1929 (mit Kreutzberger); ständiger Mitarbeiter der „Wohlfahrts-Korrespondenz“; ab 1929 Schriftleiter der „Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege“ (1930: „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“).

Quellen

Hering; Maier; Bio. Emig.; BArch R 3001 / 70027; Ernst Hamburger Collection online (Abr. 27.2.2017).

Bild

Hering, S. 320.

Olshausen, Edmund *Theodor* Justus von Dr. iur.

Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

* 16.3.1877 in Celle; † 2.9.1930 in Berlin; kath.; V Philipp *Justus* (seit 1913) von O. (1844-1924), Obergerichtsassessor, später

Oberreichsanwalt; M Adele geb. Nessel (1856-1942); ∞ 1912 Clara *Elisabeth* (Ely) geb. Harkort (1883-1985); K 2 S, 1 T.

Gymnasien in Schneidemühl/Posen, Berlin und Leipzig; 1896-99 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, Kiel und Leipzig; 1899 Referendar am Amtsgericht Schkeuditz/Sachsen, 1900 am Landgericht II Berlin; 1900 Promotion in Halle/S.; 1905 Gerichtsassessor im Reichsjustizamt; 1909 Landrichter in Potsdam; 1911 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt; 1914 Kriegsdienst; 1915-18 Referent im preuß. Kriegsministerium (Abt. für Hinterbliebenen-Versorgung), 1918 Geh. Kriegsrat und Vortragender Rat; 1919 Wechsel ins RAM (Referent für Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge); Ministerialrat, 1921 Leiter der Unterabteilung „Vollzug der alten Versorgungsgesetzgebung für Hinterbliebene, Organisation und Verfahren der Versorgungsgerichte“; 1922-30 Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Auszeichnungen

1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

O. hatte maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau der Angestelltenversicherung und deren Beibehaltung nach der Inflationszeit (VfA/RVONov 1922). Darüber hinaus wirkte er mit bei Entwürfen zum RVer-sorgG 1920, SchwerbeschG 1920 und zum ArbNachweisG 1922. O. war Mitglied des Reichsgesundheitsrates.

Veröffentlichungen

Handbuch zum Militärhinterbliebenengesetz 1915; Versorgungsansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen vor den Spruchbehörden (2. Aufl.), 1920; Das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen 1922, 1926.

Quellen

Wenzel; Reichshandbuch; BArch R 112 / 161; Landesarchiv Berlin, P Rep. 730 Nr. 129; GVP RAM.

Bild

Reichshandbuch.

Oswald, Heinrich

Gewerkschafter, bayer. Staatsminister

* 8.5.1866 in Dösing/Bezirksamt Deggen-dorf; † 26.10.1945 in München; kath.; V Michael O. (1817-88), Fassbauer; M Anna Maria geb. Zeindl (1828-1900); ∞ 1890 Babette geb. Preißler (1872-1953); K 5 S, 5 T.

1872-79 Volksschule in Lalling; 1879 Ausbildung im Elternhaus als Fassbauer; 1883-86 Knecht in der Landwirtschaft; 1886-89 Militärdienst; 1889-1903 Maschinenarbeiter im Königlichen Hauptlaboratorium (Rüstungsbetrieb) in Ingolstadt; 1903 nach Absolvierung eines volkswirtschaftlichen Kurses beim Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach Leiter eines neu errichteten christlichen Arbeitersekretariats in Aschaffenburg; 1907-12 Vorsitzender des Christlichen Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Hilfs- und Transportarbeiter; 1912 Rechtsschutzbeamter bei der Zentralstelle der süddeutschen katholischen Arbeitervereine in München; 1919-20 Staatsrat im bayer. Ministerium für Soziale Fürsorge, zugleich Leiter der Abteilung für Wohnungswesen, 1920-28 als Staatsminister Leiter dieses Ministeriums; nach dessen Aufhebung bzw. Überführung seiner Aufgaben 1928-29 als Staatssekretär für soziale Aufgaben und Arbeiterfragen im bayer. Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit Leiter der Abteilung „Arbeit“; 1920-30 Bevollmächtigter Bayerns zum Reichsrat; 1929 Rücktritt aus persönlichen Gründen, Ruhestand; 1933 Entzug des Ruhegelds aufgrund des BBG.

Zentrumspolitiker

Z, BVP

LT Bayer. LT 1905-07 WK Miltenberg/Ufr. (Z); 1907-19 KdA WK Aschaffenburg/Ufr. (Z); 1919-28 WK Ingolstadt/Obb. u. Stkr. München X u. VI (BVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1894 Mitglied im katholischen Arbeiterverein Ingolstadt; 1907-12 Vorsitzender des Christlichen Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Hilfs- und Transport-

arbeiter, Mitglied des Vorstands des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Mitglied der bayer. Zentralstelle für Industrie, Handel und Gewerbe.

Auszeichnungen

Päpstlicher Orden vom heiligen Silvester mit Ritterkreuz; König-Ludwig-Kreuz in Silber.

Sozialpolitische Aktivitäten

O. war in der Weimarer Republik maßgeblicher Akteur beim Auf- und Ausbau des Bayerischen Ministeriums für Soziale Fürsorge. Bereits 1890-1903 trat er hervor als Vorstandsmitglied der Betriebskrankenkasse und Vorsitzender des Arbeiterausschusses des Hauptlaboratoriums. Zwischen 1906-18 war er Mitglied zahlreicher sozialpolitischer Ausschüsse des Bayerischen Landtags. 1921 gründete er einen „sozialpolitischen Beirat“ im Ministerium für Soziale Fürsorge, dessen Ausschüsse sich ausgewählten sozialpolitischen Problemen widmeten.

Veröffentlichungen

Beiträge in verschiedenen sozialpolitischen Zeitschriften und Tageszeitungen.

Quellen

Lilla, Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933, 2008; Maier, Vom Metallarbeiter zum bayerischen Sozialminister, Heinrich Oswald 1866-1945, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 114, 2005, S. 358-387; Reichshandbuch; Amtliches Handbuch der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags, 1912; Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (StK 5650; Sammlung Rehse P 2578); Verwaltungsgemeinschaft Lalling.

Bild

Maier 2005, S. 359.

Otte, Gerhard *Bernhard* Gewerkschafter

* 12.7.1883 in Hopsten-Breischen/Krs. Tecklenburg (Westfalen); † 21.10.1933 in Grünberg (Schlesien); kath.; V Gerhard O., Tagelöhner; M Sophia geb. Strotmann;

∞ 1. 1914 *Emilie* Antonia geb. Hübers (1882-1928), 2. 1929 Maria Antonia geb. Schulze-Eggenrodde (1892-1937); K 4 S, 3 T.

Volksschule in Breischen; 1897 Weberlehre in Ibbenbühen, danach als Weber tätig; ab 1905 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung (Textilarbeiterverband); 1907 volkswirtschaftliches Studium beim Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchen-Gladbach sowie Ausbildung in Fragen des Rechtsschutzes und der Sozialversicherung beim Volksverein in Paderborn; 1908-10 Leiter des Arbeitersekretariats und des Volksbüros in Kempen/Niederrhein; 1911-17 Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in Bocholt; ab 1917 beim Zentralverband christlicher Textilarbeiter in Düsseldorf, dort zunächst Schriftleiter der „Textilarbeiterzeitung“, 1920 Erster Vorsitzender des Zentralverbandes; 1921 Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Berlin, 1929 dessen Vorsitzender; 1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes; kam 1933 bei einem Autounfall ums Leben.

Zentrumspolitiker

Z

Vorstandsmitglied der Zentrumspartei; LT 1932-33 Preußen (Z)
K -1910 Stadtverordneter in Kempen; 1914-19 Stadtverordneter in Bocholt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920-33 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter der Industrie), 1924-33 stellv. Vorsitzender des RWR; 1932 Vizepräsident des 71. Deutschen Katholikentages in Essen.

Auszeichnungen

Benennung von Straßen in Hopsten und Bocholt nach O.

Sozialpolitische Aktivitäten

O. nahm Einfluss auf die Sozialpolitik als leitender Gewerkschaftsfunktionär. 1921 und 1929/30 übernahm er im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands sowie im Deutschen Gewerkschaftsbund die Ämter von Adam

Stegerwald, sozialpolitisch aktiv war er zudem 1922-28 als stellv. Vorsitzender und 1928 als Präsident des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften, ferner als Vorstandsmitglied der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie, des Reichskuratoriums zur wirtschaftlichen Förderung der Textilindustrie, des Kuratoriums des Instituts für Konjunkturforschung und 1931 als Mitglied im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung. Als weitere Stationen seines sozialpolitischen Werdegangs sind zu nennen: 1920-27 Mitglied im Betriebsräteausschuss des RWR; Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland; Vorsitzender des Zentralwohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft (1927: Christliche Arbeiterhilfe e. V.). Nach der NS-Machtübernahme wurde O. 1933 Mitglied des „Großen Arbeitskonvents“ der DAF, 1933 war er Delegierter auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

Veröffentlichungen

Gewerkschaftsbewegung und soziale Ziele, 1924; Führertum und Zukunft der christlichen Gewerkschaftsbewegung, 1924; Unsere Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 1925; Die Krise der Sozialpolitik, in: Müller (Hrsg.), Krisis. Ein politisches Manifest, 1932, S. 131-139; Verfasser zahlreicher Artikel zu gewerkschaftlichen Fragen und zur Sozialpolitik.

Quellen

Lilla RWR; Niebur u. a. (Hrsg.), Besetzt, verhaftet, verboten. Nazi-Terror gegen Bocholter Gewerkschaften (Ausstellungskatalog), 2003; Reichshandbuch; IHG; Wenzel; BArch N 1519; Landesarchiv Berlin, P Rep. 555 Nr. 113; Stadtarchiv Bocholt; StA Hopsten.

Bild

Reichshandbuch.

Paetzold, Fritz Karl Franz Dr. med.
Ministerialbeamter

* 13.6.1889 in Danzig; † 3.12.1975 in Bonn; ev.; V *Karl* August Wilhelm P. (1852-90), Kaufmann; M Emma Ida *Margarethe* geb. von Kulesza (1863-1925); ∞ Charlotte geb. Auerbach (-1989); K 2 T.

Gymnasium in Danzig und Berlin; 1908 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1908-14 Studium der Medizin an der Kaiser-Wilhelms-Akademie in Berlin; 1913 Unterarzt an der Berliner Charité; 1914 Approbation, Assistenzarzt; 1914-18 Kriegsteilnehmer als Sanitätsoffizier, 1916 Oberarzt; 1917 Promotion in Berlin; 1919-20 beim Hauptversorgungsamt Berlin; 1920 nomineller Stabsarzt, Regierungsmedizinalrat beim Versorgungsamt Rheydt (Reg. Bez. Düsseldorf); 1920 Wechsel ins RAM, daneben bis 1939 privatärztlich praktizierender Arzt in Berlin; 1924 Oberregierungsmedizinalrat in der ärztlichen Abteilung des RAM (Referent für die orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten sowie für ärztliche Fragen des Arbeitsrechts); 1925 zur Versorgungsärztlichen Untersuchungsstelle beim Hauptversorgungsamt Berlin versetzt; 1927 Rückkehr ins RAM, 1933 Ministerialrat (Referent für orthopädische Versorgung, ärztliche Fragen der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, nach 1933 zudem Mitwirkung bei Fragen der Bevölkerungspolitik, ab 1938 vorrangig für ärztliche Fragen des Arbeitseinsatzes); 1943 als Referent im „Europaamt für den Arbeitseinsatz“ dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet, 1944 Leiter der Abteilung „Ärztlicher Dienst der Arbeitseinsatz- und Reichstreuhandverwaltung und Arbeitseinsatz in den Heilberufen“; 1946 Arzt am Arbeitsamt Kiel; 1947 Leiter des ärztlichen Dienstes im Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone in Lemgo, 1948 in der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt/M.; 1950 Ministerialrat im Bundesarbeitsministerium (Referent für Fragen der Arbeitsvermittlung und -versicherung, Orthopädische Versorgung sowie Tuberkulose und andere Volkskrankheiten); 1953 Leiter der Unterabteilung „Arbeitsmedizinische, versorgungs- und sozialärztliche Angelegenheiten“; 1955 Ruhestand.

Burschenschaft Franconia-Berlin 1908
Burschenschaft Märker-Berlin 1950.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1940 NSDAP;
1933 Reichsärztekammer, NSV; 1938 NSFK (förderndes Mitglied); RDB; RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie IV („Mitläufer“), 1948 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; 1942 finnisches Kommandeur-Kreuz der weißen Rose am blauen Bande; 1952 Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie; 1953 Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; 1954 Ehrensator der Technischen Universität Berlin; 1967 goldenes Diplom zum Doktorjubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

P. war 1920-55 ein maßgeblicher Gestalter des ärztlichen Dienstes des RAM sowie des Bundesarbeitsministeriums. Sein Arbeitsschwerpunkt war zunächst die orthopädische Versorgung von Kriegsbeschädigten und Erwerbsgeminderten. Auf ihn geht der Ausbau der Orthopädischen Versorgungsstellen zu fachärztlich geleiteten Dienststellen zurück, 1937 schuf P. eine „Reichsliste für orthopädische Mittel“ zur Vereinheitlichung der Versorgung im Reichsgebiet. Zum Ende der Weimarer Republik verlagerte sich sein Arbeitsschwerpunkt. 1927 fertigte er ein Gutachten über die Gestaltung des ärztlichen Dienstes bei der Arbeitsverwaltung an, 1938 baute er schließlich einen eigenen ärztlichen Dienst innerhalb der RfAVAV auf. Fortan umfasste seine Referatszuständigkeit ärztliche Fragen des Arbeitseinsatzes, die er 1943 bei der Leitung des dem GBA Fritz Sauckel unterstellten „Europaamt für den Arbeitseinsatz“ maßgeblich verantwortete. P. veranlasste im 2. Weltkrieg den Einsatz von Röntgenuntersuchungszügen bei der Auswahl ausländischer Arbeitskräfte und leitete Maßnahmen zur Eindämmung von Geschlechtskrankheiten in Frankreich und Belgien sowie sogenannte Seuchensperren in den eroberten Gebieten ein. Nach dem Krieg gründete er 1951 den Beirat für Orthopädiotechnik beim Bundesarbeitsministerium, er war Mitglied des Technischen Ausschusses „Rehabilitation“ der „Internationalen Union zur Bekämpfung der Tuberkulose“ und Leiter des Arbeitsausschusses „Arbeitsför-

sorge und Rehabilitation“ des „Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose“.

Veröffentlichungen

Entwicklung, Aufgaben und Bedeutung des ärztlichen Dienstes in der Arbeitseinsatzverwaltung, in: Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe 1941, S. 226-230; nach 1945 Mitherausgeber der Schriftenreihe „Arbeit und Gesundheit“.

Quellen

Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1, 2005; Zeitschrift für Orthopädie und ihre Grenzgebiete, 1969, S. 645; Bonner General-Anzeiger vom 29.12.1967; Bonner Rundschau vom 29.12.1967; BARBl. 1959, S. 359 f.; BArch (R 2 / 18428; R 3901 / 107460); Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland (NW 1037 BV Nr. 958; NW 1072-LB Nr. 842); Landesarchiv Berlin, S Rep. 100 Nr. 11631; Stadtarchiv Bonn; Bürgeramt Bonn; GVP RAM.

Bild

Dvorak 2005.

Pesch, Heinrich Dr. rer. pol. h. c., Dr. theol. h. c.
Nationalökonom

* 17.9.1854 in Köln; † 1.4.1926 in Valkenburg/Niederlande; kath.; V Johann Theodor P. (1805-78), Schneider; M Anna Maria geb. Stüttgen (1808-68). Bruder: Tilman Pesch (1836-99), Jesuit, Philosoph, Schriftsteller.

Gymnasium in Bonn; 1872 Studium der Theologie, 1873 Wechsel zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn (u. a. bei Erwin Nasse); 1876 Eintritt in den Jesuitenorden in Exaeten/Niederlande, 1876-77 Noviziat; 1878 Juniorat in Wijnandsrade, 1879-82 Studium der Philosophie im Jesuitenkolleg Blyenbek; 1881-84 Lehrer im Jesuitenkolleg in Feldkirch/Vorarlberg; 1885-88 theologische Studien in Ditton/England; 1887 Priesterweihe; ab 1890 Mitarbeiter (Unterstützung seines Bruders Tilman) bei der Schriftleitung der Monatsschrift „Stimmen aus Maria Laach“ (1914: „Stimmen der Zeit“) in Exaeten; 1892-1900 Spiritual im Priester-

seminar in Mainz; 1901-03 Studium der Nationalökonomie in Berlin (bei Gustav Schmoller, Adolph Wagner, Max Sering); 1903-10 Aufenthalt im Schriftstellerheim des Jesuitenordens in Luxemburg (Schloss Bellevue); 1910-25 Fortsetzung der Arbeit an seinem Lehrbuch der Nationalökonomie im Kloster „Zum guten Hirten“ (Einrichtung für gefährdete katholische Mädchen) in Berlin-Marienfelde, dort auch seelsorgliche Tätigkeit; 1925 Übersiedlung ins Ignatius-Kolleg in Valkenburg/Niederlande.

KStV Unitas Salia Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Während der Studienzeit Vorsitzender des Akademischen Bonifaziusvereins Bonn; Mitglied der Vinzenzkonferenz Bonn; nach 1910 Mitglied des Altherren-Vereins der Unitas Arminia in Berlin.

Auszeichnungen

1923 Dr. rer. pol. h. c. der Universität Köln; 1925 Dr. theol. h. c. der Universität Münster; seit 1982 Heinrich-Pesch-Preis des Unitas-Verbandes für besondere Verdienste im Bereich der Sozialwissenschaften und der sozialen Tätigkeit; Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen (Katholische Akademie Rhein-Neckar).

Sozialpolitische Aktivitäten

P. war wissenschaftlicher Vordenker der modernen katholischen Soziallehre. Er entwickelte das Solidaritätsprinzip („Christlicher Solidarismus“) als „Richtschnur“ zur sozialen Gestaltung und wurde so – später vermittelt durch Oswald von Nell-Breuning – einer der geistigen Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft. Seine Werke, insbesondere sein Lebenswerk, das fünf-bändige Lehrbuch der Nationalökonomie, wurden für die katholisch-soziale und katholisch-politische Bewegung zur Grundlage ihres Wirkens. Die wesentlichen Grundsätze der 1931 von Papst Pius XI. herausgegebenen Enzyklika „Quadragesimo anno“ stützen sich auf P. Überlegungen.

Veröffentlichungen

Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung, 2 Bde., 1896; Lehrbuch der

Nationalökonomie, 5 Bde., 1905-23; Ethik und Volkswirtschaft, 1918; Des wissenschaftlichen Sozialismus Irrgang und Ende, 1924; zu einer Bibliographie des umfangreichen Schaffens P. vgl. die Zeitschrift „Social Order“ 1951, S. 147-152; Autobiographie im Sammelwerk: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, 1924, S. 191-208.

Quellen

NDB; Mueller, Heinrich Pesch. Sein Leben und seine Lehre, 1980; Rheinische Lebensbilder Bd. 7, 1977.

Bild

Mueller 1980.

Poerschke, Stephan Gottfried Dipl.-Ing., Dr. phil.

Ministerialbeamter

* 13.4.1884 in Neustadt/Westpreußen; † 1.6.1952 in Düsseldorf; ev.-luth.; V Richard Karl P., Kaufmann (-vor 1907; M Martha geb. Woytag (-vor 1907); ∞ 1925 Auguste geb. Nickeleit (1891-1980).

1899-1902 Realgymnasium in Danzig; 1903 praktische Tätigkeit als Eleve auf der Kaiserlichen Werft zu Danzig; 1903-07 Studium des Schiff- und Maschinenbaus und der Elektrotechnik in Berlin und Danzig; 1907 Diplomprüfung für Schiffbau in Danzig; 1907-11 Gewerberreferendar im Gewerbeaufsichtsdienst beim Regierungspräsidium Düsseldorf, 1909-10 beurlaubt zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Jena; 1910 Promotion in Jena; 1911 Gewerbeassessor bei der Gewerbeinspektion in Berlin, 1913 abgeordnet ins Reichsamt des Innern (Hilfsarbeiter für Arbeiterschutzangelegenheiten); während des Krieges vorübergehende Beschäftigung beim Generalgouverneur in Belgien sowie beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, danach bis 1918 in der wirtschaftspolitischen Abteilung des Reichsamtes des Innern (Referent für Kriegswirtschaftsfragen); 1918 Regierungsrat im daraus hervorgegangenen Reichswirtschaftsamt, dann im Reichswirtschaftsministerium; ab 1919 Geh. Regierungsrat und Ministerialrat im Reichsfi-

nanzministerium, 1941 Ministerialdirigent (Referent für Reparations- und Abrüstungsfragen, ab 1925 Referent für den Haushalt des RAM, ab 1942 zudem für den Haushalt des Reichswohnungskommissars); 1945-47 Abteilungsleiter in der Zentralverwaltung des Verkehrs in Berlin/Ost; 1947-51 Ministerialdirigent im Finanzministerium in Nordrhein-Westfalen (Abteilungsleiter für Vermögensverwaltung, insbes. für die Wohnungsbaufinanzierung); 1951 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1941-45 NSV; 1933-45 Reichsluftschutzbund; Akademie für Deutsches Recht (Ausschuss für Wohlfahrts- und Fürsorge-recht).

In der Weimarer und NS-Zeit war P. Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG Berlin (Vors.), der Deutschen Bau- und Bodenbank AG Berlin (stellv. Vors.), der Deutschen Wohnstätten-Hypothekenbank AG Berlin (stellv. Vors.), der Gemeinnützigen Wohnungsbau AG Groß-Berlin, der Gemeinnützigen AG für Wohnungsbau Köln sowie des Verwaltungsrates der Deutschen Landesrentenbank Berlin; vor wie nach 1945 Mitglied des Aufsichtsrates der AG für Wirtschaftsprüfung (Deutsche Baurevision Berlin, nach 1949: Deutsche Baurevision GmbH in Düsseldorf); 1950 Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bau- und Grundstücks-AG; nach 1947 Mitglied in Aufsichtsräten verschiedener großer Siedlungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen.

Auszeichnungen

1952 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

P. kam als Wirtschaftsingenieur zur staatlichen Gewerbeaufsicht und hat in der inneren Reichsverwaltung, vor allem in der Finanzverwaltung ein breites sozialpolitisches Engagement entfaltet. Als Referent des Reichsfinanzministeriums war er zuständig für finanzielle Aspekte der deutschen Sozialpolitik. Er beaufsichtigte den Haushalt des RAM, später auch den des Reichswohnungskommissars und war so

an der Ausgestaltung der Sozialpolitik mittelbar beteiligt. Seine Interessen galten insbesondere den Gebieten der Arbeitsbeschaffung (Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten), dem Arbeitsschutz sowie Wohnungsbau. Besonders trat er hervor als Förderer des Kleinsiedlungsgedankens bzw. der Schaffung von Kleineigenheimen.

Veröffentlichungen

Die Entwicklung der Gewerbeaufsicht in Deutschland, 1911 (Diss.); Die Neugestaltung der Arbeitsaufsicht: ein Beitrag zur Verwaltungsreform, 1928; Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933, mit sämtlichen Ausführungsbestimmungen (mit Gase und Hasse), 1933; Heimstättenarbeit in Westfalen im Lichte 50jähriger staatlicher Wohnungspolitik, 1952.

Quellen

Wer leitet?, 1941/42; GSTA, I. HA Rep. 89 Nr. 27682; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland (NW Pe Nr. 7941; NW 1000, Signatur: 1878); Landesarchiv Berlin, S Rep. 100 Nr. 43995; Stadtarchiv Düsseldorf.

Pohl, Rudolf Bernhard *Wolfgang* Dr. rer. pol.

Leiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront

* 24.4.1897 in Breslau; † nach 1955 (1962 ?); ev., später „gottgläubig“; V Karl P., Ratssekretär, Major a. D.; M Helene geb. Schiemann; ∞ 1926 Ilse geb. Seeger (1904-94); K 5.

Gymnasium in Breslau und Berlin-Zehlendorf; 1917-18 wissenschaftlicher Hilfslehrer am Zehlendorfer Gymnasium; 1917-21 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Berlin, zugleich Besuch der Handelshochschule Berlin; 1921-22 Referent in der sozialpolitischen Abteilung der AEG, 1922 Promotion in Berlin und Übernahme der sozialpolitischen Redaktion in der Schriftleitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin; 1927-33 Pressereferent des Reichswirtschaftsministers und Referent für Sozialpolitik im Reichswirtschaftsministe-

rium (RWM); 1933-35 unter Beibehaltung seines sozialpolitischen Referats im RWM zugleich in der arbeitsrechtlichen Abteilung des RAM Leiter der Unterabteilung „Treuhand der Arbeit, Sozialverfassung, Lohn- und Wirtschaftspolitik“, in Würdigung seiner besonderen Aufgaben als Verbindungsmann zwischen dem RWM und dem RAM Übernahme in das Beamtenverhältnis und Ernennung zum Ministerialrat; 1933 nebenamtlich persönlicher Referent für Sozialfragen des Leiters der DAF Robert Ley (im Rang eines Abteilungsleiters bei der Obersten Leitung der Politischen Organisation der NSDAP); 1934 Ministerialdirigent; 1935-37 Ministerialdirektor im RWM, Leiter der Abteilung „Elektrizitätswirtschaft und Wirtschaftsorganisation“; 1935 Aufbau und bis 1945 Leiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront; im Mai 1945 von sowjetischen Soldaten verhaftet, und 1950 vom Landgericht Chemnitz zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Gefängnisaufenthalt in Waldheim, Halle/S. und Torgau Ende 1955 vorzeitig nach West-Berlin entlassen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP (Oberbereichsleiter, Amtsleiter in der Reichsleitung des Hauptamtes der NSBO); NSV; RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in Abwesenheit durch die Entnazifizierungskommission beim Magistrat von Groß-Berlin im Schnellverfahren entlastet.

1941 Mitglied der Akademie für deutsches Recht; Mitglied im Vorstand, Verwaltungsrat und Aufsichtsrat zahlreicher öffentlicher und gemischtwirtschaftlicher Großunternehmen der Elektrizitätswirtschaft (u. a. ab 1938 der Preußischen Elektrizitäts-A.G.) und des Bergbaus.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

P. vertrat bereits in der Endweimarer Zeit das Reichswirtschaftsministerium in sozialpolitischen Gesetzgebungsverfahren (Notverordnungen), als Ministerialbeamter wirkte er ab 1933 zentral (mit Werner Mansfeld) an der Gestaltung der NS-

Arbeitsverfassung mit (AOG 1934; AOGÖ 1934, zudem beteiligt am ErhaltG 1933). 1935 war er Gründungsmitglied des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF, das als großes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut Alternativen zur traditionellen Sozialpolitik entwickeln sollte und auch entwickelte, die aber nicht verwirklicht wurden. P. entfaltete sich in der NS-Zeit vom sozialpolitischen Koordinator zwischen den Interessen des Reichswirtschafts- und RAM sowie der Deutschen Arbeitsfront zu einem Gegenspieler des RAM. Er war Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform.

Veröffentlichungen

Untersuchungen und Vorschläge zur Wohnungsfrage (Diss.), 1922; Die Ordnung der nationalen Arbeit. Kommentar zu dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und zu dem Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben (mit Mansfeld), 1934.

Quellen

Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, 1993; Wer ist's?; BArch (R 2 / 18428; R 9361 I / 2661); Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02 Nr. 130.

Bild

Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen, DAF 1.6.1.11 Bd. 2.

Pokrantz, Richard Heinrich Bernhard Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 10.12.1862 in Bremen; † 1943; ev.; V Carl Heinrich Friedrich P. (1820-90), Kaufmann und Konsul; M Johanne Marie geb. Hoffmann; ∞ 1897 Else geb. Hoffmann.

Studium der Rechtswissenschaften u. a. in Heidelberg; 1886 Gerichtsreferendar in Celle; 1888 Regierungsreferendar in Wiesbaden; 1891-98 Regierungsassessor in Arnshagen, Stade und Hildesheim, danach bei der Regierung in Bromberg, 1901 Regierungsrat; 1909 Dezernent beim Polizeipräsidium in Berlin, ab 1911 zuständig für Handels- und Gewerbeangelegenheiten;

1915 Geh. Regierungsrat; 1918 ständiger Vertreter des Preuß. Staatskommissars für Volksernährung in der Leitung der Geschäfte des Kriegswucheramtes (nach Umgestaltung des Amtes ab 1919 Leiter des Landespolizeiamtes beim Preuß. Staatskommissar für Volksernährung); 1919 Ministerialrat im preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt (Referent für allgemeine Angelegenheiten der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege, Armenwesen und der Kriegsbeschädigtenfürsorge); 1919-28 stellv. Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1928 Ruhestand in Berlin.

Corps Guestphalia im KSCV 1883 Heidelberg.

Auszeichnungen

1911 Roter Adler-Orden 4. Klasse; 1917 Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse; 1918 Königlich Bayer. König-Ludwig-Kreuz für Heimatverdienste während der Kriegszeit, Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande.

Sozialpolitische Aktivitäten

P. vertrat als Bevollmächtigter die preußischen Interessen bei der Reichsfürsorge wie der Reichsvorsorgungsgesetzgebung. 1915-18 und erneut 1920-28 war er stellv. Staatskommissar für die Regelung der (Kriegs-)Wohlfahrtspflege in Preußen, ferner Direktoriumsmitglied des Potsdamschen Großen Militärwaisenhauses und Schloß Pretzsch, 1924 Mitglied des Preuß. Landesgesundheitsrates.

Quellen

Lilla Reichsrat; ProtPrStM; GStA, I. HA Rep. 77 Nr. 2022; Staatsarchiv Bremen.

Polligkeit, Friedrich *Wilhelm* Prof. Dr. iur., Dr. h. c. rer. pol.

Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge

* 14.5.1876 in Langenberg/Rheinland; † 27.4.1960 in Frankfurt/M.; ev.; V Johann Julius Eduard P. (1845-91), Eisenbahn-Betriebssekretär; M Helene geb. Hellbardt

(1850-1907); ∞ 1. 1907 Dorothe (*Dora*) geb. Weinrich (1873-1949); 2. 1950 Hilde Eiserhardt geb. Stahl (1888-1955); K 3 T.

Realgymnasium in Elberfeld; 1894-97 Lehre und Handlungsgehilfe bei der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld, 1898 Wechsel zur Deutschen Bank in Berlin; 1899-1902 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Bonn; 1903/04 Privatsekretär von Wilhelm Merton (Gründer u. Inhaber der Metallgesellschaft in Frankfurt/M.), 1903 Geschäftsführer des Instituts für Gemeinwohl; 1903 Mitglied des Vorstandes, 1904 zweiter Direktor, 1911 Leiter der Zentrale für private Fürsorge; 1908 Promotion an der Universität Gießen; 1911 im Zentralausschuss, 1918 Vorstandsmitglied und Schriftführer des Deutschen Vereins (DV) für Armenpflege und Wohltätigkeit in Frankfurt/M., nach dessen Umwandlung in den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge 1920 Geschäftsführer, 1921 zweiter und 1922-33 erster Vorsitzender des Vereins; nach 1933 weiterhin Geschäftsführer des auf Forschungsaufgaben reduzierten Deutschen Vereins (-1936), danach erneut Geschäftsführer des Instituts für Gemeinwohl; seit 1929 Honorarprofessor für Jugendrecht an der Universität Frankfurt/M., als solcher Arbeiten zu Fragen der NS-Sozial- und Bevölkerungspolitik; 1945 ehrenamtlicher Stadtrat, Leiter des Fürsorgeamtes in Frankfurt/M.; Wiederaufbau der Zentrale für private Fürsorge; Beteiligung an der Wiedergründung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes; 1946-48 Mitglied des Ausschusses für Wohlfahrtswesen des Länderrates der amerikanischen Zone; 1947-50 erneut Geschäftsführer und Vorsitzender des wieder zugelassenen DV, bis 1960 Mitglied in dessen Hauptausschuss.

Burschenschaft Franconia Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vielseitige ehrenamtliche Tätigkeit als Mitglied in Frankfurter oder gesamtdeutschen Fürsorgeeinrichtungen, u. a. Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Soziale Reform, des Deutschen Roten Kreuzes, des Archivs für Jugendwohlfahrt und des All-

gemeinen Fürsorgeerziehungstages (AFET); 1921-26 im Wohlfahrtsausschuss des Deutschen Städtetages; NSV, NSRB, NS-Altherrenbund.

Auszeichnungen

1917 Rot-Kreuz-Medaille III. Klasse; 1918 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1920 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weißen Bande; 1930 Preußische Staatsmedaille für Verdienste um die Volksgesundheit in Silber; 1930 Ehrenzeichen des Roten Kreuzes I. Klasse; 1946 Ehrenvorsitzender der Zentrale für private Fürsorge; 1949 Ehrenvorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes; 1951 Dr. h. c. rer. pol. in Frankfurt/M.; 1952 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; 1956 Ehrenplakette der Stadt Frankfurt/M.

Aufgrund seiner Verstrickungen in die „wissenschaftliche“ Fundierung der NS-Sozialpolitik und Sozialplanung wird seit 1999 die Wilhelm-Polligkeit-Ehrenplakette nicht mehr vergeben, das Wilhelm-Polligkeit-Institut in Frankfurt/M. wurde umbenannt.

Sozialpolitische Aktivitäten

P. initiierte in der Weimarer Republik eine systematische Politikbeeinflussung durch (seinen) sozialpolitischen Sachverstand, insbesondere das RJWG 1922 wurde durch sein Wirken geprägt. Sein Ausgangspunkt war dabei das in seiner Dissertation entwickelte Recht der Jugend auf Erziehung. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der materiellen Fürsorge nach der Inflationszeit entwickelte er systematisch begründete Vorstellungen auf der Grundlage des Individualisierungsprinzips, die auch auf den Abbau von erworbenen Rechtsansprüchen der Sozialversicherung hinausliefen (Bedürftigkeitsprinzip). Die durch die RFV 1924 und RGr 1924 eingeführte Gruppenfürsorge lehnte er ab, langfristig wirkten sich seine Ideen bei der Ausgestaltung des Bundessozialhilfegesetzes von 1962 aus. 1928 leitete P. die deutsche Delegation auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris, er fungierte als Generalsekretär des Ständigen Ausschusses der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit und trat 1932 auf deren

2. Internationalen Konferenz in Frankfurt/M. auf, 1936 war er Delegierter auf der 3. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London.

Veröffentlichungen

Strafrechtsreform und Jugendfürsorge, 1905; Das Recht des Kindes auf Erziehung (Diss.), 1907; Denkschrift zu dem Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (mit Eiserhardt), 1921; Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt (mit Friedeberg). Kommentar, 1923; Begründer des Nachrichtendienstes des Deutschen Vereins; Miterausgeber der Zeitschrift „Soziale Praxis“; 1904-1950 zahlreiche Veröffentlichungen (umfassende Bibliographie bei Stein 2009, S. 295-314).

Quellen

Stein, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen. Wilhelm Polligkeit zwischen individueller Fürsorge und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus, 2009; Tennstedt, 50 Jahre von 100, Wilhelm Polligkeit und der „Deutsche Verein“, in: Jahrbuch der Sozialarbeit 1981, S. 445-468; Krug von Nidda, Wilhelm Polligkeit, Wegbereiter einer neuzeitlichen Fürsorge, 1961.

Bild

Krug von Nidda, 1961.

Rädel, Martin *Siegfried* Engelbert Parteifunktionär

* 7.3.1893 in Copitz bei Pirna; † 10.5.1943 in Berlin-Plötzensee (hingerichtet); ev.-luth./diss.; V Albert Clemens R. (1866-1936), Buchdrucker; M Marie Auguste geb. Locke; ∞ 1919 Frieda Martha geb. Lowke (1894-1980), gesch.; ab 1927 Lebensgem. mit Maria Elisabeth Wilhelmine Weiterer geb. Tebbe (1899-1976); K 2 S.

Besuch der Volksschule in Pirna, 1907-10 Bau- und Möbeltischlerlehre; Zimmermannsgeselle in Schmiedeberg; 1913-18 Militärdienst, Teilnahme am 1. Weltkrieg; 1918 im Arbeiter- und Soldatenrat Pirna; bis 1924 Betriebszimmermann im Kunstseidenwerk Küttner in Pirna; ab 1924 Parteiangehöriger der KPD, Organisationsleiter, 1925 politischer Leiter der Bezirksleitung Ostsachsen, 1928 des Bezirks Westsachsen, 1926 zwischenzeitlich im Zen-

tralkomitee (ZK) in Berlin für das Sachgebiet Sozialpolitik tätig; 1931 Leiter der Abteilung Sozialpolitik im ZK der KPD; 1933 zum illegalen Leiter der KPD in Sachsen berufen, danach Emigration, Leiter der Grenzstelle der KPD in Prag; 1934 Referent für Sozialpolitik im deutschen Sektor der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau; 1935 Emigrationsleiter in der Schweiz, nach Verhaftung und Ausweisung 1936-39 Emigrationsleitung der in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten in Paris; 1939 Verhaftung durch die französische Polizei und Internierung im Camp du Vernet, 1941 Unterbringung im Geheimgefängnis Castres; 1942 Auslieferung an die Gestapo; 1943 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

kommunistischer Politiker

1912 SPD, 1918 USPD, 1919 KPD.

KPD-Ortsgruppenleiter, später Unterbezirksleiter in Pirna; 1921-24 Zentralausschuss der KPD, 1929 Kandidat des ZK, 1939 Mitglied des ZK der KPD; RT 1924-30 WK 28 Dresden-Bautzen (KPD); 1930-32 WK 29 Leipzig (KPD); 1932-33 WK 28 Dresden-Bautzen (KPD). K 1921-32 Stadtverordneter in Pirna (KPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1909 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend; 1910 Deutscher Holzarbeiterverband, 1920 Deutscher Textilarbeiterverband.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; bis 1990 Namensgeber des Kunstseidewerks in Pirna; Briefmarke der DDR-Post; Gedenktafel am Deutschen Reichstag; Namensgeber von Straßen in Pirna und Heidenau.

Sozialpolitische Aktivitäten

R. war einer der führenden Funktionäre der sozialpolitischen Aktivitäten der KPD, seine Schwerpunkte waren die Betriebsratsarbeit und die Arbeit der Roten Hilfe. Er war ab 1925 Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages und sozialpolitischer Sprecher der KPD-Reichstagsfraktion. Stationen seines Werdegangs waren: 1920 Vorsitzender des Betriebsrats

des Kunstseidewerks Küttner in Pirna; 1922 Mitglied des Reichsausschusses deutscher Betriebsräte; 1922-23 Sekretär des Landesauschusses Sozialistischer Betriebsräte Sachsens; 1930-33 Leiter der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arso), Mitglied der Roten Hilfe, der Internationalen Roten Arbeiterhilfe sowie des Internationalen Bundes für Opfer des Krieges und der Arbeit; nach 1933 Organisator des sozialen Unterstützungswesens für kommunistische Emigranten; stellv. Vorsitzender der Vereinigung deutscher Emigranten in Frankreich und Mitglied des Internationalen Beirats beim Oberkommissar des Völkerbundes für deutsche Flüchtlinge.

Veröffentlichungen

1928-30 und 1932-33 Herausgeber der Arso-Zeitschrift „Proletarische Sozialpolitik“.

Quellen

Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2004; Schumacher M.d.R.; Bio. Emig.; Fölster/Weiterer, Siegfried Rädels. Aus seinem Leben, 1980; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, 1970; Ein Leben voller Kampf für die Arbeiterklasse. Siegfried Rädels, [1961]; BAArch R 3017 / 5711; Archivverbund Pirna.

Bild

Weber/Herbst 2004, S. 584.

Richter, Lothar Prof. Dr. iur., Dr. rer. pol. Ministerialbeamter

* 22.8.1894 in Myslowitz/Krs. Kattowitz; † 11.11.1948 in Halifax/Kanada; ev.; V Paul R., Rechtsanwalt; M Eveline geb. Mandowski; ∞ 1925 Johanna geb. Wezel (1888-1968); K 1 S.

Gymnasium in Myslowitz; 1912 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Breslau; 1915 Studium der Theologie, Philosophie und Pädagogik in Leipzig; 1916 Promotion (Dr. iur.) in Breslau, Referendar in Ohlau; 1917 Sprachstudium in Großbritannien und Frankreich; 1917-19 Geschäftsführer des Kreiswohl-

fahrtsamtes Landeshut (Schlesien); 1919 Promotion (Dr. rer. pol.) in Breslau; 1920 Eintritt ins RAM, 1921 Regierungsamtmann, 1923 Regierungsrat, 1929 Oberregierungsrat (Referent für Kriegsbeschädigtenfragen, Fürsorgerecht, später für Unfallversicherung); 1933 nach dem BBG wegen seiner jüdischen Herkunft aus dem Dienst entlassen, Emigration nach Großbritannien, Professor für Arbeitsrecht und Sozialversicherung an der Universität Leeds; 1934 Übersiedlung nach Kanada, Professor für deutsche Studien an der Dalhousie University in Halifax, 1936 Professor für Wirtschafts- und Politikwissenschaften; Gründer und 1936-48 Direktor des Institute of Public Affairs; verstarb an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Lehrbeauftragter des Evangelischen Johannesstiftes in Berlin; Vorstandsmitglied der International Folk High School in Elsinore/Dänemark.

Sozialpolitische Aktivitäten

R. machte sich einen Namen durch die wissenschaftliche Qualität seiner Publikationen zum Fürsorgerecht, nach seinem Wechsel in die sozialversicherungsrechtliche Abteilung des RAM (um 1925) auch zu rechtlichen Fragen der Unfallversicherung und der Berufsfürsorge. Zu Beginn seiner Karriere im RAM war er eingebunden in die Schaffung der RFV 1924 und der RGr 1924, später beteiligt an den Entwürfen zu den UnfVersGNov 1925 und 1928. Seine Veröffentlichungen nach 1933 decken ein breites Spektrum sozialpolitischer und sozialrechtlicher Fragen in Kanada ab.

Veröffentlichungen

Kreiswohlfahrtsamt und ländliche Wohlfahrtspflege. Die Organisation der Wohlfahrtsarbeit in den Landkreisen (Diss.), 1919; Die Versorgung und die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene nach dem geltenden Reichsrecht (mit Weigert), 1921; Die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung (mit Wölz), 1922; Die Fürsorgepflicht (mit Wölz und Ruppert), 1924; Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter mit den einschlägigen Vorschriften, 1927; Die

Verordnung über Krankenbehandlung und Berufsfürsorge in der Unfallversicherung, 1929; Die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, 1929; Krankenbehandlung und Berufsfürsorge in der Unfallversicherung, 1930; Canada's unemployment problem (mit Cassidy), 1939; Mitherausgeber des Handwörterbuchs der Wohlfahrtspflege 1924; bis 1933 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung. Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung“; ab 1937 Redakteur der Zeitschrift „Public Affairs“.

Quellen

Waite, The Lives of Dalhousie University Vol. Two, 1998; Bio. Emig.; Bates, Obituary: Lothar Richter (1894-1948), in: Canadian Journal of Economics and Political Science 1949, S. 543 ff.; Dalhousie University Archives, Halifax; GVP RAM.

Richter, Lutz (Ludwig) Gerhard Hermann
Prof. Dr. iur.
Rechtswissenschaftler

* 19.3.1891 in Crimmitschau/Krs. Zwickau; † 25.11.1945 im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Jelabuga; ev.-luth.; V Hermann Hubert *Maximilian* R. (1860-1905), Amtsrichter; M *Sophie* Emilie geb. Gebhardt (1865-1946); ∞ 1919 *Charlotte*-Marie geb. Bewer (1891-1960); K 1 S, 1 T.

-1910 Gymnasium in Dresden; 1910-13 Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg, München und Leipzig; ab 1913 Gerichtsreferendar; 1913-14 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Promotion in Leipzig; 1921 Gerichtsassessor, Assistent am Institut für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig; 1923 Habilitation in Leipzig, Privatdozent, 1926 ao. Prof., 1930 planmäßiger ao. Prof. für Arbeitsrecht in Leipzig; 1931 Gastsemester in Riga; 1935-42 kommissarischer Leiter des Instituts für Arbeitsrecht in Leipzig; 1942 o. Prof. für öffentliches Recht in Königsberg und Direktor des Juristischen Seminars der Universität Königsberg; 1942-44 Lehrstuhlvertretungen in Leipzig und Breslau; 1944 im „Volkssturm“, 1945 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft ums Leben gekommen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1924-33 Mitglied der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer; 1928 Richter bei der Kreishauptmannschaft Leipzig (Verwaltungsgericht); 1938 korrespondierendes Mitglied des Instituts zum Studium und zur Erziehung der Arbeiterschaft in Bukarest; 1943 ständiger Mitarbeiter für Siedlungspolitik und Siedlungsrecht beim Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (Zentralbodenamt); NSV.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1916 Sächs. Albrechts-Orden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

R. sozialpolitische Bedeutung beruht auf seinen systematisierenden Studien zum Sozialversicherungsrecht, insbesondere dem der gesetzlichen Krankenversicherung (Kassenarztrecht, Organisationsrecht der Krankenkassen). Das wichtigste Werk war sein als (erstes) Lehrbuch angelegtes „Sozialversicherungsrecht“, dessen Darstellung sich teilweise von der Gesetzessystematik zugunsten übergreifender Ordnungsbegriffe entfernte. R. Arbeiten waren grundlegend zur Etablierung des Sozialrechts als wissenschaftliche Disziplin. Daneben arbeitete er auch als Arbeitsrechtler: Er betonte den zeitlich-personalen Gehalt des Arbeitsverhältnisses und begründete damit dessen Eigenständigkeit. Für die Gewerkschaften legte er einen Entwurf zu einem Arbeitsvertragsgesetz vor.

Nach der NS-Machtergreifung galt R. wegen seiner Gewerkschaftsnähe in hohen NSDAP-Parteikreisen einerseits als „politisch nicht zuverlässig“, wurde andererseits jedoch als international angesehener Experte des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts gewertet und als Sondertreuhänder der Heimarbeit für die Deutsche Festartikelindustrie (1934) bzw. als Sondertreuhänder der Heimarbeit für das Rauchwarengewerbe für Sachsen, Thüringen und Mittelbe (1938) vereinnahmt. Seit 1934 war R. Mitglied der Ausschüsse Arbeitsrecht, Sozialversicherung und Versorgungsrecht der Akademie für Deutsches Recht; Präsident des Internationalen Kongresses der Sozialversicherungsfachleute.

Veröffentlichungen

Verfasser einer bemerkenswerten Anzahl von Monographien, u.a.: Arbeitsrecht als Rechtsbegriff, 1923; Die Einrichtungen der kassenärztlichen Selbstverwaltung, 1927; Zur Arbeitszeitfrage, 1928; Grundverhältnisse des Arbeitsrechts, 1928; Die faschistische Arbeitsverfassung, 1929; Sozialversicherungsrecht, 1931; Das Kassenarztrecht von 1931/32, 1932; Das Tarifrecht unter der Diktatur, 1932; Treuhänder der Arbeit, 1933; Grundriss der Reichsversicherung, 1935; Der neue Entwurf eines deutschen Gesetzes über das Arbeitsverhältnis, 1938; Was die deutsche Sozialversicherung für Volk und Staat bedeutet, 1938; Herausgeber / Mitherausgeber von: „Der Arzt in Recht und Gesellschaft“, „Archiv für Rechtspflege in Sachsen, Thüringen und Anhalt“, „Das Sozialversicherungsrecht“, „Handbuch der Reichsversicherung“ 1936.

Quellen

Becker; Mikešić, Sozialrecht als wissenschaftliche Disziplin, 2002; NDB; Wer ist's?; BArch (DS A 55; DS B 38; PK P 120).

Ritter, Erwin Dr. iur. Ministerialbeamter

* 17.3.1876 in Müllheim (Baden); † 19.12.1936 in Karlsruhe; kath.; V Heribert R. (1843-1901), Bezirksarzt in Lörrach, Medizinalrat; M Maria geb. Echtele (1846-1930); ledig.

-1898 Gymnasium in Lörrach; Studium der Rechtswissenschaften in Basel, Heidelberg, München und Freiburg/Br.; 1898 Rechtspraktikant in Müllheim; 1900 Promotion in Freiburg/Br.; 1901 Gerichtsassessor; 1903 Amtsrichter und Ministerialsekretär im bad. Ministerium der Justiz, des Kultus und des Unterrichts; 1905 Hilfsarbeiter bei der Direktion der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim; 1906-10 Amtsrichter in Karlsruhe (Strafrichter, Gefängnisvorsteher und Jugendrichter); 1908 Oberamtsrichter, 1910 Landgerichtsrat in Karlsruhe; 1911 Regierungsrat im bad. Ministerium der Justiz, des Kultus und des Unterrichts; 1914 Ministerialrat und Vortragender Rat im bad. Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, 1915-19 zugleich Geschäftsführer und stellv.

Vorsitzender des bad. Landesausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge; nebenamtlich Dozent für Deutsches Staatsrecht an der TH Karlsruhe; 1920-29 Ministerialdirektor im RAM (Leiter der Abt. „Soziale Fürsorge“ (1923: „Wohlfahrtspflege“, einschließlich Wohnungs- und Siedlungswesen); 1929-33 Divisionschef bei der ILO in Genf.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1915-19 Mitglied des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Mitglied der Prüfungskommission für die juristische Staatsprüfung.

Auszeichnungen

U. a. Eisernes Kreuz am weißen Bande; Rotkreuzmedaille 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

R. führte 1921 als Ministerialdirektor im RAM die von ihm allgemein geforderte „Gesetzesinventur“ und Verwaltungsvereinfachung im Bereich der Sozialen Fürsorge durch. Mit der „Denkschrift über die Vorarbeiten zu einem Reichswohlfahrtsgesetz“ (1923) bestimmte er Ausgangspunkt und Ziel der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Die RFV 1924 und die RGr 1924 entstanden unter seiner Leitung nach den von ihm aufgestellten Grundsätzen, direkt beteiligt war er u. a. am ArbNachweisG 1922 und am KleinrentFG 1923. R. vertrat die Abkehr von der Individualisierung im Fürsorgerecht zugunsten einer abgestuften Gruppenfürsorge und der öffentlichen Förderung der privaten Spitzenverbände (u. a. Deutscher Caritasverband und Innere Mission). Der freien Wohlfahrtspflege wurde ihr Aufgabenbereich entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip gesichert bzw. gegenüber den Kommunen vorrangig eingeräumt („duales System“). Mit dem Wechsel von Heinrich Brauns (Z) zu Rudolf Wissell (SPD) an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums wurde R. an die ILO befördert.

Veröffentlichungen

Auf dem Wege zum Volksstaat, 1919; Von der öffentlichen Verwaltung. Gedanken zum Umbau und Aufbau, 1921; Denkschrift über die Vorarbeiten zu einem Reichswohlfahrtsgesetz v.

14.2.1923, in: Dünner (Hrsg.), Reichsfürsorgerecht, 1925; Freie Reichsländer. Vorschläge zum Ausbau des Reichs, 1927; Die Sprache im internationalen Verkehr, 1931; Vom Völkerbund zum Weltbund, 1934.

Quellen

NDB; ProtPrStM; Caritas 1937, S. 24; ILO Archives Geneva, Personnel File No. 2256; Generallandesarchiv Karlsruhe Sign. 234 Nr. 13924; Stadtarchiv Karlsruhe.

Bild

BArch, Bild 116-421-62.

Rosenberg, Lothar Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 1.1.1895 in Tremessen/Krs. Mogilno (Prov. Posen); † 9.1.1979 in Berlin-Wilmersdorf; ev.; V *Ernst* Paul Louis R. (1862-1939), Amtsrichter; M *Margarete* Auguste Emilie Antonie geb. Grünenthal (1862-1924); ∞ 1926 Marie Luise geb. Rosenberg (1891-); K 1 T.

Gymnasium in Stettin, Charlottenburg und Leipzig; 1913 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig und München; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Gerichtsreferendar im sächs. Justizdienst; 1922 Gerichtsassessor; 1923 Promotion in Leipzig; 1923 Assessor in der Abteilung Wohlfahrtspflege im RAM, 1925 Regierungsrat (Referent u. a. für die gehobene Fürsorge), 1927-28 abgeordnet als Sozialattaché zur Deutschen Botschaft in London; 1929 Oberregierungsrat, 1933 Ministerialrat im RAM (Referent für zwischenstaatliche Fragen der Sozialversicherung, Sonderreferent für Großbritannien und Irland); 1932-40 Leiter der Unterabteilung „Wohlfahrtspflege und internationale Sozialpolitik“ (1940-44: „Wohlfahrtspflege und zwischenstaatliche Sozialversicherung“, 1944 auch für die „Sozialversicherung in den besetzten Gebieten“ zuständig), 1944-45 Leiter der Unterabteilung „Fürsorge“; 1945-52 Leiter des Referats Sozialversicherung sowie der Hauptabteilung Berufsfürsorge für Schwerbeschädigte bei der Versicherungsanstalt Berlin; 1953 Direktor in der Senatskanz-

lei des Landes Berlin; 1954 Senatsrat beim Senator für Arbeit und Sozialwesen in Berlin, 1955 Senatsdirektor für den Aufgabenbereich Sozialwesen; 1959 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1939 ehrenamtliche Tätigkeit in der NSDAP-Ortsgruppe Fehrbellin; NSRB; RDB; NSFK; RLB; NSV; NSOG; Reichskolonialbund; ein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP scheiterte 1942 (Ablehnung wegen „kirchlich-politischer“ Bindung).

Auszeichnungen

1916 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1917 Eisernes Kreuz 1. Klasse, Ritterkreuz 2. Klasse des Sächs. Albrechtsordens mit Schwertern; 1918 Ritterkreuz 2. Klasse des Sächs. Verdienstordens mit Schwertern, Ritterkreuz des Königlich Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern; 1934 Verdienstkreuz des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes, Ehrenkreuz für Frontkämpfer; 1936 Wichern-Plakette des Central-Ausschusses für die Innere Mission der deutschen Evangelischen Kirche; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1961 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; Ehrenmitglied des Allgemeinen Blindenvereins Berlin e.V.; Goldene Ehrennadel des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V.

Sozialpolitische Aktivitäten

R. war von 1928-45 maßgeblich an den zwischenstaatlichen Gegenseitigkeitsverträgen auf dem Gebiet der Sozialversicherung und in der NS-Zeit führend an der Gesetzgebung zur Wohlfahrtspflege beteiligt, er galt als besonders befähigter „Gesetzestecher“. 1937 war R. Hilfsrichter beim Bundesamt für das Heimatwesen, 1938-40 dessen ständiges Mitglied; 1955-67 Mitglied des Hauptausschusses des DV, dort im Ständigen Ausschuss für gemeinsame Fragen der Fürsorge und der Arbeitsverwaltung sowie im Ausschuss für Fragen der Fürsorge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätig; 1964 Vorsitzender des Vereins „Liga für Altershilfe“; Mitglied des Sozialen Beirats der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft; Mit-

arbeit in Fachausschüssen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Berlin e.V.

Veröffentlichungen

Die Fürsorge des Reichs für Versicherte aus den abgetretenen Gebieten, 1931; Die Wohlfahrtspflege im neuen Staat, in: Jahrbuch für Sozialpolitik 1937, S. 155-159; Die soziale Betreuung der Berliner, 1963; 1927-33 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung“; 1923-35 Aufsätze über Fragen der Wohlfahrtspflege und der zwischenstaatlichen Sozialversicherung in Fachzeitschriften sowie im RArchBl.

Quellen

Bartholomäi u. a., Sozialpolitik nach 1945, 1977; NDV 1965, S. 36 u. 1975, S. 28; BArch (OPG-Akten H 116; PK K 55; R 1501 / 210129-210130); Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes; Staatsarchiv Leipzig; Sozialarchiv des DV; Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin; GVP RAM.

Rotenhan, Wolfram Walter Hermann Julius Freiherr von
Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes

* 27.2.1887 in Berlin; † 17.4.1950 in Lichtenstein (Krs. Haßfurt, Unterfranken); ev.; V Ludwig Hermann Freiherr von R. (1850-1922), Offizier; M Anna Maria geb. von Eichel (1860-1903); ∞ 1937 Anna Margarete Lotte geb. Arndt (1906-1993).

Gymnasium in Bamberg und Nürnberg; 1901-04 Kadettenanstalt in Naumburg, 1904-08 Kadettenkorps in Berlin-Lichterfelde; 1908 Abitur, Fähnrich im Ulanen-Regiment Nr. 13 (Hannover), 1909 Offizier; 1910 nach Erkrankung dienstuntauglich, Ende der militärischen Laufbahn; 1910-14 Studium der Philosophie und Rechtswissenschaften in Berlin, Bonn und Marburg; 1914-24 stellv. Abteilungsleiter in der Zentrale des DRK in Berlin (zuständig für Flüchtlingsfürsorge und Kriegsgefangene, ab 1918 für Ausgewiesene aus den besetzten Gebieten und Rückkehr von Kriegsgefangenen); 1924-37 Generalsekretär des DRK; 1937 Ruhestand; während des 2. Weltkriegs bis 1944 (ziviler) Abtei-

lungsleiter für Kriegsgefangenenbetreuung im Rang eines Oberst beim Oberkommando der Wehrmacht.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Johannes-Rehmke-Gesellschaft, der Deutschen Gesellschaft 1914 und der Casino-Gesellschaft Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

v. R. war über 20 Jahre Generalsekretär des DRK, in dieser Zeit wirkte er maßgeblich daran mit, die Organisation von einem auf vaterländischen Sanitätsdienst im Kriege ausgerichteten Verband zu einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege umzuwandeln, der Mitglied in der Liga der freien Wohlfahrtspflege wurde. Zunächst leitete er eine Abteilung, die im Auftrag der Reichsregierung und mit Reichsmitteln die gesamte amtliche Fürsorge für die Vertriebenen aus dem Ausland und den abgetretenen Gebieten durchzuführen hatte. Als Generalsekretär baute er die Beziehungen zum Internationalen Roten Kreuz wieder auf, im 2. Weltkrieg diente er als Verbindungsmann zwischen dem DRK und dem Internationalen Roten Kreuz in Genf.

Quellen

Von Künßberg, Lebensbilder aus Siethen und Wernstein, 2013; Freiherr von Rotenhan, Geschichte der Familie Rotenhan. Fortsetzung der Familiengeschichte des Julius Freiherr v. Rotenhan von 1865, 1989; Wer ist's?; Reichshandbuch; Archiv des DRK-Generalsekretariats, Personalakte Freiherr von Rotenhan PA 199.

Bild

Reichshandbuch.

Ruppert, Fritz (Friedrich) Philipp Ministerialbeamter

* 16.11.1887 in Wiesbaden; † 10.10.1945 im Speziallager 4 Landsberg/W.; ev.; V Philipp R. (1844-1910), Kaufmann; M Caroline Emilie geb. Stützer (1860- nach 1933); ∞ 1915 Maria Georgine geb. Eller (1894-1982); K 3 S.

Gymnasium in Wiesbaden; 1906 Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Marburg und Berlin; 1910-11 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1910 Gerichtsreferendar in Braunfels, Wiesbaden und Berlin; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Gerichtsassessor beim Amtsgericht Berlin-Wedding; 1919 kommissarischer Hilfsarbeiter in der Abteilung Volksgesundheit und Wohlfahrtspflege im Reichsministerium des Innern, 1920 Regierungsrat, 1923 Oberregierungsrat, 1927 Ministerialrat (1919-23 Sachbearbeiter für die Hilfsaktionen für Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen und aus Polen, ab 1924 maßgebliche Verantwortung für den Anteil des Reichsinnenministeriums an der Fürsorgegesetzgebung); 1933 Wechsel in die Kommunalabteilung des Reichsministeriums des Innern (Referent für öffentliche Fürsorge, allgemeine Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt), ab 1939 Leiter der Abteilung „Wohlfahrtspflege“ in der Gesundheitsabteilung des Ministeriums; 1924-40 nebenamtliches Mitglied des Bundesamtes für das Heimatwesen; 1944 wegen der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau zur Entlassung aus dem Reichsdienst vorgesehen, zugleich Verhaftung wegen angeblicher sittlicher Verfehlungen; auf Veranlassung Heinrich Himmlers pensioniert und 1945 in einem Rüstungsbetrieb dienstverpflichtet; in russischer Gefangenschaft ums Leben gekommen.

Corps Teutonia Marburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSV, NSOG; 1934 NSRB, RDB; 1935 NSFK; 1936 RLB, Antrag auf Aufnahme in die NSDAP 1940 abgelehnt.

1930 Dozent an der Deutschen Akademie für pädagogische und soziale Frauenarbeit, 1933 nebenamtlicher Dozent beim Berliner Verein für Volkserziehung (Pestalozzi-Fröbelhaus).

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1918 Verdunetenabzeichen; Eisernes Kreuz 1. Klasse; 1920 Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse, 1925 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 2. und 1933 1. Klasse; 1934 Ehrenkreuz für Frontkämpfer; 1936 Deut-

ches Olympia-Ehrenzeichen, 1938 Treudienst-Ehrenzeichen; 1939 Ostmark-Medaille; Sudetenland-Medaille; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

R. oblag die Interessenwahrnehmung des Reichsministeriums des Innern in der Fürsorgegesetzgebung, für die ab 1923 das RAM ressortmäßig zuständig war. Er hatte Anteil an den Vorbereitungen des KleinentFG 1923 und der RFV 1924, im weiteren Verlauf der Weimarer Republik war R. eingebunden in gemeinsame Gesetzesvorhaben wie dem Wandererfürsorgegesetz und dem Bewahrungsgesetz, für das er 1927/28 Entwürfe vorlegte (nicht umgesetzt). Nachdem 1936 die Kompetenz in der Fürsorgegesetzgebung zu wesentlichen Teilen auf das Reichsministerium des Innern übergegangen war, umfasste seine Referatszuständigkeit die (konfliktreiche) Bearbeitung von Fragen der Stellung der NSV im System der kommunalen und freien Wohlfahrtspflege, verantwortlich zeichnete er ferner für den Entwurf eines Wandererfürsorgegesetzes (1937), die weitere Bearbeitung des Bewahrungsgesetzes (beide nicht umgesetzt infolge der Zuständigkeitsverlagerung auf Kriminalpolizei und Gestapo) sowie für Maßnahmen gegen „Gemeinschaftsfremde“. Maßgeblich beteiligt war er am FürsRichtsätzeErl. 1941. Zuständig war R. ferner für folgende Regelungsbereiche: 1935 Hebammenversorgung; 1937 Arbeitslosenhilfe nach Wehr- und Arbeitsdienst; 1937 Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz; Durchführungsverordnungen für das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.

Stationen seines sozialpolitischen Werdeganges waren: Bis 1933 Mitglied des Hauptausschusses des DV; 1930 Teilnahme an der Sitzung des Juristischen Unterausschusses der Jugendwohlfahrtskommission des Völkerbundes in Paris; 1928 Delegierter auf der Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris, 1932 auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. und 1936 auf der 3. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London; 1938 Mitglied des Ausschusses für Wohlfahrts- und Fürsorgerecht bei der Akademie für Deut-

ches Recht; 1939 Generalführer und 1943 Generalhauptführer des Deutschen Roten Kreuzes.

Veröffentlichungen

Die Fürsorgepflicht (mit Wölz und Richter), 1924; Die Unterstützung der Angehörigen der Wehr- und Arbeitsdienstpflichtigen, 1936; Das Recht der öffentlichen Fürsorge (Fortführung der Textsammlung von August Schott 1936), 1936 ff.; Bewahrungsgesetz, in: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 1929, S. 485-497; ab 1925 ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Fürsorge“; Herausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ (mit Zeitler); bei einer Vielzahl von Fachzeitschriften ständiger Berichtersteller über die Rechtsprechung des Bundesamtes für das Heimatwesen und über andere fürsorgerechtliche Fragen.

Quellen

Willing, Das Bewahrungsgesetz (1918-1967), 2003; Maier; BArch (R 1501 / 210211-210220; R 3001 / 73187; OPG H 127); AdP; Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes; Stadtarchiv Mainz.

Sauerborn, Maximilian Heinrich Dr. h.c. Ministerialbeamter

* 28.8.1889 in Montabaur; † 17.5.1963 in Bonn-Beuel; kath.; V Johannes S. (1854-1919), Gymnasiallehrer; M Elise geb. Heibel (-1942); ∞ 1922 Maria Anna geb. Baur (1887-1972).

Gymnasium in Montabaur; 1908 zunächst Studium der Medizin, bis 1911 der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br., München und Marburg; 1911-20 Gerichtsreferendar in Montabaur, Neuwid und Frankfurt/M., dazwischen 1912-13 einjährig-freiwilliger Militärdienst, 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1920 Gerichtsassessor in Düsseldorf und Frankfurt/M.; 1921-23 ständiger Hilfsrichter beim Landgericht Frankfurt/M.; 1923 Hilfsarbeiter im RAM (Referat Unfallversicherung), 1924 Regierungsrat, 1927 Oberregierungsrat, 1931 Ministerialrat (Referent für Krankenversicherung); 1940 Beurlaubung, Beschäftigung in der Chemischen Fabrik Baur Gabel & Cie. in Köln; 1941 Rückkehr ins RAM (Leiter der Unterabtei-

lung Kranken- und Rentenversicherung); 1943 Verlegung in die Ausweichstelle des RAM Züllichau; März 1945 Leiter des Verbindungsstabs des RAM in Rothenburg o.d.T.; 1945-46 in US-amerikanischer Internierung in Hammelburg, danach selbständig; 1947 Referent für Sonderaufgaben im Bereich der Sozialversicherung im bayer. Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge; 1949 Präsident des bayer. Landesversicherungsamtes; ab 1949 im Bundesarbeitsministerium, 1950 Staatssekretär; 1957 Ruhestand.

KStV Burgundia München; KStV Hohenstaufen Freiburg/Br.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Bis 1933 Z

1933 RDB; 1934 NSRB, NSV, RLB;

Von der Spruchkammer Rothenburg o.d.T. 1946 als von der Entnazifizierung „nicht betroffen“ eingestuft.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse, 1917 1. Klasse; 1916 Türkischer Eiserner Halbmond; Hamburger Hanseatenkreuz, Bulgarischer Militärverdienstorden; Treudienst-Ehrenzeichen; Ostmark-Medaille; Sudetenland-Medaille; Westwall-Medaille; 1942/43 Kriegsverdienstkreuz 2. und 1. Klasse; 1954 Ehrendoktor der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, im selben Jahr Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland; 1956 Großkreuz des Verdienstordens der Italienischen Republik; 1961 Ehrenzeichen der deutschen Ärzteschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. war einer der führenden Vertreter der klassischen Sozialversicherung im RAM sowie im späteren Bundesarbeitsministerium. Sein fachlicher Schwerpunkt war die Krankenversicherung, insbesondere die Ausgestaltung des Kassenarztrechts – ab 1924 umfasste seine Zuständigkeit auch den Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen. 1931 trug er dazu bei, eine Verstaatlichung von Kassenärzten zu vermeiden. Bis 1933 war er ferner maßgeblich

eingebunden in die Ausgestaltung der Familienhilfe in der Krankenversicherung sowie der Wochenhilfe und Familienwochenhilfe. Auf ihn geht zurück die Krank-SeeVersG 1927, schwerpunktmäßig beteiligt war er ferner an: RKGNov 1926; AVGNov 1926; AVAVG 1927; NotVO 1930; NotVO II 1931; KassenärztlVersVO 1932. Nach 1933 blieb er Hauptreferent für die Krankenversicherung. In seine Referatszuständigkeit fiel 1938 die Angleichung des Deutschen Sozialversicherungsrechts in Österreich. S. widersetzte sich in der NS-Zeit (mit Zschimmer und Eckert) den auf die Sozialversicherung zielenden Vereinnahmungsbestrebungen der DAF und der Reichsgesundheitsführung sowie dem Zugriff des Reichsfinanzministeriums auf Mitgliederbeiträge in der Sozialversicherung. Nach 1945 trat er für den Erhalt der klassischen gegliederten Sozialversicherung ein, er förderte die gesetzliche Neuordnung des Kassenarztrechts auf der Grundlage seiner Erfahrungen in der Weimarer Republik. Gewürdigt wurde S. als „Nestor der deutschen Krankenversicherung“.

Stationen seiner Karriere nach 1945 waren: 1946 Sachverständiger in der Arbeitsgemeinschaft Sozialversicherung des Direktoriums in der US-Zone; 1946-47 Vorsitzender des Ausschusses für Ärzte und Krankenkassen in der Britischen Zone; 1948 Vorsitzender des Arbeitsausschusses Selbstverwaltung der Bizone; Vorsitzender des Bundesschiedsamtes (Kassenarztrecht); 1927 und 1951-58 Leiter der deutschen Delegationen bei der ILO in Genf (bereits 1929 Mitglied), 1954-58 Vertreter der Bundesregierung im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation; Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung.

Veröffentlichungen

Die Reichsversicherungsordnung in ihrer jetzigen Fassung und die zu ihrer Änderung und Ausführung ergangenen Vorschriften (mit Schulz und Eckert), 1925; Schiedsamtsverfahren für Knappschaftsärzte und Knappschaften (mit Wegener), 1926; Erläuterungen der Notverordnung zur Sozialversicherung vom 26. Juli 1930 (mit Grieser und Eckert), 1930; Die Sozialversicherungsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland in jeweils geltender Fassung (mit Eckert), 1950

ff.; 1927-39 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung“; Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Quellen

Schwoch; Kater, Politiker und Ärzte, 1968; BArBl. 1957, S. 297 ff. / 1963, S. 378 f.; Die Ersatzkasse 1959, S. 231/1963, S. 149; OKK 1957, S. 101f. / 1959, S. 407; Wer ist wer?; BArch (R 2/18428; R 3001/73522); Staatsarchiv Nürnberg, Spruchkammer Rothenburg/Tauber, Nr. S 11; Personalunterlagen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Referat ZA 2; Landesarchiv NRW (StA Köln); StA Montabaur; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-32.

Schäffer, Hugo Dr. iur. h. c.
Präsident des Reichsversicherungsamtes

* 13.6.1875 in Edelfingen/Krs. Mergentheim (Württemberg); † 25.8.1945 in Stuttgart; ev.; V *Karl* Josef Robert Sch. (1831-1914), Pfarrer; M *Karoline* geb. Oehm (1847-1911); ∞ 1904 *Johanna* Sofie geb. Klüpfel (1880-1971 – Tochter des Finanzrats Ludwig Klüpfel, Fa. Krupp); K 2 S, 2 T.

Lateinschule in Göppingen; 1889-93 Besuch eines evangelisch-theologischen Seminars in Maulbronn und Blaubeuren; 1893-95 Studium der Theologie in Tübingen, dazwischen 1893-94 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1895-99 Studium der Kameralwissenschaft in Tübingen und Berlin; 1899-1901 Finanzreferendar 2. Klasse in Backnang und Stuttgart; 1901 Finanzassessor; 1901-02 Vorbereitung und Präsentation der Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen der Firma Friedrich Krupp auf der Industrieausstellung in Düsseldorf; 1902 Wechsel in den höheren württemb. Verwaltungsdienst und als Amtmann in Öhringen und Gmünd tätig; 1905 Hilfsarbeiter bei der Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Württemberg; 1906 Assessor im württemb. Ministerium des Innern; 1907 Oberamtmann (Landrat) in Künzelsau; 1909 Regierungsrat, 1913 Ministerialrat im württemb. Ministerium des Innern

(Referent für gewerbliche und soziale Angelegenheiten); ab 1916 für Württemberg bei den Ländervertretungen in Berlin eingesetzt; zunächst stellv. Bevollmächtigter Württembergs zum Bundesrat, nach dem Umbruch 1919 stellv. Bevollmächtigter im Staatenausschuss in Berlin (zugleich zum Ministerialdirektor im württemb. Arbeitsministerium ernannt – kein Dienstantritt), danach stellv. Bevollmächtigter zum Reichsrat in Berlin (Referent für Sozialversicherung); 1922 stellv. Vorstandsmitglied, 1922-23 Direktoriums- und Vorstandsmitglied der Firma Friedrich Krupp in Essen, Leiter der Finanzangelegenheiten; 1923 Flucht aus dem besetzten Ruhrgebiet, durch ein französisches Kriegsgericht im Prozess gegen das Kruppsche Direktorium im Kontext der Erschießung von Arbeitern (in Abwesenheit) zu 20 Jahren Haft verurteilt; 1923 Rückkehr in die Stellung als stellv. Bevollmächtigter Württembergs zum Reichsrat in Berlin; 1924-32 und 1933-42 Präsident des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgerichts; 1932 sechs Monate Reichsarbeitsminister im Kabinett von Papen; 1943 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1909 ordentliches Mitglied des Verwaltungskollegiums der württemb. Zentralstelle für Gewerbe und Handel; 1923 Aufsichtsratsmitglied der AG für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie, Aufsichtsratsmitglied der Krupp Grusonwerk AG (Magdeburg) und der Krupp Germaniawerft AG (Kiel-Gaarden); 1923 Vertreter Württembergs im Reichseisenbahnrat; 1924 stellv. Mitglied des Reichsdisziplinarhofs; Mitglied der NS-Fachschaft des Reichsversicherungsamtes; BNSDJ.

Auszeichnungen

1911 Ritterkreuz 1. Klasse des Württemb. Friedrichs-Ordens; 1916 Ritterkreuz des Ordens der Württemb. Krone, Württemb. Wilhelmskreuz, Preuß. Kronenorden 3. Klasse; 1918 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; Verdienstkreuz für Kriegshilfe; Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 1. Klasse; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1934 Dr. iur. h. c. in Köln.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. wurde 1909 ständiges Mitglied des württembergischen Landesversicherungsamtes und erwarb sich Verdienste bei Vorarbeiten zur und der Durchführung der RVO in Württemberg, als Bevollmächtigter zum Reichsrat war er zu Beginn der Weimarer Republik an der sozialpolitischen Reichsgesetzgebung beteiligt, so am BetrRG 1920, RentUntG 1921, ArbNachweisG 1922, RJWG 1922 und am RMietG 1922. In seiner kurzen Zeit als Reichsarbeitsminister setzte er sich für den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes ein. Als Präsident des Reichsversicherungsamtes wurde er als „getreuer Ekkehard“ der Sozialversicherung charakterisiert, dessen besondere Aufmerksamkeit dem Heilverfahren und der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge der Rentenversicherungsträger galt und der sich nach 1933 um eine „volksnahe“ Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes bemühte. 1929-33 Mitglied des Reichsgesundheitsrates.

Veröffentlichungen

Die württembergische Gewerbeinspektion, 1906; Verwaltungsprobleme im Bereich des sozialen Versicherungswesens, 1930; Entstehung und Bedeutung der deutschen Sozialversicherung, 1937; Aufsätze zu Fragen der Sozialversicherung in Fachzeitschriften.

Quellen

Lilla Reichsrat; Keßler, Zur Geschichte des Managements bei Krupp. Von den Unternehmensanfängen bis zur Auflösung der Fried. Krupp AG (1811-1943), 1995; Deutsche Rentenversicherung 1943, S. 1; Wenzel; DFL; Wer ist's?; BKK 1943, Sp. 14 f.; BArch (R 3901 / 109038; R89 / 22594); Stadtarchiv Bad Mergentheim.

Bild

Reichshandbuch.

Scheidt, Wilhelm Julius Johannes Carl *Adolf* Dr.-Ing. E. h., Dr. rer. pol. h.c. Staatssekretär

* 18.5.1870 in Hannover; † 31.10.1947 in Frauenwald (Thür.); ev.; V Georg Karl *Adolf* Christian Sch. (1828-80), Kanzleisekretär; M Johanne Christiana *Auguste* geb.

Tanner (1834-80); ∞ 1. 1894 *Luise* Emilie geb. Schmiemann (1870-1930), 2. 1941 Johanna geb. Torinus (1902-); K 1 S, 2 T.

Realgymnasium in Hannover; 1890 Eintritt als Bürogehilfe bei der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Hannover (später: Landesversicherungsanstalt), dort 1891-1912 Mitglied des Revisionsbüros, später Rechnungsrevisor im Rang eines Obersekretärs; ab 1900 nebenamtlich Revisor des Verbandes der Baugenossenschaften Deutschlands; 1912 kommissarischer, 1913 ständiger Hilfsarbeiter und Regierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für Baugenossenschaftswesen), 1917 in gleicher Stellung im „ausgegliederten“ Reichswirtschaftsamt; 1918 Geh. Regierungsrat im Reichsarbeitsamt; 1919 Leiter der Hauptabteilung „Wohnungs- und Siedlungswesen“ im RAM, zugleich Reichskommissar für Wohnungswesen sowie Preuß. Staatskommissar für Wohnungswesen, 1919 kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Unterstaatssekretärs im neu gegründeten preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt beauftragt; 1919-32 (Unter-)Staatssekretär des preuß. Ministeriums für Volkswohlfahrt, 1932 kommissarischer Leiter des Ministeriums, 1932-33 Kommissar für die Überleitung der Geschäfte des preuß. Ministeriums für Volkswohlfahrt auf das preuß. Ministerium des Innern; 1919-33 stellv. Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1933 Ruhestand; 1930-35 Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Charlottenburg, 1935 Entzug der Lehrbefugnis aufgrund des BBG.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914 Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft Staaken.

Auszeichnungen

1929 Dr.-Ing. E. h. in Hannover; 1930 Dr. rer. pol. h.c. in Münster; Adolf-Scheidt-Platz in Berlin-Tempelhof; bis 1935 Adolf-Scheidt-Straße in Staaken.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. erwarb sich bereits vor dem 1. Weltkrieg Verdienste um das Baugenossenschaftswesen, 1913 trat er als Leiter des

Projektes Gartenstadt Staaken in Erscheinung. Während der Weimarer Zeit betrieb er in Preußen auf Staatsebene die gesamte Fürsorge für das Wohnungswesen (mit Ausnahme des ländlichen Siedlungswesens), insbesondere die Bekämpfung der Wohnungsnot. Unter ihm wurde das Gebiet des Wohnungswesens als öffentliche Aufgabe erkannt und sämtliche Angelegenheiten der Wohnungsfürsorge, des Städtebaus und der Baupolizei zusammengefasst und im Ministerium wie auch den nachgeordneten Stellen nach einheitlichen Gesichtspunkten verwaltet. Er strebte einen aus sich heraus rentierlichen Wohnungsbau an, der auch den breiten Schichten einwandfreie Unterkunft zu erträglichen Mieten schafft. 1932 nahm Sch. als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Handbuch für Baugenossenschaften, 1913; Das Erbbaurecht. Verordnung vom 15. Januar 1919 (mit Glaß), 1919; Ersatzbauwesen, 1919; Baupolizeiliche Vorschriften, 1919; Sparsames Bauen, 1920; Staatliche Wohnungsfürsorge in Preußen, 1920.

Quellen

Kiem, Die Gartenstadt Staaken (1914-1917). Typen, Gruppen, Varianten, 1996; Hirtsiefer, Die Wohnungswirtschaft in Preußen, 1929; Lilla Reichsrat; GStA, I. HA Rep. 89 Nr. 27682; EMK; Fachbereich Recht und Ordnung der Landeshauptstadt Hannover; Ev.-luth. Stadtkirchenverband Hannover; Archiv der Technischen Universität Berlin; Archiv der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Universitätsarchiv Hannover, Hann. 146A, Acc. 64/81, Nr. 52.

Bild

Reichshandbuch.

Schickenberg, Wilhelm Albert Christian Kommunalpolitiker

* 16.8.1876 in Düsseldorf; † 17.11.1951 in Springe; ev.-luth.; V Robert Sch. (1847-88), Kaufmann; M Sophie Dorothee *Wilhelmine* geb. Reuter (1854-1936); ∞ 1905 *Alice* Dorette Juliane geb. Börger (1882-1963); K 1 T.

Gymnasium in Hannover; 1895 Hilfsarbeiter bei der Armenverwaltung Hannover, Ausbildung zum gehobenen Dienst; 1904 Assistent bei der Armenverwaltung; 1908 Magistratssekretär; 1910 2. Verwaltungsprüfung; 1909-14 Sekretär des Bürgervorsteher-Kollegiums; 1914-21 Stadthallendirektor; 1914 Aufbau und 1917 Direktor des Kriegsfürsorgeamtes, 1919-33 Direktor des Fürsorge- bzw. ab 1922 des reorganisierten Wohlfahrtsamtes, das alle Fürsorgestellen umfasste; 1919-24 Dezernent für das Fürsorgeamt und die Arbeitsverwaltung in Hannover; 1933 nach scharfen Angriffen der örtlichen NSDAP von der Leitung des Wohlfahrtsamtes entbunden und für Sonderaufgaben im Sekretariat des Oberbürgermeisters eingesetzt (Fürsorge-referent); 1938 Ruhestand; 1939 reaktiviert, bis 1941 als Hilfsdezernent/-referent im Wohlfahrtsdezernat Aufbau der Abteilung Familienunterhalt; 1942 Publikationsverbot durch das Reichspropagandaamt Südhannover-Braunschweig.

liberaler Politiker

1919-30 DDP; 1933 DNVP; 1948 FDP
K 1919-24 Bürgervorsteher, unbesoldeter Senator im Magistrat Hannover; 1948 Abgeordneter Kreistag Springe.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

RDB; NSV; Reichskolonialbund.

Auszeichnungen

1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. gehörte zu den Kommunalpolitikern, die sich fachbezogen reichsweit profilieren. Er war Begründer der „Nordwestdeutschen Wohlfahrtsstatistik“ wie auch Lehrer an verschiedenen Gemeindeverwaltungs- und Fürsorgefachschulen. Seine unkonventionellen und oftmals Missstände im Fürsorgewesen anprangernden publizistischen Beiträge machten ihn zu einer Ausnahmerscheinung in der damaligen Fürsorgefachlichkeit. Er galt – wie Wilhelm Polligkeit bzw. der DV – als profilierter Kritiker der Weimarer „Gruppenfürsorge“ (gehobene versus allgemeine Fürsorgeleistungen). Sch. Name ist verbunden mit der zu seiner Zeit reichsweit als vorbildlich gel-

tenden Organisation der städtischen Wohlfahrtspflege in Hannover. Um der Zersplitterung von Kompetenzen im Wohlfahrtswesen entgegenzusteuern, war unter seiner Verantwortung im Wohlfahrtsamt bereits früh der Grundsatz der Familienfürsorge eingeführt worden. Sch. war Mitglied im Wohlfahrtsausschuss des Deutschen Städtetages, der Nordwestdeutschen Vereinigung der Wohlfahrtsämter sowie über 30 Jahre des Hauptausschusses des DV. 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Die Verhältnisse von 534 stadthannoverschen Kriegerfamilien (mit Thiele), 1919; Die Reichsversorgung der Kleinrentner, 1927; 1500 kinderreiche Familien, 1930; Wohin gehört die Reichsarbeitslosenfürsorge?, 1931; 1926 Gründer und -1933 Herausgeber der „Wohlfahrtswoche Hannover“, bis 1942 Redaktion und maßgebliche inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift unter verschiedenen Pseudonymen; umfangreiche, ein breites Themenspektrum aufgreifende Publikationen insbesondere in der „Sozialen Praxis“ und der „Zeitschrift für das Heimatwesen“; 1948 Begründer der „Zeitschrift für das Fürsorgewesen“.

Quellen

Böttcher et al., Hannoversches Biographisches Lexikon, 2002; Zeitschrift für das Fürsorgewesen 1951, S. 182 u. 266; Stadtarchiv Hannover, Personalakte; Landeshauptstadt Hannover, FB Recht und Ordnung; Stadtarchiv Düsseldorf; StA Springe.

Schlicke, Franz Edmund *Alexander*
Reichsarbeitsminister, Gewerkschafter

* 26.3.1863 in Berlin; † 6.2.1940 in Stuttgart; ev.-luth., 1890 diss.; V Friedrich Alwin Sch., Kaufmann; M Marie Auguste Elisabeth geb. Wernicke; ∞ 1897 Maria *Martha* geb. Goldbach (1874-1943); K 1 S.

Gymnasium (mittlere Reife) in Berlin; 1881-84 Lehre als Feinmechaniker, Handwerkerschule für Feinmechanik in Berlin, danach Wanderschaft und bis 1891 Feinmechaniker u. a. in Berlin, Erlangen, Leipzig, Wetzlar und Frankfurt/M.; 1889

Mitbegründer und zweiter Vorsitzender des Metallarbeiterfachvereins in Frankfurt/M., 1890 dessen erster Vorsitzender; 1891 Gründungsmitglied und Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, 1895-1919 dessen erster Vorsitzender, 1919 aufgrund der von Sch. verantworteten sogenannten Burgfriedenspolitik Abwahl als Verbandsvorsitzender; 1905-20 nebenamtlicher Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes; 1919 Württemb. Arbeitsminister, 1919-20 Reichsarbeitsminister; 1921-33 Direktor des Zweigamtes Berlin der ILO Genf; 1928 Ruhestand.

sozialdemokratischer Politiker SPD

1890 Gründungsmitglied des Sozialdemokratischen Vereins in Frankfurt/M., 1891 dessen zweiter Vorsitzender;
RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 31/32 Württemberg (SPD); 1920-24 Reichswahlvorschlag (SPD); 1924-30 WK 31 Württemberg (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890 Bezirksvertrauensmann der Metallarbeiter in Frankfurt/M., 1890-91 Hauptvertrauensmann der Mechaniker und verwandter Berufsgenossenschaften Deutschlands; 1891 Beisitzer am Gewerbegericht Frankfurt/M.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. war als Reichsarbeitsminister persönlich eingebunden in die Beratungen zum BetrRG 1920 und zum RVersorgG 1920, auch wurde von ihm 1920 ein erster umfangreicher Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung vorgelegt. In seine Amtszeit als Reichsarbeitsminister fiel die Errichtung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung (Reichsarbeitsamt). Im Deutschen Kaiserreich machte er sich einen Namen durch den von ihm betriebenen Ausbau des Unterstützungswesens im Deutschen Metallarbeiterverband, 1917-18 war er gewerkschaftlicher Berater im Kriegs- bzw. Demobilmachungsamt.

Veröffentlichungen

Internationale Verbindungen der Gewerkschaften, 1915; Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften, 1915.

Quellen

Schröder; Schumacher M.d.R.; Benz/Graml; Eichler, Sozialistische Arbeiterbewegung in Frankfurt am Main 1878-1895, 1983; IHG; Reichstagshandbuch; Stadtarchiv Stuttgart.

Bild

Reichstagshandbuch.

Schlör, Jacob Johann

Generalsekretär der Roten Hilfe Deutschlands

* 24.4.1888 in Holzkirchhausen/Unterfranken; † 24.8.1956 in Berlin; diss.; V Anton Sch. (1830-1902), Kleinbauer; M Margaretha geb. Gätzner (1842-1915); ∞ 1934 Helene (Lena) geb. Lorenz (1887-1964).

Volksschule in Holzkirchhausen; 1902-04 Lehre als Kellner in Würzburg; 1904-17 Arbeit in der Gastronomie in Deutschland, England, Frankreich und der Schweiz; 1917 sechsmonatige Inhaftierung in Mannheim wegen Beihilfe zur „Kriegsdienstentziehung“, 1917-18 Teilnahme am 1. Weltkrieg; 1918 hauptamtlicher Sekretär und Redakteur bei der Mannheimer KP-Zeitung; 1919 Bezirkssekretär der KPD für Baden und Pfalz, danach Geschäftsführer der KPD-Zentrale in Berlin; 1923 KPD-Oberleiter für Bayern; 1924 Oberleiter der Roten Hilfe Deutschlands für den Bezirk Halle-Merseburg, Magdeburg und Thüringen, 1925-29 Generalsekretär der Roten Hilfe Deutschlands; 1929-33 Vorsitzender der Internationalen Hilfs-Vereinigung; 1932-35 erwerbslos; 1935-45 Korrektor in einer Berliner Druckerei; 1933, 1934 und 1937 Verhaftungen wegen Widerstandshandlungen, 1934 mehrere Monate im Konzentrationslager Oranienburg und Lichtenburg inhaftiert, im gleichen Jahr nach Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat Freispruch vor dem Berliner Kammergericht aus Mangel an Beweisen; 1942 Kontakt zur KPD-Widerstandsgruppe um Anton Saefkow; 1945 Persönlicher Referent des Präsidenten der Zentralverwaltung (1946: Deutsche Verwaltung) für Arbeit und Sozialfürsorge in der SBZ, zu-

gleich Leiter des Sekretariats, dort 1947 Leiter der Abteilung Verwaltung; 1948 Hauptreferent in der Personalabteilung des SED-Parteivorstands; 1949-53 Hauptgeschäftsführer der Zentralen Leitung der Handelsorganisation (HO) der SBZ/DDR; 1953 Tätigkeit in der IG Nahrung und Genuss im FDGB.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1911 SPD; 1919 KPD (Mitbegründer, 1929 ausgeschlossen); 1929 KPO; 1946 SED.

1906 Beitritt zum Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in London, 1910 Vorstandsmitglied des Verbandes in Mannheim, 1911 in Bad Wildungen, 1912-13 in Paris sowie 1915/16 in Frankfurt/M., 1920 Generalversammlungsdelegierter in Berlin; 1945 Mitbegründer und Vorsitzender des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, später Mitglied des Berliner sowie des Zonenvorstands der IG Nahrung und Genuss.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als Generalsekretär war Sch. eine zentrale Persönlichkeit der 1930 eine halbe Million Mitglieder umfassenden Roten Hilfe Deutschlands, die vielgestaltige Hilfen für „proletarische Klassenkämpfer“ und deren Angehörige organisierte (u. a. Rechtsschutz, Sach- und Geldleistungen, Kinderheime). Nach seinem Ausschluss aus der KPD setzte Sch. seine Arbeit in der von der KPO gegründeten Internationalen Hilfs-Vereinigung fort.

Quellen

Mielke/Morsch (Hrsg.), "Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht", Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933-1945, 2011; Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2004; Mielke (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Bd. 1, 2002; Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01 Nr. 13485; StA Helmstadt.

Bild

Weber/Herbst 2004, S. 668.

Schlüter, Georg Wilhelm Hermann
Verbandsfunktionär

* 28.10.1887 in Hameln; † 16.12.1952 in Siegburg; ev.-luth.; V Karl *Hermann* Friedrich Sch. (1855-1910), Kürschner; M Wilhelmine Henriette Johanna *Louise* geb. Klages (1856-1925); ∞ 1947 Paula *Ella* geb. Eichhorn (1905-2006).

Gymnasium in Hameln und Hannover; 1906-14 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie Medizin in Göttingen, München, Münster, Jena, Tübingen und Köln; 1914 Diplom-Volkswirt; kurzzeitiger Kriegsdienst; 1915 Hilfsarbeiter bei der Kreisverwaltung Hameln, erneut im Kriegsdienst (Hilfsreferent beim Generalkommando in Hannover); 1917-18 Tätigkeit bei der Regierung in Minden bzw. dem Amt Hausberge; 1918 Referent (Mitglied der Geschäftsführung) des Deutschen und Preussischen Landkreistages in Berlin, 1926 dessen stellv. Geschäftsführer und Vizepräsident; 1933-45 Beigeordneter beim Deutschen Gemeindetag, Leiter der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheitswesen (um 1936: „Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, Beziehungen zur NSV, Reichsärztführer, Reichsjugendführung, Reichssportführer, Arbeitsfront“); 1939 zugleich Leiter der Abteilung „Angelegenheiten der Reichsverteidigung“; ab 1937 Stellvertreter des Vizepräsidenten des Gemeindetages, übernahm 1939 auch die Vertretung des Geschäftsführenden Präsidenten; 1943 Versetzung zu einem Ausweichposten seiner Dienststelle in Wels/Oberösterreich; 1945/46 erwerbslos in Tittmoning/Oberbayern, danach beauftragt, die sozial- und gesundheitspolitischen Abteilungen des Deutschen Städtetages in der britischen Zone in Godesberg wieder aufzubauen, zugleich beteiligt an der Wiedergründung des Deutschen Landkreistages; 1947-52 Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistages.

Landsmannschaften Rhenania Münster und Gottinga Göttingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937 NSDAP; 1934 NSV, RDB; 1942-43 Reichsluftschutzbund.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Vor 1933 Mitglied im Vorstand der RfA-VAV und Mitglied des Hauptausschusses des DV, 1947 erneut Mitglied des Hauptausschusses des DV, 1950 dessen Vorstandsmitglied.

Sozialpolitische Aktivitäten

Im Rahmen seiner leitenden Funktion im Deutschen und Preussischen Landkreistag sammelte Sch. zunächst Erfahrungen in dessen Wohlfahrtsausschuss, nach 1933 war er im Deutschen Gemeindetag als Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheitswesen einer der zentralen Wohlfahrtsexperten der kommunalen Selbstverwaltung. Als solcher beriet er die Landkreise, Städte und Gemeinden in Sozial- und Verwaltungsfragen, zunehmend fungierte er auch als Mittelsmann bei der Ausgrenzung, Benachteiligung und Vernachlässigung von verfolgten Personengruppen. In den Auseinandersetzungen mit der NSV um Zuständigkeiten in der Wohlfahrtspflege verteidigte Sch. die Grundsätze der gemeindlichen Wohlfahrtspolitik. In der Nachkriegszeit war er maßgeblich am Aufbau einer kommunalpolitischen Lobbyarbeit auf Bundesebene beteiligt.

Veröffentlichungen

1918-23 Leitung der „Zeitschrift für Selbstverwaltung“; veröffentlichte eine Reihe von Fachaufsätzen in Fachzeitschriften für kommunale Verwaltung.

Quellen

Gruner, Öffentliche Wohlfahrtspflege und Judenverfolgung, 2002; Labisch/Tennstedt; Reichshandbuch; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Bestand: NW 1049 Nr. 59864; Stadtarchiv Hameln; StA Pforzheim.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 490.

Schmidt, Friedrich Ludwig Karl Prof. Dr. phil.
Ministerialbeamter

* 23.3.1879 in Bayreuth; † 13.4.1951 in Weilheim/Oberbayern; ev.-luth.; V Friedrich Sch. (1846-1916), Lehrer; M Ida geb. Hubel (1849-1924); ∞ 1906 Katharina Maria Eleonora geb. Albert (1884-1973).

Gymnasium in München; 1897-1901 Hochbaustudium in München und Charlottenburg; 1901-05 Staatsbaupraktikant im bayer. Staatsdienst; 1905 Prüfung für den höheren Staatsdienst; 1906 Regierungsbaumeister bei den Landbauämtern Eichstätt und Würzburg; 1907 Bauinspektor und Vorstand des Bauamts an der Universität Erlangen; 1910 Promotion in Erlangen; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Leiter der Gruppe „Hochbau“ im Reichskommissariat für Wiederaufbau; 1920 bautechnischer Referent im RAM, 1920 Oberregierungsrat, 1921 Ministerialrat (Referent für bautechnische Fragen des Wohnungs- und Siedlungsbaus, der praktischen Wohnungsfürsorge, Wohnungswirtschaft, auch Wohnungsbau des Auslands); ab 1936 Leiter der Unterabteilung „Siedlungswesen“; 1941 zum Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau Robert Ley abgeordnet, dort zugleich Leiter der Abteilung „Ortsplanung“; 1942 Ministerialdirigent, im gleichen Jahr – nach der Verlagerung von Kompetenzen aus dem RAM – Wechsel zum neu ernannten Reichswohnungskommissar Robert Ley; 1943 Leiter einer Ausweichstelle des Reichswohnungskommissars in Liegnitz; 1946 Kreisbaumeister beim Landratsamt Weilheim.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937/38 NSDAP; 1933-35 SA; 1934 NSV (Blockwalter); 1935 RDB, RLB; 1936 NS-Dozentenbund; 1937 NSFK (förderndes Mitglied), NS-Bund deutscher Techniker; 1940 NS-Altherrenbund; Reichskriegerbund (seit 1935 Kameradschaftsführer). Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

1932-45 Honorarprofessor an der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. war während der Weimarer und der NS-Zeit durchgehend in der für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Abteilung des RAM tätig. Sein Referat umfasste vorwiegend bautechnische Fragen, in leitender Funktion war er nach 1933 einbezogen in die Kleinsiedlungsplanung und wirkte mit am Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 29.2.1940. 1926-44 war Sch. Mitglied bzw. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Berlin, 1938-44 Aufsichtsratsmitglied der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Berlin.

Veröffentlichungen

Wohnungsbau der Nachkriegszeit in Deutschland (Hrsg., mit Ebel), 1927; Vorstädtische Kleinsiedlung und Eigenheimbau, 1933; Die Kleinsiedlung, 1935; Siedlung und Siedlungspolitik in den Ländern Europas (mit Stegemann), 1939; Mitherausgeber der Handbücherei des Wohnungswesens.

Quellen

Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine, 1995; Wer ist's?; Staatsarchiv München, SpkA K 4407; Schmidt, Friedrich; AdP; Stadtarchiv Bayreuth; Amt für Archiv und Denkmalpflege Regensburg; Stadtarchiv Weilheim i. OB.; Universitätsarchiv der TU Berlin; GVP RAM.

Schneider(-Kewenig), Franz Eugen Alexander Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 28.5.1881 in Merzig/Saar; † 11.2.1963 in Köln; kath.; V Franz Eugen Leo Sch. (1851-1921), Landgerichtsdirektor; M Maria Barbara Ida geb. Kewenig (1859-92); ∞ 1911 Johanna Odilia Hubertina geb. Morkramer (1887-1982); K 1 S, 2 T.

1891-1901 Gymnasium in Trier; 1901-04 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Straßburg, München und Berlin; 1904-10 Gerichtsreferendar in Hermeskeil, Trier und Köln; 1904-05 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1905 Promotion in Leipzig; 1910 Gerichtsassessor in Koblenz, 1913-19 Staatsanwalt bei der Ober-

staatsanwaltschaft in Köln; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 bei der Regierung in Köln, dort 1920 Regierungsrat (2. Mitglied des Bezirksausschusses); 1921 Regierungsrat beim Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete im Reichsministerium des Innern, 1922 Ministerialrat; 1923 Beurlaubung und als kommissarischer Regierungsvizepräsident in Köln eingesetzt; 1924 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand (gemäß Personalabbauverordnung); 1924-25 Regierungsvizepräsident in Hildesheim bei Entlassung aus dem Reichsdienst; 1926 als Ministerialdirektor im preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt Leiter der Abteilung für Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge; 1926-33 stellv. Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1932 mit Auflösung des Ministeriums nach dem „Preußenschlag“ in den einstweiligen und 1933 in den dauernden Ruhestand versetzt; 1934 Freispruch nach Verfahren wegen Fehlverhaltens im Amt, wegen damit verbundener Rufschädigungen Änderung des Namens in Sch.-K.; 1935-37 Mitinhaber einer Grundstücks- und Hypothekenvermittlung, danach (bis 1945) Güterbewirtschaftung auf biologischer Grundlage in Deutsch-Krone; nach Vertreibung wieder Ansiedlung in Köln.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Z; 1921 Studienleiter der Referendaraus- bildung bei der Regierung in Köln.

Auszeichnungen

1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1918 Kriegs- verdienstkreuz, Hamburgisches Hanse- atenkreuz, Königlich Bayer. Militärver- dienstorden 4. Klasse mit Schwertern; Eh- renkreuz 2. Klasse des Deutschen Roten Kreuzes.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. leitete von 1926-32 eine der größten Ministerialabteilungen in Preußen, in der neben fürsorge- und wohlfahrtspolitischen Angelegenheiten auch angrenzende Fragen der Reichsgesetzgebung in Form von Aus- führungsgesetzen und Richtlinien umge- setzt wurden. Einbezogen war er in die Vorbereitungen entsprechender Reichsge- setze wie des GeschlechtsKHG 1927 und

des AVAVG 1927. Stationen seines Wer- degangs waren ferner: 1926-32 Staatskom- missar für die Regelung der Wohlfahrts- pflege in Preußen; Mitglied des Reichsge- sundheitsrates als Vertreter des Ministers für Volkswohlfahrt sowie Mitglied des Preuß. Landesgesundheitsrates; 1929-33 Mitbegründer und Vorsitzender des Ver- bandes katholischer deutscher Sozialbeam- ter, zugleich Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin; 1929-34 Erster Vorsitzender des Caritas-Verbandes in Berlin, danach weiter Vorstandsmitglied; Vorsitzender des Ver- eins Landaufenthalt für Stadtkinder e.V. sowie der Reichszentrale für die Entsendung von Kindern zum Erholungsaufenthalt; Vor- standsmitglied des Preuß. Deutschen Roten Kreuzes; 1932-35 Vorsitzender der Arbeits- gemeinschaft „Bücherhilfe für Erwerbslose – Geistige Winterhilfe“.

Veröffentlichungen

Stichworte „Landaufenthalt für Stadtkinder e.V.“ und „Sozialministerien der Länder“ in: Dünner (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohl- fahrtspflege, 1929; Mitherausgeber der Zeitschrift „Gesunde Jugend“.

Quellen

Reinicke, Alexander Schneider-Kewenig. Ein preußischer Ministerialdirektor und sein Wirken für die Sozialarbeit, in: Soziale Arbeit 2007, S. 81-90; Lilla 2006 (Reichsrat); BArch R 3001 / 74837; GStA, I. HA Rep. 77 Nr. 2474; Landes- archiv NRW; Stadtarchiv Trier.

Bild

Reinicke 2007.

Scholtze, Günther Detlef Dr. med. Ministerialbeamter

* 2.10.1881 in Nakel/Krs. Wirsitz (Provinz Posen); † 24.6.1948 Marburg/Lahn; ev.; V Robert Heinrich Paul Sch. (1840-1900), Gymnasiallehrer; M Marianne Susanne (Maria) geb. Schlusinski (1844-1910); ∞ 1917 Charlotte geb. Klein (1897-1970); K 2 S.

Gymnasium in Fraustadt/Posen; 1900 ein- jähriger freiwilliger Militärdienst, danach Studium der Medizin an der Kaiser-

Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen in Berlin; 1904 Unterarzt der Berliner Charité, 1906 Approbation und Assistenzarzt am 3. Pommerschen Infanterieregiment, 1908 Oberarzt; 1909 im Sanitätsamt des II. Armeekorps; 1912 Promotion in Leipzig; 1913 Stabsarzt, Versetzung an die Kaiser-Wilhelms-Akademie; 1914-16 Kriegsteilnehmer; 1917-19 Referent im Sanitätsdepartement des preuß. Kriegsministeriums (Fürsorgeabteilung); 1919 Wechsel ins RAM, 1920 Regierungsrat, Oberregierungsrat, 1925 Ministerialrat in der ärztlichen Abteilung des RAM (Referent für versorgungsärztliches Gutachterwesen; Vorbereitung und Durchführung der Reichsversorgungsgesetze; 1939 zugleich ärztlicher Personalreferent der Abteilung); 1939 stellv., 1944 Leiter der ärztlichen Abteilung des RAM, im selben Jahr mit der Abteilung nach Crossen/Oder ausgelagert; 1945 Flucht nach Marburg/Lahn, Arzt im Hilfskrankenhaus in Wehrda, danach Angestellter bei der Ärztekammer Marburg (Gesundheitsamt).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1940 NSDAP; 1933 NS-Opfergemeinschaft, NSKOV, RLB; 1934 NSV, RDB, SS (förderndes Mitglied).
Entnazifizierungsverfahren 1950 eingestellt.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse, 1917 1. Klasse; 1915 Oldenburgisches Friedrich-August-Kreuz 2. Klasse, 1918 1. Klasse; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. wirkte als ärztlicher Vertreter im RAM bei der Entwicklung des RVersorgG 1920 mit und war fortan maßgeblich für die Gestaltung des ärztlichen Gutachterwesens in der Kriegsbeschädigtenversorgung verantwortlich.

Veröffentlichungen

Die Indikation für die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft, Diss. 1912; Die orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten, 1927; Die „Unfall- (Kriegs-)Neurose“, 1929; Ärztliche Gutachtertätigkeit für Reichsversorgung und Reichsversicherung, 1936.

Quellen

BArch R 3901 / 20430; AdP; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Ma Nr. 12857; EMK; Stadtbüro Marburg.

Schrader, Karl Wilhelm

Vorsitzender des Reichsarbeitsgerichts

* 22.6.1876 in Dortmund; † 18.11.1957 in Duisburg; ev.; V Karl Friedrich Sch. (1840-1934), Kreisrichter, später Landgerichtspräsident; M Ida geb. Hanebeck (1854-1935); ∞ 1908 Cläre geb. Lehr (1885-1951); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Duisburg und Verden; 1894-97 Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg/Br., München, Berlin und Göttingen; 1897 Gerichtsreferendar in Verden und Celle, 1902 Gerichtsassessor an Gerichten des Oberlandesgerichtsbezirks Celle (u. a. Verden, Stade und Achim), 1906 Landrichter in Duisburg; 1916-18 Kriegsteilnehmer; während des Kriegsdienstes 1917 zum Landgerichtsrat in Duisburg ernannt, 1919 Landgerichtsdirektor (Leiter der Berufungskammer für Arbeitsstreitigkeiten) in Duisburg; 1927-37 Reichsgerichtsrat (Experte für Immobilienrecht), 1938 Senatspräsident und stellv. Vorsitzender des Reichsarbeitsgerichts in Leipzig; 1942 Pensionierung, danach bis 1945 als Beamter auf Widerruf Vorsitzender des Reichsarbeitsgerichts; 1945 Entlassung aus dem Amt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-27 DVP; 1937 NSDAP; 1933 NSRB; 1935 RLB; 1935-37 Arbeitsdank (DAF); NSV.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft. Bis 1927 Preuß. Richterverein; 1927 Richterverein beim Reichsgericht; 1938 Mitglied des besonderen Dienststrafsenats beim Reichsgericht; 1942 Gesellschaft Harmonie Leipzig.

Auszeichnungen

1919 Verdienstkreuz für Kriegshilfe; 1935 Frontkämpferehrenkreuz; 1938 Goldenes

Treudienst-Ehrenzeichen; 1944 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. war seit der Gründung 1927 bis 1945 Mitglied des Reichsarbeitsgerichts, ab 1938 dessen stellvertretender, 1942-45 dessen Vorsitzender (Nachfolge Rudolf Hagemann u. Friedrich Oegg). Durch die Entdemokratisierung des Arbeitsrechts nahm die Bedeutung des Gerichts nach 1933 schrittweise ab, Sch. wurde allerdings rückblickend (1941) bescheinigt, dass er die Entwicklung der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts „nachhaltig gefördert“ habe, attestiert wurde ihm „ein tiefes Verständnis für die Rechtsbedürfnisse der Gegenwart“. 1934-45 war Sch. Vorsitzender des Reichsehrengerichtshofs, der in letzter Instanz Entscheidungen der Ehrengerichte prüfte, die von Treuhändern der Arbeit bei einer „Verletzung der sozialen Ehre“ angerufen werden konnten; 1934-45 Mitglied des Arbeitsrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht; 1940-45 Vorsitzender des Reichsgerichts-Rentenvereins.

Quellen

Kaul; BArch (R 3001 / 75224-75225; R 3002, PA 883; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1004, Nr. G.40.1-00383; Stadtarchiv Dortmund; Stadtarchiv Duisburg.

Bild

BArch R 3002, PA 883.

Schroeder, Louise Dorothea Sophie Sozialpolitikerin

* 2.4.1887 in Altona; † 4.6.1957 in Berlin; ev.-luth.; V *Karl* August Julius Sch. (1856-1923), Bauarbeiter; M *Dorothea* Amalie Maria geb. Husteden (1843-1933); ledig.

1893-1901 Mädchen-Mittelschule in Altona, 1900-02 Gewerbeschule für Mädchen in Hamburg; 1902-18 zunächst Stenotypistin, dann Chefsekretärin in einem Versicherungsbüro in Hamburg; 1918 Tätigkeit als Referentin und Schriftstellerin; 1919-33 Berufspolitikerin; 1933 Verlust aller

Ämter, erwerbslos; 1934-37 Inhaberin eines Brotladens in Altona, unter Polizeiaufsicht gestellt; 1938-39 Bürokräftin in einer Textilgroßhandlung in Berlin; 1939-45 Sekretärin, dann Betriebsfürsorgerin in einem Berliner Bauunternehmen; 1945 Einsatz für den Wiederaufbau der SPD und der Arbeiterwohlfahrt (AWO); 1946 3. Bürgermeisterin von Berlin (Ressorts Volksbildung, Gesundheitswesen, Jugendfragen, Ernährung und Frauenfragen), 1947-48 amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, 1949 1. Bürgermeisterin und stellv. Oberbürgermeisterin von Berlin (West); bis 1957 Bundestagsabgeordnete.

sozialdemokratische Politikerin

1910 SPD (1915-33 Vorstandsmitglied im Ortsverein Altona-Ottensen; 1920-24 Mitglied im zentralen Parteiausschuss in Berlin, zugleich 1920 Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein; 1946 dritte, 1947-48 zweite Vorstandsvorsitzende der Berliner SPD; 1947-56 Mitglied des zentralen Parteivorstands); RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung (SPD); 1920-24 WK 14 Schleswig-Holstein (SPD); 1924-33 WK 13 Schleswig-Holstein (SPD); BT 1949-57 WK Berlin (SPD); LT 1950-51 Berlin (SPD); K 1919 und 1929-33 Stadtverordnete Altona (SPD); 1946 und 1948-50 Stadtverordnete Berlin (West) (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1948-49 Präsidentin des Deutschen Städtetages; 1949 Delegierte, 1950-57 Mitglied des Europarates in Straßburg.

Auszeichnungen

1949 Goldene Plakette der Stadt Paris; Ehrenmitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages; 1952 Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband; 1957 Ehrenbürgerin der Stadt Berlin, Ehrendoktor der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Ehrenbürgerbrief der Freien Universität Berlin, Sondermarke der Deutschen Bundespost; Benennung mehrerer Straßen, Schulen und Sozialeinrichtungen u. a. in Berlin und Hamburg nach Sch.; Ehrengrabstätte auf dem Friedhof Holstenkamp in Hamburg-

Altona; seit 1998 Louise-Schroeder-Medaille des Landes Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. gehört zu den wenigen Abgeordneten, die von 1919-33 durchgehend Mitglied im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten waren. Darin trat sie wiederholt als Berichterstatterin auf, zudem wirkte sie im Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Sie engagierte sich maßgeblich in der sozialdemokratischen Frauenbewegung, als Reichstagsabgeordnete setzte sie sich insbesondere für (Frauen-)Themen ein, für den Mutterschutz, das Mutterschaftsgeld, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie das Recht von Frauen auf Erwerbsarbeit. Das WochenHG von 1919 galt als „Lex Schroeder“, auch dem MutterschG 1927 galt ihr besonderes Interesse. Sch. engagierte sich bei der Vorbereitung des GeschlechtsKHG 1927 für die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Ausschusstätigkeit war die Sozialversicherung.

Neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit wirkte Sch. ab 1919 führend in der AWO, zu deren Mitbegründerinnen sie gehörte und deren Fachkommission „Sozialpolitik“ sie leitete; 1919-22 Mitbegründerin / Vorstandsmitglied der AWO in Altona; 1922-33 Vorsitzende des AWO-Landesverbandes Schleswig-Holstein; 1928-33 Kuratoriumsmitglied und Dozentin für Sozialpolitik der Wohlfahrtsschule der AWO in Berlin; nach 1945 zeitweilig stellvertretende Vorsitzende des AWO-Landesverbandes (West-)Berlin; ab 1951 Mitbegründerin und Direktorin des neuen Sozialpädagogischen Instituts der AWO in Berlin.

Weitere Funktionen: 1918 Begründerin und bis 1921 Leiterin der Notgemeinschaft von Altona und 1923-25 Leiterin des Pflegeamtes der Stadt Altona; 1932 Delegierte auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.; ab 1926 sowie erneut ab 1949 Mitglied des Hauptausschusses des DV, seit 1950 Vorstandsmitglied des DV; 1945 Mitglied des parteiübergreifenden Berliner Frauenausschusses; 1947 Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin; 1952-57 Präsidialmitglied des Deutschen Roten Kreuzes.

Veröffentlichungen

Mutter und Säugling in der Gesetzgebung, 1925; Sozialpolitik: Begriff und Werden der Sozialpolitik – Arbeitsschutz – Sozialversicherung, in: Lehrbuch der Wohlfahrtspflege, 1927, S. 117-164; Die proletarische Frau als Hausfrau und Mutter, in: Blos, Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus 1930, S. 148-182; zahlreiche Veröffentlichungen zu einem breiten Spektrum sozialpolitischer Fragen in der „Arbeiterwohlfahrt“, publizistisch tätig für SPD-Organen wie „Vorwärts“, „Die Gleichheit“, „Die Genossin“, und „Hamburger Echo“; 1946-50 Mitherausgeberin der Zeitschrift „Das sozialistische Jahrhundert“.

Quellen

Niedrig, Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945, 2003; Maier; Schröder; Koerfer, Louise Schroeder. Eine Frau in den Wirren deutscher Politiker, 1987; Marquart, Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949-1961), 1999; NDV 1957, S. 146 f.; Sängler (Hrsg.), Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestages, 1954; HbRT 1933; HbNV; BArch R 101 / 1542-1561; Staatsarchiv Hamburg, 332-5, Nr. 6247 und 1000/1887.

Bild

Koerfer 1987.

Schulte-Holthausen, Theodor Heinrich
Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 5.3.1889 in Buer-Resse/Westf.;
† 31.12.1945 (für tot erklärt); kath.; V
Heinrich Sch.-H. (1862-1938), Landwirt;
M Elisabeth geb. Otte (1862-1933);
∞ 1924 Martha geb. Schlinkmann (1886-);
K 1 S.

Gymnasium in Recklinghausen; 1908-11
Studium der Rechtswissenschaften in
Freiburg/Br., München und Münster; 1911
Gerichtsreferendar in Dorsten, Essen und
Buer; 1915-19 im Heeresdienst „Beamten-
stellvertreter“ beim Versorgungsamt des I.
Armee Korps in Königsberg/Pr.; 1919
Gerichtsassessor, im gleichen Jahr Hilfsre-
ferent im RAM, 1920 Regierungsrat (Refe-
rent für Verfahren bei Versorgungsbehörden
und -gerichten); 1920 Promotion in

Rostock; 1923 Oberregierungsrat und ständiges Mitglied im Reichsversorgungsgericht; 1926 Wechsel ins Reichsversicherungsamt, dort 1928 Senatspräsident (Abteilung Unfallversicherung); 1931 Abordnung zum Reichsarbeitsministerium (Leiter der Verwaltungs- und Versorgungsabteilung); 1933-45 erneut im Reichsversicherungsamt (Haushaltssachbearbeiter).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Bis 1933 Zentrum; SS (förderndes Mitglied); NSV; NS-Opfergemeinschaft; NSFK; RDB; ein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP scheiterte 1943 (wegen mangelnder Mitarbeit in der Ortsgruppe).

Auszeichnungen

1918 Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

Sozialpolitische Aktivitäten

Im Rahmen seiner Tätigkeit im RAM bearbeitete Sch.-H. das Gesetz über Verfahren in Versorgungssachen von 10.1.1922, zu dem er einen sogenannten Referentenkommentar verfasste. Im RVA wandte er sich Fragen der Unfallversicherung zu, bekannt wurde er durch seine Mitwirkung am führenden Kommentar zur Unfallversicherung und sein Wirken als Präsident des Unfallsenats im Reichsversicherungsamt.

Veröffentlichungen

Die Grenzen des Spruchverfahrens in Militärversorgungssachen, Diss. 1920; Das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen (mit v. Olshausen), 1922; Kommentar zur Reichsversicherungsordnung, Buch 3: Unfallversicherung, 1929; Bauer und Sozialversicherung, 1931; zahlreiche Aufsätze im *RArbBl* und Fachzeitschriften zu Versorgungsfragen, Berufskrankheiten sowie zur Unfallversicherung.

Quellen

BArch (PK L 95; R 3001 / 75523; R 3901 / 109670; R 89 / 2449); Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen.

Schwarzer, Rudolf

Verbandsfunktionär

* 3.3.1879 in Koritschan (Mähren); † 26.2.1964 in München; kath.; V Julius Sch., Mälzer; M Maria geb. Fischer; ∞ 1. 1906 Katharina geb. Heilmeir (1877-1910); 2. 1914 Maria Elisabeth geb. Köferl (1888-1967); K 3 (1 S, 1 T).

1885-93 Volksschule und soziale Unterrichtskurse; 1893-96 Schreinerlehre, 1896-1905 als Schreiner tätig, Wanderschaft, nebenbei Besuch einer Fachschule; 1899-1901 Militärdienst; 1905-14 Gewerkschaftssekretär, Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919- nach 1933 Vorsitzender des Süddeutschen Verbandes katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine in München; 1933 vorübergehend in Haft, danach Rückzug ins Privatleben; 1938-45 Inhaber einer Immobilienfirma; 1944 Verhaftung im Rahmen der Aktion „Gewitter“, mehrwöchige Haft im Konzentrationslager Dachau; 1945-48 Kommunalpolitiker in München; Ruhestand.

Zentrumspolitiker

Zentrum, 1919 BVP, 1945 CSU
1945 Gründungsmitglied der CSU, Ortsverbandsvorsitzender für München;
RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 24 Reg.-Bez. Oberbayern-Schwaben (Zentrum/BVP), 1920-24 WK 27 Oberbayern-Schwaben (BVP), 1924-33 WK 24 Oberbayern-Schwaben (BVP);
LT 1918-19 Bayern (Provisorischer Nationalrat);
K 1945-48 Stadtrat in München (CSU).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Ab 1899 Mitglied im Katholischen Arbeiterverein; 3. Präsident des bayerischen Kriegerbundes; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Feuerversicherungs-AG.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Bayerischer Militärverdienstorden 3. Klasse; 1947 Ehrenverbandsvorsitzender des Katholischen Werkvolkes; Ritter des Ordens vom Heiligen Sylvester; 1953 Bundesverdienstkreuz

1. Klasse; 1959 Bayerischer Verdienstorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sch. gehört zu den wenigen Abgeordneten, die von 1919-33 durchgehend Mitglied im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten waren. Bei der Beratung gesetzlicher Vorlagen der Reichsregierung war er in allen sozialpolitischen Sachgebieten aktiv und trat auch als Berichterstatter auf (UnfVersGNov 1928). Sch. engagierte sich für die katholische Arbeiterbewegung und für die christlich-soziale Politik vor 1933 und nach 1945. Er wirkte maßgeblich beim Wiederaufbau der Katholischen Arbeiterbewegung nach 1945 mit.

1945-49 Aufsichtsratsvorsitzender der Witwen- und Waisenkasse des Reichs- und Staatsdienstpersonals der Allgemeinen Lebensversicherungs-AG; 1947 Mitbegründer des Katholischen Werkvolks.

Quellen

Schumacher M.d.R.; Wenzel; HbNV; HbRT 1920 u. 1932; Datenbank zur Entwicklungsgeschichte des Bayerischen Parlaments online (Abr. 01.02.2017); Stadtarchiv München.

Bild

HbRT 1920.

Segall, Jacob Dr. rer. pol., Dr. med.
Geschäftsführer der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

* 30.8.1883 in Czempin (Provinz Posen); † Mai [?] 1959 in Tel Aviv; jüd.; V Benjamin S. (1845-1910), Kultusbeamter; M Bertha geb. Bloch (1845- nach 1911); ∞ Julie geb. Goldschmidt, Kinderärztin (1897-); K mind. 1 S.

Gymnasium in Aschaffenburg; 1904 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg und München; 1908 Promotion Dr. rer. pol. in München, Referendar in München; 1911 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; 1915-20 Studium der Medizin, 1920 Promotion Dr. med.; 1917-27 Geschäftsführer der ZWSt;

1922-33 Kassenarzt in Berlin; 1933 Emigration nach Palästina; 1933-35 Arzt in Petah Tikvah und Tel Aviv; 1935-55 Statistiker für die Krankenkasse Kuppah Holim.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1917-21 Direktor (wiss. Leitung) beim Ausschuss für Kriegsstatistik der jüdischen Organisationen in Berlin; bis 1933 Leiter des Büros für Statistik der Juden in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. war 1917 Mitbegründer der ZWSt und bis 1927 deren Geschäftsführer. Diese sollte eine planmäßige Verteilung der Aufgaben und Formen der jüdischen Wohlfahrtspflege erreichen – bei Wahrung der Autonomie der Gemeinden. Aufgrund der Bemühungen von S. wurde die ZWSt 1926 als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege anerkannt. Seine Ehefrau Julie war während der Weimarer Republik zehn Jahre Assistentin von Hermann Zwi Stahl, dem Gründer der jüdischen Kinderhilfe Berlin.

Veröffentlichungen

Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland, 1912; Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914-18, 1921; Jüdische Wohlfahrtspflege, in: Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, 1924 u. 1929; Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, 1924/25; Die geschlossenen und halboffenen Einrichtungen der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland (mit Weinreich), 1925; Das erste Jahrzehnt (1917-1926, in: Jüdische Sozialarbeit 1957 Nr. 5/6, S. 29-32; Redakteur der „Zeitschrift für Demografie und Statistik der Juden“; 1923-25 Mitherausgeber der Zeitschrift „Bleter far Yiddische Demografye, Shtatistik un Ekonomik“.

Quellen

Kotowski (Hrsg.), Juden in Berlin, Bd. 2, 2005; Maier; Bio. Emig.; Archiv der Ludwig-Maximilian-Universität München, UAM, M-II-32p; Stadtarchiv München; Stadtarchiv Darmstadt.

Bild

ZEDEKA. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit. 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917-1992, 1992, S. 299.

Seldte, Tobias Wilhelm *Franz*
Reichsarbeitsminister

* 29.6.1882 in Magdeburg; † 1.4.1947 in Fürth; ev.; V Karl Ferdinand *Wilhelm* S. (1849-95), Fabrikant; M Emma geb. Stutz (um 1855-1938); ∞ 1907 K(C)onradina Hildegard geb. Martin (1883-); K 3.

Realgymnasium in Magdeburg; kaufmännische Lehre; Studium der Chemie an der Technischen Hochschule in Braunschweig; Chemikerexamen, Studienreisen ins Ausland und kaufmännische Tätigkeit; 1906 einjährig-freiwilliger Militärdienst in Magdeburg; Eintritt in die von der Mutter geleitete Firma, ab 1908 Inhaber der Fa. Seldte & Co (Essenzenfabrik) in Magdeburg; 1914-18 Kriegsteilnahme, 1916 schwer verwundet (Verlust eines Armes), ab 1917 kurzzeitige Beschäftigung in der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, dann Führer eines Frontfilm- und Nachrichtentrupps; 1918 im Auswärtigen Amt (Abteilungsleiter der Auslandsstelle des Bild- und Filmamtes); 1919 erneut Unternehmensleiter in Magdeburg, 1923 Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft; 1933-45 Reichsarbeitsminister; 1933-34 zugleich Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst; Mai 1945 kurzzeitig Reichsarbeits- und -sozialminister der geschäftsführenden Regierung Dönitz in Flensburg, danach inhaftiert und angeklagt vor einem Militärgericht in Nürnberg, 1947 in einem Militärlazarett in Fürth verstorben.

Corps Teutonia-Hercynia (Weinheimer Senioren-Convent) Braunschweig.

nationalsozialistischer Politiker

DVP, NSDAP

1918-27 DVP (Mitbegründer der Ortsgruppe Magdeburg); 1933 NSDAP; RT 1933-45 Reichswahlvorschlag (DNVP [Gast], NSDAP);

K 1919-25 Stadtverordneter in Magdeburg (DVP); 1921-24 Provinziallandtag der Provinz Sachsen (DVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918 Gründung und Aufbau des „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ und dessen

Erster Bundesvorsitzender, 1934 Führer des NSDFB (Nachfolgeorganisation des „Stahlhelm“, 1935 aufgelöst); 1933 SA-Obergruppenführer; 1934 Chef des Wirtschaftsamtes bei der obersten SA-Führung; 1933 Mitglied des Ältestenrates des Reichstags, 1934 preuß. Staatsrat, 1933 Vorsitzender des Kuratoriums für Jugendertüchtigung, 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht; 1934 Mitglied des Reichsjagdrates; Verwaltungsratsmitglied des Deutschen Kriegerkurhauses Davos; vor 1933 Handelsrichter in Magdeburg.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; 1937 Goldenes Parteiabzeichen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Sozialpolitisches „Verdienst“ von S. war, dass er als Reichsarbeitsminister das Ministerium personalpolitisch weitgehend vor Übergriffen der NSDAP-Parteizentrale bewahrte, sich auf das tradierte Fachbeamtenum stützte und die Übernahme „bewährter“ Parteimitglieder ohne zureichende Fachkompetenz ablehnte. Inhaltlich setzte er keine eigenen Akzente, geprägt wurde das RAM durch dessen Staatssekretäre und Ministerialdirektoren. Formal wurden S. Kompetenzen nach 1933 erweitert: 1934 übernahm er die sozialpolitischen Angelegenheiten des preußischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit (Gleichschaltung von Reich und Preußen), zudem wurde das Ministerium 1933-45 kontinuierlich vergrößert. Seit Kriegsbeginn wurden unter Inanspruchnahme der zuständigen Abteilungen des RAM die Kompetenzen für den Wohnungsbau auf den Leiter der DAF Robert Ley und alle Angelegenheiten des Arbeitseinsatzes auf den GBA Fritz Sauckel übertragen, was einer schrittweisen Entmachtung S. gleichkam.

Veröffentlichungen

Sozialpolitik im Dritten Reich, 1933-1938, 1939; mehrere Veröffentlichungen von Kriegsbüchern und zum Stahlhelm.

Quellen

NDB; Lilla Statisten; Heinrich/Schandera (Hrsg.), Magdeburger Biographisches Lexikon,

2002; ProtPrStM; HbRT 1933, 1938; Reichshandbuch; BArch (SA 230-B; Pk L 222); Landesarchiv Sachsen-Anhalt; Stadtarchiv Magdeburg.

Bild
Reichshandbuch.

Sieler, Udo Robert Armin *Artur*
Ministerialbeamter

* 28.5.1886 in Römheld/Krs. Hildburghausen; † 14.11.1975 in Bad Tölz; ev.; V Georg S. (1852-), Sparkassenbeamter; M Minna geb. Schober (1865-); ∞ 1961 Ellen geb. Vogt (1907-2001).

1898-1905 Gymnasium in Meiningen, 1906 Abitur; 1905-19 Militärlaufbahn in Trier, 1910-12 Tätigkeit in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, 1914-16 Kriegsteilnehmer, schwerkriegsbeschädigt; 1916-19 Sachbearbeiter zunächst in der Pensionsabteilung, dann in der Abteilung „Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenfürsorge“ des preuß. Kriegsministeriums, nebenberuflich Studium der Volkswirtschaft und des Arbeitsrechts in Tübingen und Berlin; 1919 Wechsel ins RAM, 1920 Regierungsrat, 1925 Oberregierungsrat, 1929 Ministerialrat (Referent für Einzelfragen der Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenversorgung); 1933 Leiter der Abteilung „Versorgungsrecht“; 1939 Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung „Reichsversorgung (1. Weltkrieg)“; 1940-41 als Offizier der Reserve im Verwaltungsdienst der Luftwaffe in Bourges (Frankreich); 1943/44 Leiter der Hauptabteilung „Versorgung und Fürsorge“ im RAM; nach Kriegsende 1945 zunächst kurzfristig Referent für Kriegsoferversorgung in der Sozialabteilung der Stadt Potsdam und beim Landeshauptmann der Provinz Mark Brandenburg; 1945-47 Druckereiarbeiter, zugleich wissenschaftlicher Mitarbeiter für Fragen der Kriegsofper und Opfer des Faschismus beim Hilfswerk der EKD (Zentralbüro Ost) in Berlin; 1947 Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1939 NSDAP; 1933 NSKOV, SS (förderndes Mitglied); 1935 NSFK (förderndes Mitglied); 1936 RDB, NSV; 1937 RLB; Soldatenbund; Volksdeutscher Klub. Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; 1938 Österreich-Medaille, Sudeten-Medaille; 1941 Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als dienstältester Beamter der Versorgungsabteilung des RAM hatte S. maßgeblichen Anteil an der Durchführung und am Ausbau des RVSorgG 1920. 1939 geriet er in Kompetenzkonflikte zwischen dem RAM und der Wehrmacht und wurde als Leiter der Abteilung „Reichsversorgung (1. Weltkrieg)“ sachlich, nicht aber personell dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellt. Die Zuständigkeit für die Versorgung der Soldaten des 1. Weltkriegs ging 1943 zurück an das RAM, S. blieb bis 1945 Leiter der dafür verantwortlichen Hauptabteilung.

Quellen

BArch (PK L 276; R 3901 / 20436); Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 203 Nr. 1526; Stadtarchiv Bad Tölz; Stadtarchiv Römheld; GVP RAM.

Simon, *Helene* (Henriette) Dr. phil. h. c.
Nationalökonomin, Schriftstellerin

* 19.6.1862 in Düsseldorf; † 8.12.1947 in London; jüd.; V *Jakob* Hermann S. (1822-1911), Bankier; M Amalie geb. Gompertz (1830-1915); ledig.

Bis 1895 im elterlichen Haushalt in Düsseldorf und Köln; 1896-98 Studium (Gasthörerin) der Nationalökonomie und Sozialpolitik in London und Berlin (u. a. bei Gustav Schmoller); 1895-1915 freie Übersetzerin (u. a. von Beatrice und Sidney Webb) und Publizistin wissenschaftlicher

Aufsätze zu sozialpolitischen Fragen; 1914-18 Tätigkeit im Nationalen Frauendienst, 1915-18 Geschäftsführerin des Arbeitsausschusses der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge; 1918-33 wieder als Privatgelehrte wissenschaftlich-publizistisch tätig; 1919 Engagement beim Auf- und Ausbau der AWO; 1922 Umzug nach Königsberg; 1923/24 im Auftrag des RAM (Referentin) Erstellung einer Studie zur Kinderarbeit in der Landwirtschaft; 1932 Rückkehr nach Berlin; 1933 Rückzug aus dem öffentlichen Leben; 1939 Emigration und Ruhestand in London.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919 SPD; 1896 Mitglied der Fabian Society London (Beatrice und Sidney Webb); 1907 Mitglied im Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen; 1911 Mitglied des Ausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform; 1912-33 Mitglied des Hauptausschusses des DV.

Auszeichnungen

1922 Dr. phil. h. c. in Heidelberg; Benennung von AWO-Einrichtungen nach S.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. war eine angesehene, unabhängige Vordenkerin sozialer Reformen. Durch sie wurden die sozialpolitischen Forderungen der englischen Fabian Society in Deutschland bekannt. Früh setzte sie sich ein für Maßnahmen des Arbeiterschutzes für Frauen, Kinder und Jugendliche (1897), wandte sich Problemen der Jugendhilfe und des Kinderschutzes zu (Schulspeisungen – ab 1905) und entwickelte den Plan für ein umfassendes, einheitliches Jugendgesetz (1915). Während der Weimarer Republik engagierte sich S. für die Umwandlung der repressiven Armenpflege in eine moderne Wohlfahrtspflege und wurde bekannt als Theoretikerin der AWO, auf deren erster Reichskonferenz sie 1921 das richtungweisende Referat hielt.

Veröffentlichungen

Mutterschaft und geistige Arbeit (mit Gerhard), 1901; Die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schutzes für jugendliche Arbeiter in den Fabriken, 1902; Schule und Brot, 1905; Robert Owen. Sein Le-

ben und seine Bedeutung für die Gegenwart, 1905; Das Jugendrecht, 1915; Aufgaben und Ziele der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege, 1922; Landwirtschaftliche Kinderarbeit, 1925; 1917-19 Mitherausgeberin der Zeitschrift „Soziale Kriegshinterbliebenenfürsorge“; zu einer bibliographischen Übersicht vgl. Klöhn 1982.

Quellen

NDB; Dick/Sassenberg (Hrsg.), Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert, 1993; Klöhn, Helene Simon (1862-1947), 1982; Bio. Emig.; Friedländer, Helene Simon – ein Leben für soziale Gerechtigkeit, 1962; BArch R 3901 / 100866; Stadtarchiv Erfstadt.

Bild

Friedländer 1962.

Sinzheimer, Hugo Daniel Prof. Dr. iur. Rechtswissenschaftler

* 12.4.1875 in Worms; † 16.9.1945 in Bloemendaal/Niederlande; jüd.; V Leopold S. (1838-1917), Kleiderfabrikant; M Franziska geb. Mayer (1843-); ∞ 1913 Paula Johanna geb. Selig (1890-1960); K 1 S, 3 T.

Gymnasium in Worms; 1894-95 kaufmännische Tätigkeit; 1894-97 Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in München, Berlin, Freiburg/Br. und Marburg (u. a. bei L. Brentano); ab 1897 Referendar in Bad Schwalbach/Taunus u. a.; 1898 Promotion in Heidelberg (ohne schriftliche Arbeit); 1901 rechtsphilosophische Studien in Halle/Saale; 1903 Assessor, 1903-33 Rechtsanwalt (ab 1922 auch Notar) in Frankfurt/M.; 1918/19 Polizeipräsident der Stadt Frankfurt/M.; 1920-33 Honorarprof. für Arbeitsrecht (später auch Rechtssoziologie) der Universität Frankfurt/M.; 1933 kurzzeitig inhaftiert, Emigration in die Niederlande; 1933 ao. Prof. für Arbeitsrecht an der Universität Amsterdam, zugleich 1935-41 ao. Prof. für Rechtssoziologie an der Universität Leyden; 1937 Ausbürgerung aus Deutschland und Aberkennung der Doktorwürde; 1940 Verhaftung und zwei Monate im Gefängnis in Kleve, 1942 in Amsterdam erneut kurzzeitig inhaftiert, überlebte nach der Freilassung bis Kriegsende in wechselnden

Quartieren in den Niederlanden; starb 1945 an Entkräftung.

sozialdemokratischer Politiker

Vor 1903 Nationalsozialer Verein; nach 1908 Demokratische Vereinigung, später FoVp; um 1916 SPD

1923 Mitglied im Hofgeismarer Kreis der SPD;

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 19 Hessen-Nassau und Waldeck (SPD);

K 1917-19 Stadtverordneter in Frankfurt/M.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1916-19 Mitbegründer und Mitglied der Zentrale für Völkerrecht.

Auszeichnungen

1993 Hugo Sinzheimer Institut der Universität Amsterdam; 1997 Gedenktafel am Geburtshaus in Worms; 2010 Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) der Otto-Brenner-Stiftung in Frankfurt/M., Hugo-Sinzheimer-Preis des HSI für herausragende Dissertationen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. gilt als einer der Väter des deutschen Arbeitsrechts, dessen Grundgedanken internationale Verbreitung fanden. Seine Anwaltskanzlei in Frankfurt/M. wurde von Ernst Fraenkel, wie von de Wolf überliefert ist, als „große Werkstatt des werdenden Arbeitsrechts“ bezeichnet. Als Mitglied des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung setzte er sich 1919 maßgeblich für die Verankerung des Rätegedankens (Art. 165 WRV) sowie arbeits- und sozialrechtlicher Grundsätze in der Weimarer Reichsverfassung ein, die später auch in das Grundgesetz der BRD Eingang fanden („Eigentum verpflichtet“ – Art. 153, 3 WRV, Art. 14, 2 GG; „Koalitionsfreiheit“ – Art. 159 WRV, Art. 9,3 GG). S. Vorarbeiten von 1916 („Ein Arbeitstarifgesetz“) bildeten die Grundlage für die TarVO 1918, zugeschrieben wird ihm ferner eine Mitwirkung am BetrVG 1920. Er befürwortete den zunehmenden Einfluss der Gewerkschaften bei den Sozialwahlen über Verbandslisten, die heute

die Regel sind. S. war als Rechtsberater des Deutschen Metallarbeiterverbandes tätig, den ADGB vertrat er vor dem Reichsgericht in Leipzig. 1928 war S. Mitglied der Kommission des ADGB zum Entwurf des Grundsatzprogramms einer Wirtschaftsdemokratie, mehrfach wurde er in der Zeit der Weimarer Republik als Schlichter in Tarifkonflikten eingesetzt. Engagiert war S. in der Frankfurter Volksbildungsbewegung (Frankfurter Ausschuss für Volksvorlesungen), 1921 war er Mitbegründer und bis 1933 Dozent der Akademie der Arbeit (seit 2009: Europäische Akademie der Arbeit) in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Lohn und Aufrechnung, 1902 (Diss.); Der korporative Arbeitsnormenvertrag. Eine privatrechtliche Untersuchung (2 Bde.), 1907/08; Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrags, 1913; Ein Arbeitstarifgesetz, 1916; Grundzüge des Arbeitsrechts. Eine Einführung, 1921, 1927; gesammelte Aufsätze und Reden in: Arbeitsrecht und Rechtssoziologie (2 Bde., hrsg. von Kahn-Freund / Ramm), 1976; Mitherausgeber der Zeitschriften „Arbeitsrecht“ (als Mitbegründer, 1914-33), „Die Justiz (1925-31)“ und „Neue Blätter für den Sozialismus“.

Quellen

de Wolf, Hugo Sinzheimer und das jüdische Gesetzesdenken im deutschen Arbeitsrecht, 2015; Kubo, Hugo Sinzheimer – Vater des deutschen Arbeitsrechts, 1995; Heinrichs et al. (Hrsg.), Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993; Diestelkamp / Stolleis (Hrsg.), Juristen an der Universität Frankfurt a. M., 1989; frankfurter-personenlexikon.de (Abr. 01.02.2017); HbNV; Stadtarchiv Worms; Stadtarchiv Würzburg.

Bild

de Wolf 2015.

Sitzler, Georg Friedrich Prof. Dr. iur., Dr. iur. h.c.
Ministerialbeamter

* 10.12.1881 in Tauberbischofsheim;
† 22.1.1975 in Stuttgart; ev., später „gottgläubig“; V Jakob S. (1851-1927), Gymnasialdirektor; M Helene geb. Knauf (1856- nach 1936); ∞ 1. um 1910, geschlie-

den, 2. 1935 *Elisabeth* Auguste geb. Wielgoß (1907-90); K 2.

Gymnasium in Baden-Baden, Durlach und Tauberbischofsheim; 1900-05 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Straßburg, Berlin, Heidelberg und Freiburg/Br.; 1905 Gerichtsreferendar; 1909 Gerichtsassessor; 1909 Promotion in Heidelberg; 1910 Regierungsassessor im bad. Innenministerium, im gleichen Jahr Wechsel als Hilfsarbeiter zum Reichsversicherungsamt in Berlin, dort ab 1914 Regierungsrat und ständiges Mitglied; 1914-16 Kriegsteilnehmer; 1917 Berufung ins Reichsamt des Innern, im Rahmen der Aus- und Neugliederungsprozesse Mitglied des Reichswirtschaftsamtes und 1918 des Reichsarbeitsamtes; ab 1919 Geh. Regierungsrat im RAM, Leiter der Unterabteilung für „Tarif- und Einigungswesen“, ab 1921 der Hauptabteilung „Tarifvertrags-, Lohn- und Einigungswesen, Betriebsverfassung“; 1921 Ministerialdirektor; 1924-33 Leiter der Hauptabteilung für „Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Lohnpolitik und allgemeine Fragen der Sozialpolitik“; 1933-34 Divisionschef bei der ILO in Genf, Abteilung „Arbeitsbedingungen, Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit“; 1934 mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund in den Ruhestand versetzt, danach Selbständigkeit und publizistische Tätigkeit in Starnberg; 1936-42 Leiter des „Büros für Sozialpolitik“ und Herausgeber der Zeitschrift „Soziale Praxis“ in Berlin; 1942-45 Leiter der Sozialabteilung des Textilunternehmens Wilhelm Bleyle KG in Stuttgart; 1946 Dozent für Arbeitsrecht an der Technischen Hochschule in Stuttgart, 1947 Honorarprofessor für Arbeitsrecht und Sozialpolitik an der Universität Heidelberg und Dozent an der Wirtschaftshochschule Mannheim.

Burschenschaft Alemania Hamburg 1900.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1935 NSV; 1936 DAF; 1937 Reichskolonialbund.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in die Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Mitglied der Akademie für Deutsches Recht.

Auszeichnungen

1951 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, 1961 Auszeichnung mit dem Stern zum großen Verdienstkreuz; 1952 Ehrenmitglied des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes e. V.; 1956 Dr. iur. h.c. in Heidelberg; 1957 Ehrenpräsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. verfasste als Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt mit Walter Kaskel die erste systematisch zusammenfassende Darstellung des Sozialversicherungsrechts. Geplant war eine Erweiterung um das soziale Vertragsrecht (Individualarbeitsrecht) und das soziale Schutzrecht (Arbeiterschutz), die dann Kaskel allein fortführte, während S. sich der praktischen Gestaltung des Arbeitsrechts zuwandte. S. repräsentierte „den seltenen Typ des wissenschaftlich arbeitenden Praktikers“ (Nipperdey). In der Weimarer Republik hatte er maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung des deutschen Arbeitsrechts. S. gilt als „geistiger Vater“ des Betriebsrätegesetzes, besondere Verdienste werden ihm in der Lohnpolitik und im Ausbau des Schlichtungswesens zugeschrieben. International trat er für die Durchsetzung der 40 Stunden-Woche ein. Feststellbar ist seine Mitarbeit bei folgenden Gesetzen und Verordnungen: TarVO 1918; BetrRG 1920; SchwerbeschG 1920; ArbNachweisG 1922; SchlichtWVO 1923; ArbZVO 1923; KündSchG 1926; ArbGG 1926; ArbschutzGE 1926; AVAVG 1927. Sein Wirken im Nationalsozialismus war ambivalent. Er war beratend für das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF tätig, 1940 wurde er Sondertreuhänder der Arbeit für private Energiewirtschaft. In den 1940er Jahren sind seine Veröffentlichungen in der „Sozialen Praxis“ sowie seine Beiträge als Sozialabteilungsleiter in Stuttgart nicht frei von NS-Propagandatönen. Stationen seines sozialpolitischen Werdegangs nach 1945 waren: 1948 Engagement für die Neugründung der „Sozialen Praxis“; 1952-57 Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt; Vorsitzender der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung; 1951-55 deutscher Vertreter im Ausschuss für die Prüfung der ratifizierten Übereinkommen bei der ILO,

Vizepräsident der Association internationale pour le Progrès social.

Veröffentlichungen

Grundriss des sozialen Versicherungsrechts (mit Kaskel), 1912; Kommentar zum Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 (mit Mentzel und Schulz), 1913; Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (mit Giesberts), 1919; Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 nebst Wahlordnung und Verordnungen verwandten Inhalts (mit Feig), 1920; Tarifvertragsrecht, 1921; Die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, 1921; Die Schlichtungsverordnung [Verordnung über das Schlichtungswesen] vom 30. Oktober 1923 (mit Gassner), 1923; Arbeitsrechtliche Gesetze und Verordnungen des Reichs nach dem Stand vom 1. April 1924 (mit Feig), 1924; Der Kündigungsschutz für Angestellte (mit Goldschmidt), 1930; Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 mit Durchführungsverordnung vom 14. September 1932 (mit Goldschmidt), 1932; Die betriebliche Altersversorgung, 1940; Soziale und wirtschaftliche Bedeutung der staatlichen Schlichtung, 1950; zahlreiche Aufsätze arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Inhalts in deutschen und internationalen Zeitschriften. 1921 Mitbegründer und -1933 Herausgeber der Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht (mit Dersch, Kaskel und Syrup); Herausgeber der „Abhandlungen zum Arbeitsrecht“ (mit Kaskel); nach 1945 Mitbegründer der Zeitschrift „Recht der Arbeit“; 1950 Herausgeber der „Arbeitsrecht-Blätter“.

Quellen

Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, 1993; BArbBl. 1961, S. 148; Recht der Arbeit 1951, S. 455, 1961, S. 478; Sozialer Fortschritt 1966, S. 295 f.; Wer ist's?; BArch RK I 501; Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/20 Bü 91026; Stadtarchiv Stuttgart; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-36.

Spliedt, Franz Matthias Hermann
Gewerkschafter

* 18.1.1877 in Hamburg; † 18.10.1963 ebd.; ev., 1908 diss.; V Hermann S., Hafenarbeiter; M Elise Louison Maria geb.

Aurich; ∞ 1905 Mathilde geb. Hoffmann (1880-1956); K 1 S, 1 T.

Volksschule in Hamburg; 1891-93 Tapeziererlehre, Wanderschaft in Deutschland und Großbritannien; 1893-1905 Tätigkeit als Tapezierer, 1905-08 angestellter Hilfsarbeiter in der Tapezierergewerkschaft in Hamburg, 1908-09 hauptamtlicher Kassierer und Gewerkschaftssekretär, 1909 Verbandsvorsitzender der Tapezierergewerkschaft in Berlin, 1920 nach Verschmelzung dieser mit dem Sattlerverband 2. Vorsitzender der Vereinigung; 1916 Armierungssoldat; 1921-31 Sekretär im Bundesbüro des ADGB in Berlin (Leiter der Abteilung für Sozialpolitik, Arbeitsmarkt- und Tariffragen), 1931 ADGB-Vorstandsmitglied; 1933 nach Zerschlagung der Gewerkschaften fristlose Entlassung, wiederholt verhaftet; 1934 Umzug nach Hamburg, erwerbslos, Einsatz als Pflichtarbeiter; 1937 Rentner; 1946 Hauptschriftleiter der „Gewerkschafts-Zeitung“ in Hamburg, bis 1952 Redakteur der Gewerkschaftszeitungen „Der Bund“ bzw. „Welt der Arbeit“ (1950); maßgebliche Beteiligung am Wiederaufbau der Gewerkschaften in der Britischen Zone; Mitbegründer und Gesellschafter des Bund-Verlages; 1952 Ruhestand.

sozialdemokratischer Politiker
SPD

RT 1932-33 WK 4 (Potsdam I);
K 1946 Mitglied der Hamburger Bürger-schaft (Freie Gewerkschaften);
1946-47 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1895 Tapezierergewerkschaft in Hamburg; 1932-33 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter des Handwerks); nach 1933 Mitglied der DAF; 1945-46 Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Hamburger Gewerkschaften; 1946 Mitglied des Bezirksgewerkschaftsausschusses Nordmark; 1946-49 Mitglied des vorläufigen Zonenvorstands der Gewerkschaften in der britischen Zone.

Auszeichnungen

1952 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; Benennung eines

Jugendheims des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg nach Spliedt.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. war ein einflussreicher Sozialpolitiker des ADGB. Er hatte als Interessenvertreter der freien Gewerkschaften wesentlichen Anteil an der reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ein mit Bruno Broecker verfasster Kommentar zum AVAVG 1927 erlebte 4 Auflagen und wurde zum Standardwerk für Gewerkschafter. Von S. übernommene Ämter und Funktionen waren: 1922-27 Mitglied des Verwaltungsrats des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung; 1927 Vorstandsmitglied der RfAVAV; 1932-33 Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR; Mitglied der deutschen Delegation beim Internationalen Arbeitsamt in Genf; 1946-47 Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des Zonenbeirats.

Veröffentlichungen

Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen im deutschen Tapezierergewerbe, 1914; Das Problem der Arbeitslosenversicherung in Deutschland (mit Jastrow und Erdmann), 1925; Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (mit Broecker), 1927; Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung vom 30. Oktober 1928 (mit Broecker), 1931; Die Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter (mit Broecker), 1931; Die Versorgung der Arbeitslosen nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung (mit Broecker), 1932; Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Ihr Wiederaufbau nach 1945, 1947; zahlreiche Aufsätze zu sozialpolitischen Themen insbesondere in „Die Arbeit“.

Quellen

Lilla RWR; NDB; Schröder; Schumacher M.d.R.; Paul; Staatsarchiv Hamburg (351-11-3289; 332-5 Nr. 7337 u. 536/1956; 332-5 Nr. 6442 u. 182/1905); Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Teilnachlass).

Bild

Reichstagshandbuch.

Stahl, Adolf Karl Ludwig Dr. theol.
Theologe, Funktionär der Inneren Mission

* 21.10.1884 in Bicken/Dillkreis; † 20.5.1960 in Hamburg; ev.-luth.; V *Albert* Ludwig Hermann Wilhelm St. (1855-1926), Pfarrer; M *Sophie* Caroline Auguste Johanna geb. Beyerhaus (1854-1932); ∞ 1. 1910 Frieda geb. Pommer (1878-1945), 2. 1946 Anna *Bertha* geb. Finck (1895-1992); K 1 S.

Gymnasium in Höchst; 1904-07 Studium der Theologie in Marburg, Halle/S., Erlangen und Berlin; 1909 erstes theologisches Examen und Predigerseminar in Herborn; 1910 Vikar in Pettau/Drau (Steiermark); 1911 zweites theologisches Examen und Ordination, Pfarrer in Mahrenberg (Steiermark); 1915 Pastor der Gemeinde Gröbming (Steiermark); 1922 Mitarbeiter des DV in Frankfurt/M. (Referent für Jugendhilfe); 1923 Promotion in Wien; 1924 Pfarrer des Evangelischen Vereins für Innere Mission in Nassau und Geschäftsführer des Landesverbandes für Innere Mission in Nassau, Leiter des Evangelischen Landeswohlfahrtsdienstes in Wiesbaden; 1926-32 zweiter Direktor der Abteilung Wohlfahrtspflege des Central-Ausschusses der Inneren Mission in Berlin; 1932-33 Pastor der Inneren Mission in Wiesbaden und erneut Geschäftsführer des Landesverbandes für Innere Mission in Nassau; 1933-46 Anstaltspastor und Leiter der Krankenhäuser und Heime der Evangelisch-Lutherischen Diakonissenanstalt in Hamburg-Altona (und Schleswig-Holstein); 1946 auf Anweisung der britischen Militärregierung Suspendierung als Leiter der stationären Einrichtungen, 1947 Wiederaufnahme der Leitungstätigkeit; 1955 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1932 kurzzeitig, 1933/34 erneut NSDAP; 1934 NSV.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

1956 Johann Hinrich Wichern-Plakette.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. wurde – nach über zehnjähriger Tätigkeit als Gemeindepfarrer in der österreichischen Diaspora – in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus eine führende Gestalt der frühen Wohlfahrtspflege. Er kam aus der „Schule“ des DV, in dem seine Schwester – Hilde Eiserhardt – ab 1922 als Geschäftsführerin wirkte. Mit der das Subsidiaritätsprinzip gesetzlich verankernden Jugendhilfe- und Fürsorgegesetzgebung der Weimarer Republik (1922/23) spezialisierte er sich auf Fragen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege, vor allem hinsichtlich der diakonischen Anstalten. Von 1924-32 wirkte er meist in Doppelfunktionen – Pastor und Geschäftsführer – in Verbänden und Stiftungen der Inneren Mission auf Reichs- und Landesebene. Infolge des Devaheimskandals wurde er wie nahezu die gesamte Führungsgruppe des Central-Ausschusses zum Ausscheiden als Geschäftsführer gezwungen. Der Schwerpunkt seiner Arbeit verlagerte sich von der Jugendwohlfahrt auf die Behindertenarbeit („Krüppelfürsorge“). 1935 übertrug Stahl das NS-„Führerprinzip“ auf die Zielsetzung und Organisation der Inneren Mission, seine nationalsozialistische Grundeinstellung schlug sich auch in seiner Konzeption zur Behindertenarbeit nieder.

Im Einzelnen wirkte er innerhalb folgender sozialpolitischer Institutionen: 1922 Geschäftsführer der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden (Spitzenverbänden) der freien Wohlfahrtspflege; 1926-32 Dozent an der Wohlfahrtsschule des Evangelischen Johannesstiftes und am Institut für Sozialethik und Wissenschaft der Inneren Mission an der Universität Berlin; Vorsitzender des Deutschen Verbandes evangelischer Kindererholungsheime und Kinderheilstätten; 1927-30 Vorsitzender der Evangelischen Konferenz für Straffälligenpflege sowie der Evangelischen Konferenz für Gefährdetenfürsorge; 1925-35 Mitglied des Hauptausschusses des DV, seine engste Mitarbeiterin im DV und später im Central-Ausschuss war Bertha Finck, die nach 1934 die NSV-Reichshauptstelle „Mütter-, Säuglings-, Kleinkinderfürsorge“ (Hilfswerk Mutter und Kind) leitete. Er gehörte 1932 dem Ständigen

Ausschuss der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit an und nahm im gleichen Jahr als Delegierter an deren 2. Internationalen Konferenz in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Ziel und Gestaltung der Kindererholungsfürsorge (mit Rott), 1925; Straftaten von Kindern und Jugendlichen. Einführung in die Jugendstrafrechtspflege, 1926; Grenzfragen zwischen Strafrecht, Seelsorge und Fürsorge, 1928; Die Lage der Inneren Mission und des Central-Ausschusses in der Gegenwart, in: Innere Mission 1931, S. 289-296; Zur Reform des Jugendgerichts, 1932; Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt im alten und neuen Staat, in: Freie Wohlfahrtspflege 1933, S. 1-14; Öffentliche und freie Jugendwohlfahrtspflege im neuen Staat, in: Innere Mission, 1933, S. 128-138; Der Führergedanke in der Inneren Mission, ca. 1935; 1930-32 Herausgeber der Zeitschrift „Die Innere Mission im Evangelischen Deutschland“.

Quellen

Kopitzsch/Brietzke (Hrsg.), Hamburgische Biografie Bd. 5, 2010; Personenlexikon; Bookhagen Bd. 1; Kaiser, Sozialer Protestantismus des 20. Jahrhunderts, 1989; NDV 1960, S. 223; Bonnet, Nassovica, Bausteine zur nassauischen Familien- und Ortsgeschichte H. 1, 1930; Staatsarchiv Hamburg, 221-11 / M. 3326; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.; StA Hamburg-Altona.

Bild

Kopitzsch/Brietzke 2010, S. 355.

Stegerwald, Adam Andreas Dr. rer. pol. h.c.

Reichsarbeitsminister, Gewerkschafter

* 14.12.1874 in Greußenheim (Unterfranken); † 3.12.1945 in Würzburg; kath.; V Martin St. (1843-1925), Landwirt; M Franziska geb. Staab (1845-1912); ∞ 1902 Kreszentia geb. Humpl (1879-1951); K 5 S, 1 T.

1880-87 Volksschule in Greußenheim; 1889 Schreinerlehre in Höchberg und Zell bei Würzburg, danach Wanderschaft im Rheinland, in Süddeutschland und der Schweiz; 1893 Geselle in Stuttgart, ab 1894 in München, Besuch von Fortbil-

dungskursen und der Gewerbeschule München; 1899 Mitbegründer und 1900 Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbandes Deutschlands in München; 1900-02 Gasthörer bei Vorlesungen in Volkswirtschaft und Nationalökonomie an der Universität München (u. a. bei L. Brentano); 1903-21 Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Köln; 1903-05 Gasthörer an der Kölner Handelsschule zu Fragen der Handelspolitik, Versicherungs- und Zeitungswesen; 1906 Studienreise nach England, später weitere Reisen ins europäische Ausland; 1916-18 Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes; 1918 Mitglied im Ernährungsbeirat des Reichstags sowie im Finanzbeirat beim Reichsschatzamt; 1919-29 Gründer und Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes; 1919-21 Preuß. Minister für Volkswohlfahrt und Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat, 1921 zugleich kurzzeitig Preuß. Ministerpräsident; 1921 Rückkehr als Gewerkschaftsführer; 1929 Aufgabe der Gewerkschaftsämter und bis 1930 Reichsverkehrsminister; 1930-32 Reichsarbeitsminister in den Kabinetten Brüning; 1933 Verfahren wegen Betrugsverdacht („Volksvereinsprozess“ – 1935 eingestellt); 1934 Ruhestand; 1944 Übersiedlung nach Greußenheim, kurzzeitige Inhaftierung im Rahmen der Aktion „Gewitter“; 1945 Regierungspräsident von Main- bzw. Unterfranken.

Zentrumspolitiker

Z, CSU

1896 Mitglied im Arbeiterwahlverein der bayer. Zentrumspartei; 1911-18 Mitglied des Provinzialausschusses, ab 1919 des Vorstandes der rheinischen Zentrumspartei; 1917 Mitglied des Landesausschusses der preuß. Zentrumspartei; 1920-28 stellv. Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und Mitglied des Parteivorstandes; 1929-33 Mitglied des geschäftsführenden Reichsparteiausschusses; 1920-24 Beisitzer im Vorstand der Reichstagsfraktion; 1924-26 und 1927-29 stellv. Vorsitzender, 1926-27 geschäftsführender Vorsitzender, 1929 Vorsitzender der Reichstagsfraktion; 1945 Mitbegründer der CSU in Würzburg;

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 20 Reg.-Bez. Köln und Aachen (Z); 1920-24 WK 19 Westfalen-Nord (Z); 1924-33 WK 17 Westfalen Nord (Z); LT 1918 Preuß. Herrenhaus; 1919-21 Mitglied der verfassungsgebenden preuß. Landesversammlung WK Münster-Minden-Schaumburg (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1917 stellv. Vorsitzender des Volksbundes für Freiheit und Vaterland; 1918 Mitbegründer der (Zentral-)Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands (Stinnes-Legien-Abkommen); Senator der Deutschen Akademie; 1927 Präsident des Dortmunder Katholikentages; 1930 Mitglied des Ehrenpräsidiums der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Volksbank AG in Berlin (1921) u. a. Unternehmungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Auszeichnungen

1925 Dr. rer. pol. h.c. in Bonn; Eisernes Kreuz am weiß-schwarzen Bande; Verdienstkreuz für Kriegshilfe; König-Ludwig-Kreuz; Benennung von Straßen in Köln und Langenhagen nach St.; Stegerwaldsiedlung in Köln.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war einer der Begründer der christlichen Gewerkschaftsidee und gehörte mit Franz Hitze und Heinrich Brauns zu den herausragenden Sozialpolitikern der Deutschen Zentrumspartei. 1893-98 war er Mitglied des katholischen Gesellenvereins (Kolpingverein), 1896 im Arbeitnehmerverein „Arbeiterschutz“ in München, in dem er 1898 stellv. Vorsitzender der Holzarbeitersektion wurde. Eine steile Gewerkschaftskarriere führte ihn in der Weimarer Zeit in hohe sozialpolitische Ämter. St. hatte als erster Preußischer Minister für Volkswohlfahrt die bis dahin in verschiedenen Ministerien verstreuten Aufgaben auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt zusammenzufassen. Hervorgetreten ist er insbesondere mit Mieterschutzregelungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, in seine Amtszeit fiel das

preuß. KrüppelFürsG 1920. Seine Amtszeit als Reichsarbeitsminister war 1930-32 geprägt durch die Weltwirtschaftskrise und Notverordnungen, die den Abbau von Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Leistungskürzungen in allen Bereichen der Sozialversicherung und Fürsorge mit sich brachten (NotVO 1930, NotVO I 1931; NotVO II 1931), auch trug das Ministerium durch seine Tarif- und Schlichtungspolitik zu allgemeinen Lohnsenkungen bei. Allerdings wurde die Struktur des sozialen Sicherungssystems beibehalten. St. „nationale Gesinnung“ bewahrte ihn vor umfassenderen Verfolgungen im Nationalsozialismus.

Weitere sozialpolitisch relevante Stationen seiner Karriere waren: 1902 Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; 1908-14 Internationaler Sekretär der christlichen Arbeiterorganisationen; 1915 Vorstandsmitglied des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen; 1919 Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Veröffentlichungen

Gewerkschaftliche Studien in England, 1906; Der soziale Wiederaufbau Deutschlands, [1919]; Wege der Volkswohlfahrt, 1920; Deutsche Lebensfragen, 1921; Kinder in Not, [1921]; Aus meinem Leben, 1924; 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899-1924 (Hrsg.), 1924; Sicherung der Sozialpolitik, 1930; Die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Ihr Hintergrund, Wesen und Inhalt, 1931; Um den sozialen Volksstaat (mit Hirtsiefer u. Kaiser), [1932]; Verfasser zahlreicher Beiträge zu gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen; Gründer und Redakteur der Zeitschrift „Der deutsche Holzarbeiter“; 1901 Redakteur der „Christlichen Gewerkschaftszeitung“.

Quellen

Forster, Adam Stegerwald. Politik in sozialer Verantwortung, 2008; Lilla Reichsrat; Forster, Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, 2003; Haunfelder Zentrum; Schumacher M.D.R.; Zeitgeschichte LB Bd. 1; Schorr, Adam Stegerwald. Gewerkschafter und Politiker der ersten deutschen Republik, 1966; IHG; Gemeindearchiv Greußenheim.

Bild

Forster 2008.

Stein, Philipp Wilhelm Arthus Prof. Dr. phil.

Nationalökonom, Genossenschafter

* 7.1.1870 in Wiesbaden; † 5.2.1932 in Berlin; ev.; V Christian *Adolph* Philipp Ludwig St. (1827-), Buchdrucker; M Luise *Sophie* geb. Sternitzky (1833-); ∞ Emma geb. Jüngst; K 1 S, 3 T.

-1889 Realgymnasium in Frankfurt/M.; Studium der Philosophie, Geschichte und Staatswissenschaften in Tübingen, Berlin und Leipzig; 1894 Promotion in Leipzig (bei Karl Bücher); 1885 Eintritt in das Institut für Gemeinwohl (Wilhelm Merton), darin zunächst wiss. Tätigkeit, dann (um 1900) Leiter der Auskunftsstelle für Arbeiterangelegenheiten, 1903 Ausbau derselben zum „Sozialen Museum“; 1903-25 Leiter des Instituts für Gemeinwohl in Frankfurt/M.; ab 1901 nebenamtlich Dozent für Sozialpolitik und Genossenschaftswesen an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt/M.; 1920-32 Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M.; 1925-32 Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes e. V. in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vor 1908 Gründungsmitglied des Frankfurter Konsumvereins und der Kohleeinkaufsgesellschaft; Gründer und erster Vorsitzender des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung; 1909-19 Stadtrat in Frankfurt/M.; 1914 Mitglied des Großen Rates bzw. des Kuratoriums der Universität Frankfurt/M.; 1914-18 Vertrauensmann der deutschen Städte in der Lebensmittelversorgung und Delegierter des Deutschen Städtetages in der Zentral-Einkaufsgesellschaft; 1925-32 Mitglied im RWR (Arbeitgeber-Vertreter der Handwerker-genossenschaften); Vorstandsmitglied des Instituts für Gewerbehygiene Frankfurt/M.; Mitglied des Gesamtausschusses und des engeren Ausschusses der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse; 1929 stellv. Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank; Mitglied des Genossenschaftlichen Beirats der Dresdner Bank; seit 1898 Mitglied und 1925-32 Vorsitzender des Deutschen Vereins für Wohnungsreform.

Auszeichnungen

1930 Ehrenmitglied des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Frankfurt/M.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war ein vielseitiger Vertreter der Sozialreform im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Durch die enge Verbundenheit mit Wilhelm Merton und dessen Förderung engagierte sich St. auf vielen Gebieten des Sozial- und Genossenschaftswesens. Er wurde (vor Wilhelm Polligkeit) der wichtigste Mitarbeiter Mertons bei dessen sozialen Unternehmen. Das „Soziale Museum“, dessen Gründer und Vorstandsmitglied St. war, entwickelte sich zu einer reichsweit bedeutsamen sozialpolitischen Auskunfts- und Beratungsstelle. In Verknüpfung mit dem Sozialen Museum leitete er den Verein für Förderung des Arbeiterwohnungswesens, ihm unterstanden ferner die Centrale für private Fürsorge sowie die Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen in Frankfurt/M. In der Gesellschaft für Soziale Reform war er Mitglied des Vorstandes.

Veröffentlichungen

Das Verhältnis der freiwilligen und zwangsgemeinschaftlichen Körperschaften in der Wohlfahrtspflege, 1908; Arbeiterkunde und Fabrikorganisation, 1912; Die Finanz- und Wirtschaftsbilanz des Deutschen Reiches, 1922; Die Zukunft der Sozialpolitik, in: Brentano u. a., Die Zukunft der Sozialpolitik, 1923, S. 99-115; Verfasser zahlreicher Beiträge zur Arbeiterfrage, zum Wohnungswesen und zum Genossenschaftswesen; Mitherausgeber der „Blätter für Genossenschaftswesen“ und der Zeitschrift „Deutsche Politik“.

Quellen

Klötzer, Frankfurter Biographie Bd. 2, 1996; Achinger, Wilhelm Merton in seiner Zeit, 1965; Reichshandbuch; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften der Mitglieder, 1929; Universitätsarchiv Frankfurt/M., Abt. 14, Nr. 2477; Stadtarchiv Wiesbaden; Zentralarchiv der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau.

Bild

Achinger 1965.

Steinmann, Georg Louis Otto Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 4.10.1887 in Halberstadt; † 1.3.1969 in Bonn; ev.; V Carl August Ludwig Eduard St. (1849-), Kaufmann; M Marie Louise geb. Fischer (1863-1947); ∞ 1921 Ruth Rosemarie geb. Buchholtz (1897-1968); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Halberstadt; 1906-09 Studium der Rechtswissenschaften in Lausanne, München und Berlin; 1909-14 Gerichtsreferendar in Schönebeck, Magdeburg und Naumburg; 1910 Promotion in Halle/S.; 1910-11 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Gerichtsassessor in Naumburg, kommissarische Tätigkeit bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte; 1920 Regierungsassessor im RAM, 1921 Regierungsrat, 1925 Oberregierungsrat, (Referent für Arbeitsverfassung, Berufsvereinsrecht, Arbeitskampfrecht); 1927-28 Sozialattaché in Paris; 1928 Rückkehr ins RAM (zusätzlich Referent für Internationales Arbeitsrecht), 1928 Ministerialrat, 1934 Leiter des Hauptreferates „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG); 1942 Ministerialdirigent (Leiter der Unterabteilung Arbeitsrecht, Arbeitsverhältnisse im Bereich des öffentlichen Dienstes, des Verkehrswesens und der Reichskulturkammer); 1942/43 dem GBA Fritz Sauckel zugeordnet; Anfang 1945 Leiter der Unterabteilung für Tarifrecht und Arbeitsvertragsfragen; 1945-46 Internierung in Darmstadt; 1946 Dienstverpflichtung zu Aufräumungsarbeiten im Hubertus-Krankenhaus in Berlin; 1947 Tätigkeit bei einer Holzfirma in Goslar; 1950-52 Ministerialrat im Bundesarbeitsministerium (Referent für Individualarbeitsrecht).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1940 NSDAP; 1936 RDB, NSV, RLB.
Im Entnazifizierungsverfahren 1947 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

1914 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1918 Eisernes Kreuz 1. Klasse; 1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse; 1953 Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. gehörte von 1920-52 zu den führenden Arbeitsrechtsexperten der Ministerialbürokratie. Während der Weimarer Republik umfasste sein Referat die Rechtsstellung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen (Berufsvereinsrecht) sowie das Arbeitskämpfrecht. Mit der Umgestaltung des Arbeitsrechts und der Arbeitsbeziehungen im NS-Staat wurde er Hauptreferent für das grundlegende Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG), an dessen Kommentierung durch Werner Mansfeld und Wolfgang Pohl er mitwirkte. Daneben befasste er sich mit internationalen Fragen des Arbeitsrechts und war Sonderreferent für Frankreich und dessen Kolonien.

Veröffentlichungen

Das Koalitionsrecht im Deutschen Reich, 1926; Kommentar zum Kündigungsschutzgesetz (mit Herschel), 1951; Gewerkschaften und Fragen des kollektiven Arbeitsrechts in Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien (mit Goldschmidt), 1957.

Quellen

BArch (R 3001 / 77351; B 149 / 1); AdP; Landesarchiv Berlin (C Rep. 031-02-19 Nr. 9; P Rep. 160 Nr. 506 und Nr. 963); EMK; Stadtarchiv Bonn; StA Halberstadt; GVP RAM.

Steinweg, Johannes Paul Albert Friedrich
Dr. theol. h. c.

Theologe, Funktionär der Inneren Mission

* 14.2.1879 in Grabow/Stettin; † 4.11.1960 in Kassel; ev.; V Friedrich St. (1850-1930), Stadtmissionar; M Pauline geb. Lange (1846-1934); ∞ 1909 Anna geb. Beyer (1880-1979); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Demmin; 1897-1901 Studium der Theologie in Greifswald und Berlin, 1901 erstes theologisches Examen in Berlin, Lehrer in Labes (Pommern); 1902 am Predigerseminar in Naumburg a. Queis; 1903 zweites theologisches Examen in Stettin, dann Hauslehrer in Nassenheide bei Oranienburg; 1905-06 Mitglied des Domkandidatenstiftes Berlin; 1906 Ordi-

nation in Stettin; 1906-07 Pfarrvikar in Cannes; 1907-08 Hilfsprediger am Domkandidatenstift Berlin; 1908-18 Pfarrer in Semlow (Pommern), 1916-18 Heerespfarrer in Kowno (Kaunas/Litauen); 1918-32 Direktor der Abteilung Wohlfahrtspflege im Central-Ausschuss (Centralverband) für die Innere Mission in Berlin, 1930-32 Erster Direktor des Central-Ausschusses; 1932-37 Kreispfarrer in Rotenburg/Fulda; 1937-49 Kreispfarrer (Dekan) in Kassel; 1949 Ruhestand.

Akademisch-theologischer Verein Greifswald (Eisenacher Kartell)

Theologischer Studentenverein Berlin (Leipziger Kartell).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Generalsynode der Altpreußischen Union; Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Auszeichnungen

1927 Dr. theol. h. c. in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. gehört zu den führenden Persönlichkeiten der freien Wohlfahrtspflege. Auf ihn geht die Fortentwicklung des traditionellen Central-Ausschusses der Inneren Mission zu einem Centralverband mit dem Central-Ausschuss als Leitungsorgan zurück, die er konzipierte und 1920 durchführte. Die Innere Mission wurde dadurch ein einflussreicher Spitzenverband, der die Aktivitäten der Regionalverbände wie der Fachgruppen bündelte und förderte. Der Centralverband wurde wesentlicher Teil des dualen Systems der Wohlfahrtspflege der Weimarer Republik. 1921 war er Mitglied der Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922). Der Konkurs der vom Centralverband gegründeten Deutschen Evangelische Heimstättengesellschaft („Devaheimskandal“) führte 1932 zum Rücktritt St. von der Verbandstätigkeit in der Diakonie auf Reichsebene, er ging als Gemeinde- und Kreispfarrer nach Kurhessen. Bis zu seinem Rücktritt als Direktor war er in der Evangelischen Kirche noch Mitglied der Sozialen Ausschüsse des Kirchenrates, der Altpreußischen Union

und des Deutschen Ev. Kirchausschusses, 1928-32 Vorsitzender der Reichskonferenz bzw. des Reichverbandes für evangelische Alters- und Siechenfürsorge sowie 1921-26 und 1930-32 Vorsitzender der Evangelischen Konferenz für Gefährdetenfürsorge. Er war ferner Vorsitzender des 1919 gegründeten Gesamtverbandes der Berufsarbeiter der Wohlfahrtspflege. Auf internationaler Ebene engagierte sich St. in der „Kontinentalen Konferenz“ bzw. im Internationalen Verband für Innere Mission und Diakonie, 1928 trat er als Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris auf, 1932 nahm er an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil. 1921-31 fungierte er als Vorstandsmitglied, 1946-49 als Mitglied des Hauptausschusses des DV. St. war Dozent an verschiedenen sozialen Lehrstätten in Berlin.

Veröffentlichungen

Welche organisatorischen Aufgaben stellt das Reichjugendwohlfahrtsgesetz der evangelischen Kirche, in: Innere Mission 1922, S. 211-214; Die Neuregelung der öffentlichen Wohlfahrtspflege und die Evangelische Kirche, 1925; Bilder aus der Arbeit der evangelischen Wohlfahrtsdienste, 1925; Die Innere Mission der evangelischen Kirche. Eine Einführung in ihr Wesen und ihre Arbeit sowie in ihre Zusammenhänge mit der Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, 1928; Die soziale Bedeutung der Inneren Mission, 1929; Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, 1957; Herausgeber von „Der Evangelische Wohlfahrtsdienst“, zeitweilig Mitherausgeber der Zeitschrift „Innere Mission“; Verfasser zahlreicher Beiträge zu Fragen der Wohlfahrtspflege und der Theologie.

Quellen

Maier; Steinweg, Innere Mission und Gemeindedienst in meinem Leben, 1959; Gerhardt, Ein Jahrhundert Innere Mission, Bd. 2, 1948; Landeskirchliches Archiv Kassel; Friedhofsverwaltung Kassel.

Bild

Steinweg 1959.

Stephan, *Werner* Joseph Dr. phil.
Ministerialbeamter

* 15.11.1889 in Siegburg (Rheinprovinz); † vor 1951.; kath.; V Christoph Heinrich St. (1857-1919), Oberlehrer; M Anna Maria Hubertina geb. Comp (- vor 1914); ∞ 1926 Ilse geb. Hansmann (1904-69).

Gymnasium in Köln; 1908-14 Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie, Geographie, Nationalökonomie und englische Philologie in Bonn, Heidelberg und Berlin, 1910-11 Sprachreise nach England; 1912-14 Hilfsarbeiter bei der Deutschen Kommission der Akademie der Wissenschaften in Berlin; 1914 Promotion sowie Staatsprüfung für das höhere Lehramt in Berlin; während des Studiums freie journalistische Tätigkeit für verschiedene Tageszeitungen, 1915 Redakteur beim „Deutschen Kurier“ in Berlin; 1916-18 Heeresdienst als Hilfsarbeiter bei der Kriegsamtsstelle Posen; 1918 Referent für Kriegsbeschädigtenvermittlung bei der Zentralauskunftsstelle resp. beim Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt (Landesarbeitsamt), 1919 dessen stellv. Direktor sowie Leiter der Organisationsabteilung; 1920 Referent für Arbeitsnachweiswesen (insb. Ausländervermittlung und Landarbeiterfragen) im Reichsamt für Arbeitsvermittlung, 1921 Regierungsrat; 1922 Wechsel ins RAM, 1925 Oberregierungsrat, 1927 Ministerialrat (-1940 Referent insbes. für Fragen der Arbeitsbeschaffung, zeitweise auch Mitarbeit in Angelegenheiten der internationalen Sozialpolitik); 1940 stellv. Leiter des dem Staatssekretär Friedrich Syrup unmittelbar unterstellten Referates „Arbeitsgebiet Internationales“, dort bis mindestens 1944 Referent für internationale sozialpolitische Beziehungen; Verbleib nach 1944 ungeklärt.

Auszeichnungen

1917 Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war langjähriger Experte des RAM in Fragen der produktiven Erwerbslosenfürsorge und der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, beteiligt war er an der Schaffung des ArbNachweisG 1922

und des VermArbG 1933. Seine internationale Orientierung führte ihn 1940 in eine leitende Position im neu errichteten, abteilungsübergreifenden Referat „Arbeitsgebiet Internationales“, in dem ihm insbesondere die Auswertung der Vorgänge bei der ILO in Genf sowie beim Völkerbund (aus denen Deutschland 1933 ausgetreten war) oblag, ebenso die Beobachtung der Sozialpolitik in Großbritannien, den USA sowie im Protektorat Böhmen und Mähren, im Generalgouvernement und in der Slowakei. St., dessen Ehefrau als „Mischling“ galt, wurde vermutlich Ende 1944 aufgrund einer Anordnung Hitlers, nach dem Attentat vom 20. Juli „jüdisch verisppte“ Beamte aus den obersten Reichsbehörden zu entfernen, aus dem Dienst entlassen.

Veröffentlichungen

Das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922, 1923; Arbeitsbeschaffung im Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 (mit Richter), 1933; 1940 Schriftleiter der „Sozialpolitischen Weltrundschau“.

Quellen

BArch (R 3901 / 20438; R 3901 / 109922); AdP; EMK; Historisches Archiv Siegburg; Stadtarchiv Düsseldorf; GVP RAM.

Stier-Somlo, *Fritz* (Friedrich) Prof Dr. iur. habil.

Rechtswissenschaftler

* 21.5.1873 in Szombathely/Ungarn; † 10.3.1932 in Köln; jüd., später getauft; V Josef-Salomon St. (1843-1919), Rabbiner; M Auguste geb. Mendelssohn (1854-1917); ∞ 1. 1898 Gertrud geb. Rosenthal (1873-1938), 2. 1923 Elisabeth Antonia geb. Litterski (1889-1981); K 3 T.

-1890 Gymnasium; 1890-93 Studium der Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Philologie in Berlin; 1893-98 Referendar; 1896 Promotion in Göttingen; 1898-1903 Gerichtsassessor, Richter am Amtsgericht Charlottenburg; 1901 Habilitation in Bonn, Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Universität Bonn, 1904

Titularprof. ebd.; 1911-12 Studiendirektor an der Akademie für kommunale Verwaltung in Düsseldorf; 1912-21 Dozent für öffentliches Recht an der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung in Köln; 1916 Prof. für öffentliches Recht an der Handelshochschule Köln; 1919 o. Prof. für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, für wissenschaftliche Politik sowie für Kommunal- und Sozialrecht an der Universität Köln, 1919-20 und 1929-30 Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät; 1925/26 Rektor der Universität Köln; Begründer des Seminars für Politik, bis 1932 dessen Direktor; Mitbegründer des Instituts für Internationales und Ausländisches Recht; verstarb 1932 an den Folgen eines Straßenbahnunfalls in Köln.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1922 Mitbegründer und bis 1926 Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer; 1925 Mitglied der Deutschen Akademie [zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums] München; Mitglied im Ausschuss Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz der Gesellschaft für Soziale Reform.

Sozialpolitische Aktivitäten

St.-S. war ein führender Staats- und Verwaltungsrechtler in der Zeit der Weimarer Republik. Bereits im Deutschen Kaiserreich hatte er sich auch dem Sozialrecht zugewandt. In seiner einbändigen Handausgabe der RVO von 1911 erläuterte er die RVO bereits in der Absicht, „das Einleben des deutschen Volkes in das große soziale Gesetzeswerk zu erleichtern und dieses selbst zu fördern“ (Vorwort). Daneben publizierte er Kommentare zur Reichsgewerbeordnung, zum Betriebsrätegesetz, zum Angestelltenversicherungsgesetz sowie zum Gesetz über Arbeitsvermittlung. St.-S. wirkte disziplinübergreifend auf dem Gebiet der Kommunal- und Sozialwissenschaften.

Außer seiner publizistischen Tätigkeit widmete er sich der Idee der Einrichtung von Verwaltungshochschulen und begründete im Jahr 1911 die Akademie für kommunale Verwaltung der Stadt Düsseldorf. Auch in den Folgejahren seiner Tätigkeit

in Köln engagierte er sich für die wissenschaftlich-praktische Aus- und Fortbildung von Führungskräften der kommunalen und sozialen Verwaltung (Kommunal- und Sozialbeamte). Innerhalb der Hochschule initiierte er eine Soziale Frauenhochschule, die 1916/17 den Lehrbetrieb aufnahm. Damit wurde früh ein spezifisches Hochschulstudium für Frauen angeboten und somit ein Beitrag zur Akademisierung der Sozialen Arbeit geleistet. Mit der Errichtung der Universität Köln im Jahr 1919 endete diese Eigenständigkeit der Ausbildung der Kommunal- und Sozialbeamten.

Veröffentlichungen

Deutsche Sozialgesetzgebung: Geschichtliche Grundlagen und Krankenversicherungsrecht, 1906; Recht der Arbeiterversicherung, 1906; Studien zum sozialen Recht, 1912; Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911, 1913; Kommentar zur Reichsversicherungsordnung 1911-1916; Frauen-Hochschulstudium für soziale Berufe an der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung, 1916; Rechtsfragen zur Monopolisierung des Versicherungswesens, 1920; Kommentar zum Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920, 1921; Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, 1923; Angestellten-Versicherungsgesetz in der ab 1. Juni 1924 geltenden Fassung, 1924; Die deutsche Sozialversicherung (mit Reuscher), 1926; Sozialversicherung. Ein Nachschlagbuch für Theorie und Praxis, 1927; Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927, 1928; zahlreiche Veröffentlichungen zu sozial-, verwaltungs- und staatsrechtlichen Themen.

Quellen

NDB; Maier; Reichshandbuch; Gienow, Leben und Werk von Fritz Stier-Somlo, Diss., 1990.

Bild

Reichshandbuch.

Stille, Ernst

Architekt, Krankenkassenfunktionär

* 26.1.1877 in Hannover; † 14.3.1939 ebd.; ev.-luth.; V Julius St. (1840-1915), Tischler; M Dorette geb. Renneberg (1848-1938); ∞ 1919 Anna geb. Eppers (1889-1943); K 1 T.

Realgymnasium in Hannover; Studium an der Baugewerkschule in Höxter; 1898-1902 Hörer an der Technischen Hochschule Hannover; Lehrer an der Kunstgewerbeschule in Hannover; Baumeister und Architekt in Hannover; 1919-33 Vorsitzender des Hauptverbandes der Deutschen Innungskrankenkassen in Hannover (ab 1933 Reichsverband der Innungskrankenkassen); ab 1934 Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1901 Mitglied der hannoverschen Bauhütte.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. ist sozialpolitisch bedeutsam als Vorsitzender des Hauptverbandes der Innungskrankenkassen in der Weimarer Republik; er förderte und unterstützte die Reformansätze seiner Geschäftsführer (u. a. Otto Estenfeld), die maßgeblich dazu beitrugen, dass die sozialpolitisch sehr umstrittenen Innungskrankenkassen als gesetzliche Krankenkassen erhalten blieben.

Quellen

Müller, Gesunde Solidarität, solidarische Gesundheit. Die Innungskrankenkassen gestern und heute, 2007; Universitätsarchiv Hannover; Stadtarchiv Hannover.

Bild

Müller 2007, S. 66.

Stothfang, Wilhelm Ernst August *Walter*
Dr. rer. pol.
Ministerialbeamter

* 22.10.1902 in Burgsteinfurt; † 23.12.1961 in Bonn; ev.; V Ludwig Friedrich *Wilhelm* St. (1862-1941), Kastellan; M Caroline Friederike *Johanne* geb. Schröer (1863-1935); ∞ 1931 Louise Dina geb. Lübke (1904-70); K 1 S. 2 T.

1912-21 Gymnasium in Burgsteinfurt; 1921-24 Studium der Nationalökonomie in Münster/Westf.; 1925 Promotion in Müns-

ter; 1926 zunächst Volontär, dann wiss. Hilfsarbeiter, 1928 Referent beim Landesarbeitsamt Westfalen u. Lippe in Münster (Arbeitsmarktbeobachtung und -berichterstattung; Fragen der Erwerbslosenfürsorge); 1930 Referent im Landesarbeitsamt Rheinland in Köln (zuständig für Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffung – Notstandsarbeiten); 1932/33 kommissarischer Vorsitzender des Arbeitsamtes Neuss; 1934 Regierungsrat in der RfAVAV in Berlin (Referent für Arbeitslosenversicherung), 1935 persönlicher Referent des Präsidenten der RfAVAV F. Syrup, ab 1937 im Rang eines Oberregierungsrates; 1939-43 persönlicher Referent des Staatssekretärs des RAM F. Syrup, ab 1942 im Rang eines Ministerialrates; 1943 persönlicher Referent des GBA Fritz Sauckel (Co-Leiter des sog. Berliner Büros); 1945-46 Internierung durch die englische bzw. amerikanische Militärregierung in Neumünster, Hessisch-Lichtenau (Ministerial Collecting Center) und Berlin, in dieser Zeit beratend für die Militärregierungen tätig; 1947 Zeuge beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg; 1946-48 Tätigkeit als Landwirtschaftsgehilfe in Destel (Kreis Lübbecke); 1948-49 Angestellter beim Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone in Lemgo; ab 1949 freiberuflich tätig bzw. Angestellter einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft; 1953 Leiter der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik“ bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) in Nürnberg, Direktor, leitender Verwaltungsdirektor; 1959 Ministerialrat und Unterabteilungsleiter (Aufsicht über die BAVAV) im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP; NSV; 1934 NSRB, SS (förderndes Mitglied); 1935 RDB; 1944/45 im Volkssturm;
Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.
Vor 1930 Vorsitzender des Betriebsrats des Landesarbeitsamtes Westfalen.

Auszeichnungen

Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse, Österreich- und Sudetenlandmedaille.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war als persönlicher Referent des Leiters der RfAVAV F. Syrup eingebunden in die Planung und zunehmende Radikalisierung des Arbeitseinsatzes, ab 1943 gehörte er neben M. Timm und H. Hildebrandt zum engeren Kreis der administrativen Führungselite um den GBA Fritz Sauckel in Berlin. St. vertrat die „planmäßige Ordnung und Lenkung“ eines Arbeitseinsatzes, dessen Fortbestand er auch nach dem („gewonnenen“) Krieg propagierte. Zugeordnet wird er einer jüngeren Generation „durchsetzungsstarker Machtpolitiker“ im Nationalsozialismus, „die die Widersprüche zwischen Ideologie und wirtschaftlichem Pragmatismus bei der Ausländerpolitik erkannten und sie durch flexible Kompromisse zu umgehen versuchten“ (Herbert 1999, S. 408).

1942/43 Vorträge in Finnland und Bulgarien über Arbeitseinsatz, Arbeitsrecht u. Arbeitslosenhilfe; arbeitete 1960 im Rahmen der Notstandsgesetzgebung den Entwurf zu einem (nicht verabschiedeten) Notdienstgesetz aus (Dienstverpflichtung im Verteidigungsfall).

Veröffentlichungen

Die Lohnpolitik des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands in der Nachkriegszeit, Diss. 1926; Einführung in die Arbeitslosenhilfe, 1936; (mit Biskup) Handwerk und Arbeitseinsatz, 1939; Der Arbeitseinsatz im Kriege, 1940; Verfasser zahlreicher Artikel zu Fragen des Arbeitseinsatzes und der Arbeitslosenversicherung.

Quellen

Nützenadel (Hrsg.), Das Arbeitsministerium im Nationalsozialismus, 2017, S. 532-536; Herbert, Fremdarbeiter, 1999; BArch R 3901 / 109969; Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland (NW 1067 Nr. 2973; BR-PE Nr. 21723; NW 1037-AV Nr. 45); IfZ, ZS 1054; Stadtarchiv Steinfurt.

Bild

Nützenadel 2017, S. 533.

Streffler, Paul Dr. med.
Arzt, Verbandsfunktionär

* 21.8.1865 in Leipzig; † 23.6.1941 ebd.; ev.-luth.; V Georg Eduard St., Kaufmann;

M Pauline Auguste geb. Barth; ∞ 1896 Johanna Franziska geb. Burkhardt (1874-1947); K 2 S, 1 T.

Gymnasium, Studium der Medizin in Leipzig, Freiburg/Br., München und Würzburg; 1890 Promotion in Würzburg; 1891 ärztliches Staatsexamen, danach u. a. Assistent an Krankenhäusern in Wien; 1894 Niederlassung als praktischer Arzt in Leipzig; 1901 Vorsitzender der „Ärztlichen Vertrauenskommission“; 1904 Vorstandsmitglied, 1913 stellv. Vorsitzender, 1922-29 Vorsitzender des Verbandes der Ärzte Deutschlands (Leipziger Verband bzw. Hartmannbund) als Nachfolger von Hermann Hartmann; bis 1934 weiterhin praktischer Arzt in Leipzig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1896 Sanitätsrat.

Auszeichnungen

1929 Ehrenvorsitzender des Verbandes der Ärzte Deutschlands; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war ein erfolgreicher Vertreter der ökonomischen Interessen einbindenden ärztlichen Standespolitik gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung, er führte den Hartmannbund in der Weimarer Republik in ruhigeres Fahrwasser kollektiver Vereinbarungen und schiedsgerichtlicher Regelungen als (Vor-)Formen des Kassenarztrechts.

Seine Berufspolitik hatte Anteil daran, dass der Organisationsgrad der Ärzteschaft stieg. In den Leipziger Ärztestreiks 1901 und 1904 war er führend tätig. Er galt als eigentlicher Vater des 1909 als Abteilung beim Leipziger Verband eingerichteten, die Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen bündelnden „Allgemeinen Schutz- und Trutzbündnisses“. 1909 hielt er auf dem Ärztetag in Lübeck ein grundlegendes Referat zur geplanten RVO, auf St. geht der reichsweit fast geschlossene Widerstand der Ärzteschaft gegen die Vorstellungen von Reichsregierung und Krankenkassenverbänden (vor Inkrafttreten der RVO) über das Verhältnis von Kranken-

kassen und Kassenärzten zurück, der zum Abschluss des sogenannten „Berliner Abkommens“ (Regelung der Zulassung von Kassenärzten) vom 23.12.1913 führte. St. engagierte sich in der Deutschen Gesellschaft für Samariter- und Rettungswesen (Samariter-Bund), in dessen Vorstand er seit 1908 aktiv war.

Veröffentlichungen

Publizistisch trat St. verbandspolitisch wenig in Erscheinung, Veröffentlichungen waren eher fachlich ausgerichtet: Rettungswesen und Samariterdienst, in: Grotjahn/Kaup (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialen Hygiene, 1912, Bd. L-Z, S. 205-221; Erste Hilfe bei Masseneinglücksfällen, Vortrag auf dem II. Internationalen Kongress für Rettungswesen und Unfallverhütung zu Wien, 1913; Berufsberatung von Kriegsinvaliden, 1915; Sächsische Bade- und Kurorte im Frieden und im Kriege, 1917.

Quellen

Schadewaldt u. a., 75 Jahre Hartmannbund, 1975; Kater, Politiker und Ärzte, 1968; Kuhns, Fünfundzwanzig Jahre Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund), 1925; Staatsarchiv Leipzig; Stadtarchiv Leipzig; Stadtarchiv Chemnitz.

Bild

Kater 1968, S. 346.

Streiter, Georg Karl Ludwig
Verbandsfunktionär

* 14.12.1884 in Berlin; † 1945 vermutlich im Konzentrationslager Flossenbürg; ev.; Stiefv Carl Ludwig St., Kolonialwarenhändler; M Wilhelmine Dorothea Fass geb. Schulz; ∞ 1907 Elisabeth geb. Mauss; K 1 S.

Volksschule in Berlin, kaufmännische Lehre im Textilwarenhandel; fortan Bürogehilfe und Krankenpfleger in der Inneren Mission, 1901-02 Krankenpfleger im Johannesstift in Magdeburg-Cracau, Weiterbildung in theologischen, volkswirtschaftlichen und sprachlichen Kursen und an der Königlichen Kunstschule in Berlin; 1903 Geschäftsführer des Gewerkschaftsvereins der Krankenpfleger, -pflegerinnen und ver-

wandter Berufe Deutschlands in Berlin, 1907 hauptamtlicher Vorsitzender des nunmehrigen Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und -pflegerinnen (ab 1920: Deutscher Verband für die berufliche Kranken- und Wohlfahrtspflege – „Streiter-Verband“); im 1. Weltkrieg Dienst in der freiwilligen Krankenpflege des Roten Kreuzes in Belgien, Polen und der Türkei; 1918/19 (Demobilmachung) Leiter einer Zentralauskunftsstelle für Arbeitsvermittlung; nach Fusion mit dem „Streiter-Verband“ 1922-33 Fachgruppenleiter (christliches Krankenpflegepersonal) und Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen; 1933 Mitarbeiter und Vorstandsmitglied des DRK; 1934 in Danzig verhaftet, kurz darauf wieder freigelassen; 1935 beim Präsidium des DRK tätig (ab 1940 im „Führungsstab“ zuständig für polnische und französische Kriegsgefangene); 1944 Verhaftung durch die Gestapo wegen weitergeleiteter Briefe von Kriegsgefangenen; 1945 im Konzentrationslager erschossen.

liberaler Politiker

DVP

1918 Gründungsmitglied der DVP; Mitglied im DVP-Zentralvorstand, Mitglied der Ausschüsse für Arbeiterfragen und Kommunalpolitik; Mitglied des Vorstands und des geschäftsführenden Ausschusses des Wahlkreisverbandes der DVP Berlin; 1921-24 gesundheitspolitischer Sprecher der DVP im Reichstag;

RT 1920 Reichswahlvorschlag (DVP);
1921-24 Reichswahlvorschlag (DVP);

LT Preußen 1926-28 (DVP)

K 1919-25 Stadtverordneter in Berlin (DVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1904 bis nach 1920 Ausschussmitglied im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften; 1906 Mitglied des Gesamtausschusses des Nationalen Arbeiterwahlausschusses evangelischer Gewerkschaftsbeamter und Arbeitersekretäre; Mitglied des Vertrauensrates des preuß. Evang. Oberkirchenrats; Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages; 1920-24 Vizepräsident der preuß. Kirchenversammlung;

1925 Delegierter auf der Stockholmer Weltkirchenkonferenz, Kuratoriumsmitglied des 1928 zur Fortsetzung der Arbeit der Konferenz gegründeten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts in Genf.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; Preuß. Verdienstkreuz für Kriegshilfe; Preuß. Rote-Kreuz-Medaille 2. und 3. Klasse; Österreichische Ehrenmedaille vom Roten Kreuz; 2006 Namensgeber des Georg-Streiter-Instituts für Pflegewissenschaft der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war Mitglied des Ausschusses für soziale Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen des Reichstages, als Berichterstatter trat er hervor beim Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen (KrankVersG-Nov 1923) sowie beim Gesetz über Teuerungsmaßnahmen für Militärentner (1922). In parlamentarischen Debatten zu gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen forderte er die SPD auf ihrem eigenen Feld heraus. St. leistete einen fundierten Beitrag zur Professionalisierung der Kranken- und Wohlfahrtspflege.

Stationen seines sozialpolitischen Werdegangs waren: 1916-18 Leiter der Kriegsbeschädigtenfürsorge der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Mitglied des Brandenburgischen Landesbeirats der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Mitglied des Beirats der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen, Mitglied des Zentralkomitees des Roten Kreuzes; nach 1918 Mitglied des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge; Mitglied des Reichsgesundheitsrates und des preuß. Landesgesundheitsrates; Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; Vorstandsmitglied des Evangelisch-Sozialen Kongresses, der Evangelisch-Sozialen Schule in Bethel und der Herder-Hochschule in Berlin; Geschäftsführer des Evangelischen Volkswohlfahrtsbundes; 1927 Mitbegründer der Reichsarbeitsgemeinschaft des Krankenpflegepersonals im Deutschen Beamtenbund, Vorsitzender der Deutschen Gesell-

schaft für Krankenpflege; 1928 Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris, 1932 Delegierter auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Die wirtschaftliche und soziale Lage der beruflichen Krankenpflege in Deutschland, 1910; Das Geschlechtsproblem in der Krankenpflege, 1911; Der Krankenpflegeberuf – kein Durchgangs-, sondern ein Lebensberuf!, 3. u. 4. Aufl., 1925; Evangelisch-Soziale Dokumente für die deutschen Arbeitnehmer. Von Bethel bis Stockholm, 1926; 1903-26 Redakteur der Zeitschrift „Der Krankenpfleger“ (ab 1920: „Deutsche Krankenpflege“); Verfasser zahlreicher sozialpolitischer Schriften.

Quellen

Verein aktives Museum; Wolff (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Pflegegeschichte, 1997; Schumacher M.d.R.; Horkenbach; Zimmermann, Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorläuferorganisation, 1998 (Electronic ed. – Abr. 01.02.2017); Georg-Streiter-Institut für Pflegewissenschaft Jena; Internationaler Suchdienst Bad Arolsen.

Bild

Verein aktives Museum, S. 353.

Ströhlinger, Rudolf Gewerkschafter

* 6.10.1865 in Wien; † 17.8.1945 in Borgsdorf bei Berlin; kath., später diss.; M Anna geb. Ströhlinger (- vor 1933); ∞ 1909 Auguste geb. Letkowski (1872-), 1939 gesch.; K 1 S, 1 T.

Gemeinde- und Volksschule in Wien; Lehre als Kellner, dann Hotelangestellter (Kellner) in Wien; 1883 Übersiedlung nach Deutschland (Berlin), zeitweise Tätigkeit als Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zeitschrift „Vorwärts“; 1898-1922 hauptamtlicher Kassierer des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, 1922-30 Vorsitzender des 1920 nach Gewerkschaftszusammenschlüssen gegründeten Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-

Angestellten; 1920-33 Mitglied im RWR (Arbeitnehmer-Vertreter des Gastgewerbes); 1930 Ruhestand; 1933 kurzzeitige Haft im Konzentrationslager Oranienburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890 SPD.

Sozialpolitische Aktivitäten

St. war eine Gründerfigur der freien Gewerkschaften. Er setzte sich früh für einen engen Zusammenschluss aller Angestellten der Gastronomie in einer Organisation auf freigewerkschaftlicher Grundlage ein und schuf so das Fundament für die Gründung des Verbandes Deutscher Gastwirtsgehilfen im Jahr 1898. Fortan war St. eine treibende Kraft im Bestreben, durch Fusionen und Angliederungen diverser Gewerkschaften des Gastgewerbes 1920 den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zu bilden. Als langjähriges Mitglied (1920-33) des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR engagierte er sich 1921-22 bei Beratungen zu Fragen der Arbeitszeitregelung, bei den Vorbereitungen zum ArbNachweisG 1922 trat er als Beraterstatter auf, auch dem ArbSchutzGE 1926 galt sein besonderes Interesse. Stationen seines Werdeganges waren: 1889 Mitbegründer des Berliner Gastwirtsgehilfenvereins, 1894 dessen ehrenamtlicher Büroverwalter; 1908 Mitbegründer der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, 1924-32 deren Leiter (Sekretär); 1921 Delegierter des ADGB beim Internationalen Gewerkschaftskongress in Wien, 1930 Delegierter beim Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm.

Quellen

Lilla RWR; Poetzsch, Geschichte des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, 2 Bde., 1928; Wenzel; Gewerkschaftszeitung 1930, S. 638 f.; Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Die politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg online (Abr. 01.02.2017); BArch R 401 / 516-534; Stadtarchiv Hohen Neuendorf.

Bild

Poetzsch 1928.

Syrup, *Friedrich* Heinrich Karl Dr. phil.
Präsident der RfAVAV, Staatssekretär

* 9.10.1881 in Lüchow (Prov. Hannover);
† 31.8.1945 im Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen; ev.; V *Friedrich* Heinrich Wilhelm S. (1844-92), Postsekretär; M *Friederike* Sophie Wilhelmine geb. Scheele (1853-1911); ∞ 1909 *Karla* Theodora geb. Ellmenreich (1886-1966); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Hannover; 1900 Maschinenbaustudium in Hannover und München, 1903 Diplom-Ingenieur; 1904-05 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Rostock; 1905 Promotion in Rostock; 1905-07 Gewerbereferendar in Hirschberg (Schlesien); 1907-12 Gewerbeassessor in Köln, Hildesheim und Düsseldorf; 1912-16 Gewerbeinspektor in Gleiwitz; 1917 Regierungs- und Gewerbeberater in Stettin und Stralsund; 1918 Wechsel ins preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe, von dort Abordnung ins Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (u. a. Referent für Arbeitsnachweiswesen); 1919 Geh. Regierungsrat, Beurlaubung ins RAM (Referent für Arbeitsnachweiswesen); 1920 Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung; 1923 (während des Ruhrkampfes) Leiter der wirtschaftlichen Außenstellen in Köln und Heidelberg; 1927 Präsident der RfAVAV; 1932/33 kurzzeitig Reichsarbeitsminister; 1933-38 erneut Präsident der RfAVAV, nach deren Eingliederung in das RAM ab 1939 Staatssekretär im RAM; 1936-41 zugleich (zusammen mit W. Mansfeld) Leiter der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan; Juni 1945 Verhaftung durch sowjetische Truppen, (über die Zwischenlager Hohenschönhausen und Weesow/Werneuchen Ende August 1945 nach Sachsenhausen überführt).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937 NSDAP (rückdatiert); NSV; NSRB; RDB; RLB; NS-Altherrenbund;
1935 stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bodenkultur-Aktiengesellschaft; 1936-44 Aufsichtsratsmitglied der Vereinigten Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft

Berlin; 1937-38 Dozent an der Wirtschaftshochschule in Berlin; 1939 Mitglied des Reichsverteidigungsrats; 1941-42 Mitglied des Wirtschaftsführungsstabs Ost; 1939-42 preuß. Staatsrat.

Auszeichnungen

1919 Eisernes Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1938 Großes Offizierskreuz des Königlich Niederländischen Ordens von Oranien-Nassau; 1936 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 1. Klasse; 1939 Stern des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes; 1941 Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse; 1943 Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP; 1952 Benennung einer Straße in Koblenz nach S.

Sozialpolitische Aktivitäten

S. war die zentrale „Figur“ in der Arbeitsmarktpolitik des Reiches in der Weimarer Republik und der Arbeitseinsatzpolitik des NS-Regimes bis 1941. Bereits im Demobilisierungsamt war er Mitverfasser der ersten sozialpolitischen Regelungen nach dem 1. Weltkrieg. Seit Beginn der Weimarer Republik hat er mit wegweisenden Regelungen, technischem Sachverstand und organisatorischem Geschick die deutsche Arbeitsverwaltung maßgeblich mit aufgebaut, die jedoch nur bedingt das Problem zunehmender Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise steuern konnte. In der NS-Zeit war er an zentraler Stelle verantwortlich für die Vorbereitung und Gestaltung (rassistischer) NS-Arbeitsmarktregulierungen und des Arbeitseinsatzes, der nach 1941 vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel fortgeführt und radikalisiert wurde. Im Verlauf seiner Karriere war er an zahlreichen Gesetzen und Verordnungen beteiligt, u. a. an: ErwFüRsVO 1918; ArbZRegAnO 1918; TarVO 1918; BetrRG 1920; SchwerbeschG 1920; ArbNachweisG 1922; AVAVG 1927; FADVO 1932; ArbeitseinsatzG 1934; ArbkräftevertVO 1934; ArbbuchG 1935; ArbkräfteverstVO 1938. Sozialpolitisch relevante Stationen seines Werdegangs waren ferner: Um 1900 Mitglied des Vereins für Sozialpolitik; 1916

Gründungsmitglied der Fürsorgestelle für kriegsverletzte Industriearbeiter; 1924 Schlichter im Ruhrbergbau; 1926 stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; 1928 Ausschussmitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; 1932-33 Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst (FAD); 1936-45 Leiter des Büros für Sozialpolitik.

Veröffentlichungen

Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung (mit Bellerbeck), 1919; Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 (mit Kieschke), 1920; Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen (mit Weigert), 1921; Kommentar zum Arbeitsnachweisgesetz (mit Kaskel), 1922; Handbuch des Arbeiterschutzes und der Betriebssicherheit (Hrsg.), 1927; Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (et al.), 1927; Sanierung der Arbeitslosenhilfe, 1930; Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes, 1934; Der Arbeitseinsatz und die Arbeitslosenhilfe in Deutschland, 1936; Die Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung, 1939; Arbeitsgesetzgebung. Kommentar zu den Gesetzen und Bestimmungen über Ordnungen und Regelung der Arbeit und des Arbeitseinsatzes im Kriege, 1941; Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Handausgabe (mit Beisiegel); Arbeitseinsatz im Krieg und Frieden, 1942; (Mit-)Verfasser von über 40 Monographien (Kommentare) und einer großen Zahl von Aufsätzen; 1921-23 Mitherausgeber der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ (mit Sitzler, Kaskel und Dersch); Mitherausgeber der „Bücherei des Arbeitsrechts“ sowie 1938-43 der „Sozialen Praxis“.

Quellen

Maier/Nürnberger/Pabst, Vordenker und Gestalter des Arbeitsmarktes, 2012; Maier/Nürnberger, Präsident, Reichsarbeitsminister, Staatssekretär; Dr. Friedrich Syrup, 2008; Jeserich/Neuhaus; Neuloh, Friedrich Syrup – ein Lebensbild, in: Scheuble (Hrsg.): Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik, 1839-1939, 1957, S. 13-35; BArch (PK M 124; R 3901 / 20449, 20450, 20453 und 20455).

Bild

Maier/Nürnberger/Pabst 2012, S. 115.

Tarnow, Fritz (Friedrich) Wilhelm Karl
Gewerkschafter

* 13.4.1880 in Rehme/Krs. Minden;
† 23.10.1951 in Bad Orb; diss.; V Friedrich Wilhelm T. (1848-) Schreiner; M Johanna geb. Schuck (1850- um 1884), ∞ 1910 Anna Pauline geb. Doebbeling (1883-1958); K 1 S.

Volksschule; Tischlerlehre in Hannover; 1898 Wanderschaft; 1903 Besuch von Abendkursen der Arbeiterbildungsschule in Berlin; Gemeindevertreter und Vorstandsmitglied des SPD-Wahlvereins Friedrichshagen; 1906 Gewerkschaftssekretär im Hauptbüro des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart, ab 1909 in Berlin; 1908-09 Besuch der zentralen Parteischule der SPD in Berlin; 1908-19 Leiter des literarischen Büros des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin; 1915-18 Kriegsteilnehmer; 1919 Vorstandssekretär und 1920 Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes; 1920-33 Mitglied im RWR (Arbeitnehmervertreter der Industrie); 1933 kurzzeitig in Haft, Emigration über Prag, Paris, Amsterdam, London nach Kopenhagen (1939 ausgebürgert); 1938 Vorsitzender der Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften; 1940 Emigration nach Stockholm; 1947 Sekretär des gewerkschaftlichen Zonensekretariats für die amerikanische Zone in Stuttgart; 1948 Generalsekretär des Gewerkschaftsrats der vereinten Zonen in Frankfurt/M., Dozent an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M.; 1949 Ruhestand.

sozialdemokratischer Politiker

1903 SPD

RT Mai 1928-33 Reichswahlvorschlag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Brandenburg/Havel; 1920-23 Vorsitzender des Unterausschusses für Holz- und Forstwirtschaft des RWR, 1921-23 stellv. Vorsitzender des Ausschusses zur Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte, 1925-33 stellv. Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des RWR; Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes; 1948/49 Mitglied des Parliamta-

rischen Rates der Bundesrepublik Deutschland.

Auszeichnungen

Benennung einer Straße in Frankfurt/M. nach T.

Sozialpolitische Aktivitäten

T. gehörte zu den profiliertesten Gewerkschaftsfunktionären der Weimarer Zeit, ausgewiesen und tätig war er vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sein „konstruktiver Sozialismus“ zielte auf eine aktive Lohnpolitik (erster Kaufkrafttheoretiker Deutschlands), auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen staatlicher Konjunkturpolitik. Stationen seines Werdegangs waren: 1900 Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes; 1921 Mitglied des Exekutivkomitees der Internationalen Union der Holzarbeiter, ab 1929 deren Sekretär; 1925 Delegationsführer der ersten Gewerkschaftsdelegation in den USA; 1928-33 ADGB-Vorstandsmitglied; Mitglied der Gesellschaft für soziale Reform und des Vereins für Sozialpolitik; 1938 Vorsitzender der sozialdemokratisch orientierten Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften; 1943 Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden.

Veröffentlichungen

Der Berliner Holzarbeiter. Kämpfe und Organisation von den Anfängen der modernen Gewerkschaftsbewegung bis zur Gegenwart, 1912; Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen, 1921; Wirtschaftliche Zeitfragen, 1923; Warum arm sein?, 1928; Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse, 1931; Von der Wirtschafts-anarchie zur Planwirtschaft, 1932; Verfasser zahlreicher Aufsätze zu Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Quellen

Lilla RWR; DBE; Schumacher M.d.R.; Beier, Lebensläufe deutscher Gewerkschafter, 1983; Bio. Emig.; Archiv der sozialen Demokratie online (Abr. 01.02.2017); Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.; Stadtarchiv Stuttgart; Stadtarchiv Bad Oeynhausen.

Bild

HbRT 1932.

Teusch, Maria *Christine* Dr. med. h. c., Dr. med. dent. h. c.
Sozialpolitikerin

* 11.10.1888 in Köln; † 24.10.1968 in Düsseldorf; kath.; V Hubert *Johann* T. (1858-1902), Kaufmann; M *Theresia* Hubertina geb. Kleefisch (1855-1921); ledig.

Höhere Mädchenschule in Köln-Ehrenfeld und Königin Luise-Schule in Köln, 1910 höheres Lehrerinnenexamen; 1910-13 Lehrerin am Lyzeum in Neuss, 1913 Rektorenprüfung in Koblenz, 1913-17 Lehrerin in Köln; 1917-18 Leiterin (Oberleutnant) der Frauenarbeitsstelle Essen beim VII. Armeekorps (Rüstungsarbeiterinnen); 1918-20 Gründerin und Leiterin des Arbeiterinnensekretariats bei der Zentrale des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln; 1919-33 Berufspolitikerin; 1933 Verlust aller politischen Ämter, Überwachung durch die Gestapo; 1933-36 Volksschullehrerin in Köln und Worringen; 1936 vorzeitiger Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen; 1944-45 beschützende Klausur der Franziskanerinnen im Karolinen-Hospital in Neheim-Hüsten; 1947-54 Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen.

Zentrumspolitikerin

Z, CDU

1918-33 Zentrum; 1920-24 Beisitzerin im Fraktionsvorstand, 1924-33 Mitglied des Reichsparteivorstands; 1922 Schriftführerin im Reichstags-Präsidium;

1945 CDU; 1945 Vorstandsmitglied der rheinischen CDU; 1946 Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Besatzungszone, Vorsitzende des Kultur- sowie des Frauenausschusses;

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 20 Reg.-Bez. Köln-Aachen (Z), 1920-24 WK 23 Köln-Aachen (Z), 1924-33 WK 20 Köln-Aachen (Z).

LT Nordrhein-Westf. 1947-62 WK 015 Köln-Stadt III (CDU), 1962-66 Listenplatz 023

K 1945-46 Stadtverordnete in Köln (CDU).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Seit der Weimarer Zeit Mitglied im Zentralkomitee Deutscher Katholiken; 1948

Teilnahme am Europa-Kongress in Den Haag und Mitglied der ersten beratenden Versammlung der europäischen Parlamentarier, 1949 Mitbegründerin und Vorstandsmitglied des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung; nach 1950 Mitglied in zahlreichen Kultureinrichtungen.

Auszeichnungen

Nach 1954 Ehrensatorin der TH Aachen sowie der Universitäten Bonn und Münster, 1954 Dr. med. h. c. in Köln; 1958 Dr. med. dent. h. c. in Düsseldorf; 1958 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband; 1986 Briefmarke der Deutschen Bundespost in der Reihe „Frauen der deutschen Geschichte“; Benennung mehrerer Straßen und Plätze insbesondere in Nordrhein-Westfalen nach T.

Sozialpolitische Aktivitäten

T. war in der Weimarer Republik auf parlamentarischer Ebene eine der wichtigsten Sozialpolitikerinnen des Zentrums. Sie gehörte zu den wenigen Reichstagsabgeordneten, die während der Weimarer Republik durchgehend (ab 1920) dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten angehörten, in dem sie zeitweise den stellv. Vorsitz übernahm. In den frühen 1920er Jahren gehörte sie ferner dem Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen an. Für das Zentrum engagierte sie sich insbesondere bei sozialpolitischen Gesetzgebungsvorhaben der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung, der Angestelltenversicherung, der Versorgung von Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, der Klein- und Sozialrentnerfürsorge sowie für den Mutter- und Wöchnerinnenschutz. Vertreten war sie in Sozialausschüssen des Völkerbundes in Genf. T. war ferner Mitglied in verschiedenen katholischen Sozialorganisationen, insbesondere widmete sie sich 1923-65 als Vorsitzende des Deutschen Nationalverbandes der Katholischen Mädchenschutzvereine diversen fürsorgerischen Fragen (Bahnhofsmision, Stellenvermittlung, Mädchenheime, Professionalisierung der katholischen Sozialarbeit) – diese Aufgabe bildete während der NS-Zeit einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Darüber hinaus war sie eine engagierte Schulpolitike-

rin. 1915-37 und erneut ab 1947 war sie Vorstandsmitglied des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, nach 1945 machte sie sich einen Namen als Bildungspolitikerin in Nordrhein-Westfalen.

Veröffentlichungen

Fürsorge des Zentrums für Schwache und Hilfsbedürftige, 1924; Sozialpolitik II, in: Politisches Jahrbuch 1925, S. 279-286; Soziale Fürsorge, in: Politisches Jahrbuch 1926, S. 267-274; Die Sozialpolitik des Zentrums, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 462-488.

Quellen

Zehender, Christine Teusch. Eine politische Biographie, 2014; Haunfelder Zentrum; Schumacher M.d.R.; Zeitgeschichte LB, Bd. 2; Landahl, In Memoriam Dr. h. c. Christine Teusch, 1969; HdRT 1924, 1933.

Bild

Zehender 2014, S. 113-116.

Thiel, Otto

Gewerkschafter

* 20.8.1884 in Eschhausen/Burscheid (Krs. Solingen); † 19.11.1959 in Köln; ev.; V August T. (1837-1912), Metzger; M Louise geb. Schmitz (1848-1940); ∞ 1. 1909 Katharina (*Käthe*) geb. Boxberger (1885-1982), 1948 gesch.; 2. 1949 *Frieda* Anna geb. Hüll (1894-1961); K 2 S, 2 T.

Volksschule in Burscheid; 1900-03 Privat- und Selbstunterricht, Fortbildung an der Handelshochschule Köln; 1903-07 kaufmännische Lehre und Angestellter in rheinischen Industrie- und Exportunternehmen (u. a. Buchhalter, fremdsprachlicher Korrespondent); 1907-08 Besuch von Abendkursen am Weltwirtschaftsinstitut Hamburg; 1908 Angestellter beim Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV) in Hamburg, 1909-14 dessen Gauvorsitzender für Niedersachsen in Hannover; 1914-16 Kriegsteilnehmer; 1916 Gauvorsitzender des DHV für Brandenburg in Berlin, 1918-33 Mitglied der Leitung bei der Hauptverwaltung des DHV in Hamburg; 1933-34 Vorsitzender der Berufskrankenkasse der weiblichen Angestellten in Berlin; 1935-37

erwerbslos; 1937-40 Mitinhaber und kaufmännischer Leiter einer Apparatebaufirma in Berlin; 1940-41 Inhaber eines Unternehmens für Herstellung und Vertrieb von Isoliersteinen in Berlin-Charlottenburg; 1941-45 Verwaltungsdirektor bei der „Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr“ im Generalgouvernement in Krakau; 1945-46 Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Thüringen in Weimar, 1946-48 des CDU-Kreisverbandes Pinneberg; 1948-49 Geschäftsführer der Torf-Gesellschaft m.b.H. in Kellinghusen; 1949 Ruhestand.

konservativer Politiker

DSP, DVP, NSDAP, CDU

1905-14 DSP; 1918-32 DVP (Mitglied des engeren Parteivorstandes, Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion, Vorsitzender des Angestellten-Ausschusses); 1933 NSDAP; 1945 CDU;

RT 1920-24 Reichswahlvorschlag (DVP), 1924-28 WK 29 Leipzig (DVP), 1928-30 Reichswahlvorschlag (DVP), 1930-32 WK 29 Leipzig (DVP).

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

NSV; RDF; Aufsichtsratsmitglied der Georg Müller Verlags-A.G. München sowie der Deutsche Ring-Versicherungs-A.G. in Hamburg.

Auszeichnungen

Ehrevorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener.

Sozialpolitische Aktivitäten

T. vertrat als deutschnationaler Gewerkschafter in der Weimarer Republik eine „völkische Sozialpolitik“. Im DHV war er 1920-26 Leiter der Abteilung Sozialpolitik, im Reichstag übte er 1921-30 Einfluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten aus, u. a. als Berichterstatter (VfA/RVONov 1922) bzw. als Unterausschuss-Mitglied (KündSchG 1926). 1921-23 trat er zudem im Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen auf. T. war Mitbegründer und 1918-26 erster Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinter-

bliebener. Neben seinen Funktionen im DHV trat er gewerkschaftlich 1919-33 als Mitbegründer, langjähriger Vorsitzender und als Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften hervor, zugleich war er Mitbegründer und bis 1924 stellv. Vorsitzender, bis 1933 Vorstandsmitglied der Spitzenorganisation der Christlichen Gewerkschaften, des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Darüber hinaus war er 1918 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands; 1917 Mitbegründer und Aufsichtsratsmitglied der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten, 1918 Mitbegründer und Leiter der Ortsvereinigung Groß-Berlin für Angestellten-Heimstätten; Mitglied der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen; Mitbegründer und Hauptvorstandsmitglied der Berufskrankenkasse der Kaufmannsgehilfen; Ausschussmitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses; Deutscher Korrespondent des Internationalen Sozialwissenschaftlichen Instituts der Weltkirchenkonferenz für praktisches Christentum in Genf.

Veröffentlichungen

Führer durch das Betriebsrätegesetz (Kommentar, mit Käppel), 1920; Die deutsche Privatangestellten-Bewegung, 1920; Die sozialen Aufgaben des Wiederaufbaues, 1921; Zur Krise der deutschen Sozialpolitik, 1924; Die Sozialpolitik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, 1925; Die Sozialpolitik der deutschen Kaufmannsgehilfen, 1926; Verfasser von Aufsätzen und Beiträgen in Zeitschriften und Tageszeitungen zu gewerkschaftlichen und politischen Fragestellungen.

Quellen

Schumacher M.d.R.; Reichshandbuch; Wenzel; Wer ist's?; HbRT 1920, 1928; BArch (PK M 170; R101 / 1542-1561); Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.9 Nr. 313; Historisches Archiv der Stadt Köln; Archiv der Stadt Burscheid; Archiv des Kreises Steinburg und der Stadt Itzehoe; StA Offenbach; StA Wermelskirchen.

Bild

Reichshandbuch.

Thissen, Hermann Joseph Dr. iur. et rer. pol.
Ministerialbeamter

* 31.10.1879 in Styrum (Krs. Mülheim an der Ruhr); † 23.10.1937 in Ahrensburg; kath.; V Hermann T. (1847-83), Bergtagelöhner; M *Gertrud* Christine van Ackeren geb. Reintjes (1842-1922); ∞ 1909 *Meta* Sophie geb. Baur (1883-1977).

Gymnasium in Mülheim an der Ruhr und Münstereifel; 1900-04 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg, Leipzig und Münster; 1902-03 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1904 Promotion in Würzburg; Bankvolontär in Essen; 1904-05 Hilfsarbeiter an der Handelskammer in Bromberg und Assistent an der Handels- und Gewerbekammer Ludwigs-hafen; 1905-07 Direktor des Deutschen Techniker-Verbandes und seiner Hilfskassen in Berlin; 1907-12 Erster Verwaltungsdirektor des Vereins für Handlungskommis von 1858 (Kaufmännischer Verein) und seiner Versicherungskassen in Hamburg; 1912 kommissarischer Hilfsarbeiter in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (RfA), 1913 Regierungsrat (ohne vorausgegangene Verwaltungskarriere), 1921 Oberregierungsrat (Referent insbes. für die Durchführung des Angestelltenversicherungsgesetzes, für sozialpolitische Angelegenheiten, ab 1917 zusätzlich Referent für Kredithilfe an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen); 1914-17 Kriegsdienst; 1920 nach Beurlaubung kurzzeitig Syndikus beim Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund, 1922 auf Antrag aus dem Dienst der RfA entlassen, bis 1926 sozialpolitischer und sozialjuristischer Beirat des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, 1920-26 zugleich Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter des Handels); 1926-33 Ministerialdirektor bei der vom Völkerbund ernannten saarländischen Regierungskommission (Leiter der Abteilung Sozialversicherung), nach Konflikten mit der Regierungskommission auf Antrag aus dem Dienst entlassen; 1933 erwerbslos; 1934 nichtbeamteter Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt, 1936 erneut auf Antrag aus dem Dienst entlassen, erwerbslos.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
1933 NSDAP.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 2. Klasse; Hanseatenkreuz; Österreichisches Verdienstkreuz mit der Kriegsdekoration.

Sozialpolitische Aktivitäten

Während des Kaiserreichs war T. einer der maßgeblichen Interessenvertreter der Angestelltenbewegung. Ausgehend von seiner beruflichen Tätigkeit für Angestelltenverbände, förderte er den Ausbau von deren Kranken- und Pensionskassen. Darüber hinaus engagierte er sich ab 1906 in der sog. Siebener-Kommission (Hauptausschuss für die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten), deren Vorsitzender er 1907-11 war. Darin agitierte er erfolgreich für eine eigenständige Rentenversicherung der Angestellten, die Angestelltenversicherung, die gesetzlich 1911 eingeführt wurde. Als Referent der neu gegründeten RfA erwarb er sich besondere Verdienste bei der Durchführung des Gesetzes durch umfassende Aufklärungs- und Vortragstätigkeit bei Behörden und Interessenverbänden. Ab 1917 war T. Mitbegründer und Aufsichtsratsmitglied der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten.

In der Weimarer Zeit wurde T. Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR und fungierte darin als Vertrauensmann des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Im Ausschuss trat er früh als Wortführer auf. 1920-26 war er als Berichterstatter, Vorsitzender von Arbeitsausschüssen, als Ausschussvertreter im Reichstag und als Verfasser von Berichten und Drucksachen beteiligt an den meisten Beratungen sozialpolitischer Gesetzesvorlagen, u. a. an: Arb-NachweisG 1922 (Ber.); RKG 1923 (Ber.); SchlichtWVO 1923; AVG 1924; BerufskHVO 1925 (Ber.); UnfVersGNov 1925 (Ber.); RKGNov 1926 (Ber.). In der Regierungskommission des Völkerbundes im Saarland versuchte T. ab 1926 deutsche Interessen im Versicherungs- und Sozialrecht durchzusetzen, 1932 war er als Vertreter der saarländischen Regierungskom-

mission an deutsch-französischen Sozialversicherungsverhandlungen in Paris beteiligt. T. war Mitglied des Ausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform. Nach 1933 berief sich T. auf den deutschnationalen Zweig der Angestelltenbewegung und suchte die Nähe zum Nationalsozialismus. Es gelang ihm jedoch nicht, an seine frühere Karriere anzuknüpfen.

Veröffentlichungen

Die Bewegung für eine staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten nach ihrem neuesten Stande, 1909; Die Wohnungsfrage. Ihre soziale und politische Bedeutung für die Angestellten, 1918; Was wir wollen. Umriss einer aufbauenden nationalen Sozialpolitik, 1920; Beiträge insbes. in den Volkswirtschaftlichen Blättern und der Deutschen Wirtschaftszeitung; Gründer und bis 1914 Schriftleiter der amtlichen Zeitschrift der RfA „Die Angestelltenversicherung“.

Quellen

Lilla RWR; BArch (R 3901 / 110105; R 89 / 2491; R 401 / 516-528); Staatsarchiv Hamburg (332-5, Nr. 4695 u. 387/1977; 332-5, Nr. 8662 u. 217/1909); Stadtarchiv Mülheim an der Ruhr; Archiv der Stadt Ahrensburg.

Bild

BArch R 401 / 126.

Thode, Karl Friedrich August Dr. iur.
Kommunalpolitiker

* 21.2.1872 in Altona; † 19.7.1943 in Kiel; ev.; V Diedrich Heinrich *August* T., Stadtsekretär; M Emma Maria Therese geb. Rosa; ∞ 1901 *Martha* Christine geb. Thomsen (1880-1954); K 3 S.

Gymnasium in Altona; 1891-94 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, Heidelberg, Berlin, Bonn und Kiel; 1895 Gerichtsreferendar in Altona, 1896 Promotion in Göttingen, 1899 Gerichtsassessor in Flensburg und Altona; 1900 Magistratsassessor, 1901-08 Stadtrat in Kiel; 1908-20 zweiter Bürgermeister von Stettin; 1920-21 Generalsekretär des DRK in Berlin; 1922-37 Landesrat bei der Provinzialverwaltung Schleswig-Holstein in Kiel (zu-

ständig für das Landeswohlfahrtsamt); 1937 Ruhestand; 1939 Rückkehr in die Provinzialverwaltung; 1943 Suizid.

Auszeichnungen

Kriegsverdienstkreuz (nach 1939).

Sozialpolitische Aktivitäten

T. war 1918- ca. 1928 Mitglied im Vorstand des DV, als Sachverständiger des DV nahm er teil an den Sitzungen der Kommission zur Bearbeitung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922). Als Generalsekretär des DRK bereitete er dessen Anerkennung als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege vor. Als auch publizistisch wirkender Landesrat in seiner Heimatprovinz Schleswig-Holstein galt seine Arbeit der Fürsorge für die Behinderten und Alten, er verschaffte dem Landeswohlfahrtsamt landesweite Anerkennung. 1922-23 hielt T. als Dozent Vorlesungen an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel über das Recht der sozialen Fürsorge, 1928 war er Delegierter auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris. 1937 wurde er Vorsitzender des Deutschen Blindenfürsorgeverbandes.

Veröffentlichungen

Die gesetzliche Regelung der Aufgaben der öffentlichen Armenpflege (mit von Hollander und Sperling), 1912; Die inneren Voraussetzungen sozialer Arbeit, 1919; Trunksucht-Bekämpfung, 1928; Die Bedeutung der freien Wohlfahrtspflege in der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind, 1929; Früherfassung Alkoholgefährdeter, 1941.

Quellen

Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, 1991; Volbehr/Weyl, Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665-1954, 1956; Wer ist's?; Staatsarchiv Hamburg; Stadtarchiv Kiel; Universitätsarchiv Göttingen.

Timm, Max Werner Dr. rer. pol.
Ministerialbeamter

* 19.3.1898 in Lunden/Krs. Dithmarschen; † 25.4.1979 in Kiel; ev.; V *Henning* Friedrich T. (1863-1939), Buchdrucker; M

Christine Lucie geb. Nissen (1866-1951);
∞ 1924 Luise geb. Schröder (1899-1989);
K 1 S, 2 T.

1908-16 Oberrealschule in Heide/Holstein;
ab 1916 Kriegsteilnehmer, 1918-20 in
französischer Kriegsgefangenschaft; 1920-
23 Studium der Volkswirtschaft in Köln,
Kiel und Göttingen; 1924 Promotion in
Göttingen; 1923-24 Syndikus, Abteilungs-
und später Betriebsleiter einer Draht- und
Drahtstiftfabrik in Ahrensböök; 1924-1925
Kreisgeschäftsführer des Landbundes
Schleswig-Holstein; 1925-1928 Hauptge-
schäftsführer des Schleswig-Holsteiner-
Bundes in Flensburg und Kiel; 1928-33
Direktor des Arbeitsamtes Heide, 1932 zu-
gleich Überprüfungen von Arbeitsämtern
im Auftrag der RfAVAV; 1933 Wechsel in
die RfAVAV in Berlin, 1934 Regierungsrat,
1935 Oberregierungsrat; 1939 mit der
Eingliederung der RfAVAV Ministerialrat
im RAM, Leiter der Unterabteilung „Ar-
beitseinsatz, Arbeitsbuch, Berufsnach-
wuchslenkung“, zugleich zuständig für
Arbeitsbeziehungen zum Ausland; 1942
Ministerialdirigent und Leiter der Hauptab-
teilung „Europaamt für den Arbeitsein-
satz“, Vertreter des GBA Fritz Sauckel im
Europaamt; 1945 im Volkssturm; 1945
Gefangennahme, Internierungslager Neu-
münster und Nürnberg-Langwasser, Zeuge
beim Kriegsverbrecherprozess in Nürn-
berg; 1948 Justizgefängnis Nürnberg, Ent-
lassung; 1949-50 Prokurist einer Handels-
gesellschaft in Wanne-Eickel, danach
Heimleiter bei der Gelsenkirchener Berg-
werksgesellschaft; 1950 Regierungsdirek-
tor im Ministerium für Arbeit, Soziales
und Vertriebene der Landesregierung
Schleswig-Holstein, 1953 Ministerialrat
und Leiter der „Abteilung Arbeit“, 1962
Ministerialdirigent; 1964 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1934 NSDAP; 1933-35 SA (Reserve, zu-
letzt Sturmmann); 1934 Vertrauensmann
der NSDAP in der RfAVAV; 1937 Mitar-
beiter, 1941 Oberbereitschaftsleiter im
NSDAP-Hauptamt für Beamte, 1935-38
Blockleiter bei der Ortsgruppe Grunewald,
1939-40 Zellenleiter bei der Ortsgruppe
Westend), NSV; 1934-44 RDB; 1937-45
NS-Reichskriegerbund; 1939-45 RLB;

Soldatenbund (Regimentsverein); Kame-
radschaftliche Vereinigung der Offiziere
der Ersatzinspektion Berlin.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in die
Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Ehren-
kreuz für Frontkämpfer; 1939 Verdienst-
kreuz 1. Klasse der Freien Stadt Danzig;
1942 Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP,
Komturkreuz des Ordens der Krone von
Italien; Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse,
1942 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse; 1944
Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

T. lieferte als Fachmann für Fragen der
Arbeitsvermittlung die administrative Ex-
pertise des RAM beim Arbeitseinsatz von
Ausländern („Fremdarbeitern“) im Krieg.
Als Leiter des „Europaamtes für den Ar-
beitseinsatz“ war er der fachlich unent-
behrliche Mitarbeiter des GBA Fritz Sau-
ckel, der T. 1942 zur Beförderung zum
Staatssekretär in Vorschlag brachte. Als
Organisator der Arbeitskräftebeschaffung
war T. kein „apolitischer Technokrat“,
sondern ein die NS-Ausländerpolitik mit-
gestaltender „nationalsozialistischer Ma-
nager“ (Herbert 1999, S. 408).

Veröffentlichungen

Regelung des Arbeitseinsatzes in Stadt und
Land. Ein kurzgefasster, übersichtlicher Führer
mit Abdrucken der einschlägigen Gesetzesbe-
stimmungen (mit Salzmann und Häußler), 1934;
Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in
Deutschland, 1942.

Quellen

Herbert, Fremdarbeiter, 1999; BArch (PK R 30;
R 3901 / 20456; SA 276-B); Landesarchiv
Schleswig-Holstein Abt. 460.11 Nr. 376 und
Abt. 761 Nr. 1198; IfZ München, ZS 775; AdP;
WAS; Stadtarchiv Kiel; StA Horst-Herzhorn;
GVP RAM.

Bild

BArch SA 276-B.

Umbreit, Johannes Paul
Gewerkschafter

* 30.6.1868 in Leipzig; † 21.3.1932 in Berlin; ev.-luth.; V Karl Ludwig Robert U. (-1914), Kurzwarenhändler; M Marianne Carolina geb. Noack (1842-1902); ∞ 1892 Emma Luise Wilhelmine geb. Bohle (1866-1939); K 3.

Ratsfreischule und Fortbildungsschule in Leipzig; 1882-86 Drechslerlehre, 1886-90 Drechsler; 1890-93 Ausbildung als Elektrotechniker und Tätigkeit als Monteur; 1893 nach Berufsunfall und längerer Erkrankung tätig als gewerkschaftlicher und sozialpolitischer freier Schriftsteller; 1900-32 leitender Redakteur des Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1920-23: Korrespondenzblatt des ADGB, ab 1924: Gewerkschafts-Zeitung) in Hamburg und ab 1903 in Berlin; daneben 1906-13 Lehrer für gewerkschaftliche Kurse; 1920-32 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter des Handwerks), darin Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

SPD; 1916-18 Mitglied im Beirat des Kriegsernährungsamtes; 1919 Mitglied der Sozialisierungskommission; 1919 Vorstandsmitglied des ADGB; 1920-23 Mitglied des Reichswasserstraßenbeirats; 1923-25 Mitglied im lohnstatistischen Beirat des Statistischen Reichsamtes; Mitglied des Beirats für die Elektrizitätswirtschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

U. war 1920-32 als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR beteiligt an der Beratung aller sozialpolitisch grundlegend bedeutsamen Gesetzesvorlagen der Reichsregierung, u. a. an: Rent-UntG 1921; ArbNachweisG 1922; RKG 1923; SchlichtWVO 1923; BerufsKHVO 1925; UnfVersGNov 1925; ArbGG 1926; KündSchG 1926; ArbSchutzGE 1926; RKGNov 1926; MutterschG 1927; AVAVG 1927; UnfVersGNov 1928. Im RWR war er 1920-21 zudem stellv. Vorsitzender des Unterausschusses für Ernährung und Landwirtschaft sowie des Unterausschusses zur Sozialisierungsfrage, fer-

ner 1921-24 Schriftführer des RWR. Darüber hinaus war U. Mitglied des Arbeitsrechtsausschusses des RAM, Mitglied des Ausschusses der Gesellschaft für soziale Reform und Vorstandsmitglied der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt.

Veröffentlichungen

Die Arbeiterschutzgesetzgebung, 1906; 25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung, 1890-1915, 1915; Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften, 1916; Übergangswirtschaft und Arbeiterinteressen, 1917; Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege, 1917; Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege, 1918; Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften, 1918; Völkerbund und internationales Arbeitsrecht, 1919; Das Gesetz über Betriebsräte, 1920; Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse (mit Lorenz), 1928; seit 1889 Verfasser einer Vielzahl von Beiträgen von gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Beiträgen.

Quellen

Lilla RWR; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 1927; Wenzel; IHG; Reichshandbuch; Soziale Praxis 1932, Sp. 412 f.; BArch R 401 / 516-534; Stadtarchiv Leipzig.

Bild

Reichshandbuch.

Unger, Karl Hermann Hans August
Krankenkassenfunktionär

* 10.8.1885 in Aschersleben; † 12.11.1968 in Daaden/Krs. Altenkirchen; ev.; V Gottfried Christian Hermann *Karl* U. (1860-1903), Kaufmann; M *Anna* Pauline Emilie geb. Mehlig (1860-1935); ∞ 1911 *Johanna* Antonetta geb. van den Kerkhoff (1885-1966); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Aschersleben; Studium der Volkswirtschaft in Berlin; 1902-13 Kommunalbeamter in Halle/S., Neukirchen (Rheinland), Elbing, Finsterwalde und Perleberg; 1914-19 Sekretär, später Geschäftsführer bzw. Verwaltungsdirektor der Landkrankenkasse des Kreises Westprignitz in Perleberg, 1919-34 zugleich Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes deutscher

Landkrankenkassen (nach 1926: Reichsverband der deutschen Landkrankenkassen); 1934 in den Ruhestand versetzt; 1934-37 in der Schriftleitung der Zeitung „Der Prignitzer“ in Wittenberge tätig; 1938 Umsiedlung nach Berlin; 1947-55 Rechtsbeistand in Lenzen/Elbe; 1955 Übersiedlung nach Daaden.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1921-33 DNVP; 1941 NSDAP; 1934 RDB, NSV, RLB Reichsschrifttumskammer; Vereinigung der Berufssippenforscher.

Sozialpolitische Aktivitäten

U. war in der Weimarer Republik Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der Landkrankenkassen, der „jüngsten“ Träger der gesetzlichen Krankenkassen, die erst 1914 (mit Inkrafttreten der RVO) eingerichtet wurden. Er publizierte als Schriftleiter und Leitartikler der Verbandszeitschrift und profilierte sich als ständiger Vertreter der Sonderinteressen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung im Reichsarbeitsministerium. 1927 trat er als Regierungsbeauftragter auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, 1931 als Regierungsbeauftragter auf der Europakonferenz für Landhygiene in Genf auf. Mitglied des Reichsgesundheitsrates und des Preuß. Landesgesundheitsrates; Mitarbeit bei der Gründung der landwirtschaftlichen Krankenversicherungsanstalten in Österreich und der Tschechoslowakei.

Veröffentlichungen

Die Landkrankenkassen, eine wirtschaftliche Notwendigkeit für das Landvolk, [1925]; Tabellenwerk der Deutschen Krankenversicherung, 1927; 1919-34 Schriftleiter der Zeitschrift „Die [Deutsche] Landkrankenkasse“.

Quellen

BArch (R 8135 / 3953; RK/RSK II I 583); Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, (Rep. 203 Nr. 6182; Rep. 8 Lenzen); Stadtarchiv Krefeld.

Bild

BArch RK/RSK II I 583.

Victor, Friedrich (Fritz)

Gewerkschafter

* 11.12.1887 in Soldahnen/Krs. Johannsburg (Ostpreußen); † 24.9.1960 in Bochum; diss.; V Adam V., Kätner, Tagelöhner; M Gottliebe geb. Patron; ∞ 1914 Klara geb. Faber (1897-1975); K 1 S, 2 T.

Besuch der Volksschule; 1901-06 Tätigkeit als Laufbursche, Landarbeiter und Bergmann, nach zwei Unfällen unter Tage Seemann, 1906-14 wieder Bergmann; 1914-18 Kriegsteilnehmer, anschließend in einem Arbeiter- und Soldatenrat aktiv; 1919-33 Gewerkschaftssekretär; ab 1919 in der Sozialpolitischen Abteilung bei der Hauptverwaltung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (1929: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands) in Bochum tätig, 1921-22 zwischenzeitlich Besuch der Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt/M.; 1923 bei Gründung der Reichsknappschaft im vorläufigen Vorstand, 1924-26 zweiter und 1926-33 erster Vorsitzender der Vorstände der Reichs- und Ruhrknappschaft, zugleich Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Bergarbeiterverbandes; 1933 Amtsenthebung wegen „politischer Unzuverlässigkeit“, mehrmalige Festnahmen und Misshandlung durch die SA; Mai 1933 Flucht ins Saargebiet, Beschäftigung als Inspektor bei der Saarknappschaft; 1935 (Saarabstimmung) Emigration nach Frankreich, 1936 nach Belgien, dort kurzzeitig tätig als Bergmann; 1940 Verhaftung, Zivilkriegsgefangener in verschiedenen Lagern in Belgien und Südf frankreich; 1941 Überführung in Untersuchungshaft über Saarbrücken nach Stuttgart, Verurteilung durch das Oberlandesgericht Stuttgart wegen Vorbereitung zum Hochverrat; 1941-43 Haft in Ulm; 1943-44 Angestellter bei der Braunkohlengrube Fortuna in Nord Niederaußem (Bergheim); 1944 Militärdienst, 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Cherbourg (Frankreich); 1946 erneut erster Vorsitzender der Ruhrknappschaft sowie Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Industriegewerkschaft Bergbau; 1949 nach schwerem Zerwürfnis mit dem Vorstand Ausschluss aus der Gewerkschaft und Kündigung als Vorsitzender der Ruhrknappschaft.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1906 SPD;
1904 Mitglied des Deutschen Bergarbeiterverbandes; 1924 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

V. war an der reichsgesetzlichen Reform der Knappschaftsversicherung (RKG 1923) beteiligt und bis 1933 an zentraler Stelle für die Reichs- und Ruhrknappschaft verantwortlich. 1910-14 Vertrauensmann im Bergarbeiterverband; 1910-13 Vorsitzender des Arbeiterbildungsausschusses Wanne-Eickel; 1911-12 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Wanne.

Quellen

Lauf, Knappschaft und Sozialreformen, 2000; Lauf, Die Knappschaft. Ein Streifzug durch tausend Jahre Sozialgeschichte, 1994, S. 182; Geyer, Die Reichsknappschaft. Versicherungsreformen und Sozialpolitik im Bergbau 1900-1945, 1987; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 1927; IHG; Reichshandbuch; Landesarchiv NRW Abt. Westfalen, Regierung Arnsberg – Wiedergutmachungen, Nr. E 23229; Stadtarchiv Marburg; Stadtarchiv Bochum.

Bild

Reichshandbuch.

Vielhaber, Heinrich Gustav August
Arbeitgebervertreter, Verbandsfunktionär

* 21.7.1868 in Moers; † 29.10.1940 in Essen; ev.; V Heinrich V. (um 1831-), Kataster-Kontrollleur; M Hedwig Auguste Henriette Louise geb. Ritter (um 1841-); ∞ 1900 Elise Ida Klara Agnes geb. Hennecke (1876-1967); K 1 S, 3 T.

Gymnasium in Moers; 1886-89 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin, daneben Sprachstudium (Diplom) am Seminar für orientalische Sprachen; 1890 Gerichtsreferendar; 1895 Gerichtsassessor, im selben Jahr Eintritt als juristischer Hilfsarbeiter in die Firma Friedrich

Krupp, 1905 Prokurist, 1909 stellv. Direktor, 1910-25 Mitglied des Direktoriums bzw. des Vorstands; 1925-40 Rechtsanwalt und Notar in Essen.

Alemannia-Bonn.

K 1913-33 Stadtverordneter in Essen (zuletzt DVP); 1925-33 Provinziallandtag Rheinprovinz (DVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1924-29 Mitglied des Präsidiums der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; 1925-1940 Aufsichtsratsmitglied bei der Friedrich Krupp AG; Aufsichtsratsmitglied der Aktiengesellschaft für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie und der Westfälischen Drahtindustrie, Mitglied des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Vorstands des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sowie des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen; Mitglied des Grubenvorstands der Gewerkschaften Emscher-Lippe, Vereinigte Helene-Amalie und Vereinigte Constanthin der Große.

Sozialpolitische Aktivitäten

V. war einer der profiliertesten Vertreter der Sozialpolitik auf Arbeitgeberseite. Innerhalb der Fa. Krupp war er zuständig für die Arbeiter- und Angestelltenangelegenheiten und für die sozialen Einrichtungen, einen Namen machte er sich bei Krupp insbesondere mit der Ausgestaltung des sogenannten gemischtwirtschaftlichen Wohnungswesens. Reichsweite Bedeutung erlangte er durch sein berufsgenossenschaftliches Engagement. Zunächst übernahm er 1897 eine leitende Position in der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft in Essen, wurde 1902 Vorstandsmitglied und 1926-38 Vorsitzender der Genossenschaft, zur gleichen Zeit gehörte er dem Vorstand des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften in Berlin an. Zwischen 1926-29 fungierte er schließlich als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Ferner gehörte er dem Sozialpolitischen Ausschuss der

Industrie- und Handelskammer zu Essen an.

Quellen

Pudor, Nekrologe aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet Jg. 1939-51, 1955; Wenzel; Reichshandbuch; Bibliothek der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände; Historisches Archiv Krupp, Essen; Stadtarchiv Essen; Stadtarchiv Moers.

Bild

Reichshandbuch.

Vöhringer, Gotthilf D. Dr. phil., Dr. theol. h. c.

Generalsekretär der Deutschen Liga der Freien Wohlfahrtspflege

* 15.1.1881 in Ebingen/Balingen (Württemberg); † 1.5.1955 in Nürtingen-Oberensingen; ev.; V Ehrenreich V. (1841-1906), Volksschullehrer; M Katharina geb. Bauer (1847-1931); ledig.

Lateinschule in Ebingen, 1895-99 Zögling der niederen theologischen Seminarien in Maulbronn und Blaubeuren; 1899 Studium der Theologie und Philosophie im Stift zu Tübingen, 1903 erste theologische Prüfung; 1903-07 Vikar in Neckarostheim und Stadtvikar in Schramberg; 1907 Promotion in Tübingen; 1907-08 Studienaufenthalte in den Kolonien Kamerun, Nigeria, Togo und der Goldküste (Ghana); 1908-12 Stadtvikar bzw. Pfarrverweser in Stuttgart, Altenstadt, Tuttligen, Schmie, Heilbronn, Ettenhausen und Tübingen; 1910 zweite theologische Prüfung; 1912-14 Gründer und Geschäftsführer der Württembergischen Kamerungesellschaft m.b.H. in Duala (Kamerun); 1914 in britischer Internierung; 1915-19 Pfarrverweser in Stuttgart-Ostheim; 1919 Kollegialhilfsarbeiter, 1920 Geschäftsführer des Kollegiums der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg im Rang eines Regierungsrats; 1925-34 Generalsekretär der Deutschen Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin; 1934 Rücktritt vom Amt und Rückzug ins Privatleben in Zizishausen am Neckar; ab 1938 in der Inneren Mission in Württemberg

berg tätig; 1944 kommissarischer Geschäftsführer, 1945-50 Direktor des Landesverbandes der Inneren Mission in Württemberg, 1945-52 Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Württemberg-Baden; 1952 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-25 Mitglied, 1939-55 Vorsitzender des Verwaltungsrats der Fürsorgeheime Leonberg-Oberensingen; 1937 Mitglied des Ausschusses des Landesverbandes der Inneren Mission in Württemberg.

Auszeichnungen

1951 Dr. theol. h. c. in Tübingen; 1952 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse; Benennung mehrerer diakonischer Einrichtungen in Württemberg nach V.

Sozialpolitische Aktivitäten

Als Geschäftsführer der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg engagierte sich V. für die Vereinigung und sinnvolle Koordinierung der unterschiedlichen Werke der freien Wohlfahrtspflege in Württemberg. Als Generalsekretär der Liga der Freien Wohlfahrtspflege galt V. als entscheidender Organisator und Planer der Aktivitäten der Liga. Er koordinierte die Interessenwahrnehmung der darin zusammengeschlossenen fünf Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (nicht der AWO!) und machte die Liga zum Sprachrohr der Wohlfahrtspflege gegenüber der Reichsregierung und der Öffentlichkeit. V. unterstützte die Politik des Reichsarbeitsministeriums, das die Kommunalisierung der Wohlfahrtspflege zu verhindern versuchte. Die konkreten Arbeitsschwerpunkte umfassten u. a. die Abwicklung der Auslandshilfe, Verteilung von Reichsmitteln, Durchführung der großen Ausstellungen der Freien Wohlfahrtspflege in Frankfurt, Düsseldorf (Gesolei) und Stuttgart, Aufbau der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege im Jahr 1929, welche maßgeblich auf die Initiative von V. zurückging, sowie die durch ihn 1931/32 eingeführte „Winterhilfe“ (Vorläufer des späteren „Winterhilfswerks“ der NSV).

Ab 1946 vertrat V. das Land Württemberg-Baden im Ausschuss für Wohlfahrtswesen

im Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes in Stuttgart. In der Inneren Mission widmete er sich insbesondere dem Wiederaufbau des Anstaltswesens in Württemberg, als Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Württemberg initiierte V. Sammlungen, befasste sich mit der Flüchtlingsproblematik und dem Ausgleich sozialer Härten im Gefolge der Währungsreform 1948.

Veröffentlichungen

Die ethischen Prinzipien der Erziehungslehre Schleiermachers, Diss. 1908; Internationale freie Wohlfahrtspflege (mit Sunder), 1930; Die Einführung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung in der freien Wohlfahrtspflege, 1931; 1919-25 Chefredakteur der Zeitschrift „Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg“.

Quellen

Ottmad (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien, Bd. II, 1999; Maier; Kraut, D. Dr. Gotthilf Vöhringer – ein Leben für die Wohlfahrtspflege, 1977; Blätter der Wohlfahrtspflege (in Württemberg-Baden) 1949, S. 119, 1955, S. 209 f.

Bild

Kraut 1977.

Wachenheim, Hedwig

Fachschriftstellerin, Funktionärin der Arbeiterwohlfahrt

* 27.8.1891 in Mannheim; † 8.10.1969 in Hannover; jüd., 1898 ev., 1918 diss.; V Eduard W. (1855-98), Bankier; M Maria Margaretha geb. Traumann (1870-1934); ledig.

-1907 Besuch einer Internatsschule für höhere Töchter in Mannheim, danach im mütterlichen Haushalt tätig, Besuch einer Theaterschule; 1912-14 Besuch der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg; 1914-15 Fürsorgerin in Mannheim; 1916 Tätigkeit in der Kriegsfürsorge des Nationalen Frauendienstes in Berlin; 1917-19 Abteilungsleiterin bei der Berliner Milchversorgungsbehörde; 1919-21 Frauenreferentin bei der Reichszentrale für Heimat-

dienst in Berlin; 1920 besoldete Stadträtin in Berlin, 1921 Magistratsmitglied; 1922-33 Regierungsrätin in der Reichsfilmprüfstelle des Reichsministeriums des Innern; 1928-33 Leiterin der von ihr mitbegründeten Wohlfahrtsschule der AWO in Berlin; 1933 Auflösung der Wohlfahrtsschule und Entlassung als Regierungsrätin aufgrund des BBG; 1933 Emigration, Studium der Geschichte und Literatur in Paris und 1934 in London; 1935 Auswanderung in die USA, Forschungsaufträge an der New School for Social Research („University in Exile“) in New York, publizistische Tätigkeit und Mitarbeit in der German Labor Delegation; ab 1941 Tätigkeit für das United States Office of War Information; 1945 US-Staatsbürgerschaft; 1946 Mitarbeiterin in der Wohlfahrtsabteilung der US-Militärregierung in Stuttgart, 1949 stellv. Leiterin der Wohlfahrtsabteilung des US-High-Commissioner in Frankfurt/M.; 1951 Rückkehr in die USA, nach 1955 Forschungsauftrag der University of California Berkeley, Arbeit an ihrer wissenschaftlichen Monographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; verstorben während einer Besuchsreise in Deutschland.

sozialdemokratische Politikerin

1914 SPD

LT 1928-33 Pr.LT, WK 5 Frankfurt/Oder (SPD).

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war 1919 Mitbegründerin und bis 1933 Mitglied des Hauptausschusses der AWO. Sie arbeitete bis 1933 an führender Stelle beim Aufbau der AWO mit und hatte maßgeblichen Einfluss auf deren Entwicklung und Professionalisierung. Als Fürsorgerin und Sozialpolitikerin wirkte sie für die professionelle Ausgestaltung der Sozialarbeit in der Weimarer Republik, u. a. durch die Mitbegründung und Leitung der AWO-Wohlfahrtsschule in Berlin, mit der sie das Ziel verfolgte, Soziale Arbeit als einen qualifizierten und bezahlten Beruf (neben und nach der Ehrenamtlichkeit) zu etablieren. Sie redigierte 1927 eines der ersten Fachbücher für die Ausbildung in Wohlfahrtspflege; 1928 wurde sie Mitglied des Hauptausschusses des DV. 1932 nahm

sie als Delegierte an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Lehrbuch für Wohlfahrtspflege (mit Cohn), 1927; Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, 1967; 1926-33 Schriftleiterin der Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“, Verfasserin zahlreicher Beiträge in Fachzeitschriften der Wohlfahrtspflege und sozialdemokratischen Organen.

Quellen

Mannheimer Geschichtsblätter Ausgabe 29, 1925, S. 81-102; Verein aktives Museum; Paul; Bio. Emig.; Wachenheim, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, 1973.

Bild

Mannheimer Geschichtsblätter.

Wagner, Gerhard Hans August Dr. med. Arzt, Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP

* 18.8.1888 in Neu-Heiduk/Krs. Beuthen (Oberschlesien); † 25.3.1939 in München; „gottgläubig“; V Wilhelm W. (1848-1900), Arzt; M Maria geb. Herzberger (1850-97); ∞ 1922 Hildegard geb. Plöderl (1890-1981).

Gymnasialbesuch; Studium der Medizin in München, 1912 Staatsexamen; 1914-18 Kriegsteilnehmer als Feldhilfsarzt; 1919 Approbation in München, danach praktischer Arzt in Breslau und München, Assistenzarzt an der Münchner Frauenklinik; 1921-23 im Freikorps Epp und Freikorps Oberland; ab 1924 Landarzt in Bayern, 1926 erneut praktischer Arzt in München; 1929 Mitbegründer und seit 1932 Leiter des NSD-Ärztetages; ab 1934/35 Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP; 1934 Reichsärztführer, 1935 Leiter der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands sowie der Reichsärztekammer.

nationalsozialistischer Politiker

1929 NSDAP

Ortsgruppenleiter in München; 1933 SA-Sanitätsgruppenführer, 1934 beim Stab für

SA-Gruppe Hochland, 1937 SA-Sanitäts-obergruppenführer; RT WK 27 Pfalz 1933 (NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-24 Leiter des Landesverbandes Bayern der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Gesamtleiter der Deutschtumsverbände in Oberschlesien; 1933 Mitglied des „Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“; 1934 Beauftragter der NSDAP für Hochschulfragen; 1937 ehrenamtlicher Richter des Obersten Ehren- und Disziplinarhofes der DAF; 1933-39 Mitglied des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft II für Rassenhygiene und Rassenpolitik beim Reichsministerium des Innern; 1934 Leiter des Amtes für Sippenforschung.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse und weitere Kriegsauszeichnungen; 1936 Goldenes Parteiabzeichen.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war der prominenteste Vertreter einer nationalsozialistisch ausgerichteten ärztlichen Standespolitik auf der Grundlage des Kassenarztrechtliches mit dem Ziel eines umfassenden Hausarzt-systems. Diese stand in einer gewissen Konkurrenz zu Bestrebungen der DAF (Robert Ley) und des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Arthur Gütt), ihrerseits spezifische Arzt“systeme“ auszubilden. Er besetzte die traditionell privat ausgerichteten ökonomischen und standespolitischen Einrichtungen der Ärzteschaft und gab ihnen eine öffentlich-rechtliche Form durch die Schaffung der Reichsärzteordnung von 1935, die eine Reichsärztekammer etablierte, deren Leiter W. wurde. W. war beteiligt an den Nürnberger Gesetzen und der NS-Erbgesundheitsgesetzgebung. Stationen seiner Funktionärskarriere waren: 1933 zunächst Kommissar der ärztlichen Spitzenverbände, dann bis 1936 Vorsitzender des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Hartmannbundes; 1934 Beauftragter des „Stellvertreter des Führers“ für alle Fragen der Volksgesundheit und Leiter des Sachverständigenbeirats für

Volksgesundheit bei der Reichsleitung der NSDAP; 1935 Verbindungsmann der NSDAP zum RAM und zum DRK, Leiter des DAF-Amtes für Volksgesundheit, Mitglied der Reichsarbeitskammer der DAF; 1937 Gründer des Reichsarbeitskreises für die Gesundheitsführung des deutschen Volkes.

Veröffentlichungen

1939 Herausgeber der Zeitschrift „Die Gesundheitsführung des Deutschen Volkes“.

Quellen

Lilla Statisten; Labisch/Tennstedt; Zunke, Der erste Reichsärzteführer Dr. med. Gerhard Wagner, 1972; Stadtarchiv München; Stadtverwaltung Tittmoning.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 509.

Walter, Otto Max Dr. med.

Arzt, Reichsamtsleiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt

* 12.12.1890 in Mülheim an der Ruhr; † 14.6.1964 in Planegg; ev., später diss.; V Hermann W. (1861-1922), Standesbeamter; M Emma geb. von der Bey (1865-1948); ∞ 1920 Adelgunde geb. Neuner (1892-1989); K 2 S, 2 T.

1902-1911 Höhere Schule in Mülheim an der Ruhr und Essen; 1911-20 Studium der Medizin in Würzburg, Leipzig und München; 1914-18 Kriegsteilnehmer (Feldhilfsarzt, Sanitätsoffizier); 1919-20 Bataillonsarzt im Freikorps Epp; 1920 Approbation und Volontär-Assistent am pathologischen Institut in München; 1921 Promotion in München; 1922-24 städtischer Fürsorgearzt in Mülheim an der Ruhr; 1924-31 hauptamtlicher Vertrauensarzt der Ortskrankenkasse in Mülheim; 1931-33 aus gesundheitlichen Gründen im Ruhestand; 1933 Leiter der ärztlichen Angelegenheiten für die Allgemeinen und besonderen Ortskrankenkassen sowie für den Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamtes Berlin; 1934-45 Leiter des vertrauensärztlichen Dienstes bei der Kas-

senärztlichen Vereinigung Deutschlands, zugleich beratende Tätigkeit beim Reichsversicherungsamt, ab 1939 auch für das RAM; 1934-41 Reichsamtsleiter der Abteilung Volksgesundheit im NSV-Hauptamt; 1945 Betreuung deutscher Tuberkulosepatienten in der Schweiz; 1946-48 Internierungslager Lahr/Dinglingen, Altschweier, Ludwigsburg, Nürnberg-Langwasser und Regensburg; danach als ärztlicher Berater in der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt/M. tätig.

Corps Makaria-Guestphalia Würzburg 1911.

K 1933 Mülheim an der Ruhr (NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1925-31 DNVP; 1931 NSDAP; 1931-33 NSDAP-Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik im Kreis Mülheim an der Ruhr; 1933 NSDAP-Oberbereichsleiter; 1931 SA-Sanitätsstandarten-, 1932 Sanitätsobers-, 1936 Sanitätsbrigade-, 1942 Sanitätsgruppenführer; ab 1937 in der Obersten SA-Führung, zunächst Verbindungsmann beim Beauftragten für den Sanitätsdienst, 1938 Referent im Sanitätshauptamt, 1939 Verbindungsführer zur NSV in ärztlichen und gesundheitlichen Angelegenheiten; 1932-33 SS (förderndes Mitglied); 1932-45 NS-Ärztebund; 1933 NSV; DAF; RLB. Im Entnazifizierungsverfahren 1948 in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

1918 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1927 Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer; Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP; Volkspflegekreuz 2. Klasse; Ehrenzeichen des DRK 2. Klasse; 1944 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. nahm gestaltenden Einfluss auf mehrere Bereiche des Gesundheitswesens in der NS-Zeit. Als Leiter der ärztlichen Angelegenheiten in Berlin war W. 1933/34 maßgeblich beteiligt an der Schließung der Ambulatorien und Eigenbetriebe des Verbandes der Berliner Krankenkassen. Er war der führende Organisator bei der Ausge-

staltung des vertrauensärztlichen Dienstes der Krankenkassen, der durch die sogenannte Aufbaugesetzgebung von 1934 bei den Landesversicherungsanstalten angesiedelt wurde. Als ärztlicher Berater der beim Reichsversicherungsamt eingerichteten Gemeinschaftsstelle der Landesversicherungsanstalten war er ab 1936 maßgeblich beteiligt an der Zentralisierung des vertrauensärztlichen Dienstes der Krankenversicherung, 1939 wurde er Sonderbeauftragter des RAM für den vertrauensärztlichen Dienst, der vor allem mit Problemen des Krankenstandes befasst war.

Als Leiter der NSV-Abteilung Volksgesundheit war W. fachlich dem Hauptamt für Volksgesundheit (Leonardo Conti) unterstellt, zusammen mit dessen Dienststellen war er maßgeblich beteiligt an der Organisation gesundheitlicher Zusatzleistungen der NSV (Tuberkulose-Hilfswerk, Hilfeleistungen in Notstandsgebieten über das Hilfswerk Bayerische Ostmark, das Rhön-Hilfswerk, das Hilfswerk Zahnschädenbekämpfung).

Weitere Funktion W. waren: 1936-45 Mitglied des Berufsgenossenschaftlichen Ärztlichen Beirats; 1938-45 Präsident des Reichstuberkulose-Ausschusses, zugleich Vorsitzender des Reichstuberkulose-Rates; Leiter der Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose; Reichsbundesleiter des Reichsbundes der Körperbehinderten; Ausbilder an der Reichsführerschule der Deutschen Ärzteschaft.

Veröffentlichungen

Die Entstehung und Entwicklung der Lungenschwindsucht des Erwachsenen (mit Redeker), 1928; 1933-44 Herausgeber der Zeitschrift „Vertrauensarzt und Krankenkasse“.

Quellen

Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, 1991; Tennstedt, Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Blohmke u. a. (Hrsg.), Handbuch der Sozialmedizin, 1976, S. 385-492; Vertrauensarzt und Krankenkasse 1941, S. 1-6; BArch (PK N 0011; RK I 598; SA 300 B; SA-P D 282); Landesarchiv NRW Abt. Rheinland, NW 1013-II Med. Nr. 209 Bd. I-V; Stadtarchiv Mülheim.

Bild

BArch RK I 598.

Wankelmuth, Friedrich Adolf Otto Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 12.11.1880 in Berlin; † 14.3.1968 in Rothenburg o.d.T.; ev.; V Friedrich Johann L. W. (1852- nach 1929), Beamter; M Johann Valeska Hermine geb. Blanck; ∞ 1913 Elsbeth Anna Wilhelmine geb. Prahl (1891-1982); K 2 S.

1898 Studium der Rechtswissenschaften; 1901 Gerichtsreferendar, Promotion in Rostock; 1905 Gerichtsassessor; 1908 Landrichter in Frankfurt/O.; 1912 Referent bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, 1913 Regierungsrat, 1920 Oberregierungsrat; 1926 Berufung ins RAM, Ministerialrat (Referent für Versicherung von Angestellten und Selbständigen), 1943 Versetzung in die Ausweichstelle des RAM in Züllichau und 1945 in die Verbindungsstelle Rothenburg o.d.T.; 1945-46 in US-amerikanischer Internierung in Hamelnburg, danach nicht mehr berufstätig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 NSDAP; 1935 NSRB, NSV.

Im Entnazifizierungsverfahren 1947 zunächst als „vom Gesetz nicht betroffen“, dann in Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war in der Weimarer Republik und der NS-Zeit der führende Fachmann im RAM für die Angestelltenversicherung, an deren Verbesserungen er wesentlichen Anteil hatte. Bestandteil seines Referats war die Zuständigkeit für die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. W. „Hauptwerk“ war die Schaffung des Gesetzes über die Altersversorgung für das Deutsche Handwerk von 1938, das faktisch auch ein Rentenversicherungsgesetz (kein Versorgungsgesetz) war. Folgende Beteiligungen bei Gesetzesvorhaben sind feststellbar: RKG-Nov 1926; AVAVG 1927; InvVersBeitrG 1928; AVGNov 1929; NotVO II 1931; ErhaltG 1933; AusbauG 1937; AltVersorgDHandwerkG 1938. W. war 1933 Mitglied

der deutschen Delegation auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

Veröffentlichungen

Richtlinien über Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung (mit Martineck und Grieser), 1929; Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Versicherung (mit Dobbernack und Eckert), 1934; Gesetz über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk vom 21. Dez. 1938 mit den Durchführungsverordnungen und den einschlägigen Vorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung, 1939; 1927-39 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung“.

Quellen

Staatsarchiv Nürnberg, Spruchkammer Rothenburg/Tauber Nr. W-26; BArch R 3901/110105, fol. 8Rs-9Rs; Landesarchiv Berlin, P Rep. 500 Nr. 40; Kirchlicher Suchdienst; Stadtarchiv und Einwohnermeldeamt Rothenburg o.d.T.; GVP RAM.

Weber, Helene Auguste Dr. rer. pol. h. c. Ministerialbeamtin

* 17.3.1881 in Elberfeld/Wuppertal; † 25.7.1962 in Bonn; kath.; V Wilhelm W. (1851-1922), Volksschullehrer; M Agnes Christiane geb. van Gent (1852-); ledig.

1890-97 Töchterchule in Elberfeld; 1897-1900 Lehrerinnenbildungsanstalt in Aachen; 1900-05 Volksschullehrerin in Haaren bei Aachen und Elberfeld; 1905-09 Studium der Geschichte, Philosophie und der französischen Sprache in Bonn und Grenoble; 1909 Oberlehrerin in Bochum, 1911-16 in Köln; 1916 beurlaubt, Mitbegründerin und Leiterin der Sozialen Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln, 1918 in Aachen; 1919 Referentin, 1920-32 Ministerialrätin im preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt (Referat für Soziale Bildungsfragen, Jugendpflege und Jugendbewegung); 1932-33 Ministerialrätin im preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Referat Jugendpflege); 1933 aufgrund des BBG als „politisch unzuverlässig“ aus dem Amt entlassen, fortan Versorgungsemp-

fängerin; 1933-43 aktiv als Vorsitzende des Berufsverbandes katholischer deutscher Sozialbeamtinnen, Engagement im Katholischen Deutschen Frauenbund sowie in der freien Wohlfahrtspflege; 1944 Übersiedlung nach Marburg; 1945 Reorganisation des Berufsverbandes katholischer deutscher Sozialbeamtinnen, danach Rückkehr in die Politik.

Zentrumspolitikerin

Z., 1945 CDU

1925-33 stellv. Vorsitzende des Reichsparteiausschusses und Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats des Zentrums, 1927-33 Beisitzerin im Vorstand der Reichstagsfraktion;

1945 Mitbegründerin der CDU in Essen, 1945-48 Vorstandsmitglied der CDU Westfalen, 1948 Vorstandsmitglied des Landesverbandes Rheinland der CDU, 1949-53 Vorstandsmitglied der CDU-Bundestagsfraktion, 1948-56 Vorsitzende der CDU/CSU-Frauenarbeitsgemeinschaft (1951: Bundesfrauenausschuss der CDU).

RT 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 22 Reg.-Bez. Düsseldorf (Z); 1924 Reichswahlvorschlag, 1924-33 WK 22 Düsseldorf-Ost (Z);

BT 1948-49 Parlamentarischer Rat (CDU); 1949-62 WK Aachen-Stadt (CDU);

LT 1921-24 Preußen (Z); 1946-47 Nordrhein-Westfalen (CDU).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1946-47 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Zone in Hamburg; 1950 stellv. Delegierte der beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg, 1961 ordentliches Mitglied; 1955-62 Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Auszeichnungen

1929 Päpstliche Laienauszeichnung „Pro ecclesiae et pontifice“; 1930 Dr. rer. pol. h. c. in Münster; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1956 Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1961 mit Schulterband; 1956 Ehrenvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU; 1969 Briefmarke der Deutschen Bundespost; seit 2009 „Helene-Weber-Preis“ für Nachwuchskommunalpolitikerinnen des Bun-

desministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Benennung zahlreicher sozialer Einrichtungen und Straßen nach W.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. gilt als eine Pionierin der beruflichen Sozialarbeit, die sie durch die Ausgestaltung der Wohlfahrtspflegerinnenausbildung prägte. Nach der Gründung der Sozialen Frauenschule in Köln wirkte sie nach 1918 als Ministerialrätin im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt für die staatliche Anerkennung der Sozialen Frauenschulen in Preußen. Auf W. gehen preußische Vorschriften über die staatliche Prüfung der Wohlfahrtspflegerinnen von 1920 und die Ausarbeitung von Lehr- und Ausbildungsplänen für Soziale Frauenschulen zurück, die in Zusammenarbeit mit dem DV entstanden. Darüber hinaus wurde W. führend in der Berufsbewegung katholischer Fürsorgerinnen tätig, 1918 war sie Mitbegründerin und bis 1962 Vorsitzende des Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen (1936 Hedwigsbund, 1946 Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen). Beteiligt war sie an der Entstehung des RJWG 1922, die preußischen Durchführungsbestimmungen zum RJWG hat sie verfasst. Als Politikerin setzte sie sich ein für den Jugendschutz und engagierte sich bei den Vorbereitungen für das GeschlechtsKHG 1927. Innerhalb und außerhalb der Zentrumspartei profilierte sie sich durch ihre entschiedene Ablehnung jedweder Aufweichung des Abtreibungsparagraphen 218. In der katholischen Frauenbewegung war sie seit 1910 aktiv, 1918-62 war sie Vorstandsmitglied im Katholischen Deutschen Frauenbund (nach 1945 zweite Vorsitzende).

Nach 1945 engagierte sich W. im Ausschuss für Grundsatzfragen für den Schutz von Ehe und Familie und für das Elternrecht. Sie war Mitglied des Sozialausschusses sowie der Ausschüsse für Lastenausgleich und Familienrecht (Vorsitz) des Bundestages. W. setzte sich ein für die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, für den Mutterschutz sowie die Mütterfürsorge. Als Europaratsdelegierte beteiligte sich W. an der Formulierung einer Europäischen Sozialcharta.

Weitere Stationen ihres sozialpolitischen Werdegangs waren: In der Weimarer Republik und erneut ab 1947 Vorstandsmitglied des DV; 1928 Delegierte auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris, 1932 Mitglied im Ständigen Ausschuss der Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit, im gleichen Jahr Delegierte auf deren 2. Internationalen Konferenz in Frankfurt/M.; 1958 Teilnehmerin an der Internationalen Konferenz für Sozialarbeit in Tokio; 1952-59 Vorsitzende des Kuratoriums des Müttergenesungswerks; 1925-33 und 1950-58 Vorstandsmitglied der Union Catholique Internationale de Service Social; 1950-58 Vorstandsmitglied der Weltunion katholischer Frauenorganisationen.

Veröffentlichungen

Sozialbeamtin, Sozialbeamter, Wohlfahrtspfleger“ in: Karstedt (Hrsg.), Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege 1924, S. 356-359; Der gesetzliche Kampf zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, in: Politisches Jahrbuch 1926, S. 400-415; Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 637-640; Ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege, in: Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen (Hrsg.), Ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege, 1929, S. 5-13; Die Wohlfahrtsschulen im Volksstaat, in: Die Frau 1931/32, S. 440-445; seit 1917 Herausgeberin der Zeitschrift „Mitteilungen des Vereins katholischer Sozialbeamtinnen“; 1921-30 redaktionelle Betreuung der Zeitschrift „Soziale Berufsarbeit“; Verfasserin zahlreicher Beiträge zur Frauenberufsarbeit, zu einer bibliographischen Übersicht vgl. Muschiol/Welskop-Deffaa 2014.

Quellen

Muschiol/Welskop-Deffaa (Hrsg.), Helene Weber – Beiträge zu einer Biographie, 2014; Haunfelder Zentrum; Maier; Schumacher M.d.R.; Zeitgeschichte LB Bd. 3; HbNV; HbRT 1933; Handbuch des Deutschen Bundestages 1961; www.helene-weber.de (Abr. 01.02.2017); Stadtarchiv Wuppertal.

Bild

Muschiol/Welskop-Deffaa 2014, S. 178-215.

Weigert, Oscar Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 12.8.1886 in Berlin; † 6.1.1968 in Chevy Chase/Maryland (USA); jüd., 1907 ev.; V Waldemar W., Kaufmann (- nach 1922); M Emma geb. Pappenheim (1861-1942, ermordet in Theresienstadt); ∞ 1932 Edith geb. Vowinckel (1894-1982), Psychoanalytikerin; K 1 S.

Gymnasium in Berlin-Tempelhof; 1904-05 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1905-08 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Freiburg/Br. und Kiel; 1909 Gerichtsreferendar in Rheinsberg und Berlin; 1913-14 Gerichtsassessor in Berlin; 1914-15 Tätigkeit bei der Kommunalverwaltung in Guben; 1915 Promotion in Marburg; 1915-18 Hilfsarbeiter, dann Dezernent (Landesrat) bei der Provinzialverwaltung Posen; 1919 Assessor im RAM (Referent u. a. für Arbeitsbeschaffung, Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte); 1921 Geh. Regierungsrat, als Ministerialrat Leiter der Unterabteilung für „Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge“, ab 1924 der Hauptabteilung „Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosenversicherung, Erwerbslosenfürsorge“, 1928 Ministerialdirigent, zusätzlich verantwortlich für das Wohnungs- und Siedlungswesen sowie für internationale Sozialpolitik; 1931 Ministerialdirektor; 1933 auf eigenen Antrag Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, im gleichen Jahr aus dem Dienst entlassen; Emigration in die USA; 1933-34 sozialpolitischer Berater für das US-Department of Labor; 1935 Emigration in die Türkei, sozialpolitischer Berater im Wirtschaftsministerium in Ankara; 1938 Rückkehr in die USA, Associate Professor für vergleichende Sozialgesetzgebung in Washington/D.C.; 1943-46 Research Analyst (Head of Labor Group, Central European Division) im US-Kriegsministerium (Office of Strategic Services) für die Arbeits- und Sozialverhältnisse in Deutschland und Österreich; 1946 Mitglied eines sozialpolitischen Beraterteams beim Supreme Commander for the Allied Powers General MacArthur in Tokio; 1946 Adjunct (apl.) Professor für Labor Economy and Social Security in Washington/D.C.;

1946-1958 im Bureau of Labor Statistics des US-Arbeitsministeriums (1946/47 Arbeitsökonom mit Schwerpunkt Deutschland und Österreich, 1947 Leiter der Abteilung für Arbeitsbedingungen in den besetzten Gebieten, 1952 Leiter der Abteilung Foreign Labor Conditions); 1958 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1901 Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; 1916-18 Dozent für Wohlfahrtswesen an der Verwaltungsakademie Posen; 1925-30 Dozent an der Verwaltungshochschule in Berlin.

Auszeichnungen

1956 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war im RAM an den Entwürfen der auf die Arbeitsmarktpolitik bezogenen Reichsgesetze und -verordnungen beteiligt, zu nennen sind: SchwerkbesG 1920; Arb-NachweisG 1922; KrisenFürsVO 1926; AVAVG 1927; AVAVGÄnd 1929; NotVO 1930; NotVO I 1931. An der Schaffung des AVAVG von 1927 trug er den Hauptanteil; international galt W. als Autorität der Arbeitsökonomie. Zu Beginn seiner sozialpolitischen Karriere war er 1914-15 Geschäftsführer der Zentralstelle des Deutschen Roten Kreuzes des Stadt- und Landkreises Guben und 1915-17 Schriftführer des Fürsorgeausschusses für die Kriegsbeschädigten in den Provinzen Brandenburg und Posen. 1922-33 gehörte W. der Deutschen Delegation bei den Internationalen Arbeitskonferenzen in Genf an, 1928-33 war er Vertreter des Deutschen Reichs im Verwaltungsrat der ILO in Genf. 1928 trat er als Delegierter des RAM auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris auf. Nach seiner Emigration verfasste er 1935-38 die Entwürfe zur türkischen Arbeitsgesetzgebung, 1951 war er Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

Veröffentlichungen

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 (mit Wölz), 1921 ff.; Verordnung betreffend Maßnahmen gegen-

über Betriebsabbrüchen und -stilllegungen (mit Syrup), 1921; Die Versorgung und die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene nach dem geltenden Reichsrecht (mit Richter), 1921; Das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 mit den Verordnungen vom 30. September und 19. Oktober 1922 und Ausführungsvorschriften des Reichsamts für Arbeitsvermittlung und der Länder, 1922; Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (et al.), 1927; Die Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung, 1930; Administration of placement and unemployment insurance in Germany, 1934; Administrative Problems of Employment Services in Eight States, in: Public Administration Service No. 72, 1940.

Quellen

Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871-2002, 2003; Bio. Emig; BArch R 3001 / 79786; National Archives and Records Administration, Washington/D.C.; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-54.

Wende, Alexander Carl Hartwig Dr. phil. Ministerialbeamter

* 8.6.1888 in Korbach/Kreis des Eisenbergs; † 6.10.1971 in Celle; ev.; V Alexander Karl Heinrich W. (1856-1915), Gymnasiallehrer; M Ida Antonie geb. Dünkel (1864-1948); ∞ 1929 Bertha Emilie Margarete geb. Hüser (1886-1968).

1898-1907 Gymnasium in Korbach und Hersfeld; 1907-10 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie Volkswirtschaft in München, Berlin und Marburg; 1910 Gerichtsreferendar in Marburg, Kassel und Altona; 1912 Promotion in Marburg; 1912-13 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1918 Gerichtsassessor; 1919 Magistratsassessor in Hann. Münden, Wahl zum Stadtsyndikus auf Lebenszeit; 1919/20 Assessor im Statistischen Reichsamt in Berlin (Referent für Berufsverbands- und Tarifvertragswesen); 1920 Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitsvermittlung (Referent für Erwerbslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, Berufsverbände und Tarifverträ-

ge), 1923 Leiter der Abteilung für unterstützende Erwerbslosenfürsorge), zugleich Vertreter des Reichsarbeitsministers bei der Wirtschaftlichen Außenstelle der Reichsregierung in Köln; 1925 Sprachensstudium in England, Oberregierungsrat im RAM (Pressereferent und Schriftleiter des Reichsarbeitsblattes, Schlichter und Sachbearbeiter für Rechts- und Wirtschaftsfragen), 1928 Ministerialrat; 1929-30 Sozialattaché in der Deutschen Botschaft in Washington D.C., 1930-32 in der Deutschen Botschaft in London und bei der Gesandtschaft in Dublin; 1932 Rückkehr ins RAM (Referent für Arbeitseinsatzfragen), 1935 Leiter der Unterabteilung „Arbeitslage, Arbeitsvermittlung, Arbeitseinsatz, Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosenhilfe“, zugleich Sonderreferent für Großbritannien, Irland und die USA), 1939 Ministerialdirigent, im gleichen Jahr Präsident des Landesarbeitsamtes Bayern in München; 1943 Rückversetzung ins RAM, 1944 Leiter der Außenstelle Züllichau und 1945 Leiter des Arbeitsstabs des RAM in Bad Kissingen; nach Kriegsende für die US-amerikanische Besatzung im Versorgungswesen tätig; 1945-46 erwerbslos (keine Internierung); 1947 Abteilungsleiter, 1948 Ministerialrat im Niedersächsischen Sozialministerium (Leiter der Abt. Arbeitsrecht, Arbeitsverfassung, Sozialversicherung, ab 1948 der Abt. Sozialversicherung, Allgemeine Volkspflege, zugleich Leiter des Landeswohlfahrtsamtes); 1952 Ministerialdirigent; 1954 Präsident des Landessozialgerichts Niedersachsen; 1956 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1939 NSDAP; 1934 SA, NSV; 1936 RDB; 1938 NSFK (förderndes Mitglied), NS-Reichskriegerbund, RLB.

Im Entnazifizierungsverfahren 1946 zunächst in Kategorie IV („Mitläufer“), 1947 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

1920 Verein Hersfelder Klosterschüler; 1924 Deutscher Alpenverein; 1925 Kameradschaft des 2. Bayer. Feldartillerieregiments; 1939 Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Auszeichnungen

Eisernes Kreuz 1. und 2. Klasse; Ehrenkreuz für Frontkämpfer.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war während seiner gesamten Tätigkeit in der Reichsverwaltung mit Fragen der Arbeitsvermittlung und -fürsorge befasst. Als Referent war er an den Entwürfen zu folgenden Gesetzen und Verordnungen beteiligt: ArbNachweisG 1922; KrisenFürsVO 1926; FADVO 1932; ArbbuchG 1935; AluVO 1937. Zu Beginn der NS-Zeit war W. mit seinem Referat zentral in Kompetenzkonflikte mit dem „Reichsarbeitsführer“ Konstantin Hierl verwickelt. Für das RAM übernahm er folgende Funktionen: 1935 Vertreter des Reichsarbeitsministers beim Institut für Konjunkturforschung; 1935-40 Reichskommissar für die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, 1935-39 an Regierungsverhandlungen über internationale Abkommen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen mit Polen, Italien, Österreich und den Niederlanden beteiligt.

Veröffentlichungen

Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften, Diss. 1913; Das Arbeitsbuch. Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches vom 6. Februar 1935 mit Durchführungsverordnung, Ausführungsbestimmungen und Vordrucken erläutert (mit Syrup), 1935.

Quellen

BArch (R 3001 / 80040; R 3901 / 110740/2); Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 520 Hersfeld Nr. 538-01; Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 300 Acc. 21/80 Nr. 53; EMK; Stadtarchiv Solingen; Stadtarchiv Celle; Stadtarchiv Bad Hersfeld; GVP RAM.

Bild

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 300 Acc. 21/80 Nr. 53.

Wimmer, Ludwig Philipp Ministerialbeamter

* 7.9.1870 in Füssen; † 8.6.1965 in München; kath.; V Theodor W. (1834-1910), Landgerichts-Assessor; M Sabine geb. Kreil (1851-1934); ∞ 1902 Anna geb. Prantl (1877-1971); K 2 S.

Studium der Rechtswissenschaften in München; 1893-96 Gerichts- und Verwaltungs-

referendar in Dillingen, München und Berlin; 1896 2. Prüfung zum höheren Justiz- und Verwaltungsdienst; 1897 Rechtspraktikant bei der Regierung in Niederbayern in Landshut, Kammer des Innern; 1898 Funktionär beim Bezirksamt Kelheim und der Polizeidirektion München; 1900 Bezirksamtsassessor in Beilngries, 1904 im Bezirksamt Stadtamhof, 1906 im bayer. Staatsministerium des Innern; 1909 Regierungsassessor; 1910 Bezirksamtmann (Vorstand) im Bezirksamt Günzburg; 1915 Rückkehr ins Staatsministerium des Innern als Regierungsrat, 1917 Oberregierungsrat (Referent für Sozialversicherung und Sozialpolitik); 1918 Wechsel ins neugegründete bayer. Staatsministerium für Soziale Fürsorge, 1919 Ministerialrat, 1920 Staatsrat; nach Auflösung des Ministeriums 1928 Staatsrat in der Abteilung „Arbeit“ des bayer. Staatsministeriums für Landwirtschaft und Arbeit; 1929 Präsident des Landesversicherungsamtes und des Landesversorgungserichts Bayern in München; 1935 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
1918-33 BVP.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war maßgeblich beteiligt am Auf- und Ausbau des bayerischen Staatsministeriums für Soziale Fürsorge, das zuständig war für Fragen des Arbeitsmarktes, der Sozialversicherung, des Wohnungswesens und der Kriegsfürsorge.

Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MArb 6000; Stadtarchiv München; Städtische Friedhöfe München, Gräberverwaltung.

Winterfeldt-Menkin, Joachim Ulrich August Heinrich von Dr. med. h. c. Rittergutsbesitzer, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

* 15.5.1865 in Grünberg/Krs. Prenzlau (Uckermark); † 3.7.1945 in Harmshagen/Mecklenburg; ev.; V Ulrich Ludwig Franz von W. (1823-1908), Landrat; M Marianne geb. von Stülpnagel (1836-73); ∞ 1898

Elisabeth Margarethe geb. Freiin von Entreß-Fürsteneck (1878-1954); K 3 T.

Gymnasium in Glogau und Prenzlau, Ritterakademie in Brandenburg; 1885-88 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Lausanne, Leipzig und Greifswald, 1886 Studien- und Bildungsreise in die Schweiz und nach Italien; 1888 Gerichtsreferendar in Brüssow (Uckermark); 1888-89 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1890 Referendar in Frankfurt/O.; 1892 weitere Studienreise nach Südeuropa und in den Vorderen Orient; 1892-94 Regierungsreferendar im Regierungsbezirk Frankfurt/O., 1893 Landratsamtsverwalter des Landkreises Cottbus; 1895 Regierungsassessor beim Landrat in Prenzlau (Vater), 1896 kommissarischer, 1898 Landrat in Prenzlau; 1903-11 Oberpräsidialrat in Potsdam; 1911-30 Landesdirektor der Provinz Brandenburg; 1925 Änderung des Namens durch den Zusatz „Menkin“; 1933 Ruhestand auf seinem Rittergut Menkin (Uckermark); 1945 auf der Flucht in den Westen verstorben.

konservativer Politiker

DkP, DNVP, NSDAP

1918 Mitbegründer der DNVP; 1934 NSDAP; NSV;

RT 1908-18 WK Prenzlau-Angermünde (DkP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 Ehrenpräsident des DRK; 1915 Vorstandsmitglied der „Deutschen Gesellschaft 1914“; Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften; Mitglied der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg; Mitglied des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin; u. a. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Märkischen Elektrizitätswerke AG Berlin, der Siedlungsgesellschaft Eigene Scholle in Frankfurt/O., der Deutschen Festmarkbank GmbH, der Rückversicherungsgesellschaft Deutschland und der Berliner Hagel-Assekuranz-Gesellschaft von 1832.

Auszeichnungen

Vor 1912 Roter Adlerorden 3. Klasse, Kronenorden 3. Klasse, Rote Kreuzmedaille

3. Klasse, Landwehr-Dienstauszeichnung 1. Klasse; 1914 Ehrenmitglied der Niederlausitzer Gesellschaft für Anthropologie und Altertumskunde; 1930 Mitglied des Ehrenausschusses der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden; 1934 Dr. med. h. c. in Berlin; Ehrenmitglied der „Brandenburgia“; Festschrift für Joachim von Winterfeldt zum sechzigsten Geburtstag, 1925 (mit Beiträgen u. a. von Thomas Mann, Rainer Maria Rilke, Hugo von Hofmannsthal und Gerhart Hauptmann); seit 1994 Joachim von Winterfeldt-Menkin-Medaille des DRK-Landesverbandes Brandenburg.

Sozialpolitische Aktivitäten

Die sozialpolitische Bedeutung v. W.-M. beruht vorrangig auf seinem ehrenamtlichen Engagement für das DRK. Er leitete zunächst das örtliche Rote Kreuz in Prenzlau, übernahm 1904 den stellv. Vorsitz des Roten Kreuzes der Provinz Brandenburg, wurde 1916 Mitglied des Centralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz und 1919 dessen Vorsitzender. Er schloss die Vielzahl der deutschen Landesvereine vom Roten Kreuz zur Gesamtorganisation des Deutschen Roten Kreuzes zusammen, das er 1921-33 als Präsident leitete. Als solcher organisierte er Hilfsaktionen aus dem Ausland zur Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung. Unter seiner Ägide nahm das Rote Kreuz Abschied vom Kriegssanitätsdienst, wurde zu einem die Friedensarbeit besonders hoch bewertenden Wohlfahrtsverband umgewandelt und als neuer Spitzenverband Mitglied der Liga der freien Wohlfahrtspflege.

Ferner war v. W.-M. Gründer und 1915-1924 Vorsitzender des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, er berief Hermann Geib zum Leiter der Reichsgeschäftsstelle des Ausschusses, die schließlich 1919 in das RAM integriert wurde. Als Landesdirektor sorgte er für einen umfassenden Ausbau sozialer Einrichtungen in der Provinz Brandenburg. 1918 organisierte v. W.-M. die Ludendorffspende, aus deren Mitteln das von ihm gegründete Kriegerkurhaus in Davos geschaffen wurde, das er fortan als Vorsitzender leitete. 1928 vertrat er als Delegierter die preußi-

schen Provinzen auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris. 1935 wurde er Vorsitzender des Kuratoriums der Hindenburg-Spende; 1913-33 war er erster Vorsitzender der Brandenburgischen Frauenhilfe.

Veröffentlichungen

Kriegsbeschädigtenfürsorge, 1917.

Quellen

Brandenburger Rotkreuz-Magazin 2, 2005, S. 4 f.; Beck/Henning (Hrsg.), Brandenburgisches Biographisches Lexikon, 2002; Adamy/Hübener, „Ein echter Sohn der Mark!“, Joachim von Winterfeldt-Menkin (1865-1945), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 1993, S. 181-195; v. Winterfeldt-Menkin, Jahreszeiten des Lebens. Das Buch meiner Erinnerungen [Autobiographie], 1942; RArbBl. 1935, S. 121f.; Reichshandbuch; Wenzel; Wer ist's?; HbRT 1912; BArch BDC; Amt Brüssow, Uckermark.

Bild

v. Winterfeldt-Menkin 1942.

Wissell, Rudolf Carl Ludolf Dr. h.c.
Reichsarbeitsminister, Gewerkschafter

* 8.3.1869 in Göttingen; † 13.12.1962 in Berlin; ev., um 1891 diss.; V Heinrich Christian *Ludwig* W. (1836-), Obersteuermann; M *Ulrike* Dorothea Dorette Rosine geb. Klimmet (1842-); ∞ 1891 *Emma* Karoline Margareta geb. Wunsch (1869-1947); K 2 S, 3 T.

1876-83 Volksschule in Bremen; 1883-87 Maschinenbauerlehre, 1887-1900 Wanderschaft, Tätigkeit als Dreher und Maschinenbauer in Harburg, Essen und Friedrichsort (Kiel), dazwischen 1891-93 Militärdienst in Posen; 1901-08 Arbeitersekretär in Lübeck; 1908 stellv. Leiter, 1910-18 Leiter des Zentralarbeitersekretariats der freien Gewerkschaften in Berlin; 1918 leitende Tätigkeit in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; 1916-29 Schriftleiter der Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

bzw. (1924) der „Gewerkschaftszeitung“; 1919 Reichswirtschaftsminister; 1919-23 besoldetes Vorstandsmitglied des ADGB in Berlin (zunächst Sekretär, dann Leiter der Sozialpolitischen Abteilung); 1920-25 Mitglied des RWR (Arbeitnehmervertreter der Industrie); 1924 Schlichter für Groß-Berlin, 1927 zugleich für den Bezirk Berlin-Brandenburg; 1928-30 Reichsarbeitsminister; 1930-32 erneut Schlichter; 1933 kurzzeitige Inhaftierung durch die Nationalsozialisten und unter Polizeiaufsicht; schriftstellerische Tätigkeit, nach 1945 erneut in der SPD aktiv.

sozialdemokratischer Politiker

1888 SPD

1918/19 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten;

RT 1918 WK Potsdam 6 (Nachwahl SPD); 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK Potsdam (SPD); 1920-33 WK 4 Potsdam I (SPD);

K 1905-08 Mitglied der Bürgerschaft Lübeck (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1889-90 Vorsitzender des Fachverbandes der Schlosser und Maschinenbauer in Kiel; 1894-99 Vorsitzender der Zahlstelle Kiel des Metallarbeiterverbandes; 1920-25 stellv. Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, 1923-25 Vorsitzender des Verfassungsausschusses, 1921 stellv. Vorsitzender des Reparationsausschusses des RWR; Mitglied des Aufsichtsrates der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG sowie der Vereinigten Industrie-Unternehmungen AG.

Auszeichnungen

1929 Dr. h.c. in Kiel; 1949 Ehrenbürger von Berlin; 1954 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband;

Mitglied des Ehrenpräsidiums der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt; Ehrengrabstätte auf dem Friedhof „Zum Heiligen Kreuz“ in Tempelhof-Schöneberg; Rudolf-Wissell-Siedlung in Berlin-Staaken, Rudolf-Wissell-Grundschule in Berlin. Rudolf-Wissell-Brücke in Berlin, Rudolf-Wissell-Straße in Göttingen.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. kam über sein gewerkschaftliches Engagement zur Sozialpolitik. 1896-1900 war er Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Kiel, als Arbeitersekretär erwarb er sich fortan über seine Beratungstätigkeit insbesondere in Versicherungsangelegenheiten fundierte sozialpolitische Sachkenntnisse. 1910 war W. Mitglied einer Sachverständigenkommission der SPD und der Gewerkschaften („Zehnerkommission“) zur Vorberatung der RVO 1911, er vertrat danach bis 1918 die Invaliden und Unfallverletzten vor dem Reichsversicherungsamt. In der Weimarer Zeit galt er als herausragender Sozialpolitikexperte der SPD-Reichstagsfraktion während der „Ära Brauns“. In seiner anschließenden Amtszeit als Reichsarbeitsminister wurden 1928-30 Verbesserungen in der Unfallversicherung, der Angestelltenversicherung, der Wochenhilfe sowie im Frauen- und Jugendschutz erreicht, zudem forcierte er den Bau von Kleinwohnungen. W. Engagement gegen den Abbau von Leistungen der Arbeitslosenversicherung führte im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise zu seinem Rücktritt, danach widmete er sich historischen Studien. Weitere sozialpolitisch relevante Stationen seiner Karriere waren: Nach 1908 Leiter der Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes; 1920-21 alternierender Vorsitzender des Gemeinsamen Unterausschusses des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses des RWR (Unterausschuss Wissell); 1945-53 Engagement in Ausschüssen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik sowie des Bau- und Wohnungswesens der Berliner SPD, 1954 auch im sozialpolitischen Ausschuss der Bundes-SPD; Mitglied der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt.

Veröffentlichungen

Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung nebst den allgemeinen Vorschriften und dem Verfahren (mit Müller), 1912; Der Arbeitsvertrag. Führer durch das gewerbliche Arbeitsverhältnis der Arbeiter, 1912; Die Forderungen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, 1918; Die soziale Bedeutung weltwirtschaftlicher Verflechtungen, 1928; Die Sozialpolitik nach dem Kriege, 1929; Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit, 1929 (2. erw. Ausg. Bd. 1-4, 1971-83); Der soziale Gedanke im alten Handwerk, 1930; Zur Gestaltung der

Sozialversicherung, 1947; 1916-18 Redakteur des sozialpolitischen Teils des „Vorwärts“.

Quellen

Lilla RWR; Schröder; Paul; Wissel, Aus meinen Lebensjahren, 1983; Schneider, Rudolf Wissell (1869-1962), in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht 1978, S. 165-182; IHG; Landesarchiv Berlin, P Rep. 150 Nr. 151; Stadtarchiv Kiel; Kirchenkreisarchiv Göttingen.

Bild

Wissel 1983.

Wittelshöfer, Fritz (Friedrich) Josef Ministerialbeamter

* 20.6.1888 in Berlin; † 5.5.1958 in London; jüd.; V Paul W. (1852-1919), Chemiker; M Hulda geb. Arndt (1857-97); ∞ 1929 Elisabeth *Charlotte* geb. Hirsch (1899-1989), Kinderärztin.

Gymnasium in Berlin; 1906-10 Studium der Philologie und Geschichte sowie Rechtswissenschaften in München und Berlin; 1910 Gerichtsreferendar in Berlin und Zehdenik; 1915 Gerichtsassessor; 1915-17 Kriegsdienst (-1916 freiwillige Krankenpflege); 1917-19 im Justizdienst am Amtsgericht Berlin-Mitte, bei der Staatsanwaltschaft in Berlin und in Lyck (Ostpreußen); 1919 beim Landespolizeiamt in Berlin; 1920-22 kommissarischer Hilfsarbeiter im Reichswirtschaftsministerium (Abt. Preiskontrolle); 1922 Regierungsrat beim Reichsamt für Landesaufnahme; 1922 Wechsel ins preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt, 1923-32 Ministerialrat (Referent für die öffentliche Fürsorge, später Generalreferent für die Wohlfahrtspflege); nach Auflösung des Wohlfahrtsministeriums 1932 Wechsel mit seinem Referat ins preuß. Ministerium des Innern; 1929-33 stellv. Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat; 1933 nach § 3 BBG entlassen, bis 1939 freier Mitarbeiter der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland in Berlin; 1939 Emigration nach Großbritannien, aus diesem Anlass Sperrung seines Ruhegehalts und Beschlagnahme des Eigentums; 1940 Inter-

nierung auf der Isle of Man; 1943-48 Büroangestellter einer Eisenbahngesellschaft.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

SPD; 1928 Mitglied des Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte; Mitglied der AWO; Mitbegründer und Mitglied des Republikanischen Richterbundes; Mitglied des Bundes republikanischer Beamter; nach 1945 in der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien aktiv; 1950-57 Engagement in der Association of Jewish Refugees (AJR) in Großbritannien.

Auszeichnungen

1916 Rote Kreuzmedaille 3. Klasse; 1926 Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. nahm als Vertreter der preußischen Landesregierung Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Fürsorge, beteiligt war er an der Vorbereitung folgender Gesetze und Verordnungen: KleinrentFG 1923; RGr 1924; AVGNov 1925; KrisenFürsVO 1926; MutterschG 1927. In Preußen oblag ihm die entsprechende Ausführungsgesetzgebung sowie die Aufsicht über örtliche wie überörtliche Träger der Fürsorge, ferner koordinierte er die öffentliche und private Wohlfahrtspflege. Darüber hinaus vertrat er die preußische Regierung in Sozialversicherungsangelegenheiten im Reichsrat und wirkte auf diesem Gebiet auch bei internationalen Verhandlungen mit. 1931 war er nichtständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt. In den Jahren 1929 ff. lehrte er an der Verwaltungsakademie in Berlin und hielt Vorlesungen über preußisches Fürsorgerecht.

Veröffentlichungen

Wohlfahrtsrechtsprechung. Sammlung von Entscheidungen zur gemeindlichen Wohlfahrtspflege, 1930 (mit Herrnstadt); Sozial- und Wirtschaftsrecht. Ausgewählt und bearbeitet für die Bedürfnisse der Juden in Deutschland, 1936/38; ab 1924 Veröffentlichung zahlreicher fürsorgepolitischer, -rechtlicher und wohlfahrtspflegerischer Beiträge in Handbüchern und Fachzeitschriften, u. a. für die Arbeiterwohlfahrt“, „Jüdische Rundschau“ und die „Blätter des Jüdischen Frauenbundes“.

Quellen

Lilla Reichsrat; AJR Information No. 6 (1958), page 9; NDV 1958, S. 197; Bio. Emig.; BArch (R 3001/80727; R 1501/212027-212030).

Wölz, Friedrich Ewald *Otto* Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 13.7.1877 in Friesenheim/Ludwigshafen; † 30.5.1962 in Stuttgart-Stammheim; ev.; V Adolf W. (1847-1909), Chemiker; M Clara geb. Nägele (1852-1927); ∞ 1. 1904 *Lina* Wilhelmine geb. Klein (1877-1947), 2. 1949 *Anna Martha* geb. Hanke (1884-1964).

Gymnasium in Stuttgart; 1895-99 Studium der Rechtswissenschaften in Neuchâtel, Tübingen, Berlin und Leipzig; 1900 Gerichtsreferendar in Stuttgart; 1900-01 einjährig-freiwilliger Militärdienst; 1903 Gerichtsassessor; 1908 Promotion in Tübingen; 1904-19 Rechtsanwalt in Stuttgart; 1919-20 Leiter der Hauptfürsorgestelle Württemberg für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, in Personalunion zugleich Leiter der Abteilung „Soziale Volkswohlfahrt, Kriegsfürsorge“ im württemb. Arbeitsministerium; 1920 Wechsel in das RAM, 1920 Oberregierungsrat, 1921 Ministerialrat (Referent für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sowie für die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes, 1923 Referent für allgemeine Fragen der Wohlfahrtspflege), 1925-31 Leiter der Unterabteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen, ab 1931 nur noch für das Siedlungswesen zuständig; 1932 mit der Abteilung für ländliche Siedlung Wechsel ins Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; 1934 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt; 1943 Umsiedlung von Berlin nach Schwäbisch-Gmünd, dort 1945-48 Angestellter im Landratsamt, dann stellv. Landrat.

liberaler Politiker

vor 1903 DP, 1918 DDP

Mitbegründer der DDP in Württemberg; *LT* Württemberg 1920-21 (DDP) (Mandatsniederlegung); 1919 Mitglied der ver-

fassungsgebenden Württembergischen Landesversammlung;

K 1912-19 Bürgerausschuss Stuttgart (1913 stellv. Obmann); 1919-21 Gemeinderat Stuttgart; stellv. Vorsitzender der Finanzkommission.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Akademische Gesellschaft Stuttgartia Tübingen; 1933 NSOG und NSV.

Auszeichnungen

Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. sozialpolitische Karriere begann im 1. Weltkrieg, neben seinen hauptamtlichen Funktionen in der Kriegsfürsorge wurde er Leiter der Kriegshilfe Württemberg (später: Landeswohlfahrtskasse). Auf Reichsebene bekleidete er 1919 das Amt des Schriftführers des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge beim RAM. 1923 beteiligte er sich an der Gründung der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands (Hika), der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen sowie der Deutschen Bau- und Bodenbank. Ebenfalls beteiligt war er 1924 an der Schaffung der Deutschen Wohnstättenhypothekenbank, deren Aufsichtsrat er bis über 1933 hinaus angehörte. W. hat bis 1925 innerhalb des RAM maßgeblich die Wohlfahrtsgesetzgebung mitgestaltet, beteiligt war er am KleinrentFG 1923, an der RFV 1924 sowie an den RGr 1924. Als Leiter der Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen gestaltete er die RMietGNov 1928, er galt später im RAM jedoch als überfordert und wurde ab 1931 schrittweise durch Karl Durst abgelöst. 1930 war er Mitbegründer der Deutschen Siedlungsbank. Nebenamtlich fungierte er als Mitglied des Bundesamtes für das Heimatwesen.

Veröffentlichungen

Wirtschaftliche Kriegsfürsorge, 1918; Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 (mit Weigert), 1921 ff.; Die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung (mit Richter), 1922; Die Für-

sorgepflicht (mit Ruppert und Richter), 1924; Aufgaben deutscher Wohlfahrtspolitik, 1925; Die Finanzierung des Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln (mit Beisiegel), 1926; Miterausgeber des Handwörterbuchs der Wohlfahrtspflege (1924) sowie des Handwörterbuchs des Wohnungswesens (1930).

Quellen

Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815-1933, 2001; BAArch RK I 624; StA Schwäbisch-Gmünd; Stadtarchiv Stuttgart; Stadtarchiv Ludwigshafen; GVP RAM.

Wronsky, Siddy (Sidonie) geb. Neufeld
Funktionärin der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

* 20.7.1883 in Berlin; † 8.12.1947 in Jerusalem; jüd.; V Max Moses N. (1850-1931), Kaufmann; M Thekla geb. Kleinmann; ∞ Eugen W. (-1932).

1903 Lehrerinnenexamen, danach zweijähriges Aufbaustudium der Heil- und Sonderpädagogik; Tätigkeit als Lehrerin für geistig behinderte Kinder; 1906 (bis 1908 inoffizielle) Leiterin des Archivs für Wohlfahrtseinrichtungen der Zentrale für private Fürsorge Berlin, 1915 Vorstandsmitglied und 1922-33 Geschäftsführerin der Zentrale; 1923 Geschäftsführerin der auf Initiative des RAM reorganisierten, nunmehr reichsweit unter dem Namen „Archiv für Wohlfahrtspflege“ auftretenden Organisation (heute: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen); 1933 Emigration nach Palästina, dort Tätigkeit in der Sozialabteilung der Vaad Leumi, der politisch-administrativen Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinde in Palästina.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Jüdischen Volkspartei; 1919-22 Lehrerin an der Jugendpflegeschule der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, 1923-27 Dozentin an der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg, 1925-33 Vorstandsmitglied und Dozentin an der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. war in der Weimarer Republik Impulsgeberin für eine professionelle, auf Methodenentwicklung und Ausbildung basierende Soziale Arbeit. Ausgang und Schwerpunkt ihrer sozialpolitischen Aktivitäten war die Tätigkeit in der jüdischen Wohlfahrtspflege, ihre weiteren Ämter / Funktionen sind in der Regel davon abgeleitet: 1916-19 Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes in Berlin; 1921 Mitglied des Verwaltungsrats, 1928 des geschäftsführenden Vorstands der ZWSt; 1926 in der Jüdischen Kinderhilfe Berlin aktiv; 1920-23 Vorsitz der deutschen Landesvertretung des Weltverbandes zionistischer Frauen; 1925 Abgeordnete im Preuß. Landesverband jüdischer Gemeinden (dort ab 1927 Vorsitz im Sozial- und Wirtschaftsausschuss); 1926 Mitglied des Hauptausschusses des Wohlfahrtsamtes der jüdischen Gemeinde Berlin; Präsidiumsmitglied in der Jüdischen Arbeits- und Wandererfürsorge. 1914 Mitglied des Komitees Soziale Krankenhausfürsorge Berlin; 1914-19 Vorstandsmitglied des Nationalen Frauendienstes in Berlin; 1919 ehrenamtliche Geschäftsführerin der Berliner Frauen-Wohlfahrtsstellen; Mitglied der Wohlfahrtsdeputation der Stadt Berlin; 1920 Mitglied des Hauptausschusses des DV; ab 1919 Beiratsmitglied des AWO-Hauptausschusses; 1921 Mitglied der Sachverständigenkommission zur Bearbeitung des Reichswohlfahrtsgesetzes (RJWG 1922); 1924 Gründungsmitglied der Zentralarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Berlin; 1926 Gründungsmitglied der Deutschen Vereinigung für den Fürsorgedienst im Krankenhaus; 1928 Delegierte auf der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris und 1932 auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M., 1936 Vertreterin von Vaad Leumi an der 3. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in London, nach der Emigration Engagement in der Ausbildung der Sozialen Arbeit in Palästina, Gründerin des Berufsverbandes der Sozialarbeiterinnen Palästinas.

Veröffentlichungen

Handbuch der Kriegsfürsorge im Deutschen Reich (mit Friedeberg), 1917; Die Vereinheitlichung der Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich, 1922; Quellenbuch zur Geschichte der

Wohlfahrtspflege zum Gebrauch an Berufsschulen, Seminaren und Universitäten, 1925; Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche, 1925; Soziale Therapie (mit Salomon), 1926; Methoden der Fürsorge, 1930; Sozialtherapie und Psychotherapie in den Methoden der Fürsorge (mit Kronfeld), 1932; Social work and the Jewish community idea in Palestine, 1936; 1926-32 Mitgründerin und Herausgeberin der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ (mit Ruppert, Memelsdorff und Karstedt); Herausgeberin der ersten hebräischen Fachzeitschrift für Sozialarbeit; zu einem bibliographischen Überblick vgl. Konrad 1987.

Quellen

Hering; Eggemann/Hering (Hrsg.), Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit, 1999; Maier 1998; Von der Armenpflege zum Sozialstaat. 100 Jahre Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen im Dienste der praktischen Wohlfahrtsarbeit, 1993; Konrad, Paradigmen sozialpädagogischer Reform in Deutschland und Palästina. Zur Erinnerung an Siddy Wronsky (1883-1947), in: Soziale Arbeit 1987, S. 459-470.

Bild

Hering, S. 446.

Wunderlich, Frieda Prof. Dr. phil., Dr. rer. pol. h.c.
Nationalökonomin

* 8.11.1884 in Charlottenburg; † 29.12.1965 in East Orange/New Jersey (USA); jüd.; V David W., Kaufmann; M Rosa geb. Askanazy; ledig.

Besuch einer privaten Höheren Töchterchule; ab 1901 Ausbildung und Beschäftigung im Großhandelsgeschäft (Spitzen) ihres Vaters; nach privater Vorbereitung 1910 Abitur am Königstädtischen Realgymnasium in Berlin, 1910-14 Studium der Nationalökonomie und Philosophie in Berlin und Freiburg/Br.; 1914-18 Leiterin einer Kommission des Nationalen Frauendienstes; 1918-19 Referentin bei der Kriegsamtstelle in den Marken (Brandenburg); 1919 Fortsetzung des Studiums und Promotion in Freiburg/Br.; 1920-21 Referentin im Deutschen Zentralausschuss für die Auslandshilfe, danach Lehrtätigkeit an diversen beruflichen und sozialen Bil-

dungseinrichtungen, u. a. an der Verwaltungsakademie der Universität Berlin; 1923-33 Mitherausgeberin der „Sozialen Praxis“; 1930-33 Professorin für Soziologie und Sozialpolitik am Staatlichen Berufspädagogischen Institut in Berlin (Ausbildung von Gewerbelehrern); 1933 nach dem BBG in den Ruhestand versetzt, darauf Emigration in die USA; 1933-54 Professorin an der New School for Social Research (zugl. „University in Exile“) in New York, Aufbau der Graduierten Fakultät, 1938/39 deren (erste) Dekanin.

liberale Politikerin

DDP/DStP

1927 im Parteiausschuss der DDP

LT Pr. LT 1930-32 (DDP/DStP);

K 1925-33 Stadtverordnete Berlin (DDP, ab 1930 DStP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Ab 1923 Generalsekretärin des deutschen Zweiges der International Association for Social Progress; Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen der Juden in Deutschland; bis 1933 Mitglied in der Vereinigung der Nationalökonominen; nach 1933 Mitglied der American Association of University Women (AAUW); Mitglied der American Economic Association, der American Academy of Political and Social Science, der American Association for Labor Legislation, der American Association for Social Security; der New York Consumers League; beratendes Mitglied des Council for Economic Security.

Auszeichnungen

1954 Dr. rer. pol. h.c. in Köln; seit 1966 Frieda Wunderlich-Preis der New School for Social Research.

Sozialpolitische Aktivitäten

W. hat sich zwischen Wissenschaft, Sozialpolitik, Ministerialbürokratie, Parteipolitik und Frauenbewegung souverän bewegt und diese miteinander verbunden und vernetzt. In der Gesellschaft für Soziale Reform gehörte sie zu den Vordenkern und beeinflusste in dieser Rolle die sozialreformerischen und sozialpolitischen Debatten der Weimarer Republik. 1931-33 war

sie Generalsekretärin dieser Gesellschaft. Ihre Arbeitsschwerpunkte lagen in der theoretischen Nationalökonomie, Sozialversicherung, Arbeitswissenschaft und Frauenarbeit.

In leitender Tätigkeit sammelte W. während des 1. Weltkriegs und der Demobilisierungszeit Erfahrung in der Organisation der Fürsorge für Frauen, Kinder und Arbeitslose und lehrte zugleich in sozialen Ausbildungsstätten. In der Weimarer Republik setzte sie ihre Lehrtätigkeit fort, u. a. an der Berliner Handelshochschule, der Deutschen Gesundheitsfürsorgeschule Berlin-Charlottenburg und an der Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit. 1919-33 war sie Vorsitzende des Verbandes der Sozialbeamtinnen Deutschlands; 1932 Mitglied der Kommission für Frauenarbeit bei der ILO in Genf; 1928 Delegierte auf der Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris, 1932 auf der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Beendigung des Krieges, 1925; Produktivität, 1926; Fabrikpflege. Ein Beitrag zur Betriebspolitik, 1926; Die Arbeitsfürsorge für hilfsbedürftige Personen, 1927; Der Kampf um die Sozialversicherung, 1930; Versicherung, Fürsorge und Krisenrisiko, 1932; Sozialpolitik in der Krise, 1933; Labor under German Democracy, 1940; German Labor Courts (mit Frankel), 1946; Farm Labor in Germany, 1810-1945, 1961; zahlreiche Aufsätze insbes. in der Sozialen Praxis; zu einem bibliographischen Überblick vgl. Wobbe 1998.

Quellen

Verein aktives Museum; Wobbe, Frieda Wunderlich (1884-1965). Weimarer Sozialreform und die New Yorker Universität, in: Honegger/Wobbe (Hrsg.), Frauen in der Soziologie, 1998, S. 203-225; Bio. Emig.; Who's who in the East, Vol. 6., 1957; Runes (Hrsg.), Who is who in philosophy, 1942; LBI, Frieda Wunderlich Collection; Archiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg/Br., UAF B 29 / 786.

Bild

Wobbe 1998, S. 205.

Zadek, Ignaz sen. Dr. med.
Arzt, Sozial- und Kommunalpolitiker

* 14.2.1858 in Posen; † 17.7.1931 in Berlin; jüd., später diss.; V Zadek Z. (1821-71), Posamentier; M Doris geb. Kronthal (1820-1916); ∞ 1. Hedwig geb. Korbasiewicz (1862-1949); 2. 1892 July geb. Nathan (1866-1952); K 2 S, 3 T.

Gymnasium in Posen und Berlin; 1876-80 Studium der Medizin in Berlin, 1880 Promotion in Berlin; 1881 Militärdienst; 1882 Approbation, dann Schiffsarzt beim Norddeutschen Lloyd; 1883 Assistenzarzt am jüdischen Krankenhaus, anschließend praktizierender Arzt und Kommunalpolitiker in Berlin; 1919 weitgehender Rückzug aus dem aktiven politischen Leben aus gesundheitlichen Gründen.

sozialdemokratischer Politiker
K 1891-97 und 1905-11 Stadtverordneter Berlin (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1877-78 Mohrenclub Berlin (sozialdemokratischer Studentenverein); unter dem Sozialistengesetz (1878-1890) Förderung der Berliner Parteiorganisation der SPD, 1913 Mitbegründer des Vereins sozialdemokratischer Ärzte in Berlin und dessen 1. Vorsitzender; Schwager von Eduard Bernstein; 1919 USPD, dann erneut SPD (gesundheitspolitischer Sprecher, Fraktionsvorsitzender in der Berliner Ärztekammer).

Auszeichnungen

Ehrengrabstätte auf dem Friedhof Berlin-Wilmersdorf.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. war ein führender Gesundheitspolitiker der Arbeiterbewegung und einer der ersten Gesundheitspolitiker der SPD. Mit Mitgliedern des Reformflügels um Eduard Bernstein verbanden ihn verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen. Er war als Arzt für Arbeiterfamilien tätig, die sozialistische Theorie konkretisierte er mit sozialhygienischen Forderungen. So beriet er seit 1892 die von ihm mitgegründete Arbeiter-Sanitätskommission (später: Arbeiter-Samariter-Bund), die wegweisend für

die spätere Wohnungs- und Gewerbeinspektion wurde, und arbeitete für diese den Untersuchungsplan zu einer Enquête über Berliner Wohnungsverhältnisse aus (1893). Z. forderte 1893 (vergeblich) die Einrichtung eines städtischen Gesundheitsamtes, hielt 1895 auf dem VIII. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie in Budapest das grundlegende Referat über „die Arbeiterversicherung“ (erste Kritik der Sozialversicherung aus sozialhygienischer Sicht) und unterhielt eine rege Vortragstätigkeit vor Berliner Arbeitern über Frauenkrankheiten, Alkoholismus sowie Tuberkulose. Mit dem Krankenkassengeschäftsführer Albert Kohn und dem Arzt Alfred Blaschko war er für die Krankengeldzahlung auch für Geschlechtskranke in der gesetzlichen Krankenversicherung, die erst 1903 erfolgte. Seine Aufmerksamkeit galt zudem der Gewerbehygiene. Im Rahmen der Entstehung des Arbeiter-Samariter-Bunds leitete Z. Schulungskurse für Arbeitersamariter und setzte sich als Vorsitzender des Vereins Sozialistischer Ärzte für die Errichtung von Ehe-, Sexual-, Berufs- und Arbeitersportlerberatungsstellen, für vollamtliche Sozialärzte sowie für Fürsorge für Säuglinge, Psychopathen, Geschlechtskranke und Alkoholiker ein. Als Stadtverordneter war Z. zugleich Deputierter für die städtischen Hospitäler und Siechenanstalten, Hauskurator für die Städtische Irrenanstalt „Herzberge“ zu Berlin-Lichtenberg sowie Deputierter der Berliner Wasserwerke. Auf ihn gehen viele Initiativen für den Ausbau des kommunalen Gesundheitswesens in Berlins zurück. 1921 Mitglied des Landesgesundheitsrates Preußen; Mitglied im Verein Berliner Kassenärzte.

Veröffentlichungen

Die Arbeiterversicherung. Eine social-hygienische Kritik, 1895 (urspr. Fassung: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, III Abt., Bd. 1, r. 76); Frauenleiden und deren Verhütung, 1907; Die Proletarierkrankheit, 1909; Der Achtstundentag. Eine gesundheitliche Forderung, 1911; Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf, 1912; Ein sozialdemokratischer Ärzteverein, in: Sozialistische Monatshefte, X. Jg. (1914), S. 158-171; 1903-19 Herausgeber der Reihe „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“.

Quellen

Tennstedt Soziale Selbstverwaltung; Tennstedt, Arbeiterbewegung und Familiengeschichte bei Eduard Bernstein und Ignaz Zadek, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1982, S. 451-481.

Bild

Tennstedt 1977, S. 173.

Zengerling, Franz Heinrich Otto
Verbandsfunktionär

* 1.7.1892 in Ostrowo (Provinz Posen); † 30.6.1956 in Oberelspe/Krs. Lennestadt; kath.; V Johannes Theodor Z. (1857-1924), Studienrat; M Lilli geb. Bode (1866-); ∞ 1921 Bernhardine Paula Maria geb. Leggemann (1892-1967); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Hadamar und Fulda; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Münster, Berlin und Marburg; 1914-18 Kriegsteilnehmer; 1918-21 Gerichtsreferendar in Hanau, Fulda und Kassel; 1921 Gerichtsassessor in Münster und Arnberg; 1922 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Kreisverwaltung Moers, 1923 als Stellvertreter des Landrats von der französischen Besatzungsbehörde ausgewiesen; 1923-24 Referent bei der Regierung in Münster; 1925-30 Stadtrat in Hamm (Leiter des städtischen Wohlfahrtswesens einschließlich der Arbeitslosenfürsorge); 1930-33 Beigeordneter beim Verband der preuß. Provinzen in Berlin (Leiter des Dezernats für das gesamte provinzielle Sozialwesen); 1933 stellv. Leiter der Sozialabteilung des Deutschen Gemeindetags (Hauptreferent für Gesundheitswesen, Jugendwohlfahrt und Sport, wirtschaftliche Fürsorge sowie für Sozialversicherung); 1939 als Reserveoffizier zur Wehrmacht eingezogen und bis 1945 im Kriegsdienst; 1945 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 1949 Verurteilung durch ein sowjetisches Militärgericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit; 1956 Rückkehr als Schwerkranker mit einem der letzten Kriegsgefangenen-Transporte.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Arbeitsausschusses für Friedhof und Denkmal bei der Reichskammer der bildenden Künste in der Reichskulturkammer.

Auszeichnungen

1915 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1918 Eisernes Kreuz 1. Klasse; Verwundetenabzeichen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. war ein herausragender Kenner der gesamten Materie des kommunalen Wohlfahrts- und Gesundheitswesens. Im Nationalsozialismus ist er als fachliche Säule der kommunalen Sozialpolitik des Deutschen Gemeindetages anzusehen, insbesondere galt er als Fachmann „ersten Ranges“ auf dem Gebiet der geschlossenen Anstaltsfürsorge. Z. koordinierte die sogenannte erbbiologische Bestandsaufnahme in den öffentlichen Heil- und Pflegeanstalten, nach 1939 blieb er freiwillig im Heeresdienst, um nicht in die NS-„Euthanasie“ verstrickt zu werden. Er war 1933-34 Führer des Reichsbundes der Friedensblinden; Vorsitzender des Verbandes der deutschen Blindenanstalten und Fürsorgevereinigungen für Blinde; Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge. 1932 nahm er als Delegierter an der 2. Internationalen Konferenz für Soziale Arbeit in Frankfurt/M. teil.

Veröffentlichungen

Zahlreiche Artikel zum Gesamtgebiet des kommunalen Wohlfahrtswesens in Fachzeitschriften wie der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“, dem „Zentralblatt für Jugendwohlfahrt und Jugendrecht“, der „Zeitschrift für das Heimatwesen“ sowie „Der Gemeindegtag“.

Quellen

Maier; DFL; Wer ist's?; BArch R 3001 / 81266; Stadtarchiv Münster; Stadtarchiv Fulda.

Ziegler, Paul
Gewerkschafter

* 15.9.1871 in Barmen/Wuppertal; † 25.9.1945 in Erfurt; ev.; V Conrad Z. (1836-),

Werkmeister; M Henriette geb. Schmidt (1833-); ∞ 1900 Frieda geb. Seehaus (1876-1959); K 2 T.

Besuch der Volksschule in Barmen; Schlosserlehre und Tätigkeit in verschiedenen Maschinenfabriken, daneben gewerkschaftlich führend tätig; 1892/93 Militärdienst in Düsseldorf; 1904 Lokalbeamter, 1905 Bezirksleiter des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Hirsch-Duncker (ab 1918: Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter H.-D.) in Düsseldorf bzw. Köln, ab 1907-29 Bezirksleiter (Gewerkvereinssekretär) des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter bzw. der deutschen Metallarbeiter in Siegen; 1928 Oberregierungsrat, Leiter des Arbeitsamtes Erfurt; 1933 Entlassung aufgrund des BBG; bis 1940 Referent für Baustoffbewirtschaftung beim Landesarbeitsamt Mitteldeutschland in Erfurt.

DDP

RT Mitglied der deutschen Nationalversammlung WK 18 Arnberg (DDP); 1920-24 WK 20 Westfalen-Süd (DDP); 1924-30 WK 18 Westfalen-Süd (DDP).
K 1910-29 Stadtverordneter in Siegen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Im 1. Weltkrieg Mitglied der Siegener Lebensmittelverwaltungsdeputation; 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Siegen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. war einer der wenigen liberalen Gewerkschafter (Hirsch-Duncker), die in den Einrichtungen der gesetzlichen Arbeitsversicherung eine Karriere begründeten und in der Weimarer Republik wirkten. Im Reichstag war er 1921-23 aktiv als Vorsitzender des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen und bis 1930 als Mitglied im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, in dem er auch als Berichterstatter auftrat (UnfVersGNov 1925). Z. war ferner Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Siegen und des Verbandes Westfälischer Krankenkassen; Vorstandsmitglied im Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands.

Veröffentlichungen

Kriegslöhne und Kriegsgewinne in der Siegerländer Metallindustrie, 1918; Die Forderung der Deutschen Demokratischen Partei. Tatkräftige Sozialpolitik. Rede im Reichstage am 26. Juni 1924, 1924.

Quellen

Schiemer, Paul Ziegler – Ein vergessener Demokrat der Weimarer Republik, in: Siegerland 1995, S. 96-104; Fleck, Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung: die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine 1868-1914, 1994; Schumacher M.d.R.; HbRT 1920, 1928; Wer ist's?; Stadtarchiv Siegen; Stadtarchiv Erfurt; Stadtarchiv Wuppertal.

Bild

HbRT 1920.

Zimmermann, Hans (Johann)

Krankenkassenfunktionär

* 18.10.1906 in Nürnberg; † 17.2.1984 in Glashütten (Oberfranken); ev.-luth., später gottgläubig; V Georg Z. (1870-1926), Gastwirt; M Margarete geb. Schneiderscheumann (1877-1962); ∞ 1. 1933 Anny geb. Hoffmann (1906-76), 2. 1977 Lucie geb. Ziegler (1925-2011); K 3.

Realschule in Nürnberg; 1923-25 berufliches Praktikum bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN); 1925-28 Ingenieurstudium an der Höheren Technischen Staatslehranstalt in Nürnberg; 1928-31 Tätigkeit als Heizungs-Ingenieur in Nürnberg; 1932-33 erwerbslos, Propagandatätigkeit für die NSDAP; 1933-45 Verwaltungsdirektor der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Nürnberg; 1939-45 Leiter des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenversicherung; 1942-43 Kriegsteilnehmer; 1945 Flucht und Verhaftung, 1945-49 Internierung in Nürnberg-Langwasser, Hammelburg, Ludwigsburg und Regensburg; 1949 im Zusammenhang der Geschehnisse während der Pogromnacht 1938 Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis (Landfriedensbruch); lebte nach der Haftentlassung bis 1977 in Nürnberg, danach in Glashütten.

nationalsozialistischer Politiker

NSDAP

RT 1940-45 WK 26 Franken (NSDAP)

K 1933-35 Stadtrat Nürnberg (NSDAP),
1935-45 Ratsherr der Stadt Nürnberg
(NSDAP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1930 NSDAP (1931-33 Sektionsleiter,
1933-34 Ortsgruppenleiter in Nürnberg St.
Johannis, 1934-45 Kreisleiter Nürnberg-Stadt,
1940-42 kommissarische Übernahme der Geschäfte des
Gauleiters des Gaues Franken, 1941 Hauptbereichsleiter);
1930 SA (bis 1944 Aufstieg zum SA-Oberführer);
1933 NS-Bund Deutscher Technik(er);
1934-45 RDB, NSV; 1937-45 DAF, NS-Reichsbund für
Leibesübungen (1944 Gausportführer); Reichskolonial-
bund, RLB, VDA.

Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in Kategorie II („Belastet“) eingestuft und zu vier Jahren Arbeitslager unter Anrechnung der Internierungszeit verurteilt.

Auszeichnungen

1939 Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP,
Dienstauszeichnung in Bronze; 1941 Dienstauszeichnung in Silber; 1943 Eisernes Kreuz 2. Klasse; 1943 Sturmabzeichen 3. Klasse; 1944 Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse mit Schwertern.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. wurde 1933 nach stützender und propagierender Parteitätigkeit (NSDAP) Leiter der AOK Nürnberg, deren personelle „Säuberung“ er 1933 durchführte. 1939 wurde er vom RAM mit der Leitung des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen betraut. In dieser Funktion trat er bis 1945 – anders als seine Amtsvorgänger – kaum hervor, unterstützte aber auch nicht die Einmischungsversuche der DAF. Daneben war er 1938-40 Aufsichtsratsmitglied der Witwen- und Waisenkasse Bayern; 1940 Beiratsmitglied des Reichstuberkuloseausschusses; Mitglied im Verein zur Unterstützung Geisteskranker, im Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose und im Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Nürnberg.

Veröffentlichungen

Ab 1938 einige Beiträge zu Fach- und Organisationsfragen in der Zeitschrift „Die Ortskrankenkasse“.

Quellen

Lilla Statisten; Staatsarchiv Nürnberg, Bestand Staatsanwaltschaft b. d. LG Nürnberg-Fürth II Nr. 2334/I, III; Stadtarchiv Nürnberg, C59 RH Nr. 99; Verwaltungsgemeinschaft Mistelgau.

Bild

Staatsarchiv Nürnberg.

Zimmermann, Waldemar Friedrich Karl Ferdinand Prof. Dr. phil.

Nationalökonom

* 3.8.1876 in Plötzensee/Krs. Niederbarnim; † 16.6.1963 in Hamburg; ev.; V Waldemar Z. (1847-1917), Ingenieur u. Fabrikdirektor; M Emilie geb. Wegehaupt; ∞ 1905 Klara Maria geb. Helfferich (1878-1952); K 2 S, 1 T.

1885-94 Realgymnasium in Berlin; 1894-96 Volontär in der väterlichen Maschinenfabrik; 1896 Monteur in Breslau; 1896-97 Maschinenbaustudium an der Technischen Hochschule in Charlottenburg; 1897 Latinum u. Graecum in Breslau; 1897-1902 Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Berlin; 1898-99 sozialpolitische Studien in der preuß. Eisenbahnverwaltung, 1899 Lokomotivführerprüfung in Köln; 1899-1902 wissenschaftlicher Assistent auf dem Gebiet der deutschen See- und Kolonialinteressen sowie der allgemeinen Volkswirtschaftslehre an der Universität Berlin sowie im Reichs-Marineamt, zugleich sozialpolitischer Korrespondent des Staatsministers Freiherrn von Berlepsch; 1902 Promotion in Berlin; 1902-03 einjährig-freiwilliger Militärdienst, 1902-13 Schriftleiter der „Sozialen Praxis“ bei der Gesellschaft für Soziale Reform; 1906 Studienreise nach England und Schottland; 1907 Habilitation in Berlin, Privatdozent für Staatswissenschaften in Berlin; 1913 Professorentitel; 1920 ao. Prof. für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik, 1925-41 o. Prof. in Hamburg und Direktor des dor-

tigen Sozialökonomischen Seminars; 1941 Ruhestand, Fortsetzung seiner Lehrtätigkeit über 1945 hinaus.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1937/38 NSDAP

1933 NSV, NSRB; um 1936 Reichskolonialbund; 1938 NS-Altherrenbund; 1939 NS-Lehrerbund, 1940 NS-Dozentenbund; Im Entnazifizierungsverfahren 1949 in Kategorie V („Entlastet“) eingestuft.

1907-08 gewerberechtl. Beirat des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer; 1926-30 ordentliches Mitglied des Enquête-Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft.

Auszeichnungen

1906 Preuß. Kronenorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. wirkte in der Weimarer Republik und der NS-Zeit in der Forschung und Lehre der Sozialpolitik, er war Verfasser zahlreicher empirischer und theoretischer Studien über Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Jugendwohlfahrt sowie Wohn- und Siedlungswesen. 1913-19 war er (neben Prof. Ernst Francke) Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform, danach Ausschussmitglied der Gesellschaft. Nach deren Auflösung im Jahr 1936 blieb er Mitglied des Büros für Sozialpolitik und engagierte sich im Beirat bis 1943 weiterhin in der „Sozialen Praxis“ (mit Friedrich Sitzler). Z. war Vorstandsmitglied des Evangelisch-Sozialen Kongresses, dem er auch während der NS-Zeit verbunden blieb. Weitere Stationen seiner sozialpolitischen Karriere waren: 1911-36 Mitglied des Vereins für Sozialpolitik; 1914-18 Volkswirtschaftlicher Beirat des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen sowie Beiratsmitglied des Kriegsernährungsamtes, des Kriegswucheramtes und der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin; 1918-20 Mitglied der wissenschaftlichen Kommission im preuß. Kriegsministerium (Arbeiterfragen, Kriegswirtschaft); nach 1933 Ständiger Beirat des Reichstreuhanders der Arbeit für die Nordmark.

Veröffentlichungen

Die sozialen Verhältnisse der Angestellten im preußischen Staatsbahnbetriebe, Diss. 1902; Gewerbliches Einigungswesen in England und Schottland, 1906; Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrags, 1913; Ausbau und Vervollkommnung des gewerblichen Einigungswesens, 1914; Krieg und Sozialpolitik (Soziale Kriegsrüstung), 1915; Die Bedeutung der Frage (die gesunkene Kaufkraft des Lohnes) für die deutsche Volkswirtschaft und Sozialpolitik, 1919; Die Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege, 1925; Einigungswesen, Zwangsschlichtung, staatliche Lohnregulierung, 1929; Beiträge zur städtischen Wohn- und Siedelwirtschaft (Hrsg., mit Kruschwitz u. Bunzel), 1930; 1913-19 Hrsg. der „Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform“; 1913-19 Hrsg. der Sozialen Praxis (mit Ernst Francke); 1924 Mitherausgeber der Zeitschrift „Evangelisch-Sozial“.

Quellen

Roth, Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“, 1993; Die wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer an den reichsdeutschen Hochschulen und an der TH Danzig, 1938; Wer ist's?; Reichshandbuch; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften der Mitglieder, 1929; Wenzel; Staatsarchiv Hamburg (221-11, Ed 7907; 731-8, A 776; 113-5, BV 92a UA32); Stadtarchiv Kirchheim unter Teck.

Bild

Reichshandbuch.

Zschimmer, Carl Gerhard Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 20.3.1876 in Niederlößnitz/Radebeul;
† 13.11.1948 in Berlin-Zehlendorf; ev.; V Carl Armand Z., Rentier; M Elisabeth Marianne geb. Pietzsch; ∞ 1901 Wilhelmine Alice geb. Hagemann (1878-1961); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Dresden; Studium der Rechtswissenschaften und der Nationalökonomie in Tübingen, Berlin und Leipzig; 1900 Promotion in Leipzig; bis 1912 sächs. Verwaltungsdienst: 1903 Gerichts-assessor, im selben Jahr Bezirksassessor, 1905 Polizeiassessor, 1908 Polizeirat, im selben Jahr Regierungsassessor; 1912 als Regierungsrat ständiges Mitglied des

Reichsversicherungsamtes, 1920 Oberregierungsrat; 1924 Übertritt ins RAM, 1925 Ministerialrat (Referent für Invalidenversicherung, 1929 Sonderreferent für Südamerika, insb. Chile); 1929 kurzzeitig Berater der chilenischen Regierung bei der Einrichtung und Durchführung der dortigen Sozialversicherung; ab 1932 Leiter Unterabteilung „Sozialversicherung“ (nach 1933: „Reichsversicherung“), 1936 Ministerialdirigent; 1942 mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Leitung der Hauptabteilung „Reichsversicherung, Wohlfahrtspflege, Versorgungsrecht“ beauftragt; nach Unstimmigkeiten über seine Beförderung zum Ministerialdirektor im Februar 1944 beurlaubt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1933 RLB; 1934 RDB, NSRB; 1935 NSV. Im Entnazifizierungsverfahren 1946 als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft.

Auszeichnungen

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, 1943 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. war einer der langjährigen Rentenversicherungsexperten des RAM. Er wirkte an den Gesetzen während der Stabilisierungsphase nach der Inflation und nach der Machtergreifung mit: InvVersAusbG 1925; KrankVersGNov 1926 I u. II; AVGNov 1926; AVAVG 1927; InvVersBeitrG 1928; AVGNov 1929; ErhaltG 1933; AufbauG 1934; AusbauG 1937. Nach 1939 war er beteiligt an Verordnungen über die Sozialversicherung in den besetzten Gebieten, zum Kriegshilfsdienst und zur Eingliederung von Umsiedlern in die Reichsversicherung. Z. widersetzte sich (mit Sauerborn und Eckert) den auf die Sozialversicherung zielenden Vereinnahmungsbestrebungen der DAF und der Reichsgesundheitsführung sowie dem Zugriff des Reichsfinanzministeriums auf Mitgliederbeiträge in der Sozialversicherung.

Veröffentlichungen

Reichsversicherungsordnung nach dem Stande vom 20. April 1925 mit allen Ausführungsvorschriften (mit Eckert und Sauerborn), 1926;

Handkommentar zur Reichsversicherungsordnung (mit Krohn u. a.), 1931; 1927-39 Mitbegründer und Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Die Reichsversicherung“.

Quellen

Die Reichsversicherung 1936, S. 57; BArch R 2 / 18428; Landesarchiv Berlin (C Rep. 031-02-19 Nr. 160; P Rep. 721 Nr. 1919; B Rep. 021); EMK; AdP; Stadtarchiv Dresden; Archivverbund Bautzen; GVP RAM.

Bild

BArch, Bild 116-421-31.

Zschucke, Martin Friedrich Ernst Dr. iur. Ministerialbeamter

* 15.10.1885 in Dresden; † 1.8.1947 in Berlin-Tempelhof; ev.; V Karl Friedrich Z. (1843-1928), Divisionsprediger; M Elisabeth geb. Frenkel; ∞ 1929 Frieda geb. Meinhardt (1890-1948).

Gymnasium in Dresden-Neustadt; 1904 Studium der Rechtswissenschaften in Lausanne, Berlin und Leipzig; 1907 Gerichtsreferendar; 1909 Promotion in Leipzig; 1911 Gerichtsassessor in Aue und Assessor bei der Amtshauptmannschaft Plauen im Vogtland; 1912 Assessor bei der Gewerbekammer Plauen; 1913 Regierungsassessor, 1918 Regierungsamtmann bei der Amtshauptmannschaft Plauen; 1919-27 Referent im sächs. Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, 1920 Regierungsrat, 1923 Oberregierungsrat, 1927 Ministerialrat; 1927 Direktor in der RfAVAV, Leiter der Abteilung Arbeitslosenversicherung (auch zuständig für ergänzende Arbeitslosenfürsorge); 1939 nach Eingliederung der Reichsanstalt Ministerialrat im RAM (Leiter der Abteilung „Arbeitslosenhilfe, Sicherstellung des Baustoffbedarfs für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutende Aufgaben“, 1943 Dirigent der Abteilung „Arbeitseinsatzunterstützungen“); nach 1945 Bibliotheksarbeiter.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1940 NSDAP; 1941 NSDAP-Blockleiter; 1940 NSV-Blockwalter; 1934 RDB.

Sozialpolitische Aktivitäten

Z. war während seiner Laufbahn mehr an der Gesetzesdurchführung als an der Gesetzesgestaltung beteiligt, sein ursprüngliches Fachgebiet Arbeitslosenfürsorge/Arbeitslosenunterstützung verlor infolge der Vollbeschäftigung an Bedeutung, auch die Arbeitslosenversicherung als solche wurde 1939 nicht mehr weitergeführt. Beteiligt war er an: Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes v. 23.7. 1931; NotVO 1930; NotVO I 1931; Gesetz über Arbeitslosenunterstützung nach Wehr- und Arbeitsdienst 1937.

Veröffentlichungen

Die Erwerbslosenfürsorge, 1924; Das Reichsarbeitsministerium, 1940; Die Arbeitseinsatzunterstützungen, 1942; Mitherausgeber der „Monatsschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung“.

Quellen

AdP; Landesarchiv Berlin, P Rep. 150 Nr. 151; EMK; Stadtarchiv Dresden; GVP RAM.

Glossar

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)

1919 gegründete Dachorganisation der zu den Freien Gewerkschaften gehörenden 31/40 Arbeiter-/Arbeitnehmerverbände, die der sozialistischen Arbeiterbewegung zuzurechnen sind, 1933 verboten.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afabund)

Parallelorganisation der Angestellten zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mit 14 Berufsverbänden (u. a. Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeisterverband), 1933 verboten.

Allgemeiner Verband deutscher Landkrankenkassen/Reichsverband

1912 gegründeter, ausschließlich von Arbeitgebern beeinflusster Krankenkassenverband für die durch die RVO seit 1914 eingeführten Landkrankenkassen, seit 1930 Reichsverband der deutschen Landkrankenkassen, 1933 der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstellt.

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium (Sachsen)

1919/1924 gegründetes Staatsministerium des Freistaates Sachsen, hervorgegangen aus dem 1919 gegründeten Arbeitsministerium sowie den Fürsorge- und Wohlfahrtsangelegenheiten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, 1935 wurde es mit dem Wirtschaftsministerium zum Ministerium für Wirtschaft und Arbeit vereinigt.

Büro für Sozialpolitik

→ siehe Gesellschaft für soziale Reform

Bundesamt für das Heimatwesen

1870 gegründetes Verwaltungsgericht des Bundes (ab 1871: des Reiches) zur Entscheidung über Streitigkeiten über die öffentliche Unterstützung Hilfsbedürftiger zwischen Fürsorgeverbänden verschiedener deutscher Länder. 1939 wurde es aufgehoben, die Fürsorgestreitsachen wurden danach vom Reichsministerium des Innern entschieden.

Central-Ausschuss für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche

1848 gegründete Spitzenorganisation der Inneren Mission, die die Arbeit der 37 Landes- und Provinzialvereine (oder -verbände, -ausschüsse) sowie 147 Fachverbände für die Innere Mission koordinierte. In der Weimarer Republik Umorganisation zum Spitzenverband, bestand nach 1933 weiter, heutige Nachfolgeorganisation: Diakonisches Werk.

Deutsche Arbeitsfront

1933 gegründete Gliederung der NSDAP, „Ersatz“ für die am 2.5.1933 zerschlagenen Freien Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisationen, Zwangsorganisation mehrmals auf Kosten gewerkschaftlicher Elemente umgestaltet, seit 1935 der NSDAP „angeschlossener Verband“, der soziale, berufsbildende u. kulturelle Aufgaben hatte, entwickelte sozialpolitische Vorstellungen (Krankenversicherung, Altersversorgung, Wohnungsbau) zu ihren Gunsten, die sie in Konkurrenz zum Reichsarbeitsministerium und anderen Parteiorganisationen brachten.

Deutsche Liga der Freien Wohlfahrtspflege

1924 gegründeter e. V. der über das Gebiet des Deutschen Reiches sich erstreckenden „bürgerlichen“ Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände zur gemeinsamen Interessenvertretung mit Präsidium und Geschäftsstelle sowie (seit 1926) einer Monatszeitschrift „Freie Wohlfahrtspflege“. Gründungsmitglieder waren: Centralausschuss für die Innere Mission, Deutscher Caritasverband e. V., Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Fünfter (Paritätischer) Wohlfahrtsverbands, Zentralwohlfahrtsausschuss der christl. Arbeiterschaft, später trat das Deutsche Rote Kreuz bei, 1933 aufgelöst.

Deutscher Caritasverband

1897 als Caritasverband für das katholische Deutschland gegründeter Spitzenverband der katholischen Fürsorge, 1915 vom gesamten deutschen Episkopat als legitime Interessenvertretung anerkannt, seit 1921 Deutscher Caritasverband, untergliedert in Diözesan-Caritasverbände, bestand nach 1933 weiter.

Deutscher Gemeindetag

1933 (nach Auflösung bzw. Überführung der kommunalen Spitzenverbände) gegründete Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Interessenvertretung der Gemeinden und Gemeindeverbände und Abgabe gutachtlicher Stellungnahmen gegenüber Gesetzesvorlagen der Reichs- und Landesministerien; stand in einer gewissen Konkurrenz zum Hauptamt für Kommunalpolitik der NSDAP, 1945 aufgelöst.

Deutscher Gewerkschaftsbund. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1900 gegründeter gewerkschaftlicher Zentralverband christlicher Arbeitnehmer, seit 1919 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB, Dachorganisation) mit 18 Berufsverbänden, daneben bildete sich – ihm nahestehend – der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) mit 11 Berufsverbänden, u. a. dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband und dem Deutschen Werkmeisterbund, 1933 wurden die einzelnen Verbände des DGB gleichgeschaltet und in die DAF überführt.

Deutscher und Preußischer Landkreistag

1923 gegründeter kommunaler Spitzenverband, zuvor war 1916 der Preußische Landkreistag gegründet worden, insgesamt weniger einflussreich als der Deutsche Städtetag, 1933 in den Deutschen Gemeindetag überführt und damit aufgelöst.

Deutscher und Preußischer Städtetag

1904 gegründeter Verband der (Groß-)Städte zur Interessenvertretung gegenüber Wirtschaft, Reich und den Bundesstaaten bzw. Ländern, seit 1925 mit einem hauptamtlichen Präsidenten, damit Wendung in Organisation und Arbeit, Förderung kommunaler Aufbauarbeit, 1933 in den Deutschen Gemeindetag überführt.

Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit/für öffentliche und private Fürsorge

1880 gegründeter Verein, 1919 Organisationsreform und Namensänderung in DV für öffentliche und private Fürsorge, 1936 als Forschungsstelle in die NSV überführt, 1946 wieder begründet. Sein Satzungszweck war es u. a., „einen Mittelpunkt für alle in Deutschland auf dem Gebiet der öffentlichen und privaten Fürsorge hervortretenden Bestrebungen zu bilden“, Organe des Vereins waren die Mitgliederversammlung, der Hauptausschuss (150 Personen) und der Vorstand (20 Personen); ihm gehörten Regierungsbehörden, Fürsorgeverbände, Städte, Landkreise, Vereine u. Anstalten sowie Einzelpersonen an.

Deutsches Rotes Kreuz

1921 gegründeter Zusammenschluss aller deutschen Landes(männer) und Landesfrauenvereine vom Roten Kreuz, die z. T. eine bis 1869 (bzw. 1864: Genfer Konvention) zurückreichende Tradition hatten. Neben der völkerrechtlichen Bedeutung als neutrale Hilfsorganisation in Kriegszeiten stand in der Weimarer Republik die einer Wohlfahrtsorganisation „ohne Unterschied des Standes, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Gesinnung“, also ebenfalls Neutralität, als Spitzenverband der Wohlfahrtspflege anerkannt, 1933 gleichgeschaltet.

Fünfter (Paritätischer) Wohlfahrtsverband

1920 gegründet als „Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands“ (später als Fachverband für Gesundheitsfürsorge), 1925-1932 Fünfter Wohlfahrtsverband benannt, 1932-1933 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Ausweitung auch auf Erziehungs- und Wirtschaftsfürsorge, weltanschaulich und politisch neutral („rein humanitäre Grundlage“). Drei Vorsitzende, einer geschäftsführend, Spitzenverband für die Wohlfahrtseinrichtungen, die

ihrem Wesen nach keinem anderen Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege angehörten, 1933 in die NSV überführt.

Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz

1942 gegründete Sonderbehörde zur Rekrutierung von ausländischen Zivilarbeitern, die überwiegend unter Zwang für die deutsche Kriegswirtschaft eingesetzt wurden. Generalbevollmächtigter war der Hitler persönlich unterstellte thüringische Gauleiter Fritz Sauckel, für die Durchführung des Arbeitseinsatzes standen diesem die relevanten Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums zur Verfügung (vgl. unter „Die organisatorische Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums 1919-45“, Abb. 6).

Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands

1912 gegründeter „nationaler“ Krankenkassenverband Deutschlands, der von den liberalen und christlichen Gewerkschaften unterstützt wurde, 1933 mit dem Hauptverband deutscher Krankenkassen zum Reichsverband der Ortskrankenkassen vereinigt, der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstellt.

Gesellschaft für soziale Reform/Büro für Sozialpolitik

1901 gegründete Vereinigung, dem 1904 gegründeten Büro für Sozialpolitik oblag die Geschäftsführung der Gesellschaft („Generalsekretariat“) und die Herausgabe und Redaktion der Wochenzeitschrift „Soziale Praxis“, etwa 20 Ortsgruppen; angeschlossen an die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt, 1936 aufgelöst.

Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt

1919 gegründete sozialdemokratische Frauen- und Wohlfahrtsorganisation, deren Aufbau an die Strukturen der SPD angelehnt war, seit 1924 Geschäftsstelle mit hauptamtlicher Sekretärin, der Schwerpunkt der Arbeit lag in der offenen Wohlfahrtspflege und Förderung der kommunalen Sozialpolitik, 1933 verboten.

Hauptverband/Reichsverband deutscher Innungskrankenkassen

1911 gegründeter Krankenkassenverband, ausschließlich von Arbeitgebern beeinflusst, 1933 der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstellt.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen/deutscher Krankenkassen

1894 gegründeter Zentralverband von Ortskrankenkassen, seit 1903 sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Ausrichtung, seit 1915 hauptamtliches Verbandssekretariat, seit 1923 Aufnahme auch anderer gesetzlicher Krankenkassen u. Namensänderung: Hauptverband deutscher Krankenkassen, Träger von Eigeneinrichtungen (Ambulatorien), 1933 gleichgeschaltet mit Berufsverbänden u. Einsetzung eines Reichskommissars: Reichsverband deutscher Ortskrankenkassen, Auflösung der Eigeneinrichtungen, der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstellt.

Kassenärztliche/Kassenzahnärztliche Vereinigung Deutschlands

1931 durch Notverordnung eingeführte Körperschaft des öffentlichen Rechts, seitdem bis heute eine Grundeinheit des neuen, gesetzlich geregelten Kassenarztesrechtes.

Ministerium für Volkswohlfahrt (Preußen)

1919 gegründetes Ministerium mit Abteilungen für Volksgesundheitspflege (vom Ministerium des Innern), Wohnungsfürsorge (vom Staatskommissar für Wohnungswesen seit 1918, zuvor auf fünf Ministerien verteilt) und Wohlfahrtsfürsorge. 1932 aufgelöst, die Mehrzahl seiner Aufgaben ging an das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit über, das 1935 die sozialpolitischen Angelegenheiten an das Reichs- und Preuß. Arbeitsministerium abgab.

Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

1933 gegründeter, analog zur NSDAP aufgebaute „angeschlossener Verband“, der sich zu einer NS-Massenorganisation entwickelte, mit seinen Hilfswerken (u. a. Hilfswerk „Mutter und Kind“) und Gesundheitseinrichtungen „aufbauende Volkspflege“ für „erbgesunde“, „wertvolle Volksgenossen“ betrieb sowie im großen Rahmen Geld- und Sachspenden über das „Winterhilfswerk des deutschen Volkes“ organisierte, stand in zunehmender Konkurrenz zur öffentlichen und konfessionellen Wohlfahrtspflege.

Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund

1929 gegründeter, der NSDAP angeschlossener Verband, Leiter des Bundes war Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP, er hatte beratende Funktionen und weltanschauliche Schulungsaufgaben (Volksgesundheit, Rassenbiologie).

Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

1927 gegründete Körperschaft des öffentlichen Rechts, durch die das gesamte öffentliche Arbeitsnachweiswesen neu geregelt und mit der eine allgemeine reichsweite Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde. Sie gliederte sich in die Hauptstelle, die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter, 1938 wurde sie unmittelbar in die Reichsverwaltung eingebunden. Die Befugnisse des Präsidenten der Reichsanstalt gingen auf das Reichsarbeitsministerium über, Landesarbeitsämter und Arbeitsämter wurden mit der Reichstreuhänderverwaltung verknüpft.

Reichsarbeitsgericht

1927 beim Reichsgericht (ein Senat) errichtet, es entschied vor allem über die Revisionen gegen die Berufungsurteile der 80 Landesarbeitsgerichte.

Reichsarbeitsministerium

→ siehe Einleitung

Reichsarbeitsverwaltung

1922 wurde auf dem Ordnungswege das 1920 geschaffene Reichsamt für Arbeitsvermittlung so bezeichnet. Dieses war der Abschluss der einheitlichen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, es war Reichsstelle gegenüber den Landesämtern für Arbeitsvermittlung (Landesarbeitsämter), die ihrerseits zentrale Ausgleichsstellen für die lokalen, öffentlichen Arbeitsnachweise sein sollten. Die Rechtsgrundlage war von 1922 bis 1927 das Arbeitsnachweisgesetz v. 22. Juli 1922. 1927 erfolgte die Überleitung in die RAVAV und Rückübertragung einiger Aufgaben an das RAM.

Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen

1923 bei dem Reichsarbeitsministerium gebildeter ständiger Ausschuss zur Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen; in der Regel erfolgte das über (Vertrags-)Richtlinien.

Reichsgesundheitsamt

1874 gegründete zentrale Behörde für das Gesundheitswesen, die bis 1918 als Kaiserliches Gesundheitsamt firmierte und danach als Reichsgesundheitsamt bezeichnet wurde. Aufsichtsbehörde war bis 1918 der Reichskanzler, danach der Reichsminister des Innern. Die Behörde war technisch beratend und begutachtend tätig, zu ihrer Unterstützung wurde 1900 ein Reichsgesundheitsrat gebildet.

Reichsgesundheitsrat

→ siehe Reichsgesundheitsamt

Reichsknappschaft

1926 eingeführte Bezeichnung für den 1924 gegründeten Reichsknappschaftsverein, Träger der Reichsknappschaftsversicherung, die bis dahin landesrechtlich geregelt war.

Reichsversicherungsamt

1884 mit der gesetzlichen Unfallversicherung errichtete, dem Reichsamt des Innern (ab 1919 dem Reichsarbeitsministerium) nachgeordnete Behörde für die Arbeiter- bzw. Sozialversicherung in Berlin. Sie wurde seit 1914 tätig als oberste Spruch-, Beschluss- und Aufsichtsbehörde in der Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung. Das R. setzte sich zusammen aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern, an der Spitze stand ein Präsident. Das R. bildete Spruch- und Beschlusssenate.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

1912 errichtete Körperschaft des öffentlichen Rechts, die als Träger der Angestelltenversicherung dem Reichsamt des Innern/Reichsarbeitsministerium unterstellt

war. Organe waren das Direktorium, der Verwaltungsrat und Vertrauensmänner; das Direktorium bestand u. a. aus dem Präsidenten.

Reichsversorgungsgesetz

1920 beim Reichsversicherungsamt eingerichtete höchste Spruchinstanz in Versorgungssachen.

Rote Hilfe Deutschlands

1924 gegründete Hilfsorganisation, die der KPD nahestand, von der Hilfe für „Opfer des Krieges und der Arbeit“ verlagerte sich ihr Schwerpunkt auf Hilfe (Rechtsschutz und Unterstützung) wegen einer aus politischen Gründen begangenen Handlung für inhaftierte Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes, der KPD und Gewerkschaften, 1933 wurde sie verboten.

Staatsministerium für soziale Fürsorge (Bayern)

1918 gebildetes Ministerium, das für Fragen des Arbeitsmarktes, der Sozialversicherung, des Wohnungswesens und (seit 1919) der Kriegsfürsorge zuständig war. 1928 wurde es aufgelöst und als „Abteilung Arbeit“ dem Landwirtschaftsministerium zugewiesen, der Fürsorgebereich fiel an das Innenministerium zurück.

Treuhänder der Arbeit

1933 – nach Zerschlagung der Gewerkschaften – vom Reichskanzler für größere Wirtschaftsgebiete ernannte Beauftragte, die – nicht die Deutsche Arbeitsfront – das Erbe des kollektiven Arbeitsrechts der Weimarer Zeit antraten. Sie waren (ab 1934) weisungsgebundene, direkt dem RAM unterstellte Beamte. Sie erließen Tarifordnungen, die an die Stelle der Tarifverträge traten und überwachten die Einhaltung der Betriebsordnungen.

Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund)

1900 in Leipzig gegründet („Leipziger Verband“), wirtschaftliche Interessenorganisation der Ärzte, seit 1903 zugleich die wirtschaftliche Abteilung des 1873 gegründeten Deutschen Ärztevereinsbundes, der traditionellen Standesorganisation; beide wurden 1933 „gleichgeschaltet“ und 1936 aufgelöst.

Verband der deutschen Berufsgenossenschaften

1887 gegründeter Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, der zunächst auch eine Spitzenorganisation der gewerblichen Wirtschaft (Schwerindustrie) war; der Verband arbeitete Unfallverhütungsvorschriften aus und entwickelte spezifische Heilverfahren für die Unfallverletzten, bestand nach 1933 weiter, aber Selbstverwaltungsstrukturen wurden beseitigt.

Verband kaufmännischer eingeschriebener Hilfskassen/Berufskrankenkassen (Ersatzkassen)

1912 gegründeter Spitzenverband der nicht gesetzlichen, sog. freien Kassen, 1913 in Verband kaufmännischer Ersatzkassen umbenannt. Dieser war im Hinblick darauf gegründet worden, dass die RVO von 1911 ab 1914 die freien Hilfskassen, die bereits 1909 bestanden, als Ersatzkassen für die gesetzlichen Krankenkassen zugelassen hatte.

Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen

1904 unter maßgeblicher Mitwirkung der Fa. Fr. Krupp AG gegründeter Krankenkassenverband, 1933 der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums unterstellt, umbenannt in „Reichsverband der Betriebskrankenkassen“.

Verein für Sozialpolitik

1873 in Eisenach gegründete Vereinigung deutscher Volks- und Staatswissenschaftler zur Förderung sozialpolitischer Gedankengänge und Überwindung des uneingeschränkten Liberalismus (Manchestertum) des 19. Jahrhunderts. Nachdem sich der Verein für Sozialpolitik in den ersten Jahren besonders mit der Arbeiterfrage befasste, wurde er später immer mehr zu einer rein wissenschaftlichen Organisation mit breiterem Themenspektrum, er beschäftigte sich mit Zeitfragen der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik und wurde zu einer Fachvereinigung der Ökonomen

Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, 1936 aufgelöst, 1948 Nachfolgeorganisation.

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

1913 gegründete Spitzenorganisation der industriellen Arbeitgeberverbände. Sie war führend in der Arbeitgeberbewegung der Weimarer Republik, bildete 1933 nach dem Ende der Gewerkschaften mit dem „Reichsverband der deutschen Industrie“ den „Reichsstand der deutschen Industrie“, im November 1933 beschlossen die Arbeitgeberverbände und die Sozialpolitische Abteilung des „Reichsstandes“ ihre Auflösung bzw. Überführung in die Deutsche Arbeitsfront.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

1920 gebildetes Reichsorgan, durch das der Grundgedanke eines Zusammenwirkens von Arbeitnehmern und Arbeitgebern/Unternehmern zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben verwirklicht werden sollte. Dem Reichswirtschaftsrat sollten sozial- und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung zur Begutachtung vorgelegt werden. Er bestand aus 326 Mitgliedern, die in 10 Gruppen aufgeteilt waren, z. B. Gruppe III (Industrie) und Gruppe IV (Handel-, Bank- u. Versicherungswesen). 1933 wurde durch Gesetz die Mitgliedschaft der bisherigen Mitglieder beendet, danach sollten dann höchstens 60 Mitglieder neu berufen werden.

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden

1917 von der „Großloge für Deutschland des unabhängigen Ordens B'nai B'rith“ [Söhne des Bundes], dem „Jüdischen Frauenbund“ und dem „Deutsch-Israelitischen Gemeindebund“ begründet. Sie sollte das Nebeneinander und die Kräftezersplitterung beseitigen und eine planmäßige Aufgabenverteilung herbeiführen. Gegenüber dem Staat und den anderen Wohlfahrtsverbänden sollte Eigenart und Recht der jüdischen Wohlfahrtspflege vertreten werden. 1933 wurde sie eine Abteilung der neu gegründeten Körperschaft „Reichsvertretung der deutschen Juden“, daneben bestand ein „Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Ausbau“.

Personen und Tätigkeitsbereiche*

Ahrens, Wilhelm	Verband (KV)	1
Althaus, Hermann	NS (NSV)	1
Arendsee, Martha	RT	2
Ascheberg, Matthias von	Verband (KV)	4
Aufhäuser, Siegfried	Gew, RT	5
Baath, Peter	MB	6
Baeck, Leo	Verband (ZWSt)	7
Bahr, Max	RT	8
Ballarin, Hans-Georg	NS (NSV)	9
Bartschat, Franz	RT	9
Bauer, Gustav	RT, RAM	10
Bauer, Michael	MB (RAM)	11
Behm, Margarete	RT	13
Beisiegel, Philipp	MB (RAM)	14
Bodelschwingh, Friedrich von	Verband (IM)	15
Boese, Franz	VfSP	16
Borsig, Conrad von	Verband (UV)	16
Borsig, Ernst von	Verband (Ag)	17
Brandes, Alwin	Gew, RT	18
Brandis, Ernst	MB	19
Braune, Paul	Verband (IM)	20
Brauns, Heinrich	RT, RAM	21
Brey, August	RT, Gew	22
Briefs, Götz	W	23
Brucker, Ludwig	Verband (KV), NS ..	24
Bühler, Theodor	NS (DAF)	25
Bumm, Franz	MB	26
Caspari, Johann	Verband (AWO)	27
Caspary, Eugen	Verband (ZWSt)	28
Chajes, Benno	A, W	29
Classen, Kurt	MB (RAM)	30
Conti, Leonardo	MB, A, NS	31
Cuntz, Heinrich	Verband (KV)	33
Dersch, Hermann	MB, W	34
Dormann, Hans	MB (RAM)	35

* Überblick über die in das Lexikon aufgenommenen Sozialpolitiker sowie ihre für die Aufnahme ausschlaggebenden Tätigkeitsbereiche: A = Ärzte, Ag = Arbeitgeber, AWO = Arbeiterwohlfahrt, Bay = Bayern, C = Caritas, DAF = Deutsche Arbeitsfront, DRK = Deutsches Rotes Kreuz, DV = Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Gew = Gewerkschaften, GfSR = Gesellschaft für Soziale Reform, IM = Innere Mission, Kn = Knappschaft, Komm = Kommunalorganisationen, KV = Krankenversicherung, LT = Landtag, MB = Ministerialbürokratie, NS = NS-Funktionäre, NSV = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Parit = Paritätischer Wohlfahrtsverband, Preuß = Preußen, RAM = Reichsarbeitsministerium, RH = Rote Hilfe, RT = Reichstagsabgeordnete, RWR = Reichswirtschaftsrat, Sachs = Sachsen, UV = Unfallversicherung, VfSP = Verein für Sozialpolitik, W = Wissenschaftler, ZWSt = Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden.

Dünner, Julia	MB (RAM)	36
Durst, Karl	MB (RAM)	37
Ebel, Martin	MB (RAM)	38
Eckert, Christian	VfSP	39
Eckert, Josef	MB (RAM)	40
Ehlert, Margarete	MB	41
Elsas, Fritz	Komm	42
Elsner, Georg	MB (Sachs)	43
Engel, Hans	MB (RAM)	44
Erkelenz, Anton	RT, Gew	45
Esser, Peter	Verband (KV)	46
Esser, Thomas	RT	47
Estenfeld, Otto	Verband (KV)	48
Falck, Carl	MB	49
Feig, Johannes	MB (RAM)	50
Flatow, Georg	MB (Preuß)	50
Frick, Constantin	Verband (IM)	51
Fürth, Henriette	Komm	52
Gaebel, Kaethe	MB	53
Gärtner, Max	RWR, Gew	54
Gassner, Georg	MB (RAM)	55
Geib, Hermann	MB (RAM)	56
Gemmingen-Guttenberg-Fürfeld, Emil von	MB (RAM)	57
Gerig, Otto	RT, Gew	57
Glaß, Otto	MB (RAM)	58
Goldschmidt, Heinrich	MB (RAM)	59
Gottstein, Adolf	MB, LT (Preuß), A ..	60
Grieser, Andreas	MB (RAM)	61
Grießmeyer, Albert	MB	62
Grotjahn, Alfred	W, A, RT	63
Grünewald, Alexander	MB (RAM)	65
Gütt, Arthur	MB	65
Habersbrunner, Franz	RWR, Ag	67
Haedenkamp, Karl	Verband (A)	67
Haenel, Rudolf	MB	68
Hagemann, Rudolf	MB	69
Hanna, Gertrud	Gew, LT (Preuß)	70
Hanow, Hugo	MB	71
Hansen, Carl	RWR, Ag	71
Hardraht, Johannes	DV	72
Hartmann, Rudolf	DV	73
Heimann, Karl	Verband (Kn)	73
Heimerich, Hermann	DV	74
Hetzell, Kurt	MB (RAM)	75
Heyde, Ludwig	GfSR	76
Hildebrandt, Hubert	MB (RAM)	77
Hilgenfeldt, Erich	NS (NSV)	78
Hirschfeld, Dorothea	MB (RAM)	80
Hirtsiefer, Heinrich	LT (Preuß), Gew	81

Hofacker, Carl	Verband (Parit)	82
Holbeck, Otto von	Verband (Parit)	83
Horion, Johannes	DV	84
Jacobi, Erwin	W	85
Jakob, Reinhard	Verband (Kn)	86
Joachim, Richard	MB (RAM)	87
Joerger, Kuno	Verband (C)	88
Jonquières, Wilhelm von	MB	89
Juchacz, Marie	Verband (AWO)	90
Kalckbrenner, Otto Raimund	MB (RAM)	91
Kaphahn, Kurt	MB (RAM)	91
Karstedt, Oskar	MB (RAM)	92
Karsten, August	RT	93
Kaskel, Walter	W	95
Kelch, Egon	MB	96
Kerschensteiner, Anton	MB (RAM)	96
Kimmich, Wilhelm	MB (RAM)	98
Kleeis, Friedrich	Gew, Komm	98
Klehmet, Gerhard	MB (RAM)	99
Kneip, Gustav	MB	100
Knoll, Ernst	MB (RAM)	101
Kracht, Ernst	DV	102
Kremer, Dionys	MB (RAM)	103
Kreutz, Benedict	Verband (C)	104
Krohn, Johannes	MB (RAM)	105
Krüger, Wilhelm	Verband (KV)	106
Küppers, Hans	MB (RAM)	107
Kuttig, Ewald	MB (RAM)	108
Langstein, Leo	Verband (Parit)	109
Lauterbach, Herbert	Verband (UV)	110
Lehfeldt, Bernhard	MB (RAM)	111
Lehmann, Otto	MB (Preuß, RAM) ..	112
Leipart, Theodor	Gew	113
Lenné, Albert	Verband (C)	114
Lentz, Otto	MB (Preuß)	115
Ley, Robert	NS (DAF)	116
Lindemann, Hugo	W	117
Lippmann, Karl	MB	118
Lüders, Else	MB (RAM)	119
Lüders, Marie-Elisabeth	RT	120
Maier, Hans	MB (Sachs)	122
Mansfeld, Werner	MB (RAM)	123
Martin, Peter	MB (RAM)	124
Martineck, Otto	MB (RAM)	125
Martini, Oskar	DV	126
Meier, Josef	MB (RAM)	128
Memelsdorff, Franz	Komm	128
Meves, Richard	MB (RAM)	129
Meyer-Brodnitz, Franz	Gew, A	130

Michel, Max	DV	131
Möhrke, Agnes	RWR, Gew	132
Moldenhauer, Paul	RT, W	133
Molitor, Erich	W	134
Müller, August	RWR	135
Müller-Otfried, Paula	RT	136
Mumm, Reinhard	RT	137
Neitzel, Gustav	MB (RAM)	138
Neuhaus, Agnes	RT	139
Nipperdey, Hans	W	140
Nörpel, Clemens	NS (DAF)	142
Noppel, Constantin	Verband (C)	142
Nostitz-Drzewiecki, Hans von	GfSR	143
Oegg, Friedrich	MB	144
Ohl, Otto	Verband (IM)	145
Ollendorff, Friedrich	Verband (ZWSt)	146
Olshausen, Theodor von	MB	147
Oswald, Heinrich	MB, LT (Bay)	148
Otte, Bernhard	Gew	149
Paetzold, Fritz	MB (RAM)	150
Pesch, Heinrich	W	151
Poerschke, Stephan	MB	152
Pohl, Wolfgang	NS (DAF)	153
Pokrantz, Richard	MB (Preuß)	154
Polligkeit, Wilhelm	DV	155
Rädel, Siegfried	RT	156
Richter, Lothar	MB (RAM)	157
Richter, Lutz	W	158
Ritter, Erwin	MB (RAM)	159
Rosenberg, Lothar	MB (RAM)	160
Rotenhan, Wolfram von	Verband (DRK)	161
Ruppert, Fritz	MB	162
Sauerborn, Maximilian	MB (RAM)	163
Schäffer, Hugo	MB	165
Scheidt, Adolf	MB (Preuß)	166
Schickenberg, Wilhelm	Komm	167
Schlicke, Alexander	RT, RAM	168
Schlör, Jacob	Verband (RH)	169
Schlüter, Georg	Komm	170
Schmidt, Friedrich	MB (RAM)	171
Schneider(-Kewenig), Alexander	MB (Preuß)	171
Scholtze, Günther	MB (RAM)	172
Schrader, Karl	MB	173
Schroeder, Louise	RT	174
Schulte-Holthausen, Theodor	MB (RAM)	175
Schwarzer, Rudolf	RT	176
Segall, Jacob	Verband (ZWSt)	177
Seldte, Franz	RT, RAM	178
Sieler, Artur	MB (RAM)	179

Simon, Helene	Verband (AWO)	179
Sinzheimer, Hugo	W	180
Sitzler, Friedrich	MB (RAM)	181
Spliedt, Franz	Gew	183
Stahl, Adolf	Verband (IM)	184
Stegerwald, Adam	RT, RAM	185
Stein, Philipp	W	187
Steinmann, Georg	MB (RAM)	188
Steinweg, Johannes	Verband (IM)	189
Stephan, Werner	MB (RAM)	190
Stier-Somlo, Fritz	W	191
Stille, Ernst	Verband (KV)	192
Stothfang, Walter	MB (RAM)	192
Streffler, Paul	Verband (A)	193
Streiter, Georg	RT	194
Ströhlinger, Rudolf	RWR, Gew	196
Syrup, Friedrich	MB (RAM)	197
Tarnow, Fritz	Gew	198
Teusch, Christine	RT	199
Thiel, Otto	RT	200
Thissen, Hermann	RWR, MB	202
Thode, Karl	DV	203
Timm, Max	MB (RAM)	203
Umbreit, Paul	RWR, Gew	205
Unger, Karl	Verband (KV)	205
Victor, Fritz	Verband (Kn)	206
Vielhaber, Heinrich	Verband (Ag)	207
Vöhringer, Gotthilf	Verband (IM)	208
Wachenheim, Hedwig	Verband (AWO)	209
Wagner, Gerhard	Verband (A)	210
Walter, Otto	NS (NSV)	211
Wankelmuth, Friedrich	MB (RAM)	212
Weber, Helene	MB (Preuß)	213
Weigert, Oscar	MB (RAM)	215
Wende, Alexander	MB (RAM)	216
Wimmer, Ludwig	MB (Bay)	217
Winterfeldt-Menkin, Joachim von	Verband (DRK)	217
Wissell, Rudolf	RT, RAM	219
Wittelshöfer, Fritz	MB (Preuß)	220
Wölz, Otto	MB (RAM)	221
Wronsky, Siddy	Verband (ZWSt)	222
Wunderlich, Frieda	GfSR	223
Zadek, Ignaz sen.	A	225
Zengerling, Franz	Komm	226
Ziegler, Paul	RT	226
Zimmermann, Hans	Verband (KV)	227
Zimmermann, Waldemar	W	228
Zschimmer, Gerhard	MB (RAM)	229
Zschucke, Martin	MB (RAM)	230

Gesamtregister Band 1 und 2

		Seite
Achenbach, Heinrich von	Bd. 1	1
Ackermann, Karl	Bd. 1	1
Aders, Ewald	Bd. 1	2
Adickes, Franz	Bd. 1	2
Agahd, Konrad	Bd. 1	3
Ahrens, Wilhelm	Bd. 2	1
Albrecht, Adolf	Bd. 1	4
Albrecht, Heinrich	Bd. 1	4
Althaus, Hermann	Bd. 2	1
Arendsee, Martha	Bd. 2	2
Arnstadt, Albert	Bd. 1	5
Ascheberg, Matthias von	Bd. 2	4
Aschrott, Paul	Bd. 1	5
Aufhäuser, Siegfried	Bd. 2	5
Aurin, Ferdinand	Bd. 1	6
Baath, Peter	Bd. 2	6
Bachem, Karl	Bd. 1	6
Baek, Leo	Bd. 2	7
Bahr, Max	Bd. 2	8
Ballarin, Hans-Georg	Bd. 2	9
Ballestrem, Franz von	Bd. 1	7
Bamberger, Ludwig	Bd. 1	8
Barth, Theodor	Bd. 1	9
Bartschat, Franz	Bd. 2	9
Bauer, Gustav	Bd. 2	10
Bauer, Michael	Bd. 2	11
Baum, Marie	Bd. 1	9
Bebel, August	Bd. 1	10
Beck, Eugen	Bd. 1	11
Becker, Johannes	Bd. 1	11
Beckmann, Adolf	Bd. 1	12
Behm, Margarete	Bd. 2	13
Behrens, Franz	Bd. 1	13
Beisiegel, Philipp	Bd. 2	14
Berlepsch, Hans von	Bd. 1	13
Berthold, Georg	Bd. 1	14
Bitzer, Friedrich von	Bd. 1	15
Bodelschwingh, Friedrich von	Bd. 2	15
Boden, Friedrich	Bd. 1	15
Boeckh, Richard	Bd. 1	16
Bödiker, Tonio	Bd. 1	17
Böhmert, Victor	Bd. 1	18
Boese, Franz	Bd. 2	16
Böttcher, Eduard	Bd. 1	19
Böttcher, Friedrich	Bd. 1	20
Boetticher, Karl Heinrich von	Bd. 1	20

Borsig, Conrad von	Bd. 2	16
Borsig, Ernst von	Bd. 2	17
Bosse, Robert	Bd. 1	21
Brandes, Alwin	Bd. 2	18
Brandis, Ernst	Bd. 2	19
Brandts, Max	Bd. 1	22
Braune, Paul	Bd. 2	20
Brauns, Heinrich	Bd. 2	21
Brentano, Lujo	Bd. 1	23
Brey, August	Bd. 2	22
Briefs, Götz	Bd. 2	23
Brinckmann, Justus	Bd. 1	24
Brinkmann, Karl	Bd. 1	24
Brucker, Ludwig	Bd. 2	24
Bücher, Karl	Bd. 1	25
Bueck, Henry Axel	Bd. 1	26
Buehl, Adolf	Bd. 1	26
Bühler, Theodor	Bd. 2	25
Buhl, Franz	Bd. 1	27
Bumm, Franz	Bd. 2	26
Caspar, Franz	Bd. 1	28
Caspari, Johann	Bd. 2	27
Caspary, Eugen	Bd. 2	28
Chajes, Benno	Bd. 2	29
Classen, Kurt	Bd. 2	30
Cohn, Gustav	Bd. 1	29
Conti, Leonardo	Bd. 2	31
Cuno, Willi	Bd. 1	29
Cuntz, Heinrich	Bd. 2	33
Dannenberg, Johann Franz	Bd. 1	30
Dehn-Rotfelser, Ludwig von	Bd. 1	30
Delbrück, Clemens von	Bd. 1	31
Dersch, Hermann	Bd. 2	34
Diefenbach, Friedrich	Bd. 1	32
Dietrich, Eduard	Bd. 1	32
Dönhoff, Fritz	Bd. 1	33
Dönhoff-Friedrichstein, August von	Bd. 1	34
Doormann, Karl	Bd. 1	34
Dormann, Hans	Bd. 2	35
Dove, Heinrich von	Bd. 1	35
Dröscher, Wilhelm	Bd. 1	35
Dünner, Julia	Bd. 2	36
Düttmann, Augustin	Bd. 1	36
Duncker, Franz	Bd. 1	36
Durst, Karl	Bd. 2	37
Dziembowski-Pomian, Sigismund von	Bd. 1	37
Ebel, Martin	Bd. 2	38
Eberty, Eduard	Bd. 1	37
Eberty, Gustav	Bd. 1	38

Eck, Paul	Bd. 1	38
Eckert, Christian	Bd. 2	39
Eckert, Josef	Bd. 2	40
Ehlert, Margarete	Bd. 2	41
Elsas, Fritz	Bd. 2	42
Elsner, Georg	Bd. 2	43
Elvers, Rudolf	Bd. 1	39
Emminghaus, Arwed	Bd. 1	39
Endemann, Friedrich	Bd. 1	40
Engel, Ernst	Bd. 1	41
Engel, Hans	Bd. 2	44
Erhardt, Alois von	Bd. 1	42
Erkelenz, Anton	Bd. 2	45
Ernst, Franz	Bd. 1	42
Esser, Peter	Bd. 2	46
Esser, Thomas	Bd. 2	47
Estenfeld, Otto	Bd. 2	48
Eucken-Addenhausen, Georg von	Bd. 1	43
Eysoldt, Arthur	Bd. 1	44
Falch, Karl Eberhard von	Bd. 1	44
Falck, Carl	Bd. 2	49
Feig, Johannes	Bd. 2	50
Fischer, Ludwig von	Bd. 1	45
Fischer, Otto	Bd. 1	45
Flatow, Georg	Bd. 2	50
Fleischer, Paul	Bd. 1	46
Flesch, Karl	Bd. 1	47
Francke, Ernst	Bd. 1	49
Franckenstein, Georg von und zu	Bd. 1	49
Frankenberg (und Ludwigsdorf), Hermann von	Bd. 1	50
Fräßdorf, Julius	Bd. 1	48
Frege-Weltzien, Arnold von	Bd. 1	51
Freund, Richard	Bd. 1	51
Frick, Constantin	Bd. 2	51
Frick, Johannes	Bd. 1	52
Friedenthal, Rudolf	Bd. 1	52
Fritzen, Aloys	Bd. 1	53
Fritzsche, Friedrich	Bd. 1	54
Fuchs, Johannes	Bd. 1	54
Fürst, Max	Bd. 1	55
Fürth, Henriette	Bd. 2	52
Fuss, Paul	Bd. 1	55
Gaebel, Kaethe	Bd. 2	53
Gaebel, Otto	Bd. 1	56
Gärtner, Max	Bd. 2	54
Galen, Ferdinand von	Bd. 1	57
Gamp, Karl von	Bd. 1	57
Gassner, Georg	Bd. 2	55
Gebhard, Herman	Bd. 1	58

Geib, Hermann	Bd. 2	56
Gemmingen-Guttenberg-Fürfeld, Emil von	Bd. 2	57
Gensel, Julius	Bd. 1	59
Gerhardt, Christian	Bd. 1	59
Gerig, Otto	Bd. 2	57
Glaß, Otto	Bd. 2	58
Goldschmidt, Heinrich	Bd. 2	59
Goltz, Rüdiger von der	Bd. 1	60
Gottstein, Adolf	Bd. 2	60
Graf, Eduard	Bd. 1	60
Grieser, Andreas	Bd. 2	61
Grießmeyer, Albert	Bd. 2	62
Grillenberger, Karl	Bd. 1	61
Grotjahn, Alfred	Bd. 2	63
Grünewald, Alexander	Bd. 2	65
Gütt, Arthur	Bd. 2	65
Gutfleisch, Egidius	Bd. 1	61
Habersbrunner, Franz	Bd. 2	67
Haedenkamp, Karl	Bd. 2	67
Haenel, Rudolf	Bd. 2	68
Härtel, Richard	Bd. 1	62
Hagemann, Rudolf	Bd. 2	69
Halbach, Hermann	Bd. 1	62
Hallbauer, Anton Johannes	Bd. 1	63
Hammacher, Friedrich	Bd. 1	63
Hanna, Gertrud	Bd. 2	70
Hanow, Hugo	Bd. 2	71
Hansen, Carl	Bd. 2	71
Hardraht, Johannes	Bd. 2	72
Hartmann, Alwin	Bd. 1	64
Hartmann, Rudolf	Bd. 2	73
Hase, Oskar von	Bd. 1	64
Hasenclever, Wilhelm	Bd. 1	65
Hauser, Wilhelm	Bd. 1	66
Heim, Ludwig	Bd. 1	66
Heimann, Karl	Bd. 2	73
Heimerich, Hermann	Bd. 2	74
Heinemann, Otto	Bd. 1	66
Held, Adolf	Bd. 1	67
Helldorff, Otto von	Bd. 1	68
Henning, Adolf	Bd. 1	68
Hense, Fritz	Bd. 1	69
Herkner, Heinrich	Bd. 1	69
Herrmann, Josef von	Bd. 1	70
Hertling, Georg von	Bd. 1	71
Hetzell, Kurt	Bd. 2	75
Heyde, Ludwig	Bd. 2	76
Heydebrand und der Lasa, Wilhelm von	Bd. 1	71
Heyden-Rynsch, Hermann von der	Bd. 1	72

Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm	Bd. 1	73
Hieber, Johannes von	Bd. 1	73
Hildebrandt, Hubert	Bd. 2	77
Hilgenfeldt, Erich	Bd. 2	78
Hirsch, Max	Bd. 1	74
Hirschberg, Ernst	Bd. 1	75
Hirschfeld, Dorothea	Bd. 2	80
Hirtsiefer, Heinrich	Bd. 2	81
Hitze, Franz	Bd. 1	75
Hobrecht, James	Bd. 1	77
Hofacker, Carl	Bd. 2	82
Hoffmann, Franz	Bd. 1	77
Hofmann, Heinrich	Bd. 1	78
Holbeck, Otto von	Bd. 2	83
Hollander, Eduard von	Bd. 1	78
Horion, Johannes	Bd. 2	84
Huzel, Karl von	Bd. 1	79
Jacobi, Erwin	Bd. 2	85
Jacobi, Ludwig	Bd. 1	79
Jacobi, Rudolf von	Bd. 1	80
Jakob, Reinhard	Bd. 2	86
Jastrow, Ignatz	Bd. 1	81
Jaup, Bernhard	Bd. 1	82
Joachim, Richard	Bd. 2	87
Joerger, Kuno	Bd. 2	88
Jonquières, Wilhelm von	Bd. 2	89
Juchacz, Marie	Bd. 2	90
Kalckbrenner, Otto Raimund	Bd. 2	91
Kalle, Fritz	Bd. 1	82
Kaphahn, Kurt	Bd. 2	91
Karstedt, Oskar	Bd. 2	92
Karsten, August	Bd. 2	93
Kaskel, Walter	Bd. 2	95
Kaufmann, Paul	Bd. 1	83
Kayser, Karl	Bd. 1	83
Kayser, Max	Bd. 1	84
Kelch, Egon	Bd. 2	96
Kerschensteiner, Anton	Bd. 2	96
Kimmich, Wilhelm	Bd. 2	98
Klausener, Peter	Bd. 1	84
Kleis, Friedrich	Bd. 2	98
Klehmet, Gerhard	Bd. 2	99
Kleist-Retzow, Hugo von	Bd. 1	85
Klumker, Christian	Bd. 1	86
Klүpfel, Ludwig	Bd. 1	86
Knapp, Georg Friedrich	Bd. 1	87
Kneip, Gustav	Bd. 2	100
Knoll, Ernst	Bd. 2	101
Koch, Wilhelm	Bd. 1	88

Köhler, Ludwig von	Bd. 1	88
Köhne, Paul	Bd. 1	89
Koenigs, Gustav	Bd. 1	90
Kracht, Ernst	Bd. 2	102
Krautwig, Peter	Bd. 1	90
Kremer, Dionys	Bd. 2	103
Kreutz, Benedict	Bd. 2	104
Krohn, Johannes	Bd. 2	105
Krüger, Wilhelm	Bd. 2	106
Künzer, Franz	Bd. 1	91
Küppers, Hans	Bd. 2	107
Kuttig, Ewald	Bd. 2	108
Lammers, August	Bd. 1	91
Landmann, Robert von	Bd. 1	92
Lange, Karl	Bd. 1	93
Langstein, Leo	Bd. 2	109
Lass, Ludwig	Bd. 1	93
Lauterbach, Herbert	Bd. 2	110
Legien, Carl	Bd. 1	94
Lehfeldt, Bernhard	Bd. 2	111
Lehmann, Helmut	Bd. 1	95
Lehmann, Otto	Bd. 2	112
Leipart, Theodor	Bd. 2	113
Lenné, Albert	Bd. 2	114
Lent, Eduard	Bd. 1	96
Lentz, Otto	Bd. 2	115
Letocha, Paul	Bd. 1	96
Levy, Albert	Bd. 1	97
Ley, Robert	Bd. 2	116
Lieber, Ernst	Bd. 1	97
Liebrecht, Wilhelm	Bd. 1	98
Lindemann, Hugo	Bd. 2	117
Lippmann, Karl	Bd. 2	118
Loening, Edgar	Bd. 1	99
Löwe, Ludwig	Bd. 1	99
Lohmann, Theodor	Bd. 1	100
Lohren, Arnold	Bd. 1	101
Lohse, Otto	Bd. 1	101
Ludwig-Wolf, Leo	Bd. 1	102
Lüders, Else	Bd. 2	119
Lüders, Marie-Elisabeth	Bd. 2	120
Luppe, Hermann	Bd. 1	102
Magdeburg, Eduard von	Bd. 1	103
Maier, Hans	Bd. 2	122
Maltzahn-Gültz, Helmuth von	Bd. 1	104
Mansfeld, Werner	Bd. 2	123
Manteuffel, Otto von	Bd. 1	105
Marquardsen, Heinrich von	Bd. 1	105
Marschall von Bieberstein, Adolf	Bd. 1	106

Martin, Peter	Bd. 2	124
Martineck, Otto	Bd. 2	125
Martini, Oskar	Bd. 2	126
Mayet, Paul	Bd. 1	107
Meier, Josef	Bd. 2	128
Memelsdorff, Franz	Bd. 2	128
Merbach, Kurt	Bd. 1	107
Merton, Wilhelm	Bd. 1	108
Meves, Richard	Bd. 2	129
Meyer, Andreas	Bd. 1	109
Meyer-Brodnitz, Franz	Bd. 2	130
Meyeren, Gottlieb von	Bd. 1	109
Michel, Max	Bd. 2	131
Möhrke, Agnes	Bd. 2	132
Möller, Theodor von	Bd. 1	110
Moldenhauer, Paul	Bd. 2	133
Molitor, Erich	Bd. 2	134
Molkenbuhr, Hermann	Bd. 1	111
Moufang, Christoph	Bd. 1	111
Müller, August	Bd. 2	135
Müller-Meiningen, Ernst	Bd. 1	112
Müller-Otfried, Paula	Bd. 2	136
Münsterberg, Emil	Bd. 1	113
Mugdan, Otto	Bd. 1	114
Mumm, Reinhard	Bd. 2	137
Nacken, Joseph	Bd. 1	115
Nasse, Erwin	Bd. 1	115
Neitzel, Gustav	Bd. 2	138
Neuhaus, Agnes	Bd. 2	139
Neumann, Julius von	Bd. 1	116
Neumann, Wilhelm	Bd. 1	117
Nieberding, Arnold	Bd. 1	117
Nieser, Fritz	Bd. 1	118
Nipperdey, Hans	Bd. 2	140
Nörpel, Clemens	Bd. 2	142
Noetel, Heinrich	Bd. 1	118
Noppel, Constantin	Bd. 2	142
Nostitz-Drzewiecki, Hans von	Bd. 2	143
Oechelhäuser, Wilhelm von	Bd. 1	119
Oegg, Friedrich	Bd. 2	144
Ohl, Otto	Bd. 2	145
Ollendorff, Friedrich	Bd. 2	146
Olshausen, Theodor von	Bd. 2	147
Oppenheim, Heinrich	Bd. 1	120
Oswald, Heinrich	Bd. 2	148
Otte, Bernhard	Bd. 2	149
Paetzold, Fritz	Bd. 2	150
Pauli, August	Bd. 1	121
Paulssen, Arnold	Bd. 1	121

Pesch, Heinrich	Bd. 2	151
Petersen, Johannes	Bd. 1	122
Pieper, August	Bd. 1	123
Pistor, Moritz	Bd. 1	123
Poerschke, Stephan	Bd. 2	152
Pohl, Wolfgang	Bd. 2	153
Pokrantz, Richard	Bd. 2	154
Polligkeit, Wilhelm	Bd. 2	155
Porsch, Felix	Bd. 1	124
Posadowsky-Wehner, Arthur von	Bd. 1	125
Potthoff, Heinz	Bd. 1	126
Pütter, Ernst	Bd. 1	127
Rädel, Siegfried	Bd. 2	156
Reitzenstein, Friedrich von	Bd. 1	127
Reuß, Max	Bd. 1	128
Richter, Lothar	Bd. 2	157
Richter, Lutz	Bd. 2	158
Richthofen-Damsdorf, Karl von	Bd. 1	128
Rickert, Heinrich	Bd. 1	129
Riedel, Emil von	Bd. 1	130
Ritter, Erwin	Bd. 2	159
Roesicke, Richard	Bd. 1	130
Röstel, Hugo	Bd. 1	131
Roscher, Karl	Bd. 1	131
Rosenberg, Lothar	Bd. 2	160
Rotenhan, Wolfram von	Bd. 2	161
Roth, Karl	Bd. 1	132
Roth, Wilhelm	Bd. 1	132
Ruland, Heinrich	Bd. 1	133
Ruppert, Fritz	Bd. 2	162
Saldern-Plattenburg, Siegfried von	Bd. 1	133
Salomon, Alice	Bd. 1	134
Sander, Friedrich	Bd. 1	134
Sauerborn, Maximilian	Bd. 2	163
Schack, Wilhelm	Bd. 1	135
Schäffer, Hugo	Bd. 2	165
Scheidt, Adolf	Bd. 2	166
Schickenberg, Wilhelm	Bd. 2	167
Schicker, Karl von	Bd. 1	135
Schirmer, Karl	Bd. 1	136
Schlicke, Alexander	Bd. 2	168
Schlör, Jacob	Bd. 2	169
Schlosser, Georg	Bd. 1	137
Schlüter, Georg	Bd. 2	170
Schmidt, Friedrich	Bd. 2	171
Schmidt, Georg	Bd. 1	137
Schmidt, Reinhart	Bd. 1	138
Schmidt, Robert	Bd. 1	138
Schmoller, Gustav von	Bd. 1	139

Schnegelberger, Karl	Bd. 1	140
Schneider(-Kewenig), Alexander	Bd. 2	171
Schneider, Fritz	Bd. 1	141
Schönberg, Gustav von	Bd. 1	141
Scholtze, Günther	Bd. 2	172
Schorlemer-Alst, Burghard von	Bd. 1	142
Schrader, Karl	Bd. 1	143
Schrader, Karl	Bd. 2	173
Schroeder, Louise	Bd. 2	174
Schröder, Theodor	Bd. 1	144
Schulte-Holthausen, Theodor	Bd. 2	175
Schultz, Georg	Bd. 1	144
Schulze(-Delitzsch), Hermann	Bd. 1	145
Schulze, Julius	Bd. 1	145
Schwabe, Willmar	Bd. 1	146
Schwander, Rudolf	Bd. 1	147
Schwarzer, Rudolf	Bd. 2	176
Segall, Jacob	Bd. 2	177
Seldte, Franz	Bd. 2	178
Sering, Max	Bd. 1	148
Seyffardt, Ludwig Friedrich	Bd. 1	149
Siefart, Hugo	Bd. 1	149
Sieffert, Emil	Bd. 1	150
Sieler, Artur	Bd. 2	179
Sieveking, Karl	Bd. 1	150
Silbergleit, Heinrich	Bd. 1	151
Simon, Helene	Bd. 2	179
Sinzheimer, Hugo	Bd. 2	180
Sittart, Hubert	Bd. 1	151
Sitzler, Friedrich	Bd. 2	181
Sombart, Anton	Bd. 1	152
Spahn, Peter	Bd. 1	152
Spiecker, Friedrich Albert	Bd. 1	153
Spielhagen, Walter	Bd. 1	154
Spiess, Alexander	Bd. 1	155
Spiess, Gustav	Bd. 1	155
Spliedt, Franz	Bd. 2	183
Stadthagen, Arthur	Bd. 1	156
Stahl, Adolf	Bd. 2	184
Stegerwald, Adam	Bd. 2	185
Stein, Philipp	Bd. 2	187
Steinbrinck, Otto	Bd. 1	156
Steinmann, Georg	Bd. 2	188
Steinweg, Johannes	Bd. 2	189
Stephan, Werner	Bd. 2	190
Stieda, Wilhelm	Bd. 1	157
Stier-Somlo, Fritz	Bd. 2	191
Stille, Ernst	Bd. 2	192
Stoecker, Adolf	Bd. 1	158

Stötzel, Gerhard	Bd. 1	159
Stothfang, Walter	Bd. 2	192
Strassmann, Wolfgang	Bd. 1	159
Streffer, Paul	Bd. 2	193
Streiter, Georg	Bd. 2	194
Ströhlinger, Rudolf	Bd. 2	196
Strößenreuther, Otto von	Bd. 1	160
Struckmann, Gustav	Bd. 1	160
Stumm-Halberg, Karl von	Bd. 1	161
Sydow, Reinhold von	Bd. 1	161
Syrup, Friedrich	Bd. 2	197
Tarnow, Fritz	Bd. 2	198
Teusch, Christine	Bd. 2	199
Thiel, Hugo	Bd. 1	162
Thiel, Otto	Bd. 2	200
Thissen, Hermann	Bd. 2	202
Thode, Karl	Bd. 2	203
Tiedemann, Christoph von	Bd. 1	163
Timm, Max	Bd. 2	203
Trimborn, Karl	Bd. 1	164
Umbreit, Paul	Bd. 2	205
Unger, Karl	Bd. 2	205
Varrentrapp, Georg	Bd. 1	165
Victor, Fritz	Bd. 2	206
Vielhaber, Heinrich	Bd. 2	207
Vodel, Gustav Adolf	Bd. 1	165
Vöhringer, Gotthilf	Bd. 2	208
Völk, Joseph	Bd. 1	166
Wachenheim, Hedwig	Bd. 2	209
Wagener, Her(r)mann	Bd. 1	167
Wagner, Adolph	Bd. 1	167
Wagner, Gerhard	Bd. 2	210
Walter, Otto	Bd. 2	211
Wandel, Konrad	Bd. 1	168
Wankelmuth, Friedrich	Bd. 2	212
Wattendorff, Heinrich	Bd. 1	169
Weber, Helene	Bd. 2	213
Wehrenpfennig, Wilhelm	Bd. 1	169
Weigert, Oscar	Bd. 2	215
Wende, Alexander	Bd. 2	216
Wendt-Papenhausen, Karl von	Bd. 1	170
Wermuth, Adolf	Bd. 1	170
Werthmann, Lorenz	Bd. 1	171
Wichmann, Rudolf	Bd. 1	171
Wiedfeldt, Otto	Bd. 1	172
Wilhelmi, Leopold	Bd. 1	173
Will, Dionysius	Bd. 1	173
Wimmer, Ludwig	Bd. 2	217
Winter, Leopold von	Bd. 1	174

Winterfeldt-Menkin, Joachim von	Bd. 2	217
Wintzingeroda-Knorr, Levin von	Bd. 1	174
Wintzingerode, Wilko von	Bd. 1	175
Wissell, Rudolf	Bd. 2	219
Wittelshöfer, Fritz	Bd. 2	220
Woedtke, Erich von	Bd. 1	175
Wöllmer, Ferdinand	Bd. 1	176
Wölz, Otto	Bd. 2	221
Wronsky, Sidy	Bd. 2	222
Wuermeling, Bernhard	Bd. 1	177
Wunderlich, Frieda	Bd. 2	223
Zacher, Georg	Bd. 1	177
Zadek, Ignaz sen.	Bd. 2	225
Zahn, Friedrich	Bd. 1	178
Zengerling, Franz	Bd. 2	226
Ziegler, Paul	Bd. 2	226
Zimmermann, Hans	Bd. 2	227
Zimmermann, Jakob	Bd. 1	179
Zimmermann, Rudolf	Bd. 1	180
Zimmermann, Waldemar	Bd. 2	228
Zschimmer, Gerhard	Bd. 2	229
Zschucke, Martin	Bd. 2	230

Die Porträtgalerie zeigt im oberen Teil Ministerialbeamte (v. l. n. r.: Maximilian Sauerborn, Erwin Ritter, Gerhard Zschimmer, Oscar Weigert, Josef Eckert, Hermann Geib, Andreas Grieser) und im unteren Teil Gewerkschafter und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege (v. l. n. r.: Agnes Neuhaus, Siegfried Aufhäuser, Eugen Caspary, Marie Juchacz, Theodor Leipart, Paul Umbreit, Frieda Wunderlich).

Aufnahmen wie Reihenfolge bedeuten keine Wertung im Sinne von Hervorhebung.

ISBN 978-3-7376-0474-1



9 783737 604741 >